

### 100 Jahre Fürst Donnersmarck-Stiftung 1916-2016

Weinert, Sebastian

Postprint / Postprint

Festschrift / festschrift

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weinert, S. (2016). *100 Jahre Fürst Donnersmarck-Stiftung 1916-2016*. Berlin: Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin.  
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48867-6>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

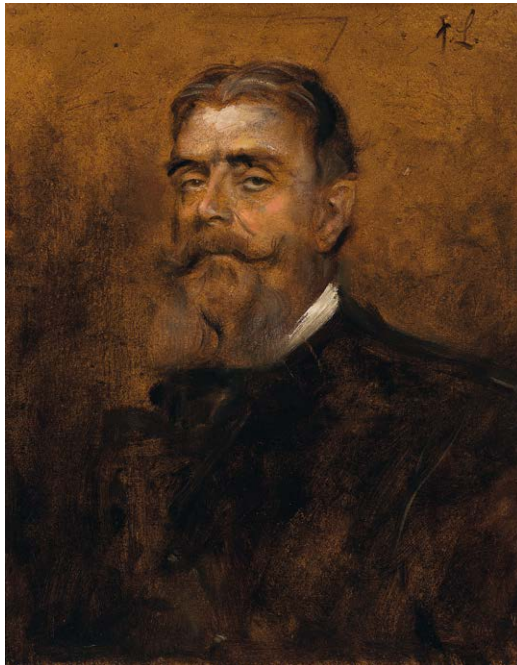
#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Sebastian Weinert

**100**  
**JAHRE**  
**FÜRST DONNERSMARCK-  
STIFTUNG 1916–2016**

Berlin 2016



Maler: Franz von Lenbach

”

Ich habe beschlossen, in der Gartenstadt Frohnau eine nach der Allerhöchsten Entschließung Seiner Majestät des Kaisers und Königs dort zu errichtende größere Kur- und Heilanstalt für die verwundeten und erkrankten Krieger [und] eine Forschungsstätte für die wissenschaftliche Verarbeitung und therapeutische Verwertung der im jetzigen Kriege gesammelten ärztlichen Erfahrungen in das Leben zu rufen.

“

Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarck

|   |     |
|---|-----|
| Vorbemerkung  | 5   |
| Abkürzungsverzeichnis   | 10  |
| Einleitung  | 11  |
| <b>I. Über einen hoffnungsvollen Beginn und den Kampf um das institutionelle Überleben. Von der Gründung 1916 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs</b> | 20  |
| 1. Der Aufstieg des Fürsten von Donnersmarck und der Betrieb des Vereinslazarets Frohnau  | 21  |
| 2. Die Gründung der Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut und das Scheitern der kaiserlichen Kur- und Heilanstalt                                      | 29  |
| 3. Beginn einer eigenständigen Stiftungspolitik   | 35  |
| 4. Zwischen Behauptung, Selbst- und Zwangsauflösung. Die FDST im „Dritten Reich“  | 41  |
| Exkurs I: Die Verfassung der Fürst Donnersmarck-Stiftung  | 59  |
| <b>II. Wirtschaftlicher Aufstieg und Beginn der operativen Stiftungsarbeit. 1945–1971</b>   | 69  |
| 1. Die Stiftung im Berlin der Nachkriegszeit  | 70  |
| 2. Das wirtschaftliche Wachstum bis 1971  | 72  |
| 3. Die „Geburt“ der Stiftungsaktivitäten in den Berliner Nachbarschaftsheimen   | 79  |
| 4. Die Entstehung der Villa Donnersmarck  | 84  |
| 5. Die „Fahrten des guten Willens“ und der Bau des Gästehauses Bad Bevensen   | 92  |
| 6. Operative Stiftungstätigkeit und innere Organisation   | 98  |
| Exkurs II: „FDST international“   | 111 |

|   |     |
|---|-----|
| <b>III. Wachstum im „Jahrzehnt der Rehabilitation“ und systematische Weiterentwicklung der Stiftungsangebote. 1971–1989</b> | 123 |
| 1. Der große Waldverkauf von 1973   | 124 |
| 2. Das Fürst Donnersmarck-Haus in Frohnau und die Entwicklung des Arbeitsbereichs Rehabilitation                            | 130 |
| 3. Beginnende Ambulantisierung des Fürst Donnersmarck-Hauses  | 141 |
| 4. Weiterentwicklung der sozialpädagogischen Angebote   | 150 |
| 5. Die Entstehung der FDS Gewerbebetriebsgesellschaft mbH   | 155 |
| 6. Die Jahre von 1971 bis 1989. Eine Stiftung entwickelt sich   | 159 |
| Exkurs III: Forschung und die Fürst Donnersmarck-Stiftung   | 172 |
| <b>IV. Zeiten der Weichenstellung. 1989–1997</b>  | 184 |
| 1. Die Entwicklung des Fürst Donnersmarck-Hauses in den 1990er Jahren   | 188 |
| 2. Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung:<br>Die Nordbahn gGmbH   | 199 |
| 3. Pädagogische Angebote – die Arbeitsbereiche Freizeit, Bildung,<br>Beratung sowie Touristik                               | 202 |
| 4. Weichenstellungen  | 211 |
| Exkurs IV: Die externen Kooperationen der Fürst Donnersmarck-Stiftung   | 221 |
| <b>V. Eine Organisation im Wandel. 1997–2016</b>  | 230 |
| 1. Öffnungen nach außen   | 236 |
| 2. Die Fokussierung des Fürst Donnersmarck-Hauses   | 246 |
| 3. Fortschreitende Ambulantisierung   | 252 |
| 4. 1997–2016. Eine Organisation im Wandel   | 258 |
| <b>Die Fürst Donnersmarck-Stiftung 1916–2016. Ein Fazit</b>   | 266 |
| Quellen- und Literaturverzeichnis   | 272 |
| Impressum   | 288 |

## VORBEMERKUNG

Wenn ein hundertster Geburtstag feierlich begangen wird, so ist das heute nicht unbedingt alltäglich, aber doch keine Überraschung. Bei Menschen zumindest ist dieses Jubelfest, wenn auch nicht selbstverständlich, so doch in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zunehmend wahrscheinlich geworden. Doch was für einzelne Menschen gilt, gilt für soziale Organisationen nicht unbedingt. Zwar hört man auch hier hin und wieder von runden Geburtstagen und zuweilen prunkvoll begangenen großen Jahrestagen, doch ist es überaus unwahrscheinlich, dass die große Masse sozialer Einrichtungen derart alt wird. Denn anders als Menschen, die auf ihre Biologie und eine kluge Lebensführung rechnen können, hängt das Schicksal sozialer Organisationen, worunter man Unternehmen, Stiftungen und Vereine begreifen kann, von vielen Faktoren ab, auf die sie kaum oder wenig Einfluss haben. Ihre Selbsterhaltung ist eine Gestaltungsherausforderung unter letztlich unbeeinflussbaren Umweltbedingungen, denen sie nicht schutzlos ausgeliefert sind, auf die sie aber mehr reagieren müssen, als sie durch kluges Verhalten selbst gestalten können. Gelingt Letzteres, ist das eine große Leistung, doch zumeist wird es anders sein. Das ist keine geringe Herausforderung, hängt am klugen Reagieren und Handeln doch die gesamte Existenz einer sozialen Organisation. Diese Existenz hat zudem zwei Seiten, die die zu bewältigenden Aufgaben weiter komplizieren. Denn Selbsterhaltung und Funktionserfüllung einer Organisation bedingen einander zwar, doch gehen sie deshalb nicht ineinander auf. Um sich selbst erhalten zu können und erfolgreich zu sein, muss etwa ein Unternehmen oder eine Stiftung nicht allein die gewünschten Güter und Dienstleistungen erstellen; es/sie muss auch mit und durch eine entsprechend organisierte Arbeitsteilung, durch angemessene bürokratische Strukturen, durch passgenaue Verträge mit Mitarbeitern, durch angemessene räumliche Bedingungen auch sicherstellen, dass die Erstellung der gewünschten Güter und Dienstleistungen sachgerecht und preislich wettbewerbsfähig erfolgt. Von diesem Erfolg hängt wiederum die eigene Existenz ab, die die Voraussetzung allen Handelns ist.

Eine Stiftung hat es unter regulären Bedingungen leichter als ein Wirtschaftsunternehmen, weil ihre Existenz durch das Stiftungskapital und dessen Erträge

gesichert ist. Aber diese Sicherung ist, wie die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert gezeigt hat, keine Existenzgarantie. Denn die großen Inflationen nach den beiden Kriegen haben in zahlreichen Fällen das Stiftungskapital zerstört und die Existenz zahlreicher Stiftungen beendet. Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ist auch eine Geschichte der gescheiterten Stiftungen, ja zeitweilig der Krise des Stiftungsgedankens überhaupt. Doch unter normalen Bedingungen ermöglicht das Stiftungskapital die Existenzerhaltung, worin ja im Grunde auch ihre Legitimation begründet liegt. Denn eine Stiftung soll ja gerade Leistungen ermöglichen, die von Wirtschaftsunternehmen unter regulären Marktbedingungen nicht erbracht werden (können), zumindest nicht zu sozial akzeptablen Bedingungen. Das entbindet eine Stiftung nicht davon, wirtschaftlich zu arbeiten und ihre laufenden Kosten zu erwirtschaften. Doch ist sie den Wettbewerbsmärkten und ihren Risiken in geringerem Maße ausgesetzt als reguläre Unternehmen. Das hat freilich seinen Preis, denn anders als normale Wirtschaftsunternehmen können Stiftungen bzw. Stiftungsunternehmen nicht frei handeln, sondern sind dem rechtlich fortgeltenden Stifterwillen verpflichtet. Welche Implikationen das noch nach hundert Jahren haben kann, zeigt die Auseinandersetzung um die Reform der Carl-Zeiss-Stiftung in den 1990er und 2000er Jahren. Dabei wurde die Frage verhandelt, ob der Stifterwillen eine gesellschaftsrechtliche Neufassung der Stiftungsunternehmen zuließ, die unter Marktgesichtspunkten zwingend erschien, in der Stiftung und den Stiftungsunternehmen aber überaus umstritten war. Langwierige, letztlich aus der Perspektive der Reform erfolgreiche Gerichtsverfahren waren die Folge, in denen der Stifterwille stets der maßgebliche Faktor war. Hier zeigte sich, dass der Umstand, der das Überleben erleichtern kann, nämlich die Stiftung selbst, zu einer Belastung werden kann, wenn gerade die Festlegungen der Stiftung eine dynamische Reaktion auf sich ändernde wirtschaftliche und soziale Bedingungen verhindert oder zumindest einschränkt. Das ist eine konfliktträchtige Konstellation, die dem Wandel in Stiftungen ihre besondere Brisanz verleiht.

Nun war und ist die Zeiss-Stiftung keine gemeinnützige Stiftung, sondern folgt der klugen Überlegung des Stifters, des Jenaer Physikers Ernst Abbe, die Entwicklung des Unternehmens unabhängig von den kurzfristigen privaten Interessen möglicher Geldgeber oder einzelner Beschäftigtengruppen gestalten zu können. Dies blieb zwar in der deutschen Unternehmenslandschaft ein ziemlicher Einzelfall, war aber insgesamt doch recht erfolgreich. Die Fürst Donnersmarck-Stiftung, die mit diesem Buch ihre bislang einhundertjährige Geschichte dokumentiert, hatte im Gegensatz zur Carl-Zeiss-Stiftung niemals den Ehrgeiz, als Eigentümerin von weltweit bedeutenden Industriefirmen aufzutreten, sondern sollte nach dem Willen des Stifters kriegsversehrte Soldaten unterstützen und die im Umgang mit Kriegsverletzungen

und daher rührenden körperlichen Einschränkungen gewonnenen medizinischen Erkenntnisse wissenschaftlich aufbereiten und für die Zukunft bereit stellen. Dass sie heute noch existiert, ist bei einer 1916 ins Leben gerufenen Stiftung keineswegs selbstverständlich. Das Überleben der Fürst Donnersmarck-Stiftung in Inflation, Krieg und erneuter Inflation ist daher weit über die Geburtstagserinnerung von Bedeutung, liegt doch gerade in dieser Geschichte selbst der Schlüssel zum Verständnis, wie und unter welchen Bedingungen soziale Organisationen ihren Herausforderungen gerecht werden können, ja Zukunftsperspektive gewinnen. Denn das ist ja gerade keine einfache Sache, die sich rezepthaft formulieren und entsprechend anwenden ließe, so dass das Überleben sozialer Organisationen im Grunde trivial ist. Im Gegenteil: die Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung zeigt, dass es gerade kein Rezeptbuch für Strukturwandel gab und gibt. Dazu waren und sind die Rahmenbedingungen zu unkontrollierbar; dazu sind aber auch die internen Strukturen, Interessen und Konflikte zu komplex. Einfache Lösungen gibt es selten, und wenn es sie gibt, finden sie selten die Zustimmung aller Beteiligten und Betroffenen.

Dass die Fürst Donnersmarck-Stiftung, seinerzeit noch das Institut, die ersten Jahrzehnte überhaupt überlebte, grenzt an ein Wunder. Zwar hatte der Stifter durch die Tatsache, dass das Stiftungskapital vor allem in Boden bestand, die Stiftung vor den Folgen der Inflation einigermaßen geschützt. Doch war der Ertrag des Bodens angesichts der Strukturschwäche der Forstwirtschaft in der Zwischenkriegszeit zunächst zu gering, um den Stiftungszwecken zu genügen, von deren geplantem Ausbau ganz zu schweigen. Die enge Anlehnung an militärärztliche Gesichtspunkte bzw. die entsprechenden Abteilungen der Reichswehr war also nicht allein dem Stifterwillen geschuldet; nur so konnte überhaupt eine erste, wenn auch bescheidene, Aktivität ermöglicht werden. Und die Kooperation mit der Reichswehr schützte schließlich auch davor, dass sich der Staat nach 1933 an der Stiftung und ihrem Vermögen vergriff, was mehrfach eine reale Gefahr darstellte. Diese Konstellation von großem Grundbesitz und geringer Aktivität erwies sich im Nachhinein fast als Glücksfall, weil die Stiftung einigermaßen unbeschädigt durch den Krieg kam und nach ihrer Neustrukturierung zu Beginn der 1950er Jahre ihre eigentliche Arbeit, nämlich die Hilfe für körperbehinderte Menschen, ohne große Belastungen aufnehmen konnte. Die Nähe zur evangelischen Kirche und ihren sozialen Einrichtungen erwies sich dabei als überaus nützlich, sodass die sozialpädagogische Gruppenbetreuung in den Nachbarschaftsheimen schnell um weitere Gesichtspunkte wie die Betreuung von behinderten Kindern erweitert werden konnte. Die Erträge der Forstwirtschaft, erste Grundstücksverkäufe und gewisse Miet- und Pachteinnahmen ermöglichten zugleich einen langsamen Ausbau



der Stiftung selbst, die ihren Charakter indes nicht verlor, nämlich mit Hilfe der Erträge aus dem Stiftungsvermögen eine Betreuungsinfrastruktur zu schaffen, die dann selbst wiederum mit der öffentlichen Hand ihre Leistungen abrechnete. Erst in den 1970er Jahren kam es unter weitgehend geänderten Rahmenbedingungen zu einer deutlichen Änderung der Stiftungsarbeit, als mit der Veräußerung großer Bodenflächen an das Land Berlin das Stiftungsvermögen, das in der Folgezeit in ertragsstarke Immobilien angelegt wurde, sprunghaft anstieg und nun eine ganz neue Dimension der Stiftungsentwicklung zuließ. Diese wurde auch konsequent genutzt. Der Ausdehnung der Arbeit in den Bereichen Rehabilitation, Tourismus und Freizeit, Bildung, Beratung entsprach eine Ausdifferenzierung und Professionalisierung der „Stiftungsbürokratie“, ganz im Sinne des zuvor angesprochenen Ermöglichungsverhältnisses von Bürokratie und Leistungsfähigkeit. Die Veräußerung des Bodens in Frohnau, der bislang das Stiftungskapital gebildet hatte, erwies sich als entscheidender Schritt. Der erzielte Ertrag machte die Stiftung schlagartig wohlhabend, ohne ihre Stabilität in Frage zu stellen, da am Immobilienbesitz festgehalten wurde. Die Herausforderungen der kommenden Zeit lagen daher auch nicht in der Stiftungskonstruktion und der Vermögensverwaltung, sondern in den sich ändernden Rahmenbedingungen, die langfristig einen grundlegenden Wandel weg von der stationären Heimpflege hin zur ambulanten Betreuung und Rehabilitation körperbehinderter Menschen anzeigte. Überdies zeichnete sich Ende der 1970er Jahre das Ende der Expansion des Sozialstaates ab, so dass seit den 1980er Jahren die Kostenstrukturen eine geänderte Stiftungspolitik etwa im Bereich der Organisation des Tourismus für körperbehinderte Menschen notwendig wurde. Es war allerdings nicht allein der Übergang zur ambulanten Arbeit, sondern auch die generelle Änderung der Betrachtung körperbehinderter Menschen in der Gesellschaft, die die Stiftungsarbeit zunehmend bestimmte. Seit den 1990er Jahren und der Wiedervereinigung traten auf dem „Betreuungsmarkt“ vermehrt Anbieter auf, mit denen die herkömmlichen Stiftungen nicht nur konkurrierten, sondern die auch zu innovativem Verhalten und flexiblen Strukturen zwangen – angefangen mit der Nutzung der neuen Medien bis hin zur Entwicklung moderner Angebote: Bei der Fürst Donnersmarck-Stiftung fand dies Niederschlag in der Post-Akuten Neurorehabilitation, dem Ausbau moderner, ambulanter Wohnmöglichkeiten wie dem Wohnen mit Intensivbetreuung oder der Modernisierung ihres Arbeitsbereiches Tourismus. Aufgrund ihrer Vermögensstärke war die Stiftung in der Lage, diese Innovationen, die mit erheblichen Investitionen verbunden waren, zu realisieren. Doch bedingten diese Änderungen zugleich eine radikale Neuorganisation der bürokratischen Seite, ein Prozess, der nicht schmerzfrei ablaufen konnte, zumal er zahlreiche bewährte Strukturen unmittelbar betraf.

Spätestens seither ist klar, dass die Entwicklung der Stiftung sich durchaus analog zu der moderner Unternehmen begreifen lässt, ja sie ähnlichen Zwängen ausgesetzt ist wie diese. In sich dynamisch ändernden Märkten, in denen zudem die Erwartungen der Menschen sich ändern, hier vor allem von der Betreuung hin zur Inklusion und zur Ermöglichung von Autonomie, in einer Konstellation, in der nicht mehr alles bezahlt wird, sondern Leistungen zu erbringen sind, die sich rechnen und vor allem im Wettbewerb behaupten können, hängen auch das Überleben und die Weiterentwicklung von dem ab, was Joseph Schumpeter einst „schöpferische Zerstörung“ nannte. Eine Stiftung ist hierbei nicht frei; der Stifterwille bindet, und das Stiftungskapital sichert zumindest bis zu einem gewissen Grade die Existenz. Doch ihre Vitalität ist abhängig von der Bereitschaft zum Wandel. Wenn die Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung wie überhaupt die moderne Unternehmensgeschichte eines lehrt, dann ist es die Notwendigkeit, Wandel als positive Herausforderung zu akzeptieren, und zwar jedes Mal neu. Denn jede Änderung, einst als Problemlösung in die Welt gekommen, wird nach einiger Zeit selbst zum Problem. Routinen können schnell gefährlich werden. Momente der Selbstzufriedenheit sollte es bestenfalls nur kurzfristig geben. Diese Botschaft enthält die Geschichte schon, hingegen keinerlei Rezepte für das unmittelbare Handeln. In diesem Sinne sollte das Buch so gelesen werden, wie es Jakob Burckhardt für die Geschichte im 19. Jahrhundert allgemein formulierte: sie mache nicht klug für morgen, sondern weise für immer! Und insofern ist die Tatsache, dass die Fürst Donnersmarck-Stiftung in diesem Jahr ihren einhundertsten Geburtstag feiern kann, auch ein Ausdruck der Tatsache, dass sie es verstanden hat, sich zu wandeln, ja, das zeigt die Festschrift, sich des Wandels und seiner Komplexität überaus bewusst ist. Das ist durchaus vielversprechend.

*Prof. Dr. Werner Plumpe/  
Goethe-Universität Frankfurt am Main*

---

1 Vgl. Werner Plumpe (Hg.), *Eine Vision – zwei Unternehmen: 125 Jahre Carl-Zeiss-Stiftung*, München 2014.

## VERZEICHNIS DER WICHTIGSTEN ABKÜRZUNGEN

ABW = Ambulant Betreutes Wohnen  
AD = Ambulanter Dienst der Fürst Donnersmarck-Stiftung  
BRK = UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung  
BSHG = Bundessozialhilfegesetz  
BTC = Berliner Terrain Centrale  
BWB = Berliner Werkstätten für Behinderte  
DGRW = Deutsche Gesellschaft für Rehabilitationswissenschaften  
DVfR = Deutsche Vereinigung für Rehabilitation  
DWBO = Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.  
FDH = Fürst Donnersmarck-Haus  
FDS GmbH = FDS Gewerbebetriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung  
FDST = Fürst Donnersmarck-Stiftung  
IMEW = Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft  
NH = Neue Heimat  
OE = Organisationsentwicklung  
RMI = Reichsministerium des Innern  
SGB = Sozialgesetzbuch  
SHT = Schädel-Hirn-Traumata  
STZ = Sozialtherapeutisches Zentrum  
UEvB = Unterstützung bei der Entwöhnung von Beatmung  
VEBA = Verband Evangelischer Behindertenarbeit  
VEEMB = Verband Evangelischer Einrichtungen für geistig und seelisch Behinderte  
VEERB = Verband Evangelischer Einrichtungen für die Rehabilitation Behinderter  
Wml = Wohnen mit Intensivbetreuung

## EINLEITUNG

Menschen mit Behinderung haben sich in den letzten Jahren eine wachsende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erarbeitet. Ihre Situation wurde seit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (BRK) im Jahr 2009 Thema zahlreicher, emotional geführter Diskussionen in Politik wie Gesellschaft.<sup>1</sup> Diese Debatten machen deutlich, in wie vielen Bereichen des täglichen Lebens Menschen mit Behinderung mit Nachteilen zu kämpfen haben und wie schwierig es ist, diese abzubauen. Deswegen ist die Inklusion von Menschen mit Behinderung, wie sie die UN-BRK vorsieht, nur gemeinschaftlich, unter Einsatz vielfältiger Ressourcen und mit guten Ideen zu erreichen. Es braucht dafür das Zusammenwirken von unterschiedlichen Akteuren – den Menschen mit Behinderung selbst, Politikerinnen und Politikern, Pädagoginnen und Pädagogen, Ärztinnen und Ärzten<sup>2</sup>, aber auch von Organisationen wie der Fürst Donnersmarck-Stiftung (FDST). Die Stiftung wurde 1916 von Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarck unter dem Namen Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut gegründet.<sup>3</sup> Sie sollte der medizinischen Erforschung und therapeutischen Behandlung von Kriegsverletzungen dienen. Aufgrund der Kriegsereignisse und der anschließenden Geldentwertung während der Weimarer Republik konnte der Stiftungszweck allerdings zunächst nicht verwirklicht werden. Während des Nationalsozialismus war die Stiftung ebenfalls nicht aktiv, sondern musste um ihr institutionelles Überleben kämpfen. Erst in den frühen 1950er Jahren konnte sie ihre Arbeit aufnehmen. Dank eines vorausschauenden Stiftungsmanagements und ihres großen Grundbesitzes wuchs die Stiftung in den folgenden Jahren kontinuierlich. Sie übernahm nach und nach immer mehr Aufgaben und erweiterte ihren Tätigkeitsbereich kontinuierlich. Nach dem Mauerfall 1989 und der Wiedervereinigung befand sie sich als Berliner Organisation plötzlich wieder im Herzen des politischen Deutschlands und intensivierte ihr öffentlichkeitswirksames Engagement systematisch. Heute betreibt die Stiftung an Standorten in Berlin, Bad Bevensen und Rheinsberg Einrichtungen mit den Schwerpunkten Rehabilitation, Tourismus sowie Freizeit, Bildung, Beratung. Außerdem ist sie als Gesellschafterin zu 50 % an der Nordbahn gGmbH und zu 5 % an den Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung GmbH

beteiligt. Inzwischen verfügt sie über 150 Mio. Euro Eigenkapital und beschäftigt 600 Mitarbeiter.

Diese Entwicklung steht im Zentrum der vorliegenden Darstellung. Die Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung von ihrer Gründung bis heute zu er-



**An der Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung von ihrer Gründung bis heute zeigen sich die Kontinuitäten, Veränderungen und Brüche im gesellschaftlichen Umgang mit Menschen mit Behinderung in den vergangenen 100 Jahren.**



zählen, heißt, am Beispiel einer Organisation die Kontinuitäten, Veränderungen und Brüche aufzuzeigen, die der gesellschaftliche Umgang mit Menschen mit Behinderung in den vergangenen 100 Jahren erfuhr. Im Rückblick macht die Geschichte deutlich, wie die Stiftung „geworden“ ist. Für den Blick nach vorne kann sie als Standortbestimmung dienen, von dem aus neue Ziele in Angriff genommen oder alte Ideen wieder aufgegriffen werden können. Die Geschichte der Stiftung von 1916 bis 2016 richtet sich nicht nur nach innen, sondern will darüber hinaus Impulse nach außen geben. Sie soll Klienten, Bewohner, Gäste, Mitarbeiter oder Interessierte informie-

ren. Sie soll Zeugnis über die eigene Vergangenheit ablegen, Anregung für die aktuelle geschichtswissenschaftliche Forschung sein und Impulse für zukunftsgerichtetes Handeln geben. Dafür knüpft sie an drei unterschiedliche Forschungsansätze an.

## Theoretische Grundlagen

Erstens hat die Forschung seit einiger Zeit die Geschichte von Menschen mit Behinderung als lohnenswerten Untersuchungsgegenstand entdeckt. Seit 2001 und 2002 am Deutschen Hygiene-Museum in Dresden sowie dem Martin-Gropius-Bau in Berlin die Ausstellung „Der (Im)perfekte Mensch“ und zwei begleitende Fachtagungen stattfanden, ist in Deutschland das Interesse an den Disability Studies kontinuierlich gewachsen.<sup>4</sup> Die Vertreter der Disability Studies haben sich zum Ziel gesetzt, den gesellschaftlichen Umgang mit Menschen mit Behinderung kritisch zu analysieren. Für sie ist Behinderung kein ausschließlich medizinisch-naturwissenschaftlich definierbarer Zustand. Stattdessen wird er von sozialen sowie kulturellen Zuschreibungen mitgeprägt. Die *Disability Studies* lenken dadurch den Blick weg von den individuellen Beeinträchtigungen von Menschen mit Behinderung hin zu den soziokulturellen Hindernissen, die ihrer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft im Weg stehen.<sup>5</sup> Sie fragen nach dem „Ort“ von Behinderung in der sozialen Welt. Ein wichtiger Bestandteil der Disability Studies ist die Disability

History, die den Veränderungen im Umgang mit Menschen mit Behinderung im Laufe der Zeit nachgeht.<sup>6</sup> Inzwischen hat sich auch die allgemeine Geschichtswissenschaft derartiger Fragestellungen angenommen.<sup>7</sup> Historiker verstehen Behinderung als eine Dimension sozialer Ungleichheit. Sie beschreiben die Felder, auf denen Menschen mit Behinderung benachteiligt wurden und werden – aber ebenso die Bemühungen, um diesen Zustand zu verbessern. Damit zeigen sie die gewachsenen Hindernisse für Menschen mit Behinderung auf dem Weg zu vollständiger Teilhabe und dokumentieren ihre Schritte zu rechtlicher sowie sozialer Gleichstellung. Gleichzeitig weiten sie den Blick auf die vielfältigen Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderung in Vergangenheit wie Gegenwart.

Einen zweiten Ansatz, aus dem diese Untersuchung schöpft, bietet die *Unternehmensgeschichte*. Diese erlebt einerseits seit etwa Mitte der 1990er Jahre eine gewisse Boomphase, die durch die Aufarbeitung zahlreicher Unternehmensbiografien während des Nationalsozialismus ausgelöst wurde.<sup>8</sup> Andererseits befinden sich Vertreter des Fachs seit mindestens ebenso langer Zeit in einer intensiven Debatte über das eigene Selbstverständnis. Der wichtigste Grund dafür ist die doppelte Stellung der Unternehmensgeschichte als historisches sowie wirtschaftswissenschaftliches Fach. Die Diskussion dreht sich im Kern um die Frage, worin das spezifische Unterscheidungskriterium zwischen der Unternehmens- und der allgemeinen Geschichte liegt.<sup>9</sup> Trotz aller Unterschiede lässt sich ein gewisser Konsens unter den beteiligten Forschern über den Charakter der Unternehmensgeschichte ausmachen: Unternehmensgeschichte untersucht in ihrem Kern die ökonomische Logik von Organisationen. Sie legt die internen wie externen Bedingungsfaktoren unternehmerischer Handlungen frei und zeigt damit die Interaktion des Unternehmens mit seiner Umwelt auf. Ihre Aufgabe ist, die Entwicklung einer Organisation im Spannungsfeld zwischen Pfadabhängigkeiten, äußeren Einflüssen und internen, historisch offenen Entscheidungsprozessen zu beschreiben.<sup>10</sup> Sie beruht nicht auf einer fest umrissenen Methode, sondern kann – abhängig von Untersuchungsgegenstand und Fragestellung – auf unterschiedlichen theoretischen Vorannahmen aufbauen. Allerdings geht sie bei der Untersuchung immer vom jeweiligen Unternehmen als Wirtschaftsakteur aus und stellt es in den Kontext seiner Zeit.<sup>11</sup> Die Unternehmensgeschichte erinnert daran, die inneren Logiken sowie die Handlungszwänge von Organisationen ernst zu nehmen und als konstitutiven Bestandteil ihrer institutionellen Entfaltung zu berücksichtigen.

Zuletzt hat drittens in jüngster Zeit die historiographische Auseinandersetzung mit der Entstehung und Ausdifferenzierung des *deutschen Stiftungswesens* an Aufmerksamkeit gewonnen. Das Stiftungswesen in Deutschland erlebte nach seiner „Gründerzeit“ im wilhelminischen Kaiserreich und einer Periode extremer Rezession

zwischen 1914 und 1945 in den vergangenen Jahrzehnten eine bislang noch nie dagewesene Hochphase.<sup>12</sup> Die Geschichtswissenschaft hat diesen Trend aufgegriffen und sich zunächst den Stiftungen im Kaiserreich sowie der anschließenden Weimarer Republik und dem „Dritten Reich“ gewidmet. Inzwischen wendet sie sich jedoch mehr und mehr der Zeit der Bundesrepublik Deutschland zu.<sup>13</sup> Die Beschäftigung mit dem Stiften, Schenken und Spenden ist aufschlussreich, weil sich daran „der Umgang der Gesellschaft mit ihren Individuen [spiegelt]. Stiftungen, der Kontext ihrer Entstehung, ihre Ausgestaltung und ihre Zweckausrichtung geben Aufschluss über das Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft und den Grad der Fürsorge der Gemeinschaft für den Einzelnen.“<sup>14</sup> Jürgen Kocka versteht die Geschichte von Stiftungen daher als eine Möglichkeit, sich analytisch dem vielbeachteten Thema der Zivilgesellschaft zu nähern. Denn Stiftungen agieren in einem spezifisch sozialen Raum, der weder einer rein ökonomischen Rationalität, noch der Logik behördlicher Verwaltungen entspricht.<sup>15</sup> Insofern sind Stiftungen Paradebeispiele für Organisationen des „Dritten Sektors“ jenseits von Markt und Staat.

## Fragestellungen

Disability History, Unternehmensgeschichte und die Geschichte des Stiftens, Spendens und Schenkens sind die drei Zugänge, aus denen sich diese Darstellung der FDST vom Zeitpunkt ihrer Gründung bis in die Gegenwart speist. Sie geht aber nicht in ihnen auf. Vielmehr soll hier ein eigenständiger Zugriff auf die Geschichte der Institution gewählt werden, der einerseits die Perspektiven der drei hier skizzierten Forschungsrichtungen aufnimmt und andererseits dem berechtigten Interesse der Stiftung an historischer Orientierung anlässlich ihres 100-jährigen Jubiläums entspricht. Im Folgenden steht daher die Geschichte der Organisation im Mittelpunkt. Ihre Gründung, ihre organisatorische Entwicklung und Ausdifferenzierung sowie ihre institutionelle Eigenlogik beanspruchen den größten Raum der Studie. Davon ausgehend werden allerdings Schlaglichter auf andere, die Organisation im engeren Sinne übersteigende, Fragen geworfen. Das 20. Jahrhundert aus Sicht der Stiftung zu durchschreiten, bedeutet gleichzeitig, die Geschichte der deutschen Gesellschaft aus dem Blickwinkel einer gemeinnützigen Organisation für Menschen mit Behinderung wahrzunehmen.

Für die Disability History kann ein solches Vorgehen zeigen, welche Transformationen eine Einrichtung wie die FDST durchlief und welche Auswirkungen behindertenpolitische Ereignisse wie das Aufkommen der Behindertenbewegung in den 1970er Jahren oder die Einführung der Pflegeversicherung 1994 auf sie hatte. Ein solcher Ansatz kann für die laufende Forschung die Funktion eines Korrektivs

übernehmen. Denn die bisher erschienenen Studien, die sich der Disability History verpflichtet fühlen, konzentrieren sich auf makrohistorische Zusammenhänge wie die Veränderungen der deutschen Behindertenpolitik oder den Diskurs über Behinderung und Krankheit. Studien über einzelne Institutionen wie Heime, Schulen, Werkstätten für Menschen mit Behinderung oder eben Stiftungen liegen bisher – wenn überhaupt – fast ausschließlich für den Zeitraum vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs vor.<sup>16</sup> Für die Zeit danach existiert bisher nur eine größere Zahl von Arbeiten aus dem Bereich der Psychiatriegeschichte.<sup>17</sup> Dabei sind es doch gerade diese Einrichtungen, die über die Teilhabechancen ihrer Klientel maßgeblich mitbestimmen. Und gerade im Bereich der praktischen Behindertenhilfe kam es nicht selten zu markanten Ungleichzeitigkeiten zwischen behindertenpolitischen Weichenstellungen und ihrer institutionellen Umsetzung. Die Geschichte einer Organisation wie der FDST kann daher die bisherige Forschung auf dem Feld der Disability History um eine weitere Facette ergänzen. Der Unternehmensgeschichtsschreibung sowie der historiographischen Beschäftigung mit dem Stiften, Spenden und Schenken kann die vorliegende Studie dagegen als Beispiel für das Verhalten einer Organisation im sozialen Sektor dienen. Sie veranschaulicht, wie gemeinnützige Institutionen in der Interaktion mit Markt wie Sozialstaat agieren und welche Handlungsoptionen ihnen offenstehen. Dies schärft den Blick für das Spannungsfeld zwischen ökonomischem Wettbewerb auf der einen sowie sozialer Sicherung auf der anderen Seite, das die deutsche Sozialpolitik derzeit so sehr prägt.<sup>18</sup> Die Untersuchung der FDST ist für eine solche Fragestellung besonders vielversprechend. Denn ihre Geschichte war immer auch die des Aufbaus, Verwaltens und Einsatzes ihres Stiftungskapitals. Am Beispiel der FDST lässt sich deswegen ein „alternatives“ Geschäftsmodell beschreiben, das einen sozialen Zweck mit einer ökonomischen Rationalität verbindet und dadurch die Handlungsfähigkeit der Institution dauerhaft sichert. Zu zeigen ist daher, ob und wie sich die Organisation durch die Interaktion mit Staat, Gesellschaft sowie Wissenschaft veränderte und welchen Beitrag sie wiederum zu den vergangenen gesellschaftlichen Umbrüchen leistete. Dadurch geraten zwangsläufig einschneidende Wegmarken der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts in den Fokus. Diese zu berücksichtigen und gleichzeitig die institutionelle Gestalt der FDST zu erfassen, ist Aufgabe wie Herausforderung dieser Studie.



**Das 20. Jahrhundert aus Sicht der Stiftung zu durchschreiten, bedeutet gleichzeitig, die Geschichte der deutschen Gesellschaft aus dem Blickwinkel einer gemeinnützigen Organisation für Menschen mit Behinderung wahrzunehmen.**





## Quellengrundlage

Die Studie stützt sich auf eine breite Quellengrundlage. Das Wirken der FDST hat einen Niederschlag in mehreren Archiven gefunden. Ihre Gründung und die ersten Jahre ihrer Existenz wurden vom Preußischen Militär ebenso aufmerksam begleitet wie durch die Berliner Polizei- und später Stadtpräsidenten, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten die Aufsicht über die Stiftung führten. Deren Überlieferung findet sich im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz sowie dem Landesarchiv Berlin. Im Archiv der Aktion Mensch in Bonn und dem Evangelischen Landeskirchlichen Archiv Berlin werden Unterlagen aus der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verwahrt. Darüber hinaus wird ergänzendes Material, das nicht direkt von der Stiftung handelt, aus dem Archiv der Otto-von-Bismarck-Stiftung, dem Ballestremschen Firmen- und Familienarchiv, dem Bundesarchiv Berlin sowie dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart genutzt. Seit ihrer Gründung wird die FDST von einer intensiven Presseberichterstattung begleitet, die ebenfalls in dieser Studie berücksichtigt wird. Die wichtigste Grundlage lieferte aber das Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung selbst. Schon Ende der 1980er Jahre, systematisch allerdings erst ab dem Jahr 2002, sichert die Stiftung ihr historisches Erbe.<sup>19</sup> Das Archiv gibt Auskunft über Aufbau und Organisation, Mitarbeiter und Klienten oder Chancen und Herausforderungen der FDST über alle Jahre ihres Bestehens hinweg. Abgerundet wird dieses Material durch fünf Oral History Interviews, die mit leitenden Mitarbeitern, einem ehemaligen Bewohner sowie einem Kuratoriumsmitglied geführt wurden und einen Einblick in die Gefühls- und Gedankenwelt des jeweils Interviewten eröffnen.

## Aufbau und Inhalt

Die Studie besteht aus fünf Hauptkapiteln, die sich an einschneidenden internen sowie externen Ereignissen orientieren. Unterbrochen werden sie durch vier kurze Einschübe, die wichtige Aspekte der Stiftungsgeschichte systematisch behandeln. Das erste Kapitel erstreckt sich von der Gründung der Stiftung im Jahr 1916 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Es befasst sich überwiegend mit dem Ringen der Organisation um ihr institutionelles Fortbestehen. Das zweite Kapitel umfasst den Zeitraum von 1945 bis 1971, als der bisherige Geschäftsführer, Herman Binder, von Ekkehard Reichel abgelöst wurde. Geschildert werden hier der langsame Aufbau der FDST und die ersten Schritte im – zuvor nicht aufgenommenen – operativen Geschäft. Das dritte Kapitel von 1971 bis 1989 markiert die Periode des rasanten wirtschaftlichen Aufschwungs durch den Verkauf des Stiftungsgeländes in Frohnau an das Land

Berlin. Damit einher gingen eine Intensivierung der Stiftungsaktivitäten sowie ein deutliches Wachstum der gesamten Organisation. Das anschließende vierte Kapitel setzt 1990 mit der veränderten Lage der Organisation als einer Berliner Stiftung nach dem Mauerfall ein und schließt mit der Übernahme der Geschäftsführung durch Wolfgang Schrödter. Die 1990er Jahre waren ein Jahrzehnt großer Umbrüche und Weichenstellungen in der deutschen Sozialpolitik, die ebenfalls Auswirkungen auf die Ausrichtung der FDST hatte. Das letzte Kapitel von 1997 bis 2016 erkundet schließlich die Rolle der Stiftung im wiedervereinten Deutschland. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den strukturellen Veränderungen innerhalb des operativen Geschäfts seit dem Stellenantritt von Wolfgang Schrödter. Den Abschluss der Studie bildet ein kurzes Fazit. Zur Bezeichnung der zahlreichen und häufig umbenannten Einrichtungen der Stiftung wird aufgrund der besseren Übersichtlichkeit im Folgenden die heutige Denomination verwendet. Lediglich an den Stellen, an denen die historischen Begrifflichkeiten bedeutsam sind, werden die zeitgenössischen Namen genutzt. Die Rechtschreibung in den Zitaten richtet sich nach dem Original; offensichtliche Flüchtigkeitsfehler wurden stillschweigend korrigiert.

Die Entwicklung sowohl der Stiftung als auch der deutschen Behindertenpolitik war keine lineare, „gleichsam natürliche“ Vorwärtsbewegung.<sup>20</sup> Vielmehr zeigt die Vergangenheit, wie unsicher und prekär die Situation von Menschen mit Behinderung phasenweise war und wie ambivalent die Gesellschaft mit ihnen umging. In der Betrachtung des Werdegangs der Fürst Donnersmarck-Stiftung von einer Organisation für Kriegsversehrte über den Einsatz für Kinder und Jugendliche mit Körperbehinderung bis hin zu Angeboten an Schwerstmehrfachbehinderte zeigt sich der lange Weg, den die Stiftung seit ihrem Bestehen zurücklegte. Der heutige positive Zustand hinsichtlich der sozialen und rechtlichen Situation der Menschen mit Behinderung war keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis eines offenen Prozesses, an dem unterschiedliche Akteure mit sehr unterschiedlichen Ressourcen mitwirkten. Welchen Anteil die Stiftung daran hatte, welche Entscheidungen sie zu ihrer heutigen Form führten, welche Personen sie unterstützten und welche Rolle Menschen mit Behinderung selbst in diesem Prozess spielten, ist das Thema dieses Buches. Die Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung von 1916 bis 2016 ist ein Blick zurück, der zeigt, wie sie zu dem geworden ist, was sie heute ist. Gleichzeitig ist sie aber auch ein Blick nach vorne, der dazu mahnt, nicht auf dem heutigen Stand stehen zu bleiben, sondern kontinuierlich an der Verwirklichung der gesellschaftlichen Utopie einer vollständigen Inklusion aller Menschen zu arbeiten.

- 1 Vgl. Bielefeldt, Heiner: Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention. Essay Nr. 5 des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Berlin 2009.
- 2 Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit immer nur die männliche Form verwendet. Frauen sind aber in dem Text ausdrücklich eingeschlossen.
- 3 Zur Stiftungsgeschichte vgl. v. a. Golka, Thomas; Wieder, Horst: Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung 1916-1991, Berlin 1991. Außerdem Schian, Walter: Die Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin. Ein Vorläufer der Bestrebung zur Rehabilitation Schwerbehinderter, in: Rüth, Fritz u. a. (Hrsg.): Stiftungen aus Vergangenheit und Gegenwart, Tübingen 1974, S. 277-298; Ders.: Die Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin und ihr Kuratorium. Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1979.
- 4 Vgl. Poore, Carol: „The (im)perfect human being“ and the beginning of disability studies in Germany: A report, in: New German critique (2002) 86, S. 179-190. Zur Ausstellung in Dresden und Berlin vgl. Stiftung Deutsches Hygiene-Museum (Hrsg.): Ausstellung Der (Im-)perfekte Mensch. Vom Recht auf Unvollkommenheit, Ostfildern-Ruit 2001; Lutz, Petra u. a. (Hrsg.): Der (Im-)Perfekte Mensch. Metamorphosen von Normalität und Abweichung, Köln 2003.
- 5 Zum Programm der Disability Studies vgl. u. a. DeGENER, Theresia: „Behinderung neu denken“ Disability Studies als wissenschaftliche Disziplin in Deutschland, in: Hermes, Gisela; Köbsell, Swanje (Hrsg.): Disability Studies in Deutschland – Behinderung neu denken! Dokumentation der Sommeruni 2003, Kassel 2003, S. 23-26; Dederich, Markus: Körper, Kultur und Behinderung. Eine Einführung in die Disability Studies, Bielefeld 2007.
- 6 Zum Verhältnis von Disability Studies zu Disability History aus der Perspektive einer Vertreterin des Disability Studies vgl. Waldschmidt, Anne: Soziales Problem oder kulturelle Differenz? Zur Geschichte von „Behinderung“ aus der Sicht der „Disability Studies“, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte 13 (2006) 3, S. 31-46.
- 7 Zum Forschungsstand der Disability History vgl. Bösl, Elsbeth: Dis/ability History: Grundlagen und Forschungsstand, in: H-Soz-Kult, 07.07.2009. Online unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2009-07-001> [Letzter Zugriff am 23.02.2016]; Dies.: Was ist Disability History? Zur Geschichte und Historiografie von Behinderung, in: Dies. u. a. (Hrsg.): Disability History. Konstruktionen von Behinderung in der Geschichte. Eine Einführung, Bielefeld 2010, S. 29-43; Lingelbach, Gabriele; Schlund, Sebastian: Disability History. Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte vom 08.07.2014. Online unter: [http://docupedia.de/zg/Disability\\_History?oldid=92951](http://docupedia.de/zg/Disability_History?oldid=92951). [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- 8 Vgl. Ahrens, Ralf: Unternehmensgeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte vom 01. 11.2010, S. 6-7. Online unter <http://docupedia.de/zg/Unternehmensgeschichte?oldid=97448> [Letzter Zugriff am 23.02.2016]; Pierenkemper, Toni: „Moderne“ Unternehmensgeschichte auf vertrauten (Irr-)Wegen?, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 57 (2012) 1, S. 70-85, hier S. 71-78.
- 9 Vgl. Pierenkemper, Toni: Was kann eine moderne Unternehmensgeschichtsschreibung leisten? Und was sollte sie tunlichst vermeiden, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 44 (1999) 1, S. 15-31; Pohl, Manfred: Zwischen Weihrauch und Wissenschaft? Zum Standort der modernen Unternehmensgeschichte. Eine Replik auf Toni Pierenkemper, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 44 (1999) 2, S. 150-163; Pierenkemper, Toni: Sechs Thesen zum gegenwärtigen Stand der deutschen Unternehmensgeschichte. Eine Entgegnung auf Manfred Pohl, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 45 (2000) 2, S. 158-166.
- 10 Vgl. Plumpe, Werner: Die Unwahrscheinlichkeit des Jubiläums – oder: warum Unternehmen nur historisch erklärt werden können, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (2003) 1, S. 143-156; Niederding, Anne; Wischermann, Clemens: Unternehmensgeschichte im institutionellen Paradigma, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 43 (1998) 1, S. 35-48.
- 11 Vgl. Berghoff, Hartmut: Wozu Unternehmensgeschichte? Erkenntnisinteressen, Forschungsansätze und Perspektiven des Faches, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 49 (2004) 2, S. 131-148.
- 12 Vgl. Strachwitz, Rupert Graf von: Stiftungen nach der Stunde Null. Die Entwicklung des Stiftungswesens in Westdeutschland nach 1945, in: Geschichte und Gesellschaft 33 (2007) 1, S. 99-126.
- 13 Ein wichtiger Hinweis auf das gestiegene historiografische Interesse an einer Philanthropiegeschichte der Bundesrepublik ist Lingelbach, Gabriele: Spenden und Sammeln. Der westdeutsche Spendenmarkt bis in die 1980er Jahre, Göttingen 2009.
- 14 Kowark, Katrin: Entwicklung der Stiftungslandschaft seit Gründung des Deutschen Kaiserreiches mit Blick auf Berlin-Brandenburg, in: Hübener, Kristina u. a. (Hrsg.): Soziale Stiftungen und Vereine in Brandenburg. Vom Deutschen Kaiserreich bis zur

- Wiederbegründung des Landes Brandenburg in der Bundesrepublik, Berlin 2012, S. 11-30, hier S. 11.
- 15 Vgl. Kocka, Jürgen: Vorbemerkungen, in: *Geschichte und Gesellschaft* 33 (2007) 1, S. 5-9.
  - 16 Vgl. Schmulh, Hans-Walter: Lebensbedingungen und Lebenslagen von Menschen mit geistiger Behinderung in den v. Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel seit 1945. Theoretische Vorüberlegungen und empirische Streiflichter, in: Ders.; Winkler, Ulrike (Hrsg.): *Welt in der Welt. Heime für Menschen mit geistiger Behinderung in der Perspektive der Disability History*, Stuttgart 2013, S. 133-160, hier S. 133-134.
  - 17 Vgl. Lingelbach; Schlund: *Disability History*, S. 15-16.
  - 18 Für eine prägnante Analyse dieses Spannungsfeldes vgl. Kloczek, Liane: *Soziale Stiftungen und Vereine zwischen moderner Daseinsfürsorge und vorsorgendem Sozialstaat. Eine Annäherung*, in: Hübener u. a. (Hrsg.): *Soziale Stiftungen und Vereine in Brandenburg. Vom Deutschen Kaiserreich bis zur Wiederbegründung des Landes Brandenburg in der Bundesrepublik*, S. 363-372.
  - 19 Zum Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung vgl. Golka, Thomas; Weinert, Sebastian: Aus dem Blick in die Vergangenheit Perspektiven in die Zukunft entwickeln. Das Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin, in: *Archiv & Wirtschaft* 47 (2014) 1, S. 22-29. Online unter: [http://www.wirtschaftsarchive.de/veroeffentlichungen/zeitschrift/AuW\\_1\\_14\\_2229.pdf](http://www.wirtschaftsarchive.de/veroeffentlichungen/zeitschrift/AuW_1_14_2229.pdf) [Letzter Zugriff am 23.02.2016].
  - 20 Schmulh, Hans-Walter: Menschen mit Behinderungen im Spannungsfeld von Exklusion und Inklusion. Vorüberlegungen zu einer notwendigen Erweiterung der Sozialgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, in: Cantow, Jan; Grüber, Katrin (Hrsg.): *Eine Welt ohne Behinderung – Vision oder Alptraum?*, Berlin 2009, S. 24-50, hier S. 27.

# I.

## ÜBER EINEN HOFFUNGSVOLLEN BEGINN UND DEN KAMPF UM DAS INSTITUTIONELLE ÜBERLEBEN. VON DER GRÜNDUNG 1916 BIS ZUM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGS



*„Wie wir erfahren, hat der Fürst Henckel-Donnersmarck mehrere Millionen Mark gestiftet, um eine Heilanstalt für verwundete Krieger in der Nähe der Reichshauptstadt ins Leben zu rufen. Neben dem erforderlichen Baugrund mit entsprechenden Waldungen sind mehrere Millionen bar überwiesen worden, um die entsprechenden Anstalten nicht bloß zu erbauen, sondern auch dauernd zu erhalten. Die Stiftung, über die man dem Kaiser Verfügung überlassen will, soll den Zweck haben, eine Anstalt größeren Stiles für unsere verwundeten Krieger zu schaffen und daneben ein Forschungs-Institut zur Verwertung der im Kriege gesammelten hygienischen Erfahrungen zu errichten. Mit dem Bau soll alsbald begonnen werden. Die Berater des Fürsten, Leibarzt Dr. Berg und Generaldirektor Dr. Hölscher, sind mit der Ausführung der notwendigen Vorarbeiten betraut worden.“<sup>1</sup>*



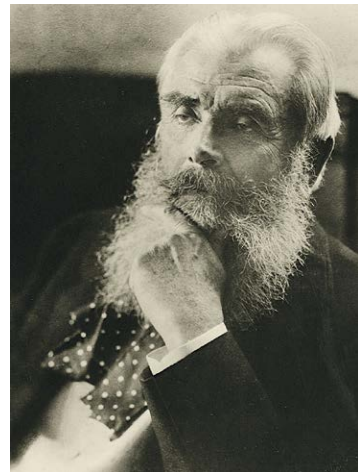
Mit dieser im Original lediglich 16 Zeilen umfassenden Meldung würdigte die Vossische Zeitung am 7. April 1916 – mitten im Ersten Weltkrieg – ein Vorhaben, das am 8. Mai 1916 in die Gründung der FDST mündete. Schon zuvor hatte sich Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarck mit der Einrichtung und Finanzierung eines Vereinslazarets für Kriegsversehrte auf seinem Grundbesitz in Frohnau engagiert. Als einer der reichsten Einwohner Preußens mit einem geschätzten Vermögen von ungefähr 250 Millionen Mark hatte er die notwendigen ökonomischen und politischen Ressourcen dafür. Fürst von Donnersmarck hatte in relativ kurzer Zeit aus einem eher bescheidenen Fideikommiss in Oberschlesien, wo sich auch der Grundbesitz der katholischen Linie der Henckel von Donnersmarck befand, die Grundlage eines innovativen Großkonzerns geschaffen.<sup>2</sup> Darüber hinaus erlangte er einen gewichtigen politischen Einfluss, an dessen Höhepunkt er 1901 schließlich in den Fürstenstand erhoben wurde. Erst seine wirtschaftliche sowie

gesellschaftliche Stellung ermöglichte es ihm, 1916 die FDST in ihrer damaligen Ausprägung ins Leben zu rufen.<sup>3</sup>

## I.1 DER AUFSTIEG DES FÜRSTEN VON DONNERSMARCK UND DER BETRIEB DES VEREINSLAZARETTES FROHNAU

### Das wirtschaftliche Engagement

Guido Henckel von Donnersmarck wurde am 10.08.1830 in Breslau geboren. Als zweiter Sohn des Grafen Karl Lazarus Henckel von Donnersmarck war er eigentlich nicht für die Übernahme des Fideikommiss' vorgesehen. Doch nach dem Tod seines älteren Bruders übertrug sein 76-jähriger Vater 1848 dem damals 18-jährigen die Geschäfte, ohne den zu diesem Zeitpunkt noch minderjährigen Guido von Donnersmarck aus seiner Abhängigkeit von ihm zu entlassen.<sup>4</sup> Obwohl der oberschlesische Grundbesitz reich an Bodenschätzen war, bedeutete diese Geschäftsübertragung kurzfristig keinen Zugewinn an finanziellem Handlungsspielraum. Denn der Großteil des Grundbesitzes war verpachtet und konnte nicht aktiv ökonomisch ausgenutzt werden. Erst Guido von Donnersmarck ging daran, den vorhandenen Reichtum an Bodenschätzen konsequenter und unter hoher Risikobereitschaft auszubeuten. Zug um Zug gewann er einerseits die rechtliche Unabhängigkeit von seinem Vater und andererseits die Verfügungsgewalt über die Betriebe und Hütten in seinem Einflussbereich zurück. 1856 – nur acht Jahre nach der Vermögensübertragung – war dieser Prozess abgeschlossen.<sup>5</sup> Begonnen hatte er damit, die Kohlebergwerke auf dem Fideikommiss, die als einzige zum Zeitpunkt seiner Geschäftsübernahme nicht verpachtet waren, zu konzentrieren und zu modernisieren.<sup>6</sup> Um an die nötigen finanziellen Mittel für seine Unternehmungen zu gelangen, nahm er Fremdkapital auf oder gründete Aktiengesellschaften.<sup>7</sup> Mit dem Aufbau der Schlesischen AG für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb im Jahr 1853 war er einer der Vorreiter dieser Unternehmensform.<sup>8</sup> Kennengelernt hatte er diese Form der Kapitalbeschaffung während seiner Zeit in Paris. Dort traf er auch seine erste Ehefrau, Therese Blanche de Paiva, die als seine Beraterin anfangs einen gewissen Einfluss auf die ökonomischen Entscheidungen Guido von Donnersmarcks hatte.<sup>9</sup> Seine beiden Söhne Guidotto und Kraft von Donnersmarck, die aus der 1887 geschlossenen zweiten Ehe



Guido Graf Henckel  
Fürst von Donnersmarck



Rina, Guidotto und Kraft  
von Donnersmarck. Vorlage:  
Hauptstaatsarchiv Stuttgart  
P 10 Bü 1515

mit Katharina - genannt Rina - Slepzow hervor-  
gingen, waren jedoch aufgrund unterschiedlicher  
Ursachen nicht mehr in der Lage, den Konzern mit  
dem gleichen Erfolg wie ihr Vater weiterzuführen.

In den Jahren nach der vollständigen Zurückge-  
winnung der Verfügungsgewalt über den Grund-  
besitz ging Guido von Donnersmarck daran, seine  
wirtschaftlichen Aktivitäten planmäßig auszu-  
bauen. Er stand dabei wie alle anderen schles-  
ischen Magnaten<sup>10</sup> vor der Herausforderung, dass  
seine wirtschaftliche Konkurrenz aus Großbritan-  
nien, Belgien oder dem Ruhrgebiet komparative  
Kostenvorteile gegenüber seinen eigenen Unter-  
nehmensstandorten hatte. Aufgrund der weiten  
Entfernungen zwischen den für die Verhüttung  
notwendigen Eisenerz- und Steinkohlevorkommen,  
der schlechteren infrastrukturellen Erschließung  
Oberschlesiens im Vergleich mit den anderen Ge-  
bieten und den logistischen Schwierigkeiten, die

eigenen Absatzgebiete zu beliefern, hatte die schlesische Schwerindustrie vor allem  
auf dem Markt für Roheisen Wettbewerbsnachteile. Diesen begegnete sie früh mit  
einer Spezialisierung auf bestimmte Produkte, der Konzentration von Anlagen sowie  
einem Ausbau der Handelsbeziehungen mit Österreich-Ungarn und dem russischen  
Zarenreich.<sup>11</sup> Außerdem intensivierten die Magnaten die Zusammenarbeit mitei-  
nander und versuchten, sich durch eine Kartellbildung vor der ausländischen wie  
innerdeutschen Konkurrenz zu schützen.<sup>12</sup> Guido von Donnersmarck reagierte auf  
diese Situation darüber hinaus mit einer immer weitergehenden Effizienzsteigerung  
sowie Spezialisierung und einer territorialen Erweiterung seiner wirtschaftlichen  
Aktivitäten auf Gebiete außerhalb oder am Rande Schlesiens. Auch vor einem  
Wirtschaftskampf mit anderen Kartellen schreckte er nicht zurück. Mit der Diversi-  
fizierung seiner Geschäftsfelder wie etwa dem Engagement in der Zellulose- und  
Kunstseidenfabrikation seit den 1880er Jahren erschloss er sich neue Märkte jen-  
seits der Schwerindustrie. Für seine Leistungen in der chemischen Industrie wurde  
ihm 1905 durch die TH Charlottenburg (heute TU Berlin) anlässlich seines 75.  
Geburtstags der ingenieurswissenschaftliche Dokortitel ehrenhalber verliehen.<sup>13</sup>  
Insgesamt gesehen war Guido von Donnersmarck zwar zu einem günstigen Zeit-  
raum in der Wirtschaftsgeschichte Oberschlesiens, während dem alle schlesischen  
Magnaten wirtschaftlich prosperierten, in die Verantwortung gekommen.<sup>14</sup> Seine

wirtschaftshistorische Leistung bestand jedoch darin, die sich ändernden Rahmenbedingungen konsequent ausgenutzt und auf diese Weise einen enormen wirtschaftlichen Aufstieg initiiert zu haben. Nicht alle Innovationen wurden von ihm als Erstes angestoßen, nicht jede Maßnahme war außergewöhnlich oder erfolgreich, doch durch die Kombination aller Tätigkeiten und Ansätze zeigte er sich als einer der herausragenden Unternehmer des „langen“ 19. Jahrhunderts.

## Das politische Engagement

Die Folge seiner zunehmenden Bedeutung als Geschäftsmann war eine gesellschaftliche Aufwertung. Guido von Donnersmarck bewegte sich in angesehenen Kreisen und pflegte Umgang mit wichtigen Persönlichkeiten seiner Zeit.<sup>15</sup> Schon in jungen Jahren galt er als ein Wortführer der preußischen Industriellen. Anfang der 1850er kam er in Kontakt mit Otto von Bismarck, mit dem er regelmäßig über wirtschaftliche oder politische Fragen korrespondierte.<sup>16</sup> Der Reichskanzler „befragte Donnersmarck immer wieder nach seiner Meinung, dessen Urteil galt ihm als das eines Souveräns, der die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Preußen, Deutschland und Europa kritisch und durchaus abweichend von Bismarck einzuschätzen vermochte.“<sup>17</sup> Der Kontakt mit Bismarck eröffnete ihm, der abgesehen von der Mitgliedschaft im preußischen Herrenhaus, dem schlesischen Provinziallandtag und dem preußischen Staatsrat keine öffentlichen Ämter innehatte, einen größeren politischen Einfluss, als seine politischen Ämter vermuten lassen.<sup>18</sup> So engagierte er sich während des preußischen Verfassungskonflikts zwischen 1859 und 1866 für liberale, demokratische Anliegen und hatte während des Deutsch-Französischen Kriegs 1870/71 Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse. Während diesem übernahm er unter anderem für einige Zeit die Präfektur der Zivilverwaltung in Metz.<sup>19</sup> Da er als Kenner des französischen Wirtschafts- und Finanzsystems galt, wurde sein Votum außerdem bei der Festlegung der französischen Reparationsverpflichtungen berücksichtigt.<sup>20</sup> Der Fürst strebte nicht nach einer herausgehobenen politischen Stellung, sondern nahm eine eher unauffällige Mittlerrolle im Hintergrund an und wurde von seinen Zeitgenossen deswegen auch nicht als politischer Akteur wahrgenommen. Allerdings verfolgte er durchaus auch eigene wirtschaftspolitische Ambitionen. Er versuchte beispielsweise über seine Kontakte mit Bismarck, die deutsche Schutzzollpolitik zu beeinflussen und dadurch die politischen Rahmenbedingungen seiner eigenen ökonomischen



**Am 18.01.1901 erhob  
Wilhelm II. Guido Graf  
Henckel von Donnersmarck  
in den erblichen Fürstenstand.**



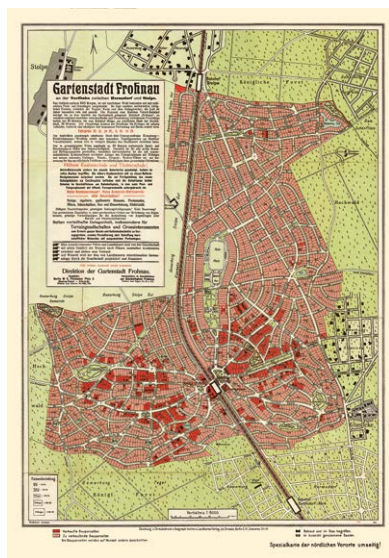


Aktivitäten zu verbessern.<sup>21</sup> Parallel dazu intensivierte sich der Kontakt zwischen dem schlesischen Magnaten und dem deutschen Kaiser Wilhelm II., der beispielsweise regelmäßig zu Jagdbesuchen nach Neudeck kam.<sup>22</sup> Am 18.01.1901 erhob Wilhelm II. Guido Graf Henckel von Donnersmarck in den erblichen Fürstenstand.<sup>23</sup>

## Die Errichtung des Vereinslazarets für kriegsversehrte Soldaten in Frohnau 1914

Als vor diesem hier skizzierten Hintergrund im August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, richtete Guido von Donnersmarck kurzfristig in Frohnau ein Vereinslazarett für kriegsversehrte Soldaten ein. Sein Grundbesitz in Frohnau umfasste 3.000 Morgen Land<sup>24</sup> und lag nördlich von Berlin in der Stolper Heide. Der Fürst hatte ihn am 10.12.1907 über die Berliner Terrain Centrale (BTC), deren alleiniger

Gesellschafter er war, von Werner Freiherr von Veltheim erworben.<sup>25</sup> Dort wollte er eine Gartenstadt nach englischem Vorbild errichten und anschließend die Grundstücke veräußern. Ähnlich war Guido von Donnersmarck bereits einige Zeit früher mit der Zehlendorf West Terrain AG in Zehlendorf vorgegangen.<sup>26</sup> Ein städtebaulicher Wettbewerb für die Planung der „Gartenstadt Frohnau“ war schon am 07.11.1907 ausgeschrieben worden. Die Preisträger Joseph Brix und Felix Genzmer entwickelten das Baukonzept, nach dem die BTC das Gebiet planmäßig zu erschließen begann.<sup>27</sup> Grundstücke wurden parzelliert, Straßen gepflastert und die Infrastruktur des Gebietes aufgebaut. Am 01.05.1910 fand die Eröffnung des Bahnhofs statt, sechs Tage später wurde die Gartenstadt Frohnau eingeweiht.<sup>28</sup> Am 02.07.1910 erfolgte auf kaiserlichen Erlass die Gründung des selbstständigen Gutsbezirks Frohnau.<sup>29</sup> Parallel dazu liefen Werbemaßnahmen für die Grundstücke.<sup>30</sup> Das Angebot richtete sich an ein finanzkräftiges Klientel,



Gebiet der Gartenstadt Frohnau  
um 1910

das die Nähe zu Berlin ebenso suchte wie ein Leben im Grünen. Im Jahr 1911 hatte Frohnau bereits 200 Einwohner für sich gewinnen können.<sup>31</sup>

Hier richtete der schlesische Magnat am 05.08.1914, nur vier Tage nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs sein Vereinslazarett für Kriegsversehrte ein.<sup>32</sup> Damit folgte er einem Trend der Zeit. Überall im Deutschen Reich entstanden nach Kriegsbeginn

Lazarette und rückten so „den Krieg in die unmittelbare Nähe der Bevölkerung [...]“. <sup>33</sup> Allein im Raum Groß-Berlin gab es 1916 ungefähr 250 Lazarette unterschiedlicher Größe. <sup>34</sup> Diese waren nötig geworden, weil die Zerstörungskraft der modernen Waffen im Vergleich zu früheren Kriegen in einem erschreckenden Maße zugenommen hatte und Verletzungen von bislang ungekanntem Ausmaß verursachte. Auf der anderen Seite hatten sich, vor allem durch die Entdeckung der antiseptischen und später aseptischen Medizin, die Möglichkeiten der Ärzte enorm verbessert. <sup>35</sup> Dies hatte zur Folge, dass die Zahl der Schwerverwundeten zunahm, gleichzeitig aber immer mehr Verwundete ihre Verletzungen überlebten. Gleichwohl trugen sie oftmals bleibende Schäden davon und mussten anschließend therapeutisch betreut werden. Das Frohnauer Vereinslazarett war für eine Belegung mit ungefähr 200 Personen ausgelegt und wurde vom Fürsten von Donnersmarck „ohne Beihilfe der Militärverwaltung bis zwei Monate nach Friedensschluss“ finanziert. <sup>36</sup> Das monatliche Budget der Einrichtung betrug 62.000 Mark. <sup>37</sup> Die BTC stellte dem Leiter einen Kraftwagen, übernahm die Nebenkosten des Lazaretts und vermietete mehrere bereits in Frohnau errichtete Gebäude für eine niedrigere Jahrespacht als in der Vorkriegszeit. <sup>38</sup>

Zu diesen gehörte das Kasinogebäude in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs, in dem das Lazarett untergebracht wurde. Zusätzlich wurden zwei neu errichtete Baracken, die etwas weiter entfernte feststehende Turnhalle <sup>39</sup> sowie zwei Villen in der Straße „An der Buche“ genutzt. Später kam noch eine eigene Operationsbaracke hinzu. Da das Kasino, das Platz für 65 Betten bot, direkt am Bahnhof lag, ermöglichte es „die Belegung des Lazaretts sofort aus einem Lazarettzug [...]“. <sup>40</sup> Im ersten Stock waren ein Untersuchungs- und Operationszimmer sowie ein Verbandsraum, im Untergeschoss ein Röntgenzimmer untergebracht. Darüber hinaus beherbergte das Gebäude einen Leichen- und Sektionsraum. Die beiden Baracken hatten ein Fassungsvermögen von insgesamt 80 Verletzten, in der massiven Turnhalle kamen 40 Personen mit meist inneren Verletzungen unter. Die beiden Villen konnten schließlich 25 Verwundete aufnehmen. <sup>41</sup> Damit stellte das Frohnauer Vereinslazarett



Blick in das Vereinslazarett Frohnau



Postkartenansicht des Lazarettgebäudes in Frohnau. Der heute noch existierende Bahnhof ist gut zu erkennen

210 der ungefähr 50.000 Betten im Raum Groß-Berlin zur Verfügung.<sup>42</sup> Angegliedert war es dem Garnisonslazarett I Berlin in der Scharnhorststraße.<sup>43</sup> Am 22.10.1914 wurden die Hermsdorfer Vereinslazarette St.-Dominikus-Stift mit 115 Betten und St. Georg mit 130 Betten dem Frohnauer zugeordnet. Die Lazarette blieben zwar unabhängig voneinander, es bildete sich aber eine arbeitsteilige Organisation zwischen ihnen heraus. Während in Frohnau aufgrund der günstigen Lage am Bahnhof der Schwerpunkt auf die unmittelbare Versorgung Schwerverletzter sowie auf chirurgische Maßnahmen gelegt wurde, übernahm St. Georg die medico-mechanische Nachbehandlung und St. Dominikus fungierte als Genesungsheim.<sup>44</sup> Im Kriegsverlauf wurden St. Georg überwiegend Nervenranke und Ranke mit inneren Verletzungen zugewiesen, während das Dominikusstift die Betreuung der

in Frohnau operierten Soldaten übernahm.<sup>45</sup>

Die Leitung des Frohnauer Lazaretts hatte Dr. Max Berg inne. Dieser war seit 1907 der Leibarzt der Familie von Donnersmarck. Er hatte während seiner Ausbildungszeit Reichskanzler Bernhard von Bülow behandelt, sich wissenschaftlich jedoch noch nicht besonders hervorgetan.<sup>46</sup> Seine Publikationen in wissenschaftlichen Zeitschriften lassen eher ein ausgeprägtes Interesse an praktischen Fragen des Gesundheitswesens erkennen. Beispielsweise veröffentlichte Berg eine Aufsatzserie über die Organisation des Schwesternwesens,



Die Schwestern im  
Vereinslazarett Frohnau

in die er Erfahrungen aus dem Vereinslazarett einfließen ließ.<sup>47</sup> Gegen Ende des Krieges bündelte er diese Erfahrungen in seiner monografischen Darstellung der „Allgemeinen Grundlagen der Krankenpflege“, mit dem er sich bewusst an die Krankenpfleger sowie Krankenpflegerinnen in Lazaretten oder Krankenhäuser wandte.<sup>48</sup> Ihm unterstanden ein chirurgischer Oberarzt, drei Stationsärzte sowie 12 Schwestern und ebenfalls 12 freiwillige Helferinnen.<sup>49</sup> Bekannte Mediziner wie der Augenarzt und Leiter des Kaiserin-Friedrich-Hauses Kurt Adam konnten ständig oder der Chirurg August Bier bei Bedarf zur Behandlung hinzugezogen werden.<sup>50</sup> Zwischen dem 15.09.1914 und dem 28.02.1919 wurden insgesamt 86 Offiziere sowie 3211 Mannschaften behandelt. 1729 davon wurde als „kriegsverwendungsfähig“, 1177 als „garnisonsverwendungsfähig“ und 332 als „kriegsunbrauchbar“ entlassen. Lediglich 43 Personen starben.<sup>51</sup>

Großen Wert legte man in den drei Lazaretten auf „frühzeitige Arbeitstherapie“ und eine möglichst frühe „aktive, nutzbringende und erwerbsmässige Betätigung

durch körperliche Arbeit [...].<sup>52</sup> Damit sollte vor allem die Erwerbsfähigkeit der Verwundeten erhalten oder wieder hergestellt werden. Hierfür waren in Frohnau eigens Berufsberaterinnen tätig. Man eröffnete den Kriegsversehrten die Möglichkeit der individuellen Weiterbildung oder schulte die wenigen Kriegsblinden im Lazarett in der Brailleschrift. Die Patienten wurden über ihre Versorgungsansprüche aufgeklärt und sollten dazu befähigt werden, ihre Rechte in Zukunft selbstbewusst einzufordern. In dringenden oder schwierigen Fällen übernahm Guido von Donnersmarck

selbst die Verhandlung mit Firmen oder Behörden über finanzielle Unterstützung oder Arbeitschancen des Betroffenen.<sup>53</sup> Der Fürst wohnte mit seiner Frau Rina, die die Leitung der Schwesternschaft übernommen hatte, zeitweise selbst in Frohnau.<sup>54</sup>

Das Frohnauer Lazarett legte den Fokus seiner Behandlung auf die Erlangung der Erwerbsfähigkeit und entsprach damit dem dominanten zeitgenössischen Umgang mit Menschen mit Behinderung sowie mit Kriegsversehrten. Um die Jahrhundertwende hatte sich die „Krüppelfürsorge“ als neues orthopädisches Betätigungsfeld konstituieren und ihren Einfluss seit dem erfolgreich ausweiten können.<sup>55</sup> Die „Krüppelfürsorge“, die sich mit der Gründung der „Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge“ am 14.04.1909 institutionell verstetigte<sup>56</sup>, hatte sich zum Ziel gesetzt, Kinder und Jugendliche mit Behinderung durch eine Kombination aus frühzeitiger medizinischer Behandlung, wirtschaftlicher Fürsorge sowie Erziehung arbeitsfähig und damit unabhängig von sozialer Unterstützung zu machen. Ihr Engagement war damit auch von ökonomischen Motiven geprägt. Unter dem Schlagwort „aus Almosenempfänger wieder Steuerzahler machen“ propagierten sie eine konsequente Ausrichtung aller rehabilitativen Bemühungen auf die Förderung einer möglichst hohen körperlichen Leistungsfähigkeit von Menschen mit Behinderung. Kurz nach dem Ausbruch des Weltkrieges boten die „Krüppelfürsorger“ ihre bereits erprobten Methoden für die Fürsorge von Kriegsversehrten an.<sup>57</sup> Hierbei arbeiteten sie eng mit den Militärärzten und späteren Kuratoriumsmitgliedern Heinrich Schwiening sowie Wilhelm Schultzen zusammen.<sup>58</sup> Die Kriegsversehrten bekamen – etwa im Hinblick auf die Versorgung mit Prothesen<sup>59</sup> – mehr Unterstützung als Zivilisten mit Behinderung. Allerdings waren sie noch stärker mit dem Anspruch konfrontiert, die eigene Behinderung durch individuelle Anstrengungen „unsichtbar“ zu machen und sich wieder unauffällig in das Alltags- und Erwerbsleben einzugliedern.<sup>60</sup> Der Fokus



Guido und Rina von Donnersmarck  
inmitten zahlreicher Kriegsverletzter

auf die Erwerbsbefähigung war für die Betroffenen ein zweischneidiges Schwert: Einerseits stellte die Tätigkeit der „Krüppelfürsorge“ den ersten systematischen Versuch in der Geschichte dar, Menschen mit Behinderung jenseits von Einzelfällen die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Andererseits war mit der starken Betonung von Arbeits- und Leistungsfähigkeit tendenziell eine Abwertung und Ausgrenzung der Menschen verbunden, die aufgrund ihrer Behinderung nicht erwerbsfähig waren oder werden konnten.<sup>61</sup>

Anders als viele seiner Zeitgenossen stellte Guido von Donnersmarck sein Engagement für Kriegsversehrte schon 1916 auf Dauer.

Das Frohnauer Lazarett des Fürsten von Donnersmarck war eines unter vielen, erhielt aber dennoch eine größere öffentliche Aufmerksamkeit als viele vergleichbare Einrichtungen. So war seine Darstellung Teil der Ausstellung für Verwundete und Krankenfürsorge, die am 14.12.1914 im Berliner Reichstag eröffnet wurde und der deutschen Bevölkerung „ein umfassendes Bild“ über Umfang und Organisations-

weise der Verwundetenfürsorge vermitteln sollte.<sup>62</sup> 53.240 zahlende Personen, 14.279 Schulkinder sowie 11.680 Soldaten, die jeweils keinen Eintritt zu entrichten hatten, besuchten die erste Ausstellung in Berlin und begegneten dort dem Frohnauer Vereinslazarett. Aufgrund des Andrangs wurde die Exposition, die ursprünglich nur vier Wochen lang zu sehen sein sollte, bis zum 31.01.1915 verlängert.<sup>63</sup> Anschließend wurde die Schau – mit teilweise variiertem Inhalt – in zehn weiteren Städten, darunter Dresden, Budapest oder Danzig gezeigt.<sup>64</sup> Darüber hinaus besichtigte die Kaiserin Auguste Viktoria am 22.12.1914 das Lazarett in Frohnau.<sup>65</sup>

Anders als viele seiner Zeitgenossen wollte Guido von Donnersmarck sein Engagement nach dem Krieg nicht beenden, sondern stellte es schon 1916 auf Dauer.<sup>66</sup>

Seine Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut sollte künftig wissenschaftliche Forschung und praktische Anwendung miteinander verbinden. Schon früher war Fürst von Donnersmarck in der Wissenschaftsförderung aktiv gewesen und gehörte etwa dem ersten Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) an. In diesen wurde er am 11.01.1911 auf Vorschlag Henry von Böttingers für fünf Jahre gewählt.<sup>67</sup> Im Mai 1916 wurde er – parallel zur Gründung der FDST – nochmals auf fünf Jahre wiedergewählt.<sup>68</sup> Im sozialen Sektor hatte er sich ebenfalls schon zuvor betätigt. Beispielsweise war 1898 die „Guido-Stiftung“ mit einem Kapital von 1,5 Millionen Mark von ihm ins Leben gerufen worden, die seine

Die FDST war die größte und bedeutendste Stiftung des Fürsten von Donnersmarck – und die einzige, die bis heute existiert.



Beamten und Arbeiter unterstützen sollte.<sup>69</sup> Die FDST war allerdings die größte und bedeutendste Stiftung seiner Laufbahn – und die einzige, die bis heute existiert.<sup>70</sup>

## I.2 DIE GRÜNDUNG DER STIFTUNG FÜRST DONNERSMARCK-INSTITUT UND DAS SCHEITERN DER KAISERLICHEN KUR- UND HEILANSTALT

Einen Verbündeten für sein Vorhaben fand Fürst von Donnersmarck in dem Generalstabsarzt der preußischen Armee und dem Chef des deutschen Feldsanitätswesens im Ersten Weltkrieg, Otto von Schjerning. Von Schjerning hatte 1873 nach seinem Medizinstudium eine militärärztliche Laufbahn eingeschlagen und dort schnell Karriere gemacht. Am 01.01.1906 wurde er zum Honorarprofessor der Berliner Kaiser-Wilhelms-Universität ernannt, 1907 erfolgte die Beförderung zum Generalleutnant und 1909 die Erhebung in den erblichen Adelsstand. 1918 schied er nach 45 Jahren in der preußischen Armee aus dem aktiven Dienst aus.<sup>71</sup> Schon um die Jahrhundertwende hatte er sich intensiv mit der Fürsorge für Kriegsversehrte beschäftigt und die Pflicht des Staates hervorgehoben, sich um verwundete Soldaten zu kümmern.<sup>72</sup> Erste Hinweise auf eine Kooperation zwischen dem Fürsten und dem Militärarzt stammen vom Anfang des Jahres 1916. In einer Denkschrift von Schjernings für den Kaiser vom Januar 1916 erklärte er, aufgrund „der Größe und Ausdehnung des Krieges werden Tausende von Offizieren, Hundertausende von Unteroffizieren und Mannschaften durch mittelbare oder unmittelbare Kriegsbeschädigungen in ihrer Gesundheit dauernd oder vorübergehend schwer beeinträchtigt werden. Für sie alles zu tun, was in Menschenkräften steht, um sie wiederherzustellen, ihnen ihre Dienst- und Arbeitsfähigkeit zu vermehren und dadurch ihre gesetzlichen Versorgungsansprüche herabzumindern, ist nicht nur eine moralische Pflicht des Staates, sondern auch eine Forderung von größter sozialer Bedeutung.“ Dafür, so Schjerning weiter, sei der Bau weiterer Heilanstalten notwendig, die für zeitlich begrenzte rehabilitative Therapien genutzt werden konnten. Er schlug deswegen dem Kaiser vor, in der Tradition Friedrich des Großen sowie Kaiser Wilhelms I., die beide Einrichtungen für Invaliden gegründet hatten, in „möglichst stiller, anmutiger Lage in der Nähe Berlins“ eine Anstalt für Kriegsversehrte zu errichten.<sup>73</sup> Die Kosten für ein derartiges Haus, das 100 Offizieren, 200 Unteroffizieren und



Prof. Dr. Otto von Schjerning. Generalstabsarzt der Armee und Chef des Sanitätskorps

Mannschaften sowie weiteren 200 ambulanten Patienten Kuren von vier, acht oder zwölf Wochen ermöglichen sollte, bezifferte er auf 5 Millionen Mark.

Aus der Denkschrift geht einerseits das ökonomische Fundament der Argumentation des Militärarztes hervor. Andererseits hatte er zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich bereits das Frohnauer Waldgelände als potentiellen Standort für die Kur- und Heilanstalt im Blick; es entsprach seinem Wunsch nach einem Gelände in „stillere, anmutiger Lage“ bei Berlin und Schjernerling

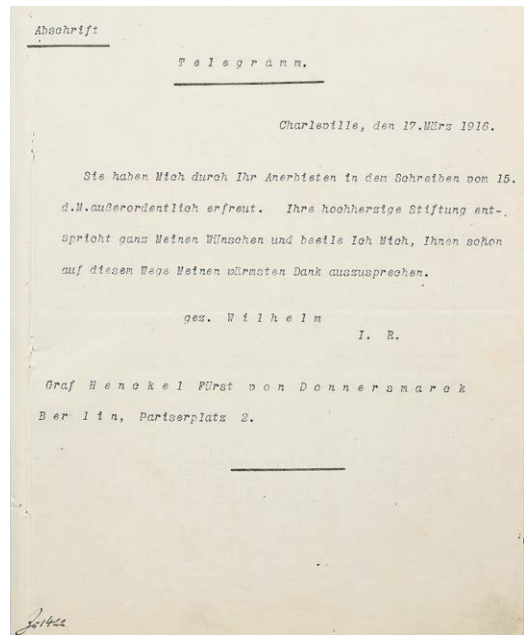
kannte das Lazarett bereits durch frühere Besuche persönlich.<sup>74</sup> Auch Fürst von Donnersmarck hatte schon vor 1916 gegenüber Max Berg den Wunsch geäußert, anlässlich des Krieges eine größere Stiftung ins Leben zu rufen.<sup>75</sup> Wie genau der Kontakt zwischen den beiden Männern zustande kam und wer letztlich dafür verantwortlich war, lässt sich heute nicht mehr rekonstruieren. Sicher ist aber, dass Wilhelm Schultze am 28.02.1916 das Gelände der BTC besichtigte und sie für die geplante Anstalt für geeignet hielt. Max Berg wiederum skizzierte in seinem

Bericht über die Besichtigung die Idee, durch eine Kooperation mit dem Preußischen Kriegsministerium den laufenden Lazarettbetrieb in Frohnau zu verstetigen und gleichzeitig ein wissenschaftliches Institut zur „Verarbeitung und therapeutischer Verwertung der im jetzigen Kriege gesammelten ärztlichen Erfahrungen“ zu errichten. Eine parallel dazu eingerichtete Krankenanstalt sollte nach dem Vorbild moderner Universitätskrankenhäuser einerseits den Zugang zu wissenschaftlichem Forschungsmaterial ermöglichen und andererseits durch die Krankengelder die Finanzierung des Instituts gewährleisten. Darüber hinaus schlug er vor, mit dem zu gründenden Institut einen Anschluss an die Einrichtungen der KWG oder der Kaiser Wilhelms-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen anzustreben.<sup>76</sup> Geplant war die Gründung eines Instituts, das sich nach kurzer Zeit selbst tragen und damit unabhängig von fürstlichen Geldern werden sollte. Bergs Vorschlag war wohl nicht ganz uneigennützig. Denn er konnte sich berechnete Hoffnungen machen, eine gewichtige Rolle im neuen Institut spielen zu können. Seit ungefähr 1910 zeigte er verstärkt wissenschaftliche Ambitionen. Er hatte beispielsweise seine Publikationstätigkeit intensiviert und strebte 1915 – mit Unterstützung Guido von Donnersmarcks – eine Titularprofessur an.<sup>77</sup> Diese wurde ihm allerdings wegen fehlender Lehrerfahrung und zu wenigen einschlägigen Publikationen nicht verliehen.<sup>78</sup>

Die Erfahrungen im Lazarett bewegten Guido von Donnersmarck dazu, eine „größere Einrichtung zum Zwecke wissenschaftlicher Verarbeitung und therapeutischer Verwertung der besonderen, im jetzigen Kriege gesammelten Erfahrungen zu schaffen.“

## Die Gründung der FDST und ihre erste Verfassung

Der Fürst war vom Vorschlag seines Leibarztes angetan. In einem Schreiben an seinen Generalbevollmächtigten, Emil Erich Hölscher, erklärte er am 11.03.1916, dass er der geplanten Kur- und Heilanstalt das benötigte Grundstück zur Verfügung stellen wolle und gleichzeitig beabsichtige, ein medizinisches Forschungsinstitut ins Leben zu rufen.<sup>79</sup> Vier Tage später erging ein Schreiben an Kaiser Wilhelm II. mit dem Schenkungsangebot. Darin betonte er, sich damit einen „langjährigen Wunsch“ zu erfüllen. Gerade die Erfahrungen mit dem Lazarett in „Frohnau haben mir nämlich den Gedanken nahegelegt, eine größere Einrichtung zum Zwecke wissenschaftlicher Verarbeitung und therapeutischer Verwertung der besonderen, im jetzigen Kriege gesammelten Erfahrungen zu schaffen.“<sup>80</sup> Das Angebot des Fürsten bestand bei näherem Hinsehen aus drei miteinander verwobenen, aber dennoch strukturell voneinander unterscheidbaren Bestandteilen: Erstens stellte er Land für die Errichtung einer kaiserlichen Kur- und Heilanstalt zur Verfügung. Dieser sollte zweitens ein Forschungsinstitut zugeordnet werden, für deren Bau eine Million und für deren Einrichtung und die erste Zeit des Betriebs zwei Millionen Mark bereitstanden. Darüber hinaus stiftete er drittens ein Gebiet von 950 bis 1.000 Morgen Wald in Frohnau, um beiden Einrichtungen eine organisatorische Weiterentwicklung und räumliche Ausdehnung zu ermöglichen.<sup>81</sup> Das bedeutete, dass der Grundbesitz der BTC um ein Drittel reduziert wurde.<sup>82</sup> Der Kaiser reagierte prompt und sprach dem schlesischen Magnaten in einem Telegramm vom 17.03.1916 seinen „wärmsten Dank“ für das Angebot aus. Einen Tag später folgte ein ausführliches Schreiben, in dem er die Stiftung akzeptierte.<sup>83</sup> Anfang April 1916 berichtete die Presse im Deutschen Reich sowie dem deutschsprachigen Ausland über die Schenkung.<sup>84</sup> Gleichzeitig nahm die organisatorische Vorbereitung an Fahrt auf. Max Berg erarbeitete ein



Abschrift des Telegramms von Wilhelm II. an Guido Fürst von Donnersmarck vom 17.03.1916



Forschungsprogramm für die neue Institution.<sup>85</sup> Otto von Schjerning beauftragte den Ingenieur Weiss mit Vorarbeiten für den Bau der Anstalt und erwartete bis Ende Juli die Vorentwurfsskizzen für das Gebäude.<sup>86</sup> Als Termin für die notarielle Übertragung der Stiftung war der 28.04.1916 anvisiert.<sup>87</sup> Mit der Erteilung einer Vollmacht für Otto von Schjerning machte der Kaiser deutlich, dass er die – von dem Militärarzt favorisierte – „Auflassung des Eigentums an dem fraglichen Grundstück an den Reichs-(Militär-)Fiskus“ ablehnte. Stattdessen behielt er sich die Verfügungsgewalt über das Gelände selbst vor.<sup>88</sup> Das Stiftungsvermögen wurde direkt an die Kaiserliche Schatull- und Vermögensverwaltung überwiesen. Am 08.05.1916 erfolgte der notarielle Schenkungsakt, mit dem die FDST – zu diesem Zeitpunkt unter dem Namen Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut – ins Leben gerufen wurde. Im Protokoll der Notariatsverhandlung bekräftigte Fürst von Donnersmarck neben der kaiserlichen „Kur- und Heilanstalt für die verwundeten und erkrankten Krieger eine Forschungsstätte für die wissenschaftliche Verarbeitung und therapeutische Verwertung der im jetzigen Kriege gesammelten ärztlichen Erfahrungen“ schaffen zu wollen.<sup>89</sup> Die Schenkung umfasste das versprochene Gelände sowie die drei Millionen Mark zur Errichtung des Fürst Donnersmarck-Instituts. Die Größe dieses Grundbesitzes betrug etwa 247 Hektar 70 Ar und 27 qm, dessen Wert auf 7 Millionen Mark festgesetzt wurde.<sup>90</sup> Beide Einrichtungen waren rechtlich unabhängig voneinander<sup>91</sup>; tatsächlich gab es allerdings vielfältige personelle und inhaltliche Überschneidungen zwischen ihnen.

Im Anhang der Urkunde befanden sich Abdrucke der Denkschriften Otto von Schjernings und Max Bergs sowie die erste Verfassung der FDST. Der in § 2 der Verfassung festgelegte Zweck der Stiftung war es, eine „Forschungsstätte zu schaffen für die wissenschaftliche Verarbeitung und therapeutische Verwertung der in dem gegenwärtigen Kriege gesammelten ärztlichen Erfahrungen.“ Bei der geplanten Einrichtung sowie dem ebenfalls grob umrissenen Forschungsprogramm richteten sich die Ausführungen in allen wichtigen Punkten nach den früheren Vorschlägen des fürstlichen Leibarztes. Die § 3 und 4 beschäftigten sich mit der Vermögensverwaltung der FDST. Sie legten fest, dass das Stiftungsvermögen außer für den Bau und die Einrichtung des Instituts nicht mehr angetastet werden durfte, sondern mündelsicher anzulegen war. Der Stiftungszweck sollte aus den Zinsen sowie zusätzlich akquirierten Geldern erfüllt werden. Gewinne mussten dem Stiftungskapital zugeführt werden. Die Leitung der Einrichtung übernahm ein Kuratorium bestehend aus mindestens drei und maximal zehn Personen. Der Fürst behielt sich selbst einen Platz sowie das Recht vor, zwei weitere Mitglieder – zu diesem Zeitpunkt Max Berg und Emil Hölscher – ernennen zu können. Die restlichen Mitglieder sowie der Posten des Kuratoriumsvorsitzenden wurden vom Kaiser bestimmt.<sup>92</sup> Für Berg war, wie erwartet, eine leitende Stellung im Institut vorgesehen, das auch



**Damit hatte Guido von Donnersmarck einen bedeutenden Beitrag zu der Gründer- und Hochzeit des deutschen Stiftungswesens geleistet.**



eine Krankenabteilung mit ungefähr 400 Betten beherbergen sollte. Diese waren nötig, damit sich das Institut selbst finanzieren konnte. Außerdem sollte sich die wissenschaftliche Forschung im Haus vorwiegend auf die dort behandelten Krankheitsbilder konzentrieren.<sup>93</sup> Am 08.07.1916 wurden die Stiftung und die Verfassung vom Kaiser

offiziell genehmigt; am 31.07.1916 erhöhte der schlesische Magnat aufgrund der kriegsbedingten Preissteigerung das Stiftungskapital um eine weitere Million auf insgesamt vier Millionen Mark. Davon waren zwei für den Bau und zwei für Einrichtung und Betrieb des Instituts vorgesehen.<sup>94</sup> Damit hatte Guido von Donnersmarck einen bedeutenden Beitrag zu der – im Wesentlichen durch das Bürgertum dominierten – Gründer- und Hochzeit des deutschen Stiftungswesens geleistet. Die neue Institution passte als Mischform zwischen sozialer und forschungsfördernder Organisation in eine Zeit, die sowohl durch die 1911 gegründete KWG oder andere Formen der Forschungsförderung als auch die weiterhin große Zahl karitativer Stiftungen gekennzeichnet war.<sup>95</sup> Voraussetzung für die Gründung der FDST waren das große Vermögen des Fürsten und seine Kontakte zu einflussreichen Militärmedizinern und Wilhelm II. Angeregt wurde seine Entscheidung schließlich durch die Ausnahmesituation des Ersten Weltkriegs und dem erschreckend großen Heer an Kriegsversehrten. Das Zusammentreffen dieser drei Faktoren bildete die Grundvoraussetzung für die Entstehung der Fürst Donnersmarck-Stiftung.

Doch gleich nach diesem hoffnungsvollen Auftakt begann sich die Situation der FDST zu verschlechtern. Am 19.12.1916 starb Guido von Donnersmarck im hohen Alter von 86 Jahren.<sup>96</sup> Seine Hoffnung auf eine Kooperation zwischen dem Fürst Donnersmarck-Institut und der KWG hatte sich schon zuvor zerschlagen. Adolf von Harnack, Initiator und Präsident der Gesellschaft, hatte am 08.05.1916 direkt nach dem notariellen Stiftungsakt den Fürsten in Frohnau besucht und sich dort drei Stunden lang mit ihm, Berg sowie Hölscher unterhalten. In einem ausführlichen Aktenvermerk kritisierte er die Doppelstruktur der FDST, weil das geplante Forschungsinstitut dadurch in ein wirtschaftliches wie wissenschaftliches Abhängigkeitsverhältnis von der Kur- und Heilanstalt gerate. Der Theologe hielt es aus diesem Grund für das Beste, vorerst kein dauerhaftes Kooperationsverhältnis mit dem neuen Institut anzustreben – zumal er sich unsicher zeigte, ob die Stiftung tatsächlich in der Lage sein würde, an ihrem Frohnauer Standort Spitzenforschung im Sinne der KWG zu betreiben.<sup>97</sup> Auch der Bau der Kur- und Heilanstalt kam gleich nach dem notariellen Stiftungsakt ins Stocken.<sup>98</sup>

## Die Jahre 1916–1918

So verzögerte ein Konflikt mit der BTC die Auffassung des gestifteten Geländes an den Kaiser um mehr als eineinhalb Jahre. Diese war am 03.04.1917 durch die Söhne des Gründerfürsten zusammen mit sämtlichen Geschäftsanteilen an der Zehlendorf West Terrain AG an die Aktiengesellschaft für Bodenverwertung veräußert worden.<sup>99</sup> Dadurch geriet die BTC in einen Interessengegensatz mit der Stiftung Guido von Donnersmarcks sowie dessen weiterhin betriebem Vereinslazarett. Dieses verursachte aus Sicht der BTC zu hohe Kosten, musste jedoch nur eine niedrige Miete zahlen und blockierte darüber hinaus den Verkauf der beiden Landhäuser „An der Buche“.<sup>100</sup> Im Hinblick auf den Bau der Kur- und Heilanstalt ergab sich das Problem, dass die Be- und Entwässerung des Geländes lange ungeklärt war. Da das Gebiet der BTC ursprünglich als Gartenstadt geplant und einheitlich bebaut werden sollte, war jedes Grundstück mit einer Benutzungsbeschränkung in der Abteilung II des Grundbuches belastet. Diese untersagte es unter anderem, eine separate Abwasseranlage auf dem eigenen Grundstück zu errichten und verpflichtete den Eigentümer dazu, sich an den von der BTC geschlossenen Verträgen für die Be- und Entwässerung anzuschließen.<sup>101</sup> Das Kriegsministerium forderte für sich das Recht ein, die Wasserversorgung selbst zu organisieren. Darüber hinaus verlangte es von den Erben des verstorbenen Fürsten von Donnersmarck die „Zahlung einer Kursdifferenz“, da die ursprüngliche „Summe in Kriegsanleihen gezahlt worden ist.“<sup>102</sup> Zwar stimmte die BTC dem Anliegen der Militärärzte im Mai 1917 zu und die Erben erklärten sich zur Zahlung weiterer 30.000 Mark bereit, womit endgültig „alle Forderungen aus Schenkung und Stiftung erfüllt und Nachforderungen ausgeschlossen“ waren.<sup>103</sup> Bevor das Waldgelände an Wilhelm II. am 11.12.1917 aufgelassen werden konnte, musste zunächst noch die offene Frage der Wasserversorgung mit Werner von Veltheim, der ein Einspruchsrecht gegen einen Verzicht auf die Auflagen in Abteilung II des Grundbuchs hatte, geklärt werden.<sup>104</sup> Nun erst war überhaupt an einen Baubeginn in Frohnau zu denken.

Dieser war jedoch zu diesem Zeitpunkt in weite Ferne gerückt. Denn zeitgleich zu den Verhandlungen hatte sich innerhalb der Regierung Widerstand gegen die geplante Einrichtung formiert. Schon am 20.05.1916 war ein Schreiben des von Theobald von Bethmann-Hollweg geleiteten Reichskanzleramtes, dem gleichzeitig das Reichsschatzamt unterstand, an den Preußischen Kriegsminister Erich von Falkenhayn ergangen. In diesem wurde die Bedeutung medizinischer Heilanstalten für verwundete Soldaten zwar grundsätzlich gewürdigt, die veranschlagten Kosten für den Bau der Frohnauer Einrichtung von etwa 5,5 Millionen Mark dennoch als deutlich zu hoch kritisiert. Darüber hinaus äußerte das Amt grundsätzliche Bedenken,

Reichsbauten auf einem Gelände zu errichten, das im Privatbesitz des Kaisers war.<sup>105</sup> Am 23.02.1918 erklärte der stellvertretende Reichskanzler und Staatssekretär des Reichsschatzamtes Siegfried von Roedern, die Errichtung einer solchen Anstalt sei eine „reine Friedensmaßnahme“ und müsse deswegen auf die Zeit nach dem Ende des Krieges verschoben werden.<sup>106</sup> Damit war ihr Schicksal besiegelt, denn nach der vollständigen militärischen Niederlage des Deutschen Reichs sowie den Folgen des Versailler Vertrages und Unruhen unmittelbar nach Kriegsende geriet das Projekt in den Hintergrund. Am 10.04.1919 teilte die Intendantur der militärärztlichen Institute dem Sanitäts-Departement des Kriegsministeriums mit, dass „das Bauvorhaben betreffend die Errichtung einer Militär-Kuranstalt zu Frohnau bei Berlin in Anbetracht der geänderten Zeitverhältnisse nicht weiter verfolgt, d. h. fallen gelassen werden“ musste.<sup>107</sup> Ein – der Kur- und Heilanstalt angeschlossenes – Fürst Donnersmarck-Institut wurde ebenfalls nie errichtet.<sup>108</sup>

### I.3 BEGINN EINER EIGENSTÄNDIGEN STIFTUNGSPOLITIK

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Probleme beim Bau der Kur- und Heilanstalt begann Otto von Schjerning, der vom Kaiser mit der Verwaltung der Stiftung beauftragt worden war, deren innere Konsolidierung voranzutreiben. Zunächst regte er Anfang 1918 die Bildung des in § 5 der Verfassung vorgeschriebenen Kuratoriums an und legte dafür Wilhelm II. eine Vorschlagsliste vor.<sup>109</sup> Am 24.04.1918 wurde dieses Kuratorium vom Kaiser ernannt.<sup>110</sup> Mit Otto von Schjerning, der zugleich der erste Kuratoriumsvorsitzende war, Wilhelm Schultzen, Heinrich Schwiening und Georg Hochheimer gehörten ihm vier hochrangige Militärärzte, mit dem amtierenden Fürsten Guidotto und seinem Bruder Kraft Graf von

| Kuratorium des Fürst Donnersmarck - Institutes |   |
|--|---|
| - ernannt durch A.K.O. vom 24.4.1918 -         |   |
| 1.) Vorsitzender :                             | Generalstabarzt der Armee und Chef des Feldsanitätswesens<br>Professor Dr. von Schjerning                 |
| 2.) Mitglieder:                                | 2 Graf Guidotto Henckel Fürst von Donnersmarck  |
| 3.)  | 2 Graf Kraft Henckel von Donnersmarck   |
| 4.)  | 1 Generalarzt, A. b. m. W. als Departementsdirektor im Kriegsministerium Dr. Schultzen                    |
| 5.)  | Geheimer Medizinalrat, Direktor der I. medizinischen Klinik des Charité - Krankenhauses Prof. Dr. His     |
| 6.)  | Geheimer Medizinalrat, Direktor des Kaiser Wilhelm-Institutes für exper. Therapie Prof. Dr. v. Wassermann |
| 7.)  | 1 Landrat a.D. Gerlach  |
| 8.)  | Oberstabsarzt, A. b. m. W. als Abteilungschef im Kriegsministerium Prof. Dr. Schwiening                   |
| 9.)  | 1 Oberstabsarzt beim Chef des Feldsanitätswesens Dr. Hochheimer   |
| 10.)   | 1 Leibarzt weiland des Fürsten Guido v. Donnersmarck Dr. B e r g .  |

Übersicht über das erste Kuratorium der Fürst Donnersmarck-Stiftung

Donnersmarck, Max Berg sowie Ernst Gerlach vier dem verstorbenen Fürsten nahestehende Personen an. Ergänzt wurde dieses Gremium mit dem Internisten Wilhelm His und dem Immunologen sowie Bakteriologen August von Wassermann. Die erste Kuratoriumssitzung fand am 17.06.1918 in der Kaiser-Wilhelms-Akademie statt. Dort wurden Gerlach, Landrat a. D. sowie nach dem Tode Hölschers neuer Generalbevollmächtigter des Fürsten, und Schwiening zu den Schatzmeistern, Hochheimer zum Schriftführer gewählt. Die Sitzung drehte sich um das potentielle Aufgabenfeld des Forschungsinstituts nach Kriegsende. Hier verfolgten die unterschiedlichen Kuratoriumsmitglieder jeweils eigene Vorstellungen, die eng mit ihren individuellen Arbeits- und Interessenschwerpunkten verbunden waren. Wassermann referierte beispielsweise über „die möglichen hygienisch-bakteriologischen Aufgaben des Instituts und ihre Rentabilität.“<sup>111</sup> Hochheimer setzte sich dagegen für die „Gründung eines Sportlaboratoriums zur physiologischen Erforschung der körperlichen, gymnastischen, militärischen Übungen“ ein.<sup>112</sup> Die Sitzung schloss mit einem Vortrag über die Vermögensverhältnisse, an dessen Ende Schwiening den optimistischen Ausblick setzte, dass „wir trotz der Erhöhung der Baukosten zunächst ohne Sorge der Zukunft entgegensehen können.“<sup>113</sup> Doch es sollten sich weder Schwiening's Prognose noch die wissenschaftlichen Pläne der Kuratoriumsmitglieder erfüllen. Denn die unmittelbare Nachkriegszeit mit ihrer galoppierenden Hyperinflation dezimierte das vormals so stolze Stiftungsvermögen beträchtlich.<sup>114</sup> Hier erwies sich gerade die in der Verfassung vorgeschriebene mündelsichere Anlage des Vermögens als Nachteil. Denn dies bedeutete während des Krieges eine Investition in Krieganleihen, die nach 1918 einer besonders drastischen Geldentwertung unterlagen und nur unter außerordentlich hohen Verlusten abgelöst werden konnten.<sup>115</sup> Aus diesem Grund hob das Kuratorium Anfang 1923 den Zwang zur mündelsicheren Kapitalanlage auf.<sup>116</sup>

### Die Lage der Stiftung zu Beginn der Weimarer Republik

Es war daher eine Frage des institutionellen Überlebens der FDST, dass das Kuratorium Mitte 1918 damit begann, das „Vermögen der Stiftung nicht nur auf das geschenkte Kapital zu beschränken, sondern auch auf das Gelände“ der geplanten Heilanstalt auszudehnen.<sup>117</sup> Ende Juli hatte von Schjerning bereits die Verfügungsberechtigung über die Stiftungsgelder von dem Geheimen Zivilkabinett erwirkt, das an die Stelle der kaiserlichen Schatull- und Vermögensverwaltung getreten war.<sup>118</sup> Einen Vorstoß in Sachen des Frohnauer Waldgeländes unternahm der Militärmediziner im September des gleichen Jahres. Gegenüber dem Zivilkabinett des Kaisers argumentierte er, dass die wirtschaftliche Situation in der Nachkriegszeit die

„Erreichung der Absichten des Stifters“ unmöglich mache. Er bat deswegen darum, dass das Kuratorium über das geschenkte Gelände im „Interesse der Stiftung“ verfügen durfte.<sup>119</sup> Der Kaiser signalisierte seine Bereitschaft und Anfang April stellte das Kuratorium beim preußischen Finanzministerium den Antrag, die Stiftung als neue Eigentümerin des Grundbesitzes im Grundbuch einzutragen. Dieses erhob dagegen keine Einsprüche<sup>120</sup> und auch das – vom Finanzministerium konsultierte – Kriegsministerium machte keine grundsätzlichen Bedenken geltend. Es forderte lediglich die Auflassung eines Grundstücks von 10 Hektar bis zum 01.05.1929, um zu einem späteren Zeitpunkt eine Anstalt auf diesem Gelände errichten zu können.<sup>121</sup> Nachdem sich von Schjerning stellvertretend für das Kuratorium mit dieser Auflage einverstanden erklärte, gab auch der Kriegsminister sein Plazet zu der Eigentumsüberschreibung.<sup>122</sup> Daraufhin erklärte sich Wilhelm II. „damit einverstanden, dass die im Grundbuche von Frohnau [...] als Mein Eigentum eingetragenen Grundstücke [...] an die Stiftung ‚Fürst Donnersmarck-Institut zu Berlin‘ aufgelassen werden [...]“.<sup>123</sup> Möglich war das, weil Stiftungskapital und Grundbesitz an den Kaiser als Privatperson und nicht in seiner Funktion als Oberhaupt des Deutschen Reichs gegeben worden waren. Andernfalls wäre der Besitz der FDST in das Eigentum der Weimarer Republik übergegangen. Die Verhandlungen mit den Ministerien werden darüber hinaus auch dadurch vereinfacht worden sein, dass mit von Schjerning als Kuratoriumsvorsitzenden sowie drei weiteren militärärztlichen Kuratoriumsmitgliedern der Einfluss des Kriegsministeriums weiterhin gesichert schien. Es dauerte zwar noch bis zum 27.04.1920 bis am Amtsgericht in Oranienburg das Frohnauer Waldgelände endgültig für die FDST aufgelassen wurde.<sup>124</sup> Doch damit hatte sie die Verfügung über die wirtschaftliche Grundlage ihrer gesamten weiteren Entwicklung erreicht.

Gleichwohl blickte die Stiftung zu Beginn der Weimarer Republik in eine unsichere Zukunft. Zu diesem Zeitpunkt kamen organisatorische sowie wirtschaftliche Schwierigkeiten zusammen. Am 26.08.1921 starb mit Otto von Schjerning der erste Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung. Sein Nachfolger wurde Guidotto Fürst von Donnersmarck.<sup>125</sup> Schon Anfang 1920 war Richard Hamann zum Nachfolger des verstorbenen Schwiening gewählt worden.<sup>126</sup> In diesem Zusammenhang beschloss das Kuratorium die Änderung von § 6 der Stiftungsverfassung. Künftig sollten neue Mitglieder nicht mehr durch den Kaiser bestimmt, sondern durch Kooptation gewonnen werden. Die Änderung wurde dem Berliner Polizeipräsidenten, der die Aufsicht über die FDST führte, am 26.02.1922 mitgeteilt.<sup>127</sup> Doch dieser verweigerte seine Zustimmung, da die geplante Änderung aus seiner Sicht im Widerspruch zu den grundsätzlichen Aussagen in der Verfassung stand. Er forderte deswegen zunächst, die „Bestimmungen aus der Verfassung der Stiftung zu entfernen, die

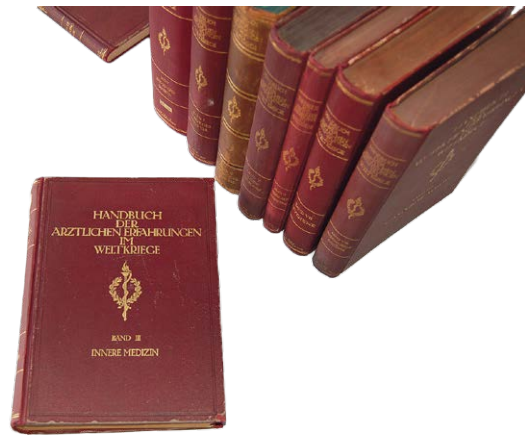
durch die jetzigen staatsrechtlichen Verhältnisse überholt sind.“<sup>128</sup> Damit hatte die Wahl Hamanns und des Fürsten streng genommen keine rechtliche Grundlage. Erst nachdem die Verfassung neuerlich überarbeitet worden war, erteilte der Polizeipräsident auch der Änderung des § 6 seine Zustimmung.<sup>129</sup> Am 17.07.1922 zeigte das Kuratorium die Zuwahl Hamanns sowie die Wahl des Fürsten zum Vorsitzenden dem Polizeipräsidenten formell an. Am 24.07.1922 bestätigte dieser die beiden Männer in ihren Ämtern.<sup>130</sup> Künftig agierte das Kuratorium bei der Zuwahl seiner Mitglieder souverän. Ein ganz anderes Problem ergab sich aus den weiterhin bestehenden Spannungen mit der BTC. Letztere war bei der Gründung der Gartenstadt Frohnau von der Stadt Berlin dazu verpflichtet worden, im Falle einer späteren Gemeindegründung den Poloplatz für die öffentliche Hand aufzulassen. Im Zuge der Eingemeindung Frohnau nach Berlin am 01.10.1920 forderte die Stadt von der BTC nun dieses Gelände für sich ein. Der Poloplatz aber gehörte zu den Grundstücken, die 1917 an Wilhelm II. aufgelassen und folgerichtig 1920 in den Besitz der FDST übergegangen waren. Deswegen forderte die BTC die Stiftung dazu auf, das Gebiet an die Stadt Berlin abzutreten. Da sich das Kuratorium weigerte, dieser Forderung nachzukommen, versuchte die BTC, die Schenkung des Stiftungsgrundstücks wegen „wegen Irrtums“ anzufechten.<sup>131</sup> Zugute kam ihr, dass der Kreis Niederbarnim, dem der Gutsbezirk Frohnau zugeordnet war, die damalige Schenkung des Fürsten an Wilhelm II. offiziell nicht genehmigt hatte.<sup>132</sup> Zu einem Rechtsstreit kam es jedoch nicht. Das Kuratorium einigte sich mit der BTC, der sie den Poloplatz mit einer Größe von 13 Hektar 55 Ar 13 qm für „einen Kaufpreis von nominal 87 000 – siebenundachtzigtausend – Mark Aktien der Darmstädter und Nationalbank“ verkaufte.<sup>133</sup> Diese zog daraufhin die Anfechtung der Schenkung zurück.<sup>134</sup> Das größte Problem der FDST bestand aber nach wie vor in ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage. Nach Kriegsende musste die Stiftung Teile der Kriegsanleihen verlustträchtig verkaufen, um laufende Verpflichtungen zu bedienen. Ein anderer Teil war in Roggenrentenbriefe umgeschichtet worden.<sup>135</sup> Anfang des Jahres 1924, als die Weimarer Republik die wirtschaftliche Krise der unmittelbaren Nachkriegszeit überwunden hatte und allmählich in die Phase einer relativen ökonomischen Stabilität eintrat, war das ehemals so imposante Stiftungsvermögen auf 87.000 Mark Aktien – dem Erlös aus dem Verkauf des Poloplatzes – mit einem ungefähren Wert von 11.300 Rentenmark sowie Roggenrentenbriefen über 32 Zentner Roggen zusammengeschrumpft.<sup>136</sup> Hinzu kamen ein Guthaben im Wert von 36 Zentner Roggen sowie 250 Rentenmark ausstehende Pacht. Der Stiftung drohte aufgrund ihres großen Grundbesitzes zwar nicht die Überschuldung; eine Zahlungsunfähigkeit war gleichwohl durchaus möglich.<sup>137</sup> Zwar genügten die Einkünfte der Stiftung aus der Bewirtschaftung des Frohnauer



Waldgeländes sowie der Pacht für drei Miethäuser und die anderen Ländereien in den kommenden Jahren, um die laufenden Kosten zu bedienen. Es wurde sogar wieder Kapital akkumuliert, sodass der Wertpapierbestand der FDST von 1928 bis 1940 kontinuierlich auf 225.000 Reichsmark stieg.<sup>138</sup> Doch reichte dies nicht aus, um den ursprünglichen Stiftungszweck zu erfüllen.

### Erste Versuche einer eigenständigen Stiftungspolitik

Dem ungeachtet versuchte das Kuratorium weiterhin, die zur Verfügung stehenden Mittel auf die eine oder andere Weise nutzbar zu machen. Ein frühes Projekt der FDST war noch von Otto von Schjerning angestoßen worden. Es handelte sich dabei um die Mitfinanzierung des Handbuchs der ärztlichen Erfahrungen im Weltkrieg. Von Schjerning hatte frühzeitig das Potential des Ersten Weltkriegs für die militärärztliche Forschung erkannt. Im November 1915 forderte er Feldärzte sowie medizinische Berater dazu auf, ihre Beobachtungen an der Front oder in den Lazaretten festzuhalten und für eine Publikation vorzubereiten. Diese bildeten die Grundlage des Handbuchs, das in neun Bänden zwischen 1921 und 1934 erschien.<sup>139</sup> Zahlreiche führende Mediziner auf ihrem Gebiet – darunter auch einige, die in einem organisatorischen Zusammenhang mit der FDST standen<sup>140</sup> – wirkten an dem Handbuch mit. Bei seinem Erscheinen stellte es ein „einzigartiges medizinisches Nachschlagewerk dar“, das sich allerdings nicht kritisch mit der Entstehung und den Folgen des vergangenen Krieges auseinandersetzte.<sup>141</sup> Die Stiftung übernahm einen Teil der Herstellungskosten des Handbuchs; das Kuratorium verfolgte dessen Entstehung aufmerksam. Wie hoch der finanzielle Beitrag der Stiftung zur Publikation tatsächlich war, lässt sich heute aber nicht mehr rekonstruieren.



Ansicht des „Handbuchs der ärztlichen Erfahrungen im Weltkrieg“

Da die vorhandenen Mittel für eine aktive Stiftungspolitik nicht ausreichten, versuchte das Kuratorium ungefähr seit Mitte der 1920er Jahre, zumindest das vorhandene Gelände produktiv einzusetzen. Dabei wollte es – wiederum oftmals abhängig von den individuellen Interessenschwerpunkten und Netzwerken einzelner Kuratoriumsmitglieder – höchst unterschiedliche Projekte unterstützen. Nur wenige



der Beteiligten fühlten sich in dieser Zeit eng an den Stiftungszweck gebunden. Vielmehr legten sie die Verfassung relativ großzügig in ihrem Sinn aus.<sup>142</sup> Um 1925 konkretisierte sich beispielsweise der Plan, der Friedrich-Wilhelms-Universität einen Teil des Stiftungsgeländes für den Bau eines Studentenheims aus Holzbaracken zu verpachten.<sup>143</sup> Da die Errichtung von Holzbaracken aus bautechnischen Gründen

allerdings nicht möglich war und der Ansprechpartner der Stiftung bei der Universität in den Ruhestand trat, zerschlug sich der Plan noch im selben Jahr.<sup>144</sup> 1928 trat August Bier an den Fürsten von Donnersmarck heran und versuchte, die Stiftung für eine Reichsheil- und Forschungsanstalt für rheumatische Erkrankungen zu gewinnen.<sup>145</sup> Zwei Jahre später wandte sich Otto Dibelius an die FDST, weil der Berliner Provinzialausschuss für Innere Mission auf ihrem Gelände ein „soziales

Die Hoffnung, durch die  
Verschenkungen oder  
Verpachtung des eigenen  
Grundbesitzes den Stiftungszweck zu erfüllen, erwies sich  
damit als vergeblich.

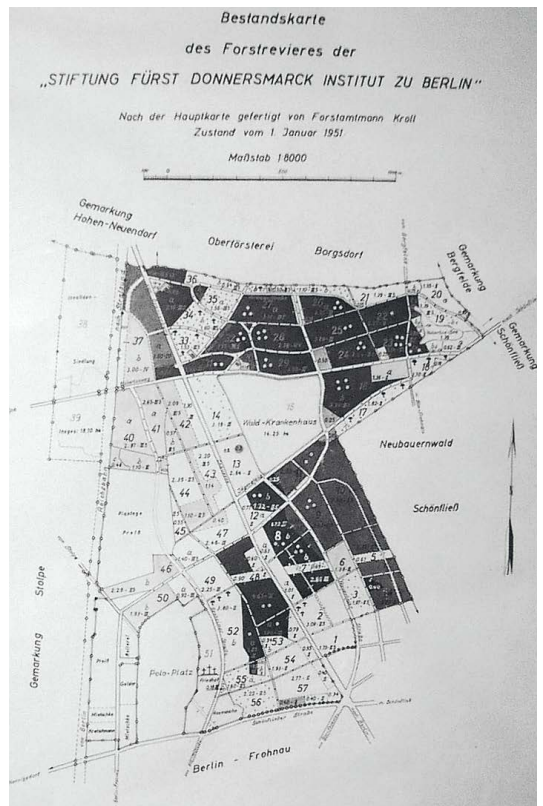
Werk ärztlichen Charakters“ – wahrscheinlich ein Nervensanatorium – errichten wollte.<sup>146</sup> Und selbst der bekannte „Krüppelpsychologe“ Hans Würtz fragte für das – zu diesem Zeitpunkt in der „Krüppelfürsorge“ reichsweit führende – Oskar-Helene-Heim bei der Stiftung an. Sein Plan war es, mit dem kompletten Heim von Zehlendorf nach Frohnau umzuziehen.<sup>147</sup> Letztlich scheiterten alle diese Pläne an einer fehlenden Finanzgrundlage.<sup>148</sup> Zuletzt wurde 1935 der Kontakt mit dem Oskar-Helene-Heim endgültig abgebrochen, da das Kuratorium nicht mehr mit einem Umzug des Heims rechnete.<sup>149</sup> Die Hoffnung, durch die Verschenkungen oder Verpachtung des eigenen Grundbesitzes den Stiftungszweck zu erfüllen, erwies sich damit als ebenso vergeblich wie der Versuch, diesen mit den laufenden Einnahmen zu bestreiten. Vor diesem Hintergrund muss die Änderung des § 4 der Verfassung gelesen werden, die es erlaubte, unbewegliches Stiftungsvermögen zu veräußern und damit das Stiftungskapital signifikant zu erhöhen.<sup>150</sup> Die volle Tragweise des Beschlusses wurde jedoch erst in der Bundesrepublik sichtbar.

Zum Ende der Weimarer Republik befand sich die FDST in einer unklaren Situation. In der Zwischenkriegszeit hatte das Thema Behinderung durch die hunderttausenden Kriegsversehrten, aber auch die organisatorische Weiterentwicklung der „Krüppelfürsorge“ eine zuvor nicht erreichte Bedeutung erlangt. Es wurde zu einem Objekt politischer Auseinandersetzung und sozialer Maßnahmen gleichermaßen. Die FDST als Organisation konnte sich in diesen Prozess nicht einbringen. Ohne eigenes Gebäude und ohne große Geldmittel war sie kein Faktor in den Entscheidungsprozessen dieser Zeit. Auf der anderen Seite war es dem Kuratorium seit dem Ende des Ersten Weltkriegs schrittweise gelungen, die institutionelle Souveränität

der Stiftung herzustellen. Diese galt es in den kommenden Jahren ein letztes Mal zu verteidigen.

#### I.4 ZWISCHEN BEHAUPTUNG, SELBST- UND ZWANGSAUFLÖSUNG. DIE FDST IM „DRITTEN REICH“

Anders als in der Weimarer Republik, die soziale Stiftungen etwa durch Steuererleichterungen förderte und trotz der oft schwierigen Finanzsituation einzelner Organisationen nur selten Stiftungen auflöste, wurde im Nationalsozialismus der Zugriff der Regierung auf das Stiftungswesen spürbar verstärkt. Ziel der nationalsozialistischen Stiftungspolitik war es, die vorhandenen Stiftungsmittel nach politischen Kriterien zu verteilen. Dafür schränkten die Nationalsozialisten die Handlungsfreiheit aller Stiftungen stark ein; jüdische Stiftungen sowie nichtjüdische Stiftungen mit politisch unerwünschten Zwecken wurden aufgelöst.<sup>151</sup> Für Menschen mit Behinderung wiederum bedeutete die nationalsozialistische Machtübernahme einen Einschnitt mit dramatischen Folgen. Zwar besaß körperliche Leistungsfähigkeit schon im Kaiserreich und der Weimarer Republik einen hohen Stellenwert, doch rückte sie nun ins Zentrum der nationalsozialistischen Politik. Im nationalsozialistischen „Rassenstaat“ wurde die angebliche biologische Qualität einer Person zu einem entscheidenden Kriterium für die Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“. Im Zuge dieser Entwicklung stieg die Rassenhygiene zur Grundlage der NS-Gesundheitspolitik auf.<sup>152</sup> Für Menschen mit Behinderung bedeutete dies eine zunehmende Diskriminierung, die über die Zwangssterilisation im Gefolge des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GzVeN) bis hin zur



Bestandskarte des Forstreviers der FDST

systematischen Ermordung im Rahmen der „Euthanasie“-Verbrechen führte. Dieser Radikalisierungsprozess vom GzVeN bis hin zur systematischen Ermordung von Menschen mit Behinderung, beispielsweise im Rahmen der T4-Aktion, war gleichzeitig Teil der Vorgeschichte der späteren nationalsozialistischen Verbrechen: Des Holocausts, des Völkermords an den Sinti und Roma und der Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs.<sup>153</sup> Die Stiftung hat sich zu diesen Vorgängen nicht geäußert.

### Erste Berührungspunkte zwischen der FDST und den Nationalsozialisten

Im Falle der FDST äußerten sich die veränderten politischen Umstände zunächst vor allem im Hinblick auf die Waldbewirtschaftung der Stiftung. Seit der Übernahme des Geländes durch die FDST nutzte sie ihren Waldbesitz nach einem jährlich angepassten Forstwirtschaftsplan, den sie regelmäßig dem Oberpräsidenten von Brandenburg und Berlin zur Kontrolle vorlegte. Dieser genehmigte zwar auch 1934 den im November 1933 vorgelegten Betriebsplan; das von ihm konsultierte Bezirksamt Reinickendorf hielt ihn allerdings grundsätzlich für zu hoch, sodass die Bewirtschaftung des Frohnauer Waldgeländes grundlegend neu konzipiert werden sollte.<sup>154</sup> Hierfür wurde ein Forstfachmann mit der Begutachtung des Stiftungsbesitzes beauftragt. Dieser bezeichnete die systematische Bewirtschaftung des Geländes unter forstfachlicher Anleitung als „dringend notwendig [...]“.“<sup>155</sup> Infolge dessen wurde der promovierte Forstmeister der Landesbauernschaft Hermann Binder, später Kuratoriumsmitglied und Geschäftsführer der Stiftung, als externer Berater der FDST engagiert. Mit der Genehmigung des Betriebswerks für 1935, in dem das Kuratorium weiterhin am geplanten Bau einer Reichsheil- und Forschungsstätte festhielt, wurde ihr zudem die Auflage gemacht, jährlich ihre forstwirtschaftlichen Kontrollbücher beim zuständigen Staatskommissar vorzulegen.<sup>156</sup>

### Erster Stiftungsaufhebungsversuch des Berliner Stadtpräsidiums

Während sich diese Form des staatlichen Einflusses noch als verhältnismäßig zurückhaltend darstellte, setzte gegen Ende des Jahres 1937 ein Vorgang ein, der ihr institutionelles Fortbestehen ernsthaft gefährdete. Der Auslöser dafür war wohl der Übergang der Stiftungsaufsicht vom Berliner Polizei- zum Stadtpräsidenten. Dieser verstärkte den Druck auf das Stiftungswesen und versuchte, deren Handeln effektiver zu kontrollieren. In diesem Kontext steht die Besichtigung des Frohnauer Geländes durch den Regierungsrat Schaar und den Regierungspraktikanten Bredow. Sie fand am 19.10.1937 unter Anwesenheit des aktuellen Geschäftsführers der FDST, Richard Klaar, statt.<sup>157</sup> In seinem anschließenden Aktenvermerk äußerte

sich Schaar überaus skeptisch zur Zukunft der FDST. Die aktuellen Einnahmen von rund 18.000 Reichsmark jährlich reichten aus seiner Sicht nicht aus, um perspektivisch den Stiftungszweck zu erfüllen.<sup>158</sup> Andere Pläne zur Nutzbarmachung des Geländes verfolge das Kuratorium nicht, sodass fraglich sei, „ob dieses recht unorganisch in dem rasch wachsenden Vorortgebiet liegende stiftische Waldstück für alle Zukunft in dieser Form bestehen bleiben soll.“<sup>159</sup> Nicht einmal zwei Monate später griff das Stadtpräsidium das Thema Fürst Donnersmark-Institut erneut auf und skizzierte drei denkbare Zukunftsszenarien für es: Den Verkauf des Waldgeländes, um an die notwendigen finanziellen Mittel zur Erfüllung des Stiftungszwecks zu gelangen, die Auflösung der Stiftung unter Mitwirkung des Kuratoriums oder die zwangsweise Auflösung der Stiftung gegen den Willen des Kuratoriums nach einem Beschluss des Reichsministeriums des Innern (RMI). Schaar begründete die letzte Möglichkeit mit der mangelhaften Bewirtschaftung des Waldes auf der einen und der scheinbaren Unerreichbarkeit des Stiftungszweckes auf der anderen Seite.<sup>160</sup> Um die zwei Möglichkeiten – den Verkauf des Grundbesitzes oder die Auflösung der Stiftung – gegeneinander abzuwägen und das wirtschaftliche Potential des Frohnauer Waldes abschließend einzuschätzen, besichtigte am 17.01.1938 der Potsdamer Oberforstmeister Rango das Gelände. Er hielt eine dauerhafte Bewirtschaftung für „an sich möglich“, aufgrund der „Lage des Waldgebietes“ aber schwierig und verhältnismäßig teuer. Er plädierte deswegen – auch aufgrund der bereits durch die BTC geleisteten infrastrukturellen Erschließung – dafür, das Gelände eher „der Bebauung und einer organischen Fortentwicklung des Vorortes Frohnau zu öffnen“ und stattdessen lieber andere Waldgebiete zu erhalten.<sup>161</sup> Das Gutachten des Oberforstmeisters gab im Stadtpräsidium den letzten Anstoß dazu, gegen die FDST vorzugehen. Am 28.01.1938 kündigte es dem Kuratorium die Auflösung an; wenige Tage später trat es mit einem entsprechenden Antrag an das zuständige RMI heran.<sup>162</sup> Die bemerkenswert intensiven Bemühungen Schaars, die Stiftung aufzulösen, hatten vermutlich nicht nur mit der relativen Inaktivität der Organisation zu tun. Dahinter stand auch das – erst im Oktober 1938 explizierte – Interesse der Stadtverwaltung an Teilen des Stiftungsgeländes für eigene Zwecke.<sup>163</sup>

## Schenkungspolitik

Doch das Kuratorium war nicht ganz so untätig gewesen, wie Schaar angenommen hatte. Es hatte vielmehr Perspektiven für das Stiftungsgelände entwickelt. Neben die oben behandelten Überlegungen hinsichtlich des Grundstücks trat 1937 eine Schenkung von 18 Hektar 78 Ar 20 qm an den deutschen Reichsfiskus zum Bau

einer Invalidensiedlung in Frohnau.<sup>164</sup> Dem vorausgegangen war der Erlass Adolf Hitlers vom 30.03.1937, das alte Invalidenhaus in Berlin-Mitte aufzulösen. An dessen Stelle sollte die Militärärztliche Akademie, die 1934 als Nachfolgerin der in Folge des Versailler Vertrags aufgelösten Kaiser Wilhelms-Akademie gegründet worden war, erweitert werden. Die Stiftung Invalidenhaus Berlin war dafür in einem Vorort neu zu errichten.<sup>165</sup> Das Kuratorium brachte das Gelände der Stiftung kurze Zeit nach dem Erlass selbst in die Diskussion ein<sup>166</sup>; die grundbuchamtliche Umschreibung des Grundbesitzes, der dem Militär einen Grundstückstausch mit der Stiftung „Invalidenhaus Berlin“ ermöglichen sollte, erfolgte am 20.06.1939.<sup>167</sup> Zu diesem Zeitpunkt war die Invalidensiedlung bereits errichtet worden.

Die aber für das institutionelle Überleben der Stiftung bedeutsamsten Verhandlungen gehen schon auf das Jahr 1935 zurück. Nachdem die Nationalsozialisten die Wehrhoheit des Deutschen Reiches wiederhergestellt hatten, wandte sich Anton Waldmann, Generalstabsarzt der Reichswehr und seit 1935 Kuratoriumsmitglied, an Guidotto von Donnersmarck und regte an, die inzwischen ausgelaufene grundbuchamtliche Auflassungsvormerkung aus dem Jahr 1920 zugunsten des Reichsmilitärfiskus wieder erneuern zu lassen.<sup>168</sup> Obwohl der Fürst diesem Anliegen zustimmte, dauerte es bis Sommer 1936, bis Stiftung und Heeresinspektion zu einer für beide Seiten annehmbaren Übereinkunft kamen.<sup>169</sup> Gut ein Jahr später griff die Sanitätsinspektion der Luftwaffe auf das Angebot zurück und fragte nach einem „Gelände von etwa 30 bis 40 Morgen zum Bau eines Lazarets [...]“.<sup>170</sup>

Diese beiden Entwicklungen – die Schenkungsverhandlungen mit der Luftwaffe auf der einen, die Auflösungsbemühungen Schaars auf der anderen Seite – verwoben sich 1938/1939 miteinander und verzögerten die Auflösungsbemühungen des Stadtpräsidiums womöglich entscheidend. Die FDST machte am 18.02.1938 der Heeressanitätsinspektion ein Schenkungsangebot über das benötigte Grundstück für das Luftwaffenlazarett.<sup>171</sup> Ein halbes Jahr später wies Reichsluftfahrtminister Hermann Göring das Luftgaukommando III an, das Schenkungsangebot offiziell zu akzeptieren.<sup>172</sup> Schar jedoch widersprach in einem Schreiben an das Reichskriegsministerium der Schenkung, stand sie doch aus seiner Sicht im Widerspruch mit der Stiftungsverfassung. Viel stärker beschäftigte ihn aber der Zeitpunkt des Schenkungsangebots. Da dieser nach seiner Auflösungsankündigung lag, vermutete er, das Kuratorium wollte der Entscheidung des RMI zuvorkommen und „vollendete Tatsachen“ schaffen.<sup>173</sup> Unabhängig davon, dass die Verhandlungen zwischen FDST und der Reichswehr schon seit längerer Zeit andauerten und sich mit dem Luftwaffenlazarett wohl vor allem eine günstige Gelegenheit für deren Umsetzung ergeben hatte, scheint der Amtsrat im Stadtpräsidium mit seiner Vermutung nicht ganz falsch gelegen zu haben. Denn das Kuratorium hatte bereits am 04.02.1938 eine

Verfassungsänderung beschlossen, nach der im Falle einer Stiftungsauflösung ihr Vermögen dem Reichsmilitärfiskus zufiele. Die einzige Ausnahme betraf ein etwa 50 Hektar großes Gelände, das dem Paul Gerhardt Stift übertragen werden sollte.<sup>174</sup>

Das Paul Gerhardt Stift war anlässlich des 200. Todestages des evangelischen Kirchenmusikers Paul Gerhardt im Jahr 1876 gegründet worden. Es hatte sich zunächst zum Ziel gesetzt, Diakonissen für die Tätigkeit in Krankenhäusern sowie anderen sozialen Einrichtungen auszubilden und zu beherbergen.<sup>175</sup> Ab 1877 betrieb die Stiftung, der 1914/1915 insgesamt 420 Diakonissen angehörten, ein eigenes Krankenhaus.<sup>176</sup> Das Paul Gerhardt Stift trug sich aber nicht selbst und war daher ständig auf eine Unterstützung von Dritten angewiesen.<sup>177</sup> Das Stift war am 03.02.1938 an die FDST mit der Bitte um eine Grundstücksübertragung zur Erfüllung eigener Stiftungszwecke herangetreten.<sup>178</sup> Der Kontakt der Einrichtungen war wohl einmal mehr auf persönliche Netzwerke einzelner Kuratoriumsmitglieder, hier der Bekanntschaft Hamanns mit dem Chefarzt des Krankenhauses, zurückzuführen. Das offizielle Angebot von etwa 50 Hektar Land, erging im Juni 1938.<sup>179</sup> Die Schenkung wurde allerdings nie umgesetzt. Der Kontakt mit dem Stift stellt gleichwohl den ersten Berührungspunkt der FDST mit der Diakonie dar, der sie fast genau dreißig Jahre später beitreten sollte.

### Stiftungsgelände für ein Luftwaffenlazarett

Das Verhalten des Kuratoriums war tatsächlich darauf ausgerichtet, dem Stadtpräsidium zuvorzukommen und über das Schicksal des Stiftungsvermögens zumindest selbst zu entscheiden. Gegenüber dem RMI argumentierte Joachim Reschke, der Anwalt der FDST, der Stiftungszweck könne ohnehin nur in enger Kooperation mit der Heeressanitätsinspektion erfüllt werden, was sich auch in den zahlreichen personellen Überschneidungen zwischen beiden Einrichtungen niederschlage. Darüber hinaus kündigte er an, dass die Stiftung Teile des Frohnauer Geländes veräußern werde. Dies – so die Annahme des Kuratoriums – werde einen Erlös von zwei bis drei Millionen Reichsmark einbringen, von denen im Luftwaffenlazarett eine besondere Abteilung als Fürst Donnersmarck-Institut errichtet werden sollte. Eine Million Reichsmark waren für die Einrichtung, die übrigen zwei für den Betrieb veranschlagt. Auf diese Weise sollte der Stiftungszweck sowohl mittelbar als auch unmittelbar erfüllt werden.<sup>180</sup> Unterstützung erhielt die FDST einerseits vom Oberkommando der Wehrmacht, mit dem die Organisation durch seine militärärztlichen Kuratoriumsmitglieder gut vernetzt war, andererseits von Göring persönlich. Das Oberkommando antwortete am 20.05.1938 auf Schaars Schreiben vom 14.03. Dessen Kritik an der Schenkungsabsicht lehnte es – wenig überraschend

– vollständig ab. Vielmehr verstand sich die Heeressanitätsinspektion als „die allein berufene Stelle für die Verarbeitung und Verwertungen der ärztlichen Erfahrungen des Weltkrieges [...]“. Eine enge Kooperation des Fürst Donnersmarck-Instituts mit der Wehrmacht sei demnach nahezu zwingend. Darüber hinaus wies es darauf hin, dass die Stiftung der Heeresinspektion im Juli 1936 und damit vor der Auflösungsankündigung des Stadtpräsidiums ein Schenkungsangebot gemacht habe, das am 23.07.1936 notariell gesichert wurde. Bei der Schenkung handelte es sich daher nicht „um eine neue unerwartete Aktion, sondern lediglich um die Vollendung und Sicherung des alten Rechtes, welches dem Reichsfiskus schon seit Jahrzehnten zusteht.“<sup>181</sup> Göring wiederum hob die Bedeutung eines Luftwaffenlazarets zusätzlich zu den bestehenden Heereslazaretten hervor, das zudem eine „notwendige klinische Ergänzung“ des Luftfahrtmedizinischen Forschungsinstituts sei. Auch der Reichsluftfahrtminister betonte, dass die Verhandlungen über das Stiftungsgelände schon länger anhielten und das Schenkungsangebot dementsprechend keine Reaktion auf die Auflösungspläne seitens des Berliner Stadtpräsidenten darstelle.<sup>182</sup> Damit stand Schaar auf verlorenem Posten. Am 18.06.1938 schloss sich der Reichsminister des Innern den Ausführungen des Oberkommandos der Wehrmacht an und lehnte den Widerspruch gegen die geplante Schenkung ab.<sup>183</sup> Fünf Tage später erhielt Joachim Reschke die Nachricht aus dem Reichskriegsministerium, dass der Reichsminister des Innern außerdem den Auflösungsantrag des Stadtpräsidenten abgelehnt habe.<sup>184</sup> Auch wenn Schaar noch mehrmals die potentielle Auflösung der Stiftung thematisierte, war mit dieser Entscheidung ihr institutioneller Fortbestand im Grunde gesichert. Am 22.10.1940 wurde schließlich dem Reichsfiskus (Luftfahrt) ein Grundstück von 12 Hektar 86 Ar 18 qm zur Errichtung des Luftwaffenlazarets übereignet.<sup>185</sup> Der Erweiterung dieses Grundstücks um weitere 6 Hektar 40 Ar und 89 qm stimmte das Kuratorium zwar zu; sie wurde allerdings nicht mehr rechtlich wirksam.<sup>186</sup> Der Bau des Luftwaffenlazarets wurde zwar begonnen, aber niemals vollendet. In der Nachkriegszeit bis in die 1970er Jahre hinein sollte die Stiftung deshalb versuchen, das damals übereignete Gelände wieder zurückzuerhalten oder wenigstens dafür entschädigt zu werden. Sie berief sich auf die Auflage im Schenkungsangebot, dass das Deutsche Reich innerhalb von drei Jahren nach der Annahme der Schenkung ein Militärkurhaus errichtet haben musste. Der zuständige Sachbearbeiter der Sondervermögens- und Bauverwaltung vertrat demgegenüber den Standpunkt, aufgrund der kurzen Frist von drei Jahren müsse „diese Bestimmung des Angebots dahin ausgelegt werden, dass zur Erfüllung der Auflage der Beginn der Bauarbeiten an dem Militärkurkrankenhaus genüge.“ Darüber hinaus sei der Anspruch der FDST auf Entschädigung aufgrund des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes vom 05.11. und 16.12.1957 erloschen.<sup>187</sup>



Das Kuratorium scheute sich aber vor einer juristischen Auseinandersetzung zur Durchsetzung ihrer Ansprüche, da es eine Entscheidung zu ihren Ungunsten befürchtete. Stattdessen versuchte es, über seine Kontakte zur Evangelischen Kirche Deutschlands, die eigenen Interessen durchzusetzen.<sup>188</sup> Doch auch dieser Versuch scheiterte letztlich. Am 20.10.1969 stellte der Oberfinanzdirektor Berlins einen Antrag auf Abräumung des Grundstücks<sup>189</sup>; die Abbrucharbeiten begannen am 10.11.1970. Am 16.11.1971 konnten sie schließlich abgeschlossen werden.<sup>190</sup> Heute befindet sich das Gelände im Besitz der Post, die dort einen Funkturm betreibt.

### Die Jahre 1938 und 1939

Die Entscheidung des Reichsministers des Innern von 1938 bedeutete zwar den institutionellen Fortbestand der Stiftung, aber nicht das Ende der Versuche des Stadtpräsidiums, Einfluss auf die FDST zu nehmen. Dies betraf einerseits die Besetzung des Kuratoriums und andererseits die geplanten Geländeschenkungen. Erneut wandte Schaar sich an das RMI und bezweifelte, dass die Stiftung nach Vollziehung der Schenkungen noch über genügend wertvolles Gelände verfügte, um damit einen Erlös von drei Millionen Reichsmark zu erzielen. Darüber hinaus kritisierte er die Bewirtschaftung des Frohnauer Forstes durch den amtierenden Geschäftsführer der FDST, Richard Klaar, und forderte dessen Absetzung.<sup>191</sup> Der zuständige Mitarbeiter am RMI, Oberregierungsrat Matthias Lichter, machte in einem persönlichen Gespräch mit Schaar jedoch deutlich, sowohl der geplanten Schenkung zustimmen als auch die Stiftung in absehbarer Zeit nicht auflösen zu wollen. Mit dem Austausch Klaars durch eine andere Persönlichkeit erklärte er sich aber einverstanden.<sup>192</sup> Beide Themen – die Schenkungsabsichten der Stiftung und die Position des Geschäftsführers – waren Gegenstand einer Besprechung zwischen Waldmann und Hamann für die FDST sowie Schaar und eines weiteren Vertreters für den Berliner Stadtpräsidenten. In dieser Besprechung räumte Hamann ein, dass der Stiftungszweck aufgrund der inflationsbedingten Geldentwertung nicht mehr voll, durch die Schenkung jedoch zumindest „in etwa“ erreicht werden könne. Ein Entgegenkommen zeigten die beiden Kuratoriumsmitglieder in Bezug auf das Paul Gerhardt Stift und die Personalie Klaar. Grundsätzlich erklärten sich die Mediziner dazu bereit, auf die Schenkung zu verzichten und Klaar als Geschäftsführer abzusetzen. Sie erbaten sich allerdings eine öffentliche Aufforderung zu diesem Schritt.<sup>193</sup> Noch am gleichen Tag erging das Schreiben, in dem Schaar die Absetzung Klaars und die Einsetzung des Forstfachmanns Troitzsch als auch den Verzicht auf die Schenkung an das Paul Gerhardt Stift forderte.<sup>194</sup> Nach einem weiteren Gespräch Reschkes mit Lichter aus dem RMI, in dem dieser dem Stiftungsanwalt die



begrenzte Weisungsbefugnis des Stadtpräsidiums dargelegt hatte, entschied sich das Kuratorium für eine Kehrtwende. Weder die Position Klaars als Geschäftsführer noch das geplante Schenkungsangebot an den Paul Gerhardt Stift stand für sie zur Diskussion.<sup>195</sup>

Um dennoch einen größeren Einfluss auf die Organisation zu gewinnen, forderte Schaar in Abstimmung mit dem RMI die Berufung eines Forstfachmanns „neben den Amtsrat Klaar“ in das Kuratorium.<sup>196</sup> Die entsprechende Anweisung erging am 03.11.1938, enthielt aber keine näheren Bestimmungen und überließ die Auswahl des Forstfachmanns ganz den Kuratoriumsmitgliedern.<sup>197</sup> Dieses machte von seiner Wahlfreiheit Gebrauch und bestellte Hermann Binder anstatt den von Schaar favorisierten Troitzsch zu ihrem Mitglied. Gleichzeitig wurde § 6 der Verfassung um die Bestimmung ergänzt, dass immer mindestens ein Kuratoriumsmitglied Forstfachmann sein muss, um „eine einwandfreie forstliche Bewirtschaftung des Stiftungsgeländes zu gewährleisten [...]“. <sup>198</sup> Im Stadtpräsidium wurde diese Wahl wohl nicht ganz unberechtigt als Provokation empfunden. Ein letztes Mal bemühte sich Schaar daraufhin darum, die „Auflösung und zugleich die Abwicklung“ der FDST innerhalb der nächsten zwei Jahre voranzutreiben<sup>199</sup>, scheiterte aber an der ablehnenden Haltung Lichters. Diesem erschien es „nicht zwingend geboten, einen bestimmten Zeitpunkt für die Beendigung der Stiftung schon jetzt ins Auge zu fassen.“ Auch gegen die Verschenkungen des Grundbesitzes „zur Schaffung gesundheitlicher Einrichtungen“, die Schaar als Form der Selbstauflösung ablehnte, war aus seiner Sicht „grundsätzlich [...] nichts einzuwenden.“<sup>200</sup>

## Die FDST im Zweiten Weltkrieg

Mit dem deutschen Überfall auf Polen im September 1939 und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs endeten die Auflösungsbemühungen des Berliner Stadtpräsidenten. Im März 1940 erklärte das RMI das letzte Mal, von einer Auflösung der Stiftung so lange absehen zu wollen, bis alle ihre Grundstücke sinnvoll verwertet wurden.<sup>201</sup> Die FDST konnte also letztlich ihre organisatorische Unabhängigkeit und ihr institutionelles Fortbestehen erhalten. Die Aktivitäten des Kuratoriums beschränkten sich in dieser Zeit weiterhin auf die Verwaltung des Grundbesitzes sowie Verhandlungen über Grundstücksabgaben. Die letzte der ohnehin seltenen Kuratoriumssitzungen vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs fand am 17.11.1941 statt.<sup>202</sup> Da die Stiftung keine eigenen Einrichtungen betrieb oder andere Projekte verfolgte, war sie als Institution auch nicht in die Verbrechen der Nationalsozialisten verstrickt. Der NS-Politik gegenüber verhielt sie sich indifferent. Es sind weder kritische noch bejahende Äußerungen zu den nationalsozialistischen Maßnahmen im

Namen der FDST nachweisbar. Einzelne Kuratoriumsmitglieder gehörten allerdings der NSDAP an und waren in unterschiedlichem Ausmaß in das NS-System verstrickt.<sup>203</sup> August Bier, Kuratoriumsmitglied von 1931 bis 1948, stand schon vor 1933 dem Nationalsozialismus nahe, was sich beispielsweise in einem Aufruf zugunsten der NSDAP im Völkischen Beobachter vom 03./04.04.1932 niederschlug.<sup>204</sup> Anton Waldmann gehörte seit 1937 sowohl dem Kuratorium des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung als auch dem des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik an und hatte dadurch zumindest Einblick in die Arbeiten der beiden Einrichtungen.<sup>205</sup> Waldmann verstarb 1941. Zu seinem Nachfolger im Kuratorium der FDST wurde noch im gleichen Jahr Siegfried Handloser berufen, der Waldmann auch als Generaloberstabsarzt und Sanitätsinspekteur des Heeres nachgefolgt war. Gegen ihn wurde auf dem Nürnberger Ärzteprozess Anklage erhoben. Aufgrund seiner Stellung als Chef des Wehrmachtssanitätswesens trug er die Verantwortung für medizinische Versuche in Konzentrationslagern. Er wurde der Verbrechen gegen die Menschlichkeit für schuldig gesprochen und zu lebenslanger Haft verurteilt. 1951 wurde das Strafmaß auf 20 Jahre reduziert.<sup>206</sup> Handloser stieß aber erst zu einem relativ späten Zeitpunkt in den Kreis der Kuratoriumsmitglieder. 1941 fand die letzte nachweisbare Kuratoriumssitzung vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs statt; während des Krieges bestanden die einzigen Handlungen der Organisation in der Bewirtschaftung des Stiftungswaldes. Zu einer kontinuierlichen, strategischen Stiftungspolitik kam es nicht mehr. Handlosers Einfluss auf die Stiftung war dementsprechend gering. Herman Binder war ebenso Mitglied der NSDAP wie Kraft von Donnersmarck.<sup>207</sup> Binder wurde 1947 wieder in das Kuratorium aufgenommen. Kraft Graf von Donnersmarck übernahm 1955 den Kuratoriumsvorsitz, nachdem der amtierende Fürst Guidotto von Donnersmarck zugunsten seines Bruders auf dieses Amt verzichtete. Ihre ehemalige Mitgliedschaft in der NSDAP wurde in den überlieferten Unterlagen nicht mehr erwähnt.

Blickt man auf die Geschichte der Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut zurück, ergibt sich ein zwiespältiges Bild. Mit großen Hoffnungen und einem enormen Vermögen gestartet, verhinderten der frühe Tod des Gründerfürsten sowie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Weimarer Republik die Umsetzung des Stiftungszwecks beinahe völlig. Abgesehen von der – letztlich nicht genau bestimmbar – Unterstützung des Handbuchs der ärztlichen Erfahrung im Weltkriege 1914/1918 konnte die FDST in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts keine eigenen Projekte umsetzen. Gleichzeitig gelang es dem Kuratorium – allen voran Otto von Schjer-ning – in den 1920er Jahren jedoch, die Verfügungsgewalt über das Waldgelände in Frohnau, das ursprünglich nicht zum Stiftungskapital gehörte, zu gewinnen und damit die ökonomische Basis der FDST sicherzustellen. Außerdem erreichte es die

institutionelle Unabhängigkeit vom Staat. Besonders in den 1920er Jahren versuchten einzelne Kuratoriumsmitglieder zudem, das vorhandene Stiftungskapital für ihre eigenen Interessen einzusetzen. Dabei bewegten sie sich teilweise relativ weit



**Mit dieser finanziellen Grundlage und einem neu zusammengesetzten Kuratorium ohne militärärztlichen Einfluss startete die Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut inmitten der geteilten Stadt Berlin unter dem Viermächte-Status in das Wirtschaftswunder der Adenauerzeit.**



von dem eigentlichen Stiftungszweck – der Gründung einer wissenschaftlichen Forschungsanstalt – weg und legten die Stiftungserfassung in ihrem Sinne aus. Allerdings hatten sie damit insgesamt betrachtet wenig Erfolg. Zwischen 1933 und 1945 war das Kuratorium fast ausschließlich damit beschäftigt, seine zuvor errungene Autonomie gegen den stärker werdenden Zugriff durch das Berliner Stadtpräsidium zu verteidigen. Dies gelang zwar, bedeutete aber gleichzeitig eine zumindest partielle Zusammen-

arbeit mit dem Reichsluftfahrtministerium sowie den Verlust von Grundbesitz für das Luftwaffenlazarett und die Invalidensiedlung. Darüber hinaus verdankte sie ihren Fortbestand den Interessengegensätzen sowie unterschiedlichen Prioritäten von RMI, Wehrmacht, Reichsluftfahrtministerium sowie dem Berliner Stadtpräsidium. Am Ende des Zweiten Weltkriegs blieben der FDST nach dem Verkauf des Poloplatzes sowie den Grundstücksschenkungen für Luftwaffenlazarett und Invalidensiedlung noch ungefähr 205 Hektar Gelände. Mit dieser finanziellen Grundlage und einem neu zusammengesetzten Kuratorium ohne militärärztlichen Einfluss startete die Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut inmitten der geteilten Stadt Berlin unter dem Viermächte-Status in das Wirtschaftswunder der Adenauerzeit.

- 
- 1 o. V.: Eine Millionen-Stiftung des Fürsten Henckel-Donnersmarck, in: Vossische Zeitung vom 07.04.1916. GStA PK I. HA Rep. 89 Nr. 24344, Bl. 7.
  - 2 Zum Verhältnis der katholischen und evangelischen Linie der Familie Henckel von Donnersmarck vgl. Henckel von Donnersmarck, Leo Ferdinand: Die Familie Henckel von Donnersmarck im doppelten Spannungsfeld zwischen katholischem und evangelischem Glauben sowie zwischen Habsburg und Hohenzollern, in:

Fräss-Ehrfeld, Claudia (Hrsg.): Kärnten und Böhmen, Mähren, Schlesien, Klagenfurt 2004, S. 139-149.

- 3 Die Biografie Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarcks ist jedoch nicht Gegenstand dieser Darstellung. Ihr ist eine Studie von Manfred Rasch gewidmet, die noch in diesem Jahr erscheinen wird.
- 4 Vgl. Walter, Alfred: Dem Andenken eines Industriekönigs. Guido Fürst von Donnersmarck, in: Oberschlesische Volksstimme vom 19.12.1936, S. 3.

- 5 Vgl. Skibicki, Clemens: Industrie im oberschlesischen Fürstentum Pless im 18. und 19. Jahrhundert, Stuttgart 2002, S. 210-212.
- 6 Vgl. Treue, Wilhelm: Die wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung des oberschlesischen Geschlechts der Henckel von Donnersmarck, in: Schlesien 20 (1975) 1, S. 1-11, hier S. 7-8.
- 7 Vgl. Skibicki: Industrie im oberschlesischen Fürstentum Pless im 18. und 19. Jahrhundert, S. 212-213.
- 8 Wie Manfred Rasch hervorhebt, war er damit der erste deutsche Adlige, der eine Aktiengesellschaft gründete. Vgl. Rasch, Manfred: Guido Henckel von Donnersmarck und Bernhard Grau. Der erste Walzdraht der Niederrheinischen Hütte 1913, in: Stahl und Eisen 133 (2013) 11, S. 256-259, hier S. 257.
- 9 Vgl. Rasch, Manfred: Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarck, sein Engagement in der Stahlindustrie des Ruhrgebiets und der Bau des ersten Drahtwalzwerks in Duisburg vor dem Ersten Weltkrieg, in: ArcelorMittal Duisburg (Hrsg.): 100 Jahre Walzdraht aus Duisburg. 100 Jahre Geschichtsausschuss Stahlinstitut VDEh, Essen 2014, S. 61-92, hier S. 66-72.
- 10 Die hohe Konzentration adliger Unternehmerfamilien – gemeinhin mit dem Begriff „Magnaten“ belegt –, die ausgehend von ihrem Grundbesitz wirtschaftliche Aktivitäten entfalteten, war eine Besonderheit Oberschlesiens. Vgl. Kendzia, Michael Jan: Konstituierung eines industriellen Arbeitsmarktes in Oberschlesien, Univ.-Diss. Köln 2009, S. 207. Online unter: <http://d-nb.info/1009758454/34>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- 11 Vgl. Fuchs, Konrad: Die Bismarckhütte in Oberschlesien. Ein Beitrag zur oberschlesischen Industriegeschichte in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Ders. (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte Oberschlesiens 1871-1945. Aufsätze, Dortmund 1981, S. 55-75, v. a. S. 57-58.
- 12 Vgl. Skibicki: Industrie im oberschlesischen Fürstentum Pless im 18. und 19. Jahrhundert, S. 214.
- 13 Vgl. Rasch: Guido Henckel von Donnersmarck und Bernhard Grau, S. 256-259.
- 14 Vgl. Pierenkemper, Toni: Einleitung. Grundzüge der Wirtschaftsgeschichte Oberschlesiens in der Neuzeit, in: Ders. (Hrsg.): Industriegeschichte Oberschlesiens im 19. Jahrhundert. Rahmenbedingungen – Gestaltende Kräfte, Infrastrukturelle Voraussetzungen, Regionale Diffusion, Wiesbaden 1992, S. 1-27.
- 15 Einen Eindruck von seinem gesellschaftlichen Umgang geben die Tagebucheinträge des Grafen Franz von Ballestrem. Dieser war ebenfalls schlesischer Magnat, unternehmerisch erfolgreich und von 1898 bis 1906 Reichspräsident. In seinen Aufzeichnungen kommt Guido von Donnersmarck regelmäßig vor. Vgl. Tagebücher von Franz Graf von Ballestrem. Ballestremsches Firmen- und Familienarchiv. Ich danke Angela Harting stellvertretend für das Ballestremsche Firmen- und Familienarchiv für die Zurverfügungstellung der Auszüge.
- 16 Vgl. Böhme, Helmut: Guido Graf Henckel von Donnersmarck, Bismarck und der Krieg von 1866, in: Tradition: Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 12 (1967) 2, S. 378-387. Der Briefwechsel selbst ist erhalten im Archiv der Otto-von-Bismarck-Stiftung Friedrichsruh B 52.
- 17 Laubner, Jürgen: Bismarck-Freund und Kanzlervertrauter. Guido Henckel v. Donnersmarck und die Politik, in: Dülffer, Jost (Hrsg.): Otto von Bismarck: Person, Politik, Mythos, Berlin 1993, S. 159-174, hier S. 162.
- 18 Zum politischen Einfluss der oberschlesischen Magnaten allgemein vgl. Ptak, Marian J.: Zur politischen Bedeutung des schlesischen Adels, in: Harasimowicz, Jan; Weber, Matthias (Hrsg.): Adel in Schlesien. Band 1. Herrschaft – Kultur – Selbstdarstellung, München 2010, S. 321-336.
- 19 Vgl. Die Götterdämmerung, S. 1-10. HStA Stuttgart P 10 Archiv der Freiherren Varnbüler von und zu Hemmingen Bü 1093.
- 20 Vgl. Laubner: Bismarck-Freund und Kanzlervertrauter, S. 159-174, hier S. 163-168; Fuchs, Konrad: Guido Georg Friedrich Graf Henckel v. Donnersmarck 1830-1916, in: Haustein, Ulrich u. a. (Hrsg.): Ostmitteleuropa. Berichte und Forschungen, Stuttgart 1981, S. 237-251, hier S. 240.
- 21 Vgl. Laubner: Bismarck-Freund und Kanzlervertrauter, S. 159-174, hier S. 168-172.
- 22 Vgl. M. M.: Kaisertage in Schlesien, in: Schlesische Chronik 4 (1910) 6, S. 146-147, hier S. 146.
- 23 Vgl. Deutscher Reichs-Anzeiger und Königlich Preussischer Staats-Anzeiger Nr. 15 vom 18.01.1901.
- 24 Grundsätzlich sind diese frühen Flächenangaben als Richtwerte zu verstehen. Der Grundbesitz der FDS ist bis zu seinem schrittweisen Verkauf in den 1960er und 1970er Jahren nicht professionell vermessen worden. Alle Angaben weisen deswegen eine gewisse Ungenauigkeit auf.
- 25 Vgl. Mechow, Max: Frohnau. Die Berliner Gartenstadt, Berlin 1985, S. 31. Das offizielle Angebot von Veltheims war bereits am 04.12.1905 an die BTC ergangen. Vgl. LA Berlin A Rep. 251-09, Nr. 643, unpaginiert.
- 26 Vgl. Mechow: Frohnau, S. 27-29.
- 27 Vgl. Winters, Peter Jochen: Der Wald, der Fürst und Frohnau, in: Ders. (Hrsg.): 100 Jahre Gartenstadt Frohnau. Ein Berliner Ortsteil eigener Art, Berlin 2010, S. 14-19, hier S. 17.
- 28 Vgl. Ebd., S. 18.

- 29 Vgl. Mechow: Frohnau, S. 35.
- 30 Überliefert ist beispielsweise eine 24seitige Farbbroschüre, in der die Gartenstadt beworben wird. Sie enthielt Angaben zu Baukosten sowie Mustergrundrisse. Vgl. Akte LA Berlin A Rep. 251-09 Nr. 885, unpaginiert.
- 31 Vgl. Hildebrandt, Bernd u. a.: Gartenstadt Frohnau. Frohnauer Bürger erforschen ihren Ortsteil von der Gründung bis heute, Berlin 1985, S. 15-17.
- 32 Vgl. Schreiben Fürst von Donnersmarck an den Minister der geistlichen- und Unterrichtsangelegenheiten Trott zu Solz vom 29.07.1915. GSIA PK I. HA Rep. 89 Nr. 24344, Bl. 11-14, hier Bl. 11. Mit der Geschichte des Lazarets beschäftigt sich auch Knop, Christiane: Rechenschaftsbericht aus einer schweren Zeit: „Das Vereinslazarett Frohnau. 1914-1919“, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins 83 (1987) 3, S. 541-549.
- 33 Eckart, Wolfgang U.: Medizin und Gesellschaft. Deutschland 1914-1924, Paderborn 2014, S. 122.
- 34 Vgl. Schlacht, Paul: Fürsorge für die in Groß-Berlin ankommenden verwundeten Soldaten, in: Zeitschrift für ärztliche Fortbildung. Organ für praktische Medizin 13 (1916) 3, S. 65-72, hier S. 69.
- 35 Vgl. Bynum, William: Geschichte der Medizin, Stuttgart 2010, S. 153-160.
- 36 Berg, Max: Chronik des Vereinslazarets Frohnau 1914-1919, Berlin [1919], S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-1.
- 37 Vgl. Schreiben Guido von Donnersmarck an den Minister der geistlichen- und Unterrichtsangelegenheiten Trott zu Solz vom 29.07.1915. GSIA PK I. HA Rep. 89 Nr. 24344, Bl. 11-14, hier Bl. 12.
- 38 Vgl. Schreiben der BTC an das Vereinslazarett Frohnau z. Hd. der Privatkanzlei von Sr. Durchlaucht des Fürsten von Donnersmarck vom 23.06.1915. LA Berlin A Rep. 251-09 Nr. 912, unpaginiert; Schreiben BTC an Emil Erich Hölscher vom 16.02.1916. LA Berlin A Rep. 251-09 Nr. 912, unpaginiert.
- 39 Das Gebäude der Turnhalle wurde in den 1920er Jahren in eine Kirche umgewidmet und zwischen 1936 und 1940 umgestaltet. Heute feiert hier die katholische Kirchengemeinde St. Hildegard ihre Gottesdienste.
- 40 Berg: Chronik des Vereinslazarets Frohnau 1914-1919, S. 2-3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-1.
- 41 Vgl. Ebd., S. 3-6.
- 42 Vgl. Schlacht: Fürsorge für die in Groß-Berlin ankommenden verwundeten Soldaten, S. 65-72, hier S. 70.
- 43 Vgl. Berg: Chronik des Vereinslazarets Frohnau 1914-1919, S. 12. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-1.
- 44 Zu den chirurgischen Maßnahmen im Lazarett vgl. Hayward, Edgar: Beitrag zur Klinik der Schädelschüsse nach den Erfahrungen im Heimlazarett, in: Berliner Klinische Wochenschrift 52 (1915) 46, S. 1186-1190; Ders.: Beitrag zur Klinik der Schädelschüsse nach den Erfahrungen im Heimlazarett, in: Berliner Klinische Wochenschrift 52 (1915) 47, S. 1212-1218.
- 45 Vgl. Berg: Chronik des Vereinslazarets Frohnau 1914-1919, S. 16. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-1.
- 46 Vgl. Schreiben Guido von Donnersmarck an den Minister der geistlichen- und Unterrichtsangelegenheiten Trott zu Solz vom 29.07.1915. GSIA PK I. HA Rep. 89 Nr. 24344, Bl. 11-14.
- 47 Vgl. u. a. Berg, Max: Bemerkungen zur sozialen Entwicklung unseres weiblichen Krankenpflegewesens, in: Zeitschrift für ärztliche Fortbildung. Organ für praktische Medizin 12 (1915) 16, S. 506-509; Ders.: Bemerkungen zur sozialen Entwicklung unseres weiblichen Krankenpflegewesens, in: Zeitschrift für ärztliche Fortbildung. Organ für praktische Medizin 12 (1915) 17, S. 539-543; Ders.: Lebens- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Krankenschwestern, in: Zeitschrift für ärztliche Fortbildung. Organ für praktische Medizin 12 (1915) 18, S. 569-575. Die Erfahrungen flossen ein in Berg, Max: Vorschläge zur Regelung der Schwesterarbeit, in: Zeitschrift für ärztliche Fortbildung. Organ für praktische Medizin 13 (1916) 10, S. 297-299.
- 48 Vgl. Berg, Max: Allgemeine Grundlagen der Krankenpflege, Berlin 1918.
- 49 Vgl. o. V.: Vereinslazarett Frohnau, in: o. V. (Hrsg.): Ausstellung für Verwundeten- und Krankenfürsorge im Kriege, Dresden 1915, S. 48-50, hier S. 50. Zum Alltag im Lazarett aus der Sicht einer Schwester vgl. Siegfried, Walther: Aus dem Bilderbuch eines Lebens. Dritter Teil, Zürich, Leipzig 1932, S. 182-196.
- 50 Vgl. Berg: Chronik des Vereinslazarets Frohnau 1914-1919, S. 21. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-1.
- 51 Ebd., S. 23.
- 52 Ebd., S. 17. Hervorhebung im Original.
- 53 Vgl. Ebd., S. 105-115.
- 54 Ein Zeichen für das gute, wenn auch etwas maternalistische Verhältnis der Fürstin zu einzelnen Kriegsverletzten ist das Schreiben Rina von Donnersmarcks an Alfred Günther vom 13.09.1919. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin ZEN-1, unpaginiert.
- 55 Zur Entwicklung der „Krüppelfürsorge“ von der Jahrhundertwende bis in die 1930er Jahre vgl. v. a. Osten, Philip: Die Modellanstalt. Über den Aufbau einer „modernen Krüppelfürsorge“ 1905-1933, Frankfurt am Main 2004.
- 56 Zur Geschichte der DVfK vgl. Hendrich, Yvonne: Die Rolle der DVfR in der Entwicklung der Rehabilitation, in: Blumenthal, Wolfgang; Schliehe, Ferdinand

- (Hrsg.): Teilhabe als Ziel der Rehabilitation. 100 Jahre Zusammenwirken in der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation, Heidelberg 2009, S. 31-108.
- 57 Vgl. Thomann, Klaus-Dieter: Die medizinische und soziale Fürsorge für die Kriegsversehrten in der ersten Phase des Krieges 1914/15, in: Eckart, Wolfgang U.; Gradmann, Christoph (Hrsg.): Die Medizin und der Erste Weltkrieg, Pfaffenweiler 1996, S. 183-196.
- 58 Vgl. Thomann, Klaus-Dieter: Das behinderte Kind: „Krüppelfürsorge“ und Orthopädie in Deutschland 1886-1920, Stuttgart u. a. 1995, S. 253-255.
- 59 Vgl. Bühr, Simon: „Entkrüppelung der Krüppel“. Der Siemens-Schuckert-Arbeitsarm und die Kriegsinvalidenfürsorge in Deutschland während des Ersten Weltkriegs, in: N.T.M. 21 (2013) 2, S. 107-141.
- 60 Vgl. Kienitz, Sabine: Beschädigte Helden. Kriegsinvalidität und Körperbilder 1914-1923, Paderborn u. a. 2008.
- 61 Zur Ambivalenz der Betonung von Arbeits- und Leistungsfähigkeit durch die DVfK vgl. Weinert, Sebastian: Die ‚Krüppelfürsorge‘ in der Weimarer Republik. Zwischen eigenem Standpunkt und diskursiver Anschlussfähigkeit an eugenische Argumentationsstrukturen, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 34 (2011) 1, S. 64-76.
- 62 Lingner, Karl August: Geleitwort, in: o. V. (Hrsg.): Ausstellung für Verwundeten- und Krankenfürsorge im Kriege, S. III-V, hier S. IV. Zum Beitrag über das Frohnauer Vereinslazarett vgl. o. V.: Vereinslazarett Frohnau, in: o. V. (Hrsg.): Ausstellung für Verwundeten- und Krankenfürsorge im Kriege, S. 48-50, hier S. 50.
- 63 Vgl. Schreiben der Veranstalter der Ausstellung für Verwundeten- und Krankenfürsorge im Kriege. Berlin 1914 an den Minister des Innern von Loebell vom 11.02.1915. GSIA PK I. HA Rep. 76 VIII B Nr. 4388, Bl. 14-15. Einen Bericht über die Schau aus Sicht der DVfK bietet o. V.: Die Ausstellung für Verwundeten- und Krankenfürsorge im Kriege, in: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 8 (1915) 1, S. 106-114.
- 64 Vgl. Schreiben der Ausstellung für Verwundeten- und Krankenfürsorge im Kriege. Barnem, Dezember 1915 an von Loebell vom 22.09.1915. GSIA PK I. HA Rep. 76 VIII B Nr. 4388, Bl. 23. Zu diesen Ausstellungen generell vgl. Beil, Christine: Der ausgestellte Krieg. Präsentationen des Ersten Weltkriegs 1914-1939, Tübingen 2004, S. 130-143.
- 65 Vgl. Berg: Chronik des Vereinslazarets Frohnau 1914-1919, S. 118. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-1.
- 66 Zu dem abnehmenden Engagement für Kriegsversehrte in der Weimarer Republik vgl. Werner, Michael: Stiftungen und Mäzenatentum zwischen Weimarer Republik und Drittem Reich, in: Adam, Thomas u. a. (Hrsg.): Stiftungen seit 1800. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 2009, S. 71-94, hier S. 73-74.
- 67 Vgl. Auszug aus dem Protokoll vom 11.01.1911. Archiv der Max-Planck-Gesellschaft I. Abt., Rep. 1A Nr. 2988-5, Bl. 2. Mit der Wahl brachte er 100.000 Mark in das Vermögen der KWG ein. Sein Jahresbeitrag betrug 1.000 Mark. Vgl. Inhaltsverzeichnis. Archiv der Max-Planck-Gesellschaft I. Abt., Rep. 1A Nr. 2988-5, Bl. 1.
- 68 Vgl. Schreiben Guido von Donnersmarck an Adolf von Harnack vom 05.05.1916. Archiv der Max-Planck-Gesellschaft I. Abt., Rep. 1A Nr. 2988-5, Bl. 18a.
- 69 Vgl. Fuchs: Guido Georg Friedrich Graf Henckel v. Donnersmarck 1830-1916, S. 237-251, hier S. 251; Laubner: Guido Henckel v. Donnersmarck – Aristokrat durch Geburt und Geld, S. 27-40, hier S. 31-32. Beide Autoren kritisieren allerdings, dass sein Engagement nur aus Einzelleistungen bestand und – im Gegensatz zu seinen wirtschaftlichen Aktivitäten – keinem ganzheitlichen Ansatz folgte.
- 70 Als letztes wurde die „Guido-Stiftung“ in den 1970er Jahren liquidiert. Vgl. Durchschlag Schreiben Karl Erdmann von Donnersmarck an das Finanzamt Rosenheim vom 29.12.1977. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-423, unpaginiert.
- 71 Vgl. o. V.: Professor Dr. Otto Karl Wilhelm von Schjerning. Berlin. Generalstabsarzt der Armee, Chef des Feldsanitätswesens, in: Joppich, Robin: Otto von Schjerning [4.10.1853-28.06.1921]. Wissenschaftler, Generalstabsarzt der preußischen Armee und Chef des deutschen Feldsanitätswesens im Ersten Weltkrieg, Univ.-Diss. Heidelberg 1997, Anhang S. 59-60.
- 72 Vgl. Schjerning, Otto von: Die Fürsorge für die Kriegsverwundeten [1900], in: Joppich: Otto von Schjerning, Anhang S. 37-47.
- 73 Für die gesamten Zitate Denkschrift Otto von Schjernings für Kaiser Wilhelm II. vom 14.01.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-5, unpaginiert.
- 74 Berg erklärte beispielsweise, Frohnau sei als Standort für das Lazarett besonders geeignet gewesen, da es „die Vorteile der Grossstadt mit denen des Landaufenthalts in glücklicher Weise vereinigt.“ Berg: Chronik des Vereinslazarets Frohnau 1914-1919, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-1.
- 75 Vgl. Abschrift Schreiben Guido von Donnersmarck an Dr. Hölscher vom 11.03.1916. LA Berlin A Rep. 251-09 Nr. 912, unpaginiert.
- 76 Schreiben Berg an Guido von Donnersmarck vom 01.03.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-5, unpaginiert.
- 77 Vgl. Schreiben Guido von Donnersmarck an den Minister der geistlichen- und Unterrichtsangelegenheiten,

- Trott zu Solz, vom 29.07.1915. GSIA PK I. HA Rep. 89 Nr. 24344, Bl. 11-14, hier Bl. 12-13.
- 78 Vgl. Schreiben des Ministers der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten an den Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers vom 20.04.1918. GSIA PK I. HA Rep. 89 Nr. 24344, Bl. 38.
- 79 Vgl. Abschrift Schreiben Guido von Donnersmarck an Dr. Hölscher vom 11.03.1916. LA Berlin A Rep. 251-09 Nr. 912, unpaginiert.
- 80 Schreiben Guido von Donnersmarck an Wilhelm II. vom 15.03.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-1, unpaginiert.
- 81 Vgl. Ebd.
- 82 Vgl. Abschrift Schreiben Hölscher und Berg an von Schjerning vom 22.03.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-1, unpaginiert.
- 83 Telegramm Wilhelm II. an Guido von Donnersmarck vom 17.03.1916. GSIA PK I. HA Rep. 89 Nr. 24344, Bl. 3; Schreiben Wilhelm II. an Guido von Donnersmarck vom 18.03.1916. GSIA PK I. HA Rep. 89 Nr. 24344, Bl. 4-5.
- 84 Vgl. o. V.: Eine Millionenstiftung des Fürsten Henckel-Donnersmarck, in: Neues Wiener Journal 24 (1916) 8060 vom 08.04.1916, S. 3; o. V.: Eine Millionenstiftung, in: Böhmerwald-Volksbote. Sozialdemokratisches Organ für Südböhmen 8 (1916) 24, S. 4-5.
- 85 Als Forschungsschwerpunkte schlug er Schädelverletzungen, periphere Nervenverletzungen, Lungenschüsse, Herzerkrankungen, Nierenentzündungen, Neuralgien, die Kriegsseuchenbekämpfung, Infektionskrankheiten sowie psychische Störungen vor. Weiterhin sah er in leistungs- und ernährungsphysiologischen Fragen zukünftige Forschungsgebiete. Zuletzt sollte das Institut auch der militärärztlichen Fortbildung dienen. Vgl. Denkschrift betreffend Kriegsstiftung Frohnau vom 25.03.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-5, unpaginiert.
- 86 Vgl. Schreiben von Schjerning an Adolf Wild von Hohenborn vom 21.04.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-3, unpaginiert; Schreiben der Intendantur für militärische Institute, Bauabteilung für militärärztliche Institute in Kaiserlich Frohnau an das Kriegsministerium vom 19.05.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-24a, unpaginiert.
- 87 Vgl. Schreiben von Schjerning an Wilhelm II. vom 05.04.1916. GSIA PK I. HA Rep. 89 Nr. 24344, Bl. 6.
- 88 Schreiben Minister des Königlichen Hauses an den Kriegsminister vom 26.04.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-1, unpaginiert. Hervorhebung im Original.
- 89 Protokoll der Notariatsverhandlung vom 08.05.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin ZEN-5, unpaginiert.
- 90 Vgl. Protokoll der Notariatsverhandlung vom 10.05.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin ZEN-5, unpaginiert sowie Protokoll der Notariatsverhandlung der BTC vom 10.12.1917. LA Berlin A Rep. 251-09 Nr. 961.
- 91 Vgl. Denkschrift über das Fürst Donnersmarck-Institut zu Kaiserlich Frohnau vom 17.06.1918. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-5, unpaginiert.
- 92 Vgl. Verfassung der Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut vom 08.05.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-5, unpaginiert.
- 93 Vgl. Aktenvermerk Adolf von Harnack vom 09.05.1916. Archiv der Max-Planck-Gesellschaft I. Abt., Rep. 1A Nr. 2988-5, Bl. 37-42, hier Bl. 38.
- 94 Vgl. Schreiben Wilhelm II. an den Justizminister und Minister des Innern vom 14.07.1916. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1932, unpaginiert; Telegramm von Schjerning an den Kaiser vom 31.07.1916. GSIA PK I. HA Rep. 89 Nr. 24344, Bl. 25.
- 95 Zur Stiftungslandschaft im späten Kaiserreich vgl. Kowark: Entwicklung der Stiftungslandschaft seit Gründung des Deutschen Kaiserreiches mit Blick auf Berlin-Brandenburg, S. 11-30, hier S. 12-14. Zur Geschichte der KWVG vgl. u. a. Gruss, Peter: Hundert Jahre Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Berlin 2011.
- 96 Für einen ausführlichen Nachruf vgl. Lohse, U.: Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarck und seine industriellen Schöpfungen, in: Stahl und Eisen 37 (1917) 7, S. 156-161.
- 97 Vgl. Aktenvermerk von Harnack vom 09.05.1916. Archiv der Max-Planck-Gesellschaft I. Abt., Rep. 1A Nr. 2988-5, Bl. 37-42, hier Bl. 41-42.
- 98 Vgl. zum Folgenden sehr ausführlich Knop, Christiane: Die Militärkuranstalt zu Frohnau. Eine Akte aus dem Wilhelmischen Kaiserreich, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins 79 (1983) 2, S. 46-54.
- 99 Vgl. Dritte Ausfertigung des Protokolls von Notar Paul Tiktin von der Gesellschafterversammlung der BTC vom 02.07.1917. LA Berlin A Rep. 251-09 Nr. 775, unpaginiert. Die BTC wechselte im Laufe der 1920er Jahre noch mehrfach ihren Besitzer. Das nächste Mal am 09.10.1923. Vgl. Schreiben Handels- und Boden-Aktiengesellschaft an Ludwig Sachs vom 09.10.1923. LA Berlin A Rep. 251-09 Nr. 927, unpaginiert.
- 100 Vgl. u. a. Schreiben Theodor Wolf, Direktor der BTC, an Gerlach vom 09.01.1918. LA Berlin A Rep. 251-09 Nr. 912, unpaginiert.
- 101 Vgl. Bericht für den Aufsichtsrat der B.T.C. betr. Kaiserlich Frohnau. LA Berlin A Rep. 251-09 Nr. 610, unpaginiert.



- 102 Verhandlung zwischen der BTC und dem Kriegsministerium vom 03.05.1917. LA Rep. 251-09 Nr. 961, unpaginiert.
- 103 Schreiben von Schjerning an Gerlach vom 15.05.1917. LA Rep. 251-09 Nr. 961, unpaginiert.
- 104 Vgl. Bericht von Eugène de la Croix und Max Jaehn für die BTC vom 11.12.1917. LA Rep. 251-09 Nr. 961, unpaginiert.
- 105 Vgl. Schreiben des Reichskanzleramtes an den Kriegsminister vom 20.05.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-3, unpaginiert.
- 106 Schreiben Siegfried von Roedern an das Kriegsministerium vom 23.02.1918. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-3, unpaginiert.
- 107 Schreiben der Intendantur der militärärztlichen Institute an das Kriegsministerium, Sanitäts-Departement vom 10.04.1919. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-3, unpaginiert.
- 108 Guidotto von Donnersmarck erklärte am 31.05.1918, aus seiner Sicht sei der Bau des Instituts „infolge der hohen Arbeitslöhne und Preise der Rohstoffe unbedingt zu teuer“ und votierte für einen Baubeginn nach Abschluss der Verhandlungen mit dem Reichsschatzamt. Schreiben Guidotto von Donnersmarck an von Schjerning vom 31.05.1918. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-4, Bl. 24.
- 109 Vgl. Schreiben von Schjerning an Friedrich von Berg vom 01.03.1918. GStA PK I. HA Rep. 89 Nr. 24344, Bl. 30-31.
- 110 Vgl. Kuratorium des Fürst Donnersmarck-Institutes ernannt durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 24.04.1918. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-5, unpaginiert.
- 111 Protokoll der Kuratoriumssitzung des Fürst Donnersmarck-Instituts vom 17.06.1918. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-4, unpaginiert. Ähnliche Ideen hatte er fünf Tage zuvor Guidotto von Donnersmarck bei dessen Besuch in Wassermanns Kaiser-Wilhelm-Institut für Experimentelle Therapie skizziert. Vgl. Schreiben Wassermann an von Schjerning vom 12.06.1918. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-9, unpaginiert.
- 112 Protokoll der Kuratoriumssitzung des Fürst Donnersmarck-Instituts vom 17.06.1918. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-4, unpaginiert. Die sport- sowie arbeitsphysiologische Erforschung körperlicher Bewegungsabläufe gehörte zu den Trends der Zeit. Sie war ein Anzeichen der zunehmend auf Rationalisierung und Effizienzsteigerung ausgerichteten Wirtschaft und zeitgleich eine Reaktion auf die verheerenden gesundheitlichen Folgen des Ersten Weltkriegs, die eine systematische Ausnutzung körperlicher Leistungspotentiale nötig erscheinen ließen. Sichtbaren Ausdruck fanden diese Tendenzen in der Gründung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie. Vgl. Plesser, Theo; Thamer, Hans-Ulrich (Hrsg.): Arbeit, Leistung und Ernährung. Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Berlin zum Max-Planck-Institut für Molekulare Physiologie und Leibniz-Institut für Arbeitsforschung in Dortmund, Stuttgart 2012.
- 113 Protokoll der Kuratoriumssitzung des Fürst Donnersmarck-Instituts vom 17.06.1918. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-4, unpaginiert.
- 114 Für die finanzielle Entwicklung der Stiftung in der Weimarer Republik vgl. Golka; Wieder: Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung 1916 bis 1991, v. a. S. 23-24.
- 115 Vgl. Adam, Thomas: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Stiftungen und „totem Kapital“, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Stiftungen seit 1800, S. 179-202.
- 116 Abschrift Schreiben Kuratorium der FDST an den Polizeipräsidenten von Berlin vom 09.01.1923. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-6, unpaginiert. Vgl. auch Abschrift Genehmigung Polizeipräsident vom 18.01.1923. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1932, unpaginiert.
- 117 Schreiben von Schjerning an Schwining vom 07.08.1918. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-3, unpaginiert.
- 118 Vgl. Schreiben von Schjerning an von Berg vom 02.07.1918. GStA PK I. HA Rep. 89 Nr. 24344, Bl. 62; Schreiben der Preußischen Staatsbank an das Geheime Zivillkabinett vom 30.07.1918. GStA PK I. HA Rep. 89 Nr. 24344, Bl. 64.
- 119 Abschrift Schreiben von Schjerning an von Berg vom 13.09.1918. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-1, unpaginiert.
- 120 Vgl. Schreiben Preußisches Finanzministerium an das Ministerium des königlichen Hauses vom 12.04.1919. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-2, unpaginiert.
- 121 Vgl. Schreiben Kriegsminister an den Finanzminister vom 16.05.1919. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-2, unpaginiert.
- 122 Vgl. Abschrift Schreiben von Schjerning an den Minister des vormals Königl. Hauses vom 23.06.1919. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-2, unpaginiert.
- 123 Abschrift Schreiben Wilhelm II. an den Kriegsminister vom 31.07.1919. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-2, unpaginiert.
- 124 Vgl. Notariatsurkunde vom 27.04.1920. LA Berlin A Rep. 251-09 Nr. 961, unpaginiert.



- 125 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 31.10.1921. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-6, unpaginiert.
- 126 Vgl. Schreiben von Schjerning an den Fürsten Guidotto von Donnersmarck vom 01.03.1920. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-6, unpaginiert. Hamann war ursprünglich an Schwienings Stelle für das Gründungskuratorium vorgesehen. Nur aufgrund der Intervention Guidotto von Donnersmarcks änderte von Schjerning die Vorschlagsliste zu Schwienings Gunsten. Vgl. Schreiben Guidotto von Donnersmarck an Hochheimer vom 06.02.1918. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-4, Bl. 5; Schreiben Schwiening an Guidotto von Donnersmarck vom 06.05.1918. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-5, unpaginiert; Schreiben Hochheimer an Guidotto von Donnersmarck vom 17.02.1918. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-5, unpaginiert.
- 127 Vgl. Schreiben Kuratorium der FDST an den Polizeipräsidenten von Berlin vom 26.02.1922. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-6, unpaginiert.
- 128 Abschrift Schreiben Polizeipräsident von Berlin an das Kuratorium der FDST vom 03.04.1922. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-6, unpaginiert.
- 129 Vgl. Genehmigung des Polizeipräsidenten von Berlin vom 17.05.1922. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1932, unpaginiert.
- 130 Vgl. Schreiben Kuratorium der FDST an den Polizeipräsidenten von Berlin vom 17.07.1922. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-6, unpaginiert; Abschrift Bescheinigung des Polizeipräsidenten von Berlin vom 24.07.1922. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-6, unpaginiert.
- 131 Abschrift Schreiben BTC an Wilhelm II. vom 11.07.1922. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-6, unpaginiert.
- 132 Vgl. Schreiben de la Croix an das Kuratorium der FDST vom 10.06.1922. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-6, unpaginiert.
- 133 Notariatsurkunde vom 08.06.1923. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-9, unpaginiert.
- 134 Vgl. Abschrift Schreiben BTC an Wilhelm II. in Amerongen vom 14.05.1923. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-6, unpaginiert.
- 135 Vgl. Anlage zum Schreiben Kuratoriums der FDST vom 13.11.1928. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 5180, Bl. 73.
- 136 Roggenrentenbriefe waren eine besondere Form des Notgelds, das an den Wert von Roggen gekoppelt und damit vor der Inflation geschützt war.
- 137 Vgl. Schreiben Hochheimer an Guidotto von Donnersmarck vom 15.01.1924. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-6, unpaginiert.
- 138 Vgl. Golka; Wieder: Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung 1916-1991, S. 26.
- 139 Vgl. von Schjerning, Otto u. a. (Hrsg.): Handbuch der ärztlichen Erfahrungen im Weltkrieg 1914/1918. 9 Bände, Leipzig 1921-1934.
- 140 Dazu gehörten etwa die Kuratoriumsmitglieder His und Schultzen oder Kurt Adam, der während des Krieges im Lazarett tätig war.
- 141 Joppich: Otto von Schjerning, S. 115.
- 142 Vgl. bspw. Die Vorschläge im Protokoll Kuratoriumssitzung vom 31.10.1921. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-6, unpaginiert.
- 143 Vgl. Pachtvertrag vom März 1925. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-7, unpaginiert.
- 144 Vgl. Schreiben des Verwaltungsdirektors der Universität, Prof. Wollenberg, an Hamann vom 14.07.1925. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-8, unpaginiert; Niederschrift über die Kuratoriumssitzung des Fürst Donnersmarck-Instituts vom 11.12.1925. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-8, unpaginiert.
- 145 Schreiben Bier an Guidotto von Donnersmarck vom 20.08.1928. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-8, unpaginiert.
- 146 Schreiben Dibelius an Hamann vom 30.09.1930. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-8, unpaginiert.
- 147 Vgl. Schreiben Würtz an Guidotto von Donnersmarck vom 23.05.1930. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-8, unpaginiert. Zu Würtz vgl. Musenberg, Oliver: Der Körperbehindertenpädagoge Hans Würtz (1875-1958). Eine kritische Würdigung des psychologischen und pädagogischen Konzepts vor dem Hintergrund seiner Biographie, Hamburg 2002. Zum Oskar-Helene-Heim vgl. Osten: Die Modellanstalt.
- 148 Vgl. Schreiben des Kuratoriums der FDST an den Polizeipräsidenten von Berlin vom 22.06.1931. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1932, unpaginiert; Schreiben Kuratorium der FDST an den Polizeipräsidenten von Berlin vom 20.04.1932. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1932, unpaginiert.
- 149 Vgl. Schreiben Kuratorium der FDST an den Polizeipräsidenten von Berlin vom 12.04.1935. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1932, unpaginiert.
- 150 Schreiben Kuratorium der FDST an den Polizeipräsidenten von Berlin vom 25.07.1932. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1932, unpaginiert; Genehmigung des Polizeipräsidenten von Berlin vom 02.08.1932. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1932, unpaginiert.
- 151 Vgl. Werner: Stiftungen und Mäzenatentum zwischen Weimarer Republik und Drittem Reich, S. 71-94, hier S. 84-88.
- 152 Einen konzisen Überblick über den Forschungsstand zur nationalsozialistischen Gesundheitspolitik bietet

- Eckart, Wolfgang U.: *Medizin in der NS-Diktatur: Ideologie, Praxis, Folgen*, Wien u. a. 2012.
- 153 Vgl. u. a. Schmuhl, Hans-Walter: *Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung 'lebensunwerten Lebens' 1890-1945*, Göttingen 1987; Friedländer, Henry: *Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung*, Berlin 1997.
- 154 Vgl. Schreiben Hamann an den Oberpräsidenten von Brandenburg und Berlin vom 15.11.1933. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1847, unpaginiert; Schreiben Stadtinspektor Dr. Grobler an den Oberpräsidenten von Berlin vom 20.03.1934. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1847, unpaginiert.
- 155 Bericht über die Besichtigung des dem Fürst Donnersmarck-Institut gehörigen Forstgebietes in Frohnau vom 15.05.1934. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1847, unpaginiert.
- 156 Vgl. Schreiben Stadtinspektor Müller an den Staatskommissar der Hauptstadt Berlin vom 07.06.1934. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1847, unpaginiert; Bescheid an das Kuratorium des Fürst Donnersmarck-Institutes vom 22.08.1934. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1847, unpaginiert.
- 157 Klar war erst 1937 in das Kuratorium berufen worden und hatte dort Carl Bunke abgelöst, der von 1925 bis zu seinem gesundheitsbedingten Ausscheiden zum 01.04.1937 die Geschäftsführung der Stiftung innegehabt hatte.
- 158 Zu den Holzverkäufen in den 1930er und 1940er Jahren vgl. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-236, unpaginiert.
- 159 Vermerk über die Besichtigung der Fürst Donnersmarck'schen Stiftung in Berlin-Frohnau am 19.10.1937 vom 21.10.1937. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 2-3, hier Bl. 3.
- 160 Vgl. Vermerk des Stadtpräsidenten von Berlin vom 13.12.1937. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 7.
- 161 Schreiben von Rango an den Stadtpräsidenten von Berlin vom 19.01.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 12. Hervorhebung im Original.
- 162 Vgl. Schreiben von Schaar an das Reichsministerium des Innern vom 08.02.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 14.
- 163 Vgl. Vermerk von Dr. Schaar: *Abwicklung der Stiftung Fürst Henckel Donnersmarck-Institut* vom 21.10.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 79-80, hier Bl. 80.
- 164 Vgl. Übersicht der Stiftungssituation [um 1940]. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-9, unpaginiert.
- 165 Vgl. Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung „Invalidenhaus Berlin“, in: *Reichsgesetzblatt* (1937) 48, S. 445.
- 166 Vgl. Aktennotiz Hamann vom 17.04.1937. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-9, unpaginiert.
- 167 Vgl. Schreiben Kuratorium der FDST an den Stadtpräsidenten von Berlin vom 30.06.1939. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 106.
- 168 Vgl. Schreiben Waldmann an Guidotto von Donnersmarck vom 17.12.1935. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-8, unpaginiert.
- 169 Vgl. Schreiben Joachim Reschke an Bunke vom 15.09.1936. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-9, unpaginiert.
- 170 Schreiben Sanitätsinspektion der Luftwaffe an das Kuratorium der FDST vom 25.11.1937. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-8, unpaginiert.
- 171 Vgl. Urkunde der notariellen Verhandlung vom 18.02.1938. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-9, unpaginiert.
- 172 Vgl. Schreiben Luftgaukommando III an das Kuratorium der FDST vom 21.07.1938. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-10, unpaginiert.
- 173 Schreiben Schaar an den Reichskriegsministerium vom 14.03.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 21.
- 174 Vgl. Urkunde der Notariatsverhandlung vom 04.02.1938. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-9, unpaginiert.
- 175 Vgl. o. V.: *Aufruf zur Begründung einer Paul Gerhardt's Stiftung*, Berlin 1875. *GSStA PK I*. HA Rep. 89 Nr. 24333, Bl. 3-4.
- 176 Vgl. o. V.: *Das Paul Gerhardt Stift* [1915]. *GSStA PK I*. HA Rep. 89 Nr. 24333, Bl. 108-111.
- 177 1915 standen etwa im Finanzplan der Stiftung Einnahmen vornehmlich aus dem Krankenhausbetrieb in Höhe von 335.900 Mark Ausgaben über 376.700 Mark gegenüber. Vgl. *Voranschlagung für das Jahr 1915*. *GSStA PK I*. HA Rep. 89 Nr. 24333, Bl. 112-117.
- 178 Vgl. Schreiben des Kuratoriums des Paul Gerhardt Stifts an das Kuratorium der FDST vom 03.02.1938. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-9, unpaginiert.
- 179 Vgl. Schreiben Paul Gerhardt Stift an das Stadtplanungsamt im Stadthaus vom 08.06.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 67.
- 180 Reschke wiederholte damit zahlenmäßig die Kalkulation, die Guido Fürst von Donnersmarck schon 1916 seiner Stiftungsgründung zugrunde gelegt hatte. Vgl. Schreiben Reschke an den Reichsministerium des Innern vom 16.05.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 33-35.
- 181 Schreiben des Oberkommandos der Wehrmacht an den Stadtpräsidenten von Berlin vom 20.05.1938.

- LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 29-30, hier Bl. 30.
- 182 Schreiben Reichsminister der Luftfahrt an den Reichsminister des Innern vom 13.04.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 36-37, hier Bl. 37.
- 183 Vgl. Schreiben des Reichsministers des Innern an den Stadtpräsidenten von Berlin vom 18.06.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 32.
- 184 Schreiben Reschke an Klaar vom 23.06.1938. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-10, unpaginiert.
- 185 Vgl. Schreiben Kuratorium der FDST an den Stadtpräsidenten von Berlin vom 12.03.1941. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1932, unpaginiert.
- 186 Vgl. Schreiben Kuratorium an den Stadtpräsidenten vom 12.03.1941. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1932, unpaginiert.
- 187 Schreiben Sondervermögens- und Bauverwaltung an die Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut zu Berlin vom 14.07.1958. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-14, unpaginiert.
- 188 Vgl. etwa Schreiben Otto Dibelius an Vogel vom 18.03.1963. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-10, unpaginiert.
- 189 Vgl. Antrag auf öffentliche Abräumung eines Trümmergrundstücks vom 20.10.1969. LA Berlin B Rep. 220-01 Nr. 123, unpaginiert.
- 190 Vgl. Abschlussbericht vom 06.03.1973. LA Berlin B Rep. 220-01 Nr. 123, unpaginiert.
- 191 Über den biographischen Hintergrund des ehemaligen Amtsrats Klaar ist leider nichts bekannt.
- 192 Vgl. Entwurf Schreiben Schaar an den Reichsminister des Innern vom 29.06.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 39-40; Vermerk Schaar vom 09.07.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 45.
- 193 Niederschrift über die Besprechung mit den Vertretern des Kuratoriums der Fürst Donnersmarck'schen Stiftung vom 07.09.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 50-51.
- 194 Vgl. Schreiben Schaar an das Kuratorium der FDST vom 07.09.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 51-52.
- 195 Vgl. Schreiben Reschke an Hamann vom 22.09.1938. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-10, unpaginiert; Schreiben Hamann an den Stadtpräsidenten von Berlin vom 10.10.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 60.
- 196 Vermerk von Dr. Schaar: Abwicklung der Stiftung Fürst Henckel Donnersmarck-Institut vom 21.10.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 79-80, hier Bl. 79. Hervorhebung im Original.
- 197 Vgl. Schreiben des RMI an das Kuratorium der FDST vom 03.11.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 95.
- 198 Schreiben des Kuratoriums der FDST an den Reichsminister des Innern vom 18.01.1939. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 98.
- 199 Entwurf Schreiben Schaar an Lichter vom 24.01.1939. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 99-100, hier Bl. 99. Hervorhebung im Original.
- 200 Schreiben RMI an Schaar vom 27.05.1939. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 103. Hervorhebung im Original.
- 201 Vgl. Schreiben RMI an den Stadtpräsidenten von Berlin vom 13.03.1940. LA Berlin A Pr. Br. Rep. 057 Nr. 1931, Bl. 116.
- 202 Niederschrift über die Kuratoriumssitzung vom 17.11.1941. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-9, unpaginiert.
- 203 Es ist grundsätzlich schwierig, das Ausmaß dieser Verstrickung genau zu bestimmen. Denn der Forschungsstand zu dem Beitrag oder dem Ausmaß der Kenntnisse von Angehörigen des Militärsanitätswesens aus den mittleren und oberen Führungsrängen ist immer noch bruchstückhaft und harzt immer noch einer zusammenhängenden Darstellung. Weitere Forschungen werden hier möglicherweise zu neuen Erkenntnissen führen.
- 204 Zu Bier vgl. Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2005, S. 49.
- 205 Vgl. Schmuhl, Hans-Walter: Hirnforschung und Krankenmord. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937-1945, Berlin 2000, S. 32. Online unter: <http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/KWG/Ergebnisse/Ergebnisse1.pdf>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- 206 Vgl. Eckart, Wolfgang U.: Generaloberstabsarzt Prof. Dr. med. Siegfried Handloser, in: Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): Hitlers militärische Elite. Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende. Band 2, Darmstadt 1998, S. 88-92.
- 207 Vgl. zu Binder die Akten BArch Berlin R 9361-II/77551 sowie BArch Berlin R 16/4469. Zu Kraft von Donnersmarck vgl. BArch Berlin R 9361-II/396238 sowie R 601/2414.

## EXKURS I:

### DIE VERFASSUNG DER FÜRST DONNERSMARCK-STIFTUNG

Die Verfassung ist die rechtliche Grundordnung einer Stiftung. Durch sie bestimmt der Stifter den organisatorischen Aufbau der Institution, trifft eine Entscheidung über Stiftungssitz sowie Stiftungszweck und legt den Umgang mit dem Stiftungskapital fest. In der Verfassung manifestiert sich der Wille des Stifters auch über seinen Tod hinaus. Für ihre Änderung hat der Gesetzgeber daher hohe Hürden definiert.<sup>1</sup> Auch in der Verfassung der Fürst Donnersmarck-Stiftung spiegelt sich der Wille ihres Gründers, Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarck, prägnant wider: Die Destinatäre (Begünstigten) der FDST sind seit 1916 Menschen mit Behinderung; ihr Sitz ist in Berlin. Nach dem Wortlaut der Verfassung ist das Kuratorium das „Organ der Stiftung“. Seine Mitglieder leiten die Organisation und sind „für die Durchführung des Stiftungszweckes“ verantwortlich. Zu dessen Umsetzung kann das Kuratorium Arbeitsausschüsse bilden; außerdem sieht die aktuelle Verfassung die Bestallung eines oder mehrerer Geschäftsführer zur „Erledigung der laufenden Geschäfte“ vor.<sup>2</sup> Damit sind das institutionelle Gefüge und

die Entscheidungsbefugnisse innerhalb der FDST klar definiert. Ihre Verfassung macht eindeutige Vorgaben über den Stiftungszweck sowie den Umgang mit dem Stiftungsvermögen und bestimmt den Handlungsspielraum von dem Kuratorium wie auch der Geschäftsführung. Sie garantiert damit eine institutionelle Kontinuität selbst in Zeiten besonders dynamischer Veränderungen; für die FDST war und ist ihre Verfassung eine Richtlinie, an die sie sich gerade bei wichtigen Entscheidungen halten und die den Verantwortlichen auch im Wandel als „Kompass“ dienen kann.

Auf der anderen Seite ist jede Verfassung ein Kind ihrer Zeit und von der sozialen Situation, den Mentalitäten sowie den Herausforderungen der jeweiligen Gegenwart geprägt. Die Entwicklung der FDST von einer Forschungsstiftung für Kriegsversehrte hin zu einer breit aufgestellten Organisation mit vielfältigen Angeboten für Menschen mit Körper- oder Schwerstmehrfachbehinderungen war für die Schöpfer der ersten Stiftungsverfassung nicht abzusehen. Auch änderten sich im Laufe des 20. Jahrhunderts die rechtlichen Rahmenbedingungen oder

die Lebenssituation in Berlin mehrfach. Deswegen musste sie immer wieder den aktuellen Erfordernissen angepasst werden, ohne damit ihren Sinngehalt zu verlieren. Jede Verfassungsänderung muss bis heute der Stiftungsaufsicht bei



**Für die FDST ist die Verfassung eine Richtlinie, an die sie sich bei wichtigen Entscheidungen halten und die in Zeiten des Wandels als „Kompass“ dienen kann.**



der Senatsverwaltung für Justiz zur Genehmigung vorgelegt werden – früher übernahmen der Berliner Polizei- oder Stadtpräsident diese Aufgabe. Die Senatsverwaltung prüft, ob die Änderung mit der gegenwärtigen Rechtslage und dem mutmaßlichen Stifterwillen zu vereinbaren ist. Erst nach erfolgter Genehmigung kann eine Verfassungsänderung oder gar eine gänzlich neue Verfassung in Kraft treten. Die Verfassung der Fürst Donnersmarck-Stiftung wurde in ihrer Geschichte ein einziges Mal umfassend und ein weiteres Mal grundlegend überarbeitet. Bis heute bleibt sie jedoch ihrem ursprünglichen Stiftungszweck – der Förderung von Menschen mit Behinderung – verpflichtet.

Die erste Verfassung der FDST stammt vom 08.05.1916 und war als Anlage dem notariellen Stiftungsvertrag beigelegt.

Sie wurde am 14.07.1916 von Kaiser Wilhelm II. offiziell genehmigt.<sup>3</sup> Die Verfassung umfasste insgesamt zwölf Paragraphen und regelte sowohl den inneren Aufbau der Stiftung als auch das Verhältnis der neuen Forschungsanstalt zu der zu errichtenden Kur- und Heilanstalt des Deutschen Reichs.<sup>4</sup> Nach einer kurzen Präambel gab § 1 der neuen Institution den Namen „Fürst Donnersmarck-Institut“. Der § 2 bestimmte als ihren Zweck die Schaffung einer Forschungsstätte „für die wissenschaftliche Verarbeitung und therapeutische Verwertung der in dem gegenwärtigen Kriege gesammelten ärztlichen Erfahrungen.“ § 3 legte fest, dass die Substanz des Stiftungsvermögens „niemals angegriffen werden“ darf; stattdessen war es nach den „gesetzlichen Vorschriften über die Anlegung von Mündelgeldern“ zu verwalten. Lediglich für den Bau und die Erstausrüstung des Forschungsinstituts durfte das Kapital der FDST reduziert werden. Für alle weiteren Aktivitäten musste auf Zinserträge sowie externe Zuschüsse zurückgegriffen werden. Zusammensetzung und Beschlussfähigkeit des Kuratoriums behandelten die folgenden § 5 bis § 8: Den größten Einfluss auf die Berufung der Kuratoriumsmitglieder erhielt der Deutsche Kaiser zugesprochen; dieser durfte sieben der maximal zehn Sitze nach eigenem Gutdünken besetzen. Darüber hinaus hatte er das Recht, den Vorsitzenden des Kuratoriums zu bestimmen. Dies war auch der Grund dafür, dass er

den Chef des preußischen Feldsanitätswesens, Otto von Schjerning, zum ersten Kuratoriumsvorsitzenden der FDST berufen konnte.<sup>5</sup> Guido von Donnersmarck behielt sich neben seinem persönlichen zwei weitere Sitze vor, die er selbst besetzen konnte. In der ersten Verfassung der Stiftung waren hierfür sein Leibarzt Max Berg sowie sein Generalbevollmächtigter Emil Hölscher vorgesehen.<sup>6</sup> Dem Fürsten von Donnersmarck wurde darüber hinaus als einzigem Mitglied das Recht zugestanden, sich bei persönlicher Verhinderung durch eine andere Person im Kuratorium vertreten zu lassen. Die Mitgliedschaft im Kuratorium war und blieb immer ein Ehrenamt. Als letzte wichtige Bestimmung legte § 11 fest, dass die Betriebsführung des Forschungsinstituts dem Direktor der geplanten Kur- und Heilanstalt vorbehalten sein sollte. Dieser wurde ebenfalls vom Kaiser nach Anhörung des jeweiligen Fürsten von Donnersmarck bestellt. Nach § 12 waren Verfassungsänderungen nur mit Genehmigung des Polizeipräsidenten von Berlin sowie der Zustimmung des Fürsten gültig.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und den damit verbundenen politischen Umwälzungen musste die Verfassung den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Das Kuratorium entschied sich aber gegen eine grundlegende Überarbeitung des Textes und griff lediglich in den Wortlaut einzelner Paragraphen ein. Der Verfassungstext blieb auf den 08.05.1916 datiert, wich aber in einigen

Punkten markant vom Ursprungstext ab. Die wichtigsten Änderungen betrafen die § 3 (Vermögensverwaltung) und § 6 (Kuratorium). Im Jahr 1922 beschloss das Kuratorium eine Neufassung des § 6. Dieser sah nun vor, dass dessen Mitglieder nicht mehr durch den Kaiser ernannt, sondern durch Kooptation hinzugewonnen wurden. Auch der Kuratoriumsvorsitzende sollte künftig durch Wahlen bestimmt werden. Das Recht des amtierenden Fürsten von Donnersmarck, zwei Kuratoriumsmitglieder selbst zu bestimmen, blieb von dieser Neuregelung unangetastet.<sup>7</sup> Ein Jahr später wurde aus dem § 3 über die Verwaltung des Stiftungsvermögens der Zwang zur mündelsicheren Geldanlage ersatzlos gestrichen.<sup>8</sup> Die Anlage in mündelsicheren Papieren hielten die Verantwortlichen aufgrund der schlechten Erfahrung mit den Kriegsanleihen sowie der schwierigen Wirtschaftsverhältnisse der Nachkriegszeit „mit einer vernünftigen Wirtschaftsführung“ nicht mehr vereinbar.<sup>9</sup> Als immer deutlicher wurde, dass das Vermögen der Stiftung zur Erfüllung ihres Zweckes nicht ausreichen würde, entschieden sich die Kuratoriumsmitglieder am 11.05.1932 zu einer weiteren Modifizierung des § 3. Fortan sollte es nach einstimmigem Beschluss möglich sein, auch unbewegliches Stiftungsvermögen zu veräußern, falls dies für die Durchführung des Stiftungszweckes nötig war. Der Verkaufserlös musste allerdings „*restlos* dem Kapitalvermögen der Stiftung zugeführt und entsprechend

den im § 4 gegebenen Bestimmungen verwendet“ werden.<sup>10</sup> Eine letzte größere Verfassungsänderung vor 1945 erfolgte im Jahr 1939 im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen der FDST und dem Berliner Stadtpräsidenten. Auf dessen Veranlassung hin wurde der § 6 dahingehend erweitert, dass mindestens ein Mitglied des Kuratoriums Forstfachmann sein musste. Deswegen wurde der spätere Geschäftsführer Hermann Binder in das Kuratorium berufen.<sup>11</sup> Einem – ebenfalls im Kontext der Auseinandersetzung mit dem Stadtpräsidenten zu verstehenden – Kuratoriumsbeschluss von 1938 zufolge, ging im Falle einer Auflösung der FDST das „gesamte bewegliche und unbewegliche Stiftungsvermögen auf das Deutsche Reich vertreten durch den Reichsmilitärfiskus über, der das Stiftungsvermögen im Sinne des Stiftungszwecks verwenden soll, jedoch mit Ausnahme eines Geländes von ca. 50 (fünfzig) ha (Hektar) Grösse zwischen der Oranienburger Chaussee und der Eisenbahn, welches an das Paul Gerhardt-Stift in Berlin N 65, Müllerstr. 56/58 fällt.“<sup>12</sup> Ob diese Ergänzung – eine ähnliche Bestimmung fand sich in der Verfassung zuvor nicht – vom Berliner Stadtpräsidenten genehmigt und damit wirksam wurde, lässt sich heute nicht mehr mit Sicherheit sagen.

Die erste grundlegende Überarbeitung der Stiftungsverfassung wurde am 07.10.1949 vom Kuratorium beschlossen und am 22.08.1950 vom Berliner Stiftungsaufsichtsamt genehmigt.<sup>13</sup>

Diese war nötig geworden, weil der Ursprungstext der Verfassung endgültig nicht mehr den politischen Rahmenbedingungen entsprochen hatte. Darüber hinaus war eine Neuformulierung der Verfassung die Voraussetzung dafür, dass das Vermögen der FDST aus der alliierten Kontrolle entlassen wurde. Die Kuratoriumsmitglieder nutzten diese Gelegenheit dazu, um die Paragraphen sprachlich deutlich zu verändern und auf insgesamt zehn zu kürzen.<sup>14</sup> Sie strichen ebenfalls alle Bezüge zu der 1916 geplanten Kur- und Heilanstalt aus dem Text. Dies bedeutete aber keinen vollständigen Bruch mit der früheren Verfassung; denn einzelne ältere Paragraphen wurden zwar umformuliert, blieben aber ihrem Sinngehalt nach weiter erhalten. § 1 bestimmte nun neben dem Namen der Institution auch deren erweiterten Stiftungszweck: Künftig würde die FDST nicht mehr lediglich Kriegsversehrte unterstützen, sondern generell „für Schwerverkörperbeschädigte sorgen [...]“. Dafür sollte sie die Zusammenarbeit mit anderen caritativen Einrichtungen suchen. In § 4 wurde festgelegt, dass der „jeweils älteste Nachkomme des Stifters“ automatisch Kuratoriumsvorsitzender wird. Allerdings fiel gleichzeitig die Bestimmung weg, dass er sich von einer anderen Person seiner Wahl im Kuratorium vertreten lassen durfte. Der Kuratoriumsvorsitzende konnte außerdem wie zuvor zwei weitere Mitglieder des Kuratoriums selbst bestellen. Davon abgesehen ergänzte



sich das Kuratorium weiterhin durch Kooptation und wählte den ersten sowie zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden. § 4 sah nun die Position eines bezahlten Geschäftsführers vor, der allerdings auch Mitglied des Kuratoriums sein konnte. Die Beschäftigung eines eigenen Geschäftsführers war in den früheren Verfassungen nicht vorgesehen gewesen – ursprünglich sollte ja die Stiftung „Fürst Donnersmarck-Institut“ in Personalunion mit der Kur- und Heilanstalt des Deutschen Reiches geleitet werden. Ein Kuratoriumsmitglied musste „die Befähigung zur höheren Forstlaufbahn“, ein weiteres Mitglied sollte „die Befähigung zum Richteramt“ vorweisen können. Das Höchstalter der Kuratoriumsmitglieder mit Ausnahme des jeweiligen Vorsitzenden wurde in § 3 auf 70 Jahre festgelegt. Eine Wiederwahl ohne Altersbeschränkung war allerdings zulässig. Eine solche Bestimmung hatte es in der ursprünglichen Verfassung nicht gegeben, sodass das Durchschnittsalter der Kuratoriumsmitglieder in den 1930er und 1940er Jahren außerordentlich hoch – aus zeitgenössischer Sicht wohl zu hoch – gewesen war. Die Mitglieder sollten darüber hinaus ihren Wohnsitz in Berlin haben. Eine Ausnahme wurde nur für den Kuratoriumsvorsitzenden gemacht. Satzungsänderungen bedurften nach § 9 eines Kuratoriumsbeschlusses mit Dreiviertelmehrheit sowie der Genehmigung durch die Stiftungsaufsichtsbehörde. Ein Vetorecht des Fürsten von Donnersmarck war nicht mehr

vorgesehen. Im Fall einer Auflösung der FDST musste ihr Vermögen gemäß des abschließenden § 10 „ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke“ verwendet werden. Um von der Körperschafts- und Vermögenssteuer befreit zu werden, erweiterte das Kuratorium im Mai 1950 den § 1 der Verfassung um den Zusatz, die Stiftung sei bedürftigen Menschen mit Körperbehinderung gewidmet.<sup>15</sup>

Diese Verfassung bildete fast 30 Jahre lang die Grundlage der Stiftungsarbeit und wurde erst 1978 wieder intensiv überarbeitet. Trotzdem wurde sie in diesem Zeitraum mehrere Male leicht modifiziert. Die erste Umformulierung wurde auf der Kuratoriumssitzung vom 04.04.1960 beschlossen. Sie betraf § 2, der in der Verfassung die Vermögensverwaltung der Stiftung regelte. Der Änderung war eine intensive Auseinandersetzung innerhalb des Kuratoriums über den Verkauf von Stiftungsgelände an die Wohnungsbaugesellschaft DeGeWo vorausgegangen. Dabei war deutlich geworden, dass die – noch aus der Weimarer Republik stammende – Einstimmigkeitsklausel beim Verkauf von unbeweglichem Stiftungsvermögen zu einer Lähmung des Kuratoriums führen konnte. Deswegen wurde nun festgelegt, dass Gelände „aufgrund eines Mehrheitsbeschlusses des Kuratoriums (mit mindestens 3/4 Stimmen *aller* Kuratoriumsmitglieder) veräußert werden“ darf.<sup>16</sup> Die Erlöse aus diesen Veräußerungen durften nicht mehr wie zuvor für die



Erfüllung des Stiftungszwecks eingesetzt, sondern mussten stattdessen dem Stiftungsvermögen zugeschlagen werden. Dadurch wurde ein schleichender Verlust des Stiftungskapitals verhindert, aber ein zielgerichteter Verkauf des unrentablen Stiftungsgeländes in Frohnau ermöglicht. Im November 1967 beschloss das Kuratorium schließlich, den Namen der FDST zum 31.03.1968 offiziell in „Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin“ zu verändern.<sup>17</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es an der alten Bezeichnung „Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut“ festgehalten. Gerade intern fand jedoch schon seit mehreren Jahren die neue Variante Verwendung. Der letzte Eingriff in den Verfassungstext vor 1978 betraf erneut den § 4 über die Zusammensetzung des Kuratoriums. Da Binder 1971 aus dem Kuratorium ausgeschieden war und da die Stiftung seit längerer Zeit keine aktive Forstwirtschaft mehr betrieb, entschieden sich die verbliebenen Kuratoriumsmitglieder dazu, in Zukunft auf einen Forstfachmann in ihrer Mitte zu verzichten. § 4, Abs. 1, Satz 2 wurde daraufhin im Umlaufverfahren ersatzlos gestrichen.<sup>18</sup> Damit war das schon seit 1967 absehbare „Ende der Forstwirtschaft“ der FDST auch auf dieser Ebene nachvollzogen worden.<sup>19</sup>

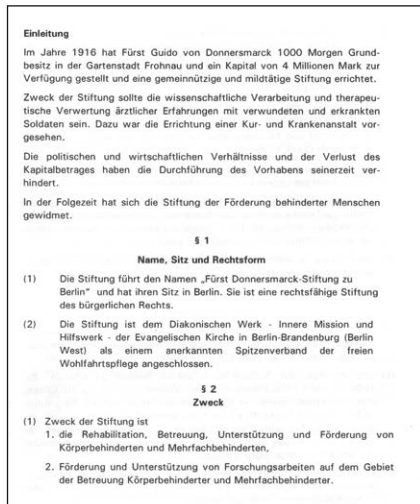
1978 wurde die Verfassung nach einer längeren Abstimmungsphase mit der Berliner Stiftungsaufsicht ein weiteres Mal gründlich überarbeitet und der organisatorischen Weiterentwicklung der FDST angepasst.<sup>20</sup> § 1 gab erstmals

an, dass die FDST dem Diakonischen Werk – Innere Mission und Hilfswerk – der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg angehörte. Die Stiftung hatte den Antrag auf Mitgliedschaft nach einem Kuratoriumsbeschluss vom 25.04.1968 gestellt und war am 17.03.1969 offiziell in das Diakonische Werk aufgenommen worden.<sup>21</sup> Der § 10 wurde dahingehend präzisiert, dass im Falle einer Stiftungsauflösung das Vermögen der Evangelischen Kirche in Deutschland zufiele. Diese sollte es in Abstimmung mit dem Kuratoriumsvorsitzenden „zum Wohle der Körperbehinderten und Mehrfachbehinderten in Deutschland“ verwenden. Der Zweck der Stiftung wurde nach § 2, Abs. 1, Satz 2 auf die Unterstützung von „Körperbehinderten und Mehrfachbehinderten“ ausgeweitet. Die Verfassung passte sich damit an die veränderte Situation vor allem im Fürst Donnersmarck-Haus in Frohnau an. Denn dieses nahm schon seit geraumer Zeit auch Menschen mit schweren und Schwerstmehrfachbehinderungen auf, da Menschen mit leichteren Behinderungen zunehmend unabhängig von der Heimversorgung geworden waren. In § 3 bezifferte die Verfassung das Stiftungsvermögen auf 114.465.000 DM. Dieses Vermögen war weiterhin „in seinem Bestand zu erhalten.“ Nun war es allerdings gestattet, das Vermögen „bei dringendem Bedarf“ kurzzeitig anzugreifen. Allerdings musste in diesem Fall „die Rückführung des entnommenen Betrages sichergestellt“

sein oder eine „Inanspruchnahme des Stiftungsermögens wegen wesentlicher Änderung der Verhältnisse angezeigt“ erscheinen. Dafür benötigte es jedoch nach wie vor einer Dreiviertelmehrheit des Kuratoriums. Seit dem Ruhestand Binders und der Arbeitsaufnahme Ekehard Reichels im Jahr 1971 war darüber hinaus die Bedeutung des Geschäftsführers als eigenständiges Leitungsorgan neben dem Kuratorium deutlich angewachsen. Dies schlug sich im neu gefassten § 7 nieder, der die Rechte und Pflichten des Geschäftsführers näher regelte. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft des Geschäftsführers im Kuratorium war nicht mehr länger vorgesehen. In § 6 wurde die Einrichtung von Ausschüssen wie dem Verwaltungsausschuss oder

dem Sozialpädagogischen Ausschuss zur „Vorbereitung und Durchführung der Beschlüsse des Kuratoriums“ offiziell sanktioniert. Den Mitgliedern der Ausschüsse, denen auch externe Personen angehören durften, konnte durch das Kuratorium eigene Entscheidungsbefugnisse übertragen werden. § 4 befasste sich schließlich erneut mit der Zusammensetzung des Kuratoriums. Absatz 3 regelte, dass der Kuratoriumsvorsitzende der „jeweils älteste männliche Nachkomme des Stifters“ war. Sollte es keinen direkten männlichen Nachkommen mehr geben, tritt an „seine Stelle der mit dem Stifter am nächsten verwandte männliche Angehörige der Familie des Stifters, der den Namen des Stifters trägt.“ Die Mitgliedschaft im Kuratorium endete nach § 4, Abs. 5 mit „Ausnahme der Angehörigen des Stifters“ nicht mehr mit Vollendung des 70., sondern des 65. Lebensjahrs. Eine einmalige Wiederwahl auf 3 Jahre war zulässig. Dieser Punkt war Gegenstand der letzten Verfassungsänderung aus dem Jahr 2014. Hier wurde beschlossen, das Höchstalter der Kuratoriumsmitglieder wieder auf 67 Jahre zuzüglich einer möglichen Wiederwahl für 3 Jahre zu erhöhen.

Die zahlreichen Veränderungen der Verfassung im Laufe der vergangenen 100 Jahre spiegeln die gewandelten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ebenso wider wie die institutionelle Weiterentwicklung der Stiftung. Die Verfassung stand immer in einem Spannungsfeld zwischen Tradition und



Auszug aus der 2014 zuletzt geänderten Stiftungsverfassung

Veränderung und musste der dynamischen Entwicklung der FDST und der Herkunft der Stiftung gleichermaßen Rechnung tragen. Besonders deutlich wird dies anhand der drei Themenkomplexe Stiftungszweck, Kuratorium sowie Vermögensverwaltung. *Erstens* wurde der Adressatenkreis der Stiftungsmaßnahmen von Kriegsversehrten über Menschen mit Körperbehinderung bis hin zu Menschen mit schweren und Schwerstmehrfachbehinderungen kontinuierlich ausgeweitet. Das Kuratorium emanzipierte sich *zweitens* im Laufe der 1920er Jahre von dem kaiserlichen Zugriff auf die Stiftung. Parallel dazu wuchs der Einfluss der Nachfahren des Gründurfürsten; heute ist ihnen verfassungsmäßig der Kuratoriumsvorsitz und damit die einflussreichste Position im Kuratorium garantiert. Dieser Einfluss zeigt sich auch daran, dass dem Kuratoriumsvorsitzenden nach § 4 der Verfassung bei Beschlüssen des Kuratoriums im Falle der Stimmgleichheit die letztgültige Entscheidung zukommt. Gleichzeitig differenzierte und professionalisierte sich das Gremium fortwährend; es grenzte sich von den Aufgaben der Geschäftsführung ab und führte besondere Ausschüsse als strategische Vorbereitungs- oder Steuerungsgremien ein. Die Behandlung des Stiftungsvermögens durchlief schließlich *drittens* aufgrund der veränderten wirtschaftlichen, aber auch politischen Rahmenbedingungen den größten Anpassungsprozess. An den regelmäßigen Verfassungsmodifikationen lässt sich



**Die heutige Verfassung der FDST ist sowohl Triebkraft als auch Resultat der Stiftungsgeschichte.**

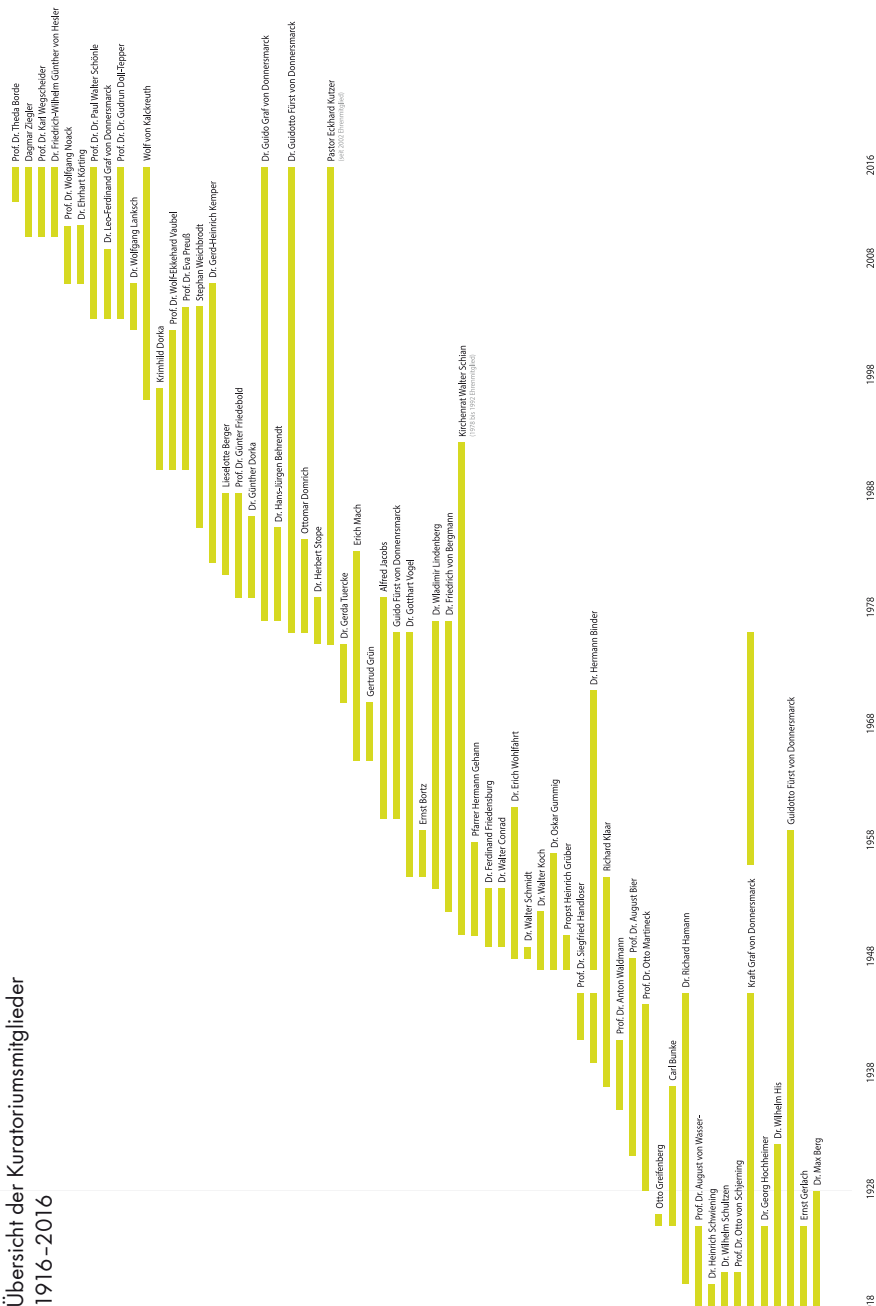


besonders gut ablesen, wie das Kuratorium ständig bestrebt war, den Besitz der Stiftung möglichst optimal für die Erfüllung des Stiftungszwecks einzusetzen. Die heutige Verfassung der FDST ist sowohl Triebkraft als auch Resultat der Stiftungsgeschichte. Die Beschäftigung mit ihr ist deswegen nicht nur Selbstzweck – sondern eröffnet eine weitere Perspektive auf die vergangenen 100 Jahre der Fürst Donnersmarck-Stiftung.

- 
- 1 Zur rechtlichen Bedeutung der Verfassung für eine Stiftung vgl. Seifart, Werner (Hrsg.): Handbuch des Stiftungsrechts, München 1987, S. 83-98.
  - 2 Verfassung der FDST vom 11.12.2014. Die Verfassung liegt in der Verwaltung der Fürst Donnersmarck-Stiftung vor.
  - 3 Vgl. Schreiben Wilhelm II. an den Justizminister und Minister des Innern vom 14.07.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-278, unpaginiert.
  - 4 Siehe für den gesamten Abschnitt Verfassung der Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut vom 08.05.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-5, unpaginiert.
  - 5 Vgl. Kuratorium des Fürst Donnersmarck-Institutes ernannt durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 24.04.1918. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-5, unpaginiert.

- 6 Aufgrund des frühen Todes von Emil Hölscher nahm diesen Platz der neue Generalbevollmächtigte des Fürsten, Ernst Gerlach, ein.
- 7 Vgl. Schreiben Kuratorium der FDST an den Polizeipräsidenten von Berlin vom 26.02.1922. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-6, unpaginiert; Genehmigung des Polizeipräsidenten von Berlin vom 17.05.1922. LA Berlin A Pr. Br. Rep 057 Nr. 1932, unpaginiert.
- 8 Vgl. Abschrift Genehmigung Polizeipräsident von Berlin vom 18.01.1923. LA Berlin A Pr. Br. Rep 057 Nr. 1932, unpaginiert.
- 9 Abschrift Schreiben Kuratorium der FDST an den Polizeipräsidenten von Berlin vom 09.01.1923. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-6, unpaginiert.
- 10 Schreiben Kuratorium der FDST an den Polizeipräsidenten von Berlin vom 25.07.1932 sowie Genehmigung des Polizeipräsidenten vom 02.08.1932. LA Berlin A Pr. Br. Rep 057 Nr. 1932, unpaginiert. Hervorhebung im Original.
- 11 Vgl. Schreiben des Kuratoriums der FDST an den Reichsminister des Innern vom 18.01.1939. LA Berlin A Pr. Br. Rep 057 Nr. 1931, Bl. 98.
- 12 Urkunde der Notariatsverhandlung vom 04.02.1938. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-9, unpaginiert; Schreiben des Reichsministers des Innern an den Stadtpräsidenten von Berlin vom 28.03.1938. LA Berlin A Pr. Br. Rep 057 Nr. 1931, Bl. 26.
- 13 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 07.10.1949. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert; Jahresbericht FDST 1950, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-21.
- 14 Für den folgenden Abschnitt vgl. Verfassung der FDST vom 07.10.1949. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 15 Vgl. Schreiben Binder an Friedensburg vom 03.05.1950. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-18, unpaginiert.
- 16 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 04.04.1960, S. 2-3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-208, unpaginiert. Hervorhebung im Original.
- 17 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 23.11.1967, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-100, unpaginiert; Abschrift Schreiben Kuratorium der FDST an den Senator für Justiz vom 31.03.1968 sowie Abschrift Genehmigung des Senators für Justiz vom 19.04.1968. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-29, unpaginiert.
- 18 Vgl. Verfassung der FDST vom 18.01.1972. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-29, unpaginiert; Genehmigung der Stiftungsänderung durch den Senator für Justiz vom 28.02.1972. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-202, unpaginiert.
- 19 Jahresbericht FDST 1967, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-92. Hervorhebung im Original.
- 20 Für eine Version der Verfassung von 1978 vgl. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-167, unpaginiert.
- 21 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 25.04.1968, S. 5-6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-228, unpaginiert; Schreiben Gesamtverband der Berliner Inneren Mission an die FDST vom 31.03.1969. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-202, unpaginiert.

# Übersicht der Kuratoriumsmitglieder 1916–2016



## II.

## WIRTSCHAFTLICHER WIEDERAUFSTIEG UND BEGINN DER OPERATIVEN STIFTUNGSARBEIT. 1945–1971

In der unmittelbaren Nachkriegszeit lag der bundesrepublikanische Wirtschaftsaufschwung der späten 1950er und 1960er Jahre jedoch auch für die FDST noch in weiter Ferne. Grundsätzlich befand sich das westdeutsche Stiftungswesen nach 1945 in einer Krise. Viele Stiftungen hatten sich von den finanziellen Verlusten durch die beiden Wirtschaftskrisen und den Zweiten Weltkrieg nicht erholt und die Währungsreform von 1948 reduzierte ihr ohnehin angegriffenes Stiftungsvermögen nochmals drastisch. In der DDR wurden viele Stiftungen gleich vollständig aufgelöst.<sup>1</sup> Der aktuelle Stiftungsboom in

der Bundesrepublik ist demnach „weniger unter dem Gesichtspunkt der Kontinuität, sondern vielmehr als Neuaufbau des sozialen Stiftungswesens“ zu verstehen.<sup>2</sup> Für die Fürst Donnersmarck-Stiftung gilt dies in gewisser Hinsicht auch. Zwar blickt sie auf der einen Seite auf eine ungebrochene institutionelle sowie – durch das Engagement der Familie von Donnersmarck und den Waldbesitz – personelle wie materielle Kontinuität von

ihrer Gründung bis heute zurück. Andererseits stand die Stiftung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vor einem radikalen personellen und organisatorischen Umbruch. Mit ihm wurde die finanzielle Grundlage für ihre dynamische Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten gelegt. Die Arbeitsfelder der Stiftung bildeten sich in dieser Phase heraus und wurden in unterschiedlichem Ausmaß in das operative Geschäft der FDST integriert. Ohne diese Weichenstellungen und das Engagement der damals handelnden Akteure trüge die Stiftung heute ein anderes Gesicht. Davor musste sie sich aber zunächst von ihrer militärärztlichen Tradition trennen.



Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stand die Fürst Donnersmarck-Stiftung vor einem radikalen personellen und organisatorischen Umbruch.



## II.1 DIE STIFTUNG IM BERLIN DER NACHKRIEGSZEIT

Denn diese Vergangenheit, die noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den institutionellen Fortbestand der Stiftung gesichert hatte, war nun durch die Diskreditierung des deutschen Militarismus zu einer Hypothek geworden. Die Stiftung galt den Alliierten wahrscheinlich aufgrund der NSDAP-Mitgliedschaft einiger Kuratoriumsmitglieder als politisch belastet. Ihr Vermögen wurde vom 05.08.1946 bis zum 22.08.1950 beschlagnahmt und auf der Grundlage des, im Sommer 1945 von der Alliierten Militärregierung erlassenen, Gesetzes Nr. 52 unter Kontrolle gestellt.<sup>3</sup> Das Gesetz regelte die alliierte Aufsicht über das Vermögen der Stiftung, untersagte aber in erster Linie lediglich dessen Veräußerung oder Übertragung. Es gestattete jedoch Wirtschaftsbetrieben ausdrücklich alle Maßnahmen, die für eine ordentliche Geschäftstätigkeit in dem in Deutschland üblichen Rahmen notwendig waren.<sup>4</sup> Dies ermöglichte es der Stiftung, trotz der Beschlagnahmung den Forstbetrieb im Frohnauer Wald aufrechtzuerhalten und erste Erträge zu erwirtschaften. Klaars Einspruch gegen die Maßnahme der Alliierten wies die Französische Militärregierung mit dem Hinweis zurück, dass die „verspätete Ausstossung der Nazis aus dem Kuratorium“ nicht ausreichend sei, „um diesem Eigentum den Nazi-Charakter zu nehmen.“<sup>5</sup> Auch die Verwaltung des Waldes geriet unter fremde Aufsicht. Denn der Frohnauer Bürgermeister hatte ein eigenes Stadtforstamt gegründet, dem er das Stiftungsgelände hinzuschlug. Zuletzt wurden die ehemaligen Parteimitglieder Binder und Kraft von Donnersmarck bis zu ihrer Entnazifizierung, Hamann und Bier aufgrund ihres Alters dauerhaft aus dem Kuratorium ausgeschlossen.<sup>6</sup> Vor diesem Hintergrund empfahl die Berliner Stiftungsaufsicht, die am 26.11.1945 vom Magistrat geschaffen worden war und an die Stelle des früheren Polizei- bzw. Stadtpräsidenten trat<sup>7</sup>, Guidotto von Donnersmarck bald eine Kuratoriumssitzung einzuberufen. In dieser sollte geklärt werden, „ob die Stiftung aufrecht erhalten bleiben soll oder ob das Kuratorium mit der Auflösung der Stiftung einverstanden ist.“<sup>8</sup> Diese Bedrohung der FDST sollte sich allerdings bald als gegenstandslos erweisen, denn die Situation der Stiftung verbesserte sich in den folgenden Jahren schnell.

### Institutioneller Neuanfang nach 1945

Am 10.12.1946 wurde Hermann Binder entnazifiziert und am 20.02.1947 vom Fürsten von Donnersmarck erneut in das Kuratorium berufen.<sup>9</sup> Damit hatte die Stiftung wieder einen Forstfachmann in ihren Reihen, sodass zumindest die Verwaltung des Frohnauer Forstes zurück auf sie überging. Am 10. April 1947 wurde die Zuordnung zum Stadtforstamt Frohnau aufgehoben, das gleichzeitig wieder

aufgelöst wurde. Das Kuratorium war damit aus Sicht Richard Klaars „wieder Alleinbesitzer der Stiftung.“<sup>10</sup> Die Folgezeit war von den Bemühungen seitens der FDST bestimmt, in Zusammenarbeit mit dem Stiftungsaufsichtsamt und dem Berliner Magistrat aus der alliierten Kontrolle entlassen zu werden. Hierfür musste allerdings das Kuratorium neu aufgestellt werden, denn es bestand nur mehr aus Klaar, Binder und dem Fürsten von Donnersmarck. Dieser berief 1947 zunächst den Amtsarzt des Bezirks Reinickendorf, Oskar Gummig, und den Chefarzt des Westendkrankenhauses, Walter Koch. Auf Wunsch des Stiftungsaufsichtsamtes wurde im selben Jahr der evangelische Propst Heinrich Grüber hinzugewählt.<sup>11</sup> Grüber blieb nur bis 1950 Mitglied des Kuratoriums, war aber in dieser Phase der Stiftungsgeschichte durchaus einflussreich. Als Mitglied der „Bekennenden Kirche“ sowie Überlebender der Konzentrationslager Sachsenhausen und Dachau war er politisch über alle Zweifel erhaben.<sup>12</sup> Als Funktionär der Evangelischen Kirche verfügte er über ein großes Netzwerk, von dem die Stiftung vor allem personell profitierte. Grüber etablierte letztlich die enge Beziehung zwischen der FDST und der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg. Außerdem gewann er 1949 den CDU-Politiker und Bürgermeister Berlins, Ferdinand Friedensburg, ebenso für das Kuratorium wie 1948 Erich Wohlfahrt, Leiter der Sozialwerkstätten des Hilfswerks der Evangelischen Kirche.<sup>13</sup> Durch die Zuwahl des Rechtsanwalts Walter Schmidt 1948 und des Senators Walter Conrad 1949 war das Kuratorium schließlich wieder vollständig.<sup>14</sup> Friedensburg kannte die Stiftung mit großer Wahrscheinlichkeit aus seiner Zeit als Berliner Polizeipräsident in den 1920er Jahren. Er und Grüber wiederum standen schon durch ihr Engagement im Vorstand der St. Gertraudt-Stiftung miteinander in Kontakt. Denn 1945 hatte der Propst kommissarisch den Vorstandsvorsitz der St. Gertraudt-Stiftung, die ein Wohnheim für alte Menschen betreibt, übernommen. Er wurde am 18.08.1948 durch Friedensburg abgelöst, sodass die beiden Männer schon vor 1949 in einem ähnlichen Kontext zusammengearbeitet hatten. Beide Organisationen sind seit diesem Zeitpunkt miteinander verbunden; seit 1971 ist der Geschäftsführer der FDST immer auch in Personalunion Geschäftsführer in der kleineren St. Gertraudt-Stiftung.<sup>15</sup>

## Die neue Stiftungsverfassung von 1949

Das Kuratorium sah sich zunächst mit der Aufforderung des Stiftungsaufsichtsamtes konfrontiert, die Verfassung der Stiftung zu verändern. Deren Bestimmungen, in denen Kaiser Wilhelm II. noch prominent gewürdigt wurde, erschien dem Amt als „selbstverständlich längst überholt und nicht mehr anwendbar [...]“. „Um „dem Mißtrauen der Alliierten zu begegnen“, empfahl der Magistrat von Berlin mehrere



Anpassungen, von denen die bedeutendsten den Stiftungszweck und die Folgen einer Stiftungsauflösung betrafen.<sup>17</sup> Künftig sollte sich die FDST nicht mehr nur Kriegsversehrten, sondern „Schwerkörperbeschädigten“<sup>18</sup> aller Art zuwenden und ihr Vermögen im Falle einer Auflösung einem mildtätigen Zweck zufallen. Mit der Übernahme der Vorschläge in die neue Verfassung entsprach das Kuratorium insbesondere der Politik der Amerikaner: Kriegsversehrte sollten gegenüber Unfallverletzten nicht bevorzugt und sozialrechtlich gleich behandelt werden. Dies führte in Deutschland jedoch nicht zur Abschaffung des gegliederten sozialen Sicherungssystems, das die Behindertenpolitik schon in der Zwischenkriegszeit geprägt hatte.<sup>19</sup> Die sozialpolitische Bevorzugung von Kriegsversehrten und Unfallverletzten gegenüber Menschen mit angeborenen Behinderungen blieb weiterhin bestehen. Ohnehin bedeutete Behindertenpolitik in einer Zeit, in der über eine Million Kriegsversehrte in Deutschland die große Mehrheit unter den Menschen mit Behinderung darstellten, in erster Linie eine Politik für diese Bevölkerungsgruppe.<sup>20</sup>

Die neue Verfassung wurde in der Kuratoriumssitzung vom 07.10.1949 „in allen Paragraphen durchgesprochen und [...] einstimmig gebilligt.“<sup>21</sup> Außer den genannten Punkten verfügte sie zudem, dass der jeweils älteste Nachkomme des Gründerfürsten automatisch Kuratoriumsvorsitzender werden sollte. Gleichzeitig beantragte das Kuratorium die Entlassung der Stiftung aus der alliierten Kontrolle. Am 22.08.1950 wurde die neue Verfassung der FDST genehmigt; schon am 15.06.1950 entließ die französische Militärregierung das Stiftungsvermögen aus ihrer Kontrolle.<sup>22</sup> Außerdem war im März 1950 rückwirkend zum 01.01.1949 die Befreiung von der Körperschafts- und Vermögenssteuer erfolgt.<sup>23</sup> Damit hatte die Stiftung wieder ihre institutionelle Unabhängigkeit erreicht und konnte sich nach mehr als 30 Jahren des Bestehens der Umsetzung ihres Zwecks und der Neuordnung ihrer finanziellen Verhältnisse zuwenden.

## II.2 DAS WIRTSCHAFTLICHE WACHSTUM BIS 1971

Zu diesem Zweck legte Hermann Binder auf der Kuratoriumssitzung vom 15.02.1950 ein Inventar über die Vermögens- und Schuldeile der FDST mit Stand vom 01.01.1950 vor. Binder arbeitete seit April 1947 als Angestellter der Stiftung und war seit dem 01.08.1949 anstelle des 72-jährigen Richard Klaars hauptamtlicher Geschäftsführer.<sup>24</sup> Der Forstwissenschaftler sollte diese Position bis Ende 1970 innehaben und der Stiftung als Kuratoriumsmitglied beinahe bis zu seinem Tod am 01.09.1972 die Treue halten. Das Reinvermögen der FDST inklusive Grund- und Immobilienbesitz betrug laut diesem Inventar 558.708,37 DM; das Waldgelände hatte eine Größe von 203,9347 Hektar.<sup>25</sup> Die Einnahmen der Stiftung stammten zu



Mitglieder des Kuratoriums der FDST v. l. n. r.  
Dr. Hermann Binder, Kirchenrat Walter Schian,  
Guido Fürst von Donnersmarck, Kraft Graf von  
Donnersmarck, Gertrud Grün und Erich Mach zusam-  
men mit der Leiterin der heutigen Villa Donnersmarck,  
Gisela Neukirchen-Diem

diesem Zeitpunkt vor allem aus der Forstwirtschaft und der – allerdings sehr zurückhaltend betriebenen – Verpachtung vorwiegend landwirtschaftlicher Nutzflächen. Noch 1953 wurden über 60 % der Stiftungserträge aus dem Holzverkauf generiert.<sup>26</sup> Da die Holzpreise in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren stetig angestiegen waren<sup>27</sup>, deckten die Einnahmen zwar die laufenden Kosten und ermöglichten sogar

die Entfaltung begrenzter eigener Aktivitäten. Für ein strategisches und nachhaltiges Vorgehen im Sinne des Stiftungszwecks reichten die Beträge aber nicht aus. Die Stiftung wurde, so drückte es Binder im Jahresbericht 1949 aus, „seit 1945 nur *verwaltet*, ohne einen Pfennig für den Stiftungszweck *direkt* aufgewendet zu haben.“ Um diesen Zustand zu ändern, hielt er „eine Vermögens*umwandlung* durch Verkauf von Gelände und Schaffung eines Kapitalstockes“ für unerlässlich.<sup>28</sup> Er war damit der erste, der nachdrücklich die Veräußerung des Stiftungsgeländes zugunsten rentablerer Anlageformen empfahl. Es dauerte aber noch bis 1955, bis es zum ersten Verkauf von Grundstücken kam.

### Personelle Umbrüche im Kuratorium

Denn zuvor war das Kuratorium erneut mit einem internen Konsolidierungsprozess beschäftigt. 1950 schied Propst Grüber wegen einer Kontroverse mit Friedensburg über den Besuch des Propstes im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen aus dem Kuratorium aus.<sup>29</sup> Friedensburg wiederum, seit 1949 durch Unterstützung Grübers stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender, stieß aufgrund seiner wenig kompromissbereiten Amtsführung immer wieder auf die Kritik der übrigen Kuratoriumsmitglieder und trat 1954 wegen Arbeitsüberlastung zurück.<sup>30</sup> Als Ersatz für Grüber suchte man „eine im christlich-caritativen Leben stehende aktive Persönlichkeit“ und fand noch im gleichen Jahr durch die Vermittlung des Bürgermeisters und des Bischofs Dibelius den Kirchenrat Walter Schian, der den „Verein zur Errichtung evangelischer Krankenhäuser“ leitete.<sup>31</sup> Ebenfalls 1950 wurde auf Empfehlung Gummigs mit Hermann Gehann der evangelische Pfarrer Frohnaus ins Kuratorium



Kraft Graf von Donnersmarck  
mit den „Donnersmärckern“

hinzugewählt.<sup>32</sup> Schian, Binder und der, 1955 auf Vorschlag Schians kooptierte, promovierte Rechtsanwalt und Oberkonsistorialrat Gotthart Vogel<sup>33</sup> wurden die prägenden Figuren der Stiftung und bestimmten ihre Geschicke bis in die 1970er Jahre maßgeblich. Sie bildeten den in den 1950er Jahren ins Leben gerufenen Verwaltungsausschuss, der die meisten Entscheidungen des Kuratoriums vorbereitete. Er hatte bis zu einer gewissen Höhe die Verfügungsberechtigung über das Stiftungsvermögen und fungiert bis heute als das operative Steuerungsgremium des Kuratoriums.

Guidotto von Donnersmarck konnte aufgrund seines angegriffenen Gesundheitszustandes nicht mehr regelmäßig an den Kuratoriumssitzungen teilnehmen; der Paragraph 6 der ursprünglichen Stiftungsverfassung, nach dem er sich durch eine Person seiner Wahl hätte vertreten lassen können, war in der Neufassung nicht mehr berücksichtigt worden.<sup>34</sup> Kraft von Donnersmarck wurde trotz seiner Entnazifizierung von den amtierenden Kuratoriumsmitgliedern nicht wiedergewählt, da er keinen dauerhaften Wohnsitz in Berlin hatte.<sup>35</sup> Die Familie war deswegen in dieser Phase kaum im Kuratorium persönlich vertreten. Eine Änderung brachte erst der Verzicht des Fürsten auf seinen Kuratoriumsvorsitz zu Gunsten seines Bruders Kraft.<sup>36</sup> Doch auch für ihn blieb die Reise nach Berlin aufwendig und die daraus resultierende räumliche Distanz der Familie von der Stiftung führte zu einem geringeren Einfluss der Familie im Kuratorium als in späteren Phasen der Stiftungsgeschichte.<sup>37</sup> Walter Schian, seit dem 17.05.1957 stellvertretender Vorsitzender der Stiftung<sup>38</sup>, hatte damit über einen langen Zeitraum faktisch die einflussreichste Position in der Stiftung.

## Die ersten wirtschaftlichen Schritte

Das neubesetzte Kuratorium<sup>39</sup> begann – neben der allmählichen Aufnahme des operativen Geschäfts – mit der Neuordnung der Finanzverhältnisse der Stiftung. In ihr Blickfeld rückte dabei zunehmend der Verkauf des Waldbesitzes. Das Gelände war ohnehin ursprünglich zum Verkauf vorgesehen, bereits als Baugelände ausgewiesen und durch die BTC noch im Kaiserreich weitgehend erschlossen worden. Die Erlöse aus dem Holzverkauf waren dagegen rapide gesunken und betrugen 1960 nur

70 % des Preises von 1957.<sup>40</sup> Spätestens Ende der 1960er Jahre war die Forstwirtschaft für die Stiftung ein Verlustgeschäft.<sup>41</sup> Dennoch fiel es den Kuratoriumsmitgliedern nicht leicht, sich für die Veräußerung zu entscheiden. Noch im Sommer 1954 stimmten sie „grundsätzlich gegen jeden Geländeverkauf“ und plädierten stattdessen für eine großzügigere Verpachtung der vorhandenen Grundstücke. Lediglich kleine Flächen, auf denen einzelne Pächter schon vor einiger Zeit Wohnhäuser errichtet hatten, kamen aus ihrer Sicht für einen Verkauf in Frage.<sup>42</sup> Deswegen suchte das Kuratorium zunächst die Zusammenarbeit mit der Hilfswerk-Siedlung GmbH, eine Wohnungsbaugesellschaft der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg. Schon Ende 1953 hatte Grüber, der auch Mitglied im Aufsichtsrat dieser Organisation war, eine Kooperation angeregt.<sup>43</sup> Seit 1954 planten sie, gemeinsam ein größeres Stiftungsgrundstück an der Schönfließer Straße zu bebauen und anschließend zu vermieten. Das Grundstück sollte in Erbpacht an die Hilfswerk-Siedlung übergehen; als Bauträger wollten beide Organisationen gemeinsam auftreten.<sup>44</sup> Eine ähnliche Absprache traf das Kuratorium mit der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Sozialwerk für ein Grundstück an der Gollanczstraße, das diese jedoch selbstständig bebauen wollte. Hier fasste es am 04.07.1955 einen förmlichen Beschluss zugunsten einer Verpachtung.<sup>45</sup> In diese Vereinbarung trat am 01.11.1956 die Hilfswerk-Siedlung ein, die damit an zwei Bauprojekten mit der FDST beteiligt war.<sup>46</sup> Beide verliefen allerdings nicht so erfolgreich wie erhofft. Für das Projekt an der Schönfließer Straße konnte die Stiftung nicht die nötigen Mittel auftreiben, die für einen gemeinsamen Bau notwendig gewesen wären, sodass der Erbpachtvertrag schließlich aufgelöst wurde. Für das Gelände an der Gollanczstraße wurde dagegen ein Erbbauvertrag in Höhe von 0,18 DM/qm geschlossen, der wiederum von der Hilfswerk-Siedlung an 34 Eigenheiminteressenten weitergegeben wurde.<sup>47</sup> Das in Erbpacht abgegebene Grundstück wurde Jahre später auf Vorschlag der Hilfswerk-Siedlung mit großem Aufwand parzellenweise an die Eigentümer der bestehenden Wohnhäuser veräußert.<sup>48</sup> Insgesamt war das Geschäft daher nicht wie geplant und alles in allem eher zum Nachteil der FDST verlaufen.

### Beginn der Grundstücksverkäufe

Die Verpachtung von Grundstücken erwies sich demnach als zeitaufwendig und im Ertrag schwer zu kalkulieren. Da die Stiftung jedoch seit Mitte der 1950er Jahre ihre Aktivitäten ausweitete, wollte sie ihre eigenen Einkommensverhältnisse systematisch verbessern. Und so kam es seit 1955 schließlich doch zu Geländeverkäufen großen Stils. Auf der Sitzung vom 06.04.1955 entschied sich das Kuratorium erstmals dazu, das – als „sehr günstig“ erachtete – Angebot der Schering AG von 3,00 DM/qm



**Bei den Grundstücksverkäufen handelte es sich um „eine Kapitalumschichtung“, die vollständig dem Vermögen der FDST zuzuschlagen war. Das Stiftungsvermögen selbst darf nicht reduziert werden.**



sion zog sich bis etwa Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre hin. Sie drehte sich um die Frage, ob der Erlös aus den Grundstücksverkäufen als Einnahme, die der Stiftungsverfassung zufolge für den Stiftungszweck eingesetzt werden müsste, oder als Stiftungskapital, das zu erhalten war, zu betrachten sei.<sup>50</sup> Nach intensiven Diskussionen wurde schließlich in der Sitzung vom 22.03.1961 verbindlich fixiert, dass es sich bei diesen Grundstücksveräußerungen um „eine Kapitalumschichtung [...]“ handle. Aus der Sicht Kraft von Donnersmarcks sei daher „der *gesamte* aus dem Verkauf erzielte Erlös dem Vermögen zuzuschlagen [...]“.<sup>51</sup> Die übrigen Kuratoriumsmitglieder schlossen sich dieser Meinung einstimmig an und ebneten damit den Weg für die folgenden umfangreichen Grundstücksverkäufe. Zwischen 1955 und 1972 veräußerte die FDST 26 Grundstücke zuzüglich der 34 Parzellen von Eigenheimbesitzern in der Hilfswerksiedlung. Insgesamt umfasste das verkaufte Gelände eine Gesamtfläche von 473.793 qm und erzielte einen Erlös von 12.138.712,25 DM.<sup>52</sup> Diese Einnahmen reinvestierte das Kuratorium ihrem grundlegenden Beschluss zufolge in Immobilienbesitz, aus dessen Mieterlösen es langfristig eine eigenständige Stiftungspolitik finanzieren konnte.<sup>53</sup> Damit schuf es die Grundlage für alle nachfolgenden Projekte der FDST. Der Konsens unter den Kuratoriumsmitgliedern, durch die Umwandlung von Waldbesitz in rentablere Anlageformen die wirtschaftliche Situation der FDST zu verbessern, schloss gleichwohl nicht emotional geführte Debatten über einzelne Verkaufsabschlüsse aus. Im Folgenden werden zwei Konflikte dargestellt, die über die damals aktuelle Auseinandersetzung hinaus Auswirkungen auf den weiteren Verlauf der Stiftungsgeschichte hatten.

Zu einem regelrechten Streit zwischen Gehann und Vogel, in dessen Verlauf der Frohnauer Pfarrer aus dem Kuratorium

für ein 25.000 qm großes Ackergelände an der Gollanczstraße zur Einrichtung einer Pflanzenschutzversuchsstelle anzunehmen.<sup>49</sup> Die Entscheidung für den Verkauf von Waldgelände anstatt seiner Verpachtung machte es notwendig, dass sich das Kuratorium grundsätzlich darüber verständigte, wie mit den aus der Veräußerung gewonnenen Mitteln künftig umzugehen war. Diese Diskus-



**Mit dem Verkauf des Stiftungswaldes seit 1955 schuf das Kuratorium die Grundlage für alle nachfolgenden Projekte der Organisation.**



der FDST austrat, kam es Ende der 1950er Jahre. Er entzündete sich am geplanten Verkauf des Geländes am „Französischen Friedhof“ an den Berliner Stadtsynodalverband, der dort einen evangelischen Zentralfriedhof anlegen wollte. Der Erlös aus diesem Verkauf war vom Kuratorium für das oben genannte Bauprojekt mit der Hilfswerk-Siedlung in der Schönfließer Straße vorgesehen.<sup>54</sup> Obwohl die FDST für das Gelände einen Quadratmeterpreis verlangte, der in dieser Zeit schon mehrfach übertroffen worden war, erschien er Gehann zu hoch – zumal neben ihm noch weitere Kuratoriumsmitglieder in ihrem Hauptberuf für die evangelische Landeskirche tätig waren.<sup>55</sup> Da das Kuratorium trotz seiner Einwände an einem Verkaufspreis von 4 DM/qm festhielt<sup>56</sup>, wandte er sich im Namen des Frohnauer Gemeindekirchenrates an das evangelische Konsistorium Berlin-Brandenburg. Darin riet er vom Kauf des Geländes ab und griff vor allem Gotthart Vogel scharf an.<sup>57</sup> Der Grundstücksverkauf scheiterte daraufhin, obwohl der Berliner Stadtsynodalverband dem Ankauf bereits grundsätzlich zugestimmt hatte.<sup>58</sup> Auf einem nicht mehr rekonstruierbaren Weg erhielt Vogel eine Abschrift von Gehanns Schreiben und setzte auch die übrigen Kuratoriumsmitglieder davon in Kenntnis. Es entspann sich ein intensiver, teilweise sehr persönlich geführter Konflikt zwischen dem Oberkonsistorialrat und dem Frohnauer Pfarrer, an dessen Ende Gehann seinen Austritt aus dem Kuratorium bekannt gab und damit einem formellen Ausschluss zuvorkam.<sup>59</sup> Eine tiefergreifende Folge dieser Episode rund um Gehann und den Französischen Friedhof war, dass die FDST nicht über die Mittel verfügte, die für das geplante Projekt mit der Hilfswerk-Siedlung nötig gewesen wären.<sup>60</sup> Da die Hilfswerk-Siedlung das Projekt ohne fremde Unterstützung nicht durchführen konnte, schlug Vogel die Auflösung des geschlossenen Erbpachtvertrags vor.<sup>61</sup> Nachdem die Verhandlungen zwischen beiden Organisationen schon mehr als fünf Jahre andauerten, nahmen sie den Vorschlag an und die FDST trat anschließend in Verhandlungen mit der DeGeWo, einer der großen Wohnungsbaugesellschaften Berlins (West), ein.

Umfassten die früheren Grundstücksverkäufe vergleichsweise kleine Flächen, verhandelte man mit der DeGeWo nun über ein Gebiet von ungefähr 180.000 qm – und damit fast doppelt so viel Gelände wie bei allen fünf vorhergehenden Veräußerungen zusammen. Dies weckte im Kuratorium einen erheblichen Diskussionsbedarf. Vor allem das Kuratoriumsmitglied Ernst Bortz erwies sich als entschiedener Gegner der Verkaufspläne. Obwohl das Kuratorium schon am 08.05.1959 einer Veräußerung grundsätzlich zugestimmt hatte<sup>62</sup>, lehnte er wenig später den Vertragsabschluss mit der DeGeWo ab. Dadurch wurde eine außerordentliche Sitzung am 29.12.1959 notwendig, die als einziger Tagesordnungspunkt den Verkauf des Geländes an der Schönfließer Straße hatte. Hier legte Bortz seine Bedenken ausführlich dar: Erstens erschien ihm der Verkaufspreis von 5,05 DM zu niedrig; zweitens wollte

er der Stiftung die Möglichkeit offen halten, auf dem Gelände – wie ursprünglich mit der Hilfswerk-Siedlung geplant – selbst zu bauen.<sup>63</sup> Die übrigen Kuratoriumsmitglieder blieben allerdings vom Geschäft überzeugt und befürchteten darüber hinaus, ihre Glaubwürdigkeit gegenüber anderen Grundstücksinteressenten zu verlieren, sollte der Verkauf im letzten Augenblick doch noch scheitern. Deswegen schlug Friedrich von Bergmann, seit 1949 Kurator der Freien Universität Berlin, einen Kompromiss vor, der sich aus zwei miteinander verwobenen Fragen zusammensetzte.<sup>64</sup> Dieser ermöglichte einerseits die Veräußerung des Besitzes, wahrte andererseits aber auch Bortz' Gesicht. Zunächst entschied das Kuratorium, ob der Beschluss vom 08.05.1959 aufgehoben werden sollte. Anschließend wurde die Frage erörtert, ob dem Angebot der DeGeWo zugestimmt wurde. Bei der ersten Frage enthielt sich Bortz seiner Stimme; bei der zweiten stimmte er mit nein. Da beide Entscheidungen nicht einstimmig getroffen werden mussten, war damit der Verkauf beschlossen.<sup>65</sup> Am 12.01.1960 wurden die 180.000 qm Land, die ursprünglich für die Hilfswerk-Siedlung vorgesehen waren, für insgesamt 909.000 DM an die DeGeWo verkauft – ein Betrag, der das für 1959 ausgewiesene Stiftungsvermögen um über 100.000 DM überstieg.<sup>66</sup> 20.000 DM davon überwies die FDST an die Hilfswerk-Siedlung als Ausgleich für die mehrjährige Erbpachtzahlung sowie ihre Erschließungsvorleistungen.<sup>67</sup> Eine lange Geschichte kam zu ihrem Ende.

Es stellte sich allerdings bald heraus, dass Bortz die Geschehnisse in der Sitzung falsch eingeschätzt hatte. Denn er war davon ausgegangen, mit seinem Votum den Vertragsabschluss mit der DeGeWo aufgehalten zu haben. Erst nach einem klärenden Gespräch mit Binder wurde ihm sein Missverständnis bewusst.<sup>68</sup> Als Reaktion auf diese Erkenntnis entschied er sich einen Tag später dazu, aus dem Kuratorium freiwillig auszutreten, um „der weiteren Entwicklung der neuen Wirtschaftspolitik in der Stiftung kein Hemmschuh“ zu werden.<sup>69</sup> Auch die übrigen Kuratoriumsmitglieder zogen ihre Konsequenzen aus dem Konflikt und verabschiedeten am 04.04.1960 eine Neufassung des § 2 der Verfassung. Sah diese in ihrer bis dahin gültigen Fassung vor, dass Entscheidungen über die Veräußerung von unbeweglichem Stiftungsvermögen einstimmig getroffen werden mussten, sollte dafür künftig eine Dreiviertelmehrheit ausreichen. Beibehalten wurde aber der Zusatz, dass „Erlöse aus der Veräußerung von Stiftungsvermögen“ erhalten bleiben müssen. Verträge erhielten nun durch die Unterschrift des Kuratoriumsvorsitzenden bzw. seiner Stellvertreter sowie eines weiteren Kuratoriumsmitglieds Gültigkeit. Zuvor waren zwei zusätzliche Unterschriften notwendig.<sup>70</sup> Dies verbesserte die Handlungsfähigkeit des Kuratoriums und garantierte gleichzeitig den Fortbestand der FDST.

In den 25 Jahren zwischen 1945 und 1970 hatte die Fürst Donnersmarck-Stiftung einen bemerkenswerten Veränderungsprozess durchlaufen. Wirtschaftlich war das



Stiftungsvermögen von 558.708,37 DM laut der Eröffnungsbilanz auf fast 12 Millionen DM Ende des Jahres 1969 gestiegen; auch die Zahl der Beschäftigten war von einem festen Mitarbeiter im Jahr 1949 auf über 60 Angestellte 20 Jahre später angewachsen.<sup>71</sup> In personeller Hinsicht hatte sich die FDST vollständig aus dem früheren militärärztlichen Einfluss gelöst. An deren Stelle traten seit den 1950ern Persönlichkeiten aus dem Umfeld der evangelischen Kirche; selten waren diese selbst im engeren Sinne seelsorgerisch aktiv. Vielmehr handelte es sich bei ihnen oftmals – etwa beim Kirchenrat Walter Schian oder beim Oberkonsistorialrat Gotthart Vogel – um einen frühen Typus des „Sozialmanagers“, der christlich-caritative und wirtschaftliche Handlungslogiken miteinander zu verbinden suchte. Dieses Kuratorium war, wie Schian 1958 grundsätzlich konstatierte, nicht länger dazu bereit, Stiftungsgelände unentgeltlich oder unter Wert abzugeben. Selbst wenn es sich bei den Interessenten um einzelnen Mitgliedern nahestehende Organisationen wie die Berliner Stadtsynode handelte, legte man nun „auf den eigenen wirtschaftlich zu erreichenden Nutzungseffekt entscheidendes Gewicht [...]“. <sup>72</sup> Dadurch unterschieden sich die Kuratoriumsmitglieder prinzipiell von ihren Vorgängern, die noch in erster Linie Klientelpolitik betrieben hatten. Spätestens ab Mitte der 1950er Jahre wollten diese die Mittel der Stiftung nicht mehr anderen Organisationen überlassen, sondern eigene Projekte betreiben.<sup>73</sup> Dies bildete die Grundlage für die beginnende operative Umsetzung des Stiftungszwecks im Jahr 1954.

### II.3 DIE „GEBURT“ DER STIFTUNGSAKTIVITÄTEN IN DEN BERLINER NACHBARSCHAFTSHEIMEN

Das Kuratorium hatte 1950 zwar wieder die vollständige Verfügungsgewalt über den Besitz der FDST zurückerlangt, doch ging das zunächst noch nicht mit einer kontinuierlichen Stiftungspolitik im Sinne ihres verfassungsgemäßen Zwecks einher. Stattdessen vergab die Stiftung ihre geringen Mittel unsystematisch an unterschiedliche Projekte. 1951 wurden beispielsweise zu Weihnachten 2.000 DM an 39 Bewohner der, von Pfarrer Gehann betreuten, Invalidensiedlung und 2.000 DM an 60 Hirnverletzte der Spezialabteilung im evangelischen Waldkrankenhaus Spandau, für die sich Schian eingesetzt hatte, vergeben.<sup>74</sup> Von spätestens 1953 bis zu seinem Ausscheiden 1960 bat Gehann regelmäßig an Weihnachten um eine finanzielle Unterstützung seiner Frohnauer Kirchengemeinde.<sup>75</sup> Selbst die Veräußerung von Stiftungsgelände zugunsten des Oskar-Helene-Heims, das mit diesen Erträgen die eigenen Liegenschaften erweitern und ein – neu zu errichtendes – Gebäude nach dem Gründer benennen wollte, wurde 1955 kurzzeitig nochmals vom Fürsten von Donnersmarck in Erwähnung gezogen.<sup>76</sup> Noch im Jahr 1952 bestand unter den

Kuratoriumsmitgliedern Konsens darüber, dass die individuelle finanzielle Unterstützung von Menschen mit Behinderung die aktuell beste Umsetzung des Stiftungszwecks sei.<sup>77</sup> Die FDST bewegte sich damit noch in dem allgemein verbreiteten, klassischen Denkmuster der Fürsorge. Diese leistete für Bedürftige zwar konkrete Nothilfe, hatte aber nicht den Anspruch, die Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft strategisch zu fördern. Diese „säkulare Schwelle“ von der Fürsorge zu einem individuell durchsetzbaren Anspruch auf Unterstützung wurde in der bundesrepublikanischen Sozial- und Behindertenpolitik erst mit dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) von 1961 überquert.<sup>78</sup> Demgegenüber begann die FDST deutlich früher damit, Angebote jenseits der bloßen Betreuung von Menschen mit Behinderung zu entwickeln.

### Aufnahme des operativen Stiftungsgeschäfts in den 1950er Jahren

Einen Wendepunkt markierte hierbei die Kuratoriumssitzung vom 19.02.1953. Hatte Ferdinand Friedensburg die anwesenden Mitglieder zunächst noch um die „einmalige Unterstützung“ eines Jugendheims für an Poliomyelitis erkrankte Kinder gebeten, forderte er sie anschließend dazu auf, weitere Vorschläge für den Einsatz der erwirtschafteten Stiftungsgelder zu machen. Diese Gelegenheit nutzte Wohlfahrt, der in der Zwischenzeit Vorsitzender des Verbandes Deutscher Nachbarschaftsheimen geworden war, um seine Idee für eine eigenständige Stiftungsarbeit auszubreiten. Sein Vorschlag zielte darauf ab, in Kooperation mit den Berliner Nachbarschaftsheimen Menschen mit Körperbehinderung therapeutisch zu betreuen und damit einen Beitrag zu deren „Resozialisierung“ zu leisten.<sup>79</sup> Die Nachbarschaftsheimen sollten die benötigten Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und die Stiftung einen Sozialpädagogen einstellen. Der Vorschlag versprach die Aussicht, trotz begrenzter Mittel ein eigenes Stiftungsprojekt selbstständig umzusetzen. Zwar war sein Wirkungsbereich begrenzt, doch ging es über die bisherigen unsystematischen Maßnahmen der Stiftung hinaus. Das Kuratorium stimmte dem Vorschlag zu und am selben Tag wurde ein Ausschuss bestehend aus Wohlfahrt, Gummig und Schian gegründet, der die Suche nach einem geeigneten Mitarbeiter übernahm.<sup>80</sup> Noch im gleichen Jahr wurde mit Paul Grossmann der erste Sozialarbeiter der Stiftung eingestellt.<sup>81</sup> Dieser knüpfte die ersten Kontakte mit den Nachbarschaftsheimen in Neukölln und Charlottenburg<sup>82</sup>, verließ die Organisation aber schon nach kurzer Zeit wieder, sodass sie bald nach einem Nachfolger suchte. Diesen fand sie in Paul Neukirchen, der zum 01.06.1954 die Nachfolge Grossmanns antrat.<sup>83</sup> Von da an entwickelte sich die sozialpädagogische Arbeit der Stiftung in schnellen Schritten. Wurde bis zu seinem Arbeitsbeginn lediglich eine Versehrtengruppe mit 18 Personen in Neukölln

betreut, erreichte man ungefähr ein halbes Jahr später bereits mehr als 100 Menschen mit Behinderung, die in fünf Stadtteilen zusammenkamen. Allein die Mitgliederzahl der Gruppe in Neukölln war binnen dieser wenigen Monate auf 43 Personen angewachsen.<sup>84</sup> Mit der Gründung der Gruppen in Charlottenburg und Kreuzberg stieg die Zahl der Mitglieder, die sich schnell selbstbewusst als „Donnersmäcker“ bezeichneten, auf 180 Personen. Danach wurde „im Interesse der Intensivierung der Arbeit“ die Aufnahme weiterer Mitglieder gestoppt.<sup>85</sup> Neukirchen erreichte die neuen Mitglieder, indem er bei den Behindertenfürsorgestellen der Bezirke die Adressen von Menschen mit Behinderung erfragte und diese anschließend postalisch zu einem Kontaktgespräch einlud.<sup>86</sup> Ihre Zahl blieb in den kommenden Jahren bis zur Eröffnung des – später auf den Namen „Villa Donnersmarck“ getauften – Versehrtenheims in der Schädestraße 9–13 in etwa konstant. Die Hauptaufgabe des Sozialpädagogen bestand darin, die Gruppen in den Nachbarschaftsheimen zu besuchen und dort beratend zur Seite zu stehen. Er hielt Kontakt zu den einzelnen Mitgliedern, bereitete die Treffen inhaltlich vor und war Ansprechpartner für die Nachbarschaftsheime sowie für die Kuratoriumsmitglieder.<sup>87</sup>

### Die Methode des „Haus Schwalbach“ und die Donnersmarck-Gruppen

Paul Neukirchen war Anhänger der gruppenpädagogischen Methode des „Haus Schwalbach“. Dieses war vom US Office of Military Government for Germany gegründet worden und wurde ursprünglich eng mit dem US-Reeducation Programm verknüpft. Das von Magda Kelber geleitete „Haus Schwalbach“ gehört zu den einflussreichsten Institutionen der sozialpädagogischen Weiterbildung im Deutschland der 1940er und 1950er Jahre. Ihr Ansatz bestand darin, durch eine intensive und radikal basisdemokratische Gruppenarbeit, die Mitglieder zu einem demokratischen Bewusstsein zu erziehen.<sup>88</sup> Innerhalb der Gruppe wurden demokratische Verhaltensweisen eingeübt sowie „Probleme der Gemeinschaft, der Gesellschaft und des Gemeinwesens“ besprochen; eine Arbeit mit Menschen mit Behinderung sah das Konzept allerdings nicht vor.<sup>89</sup> Die Entscheidung, das Schwalbacher Konzept auf die entstehenden Versehrtengruppen zu übertragen, war damit ungewöhnlich. Auf Grundlage der Methoden des „Haus Schwalbach“ entwickelte Neukirchen einen Ansatz, der die gruppenpädagogische Arbeit der FDST in den folgenden Jahrzehnten inhaltlich prägen sollte. Er ging von der Annahme aus, dass insbesondere Menschen mit Körperbehinderung unter sozialer Isolation und gesellschaftlicher Ausgrenzung litten. Um dem zu begegnen, sollte durch eine intensive Auseinandersetzung in und mit der Gruppe Selbstvertrauen und das Leben in der Gemeinschaft eingeübt werden. In den Gruppen leistete Neukirchen „Lebensertüchtigung“;

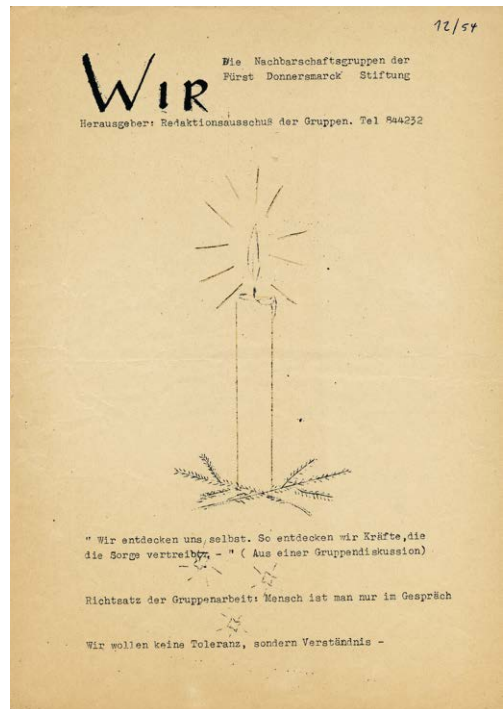
sein Ziel bestand in der „Entfaltung des einzelnen Gliedes der Gruppe und seine Einbeziehung in die Gesellschaft“, die aus seiner Sicht die soziale Situation von Menschen mit Behinderung verbessern würde.<sup>90</sup> Für ihn führten aus der Gruppe „*Brücken in die Gemeinschaft und so zur echten Rehabilitation.*“<sup>91</sup> Deswegen war sein Handeln konsequent auf die Gruppe ausgerichtet – selbst wenn zu den Aufgaben des Sozialpädagogen immer auch die Einzelfallhilfe bei akuten Problemen zählte. Dazu gehörten Verhandlungen mit Behörden, die Unterstützung bei Schriftwechseln oder die Aufklärung über sozialrechtliche Ansprüche.

Die Gruppenmitglieder sollten – gemäß des Ansatzes von Kelber – mit demokratischen Verfahrensweisen und dem Prinzip der Selbstverwaltung vertraut gemacht werden. Sie wählten aus ihrer Mitte einen Gruppenleiter, der diese nach außen vertrat und nach innen Aufgaben bei der Gestaltung der – meistens wöchentlich stattfindenden – Gruppentreffen übernahm.<sup>92</sup> Die Gruppenleiter wurden von Neukirchen auf ihre Aufgabe besonders vorbereitet und erhielten über mehrere Jahre hinweg die Möglichkeit, sich durch regelmäßige Schulungen mit ihrer neuen Position auch theoretisch auseinanderzusetzen.<sup>93</sup> Aus diesem Personenkreis wiederum setzte sich seit 1958 der „Dreier-Ausschuss“ zusammen, der die Gesamtheit der Versehrtengruppen repräsentierte und den die Stiftung als „offizielle[n] Vertreter der Anliegen der ‚Donnersmarckgruppen‘“ sowie als Neukirchens Stellvertreter anerkannte.<sup>94</sup> Die Gruppentreffen selbst variierten von Stadtteil zu Stadtteil; sie beinhalteten in der Regel Diskussions- und Vortragsrunden, Spiel- oder Bastelmöglichkeiten, gemeinsame Filmabende und Ausflüge sowie Behindertensport oder Bewegungstherapie.<sup>95</sup> Darüber hinaus konnten Einzelne handwerklichen Tätigkeiten nachgehen, um sich so – wenn auch in begrenztem Maße – auf eine Berufstätigkeit vorzubereiten. Die Gruppe eröffnete ihren Mitgliedern die Chance, soziale Kontakte mit Gleichgesinnten zu knüpfen und galt Neukirchen als Vorstufe für die gesellschaftliche Integration. Zu ihren Mitgliedern gehörten überwiegend Arbeitslose oder schlecht ausgebildete Personen<sup>96</sup>; gerade die Gruppenleiter verfügten allerdings oft über eine relativ gute Ausbildung und waren zum Teil noch berufstätig. Um die Kommunikation zwischen den Gruppen zu fördern, rief die Stiftung eine eigene Zeitschrift ins Leben. Am 20.12.1954 erschien die erste Ausgabe der WIR.<sup>97</sup> Sie wurde zu Beginn vollständig von den Gruppen gestaltet. Dafür wählten sie Pressewarte, die regelmäßig aus dem Gruppenleben berichteten. Die WIR änderte über die Jahre hinweg mehrfach ihr äußeres Erscheinungsbild, ihre Untertitel sowie ihre Inhalte. Sie öffnete sich für die anderen Bereiche der Stiftung und behandelte Themen, die über den Alltag der Versehrtengruppen hinausgingen. Bis heute bleibt sie jedoch ein Medium, das von Mitarbeitern der FDST und Menschen mit Behinderung gemeinsam gestaltet wird und allen Interessierten als Sprachrohr offen steht.

## Die Gruppenarbeit der 1950er Jahre

Die FDST verstand die sozialpädagogische Gruppenarbeit als ein Modellprojekt, für das es 1954 kaum Vorarbeiten gab.<sup>98</sup> In den Augen Erich Wohlfahrts sollte Neukirchen „ein möglichst intensiv durchgeführtes und methodisch einwandfreies ‚Pilot-Project‘ in die Welt stellen“ und damit den Nachweis für die Effektivität „der sozialpädagogisch orientierten Vershrtenarbeit“ erbringen.<sup>99</sup> Neukirchen veröffentlichte deswegen von Beginn an regelmäßig Artikel in unterschiedlichen Zeitschriften, sammelte statistisches Material für eine spätere wissenschaftliche Auswertung und plante sogar eine monographische Darstellung über die Gruppenarbeit der Stiftung. Mit diesem vielfältigen Tätigkeitsspektrum stieß Paul Neukirchen im Kuratorium regelmäßig auf breite Zustimmung. Im Jahresbericht 1954 stellte Binder fest, seine „Leistungen haben bisher den Beifall der betroffenen

Schwerbeschädigten, wie auch die Anerkennung des Kuratoriums gefunden.“<sup>100</sup> 1955 votierte das Kuratorium einstimmig für eine Vertragsverlängerung mit ihm und 1956 erkannte es an, dass seine sozialpädagogische Arbeit dem Stiftungszweck entsprach.<sup>101</sup> 1958 wurde sie schließlich durch die Gründung der sozialpädagogischen Arbeitsstelle für Vershrte – einer Kooperation der FDST mit den Nachbarschaftsheimen – institutionalisiert.<sup>102</sup> Dies bedeutete auch, dass die Nachbarschaftsheimen nicht nur den Raum für die Gruppenarbeit bereitstellten, sondern sich in begrenztem Rahmen auch finanziell daran beteiligten.<sup>103</sup> Dennoch lief die Etablierung der Vershrtenarbeit in den 1950er Jahren nicht konfliktfrei ab. Beispielsweise wandte sich Gehann immer wieder gegen „den Einsatz *aller* Mittel der Stiftung für sozialpädagogische Experimente [...]“.<sup>104</sup> Er konnte aber selbst keinen Alternativvorschlag jenseits der unsystematischen Vergabe von Zuschüssen oder individuellen Unterstützungen machen. Auch zwischen Binder und den jeweiligen Leitern der sozialpädagogischen Arbeitsstelle kam es regelmäßig zu Kompetenzstreitigkeiten



Cover der ersten WIR-Ausgabe  
vom Dezember 1954

oder Auseinandersetzungen über die finanzielle Ausstattung der Gruppenarbeit. Als Vermittlungsinstanz zwischen diesen beiden Polen entstand 1957 der sozialpädagogische Ausschuss, der „für eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung der Stiftung und der von Neukirchen geführten sozialpädagogischen Arbeitsstelle“ sorgte.<sup>105</sup> Hier deutete sich schon ein Strukturmerkmal nahezu aller Stiftungsaktivitäten an: die relative Autonomie der Einrichtungen von der Geschäftsführung, die immer wieder große Anstrengungen nötig machten, um die innere Einheit der FDST zu erhalten. Gleichwohl ist die Gruppenarbeit die Keimzelle der operativen Stiftungstätigkeit; vor allem in ihren Anfangsjahren gingen von ihr wesentliche Impulse aus, die das Angebotsprofil der Fürst Donnersmarck-Stiftung bis heute prägen und letztlich den Ausgangspunkt für die heutigen Bereiche „Freizeit, Bildung, Beratung“ in der Villa Donnersmarck sowie Touristik in dem Gästehaus Bad Bevensen und dem HausRheinsberg Hotel am See bilden.

## II.4 DIE ENTSTEHUNG DER VILLA DONNERSMARCK

### Das Freizeitgelände in Frohnau

Die Villa Donnersmarck geht auf ein Projekt Neukirchens zurück. Dieser hatte schon 1955 angeregt, auf dem Stiftungsgelände in Frohnau ein „Rüstheim“ für Menschen mit Behinderung einzurichten.<sup>106</sup> Dort sollten einerseits die Voraussetzungen geschaffen werden, um einen größeren Personenkreis in die Arbeit einzubeziehen, da hierfür die Räumlichkeiten in den Nachbarschaftsheimen nicht ausreichten. Andererseits wollte er in dem Waldgebiet die sozialpädagogische Tätigkeit etwa um ein professionelles Umschulungsangebot im Sinne der ungefähr zeitgleich entstehenden Werkstätten für Menschen mit Behinderung erweitern.<sup>107</sup> Das Kuratorium zeigte sich seinem Vorschlag gegenüber aufgeschlossen und stellte dafür ein Gelände von ungefähr 13.000 qm zur Verfügung, das von den Gruppen im Sinne der Selbsthilfe überwiegend in Eigenleistung erschlossen wurde.<sup>108</sup> Es wurde am 29.06.1957 offiziell an die „Donnersmärcker“ übergeben.<sup>109</sup> Unterstützung bei der Erschließung erhielten sie durch Teilnehmer mehrerer Sommerlager des Internationalen Zivildienstes oder des Internationalen Jugend-Gemeinschaftsdienstes sowie andere Gruppen aus den Nachbarschaftsheimen.<sup>110</sup> Die nötigen Mittel trieben die Gruppen selbst auf oder wurden von der FDST beigesteuert. In kurzer Zeit entstand auf diese Weise ein Freizeitgelände mit einer auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung ausgerichteten Infrastruktur, das von Einzelpersonen, den Gruppen oder externen Gästen besucht werden konnte.<sup>111</sup> Schnell avancierte es zu einem beliebten Treffpunkt der „Donnersmärcker“. An den Sommerwochenenden des



Jahres 1961 nutzten beispielsweise regelmäßig zwischen 20 und 40 Personen pro Wochenende dieses weitgehend barrierefreie Naherholungsgebiet.<sup>112</sup> Regelmäßig fanden hier größere Veranstaltungen statt, an denen alle Gruppenmitglieder zusammenkamen. Dabei blieb es jedoch nicht. Neukirchen plante, auf dem Gelände ein festes „Freizeit-Heim für Versehrten-Förderung“ zu errichten und von dort aus die Gruppenarbeit weiter zu intensivieren.<sup>113</sup> Auch hierbei erhielt er die Unterstützung des Kuratoriums. Es ließ durch den Architekten und Vertreter des



Ansicht vom Freizeitgelände der „Donnersmärcker“ in Berlin-Frohnau

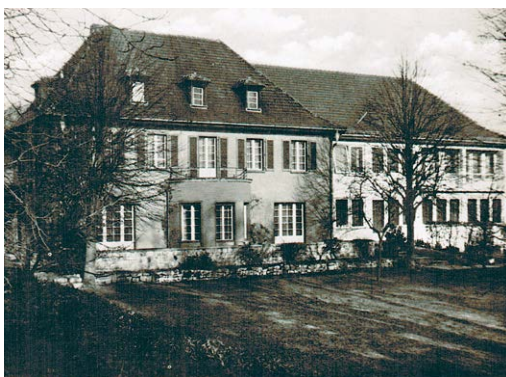
„Dreier-Ausschusses“ Helmut Strelow die notwendigen Hausansichten sowie Grundrisszeichnungen anfertigen und stellte einen darauf basierenden Antrag auf Lotto-mittel über 160.000 DM für den Bau des geplanten Objektes.<sup>114</sup> Dem Antrag wurde aber nicht stattgegeben und die Stiftung sah sich noch nicht dazu in der Lage, das Bauprojekt alleine zu tragen.<sup>115</sup> Hinzu traten logistische Probleme, die das Gebiet in Frohnau für ein permanentes Gebäude eher unattraktiv machten. Das Gelände war abgelegen, eine Fahrt dorthin unter den damaligen Bedingungen sehr aufwendig; gerade Gruppenmitglieder im Rollstuhl konnten in der Regel nur mit fremder Hilfe das „Rüstheim“ besuchen – ein Zustand, der sich nach dem Bau der Mauer nochmals verschlechterte.<sup>116</sup> Das Freizeitgelände in Frohnau blieb gleichwohl weiterhin in Betrieb und wurde gerade im Sommer gerne für größere Tagesausflüge genutzt. Erst im Zuge eines weiteren großen Geländeverkaufs von nahezu 70.000 qm an die DeGeWo am 20.04.1970 musste es geräumt werden.<sup>117</sup> Das Kuratorium suchte zwar noch eine Zeit lang nach einem Ersatzgrundstück, entschied sich Ende des Jahres 1971 aber schließlich gegen eine Neuanlage des Freizeitgeländes. Denn die Gruppenmitglieder hatten sich in der Zwischenzeit Ausweichmöglichkeiten gesucht und es gab keine größere Nachfrage nach einem vergleichbaren Gebiet in Frohnau mehr.<sup>118</sup>

### Ankauf der späteren „Villa Donnersmarck“ in der Schädestraße

Stattdessen trieb die Stiftung Ende der 1950er Jahre die Suche nach einem Objekt für die gruppenpädagogische Arbeit im Südwesten Berlins voran. Die Suche nach einem geeigneten Haus begann ungefähr 1959; der „Dreier-Ausschuss“ wurde dafür um ein Gutachten gebeten, das die Anforderungen an ein Grundstück aus Sicht



der Versehrtengruppen darstellte. Er wünschte sich den Ankauf eines Objektes im südlichen bzw. südwestlichen Teil Berlins, das eher im Grünen gelegen und dennoch gut durch den ÖPNV erreichbar war. Dies traf aus seiner Sicht besonders auf Grundstücke nahe der S-Bahnstrecke zwischen Wannsee und Oranienburg zu.<sup>119</sup> Ein Jahr später war ein entsprechendes Objekt in der Schädestraße 11–13 fußläufig vom S-Bahnhof Zehlendorf gefunden. Das Grundstück war 1929 vom ersten Professor für Maschinenwesen im Baubetrieb an der TU Charlottenburg, Georg Garbotz, erworben worden.<sup>120</sup> 1931 hatte er hier eine herrschaftliche Villa mit eigener Garage inklusive Wohnung für den Chauffeur errichtet. Garbotz verließ Berlin 1951, um einen Lehrstuhl an der RWTH Aachen anzunehmen; zum Zeitpunkt des Verkaufs an die Stiftung gehörte das Anwesen einer Rechtsanwältin und ihrer Mutter. Das angrenzende Gartengrundstück in der Schädestraße 9 befand sich im Besitz einer Sekretärin. Nach einer Besichtigung durch den „Dreier-Ausschuss“, Wohlfahrt, Vogel, Binder, Lindenberg und den Architekten Alfred Jacobs entschied sich das Kuratorium für den Erwerb beider Grundstücke.<sup>121</sup> Beide notarielle Kaufverträge wurden am 22.08.1960 geschlossen. Der Kaufpreis für das Objekt in der Schädestraße 11–13 betrug 160.000 DM; für das Grundstück Schädestraße 9 musste die FDST weitere 17.710 DM aufbringen.<sup>122</sup> Die Stiftung begann direkt damit, die Barrierefreiheit des Hauses zu verbessern und auf dem hinzugekauften Gelände einen Erweiterungsbau zu errichten. Dieser wurde am 14.11.1962 – unter Anwesenheit des Senators für Arbeit und Soziales Kurt Exner, des Zehlendorfer Bezirksbürgermeisters Willy Stiewe und des gesamten Kuratoriums – nach einjähriger Bauzeit eingeweiht. Finanzielle Unterstützung in Höhe von 375.000 DM erhielt die Stiftung hierbei durch die Deutsche Klassenlotterie Berlin.<sup>123</sup> Der Betrieb in der Schädestraße lief zu diesem Zeitpunkt schon etwa zwei Jahre. Er war – wenn auch in rudimentärer Form – im November 1960 aufgenommen worden.<sup>124</sup> Am 03.11.1960 hatte das Kuratorium die erste „Sitzung im eigenen Haus“ abgehalten<sup>125</sup>, die offizielle Eröffnung des „Versehrtenheims“ hatte am 21.03.1961 stattgefunden.<sup>126</sup> Die sozialpädagogische Gruppenarbeit und die FDST hatten endgültig eine neue Heimat gefunden.



Außenansicht der Schädestraße 9–13  
nach dem Anbau von 1962

## Das Ausscheiden Paul Neukirchens und der Arbeitsbeginn Gisela Neukirchens

Davor musste sie aber einen harten personellen Einschnitt verkraften, denn Paul Neukirchen war bei der Eröffnung des Hauses nicht mehr als Mitarbeiter der Stiftung aktiv. Aufgrund andauernder Gesundheitsprobleme kündigte er, um „beiderseitig nicht zumutbare Verpflichtungen zu vermeiden“, zum Ende des Jahres 1958 seine Stelle.<sup>127</sup> Anfangs hoffte man noch, dass er seinen Dienst nach einer Kur wieder aufnehmen könne. Doch Mitte des Jahres 1959 stand endgültig fest, dass er nicht mehr zurückkommen würde.<sup>128</sup> Das war schon allein deswegen ein harter Schlag für die Stiftung, da es Ende der 1950er nur wenige Sozialpädagogen gab und das Verhältnis von Neukirchen zu den Versehrtengruppen außerordentlich intensiv war. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass sie ihm nach seinem Ausscheiden den Ehrentitel „Mentor der Donnersmärcker“ verliehen.<sup>129</sup>

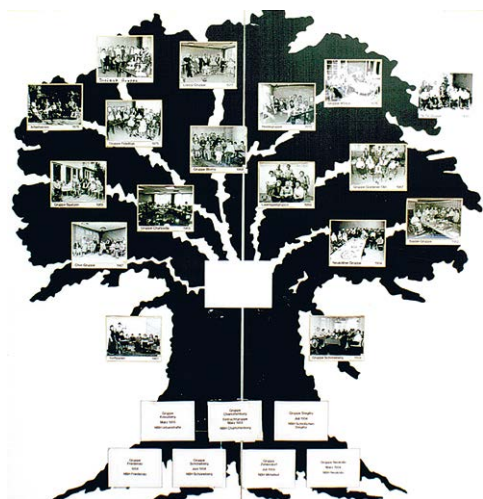
Die Stelle übernahm seine Frau Gisela Neukirchen, die zwar keine sozialpädagogische Ausbildung besaß, sich aber durch Weiterbildungen im „Haus Schwalbach“ für ihre Aufgabe qualifizierte. Sie hatte ihrem Mann bei seiner früheren Tätigkeit geholfen und war in den Gruppen bekannt. Fachliche Unterstützung erhielt sie durch die Leiter der Nachbarschaftsheimen sowie den sozialpädagogischen Ausschuss. Mit dem Weggang Neukirchens verliert sich die Idee einer wissenschaftlichen

Das Angebot in der Schädestraße 9–13 beruhte auf drei Eckpfeilern: Der sozialpädagogischen Gruppenarbeit, offener Angebote für alle „Donnersmärcker“ und der Durchführung der „Erholungsdurchgänge“.

Aufarbeitung der Gruppenarbeit, musste sich seine Frau doch zunächst der Leitung der späteren Villa Donnersmarck widmen. Unter ihrer Leitung entwickelte sie sich „zu einer Zentrale der Schwerstversehrtenbetreuung Berlins [...]“. <sup>130</sup> Dort sollten dem Wunsch des Kuratoriums zufolge künftig drei Arbeitszweige betrieben werden: Die klassische Arbeit mit den Versehrtengruppen, offene Angebote für alle „Donnersmärcker“ und die Durchführung von „Erholungsdurchgängen“. <sup>131</sup>

### Die Gruppenarbeit in der Schädestraße 9–13

Für die sozialpädagogische Arbeit war zunächst von Bedeutung, dass die Gruppen nach und nach aus den Nachbarschaftsheimen in die Schädestraße übersiedelten. Die Zahl der Mitglieder stieg ständig von 165 Personen im Jahr 1961 auf 270 Menschen in den Jahren 1967 und 1968.<sup>132</sup> Anschließend sank sie wieder etwas und



Der „Gruppenbaum“ in der Villa Donnersmarck

pendelte sich schließlich mit Ausschlägen nach oben oder unten bei ungefähr 250 Personen ein. Die Zahl der Gruppen veränderte sich durch Neugründungen oder Zusammenlegungen ebenfalls immer wieder, stieg aber kontinuierlich an und lag nach einigen Jahren im Schnitt bei etwa 20. Auch das Kursangebot in der Schädestraße verbreiterte sich spürbar. Neben die eher räumlich definierten Gruppen aus den Nachbarschaftsheimen traten Neigungsgruppen wie der Chor oder die Theatergruppe. Anfang der 1960er Jahre gründete sich auf Initiative einzelner Aktiver die „Versehrten-Sportgemeinschaft der Stiftung Fürst Donnersmarck“.

Die Anfänge des Behindertensports, der lange Zeit unter dem Primat der Arbeits- und Leistungsbefähigung von Menschen mit Behinderung gestanden hatte, gehen auf den Ersten Weltkrieg zurück. In der unmittelbaren Nachkriegszeit nach 1945 trat seine Bedeutung zunächst vor den dringenden sozialen wie wirtschaftlichen Aufgaben zurück; die ersten Behindertensportvereine waren deswegen das Resultat individueller Initiativen. Seit den 1950er Jahren wuchs seine Bedeutung jedoch langsam an. Am 19./20.08.1950 gründete sich der „Deutsche Versehrten-Sportverband“, wie der heutige Deutsche Behindertensportverband ursprünglich hieß. Ihm folgten die Landesverbände und eine wachsende Anzahl von Behindertensportvereinen. Gefördert wurde dieser Prozess, der 1972 in den paralympischen Spielen in Heidelberg kulminierte<sup>133</sup>, durch das Bundesversorgungsgesetz von 1956. In dessen Folge wurde der Behindertensport als Entschädigungsleistung bzw. Heilmaßnahme anerkannt und finanziell gefördert.<sup>134</sup> Die Versehrtensportgemeinschaft der FDST entstand am 23.02.1962. Gleichzeitig trat sie dem Versehrtensportverband Berlin bei.<sup>135</sup> Die Mitgliederzahl der Gruppe wuchs schnell und für einige Zeit spielte der Sport im Alltag der „Donnersmärcker“ eine relativ große Rolle.<sup>136</sup> Mit zunehmendem Alter der Aktiven nahm seine Bedeutung aber wieder ab, sodass der Verein schließlich aufgelöst wurde.

Ergänzt wurde die sozialpädagogische Arbeit durch offene Angebote, die sich nicht an den fest umrissenen Personenkreis der Gruppenmitglieder richteten, sondern mindestens allen „Donnersmärckern“, wenn nicht allen interessierten Berlinern offen standen. Dies waren etwa Vortragsabende, die von ausgewählten Gästen oder

Kuratoriumsmitgliedern gehalten wurden. 1967 fanden beispielsweise 13 Vorträge statt, die insgesamt 441 Zuhörer erreichten.<sup>137</sup> Hinzu traten zahlreiche Feste, zu denen sich alle „Donnersmärcker“ versammelten. Außerdem stellte die Stiftung die Räumlichkeiten in der Schädestraße auch externen Organisationen zur Verfügung. 1970 fand dort beispielsweise ein Jugendseminar des Reichsbundes der Körperbehinderten statt. 35 Personen nahmen teil, unter ihnen 13 nichtbehinderte Jugendliche. Das Seminar hatte das Ziel, Nachwuchskräfte für die Verbandsarbeit des Reichsbundes anzuwerben.<sup>138</sup> Nicht zuletzt boten die Mitarbeiter in der Schädestraße weiterhin Einzelfallhilfe für Menschen an, die konkreten Unterstützungsbedarf hatten. Diese sozialpädagogische Arbeit schlug sich auch in einer zunehmenden Anerkennung der Einrichtung durch die Berliner Sozialpolitik nieder. 1968 gab es eine vertragliche Vereinbarung zwischen der FDST und dem Bezirksamt Charlottenburg, die der Stiftung eine monatliche Pauschale von 125 DM garantierte. Mit ihr konnte die Betreuung einer Gruppe von Menschen mit Behinderung in der Altentagesstätte Berlin 10 gesichert werden.<sup>139</sup> Knapp ein Jahr später empfahl der Senat von Berlin (West) allen Bezirksamtern, auf der Grundlage der Eingliederungshilfe nach § 39 Abs. 3 BSHG und § 14 der Eingliederungshilfe-Versordnung die sozialpädagogische Arbeit der Stiftung mit einer festen monatlichen Kostenpauschale pro Gruppenmitglied zu unterstützen.<sup>140</sup> Schon früher hatte die FDST Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln erhalten; der Vorteil dieser Pauschalzahlungen bestand deswegen nicht in einem finanziellen Mehrgewinn, sondern in der vergrößerten Planungssicherheit für die FDST. Der Betrag von zunächst 20 DM, den die Bezirksamter künftig zahlten, war darüber hinaus bei weitem nicht kostendeckend.<sup>141</sup> Er verringerte aber den Zuschussbedarf der Einrichtung in der Schädestraße und trug damit wie die finanziellen Zuwendungen anderer Organisationen – beispielsweise der Stiftung Hilfswerk Berlin – zu ihrem Fortbestand bei.<sup>142</sup>



Abzeichen der „Versehrten-Sportgemeinschaft der Stiftung Fürst Donnersmarck“

### Ein neuer Arbeitszweig: Erholungsdurchgänge für Menschen mit Behinderung

Ein ganz eigener Arbeitszweig der Stiftung, der erst mit der Eröffnung des Versehrtenheims ins Leben gerufen wurde, war die Durchführung sogenannter Erholungsdurchgänge. Durch den Kauf des Objekts in der Schädestraße konnte die FDST Menschen mit Behinderung Übernachtungsmöglichkeiten anbieten.<sup>143</sup> Das obere

Stockwerk der Villa wurde dafür umgebaut und hatte zunächst Raum für 12 Gäste. Schrittweise wurde seine Bettenzahl auf bis zu 22 Personen erweitert. Diese konnten auf dem Zehlendorfer Grundstück dreiwöchige Erholungsaufenthalte erleben, während der ein abwechslungsreiches Unterhaltungsprogramm und sozialpädagogische Betreuung organisiert wurde.<sup>144</sup> 1963 begannen die Erholungsdurchgänge mit zwei Gruppen, 1964 konnten schon vier Gruppen im Jahr die Schädestraße besuchen.<sup>145</sup> 1965 wurden sechs Erholungsaufenthalte durchgeführt, an denen insgesamt 92 Personen teilnahmen. Dies blieb auch die Höchstzahl der Erholungsdurchgänge. Die Unterkunftsmöglichkeiten waren ursprünglich vor allem für Berliner mit Behinderung gedacht, denen trotz der schwierigen Reisebedingungen in Berlin (West) die Chance auf einen Urlaubsaufenthalt außerhalb der eigenen Wohnung eröffnet werden sollte. Doch schnell zeigte sich, dass es auch in der Bundesrepublik Deutschland eine große Nachfrage nach barrierefreien Unterkünften in Berlin (West) gab. 1965 kamen von den 92 Gästen der Villa Donnersmarck insgesamt 62 Personen aus der Bundesrepublik.<sup>146</sup> Vier Jahre später, vom 08. bis 14.09.1969, besuchte das erste Mal in der Geschichte des Hauses eine ausländische Gruppe aus England die Villa Donnersmarck, um dort einen Integrationskurs durchzuführen.<sup>147</sup> Erst mit der Eröffnung des Gästehauses in Bad Bevensen ging die Nachfrage nach Kuraufenthalten in der Schädestraße zurück, da nun ein alternatives Stiftungsangebot für Menschen mit Behinderung zur Verfügung stand.<sup>148</sup> Die Erholungsdurchgänge hatten einerseits eine eigenständige Daseinsberichtigung. Andererseits gingen von ihnen auch Impulse für die Gruppenarbeit aus. Denn viele neue Gruppen aus den 1960er Jahren beruhten auf Bekanntschaften aus ihnen.<sup>149</sup> Die sozialpädagogische Gruppenarbeit bildete das inhaltliche Grundgerüst für die Gestaltung der Erholungsaufenthalte; diese halfen wiederum, die Gruppenstärken konstant zu halten. Beide Arbeitsfelder der sozialpädagogischen Arbeitsstelle blieben deswegen immer miteinander verwoben. Die Kosten für Verpflegung und Unterkunft anspruchsberechtigter Menschen mit Behinderung finanzierten öffentliche Leistungsträger wie die Berliner Bezirksämter.<sup>150</sup> Die Stiftung übernahm jedoch mit den Gehältern der Mitarbeiter und den Kosten für den Unterhalt des Gebäudes die finanzielle Hauptlast der Durchgänge. Als gewisse Entlastung erhielt sie Zuschüsse anderer Organisationen wie dem Berliner Hilfswerk oder der Deutschen Klassenlotterie Berlin.<sup>151</sup>

## Die sozialpädagogische Arbeit der FDST: Ein Fazit

Ausgehend von ihren bescheidenen Anfängen Mitte der 1950er Jahre hatte sich die gruppenpädagogische Arbeit der Stiftung damit in beachtlicher Weise weiterentwickelt. Der starke Bezug auf das Kollektiv, der mit einer intensiven Orientierung

an der Gruppe einherging, mag aus heutiger Sicht ungewöhnlich anmuten. Auch das Auftreten Paul Neukirchens gegenüber den Gruppenmitgliedern, der regelmäßig als „Paps“ bezeichnet wurde, scheint nicht ganz frei von Bevormundungen gewesen zu sein. Und doch ist das Engagement der Stiftung bemerkenswert. In der Nachkriegszeit und den 1950er Jahren bedeutete Behindertenpolitik in erster Linie immer noch Erwerbsbefähigungspolitik, die sich zudem an dem kausalen Prinzip der Behinderungsursache und nicht an dem finalen Prinzip des gewünschten Rehabilitationsergebnisses orientierte.<sup>152</sup> Die Konzentration auf Erwerbsfähigkeit in Kombination mit dem gegliederten System der Behindertenhilfe führte ebenfalls dazu, dass gerade Frauen, Erwerbslose und Menschen mit geistiger Behinderung in den 1950er Jahren kaum Unterstützung erhielten. Erst das BSHG und abschließend das Schwerbehindertengesetz von 1974 setzten auf bundesrepublikanischer Ebene den Wechsel vom Kausal- zum Finalmodell durch.<sup>153</sup> Das BSHG bildet auch deswegen einen Markstein in der Geschichte der deutschen Behindertenpolitik, weil es erstmals nicht nur Ansprüche auf Hilfen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, sondern auch für eine Teilhabe an der Gesellschaft garantierte.<sup>154</sup> Die ersten Stiftungsaktivitäten waren demgegenüber gerade nicht am Ideal der Arbeitsfähigkeit ausgerichtet, sondern bestanden in einem offenen Angebot vor allem zur Freizeitgestaltung von Menschen mit Behinderung. Das BSHG wurde dementsprechend zu einer wichtigen Finanzierungsgrundlage für die Angebote der FDST. Selbst wenn die Mehrheit der Mitglieder aus den Anfangsjahren aus Kriegsversehrten bestanden haben dürfte, richtete sich das Angebot an alle Menschen mit Behinderung, unabhängig von der Ursache ihrer Behinderung. Nicht zuletzt verstand sich die Villa Donnersmarck schon früh als eine Institution zur Förderung der Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderung: „Toleranz gegenüber den Versehrten und der Versehrten untereinander ist nicht genug; wir erstreben Verständnis und Verständ-

igung. Mitleid ist unerwünscht. Auch Hilfe kann schwächen; auf die Hilfe zur Selbsthilfe kommt es an.“<sup>155</sup> Die Gruppenarbeit – so die Idee – sollte einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Auch wenn sich die Arbeit in der Villa Donnersmarck in den folgenden Jahren bis mindestens zum Anfang der 1990er inhaltlich kaum noch änderte und damit ihren innovativen Vorsprung gegenüber anderen Einrichtungen der Behindertenhilfe einbüßte<sup>156</sup>, gingen von ihr

Die Aktivitäten der FDST in der Nachkriegszeit waren nicht am zeitgenössisch dominanten Ideal der Arbeitsfähigkeit ausgerichtet, sondern bestanden aus einem offenen Angebot zur Freizeitgestaltung für alle Menschen mit Behinderung.



damit wichtige Impulse für die Fürst Donnersmarck-Stiftung insgesamt aus. Dies gilt ebenfalls für den Bereich Reisen für Menschen mit Behinderung.

## II.5 DIE „FAHRTEN DES GUTEN WILLENS“ UND DER BAU DES GÄSTEHAUSES BAD BEVENSEN

Schon im Juli 1954, kurz nach dem Arbeitsbeginn Paul Neukirchens, entstand die Idee, zur „Fortsetzung und Intensivierung des Gruppenlebens“ ein „Erholungslager“ außerhalb Berlins durchzuführen. Das ganze Projekt sollte unter dem Motto der „Selbsthilfe“ stehen und gleichzeitig seinen Erholungscharakter erhalten.<sup>157</sup> Aufgrund persönlicher Kontakte schlug Neukirchen Oerlinghausen nahe Bielefeld als Ziel für die Fahrt vor. Diese Idee war völlig neu. Reisen für Menschen mit Behinderung – insbesondere im isolierten Berlin (West) – wurden in den 1950er Jahre praktisch nicht angeboten. Dennoch konnte der Sozialpädagoge am 27.01.1955 seine Idee dem Kuratorium vorstellen. Er plante eine „Fahrt des guten Willens“ mit insgesamt 100 Personen, darunter 85 Menschen mit Behinderung und 15 Helfern. Die Stiftung sollte lediglich eine Garantiesumme von 2.000 DM bereitstellen; die restlichen Gelder versuchte er aus einem Antrag auf Lottomittel und den Eigenleistungen der Mitreisenden zu generieren. Nach einer intensiven Diskussion innerhalb des Kuratoriums sprach es sich schließlich für den Plan aus und bewilligte – vorbehaltlich der Förderung des Projektes aus Lottomitteln – die Garantiesumme.<sup>158</sup> Dem Förderantrag wurde stattgegeben und ab Februar 1955 intensivierten sich die Vorbereitungen für die Fahrt nach Oerlinghausen. Im April 1955 unterzeichnete die FDST die Vereinbarung mit vier Herbergen, in denen die Reisegruppe untergebracht wurde. Für Übernachtung und drei Mahlzeiten mussten 4,50 DM pro Tag, für extra Bettwäsche pauschal 1,00 DM aufgebracht werden.<sup>159</sup> Die Reise fand vom 02. bis 21.05.1955 statt. Insgesamt 110 Personen inklusive fünf Helfern des Deutschen Roten Kreuzes, einer Krankenschwester sowie fünf Angehörigen kamen mit auf die Reise. Das Alter der teilnehmenden Menschen mit Behinderung – 75 darunter waren Männer – lag zwischen 17 und 82 Jahren. Dies zeigt schon die große Heterogenität der Versehrtengruppen der Stiftung. Als besondere Herausforderung stellte sich der Transport heraus. Omnibusse waren zu dieser Zeit nicht barrierefrei, zehn Teilnehmer mussten als DDR-Flüchtlinge aus Berlin (West) ausgeflogen werden und wurden in Hannover von Mitgliedern des DRK abgeholt. Aufgrund der schlechten Witterungsverhältnisse während des Aufenthaltes fanden die meisten Aktivitäten im Inneren statt. Deswegen musste trotz der Lottomittel in Höhe von 15.000 DM und der 25 DM Selbstbeteiligung pro Teilnehmer die Garantiesumme der Stiftung in Anspruch genommen werden. Medizinisch wurden die Reisenden von einem Arzt



vor Ort betreut, doch ein Ereignis während des Aufenthaltes endete dramatisch. Kurz vor Abschluss der Fahrt erlitt einer der älteren Teilnehmer einen tödlichen Herzinfarkt.<sup>160</sup> Trotz dieser traurigen Begebenheit wurde die erste „Fahrt des guten Willens“ von allen Teilnehmern und der Stiftung als großer Erfolg angesehen, sodass noch im selben Jahr die Vorbereitungen für eine zweite Reise im Jahr 1956 begannen.<sup>161</sup> Diese wurde vom Berliner Senator für Arbeit und Soziales sowie der FDST finanziert und hatte mit 145 Personen sogar noch mehr Teilnehmer als ihre Vorgängerin.<sup>162</sup> Damit hatte sich eine Tradition etabliert. Bis 1966 fanden sechs „Fahrten des guten Willens“ statt.

### Die Entstehung des Gästehauses Bad Bevensen

So innovativ diese frühen Gruppenreisen waren, so schnell wurden jedoch auch ihre organisatorischen Grenzen offensichtlich. Die verschiedenen Unterkünfte waren nicht vollständig barrierefrei. Darüber hinaus waren sie über die gesamte Stadt Oerlinghausen verteilt, sodass gemeinsame Aktivitäten nur schwer realisierbar waren. Das Kuratorium begann deswegen relativ bald, sich nach möglichen Alternativen umzusehen. Schon 1961 schlug Guido von Donnersmarck in diesem Sinne den Kauf eines „Erholungsheimes für Schwerbeschädigte in Westdeutschland“ vor.<sup>163</sup> Davon wurde zwar 1962 wieder Abstand genommen, doch schlossen sich diesem ersten Vorstoß in kurzer Abfolge weitere Versuche in gleicher Richtung an. Zunächst verhandelte man ab 1963 mit der Stadt Oerlinghausen über den Kauf eines „komplett eingerichteten Erholungsheimes [...]“. Aufgrund des schlechten Bauzustandes des Objekts und der fehlenden Kooperationsbereitschaft der Stadt sah man von dem Erwerb jedoch wieder ab.<sup>164</sup> Es folgten weitere Grundstücksbesichtigungen in unterschiedlichen Teilen Deutschlands<sup>165</sup>, bis Schian Ende 1966 dem Verwaltungsausschuss mitteilte, die Stiftung habe Aussicht auf den Erwerb von Bauland für ein Kurheim in der Lüneburger Heide.<sup>166</sup> Dabei handelte es sich um ein Gelände in der Kleinstadt Bevensen südlich von Uelzen. Der Luftkurort befand sich noch im Wachstum, besaß aber schon einige Kuranlagen sowie ein Hallen- und Freiluftschwimmbad. 1976 wurde ihm der Titel des Heilbades zuerkannt.<sup>167</sup> Offiziell angeboten wurde der FDST das Gelände im Februar 1967.<sup>168</sup> Noch im selben Jahr erwarb die FDST mehrere Grundstücke in Bevensen. Einige darunter waren als Vermögensanlage vorgesehen. Hier wollte das Kuratorium Wohnungen und ein Ladenzentrum errichten. Nachdem die Planungen für dieses Investitionsprojekt schnell ins Stocken gerieten, wurden die Grundstücke wieder veräußert oder – im Falle der Stadt Bevensen – die bestehenden Kaufverträge aufgehoben.<sup>169</sup> Ein am

13.06.1967 gepachtetes Gelände im Mühlweg von ungefähr 7.000 qm verblieb jedoch im Besitz der FDST.<sup>170</sup> Hier sollte das „Erholungs-Freizeit-Haus der Stiftung“ entstehen.<sup>171</sup>

Das Kuratorium, unterstützt durch den Rechtsanwalt Heinz Mielke und den Stadtdirektor Wilhelm Wagenknecht, benötigte etwa ein Jahr, um die 1,3 Millionen DM zur Finanzierung des Bauprojektes einzuwerben.<sup>172</sup> Durch den Geländeverkauf war die Stiftung inzwischen wirtschaftlich potenter als noch zu Beginn der 1960er Jahre und konnte deswegen 700.000 DM Eigenmittel einbringen. 500.000 DM stammten aus Lottomitteln, 400.000 DM setzten sich aus Annuitätzuschüssen des niedersächsischen Sozialministeriums zusammen und 100.000 DM steuerte das Diakonische Werk Hannover bei. Die restlichen 300.000 DM wurden durch ein zinsloses Darlehen des Berliner Senats gedeckt.<sup>173</sup> Für die Förderung durch das Diakonische Werk Hannover erhielt die Institution einen gewissen Prozentsatz der Betten, der bevorzugt an Personen aus ihrem Einzugsgebiet vergeben wurde.<sup>174</sup> Darüber hinaus wurde das Gästehaus Mitglied im Diakonischen Werk Hannover.<sup>175</sup> Der Bau begann im Herbst 1970. Ekkehard Reichel, seit dem 01.01.1971 neuer Geschäftsführer der Stiftung, setzte noch während der Bautätigkeit den Ausbau des dritten Geschosses im Gebäude durch. Dadurch wurde die Maximalbelegung des „Versehrten- und Altenkurheims“, wie das spätere Gästehaus Bad Bevensen zunächst hieß, von ursprünglich 40 auf 70 Personen erhöht und die Investitionskosten pro Bett von 45.000 DM auf 30.000 DM gesenkt.<sup>176</sup> Dies stellte das Gästehaus „auf eine gesündere wirtschaftliche Basis“ und erhöhte die Wahrscheinlichkeit, dass es sich „ohne größere Zuschüsse der Stiftung selbst“ trug.<sup>177</sup> Der Bau verlief plangemäß. Am 10.06.1971 feierte man Richtfest<sup>178</sup>, am 01.03.1972 wurde das Haus fristgerecht fertiggestellt. Schon acht Tage später, am 09.03.1972, bezogen die ersten 45 Gäste ihre Zimmer.<sup>179</sup> Der Arbeitsbereich Touristik wurde damit zum festen Bestandteil der FDST – und trug diese gleichzeitig über die Grenzen Berlins hinaus.

### Die ersten Betriebsjahre des Gästehauses Bad Bevensen

In der unmittelbaren Zeit nach der Eröffnung hatte das Gästehaus noch mit einigen Herausforderungen umzugehen. Einige Leistungsträger, die den Urlaub der Gäste des Hauses ganz oder zu großen Teilen finanzierten, akzeptierten den Tagessatz von 25,00 DM zunächst nicht, so dass die Stiftung ihre Preise reduzieren musste.<sup>180</sup> Vor allem gab es große Schwierigkeiten mit dem ersten Leiter des Hauses, der die räumliche Trennung zwischen Bevensen und Berlin zu seinen Gunsten ausnutzte, sodass ihm Reichel bereits zum 31.03.1973 kündigte.<sup>181</sup> Ihn ersetzte am 01.01.1974 der Sozialpädagoge Hermann Voges, der das Gästehaus bis in die 1990er

Jahre leitete. Er vertrat einen pädagogischen Ansatz, der der Gruppenpädagogik in der Schädestraße sehr ähnelte. Für ihn bot die Gruppe eine „Gelegenheit, den Mitmenschen mit dessen Sorgen und Gebrechen erkennen und verstehen zu lernen, wodurch das eigene Problem oft an Bedeutung verliert.“<sup>182</sup> Gruppenpädagogik war für ihn ein Weg, bestehende „Kommunikationsstörungen abzubauen und Kontaktschwierigkeiten zu beseitigen, um dem behinderten Personenkreis den Weg in die Gemeinschaft zu ebnen.“<sup>183</sup>

Ergänzend versuchten die Mitarbeiter in Bad Bevensen, die Öffentlichkeit auf die „Probleme Behinderter aufmerksam“ zu machen und für die Belange von Menschen mit Behinderung zu sensibilisieren.<sup>184</sup> Gerade im Kurort selbst, wo die Gäste des Hauses auch einen Wirtschaftsfaktor darstellten, gelang dies nach einiger Zeit durchaus. Jedenfalls stellte schon 1976 der Autor eines Artikels für die Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide eine gewachsene Hilfsbereitschaft der Bad Bevensener für Menschen mit Behinderung fest.<sup>185</sup>

Um die Gruppenidentität zu stärken, waren in Bad Bevensen keine individuellen Anreisen möglich. Stattdessen war das Jahr – wie in der Villa Donnersmarck – in meist dreiwöchige Erholungszeiten unterteilt, zu denen die Gäste geschlossen an- und abreisten. In diesen drei Wochen wurde ihnen ein abwechslungsreiches Programm geboten, das sich aus Ausflügen, gemeinsamen Aktivitäten, aber auch Einzelgesprächen oder Aufklärungsveranstaltungen über die eigenen Rechte als Mensch mit Behinderung zusammensetzte. Damit die im Gästehaus geschlossenen Bekanntschaften nicht nach dem Urlaub wieder abbrachen, förderte Voges in Abstimmung mit Gisela Neukirchen die Bildung neuer Gruppen in der Villa Donnersmarck.<sup>186</sup> Dies war deswegen gut möglich, weil der bei Weitem überwiegende Teil der Gäste in Bad Bevensen aus Berlin anreiste. Die Bezirksämter Berlins (West) entsandten auf Grundlage der Bestimmungen des BSHG mit Abstand die meisten Gäste in die Einrichtung der Stiftung und belegten teilweise über die Hälfte der verfügbaren Betten. Darüber hinaus schickten das Johannesstift Berlin, das Diakonische Werk Hannover, das LVA Hamburg und bis 1978 der Reichsbund Hannover Erholungssuchende in den Kurort.<sup>187</sup> Selbst zahlende Gäste spielten demgegenüber in den ersten Jahren des Gästehauses nur eine untergeordnete Rolle; ihre Bedeutung nahm jedoch im Laufe der 1970er Jahre zu.



Zeichnung des Gästehauses Bad Bevensen



Gäste vor dem Gästehaus Bad Bevensen

Durch die wachsende Bekanntheit der Einrichtung stieg die Nachfrage nach einem Platz in den Erholungsdurchgängen trotz der steuerrechtlich vorgegebenen Beschränkung auf Menschen mit Behinderung sowie ihnen sozialrechtlich gleichgestellte Personen stetig an. Schon 1977 reichte die Anzahl der Betten im Gästehaus nicht mehr aus, um alle Anfragen zu erfüllen.<sup>188</sup> Hinzu kam, dass immer mehr Menschen mit einer schweren Behinderung das Haus besuchten, die aufgrund ihrer Rollstühle mehr Platz als Fußgänger benötigten.

Im Oktober 1980 begannen deswegen Arbeiten an einem Erweiterungsbau, der jedoch vor allem die Funktionsbereiche betraf. Um dem mit der ansteigenden Nachfrage einhergehenden Verwaltungsaufwand besser Herr zu werden, gründete die FDST außerdem in der Schädestraße das Kontaktbüro, das von Berlin aus die Koordination der Erholungsaufenthalte übernahm.<sup>189</sup> Am 05.03.1981 wurde der Erweiterungsbau fertiggestellt.<sup>190</sup> Er umfasste zwei neue Aufenthaltsräume; der frühere Turn- und Fernsehraum wurde künftig als medizinische Abteilung genutzt.<sup>191</sup>

Genau in diese Situation platzte am 22.12.1981 ein Schreiben des Senators für Gesundheit, Soziales und Familie an die FDST, das vor dem Hintergrund der zunehmenden Kostendämpfungsmaßnahmen in der bundesdeutschen Sozialpolitik seit Mitte der 1970er Jahre zu verstehen ist.<sup>192</sup> Darin kündigte er an, ab sofort aufgrund der angespannten Haushaltslage Berlins die Kosten der Erholungsreisen nicht mehr wie bisher zu übernehmen. Stattdessen würden die Bezirksämter nur noch die behinderungsbedingten Mehrkosten tragen. Das betraf vor allem die Kosten für die Begleitperson sowie zusätzliche Ausgaben für ihre Beförderung.<sup>193</sup> Dies bedeutete, dass die meisten Gäste ihren Aufenthalt ab sofort komplett oder wenigstens zum großen Teil selbst finanzieren mussten. Da die meisten dazu nicht in der Lage waren, brach die Belegung des Hauses von einem auf den anderen Tag drastisch ein und es drohte für 1982 ein großer Leerstand.<sup>194</sup> Die Stiftung reagierte mit verstärkten Marketingaktivitäten sowie einer konsequenten Ausrichtung des Angebotes auf Privatzahler. Anstatt weiter auf die Zuweisungen der Gäste von den Leistungsträgern zu warten, trat die FDST „in den freien Wettbewerb [ein] und muß nun den Fortbestand der Reisen selbst gewährleisten.“<sup>195</sup> Gleichzeitig stiegen „die Ansprüche [der Gäste S. W.] an den Komfort unseres Hauses“, denn die Privatzahler forderten für ihr Geld eine andere Leistung als die Gäste, die zuvor auf Kosten der Bezirksämter nach Bevensen geschickt worden waren.<sup>196</sup>

Die FDST setzte deswegen ihr schon 1980/1981 begonnenes Umbauprogramm bald wieder fort. Im Frühjahr 1983 wurde der bestehende Bettentrakt gründlich renoviert und ein neuer Trakt errichtet. 1984 folgten die Erweiterung des alten Bettentrakts und die Renovierung von Funktionsbereichen des Gästehauses.<sup>197</sup> Damit wuchs die Zahl der verfügbaren Betten auf 97. Die Renovierung war Teil eines Prozesses, in dessen Verlauf „das Erholungsheim einen Hotelcharakter“ bekam – auch wenn es weiterhin am Prinzip der Dreiwochenkuren mit gemeinsamer An- und Abreise festhielt.<sup>198</sup> Im Rückblick verlief dieser Umschwung auf Selbstzahler – auch aufgrund der Mithilfe des Kontaktbüros, das sich schrittweise zu einem Reisebüro entwickelte – besser und schneller als noch Ende 1981 zu erwarten war. Zwar ging 1982 die Belegung zunächst deutlich zurück, konnte aber im Laufe des Jahres durch die Zunahme der Privatreisenden annähernd kompensiert werden.<sup>199</sup> Schon 1983 nahm die Anzahl von Gästen sowie Übernachtungen wieder zu<sup>200</sup>, so dass Reichel in seinem Jahresbericht die „Umorientierung von Berliner Sozialhilfeempfängern zu selbstzahlenden Privatgästen“ als „erfolgreich abgeschlossen“ bezeichnete.<sup>201</sup> 1984 überstieg die Anzahl der Übernachtungen wieder den Stand von 1982.<sup>202</sup>

Die Entscheidung des Berliner Senators für Gesundheit, Soziales und Familie markierte eine Zäsur in der Geschichte des Gästehauses; sie war aber kein absoluter Bruch mit der vergangenen Belegungspraxis, sondern wurde durch verschiedene Begleitumstände abgefedert. Denn einerseits hatte der Anteil der Selbstzahler bereits im Laufe der 1970er Jahre deutlich zugenommen und lag 1981 schon bei etwa 25 %.<sup>203</sup> Andererseits bedeutete der Sparbeschluss nicht, dass die Bezirksämter überhaupt keine Reisekosten mehr übernahmen. Vielmehr förderten sie weiterhin Erholungskuren sowie Erholungsaufenthalte, wenn „die Notwendigkeit der Erholung im *ursächlichen* Zusammenhang“ mit einer Behinderung lag.<sup>204</sup> Darüber hinaus wurden auch weiterhin die Kosten für notwendige Begleitpersonen getragen. Dies hatte zur Folge, dass die Anzahl der von den Bezirksämtern verschickten Personen im Laufe der 1980er Jahre zwar drastisch sank und in den 1990er Jahren schließlich völlig an Bedeutung verlor. Kurzfristig gesehen finanzierten die Bezirksämter aber eben doch noch einen signifikanten Anteil der Gäste nach Bad Bevensen, der 1982 und 1983 jeweils ungefähr 30 % betrug.<sup>205</sup> Das Gästehaus Bad Bevensen durchlief eine radikale Veränderung; es öffnete sich zum Markt und stellte sich noch konsequenter als zuvor auf die Bedürfnisse der

**In den 1980er Jahren öffnete sich das Gästehaus Bad Bevensen zum Markt und stellte sich noch konsequenter als zuvor auf die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung ein, die es für einen Urlaub bei sich gewinnen wollte.**

Menschen mit Behinderung ein, die es für einen Urlaub bei sich gewinnen wollte. Aber es war eben ein Umbruch mit Vorgeschichte, die ihn zumindest zu einem gewissen Grad erleichterte. Dies schmälert nicht die Leistung der Stiftung, in kürzester Zeit ihr Konzept für den Arbeitsbereich Reisen grundlegend überarbeitet zu haben. Aber es erklärt die Geschwindigkeit und den schnellen Erfolg dieser Maßnahmen.

## II.6 OPERATIVE STIFTUNGSTÄTIGKEIT UND INNERE ORGANISATION

Mit der Villa Donnersmarck, dem Gästehaus Bad Bevensen und dem 1964 übernommenen Fürst Donnersmarck-Heim für Kinder mit Körperbehinderung in Frohnau<sup>206</sup> hatten sich in dem für die Stiftungsgeschichte bedeutsamen Zeitraum von ungefähr 1955 bis etwa 1970 mit der Rehabilitation, der Touristik sowie der Freizeit, Bildung, Beratung alle drei Arbeitsbereiche der FDST herausgebildet. Binnen ungefähr 15 Jahren gelang es dem Kuratorium nicht nur, das wirtschaftliche Fundament der Stiftung zu konsolidieren. Es gab ihr darüber hinaus ein inhaltliches Profil. Mit Recht konnte Hermann Binder 1960 anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Gartenstadt Frohnau sagen, die Stiftung sei gerade in den letzten Jahren „besonders aktiv“ geworden.<sup>207</sup> In einer Phase, in der die bundesrepublikanische Behindertenpolitik in erster Linie vom Primat der Arbeitsbefähigung, dem Ausbau großer Rehabilitationszentren und der Konzentration auf die Gruppe der Kriegsversehrten geprägt war, ging die Stiftung einen eigenständigen Weg.<sup>208</sup> Dies war sicherlich auch dadurch bedingt, dass die FDST zu Beginn der 1950er Jahre weder über eigene Gebäude noch über größere finanzielle Mittel verfügte und sich deswegen notgedrungen auf kleinere, eher explorative Vorhaben beschränken musste. Der Mangel der Nachkriegszeit barg damit den Keim für die spätere Entwicklung der Stiftung. Ihr anfangs stark eingeschränkter finanzieller Spielraum sowie die personelle Verbindung zu den Nachbarschaftsheimen lassen sich demnach als ausschlaggebend für die grundlegende Ausrichtung auf sozialpädagogische Arbeit sowie touristische Angebote für Menschen mit Behinderung interpretieren. Doch behielt die FDST die beiden Arbeitsschwerpunkte auch nach dem enormen Anwachsen des Stiftungsvermögens in den 1960er und vor allem 1970er Jahren bei. Gleichzeitig weitete sie ihre Handlungsfelder systematisch aus. So war die Stiftung an der Entstehung der Berliner Werkstätten für Behinderte (BWB) beteiligt. Diese gingen auf die Initiative der Hauptfürsorgestelle beim Senator für Arbeit und Sozialwesen zurück. Seit 1960 führte sie mehrere Projektlehrgänge durch, in deren Rahmen die Chancen und Grenzen der Berufsausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung ausgelotet wurden. Diese Projekte, in denen auch mehrere „Donnersmärcker“ beschäftigt wurden, sollten nun durch

die Gründung einer eigenen Werkstatt verstetigt werden. Die Mitarbeiter erhielten dort eine Aufwandsentschädigung von 5 DM am Tag; die spätere Übernahme in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis war konzeptionell zumindest vorgesehen.<sup>209</sup> Die Gründung der BWB fand am 04.05.1962 statt. Das Anfangskapital von 100.000 DM wurde zu 75 % vom Berliner Senat übernommen. Die restlichen 25.000 DM wurden zu unterschiedlichen Teilen von der Arbeiterwohlfahrt, dem VdK Landesverband Berlin und der FDST getragen. Wenig später schloss sich noch der Reichsbund der Körperbehinderten dem Kreis der Gesellschafter an.<sup>210</sup> Ungeachtet der später an den Werkstätten aufkommenden Kritik<sup>211</sup> waren derartige Angebote für Menschen mit Behinderung Anfang der 1960er Jahre in Deutschland noch selten und wurden als sozialpolitischer Fortschritt angesehen. Angeregt wurden sie durch die 1958 gegründete „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind“, die sich wiederum an Vorbildern etwa aus Skandinavien oder den Niederlanden orientierte.<sup>212</sup> Eine juristische Grundlage und damit auch sichere Finanzierung der Werkstätten gab es mit dem Arbeitsförderungsgesetz von 1969 erst sieben Jahr nach der Gründung der BWB.<sup>213</sup>

Ausgehend von der sozialpädagogischen Gruppenarbeit hatte die FDST eine dynamische Entwicklung durchlaufen, an deren Ende ein ungewöhnliches und heterogenes Angebotsprofil stand. Anders als viele andere Organisationen für Menschen mit Behinderung betrieb die Stiftung nicht nur eine einzige Großeinrichtung. Vielmehr engagierte sie sich – wie es Oskar Gummig schon 1955 programmatisch formuliert hatte – in Bereichen, die durch den Sozialstaat nur unzureichend abgedeckt wurden.<sup>214</sup> Dadurch entstanden eine

Vielzahl eher kleinerer Angebote, die nicht selten Modellcharakter hatten. Die Förderung der Versehrtengruppen, die „Fahrten des guten Willens“, das Gästehaus Bad Bevensen oder die Beteiligung an den BWB waren allesamt Initiativen, für die es zu dem jeweiligen Zeitpunkt keine oder nur wenige deutsche Vorbilder gab. Während der massiv expandierende Sozialstaat die wirtschaftliche Situation von Menschen mit Behinderung zumindest weitgehend absicherte, konzentrierte sich die FDST – von der Übernahme des Frohnauer Kinderheims abgesehen – mit diesen Angeboten auf die Förderung ihrer Teilhabe an der Gesellschaft.<sup>215</sup> Charakteristisch für das operative Geschäft der Stiftung war darüber hinaus von Beginn an dessen auf Kooperation angelegte Organisation. Sie realisierte viele Projekte nicht allein, sondern setzte – Mitte der 1950er Jahre gezwungenermaßen – ihr marktwirtschaftlich

Die Fürst Donnersmarck-Stiftung setzte ihre Mittel für Projekte ein, die durch den Sozialstaat nur unzureichend abgedeckt wurden. Dadurch entstand eine Vielzahl eher kleinerer Angebote mit Modellcharakter.



generiertes Stiftungskapital gemeinsam mit anderen Akteuren wie den Nachbarschaftsheimen, der Deutschen Klassenlotterie Berlin oder dem Berliner Senat ein. Durch ihr finanzielles Engagement mobilisierte sie „auch fremde Gelder“ für die Unterstützung von Menschen mit Behinderung.<sup>216</sup> Insofern ist das operative Geschäft der Fürst Donnersmarck-Stiftung ein anschauliches Beispiel für die Funktionsweise des „Dritten Sektors“, der durch eine Verbindung von wirtschaftlichem und sozialem Handeln einen Mehrwert schafft, der über seine einzelnen Bestandteile hinausgeht. Die Grundlage dieser Tätigkeiten bildete aber das durch den Waldverkauf aktivierte Stiftungsvermögen. Dieses versetzte das Kuratorium erst in die Lage, eine aktive Stiftungspolitik zu betreiben. Erst ihr gewachsenes Vermögen machte die Stiftung als potentiellen Kooperationspartner für andere Organisationen interessant. Ökonomischer Aufschwung und inhaltliche Ausdifferenzierung gingen Hand in Hand.

Mit dem wachsenden Engagement in den Nachbarschaftsheimen ging gleichzeitig ein Umdenken im Kuratorium der Fürst Donnersmarck-Stiftung einher. Waren dessen Entscheidungen zu Beginn stark von den jeweiligen Einzelinteressen der Kuratoriumsmitglieder geprägt, änderte sich dieser Zustand seit den 1950er Jahren spürbar. Die Stiftung verfolgte nun eine selbstständige Politik; künftig setzte sich das Kuratorium dafür ein, eigene Projekte zu definieren und umzusetzen. Damit entfernte sich die FDST aber von dem ursprünglichen Ziel, eine Forschungsstätte zu schaffen. Diese Entwicklung schlug sich schließlich in einer Änderung des Namens der Organisation nieder. Schon 1962 hatte Binder im Kuratorium angeregt, den Namen der Stiftung den veränderten Gegebenheiten anzupassen. Denn die Selbstbezeichnung als Institut führe immer wieder zu Missverständnissen.<sup>217</sup> Das Kuratorium entschied sich aus finanziellen Erwägungen zunächst gegen eine Umbenennung<sup>218</sup>, fast auf den Tag genau fünf Jahre später folgte es aber doch dem Vorschlag des Geschäftsführers.<sup>219</sup> Aus der Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut wurde die Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin – eine Bezeichnung, die das Kuratorium schon mehrere Jahre lang bevorzugt gebraucht hatte. Die Umbenennung war in gewisser Weise der offizielle Abschluss einer inhaltlichen Neudefinition und gleichzeitigen Intensivierung der Stiftungsaktivitäten. Die Geschwindigkeit der Organisationsentwicklung hatte jedoch auch eine Kehrseite. Einerseits hatte sie zur Folge, dass sich die Stiftung ganz auf sich und die eigenen Aufgaben konzentrierte und den behindertenpolitischen Debatten der 1950er bis 1970er Jahre weitgehend passiv gegenüberstand. Wichtige Meilensteine in der Geschichte von Menschen mit Behinderung wie die Gründung der „Lebenshilfe“ oder der Contergan-Skandal<sup>220</sup> wurden von Kuratorium und Mitarbeitern zwar beobachtet, aber nicht aktiv begleitet. Andererseits – und dies war für die Institution selbst bedeutsamer – stellte das bloße Wachstum der Organisation die Führungsgruppe um Binder, Schian und Vogel

vor große Herausforderungen. Denn damit stieg der Verwaltungsaufwand für den Geschäftsführer und es wurde für ihn zunehmend schwieriger, die unterschiedlichen Arbeitsbereiche der Stiftung zusammenzuführen. Aufgrund der Heterogenität der Angebote und – im Falle Bad Bevensens bis zur deutschen Wiedervereinigung – der räumlichen Distanz zur Verwaltung, tendierten die verschiedenen Arbeitsbereiche der FDST zu einer gewissen Autonomisierung. Die Einrichtungen neigten dazu, eigenständige, von der Verwaltung unabhängige, Entscheidungsmechanismen auszubilden. Diese Tendenz birgt zwar einerseits das Potential für neue Ideen, macht aber andererseits eine systematische und kontinuierliche Weiterentwicklung der Gesamtorganisation bisweilen kompliziert. Insbesondere Hermann Binder geriet aufgrund dieser Verselbstständigungsprozesse immer wieder in Konflikt mit den Leitern der Einrichtungen.

### Ein neuer Geschäftsführer

Mit der Personalie Binders war die letzte richtungsweisende Entscheidung des Kuratoriums in der Phase von 1945 bis 1970 verbunden. Denn seit Mitte der 1960er Jahre zeichnete sich ab, dass seine Ära als Geschäftsführer zu Ende ging und man sich nach einem Nachfolger umsehen musste. Am 31. 12. 1970 ging Hermann Binder in den Ruhestand. Das Kuratorium wählte den Volkswirt Ekkehard Reichel zu seinem Nachfolger. Dieser arbeitete seit dem 01.01.1964 für Schians Verein zur Errichtung evangelischer Krankenhäuser.<sup>221</sup> Seit Beginn dieser Tätigkeit übernahm er kontinuierlich ansteigende Aufgaben für die Stiftung im Bereich Buchhaltung und Rechnungslegung.<sup>222</sup> Er besaß eine wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung, kann-

te die Stiftung gut und hatte darüber hinaus durch seine vorherige Beschäftigung intensive Erfahrungen im sozialen Sektor sammeln können. Damit erfüllte er die Anforderungen des Kuratoriums an den neuen Geschäftsführer. Am 14.12.1970 wurde er zum Nachfolger Binders gewählt; schon zuvor wirkte Reichel aktiv an den Grundstücksverhandlungen in Bevensen mit.<sup>223</sup> Zum 01.01.1971



Geschäftsführer Ekkehard Reichel  
an seinem Schreibtisch

übernahm er endgültig seine neue Stelle, zu der auch die Aufgabe als Geschäftsführer der St. Gertraudt-Stiftung gehörte.<sup>224</sup> Damit verbunden war ein Umzug der Verwaltung von Binders Wohnhaus in der Zeltinger Str. 57 in Frohnau in die Zehlendorfer Hagenstraße 23, wo die Stiftung bis 1990 bleiben sollte.<sup>225</sup> Anders als Binder wurde Reichel nicht mehr Teil des Kuratoriums. Dadurch bildete sich eine Aufgabenteilung zwischen dem operativen Stiftungsmanagement durch den Geschäftsführer und dem überwachenden Kuratorium als Steuerungsgremium heraus.<sup>226</sup> Mittelfristig bedeutete dies eine Entlastung der ehrenamtlich tätigen Kuratoriumsmitglieder und eine Professionalisierung der Geschäftsführung, die sich nun ausschließlich auf diese Aufgabe konzentrieren konnte. Gleichzeitig wurde mit dem absehbaren Ausscheiden Binders als Kuratoriumsmitglied eine neuerliche Verfassungsänderung nötig. Durch den Waldverkauf war schon 1967 „das Ende der Forstwirtschaft“ der FDST abzusehen, sodass es eines Forstfachmanns im Kuratorium nicht mehr bedurfte.<sup>227</sup> Im Januar 1972 wurde daher im Umlaufverfahren die ersatzlose Streichung dieser Bestimmung beschlossen; am 28.02.1972 erhielt sie die Genehmigung durch das Stiftungsaufsichtsamt.<sup>228</sup> Damit war eine Ära der Stiftungsgeschichte, in der die Organisation aus relativ bescheidenen Anfängen eine beachtliche Dynamik entwickelt hatte, endgültig zu Ende gegangen. Es blieb Ekkehard Reichel vorbehalten, die FDST in den kommenden Jahren zu noch größerem Wachstum zu führen – die Grundlage dafür schuf der fast vollständige Verkauf des der Stiftung verbliebenen Geländes in Frohnau an das Land Berlin im Jahr 1973.

- 
- 1 Vgl. Kowark: Entwicklung der Stiftungslandschaft seit Gründung des Deutschen Kaiserreiches mit Blick auf Berlin-Brandenburg, S. 11-30, hier S. 19-22. Eine systematische Auseinandersetzung mit der finanziellen Situation der Stiftungen vor allem in Bayern bieten Schuster, E.; Gunzert, R.: Die Lage der Stiftungen nach der Währungsunion, in: Franz, Albert K. u. a. (Hrsg.): Deutsches Stiftungswesen 1948-1966, Tübingen 1976, S. 21-57.
  - 2 Ludwig, Andreas: Soziale Stiftungen, in: Adam u. a. (Hrsg.): Stiftungen seit 1800, S. 17-21, hier S. 21.
  - 3 Vgl. Entwurf Schreiben Klaar an Guidotto Fürst von Donnersmarck vom 08.09.1947. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-20, unpaginiert.
  - 4 Für den Wortlaut des Gesetzes vgl. Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Amerikanisches Kontrollgebiet. Ausgabe A, hrsg. vom Office of Military Government for Germany (U. S.), [Frankfurt am Main]

1946, S. 24-30. Zur Besatzungspolitik der Alliierten in Berlin und dem Gesetz 52 vgl. grundsätzlich Ribbe, Wolfgang: Vom Vier-Mächte-Regime zur Bundeshauptstadt (1945-2000), in: Ders. (Hrsg.): Geschichte Berlins. Zweiter Band. Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, 3. Auflage, Berlin 2002, S. 1027-1208, v. a. S. 1072-1073.

- 5 Schreiben des Französischen Militärgouvernements an Klaar vom 17.01.1947. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-20, unpaginiert.
- 6 Vgl. Schreiben Stiftungsaufsichtsamt an Klaar vom 13.06.1946. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-19, unpaginiert; Schreiben Guidotto von Donnersmarck an das Stiftungsaufsichtsamt vom 11.10.1946. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-19, unpaginiert; Schreiben Stiftungsaufsichtsamt an Guidotto von Donnersmarck vom 28.05.1947. EZA 103/20, Bl. 112.

- 7 Vgl. Schreiben des Magistrats der Stadt Berlin an Klaar vom 06.02.1946. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-19, unpaginiert.
- 8 Abschrift Schreiben Stiftungsaufsichtsamt an Guidotto von Donnersmarck vom 11.09.1946. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-19, unpaginiert.
- 9 Vgl. Entwurf Schreiben Klaar an Fürst von Donnersmarck vom 10.01.1947. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-20, unpaginiert; Abschrift Schreiben Guidotto von Donnersmarck an den Senat der Stadt Berlin vom 11.06.1947. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-20, unpaginiert.
- 10 Entwurf Schreiben von Klaar an Guidotto von Donnersmarck vom 04.05.1947. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-20, unpaginiert.
- 11 Vgl. Binder, Hermann: Das Kuratorium der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin und seine Mitglieder vom 17.05.1962, S. 5-6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-23, unpaginiert.
- 12 Zu Grüber vgl. Besier, Gerhard: Heinrich Grüber – Pastor, Ökumeniker, Kirchenpolitiker, in: Jahrbuch der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte 89 (1991), S. 363-384. Heute pflegt die FDST gute Beziehungen zur Enkelin des Propstes, Kathrin Grüber. Sie ist die Leiterin des Berliner Instituts Mensch, Ethik, Wissenschaft (IMEW), das mit der Stiftung kooperiert.
- 13 Vgl. Binder: Das Kuratorium der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin und seine Mitglieder vom 17.05.1962, S. 5-6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-23, unpaginiert.
- 14 Es bestand aus Guidotto von Donnersmarck, Richard Klaar, Hermann Binder, Heinrich Grüber, Oskar Gummig, Walter Koch, Walter Schmidt, Erich Wohlfahrt, Ferdinand Friedensburg und Walter Conrad.
- 15 Vgl. Weichbrodt, Stephan: Die Geschichte der St. Gertraud-Stiftung Berlin von 1911 bis 2011. Eine Festschrift zum 600. Jubiläum der Stiftung am Trinitatissonntag 2011, Berlin 2011, hier v. a. S. 35-44.
- 16 Abschrift Schreiben Stiftungsaufsichtsamt Berlin an Guidotto von Donnersmarck vom 28.05.1947. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-20, unpaginiert.
- 17 Schreiben des Magistrats von Groß-Berlin an Binder vom 09.08.1949. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-19, unpaginiert.
- 18 Mit dem Begriff des „Schwerbeschädigten“ wurden neben Kriegsversehrten vor allem auch Unfallverletzte bezeichnet.
- 19 Rudloff, Wilfried: Im Schatten des Wirtschaftswunders. Soziale Probleme, Randgruppen und Subkulturen 1949 bis 1973, in: Schlemmer, Thomas; Woller, Hans (Hrsg.): Bayern im Bund. Band 2. Gesellschaft im Wandel 1949-1973, München 2002, S. 347-467, hier S. 365.
- 20 Vgl. Poore, Carol: Disability in Twentieth-Century German Culture, Ann Arbor 2007, S. 154-169.
- 21 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 07.10.1949. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 22 Vgl. Schreiben Binder an den Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Rechtswesen und das Stiftungsaufsichtsamt vom 30.06.1950. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-19, unpaginiert.
- 23 Jahresbericht FDST 1950, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-21.
- 24 Vgl. Dienstvertrag zwischen der Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut und Herrmann Binder vom 17.05.1957. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-58, unpaginiert; Protokoll Kuratoriumssitzung vom 21.07.1949. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-20, unpaginiert.
- 25 Vgl. Inventar. Vermögens- und Schuldeile der Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut zu Berlin, in Berlin-Frohnau. Stand: 01.01.1950. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert. Vor der Währungsreform hatte es noch 3.412.665 RM betragen.
- 26 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 19.02.1953, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 27 Vgl. Jahresbericht FDST 1952, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-21.
- 28 Bericht über das Geschäftsjahr 1949, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-21, unpaginiert. Hervorhebung im Original.
- 29 Vgl. Schian, Walter: Die Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin und ihr Kuratorium. Unveröffentlichtes Manuskript Berlin 1979, S. 42.
- 30 Vgl. Binder: Das Kuratorium der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin und seine Mitglieder vom 17.05.1962, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-23, unpaginiert. Zur Kritik an Friedensburg vgl. u. a. Schreiben Hermann Gehann an Friedensburg vom 22.10.1952. LA Berlin B Rep. 002 Nr. 4928, unpaginiert.
- 31 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 15.02.1950, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 32 Zur Wahl Schians und Gehanns vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 18.10.1950, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-46, unpaginiert.
- 33 Vgl. Schreiben Schian an Vogel vom 13.04.1955. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-22, unpaginiert.
- 34 Vgl. Schreiben Guidotto von Donnersmarck an Binder vom 31.08.1955. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-22, unpaginiert.

- 35 Deswegen wurde beispielsweise auf der Kuratoriumssitzung vom 15.06.1955 der langjährige Mitarbeiter der FDST, Ernst Bortz, dem Grafen von Donnersmarck als Nachfolger des ausscheidenden Klaars vorgezogen. Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 15.06.1955, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-208, unpaginiert.
- 36 Vgl. Schreiben Guidotto von Donnersmarck an Binder vom 31.08.1955. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-22, unpaginiert; Protokoll Kuratoriumssitzung vom 21.03.1956. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 37 Der logistische Aufwand für Kraft von Donnersmarck wird deutlich in der Korrespondenz zwischen ihm und Binder in der Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-17, unpaginiert.
- 38 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 17.05.1957, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 39 Ende des Jahres 1955 gehörten Kraft von Donnersmarck, Binder, Wohlfahrt, Gummig, Gehann, Schian, Friedrich von Bergmann, Wladimir Lindenberg, Ernst Bortz und Vogel dem Kuratorium an.
- 40 Vgl. Jahresbericht FDST 1959, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-21. Vgl. außerdem Binder: Aktenvermerk über den augenblicklichen Stand der Holzpreise in Berlin vom 01.04.1965. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-191, unpaginiert.
- 41 Vgl. Geschäftsbericht FDST 1969, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-124, unpaginiert.
- 42 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 08.06.1954, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-20, unpaginiert.
- 43 Vgl. Schreiben Grüber an Friedensburg vom 05.12.1953. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 44 Vgl. Abschrift Schreiben Vogel an das Kuratorium der FDST vom 09.07.1958, S. 5-9. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-208, unpaginiert.
- 45 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 04.07.1955. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-169, unpaginiert.
- 46 Vgl. Abschrift Schreiben Vogel an das Kuratorium der FDST vom 09.07.1958, S. 1-5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-208, unpaginiert.
- 47 Vgl. Aktennotiz Vogel vom 16.07.1958, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-61, unpaginiert.
- 48 Vgl. Abschrift Schreiben Vogel an die Hilfswerk-Siedlung GmbH vom 01.09.1964. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-46, unpaginiert.
- 49 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 06.04.1955, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 50 Vgl. Erläuterungen zu den anliegenden Zusammenstellungen der Bilanzen 1950-1956. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-21, unpaginiert.
- 51 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 22.03.1961, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-99, unpaginiert. Hervorhebung im Original.
- 52 Vgl. Aufstellung über die Geländeverkäufe in Frohnau. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-752, unpaginiert.
- 53 Erste Pläne für den Ankauf von Büro- und Wohngebäuden wurden bereits 1955 angestellt. Sie waren damals noch mit der Idee verbunden, das Gebäude als Sitz der Geschäftsführung zu nutzen. Umfangreichere Erwerbungen fanden allerdings erst seit den 1960er und vor allem in den 1970er Jahren statt. Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 25.10.1955, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert. So wurden 1960 unter anderen die Objekte in der Antonienstraße 45, der Gerviniusstraße 17, dem Kottbusser Damm 67 und der Quitzowstraße 146/Ecke Perleberger Straße 3 erworben und dafür 814.000 DM inklusive Nebenkosten aufgewendet. Vgl. Schreiben Vogel an das Kuratorium der FDST vom 24.03.1960. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-84, unpaginiert.
- 54 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 03.10.1958, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 55 Vgl. Aktenvermerk Binder, Herrn Vogel zur Kenntnis vom 07.04.1959. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-89, unpaginiert.
- 56 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 25.04.1958, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12.
- 57 Vgl. Abschrift Schreiben Gehann an das evangelische Konsistorium Berlin-Brandenburg vom 03.05.1958. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 58 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 09.02.1959, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-208, unpaginiert.
- 59 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 30.06.1958, S. 1-2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert; Protokoll Kuratoriumssitzung vom 14.07.1958, S. 1-2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 60 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 09.02.1959, S. 2-3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-208, unpaginiert.
- 61 Schreiben Vogel an die Hilfswerk-Siedlung GmbH vom 05.05.1959. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-89, unpaginiert.

- 62 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 08.05.1959, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 63 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 29.12.1959, S. 1-2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 64 Als Kurator war von Bergmann Verwaltungsleiter der Universität. Seit 1969 trug er die Bezeichnung Kanzler.
- 65 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 29.12.1959, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 66 Vgl. Notariatsvertrag vom 12.01.1960. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-61, unpaginiert; Jahresbericht FDST 1959, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-21.
- 67 Vgl. Jahresbericht FDST 1960, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-82.
- 68 Vgl. Schreiben Schian an Wohlfahrt vom 07.01.1960. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-208, unpaginiert.
- 69 Jahresbericht FDST 1959, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-21; Abschrift Schreiben Bortz an das Kuratorium vom 30.12.1959. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-208, unpaginiert.
- 70 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 04.04.1960, S. 2-3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-208, unpaginiert.
- 71 Vgl. Jahresbericht FDST 1969, S. 1 und 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-91.
- 72 Schian: Einige Bemerkungen zu aktuellen Grundsatzfragen vom 25.10.1958, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-61, unpaginiert.
- 73 Vgl. Ebd., S. 2.
- 74 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 19.11.1951, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert; Jahresbericht FDST 1951, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-21.
- 75 Vgl. Schreiben Gehann an Binder vom 25.11.1954. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-194, unpaginiert; Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 25.10.1955, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 76 Vgl. Aktenvermerk über die Rücksprachen mit Herrn Professor Dr. A. N. Witt von Guidotto von Donnersmarck vom 04. und 08.10.1955. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-17, unpaginiert.
- 77 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 23.06.1952, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 78 Rudloff: Im Schatten des Wirtschaftswunders, S. 347-467, hier S. 389.
- 79 Die Berliner Nachbarschaftsheime wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit gegründet und waren soziale Treffpunkte, die einen Beitrag gegen die Isolierungstendenzen in der Großstadt leisteten. Zur Geschichte der Nachbarschaftsheime in Berlin vgl. Niefeld, Gundi: Sozial-kulturelle Arbeit im Wandel der Zeit. Die Geschichte des Nachbarschaftsheimes Schöneberg, Berlin 1995.
- 80 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 19.02.1953, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 81 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 09. und 12.11.1953, S. 1-2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 82 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 15.02.1954, S. 1-2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 83 Vgl. Jahresbericht FDST 1954, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-21.
- 84 Vgl. Paul Neukirchen: Jahresabschluß-Bericht 1954 und Planung 1955 der Schwerversehrten-Gruppen vom 10.01.1955, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 85 Jahresbericht sozialpädagogische Gruppenarbeit 1955/1956, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-188.
- 86 Vgl. Jaeckel, Elli: Neuköllner Neuste Nachrichten, in: WIR. Zeitschrift der Versehrtengruppen der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1974) April-Ausgabe, o. S.
- 87 Vgl. rückblickend Golka, Thomas: Das Interview mit Hans-Joachim Böhm, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1988) 3, S. 3-6.
- 88 Vgl. Müller, C. Wolfgang: Vom Weiterleben der Methoden der Sozialen Arbeit. Gruppenpädagogik und Haus Schwalbach, in: Soziale Arbeit 55 (2006) 4, S. 122-126.
- 89 Bernet, Claus: Gruppenpädagogik am Anfang der Bundesrepublik Deutschland. Methodenlehre, Sexualerziehung und pädagogische Arbeit mit Soldaten, in: Soziale Arbeit 59 (2010) 9, S. 341-346, hier S. 342.
- 90 Neukirchen, Paul: Gruppenarbeit mit Schwerversehrten. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-173, unpaginiert.
- 91 Neukirchen, Paul: Nachbarschaftsgruppen für Schwerbeschädigte, in: Der Schwerbeschädigte. Rundbrief der Arbeitsgemeinschaft „Lebensschau der Schwerbeschädigten“ 2 (1955) 7, S. 27. Hervorhebung im Original.
- 92 Zu den Aufgaben des Gruppenleiters vgl. Jaeckel, Elli: Warum Gruppenleiter?, in: WIR. Die Nachbarschaftsgruppen der Fürst Donnersmarck-Stiftung (1954) 1, o. S.

- 93 Vgl. u. a. Lenz, Friedrich: Schulung ohne Langeweile, in: WIR. Die Nachbarschaftsgruppen der Fürst Donnersmarck-Stiftung (1955) 4, o. S.
- 94 Jahresbericht 1957, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-21.
- 95 Vgl. Gliederung der Sozialpädagogischen Betreuung der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-224, unpaginiert.
- 96 Vgl. Bericht über die Versehtenarbeit der Sozialpädagogischen Arbeitsstelle von Gisela Neukirchen vom 15.03.1960, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-173, unpaginiert.
- 97 Vgl. WIR. Die Nachbarschaftsgruppen der Fürst Donnersmarck-Stiftung (1954) 1. Die vollständigen Jahrgänge der Zeitschrift liegen im Archiv der FDST vor.
- 98 Vgl. Neukirchen, Paul: Die Nachbarschaftsgruppen der Schwerversehrten. Vortrag von Paul Neukirchen in der Berliner Arbeitsgemeinschaft am 24.02.1955, in: Verband Deutscher Nachbarschaftsheim e. V. Berliner Arbeitsgemeinschaft Rundbrief Nr. 5 vom 01.11.1955, S. 5-6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-83, unpaginiert.
- 99 Schreiben Wohlfahrt an Neukirchen vom 17.08.1955. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-208, unpaginiert.
- 100 Jahresbericht FDST 1954, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-21.
- 101 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 07.09.1955. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert; Protokoll Kuratoriumssitzung vom 30.04.1956. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 102 Zur Bedeutung der sozialpädagogischen Gruppenarbeit der FDST aus Sicht der Nachbarschaftsheim e. Vgl. Niefeld: Sozial-kulturelle Arbeit im Wandel der Zeit, S. 52-57.
- 103 Vgl. Sozialpädagogische Arbeitsstelle für Versehrte (Arbeitsgemeinschaft des Fürst Donnersmarck-Instituts und der Berliner Nachbarschaftsheim e). Konstituierende Sitzung vom 14.04.1958. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-245, unpaginiert. Die 2.146 DM, die der Verband Deutscher Nachbarschaftsheim e 1959 zur Arbeit der FDST beisteuerte, mögen nicht sehr viel erscheinen. Sie müssen aber vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die Stiftung bis zum Geländeverkauf an die DeGeWo selbst nur über sehr begrenzte Mittel verfügte. Vgl. Schreiben Irma Müller-Edom für den Verband Deutscher Nachbarschaftsheim e an Neukirchen vom 15.06.1959. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-188, unpaginiert.
- 104 Vgl. Schreiben Gehann an das Kuratorium der FDST vom 28.01.1955. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert. Hervorhebung im Original.
- 105 Geschäftsordnung für den sozialpädagogischen Ausschuß. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-188, unpaginiert.
- 106 Vgl. Neukirchen, Paul: Jahresabschluß-Bericht 1954 und Planung 1955 der Schwerversehrten-Gruppen vom 10.01.1955, S. 4-5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 107 Vgl. Freizeitheim für Versehtenförderung. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-183, unpaginiert.
- 108 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 23.10.1957, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-169, unpaginiert.
- 109 Vgl. Neukirchen, Paul: Zwei Schritte auf dem Weg, in: WIR. Die Donnersmäcker. Nachbarschaftsgruppen der Schwerversehrten (1957) 8, o. S.
- 110 Vgl. RIW: Freizeit-Gelände Frohnau. Ein Werk der Gemeinschaft, in: WIR. Die Donnersmäcker. Nachbarschaftsgruppen der Schwerversehrten (1957) 9, o. S.; o. V.: Wieder Arbeitslager auf unserem Gelände!, in: WIR. Die Donnersmäcker. Nachbarschaftsgruppen der Schwerversehrten (1958) 5, o. S.
- 111 Vgl. Geländeordnung, in: WIR. Die Donnersmäcker. Nachbarschaftsgruppen der Schwerversehrten (1959) 7, o. S.
- 112 Vgl. Wucherpfennig, Paul: Vier Jahre Frohnauer Freizeitgelände, in: WIR. Monatsschrift der Versehten-gruppen der „Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut“ in den Berliner Nachbarschaftsheimen (1961) 8, S. 3.
- 113 Vgl. Konzept: Freizeit-Heim für Versehten-Förderung. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-246, unpaginiert.
- 114 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 30.06.1958, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 115 Vgl. Schreiben Neukirchen an Wohlfahrt vom 25.10.1958. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-188, unpaginiert.
- 116 Vgl. Wucherpfennig, Paul: Frohnauer Nachrichten, in: WIR. Die Donnersmäcker. Nachbarschaftsgruppen der Schwerversehrten (1959) 8, o. S.; Kirks, Erich: Bald geht es wieder nach Frohnau!, in: WIR. Monatsschrift der Versehtengruppen der „Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut zu Berlin“ in den Nachbarschaftsheimen (1965) Mai-Ausgabe, o. S.
- 117 Vgl. Protokoll Verwaltungsausschuss vom 09.10.1970. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-90, unpaginiert.
- 118 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 21.10.1971, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-81, unpaginiert.



- 119 Vgl. Dreierausschuss: Exposé. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-84, unpaginiert.
- 120 Vgl. Abschrift Kaufvertrag vom 19.06.1929. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-212, unpaginiert.
- 121 Vgl. Abschrift Schreiben Schian vom 22.08.1960. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-84, unpaginiert. Jacobs war zusammen mit Guido von Donnersmarck am 04.04.1960 zum Kuratoriumsmitglied gewählt worden. Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 04.04.1960, S. 2-3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-208, unpaginiert.
- 122 Vgl. Notarieller Kaufvertrag vom 22.08.1960. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-8, unpaginiert; Notarieller Kaufvertrag vom 22.08.1960. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-8, unpaginiert.
- 123 Vgl. Wucherpfennig, Paul: Einweihung des Versehrten-Zentrums, in: WIR. Monatsschrift der Versehrtengruppen der „Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut“ in den Berliner Nachbarschaftsheimen (1962) 12, S. 4-6; Jahresbericht FDST 1961, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-82.
- 124 Vgl. Schreiben Gisela Neukirchen an Binder vom 29.05.1961. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-183, unpaginiert.
- 125 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 03.11.1960, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-169, unpaginiert.
- 126 Vgl. Neukirchen, Gisela: Für das vor uns liegende Jahr 1962, in: WIR. Monatsschrift der Versehrtengruppen der „Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut“ in den Berliner Nachbarschaftsheimen (1962) 1, S. 4.
- 127 Schreiben Neukirchen an Schian und Wohlfahrt vom 11.09.1958. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-188, unpaginiert.
- 128 Vgl. Protokoll der Sitzung der Gruppenleiter vom 20.05.1959, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-245, unpaginiert.
- 129 Ehrenbrief für Paul Neukirchen, in: WIR. Die Donnersmärcker. Nachbarschaftsgruppen der Schwerversehrten (1958) 12, o. S.
- 130 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 03.11.1960, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-169, unpaginiert. Hervorhebung im Original.
- 131 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 17.04.1963, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-169, unpaginiert.
- 132 Vgl. Jahresbericht Schädestraße 1961, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-79; Jahresbericht Schädestraße 1967, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-79; Jahresbericht Schädestraße 1968, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-79.
- 133 Vgl. Westermann, Daniel: Die XXI. Weltspiele der Ge-lähmten in Heidelberg 1972. Entstehungsgeschichte und Ablauf, Heidelberg 2014.
- 134 Zur Entwicklung des Behindertensports in Deutschland vgl. Wedemeyer-Kolwe, Bernd: Vom „Versehrenturen“ zum Deutschen Behindertensportverband (DBS). Eine Geschichte des deutschen Behindertensports, Hildesheim 2011.
- 135 Vgl. Satzung der Versehrten-Sportgemeinschaft der Stiftung Fürst Donnersmarck. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-200, unpaginiert.
- 136 Vgl. etwa Seeger, Jürgen: Jetzt geht es los! Unsere VSG hatte einen guten Start!, in: WIR. Monatsschrift der Versehrtengruppen der „Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut“ in den Berliner Nachbarschaftsheimen (1962) 3, S. 11-12; H-J-S: Mitgliederversammlung der VSG, in: WIR. Monatsschrift der Versehrtengruppen der „Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut zu Berlin“ in den Nachbarschaftsheimen (1964) 3, S. 6-8.
- 137 Vgl. Jahresbericht Schädestraße 1967, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-82.
- 138 Vgl. o. V.: Erstes Seminar junger Behinderter, in: Der Tagesspiegel vom 18.08.1970. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-46, unpaginiert.
- 139 Vgl. Vertrag zwischen dem Land Berlin, vertreten durch das Bezirksamt Charlottenburg und der FDST vom 03.09.1968. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-172, unpaginiert.
- 140 Vgl. Protokoll über die Gruppenleitersitzung vom 23.06.1969. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-172, unpaginiert.
- 141 1972 wurde die Pauschale auf 25 DM und von da an kontinuierlich auf 70 DM im Jahr 1979 erhöht. 1984 erhielt die FDST einen Kostensatz in Höhe von 80 DM. Ihre Ausgaben lagen jedoch bei 153,01 DM pro Gruppenmitglied. Vgl. Rundschreiben Senator für Arbeit und Soziales an die Bezirksamter von Berlin vom 16.10.1972; Kopie Schreiben Senator für Arbeit und Soziales an die FDST vom 20.06.1979. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-65, unpaginiert; Schreiben Reichel an den Senator für Arbeit und Soziales vom 21.12.1984. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-65, unpaginiert.
- 142 Noch 1997 unterstützte die Stiftung Hilfswerk Berlin die Erholungsdurchgänge in der Villa Donnersmarck mit einem Betrag von 12.000 DM. Vgl. Schreiben Wolfgang Schröder an die Stiftung Hilfswerk Berlin vom 30.07.1997. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-65, unpaginiert. Zu den Erholungszeiten vgl. das kommende Unterkapitel.
- 143 Dies war auch einer der Gründe, die aus Sicht des Kuratoriums für den Ankauf einer eigenen Immobilie sprachen. Vgl. Aufgaben und Zielsetzung eines

- Versehrtenheimes der Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut [um 1959]. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-173, unpaginiert.
- 144 Ähnliche Heil- und Erholungsstätten vor allem für Kriegversehrte gab es auch in anderen Städten – etwa das Hamburger Landhaus Waldesruh. Ihr Betrieb konnte allerdings oftmals nicht auf Dauer gestellt werden. Vgl. Krukowska, Uta: Kriegversehrte. Allgemeine Lebensbedingungen und medizinische Versorgung deutscher Versehrter nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Britischen Besatzungszone Deutschlands – dargestellt am Beispiel der Hansestadt Hamburg, Hamburg 2006, S. 63-66.
- 145 Vgl. Jahresbericht FDST 1963, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-82.
- 146 Vgl. Bericht über die Versehrtenarbeit im Jahre 1965, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-185, unpaginiert.
- 147 Vgl. Uscha: Besuch aus England, in: WIR. Zeitschrift der Versehrtengruppen der „Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut zu Berlin“ in den Berliner Nachbarschaftsheimen (1969) 4, o. S.
- 148 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 25.04.1972, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-81, unpaginiert.
- 149 Vgl. u. a. Rast, Herbert: „Die Weddinger“, in: WIR. Monatsschrift der Versehrtengruppen der „Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut zu Berlin“ in den Nachbarschaftsheimen (1964) 1, S. 5-6; o. V.: Gruppe Neukölln II, in: Monatsschrift der Versehrtengruppen der „Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut zu Berlin“ in den Nachbarschaftsheimen (1966) 2, o. S.
- 150 Vgl. Kirks, Erich: Das Versehrtenheim der Stiftung in der Schädestraße, in: WIR. Zeitschrift der Versehrtengruppen der „Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut zu Berlin“ in den Berliner Nachbarschaftsheimen (1967) 3, o. S.
- 151 Vgl. bspw. Schreiben Hilfswerk Berlin an die FDST vom 06.10.1969. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-172, unpaginiert.
- 152 Vgl. Bösl, Elsbeth: Integration durch Arbeit? Westdeutsche Behindertenpolitik unter dem Primat der Erwerbsarbeit 1949-1974, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte 13 (2006) 3, S. 113-124.
- 153 Für die Entwicklung der Behindertenpolitik von der Nachkriegszeit bis in die 1970er Jahre vgl. vor allem Bösl, Elsbeth: Politiken der Normalisierung. Zur Geschichte der Behindertenpolitik in der Bundesrepublik, Bielefeld 2009.
- 154 Zum BSHG vgl. v. a. Föcking, Friederike: Fürsorge im Wirtschaftsboom: Die Entstehung des Bundessozialhilfegesetzes von 1961, München 2007.
- 155 Jahresprogramm des Versehrtenheims 1965, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-185, unpaginiert.
- 156 Vgl. dazu etwa die Konzeption der Gruppenarbeit mit Behinderten im Versehrtenheim der Fürst Donnersmarck-Stiftung [April 1979.] Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-168, unpaginiert.
- 157 Aktennotiz Neukirchen vom 20.10.1954. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-62, unpaginiert.
- 158 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 27.01.1955, S. 2-6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 159 Vgl. Vereinbarung zwischen Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut und den Heimen Falkenheim Neuland, Fichte-Heim, Friedenshort, Heim der ostdeutschen Jugend vom 02.04.1955. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-62, unpaginiert.
- 160 Vgl. Neukirchen, Paul: Bericht über die „Fahrt des guten Willens“ vom 01.05.1955. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-84, unpaginiert.
- 161 Vgl. Neukirchen, Paul: Merkblatt zur „Fahrt des guten Willens 1956“, in: WIR. Die Donnersmäcker. Nachbarschaftsgruppen der Schwerversehrten (1956) 5, o. S.
- 162 Vgl. Entwurf Schreiben Neukirchen an den Minister für Arbeit und Soziales. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-62, unpaginiert.
- 163 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 02.11.1961, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-99, unpaginiert.
- 164 Jahresbericht FDST 1964, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-82.
- 165 Vgl. Abschrift Schreiben Schian an Frau Bürgermeister Viehmeister vom 22.09.1966. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-46, unpaginiert; Abschrift Schreiben Vogel an den Bürgermeister von Rimbach vom 06.04.1967. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-46, unpaginiert; Vermerk Vogel über Grundstücksbesichtigung in Annweiler und Umgebung vom 18.01.1967. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-46, unpaginiert.
- 166 Vgl. Protokoll VVA vom 11.11.1966, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-88, unpaginiert.
- 167 Zur Geschichte Bevensens vgl. Wagenknecht, Wilhelm: Schönes Bevensen. Stadt und Kurort, Bevensen 1974; Ders.: Bad Bevensen. Die Geschichte eines Heilbades, Bad Bevensen 1982.
- 168 Vgl. Schreiben Heinrich Zachger an Schian vom 24.02.1967. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-1, unpaginiert.
- 169 Vgl. Jahresbericht FDST 1969, S. 2-3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-91.

- 170 Vgl. Notariatsvertrag vom 06.06.1967. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOUT-7, unpaginiert; Notariatsvertrag vom 13.06.1967. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOUT-1, unpaginiert.
- 171 Schian, Walter: Liebe Donnersmärcker, in: WIR. Zeitschrift der Versehrtengruppen der „Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut zu Berlin“ in den Berliner Nachbarschaftsheimen (1967) 3, o. S.
- 172 Vgl. Schreiben Vogel an Kirchenoberbaurat Karl Streckenbach vom 24.07.1970. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOUT-1, unpaginiert.
- 173 Vgl. Jahresbericht FDST 1970, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-116.
- 174 Vgl. Schreiben Mielke an die FDST vom 23.10.1969. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOUT-24, unpaginiert.
- 175 Vgl. Schreiben Mielke an die FDST vom 30.05.1970. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOUT-34, unpaginiert.
- 176 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 21.04.1971, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-81, unpaginiert.
- 177 Protokoll VWA vom 17.03.1971, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-81, unpaginiert.
- 178 Vgl. Reichel: Sachlicher Bericht zum Bauvorhaben: Versehrten- und Altenkurheim Bevensen vom 16.07.1971. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOUT-42, unpaginiert.
- 179 Vgl. Jahresbericht FDST 1971, S. 8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-137.
- 180 Vgl. Jahresbericht FDST 1972, S. 11. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-137, unpaginiert; Protokoll VWA vom 14.11.1972, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-206, unpaginiert.
- 181 Vgl. Schreiben Wagenknecht an Reichel vom 24.10.1972. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOUT-38, unpaginiert; Protokoll VWA vom 20.11.1973. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-47, unpaginiert.
- 182 Jahresbericht Bad Bevensen 1974, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOUT-38.
- 183 Jahresbericht Bad Bevensen 1976, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-126.
- 184 Jahresbericht Bad Bevensen 1974, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOUT-38.
- 185 Vgl. TI: Bevensen soll „rollstuhlgerechter“ werden, in: Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide vom 13./14.03.1976, S. 18.
- 186 Vgl. bspw. Jahresbericht Schädestraße 1973, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-79; Müller, Hedwig: Die neugegründete Heidegruppe, in: WIR. Zeitschrift der Versehrtengruppen der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1974) Januar-Ausgabe, o. S.
- 187 Vgl. Abschrift Schreiben Reichel an Schian vom 11.05.1973. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOUT-38, unpaginiert.
- 188 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 1977, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-126, unpaginiert.
- 189 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 1980, S. 1-2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOUT-14.
- 190 Vgl. Protokoll VWA vom 16.03.1981, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 191 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 1981, S. 1-2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-126.
- 192 Vgl. dazu Kapitel III.
- 193 Vgl. Schreiben Senator für Gesundheit, Soziales und Familie an Jürgen Kintzel vom 22.12.1981. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOUT-14, unpaginiert. Zur Berliner Sparpolitik im Bereich der Sozialausgaben generell vgl. Alg.: Keine „großen Sparbrocken“ in der Sozialhilfe, in: Der Tagesspiegel vom 17.05.1982. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOUT-14, unpaginiert.
- 194 Vgl. Zimmerreservierungen Stand 17.02.1982. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOUT-14, unpaginiert.
- 195 Konzeption. Öffentlichkeitsarbeit der Fürst Donnersmarck-Stiftung. Haus Bevensen vom 24.03.1982, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-295, unpaginiert.
- 196 Jahresbericht Bad Bevensen 1982, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-126.
- 197 Vgl. HV: Erweiterungsbau im Alten Mühlweg am Freitag eingeweiht. Fürst Donnersmarck-Stiftung Bad Bevensen, in: Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide vom 25.01.1984, S. 8-9.
- 198 AZ: Urlaub für noch mehr Behinderte, in: Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide vom 25.01.1984, S. 6.
- 199 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 1982, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-126.
- 200 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 1983. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-126.
- 201 Jahresbericht FDST 1983, S. 21. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-154.
- 202 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 1984, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-126.
- 203 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 1981, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-126.
- 204 Runds Schreiben Senator für Gesundheit, Soziales und Familie vom 26.10.1983. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung STZ-1, unpaginiert. Hervorhebung im Original.
- 205 Jahresbericht Bad Bevensen 1983, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-126.
- 206 Vgl. dazu Kapitel III.
- 207 Binder, Hermann: Die „Stiftung Fürst-Donnersmarck-Institut zu Berlin“ in Frohnau, in: Grundbesitzer-Verein

- Berlin-Frohnau (Hrsg.): 50 Jahre Gartenstadt Frohnau, Berlin 1960, S. 22.
- 208 Zur Behindertenpolitik in dieser Zeit vgl. Rudloff, Wilfried: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, in: Schulz, Günther (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 3. 1949-1957. Bundesrepublik Deutschland. Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität, Baden-Baden 2005, S. 515-557; Ders.: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, in: Ruck, Michael; Boldorf, Marcel (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 4. 1957-1966. Bundesrepublik Deutschland. Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstandes, Baden-Baden 2007, S. 463-501.
- 209 Vgl. Konzept Schwerbeschädigten-Werkstätte und Rehabilitations-Zentrum vom 14.06.1961. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-173, unpaginiert.
- 210 Vgl. Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-185, unpaginiert.
- 211 Vgl. dazu bspw. Jantzen, Wolfgang: Zur Geschichte und politischen Ökonomie der Werkstatt für Behinderte (WfB), in: Runde, Peter; Heinze, Rolf G. (Hrsg.): Chancengleichheit für Behinderte. Sozialwissenschaftliche Analysen für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1979, S. 195-207.
- 212 Vgl. Stoll, Jan: „Behinderung“ als Kategorie sozialer Ungleichheit. Entstehung und Entwicklung der „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind“ in der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er und 1960er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 54 (2014), S. 169-191, hier S. 180-181.
- 213 Vgl. Fandrey, Walter: Krüppel, Idioten, Irre. Zur Sozialgeschichte behinderter Menschen in Deutschland, Stuttgart 1990, S. 235.
- 214 Vgl. Schreiben Gummig an Guidotto von Donnersmarck vom 19.02.1955. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-46, unpaginiert.
- 215 Zur Entwicklung des Sozialstaats im 20. Jahrhundert vgl. Ritter, Gerhard A.: Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 2010.
- 216 So Erich Wohlfahrt auf der Kuratoriumssitzung vom 27.01.1955. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 27.01.1955, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 217 Vgl. Aktenvermerk Binder vom 09.10.1962. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-99, unpaginiert.
- 218 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 14.11.1962, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-226, unpaginiert.
- 219 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 23.11.1967, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-100, unpaginiert.
- 220 Zum Contergan-Skandal vgl. Steinmetz, Willibald: Ungewollte Politisierung durch die Medien? Die Contergan-Affäre, in: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Die Politik der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 195-228.
- 221 Vgl. Protokoll VWA vom 14.11.1972, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-81, unpaginiert.
- 222 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 17.04.1964, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-226, unpaginiert.
- 223 Vgl. Protokoll über die Sitzung des Sozialpädagogischen Ausschusses am 15.04.1970. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-172, unpaginiert; Schreiben Binder an Kraft von Donnersmarck vom 13.04.1972. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-58, unpaginiert.
- 224 Vgl. Jahresbericht FDST 1970, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-116.
- 225 Das Haus war eigens zu diesem Zweck am 12.03.1970 gekauft worden. Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 12.03.1970. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-170, unpaginiert.
- 226 Zur Organisationsstruktur der FDST vgl. Golka; Wieder: Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung 1916 bis 1991, S. 44-52.
- 227 Jahresbericht FDST 1967, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-92. Hervorhebung im Original.
- 228 Vgl. Verfassung der FDST vom 18.01.1972, Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-29, unpaginiert; Genehmigung der Stiftungsänderung durch den Senator für Justiz vom 28.02.1972. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-202, unpaginiert.

## EXKURS II:

### „FDST INTERNATIONAL“

Die FDST ist eine Berliner Organisation; sie wurde in Berlin gegründet, hat hier ihre Geschäftsführung und ihr Stiftungsvermögen beruht zum größten Teil auf Immobilienbesitz in Berlin. Auch wenn sie mit der Gründung des Gästehauses Bad Bevensen und dem HausRheinsberg sowie dem zunehmenden Engagement in überregionalen, bundesweit tätigen Vereinigungen oder Interessenvertretungen wie der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation ihren Wirkungskreis über die Stadtgrenzen hinaus erweiterte, blieb sie letztlich ihren lokalen Wurzeln treu. Gleichzeitig stand die Stiftung immer in einem internationalen Kontext. Ihre Entstehung verdankte sie dem – in transnationalen Kontexten erworbenem – Vermögen des oberschlesischen Magnaten Guido von Donnersmarck; ihre Vergangenheit verband sie durch ihren Gründer sowohl mit dem heutigen Polen als auch mit Frankreich. Zudem sorgte die Lage in dem geteilten Berlin dafür, dass sie zumindest zu einem gewissen Grad Teil der deutsch-deutschen Geschichte wurde. Die Fürst Donnersmarck-Stiftung ist eine Berliner Stiftung – doch sie

stand immer in einem internationalen Kontext.

Die ersten internationalen Kontakte der FDST waren jedoch kurz nach der Aufnahme der operativen Stiftungsaktivitäten in den 1950er Jahren eher bescheiden. Sie beruhten nicht auf



**Die Fürst Donnersmarck-Stiftung ist eine Berliner Stiftung – doch sie stand immer in einem internationalen Kontext.**



internationalen Kooperationen oder dem Engagement in internationalen Gremien. Sie waren vielmehr eine Folge der Reiseangebote für Menschen mit Behinderung und den Übernachtungsangeboten in der Villa Donnersmarck sowie dem Gästebereich des FDHs. Dort hielten sich über die Jahre hinweg zahlreiche Gruppen aus dem In- und Ausland auf und sorgten streckenweise für eine internationale Atmosphäre. Vom 08. bis 14.09.1969 wohnten beispielsweise 24 britische Jugendliche in der Villa

Donnersmarck, die dort an einem integrativen PHAB-Kurs (Physically Handycapped and Able Bodies) teilnahmen.<sup>1</sup> Bis mindestens 1986 waren außerdem Gruppen von Menschen mit Behinderung aus Bridgend und Neath in Wales mehrere Male in Zehlendorf zu Gast. 1989 verbrachten 22 Personen im Alter von 40 bis 80 Jahren neun Tage in der Schädestraße und lernten dort die „Donnersmärcker“ kennen.<sup>2</sup> Die Initiative für diesen Besuch ging von der Sozialarbeiterin Anne Day aus, die ihre Berliner Gastgeber gleichzeitig zu Gegenbesuchen animierte. Dadurch entstand ein regelmäßiger Austausch zwischen den „Donnersmärckern“ und den Menschen aus Wales. Auch im Gästebereich des Fürst Donnersmarck-Hauses übernachteten im Laufe der Zeit zahlreiche Gruppen unter anderem aus Schweden, Großbritannien und der DDR.<sup>3</sup> Ohnehin war das Rehabilitationszentrum die Einrichtung der FDST, die den intensiven Kontakt in den Osten der Stadt hielt. Das Haus hatte Verbindungen zu einer Vereinigung für Muskeldystrophiker in Belgrad<sup>4</sup> und zu mehreren Heimen in der DDR – darunter auch das Oberlinhaus in Potsdam. Mitarbeiter des Hauses besuchten die Partnereinrichtung regelmäßig und versorgten sie mit Materialien, die vor Ort nicht oder nur unter schwierigen Bedingungen aufzutreiben waren. Darüber hinaus suchten sie den fachlichen Austausch mit den ostdeutschen Kollegen, der noch nach 1989 über einen gewissen Zeitraum bestehen blieb.<sup>5</sup>

Die wichtigsten internationalen Kontakte ergaben sich zunächst jedoch aus den zahlreichen Reisetätigkeiten der Fürst Donnersmarck-Stiftung. Beginnend mit den „Fahrten des guten Willens“ trat die FDST mit zunehmender Intensität als Veranstalterin von Reisen für Menschen mit Behinderung auf. Zunächst organisierten die Mitarbeiter der Villa Donnersmarck diese Veranstaltungen, die – unterstützt von einer unterschiedlich großen Zahl an externen Kräften – auch die Betreuung der mitreisenden Menschen mit Behinderung übernahmen. Später ging diese Aufgabe an das 1980 gegründete Kontaktbüro über. Dieses durchlief nach 1991 eine schnell voranschreitende Entwicklung zu einem vollwertigen Reisebüro und bietet bis heute Tagesfahrten, Kurzreisen und individuelle Beratung zu barrierefreien Urlauben an. Darüber hinaus unternahm die Stiftung größere wie kleinere Reisen mit den Bewohnern des FDHs in Frohnau. Die Unterstützung des Reisens von Menschen mit Behinderung gehörte somit auf allen Ebenen der FDST zum integralen Bestandteil ihres operativen Geschäfts. Vor dem Hintergrund des beginnenden Massentourismus in der BRD, weitete sich das Reiseangebot der FDST ungefähr seit Anfang der 1960er Jahre kontinuierlich aus.<sup>6</sup> Schnell führten diese Reisen die Stiftung und ihre Klienten sowie Bewohner über die Grenzen Deutschlands hinaus. Schon 1963, nur acht Jahre nach der ersten „Fahrt des guten Willens“, reiste eine Jugendgruppe





Reisegruppe in Thailand

aus der Schädestraße in die griechische Hafenstadt Volos.<sup>7</sup> Dort trafen sie auf etwa gleichaltrige Jugendliche mit Behinderung.<sup>8</sup> Der Gegenbesuch griechischer Jugendlicher aus Volos in Berlin konnte aufgrund organisatorischer Hindernisse nicht realisiert werden, obwohl sich das Kuratorium bereit erklärt hatte, die Kosten für ihre Anreise, Unterkunft und Verpflegung zu übernehmen.<sup>9</sup>

Dem ungeachtet organisierte die FDST in der Folgezeit zahlreiche weitere Auslandsreisen in alle denkbaren Länder.<sup>10</sup> Gerade für Menschen, die aufgrund der Schwere ihrer Behinderung nur unter großem Aufwand reisen konnten, eröffnete dieses Angebot neuartige Erfahrungen und ein großes Stück individueller Freiheit. Die Urlaubsziele wiederum wurden – nicht selten das erste Mal überhaupt – mit den Bedürfnissen und Anforderungen von reisenden Menschen mit Körperbehinderung konfrontiert und entsprechend in ihrem

Improvisationstalent herausgefordert. Darüber hinaus hatten die Reisen für die teilnehmenden Menschen mit Behinderung einen aktivierenden Effekt: Sie lernten neue, ihnen bis dahin unbekannte Gegenden kennen und erprobten oder erweiterten ihre eigenen Fähigkeiten. Eine geplante Reise nach England im Jahr 1982 führte etwa dazu, dass sich in der Villa Donnersmarck eine neue Gruppe bildete, die Englischunterricht nahm.<sup>11</sup> Auch das Gastspiel der Theatergruppe in Wales, die innerhalb einer Woche an unterschiedlichen Spielorten drei Mal Kleists Komödie „Der zerbrochene Krug“ rund um den Huisumer Dorfrichter Adam aufführte, war für alle Mitwirkenden eine neuartige Erfahrung. Die Fahrt wurde durch den Berliner Senat und die FDST finanziell gefördert.<sup>12</sup>

Es folgten weitere Reisen an noch entlegeneren Orte auf der Welt. 1987 „entführte“ die FDST auf Initiative Gisela



Neukirchen-Diems und in Kooperation mit dem Reisekontor Ullrich ihre „Donnersmärcker“ beispielsweise nach Thailand. Insgesamt 45 Personen waren an der Vorbereitung und Durchführung dieser Unternehmung beteiligt.<sup>13</sup> Die Reise dauerte vom 28.10.1987 bis zum 10.11.1987; die baulichen Gegebenheiten in Thailand waren „keineswegs behindertengerecht“, die Menschen vor Ort aber „ausgesucht entgegenkommend und hilfsbereit“ und schufen damit „eine behindertenfreundliche Atmosphäre.“<sup>14</sup> Für viele Teilnehmer wurde die Reise dadurch zu einem besonderen Erlebnis und sorgte darüber hinaus für eine größere nationale wie internationale Aufmerksamkeit. Schon am Frankfurter Flughafen, an dem die Reisenden in das Flugzeug nach Thailand umsteigen mussten, erwartete sie ein „Tisch mit Sektgläsern und dem dazugehörigen Sekt nebst Orangensaft.“<sup>15</sup> Dieser wurde ihnen von Otto Regenspurger, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, überreicht. Nach der Rückkehr berichteten nicht nur ein Team des West-Berliner Rundfunksenders RIAS und die Berliner Morgenpost über die Reise, auch das englischsprachige Magazin „Outlook“ widmete dem Unternehmen einen längeren Artikel.<sup>16</sup> Reisen bedeutet für Menschen mit sowie ohne Behinderung ein Stück persönliche Freiheit, eröffnet neue Horizonte und stärkt das Selbstvertrauen. Deswegen gehören Reiseangebote für Menschen mit Behinderung

in Gestalt des Arbeitsbereichs Tourismus zu den Kernaufgaben der Fürst Donnersmarck-Stiftung.

Die FDST war allerdings nicht nur Gast; sie war auch Gastgeberin. Schon Ende der 1950er Jahre stellte sie ihr Frohnauer Gelände für Zeltlager des Internationalen Zivildienstes oder des Internationalen Jugend-Gemeinschaftsdienstes zur Verfügung. Die Teilnehmer arbeiteten gemeinsam mit den „Donnersmärckern“ daran, das Freizeitgelände in Frohnau urbar zu machen.<sup>17</sup> 1989 kam es zu einem bemerkenswerten Kontakt mit einer Gruppe aus dem russischen Rehabilitationszentrum in Sestroretzk, das ungefähr 35 Kilometer von Sankt Petersburg entfernt liegt.<sup>18</sup> Vorausgegangen war einmal mehr eine Reise. Denn 1988 reisten die „Donnersmärcker“ nach Russland, wo sie das Rehabilitationszentrum und seine Mitarbeiter wie Bewohner kennenlernten.<sup>19</sup> Es folgte eine Einladung zum Gegenbesuch und ein Jahr später kamen tatsächlich fünf Menschen mit Behinderung sowie vier Mitarbeiter des Zentrums, darunter der Oberarzt der Einrichtung Dr. Juri Michalowitsch Dokisch, nach Berlin (West). Die Stiftung übernahm Kost und Logis, das Exekutivkomitee der damaligen Stadt Leningrad stellte 1.000 DM für den Transport zur Verfügung.<sup>20</sup> Das Programm für die russischen Gäste behandelte eine Mischung aus Sightseeing, kulturellen Veranstaltungen, Begegnungen mit den „Donnersmärckern“ und dem fachlichen Austausch mit den

Mitarbeitern des Zentrums.<sup>21</sup> Bei dem Besuch der Leningrader Gruppe, die im Gästebereich der Villa Donnersmarck untergebracht wurde, handelte es sich um die erste russische Delegation von Menschen mit Behinderung in Berlin (West) überhaupt. Mit ihrem Kommen waren sie ein Beweis für die inhaltliche und diplomatische Leistungsfähigkeit der FDST. Beide Einrichtungen blieben an einem inhaltlichen Kontakt interessiert; ein Jahr später reiste vom 18.06 bis 24.06.1990 erneut eine Berliner Gruppe von 12 Personen nach Sestorezsk. Für die FDST nahmen Gisela Neukirchen Diem, Thomas Golka und Gudrun Doll-Teppe, damals wissenschaftliche Mitarbeiterin und heute Professorin für Integrationspädagogik, Bewegung und Sport an der Freien Universität Berlin, teil.<sup>22</sup> Seit 2003 ist sie Mitglied im Kuratorium der FDST. In Sestorezsk suchte die deutsche Delegation den „fachlichen Austausch zu Behindertenfragen“, zu deren Schwerpunkten der Behindertensport zählte.<sup>23</sup> Nicht zuletzt deswegen gehörten der Gruppe Rollstuhltennisprofis aus Hamburg an, die vor Ort einen Demonstrationswettkampf mit russischen Athleten durchführten.<sup>24</sup>

Eine ganz andere Form des internationalen Engagements machten die zahlreichen Jugoslawienkriege in den Jahren 1991 bis 1995 notwendig. Aufgrund der Kriegshandlung waren Ende 1992 insgesamt 21 kroatische sowie bosnische Menschen mit Körperbehinderung in das Altenpflegeheim AWO-Zentrum

Dosse Park im brandenburgischen Wittstock evakuiert worden. Sie stammten aus der Stadt Slavonski Brod, das direkt an der Grenze zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina gelegen ist und während des Kroatienkrieges schwer zerstört worden war. Die Stiftung übernahm in Person von Friedhild Mory, seit dem 15.01.1991 Leiterin der Villa Donnersmarck, die pädagogische Betreuung der Menschen. Die FDST organisierte 14tägige Kontaktbesuche gemeinsam mit einer Dolmetscherin, finanzierte einen regelmäßigen Sprachunterricht und lud die Gruppe zu einem Tagesausflug nach Berlin ein.<sup>25</sup> 1994 organisierten die Mitarbeiter der Schädestraße federführend die Rückkehr von 18 Flüchtlingen in ihre Heimat.<sup>26</sup> Mory begleitete sie zudem auf ihrem Flug nach Zagreb und die anschließende Fahrt in ihre Heimatstadt. Dabei begegneten ihr das Ausmaß der Zerstörung in den kroatischen Städten und insbesondere die schwierige Lage in Slavonski Brod. Dort waren aufgrund der Kriegseinwirkungen ungefähr 700 Personen auf einen Rollstuhl angewiesen; es stand aber nur ein einziger Krankenwagen für ihre Beförderung zur Verfügung. Die FDST entschied sich deswegen dafür, hier zumindest einen kleinen Beitrag zur Verbesserung der Situation zu leisten. Gemeinsam mit dem Tagesspiegel organisierten die Mitarbeiter der Villa Donnersmarck einen Spendenaufruf, um einen Kleinbus für die Menschen an der bosnisch-kroatischen Grenze zu finanzieren. Der Spendenaufruf hatte



Das HausRheinsberg ist Austragungsort hochklassiger Behindertensportveranstaltungen

Erfolg und die notwendigen 22.000 DM für einen gebrauchten Kleinbus kamen zusammen.<sup>27</sup> Thomas Golka, zu diesem Zeitpunkt Referent für Öffentlichkeitsarbeit in der Villa Donnersmarck, übernahm die Überführung des Busses nach Kroatien und vermeldete den Lesern der WIR-Zeitung im Anschluss, dass manche Spenden eben doch ihrem Zweck entsprechend verwendet werden.<sup>28</sup>

Die Stiftung war damit schon immer international präsent, hatte schon immer eine internationale Dimension, auch wenn sich ihr unmittelbarer Wirkungskreis auf Berlin bezog. Ende der 1990er intensivierte sie gleichwohl ihr internationales Engagement. Das 2001 eröffnete „HausRheinsberg Hotel am See“ ist ein internationales Haus mit zahlreichen Gästen aus allen Ländern der Welt<sup>29</sup>; die dort ausgetragenen Sportveranstaltungen wie die Europacups im Rollstuhl-Rugby oder diverse Wettbewerbe im Rollstuhltanz haben

regelmäßig ein internationales Teilnehmerfeld und zielen auf eine internationale Öffentlichkeit.<sup>30</sup> Ohnehin ist die FDST auf vielfältige Weise mit dem deutschen wie internationalen Behindertensport verflochten. Ihr Geschäftsführer, Wolfgang Schrödter, ist seit 2012 Mitglied im Kuratorium des Deutschen Behindertensportverbandes; das Kuratoriumsmitglied Gudrun Doll-Teppe engagiert sich schon seit langer Zeit für den internationalen Behindertensport und ist unter anderem seit 2009 Ehrenmitglied sowie Sonderberaterin des International Council of Sport Science and Physical Education (ICSSPE). 2007 führte sie gemeinsam mit der Fürst Donnersmarck-Stiftung, dem Bundesinnenministerium, der Kennesaw State University, der Freien Universität Berlin und dem ICSSPE in Rheinsberg das Seminar „Sport and Physical Activity in Post-Disaster Intervention“ durch, an dem 88 Personen aus 20 Ländern

teilnahmen.<sup>31</sup> Seitdem finden regelmäßig Seminare der ICSSPE in Rheinsberg statt. Darüber hinaus verleiht die FDST seit 2006 einen mit 30.000 Euro dotierten Forschungspreis für herausragende Arbeiten auf dem Gebiet der Neurorehabilitation, auf den sich immer auch zahlreiche internationale Forschende bewerben. Auf diese Weise – sowie durch Fachvorträge von Mitarbeitern des Fürst Donnersmarck-Hauses wie seinem Leiter Prof. Stephan Bamborschke – ist sie auch in einem internationalen Forschungskontext präsent.

Seit der Jahrtausendwende beteiligt sich die Stiftung darüber hinaus an internationalen Interessenverbänden von Einrichtungen der Behindertenhilfe. Dies war kein absolutes Novum in der Geschichte der FDST. Bereits 1992 war beispielsweise Wilhelm Angani, der Leiter des Erwachsenenwohnheims des Fürst Donnersmarck-Hauses, einer von acht deutschen Teilnehmern am Weltkongress RI International, der vom 07. bis 09.11.1992 in Nairobi, Kenia stattfand.<sup>32</sup> Doch unter der Geschäftsführung von Wolfgang Schrödter intensivierte sich dieses Engagement nochmals. So trat die Fürst Donnersmarck-Stiftung als eine der Hauptveranstalterinnen der 8th European Regional Conference of Rehabilitation International auf, die unter dem Motto „Networking in Practice: Connecting Partners in Rehabilitation“ vom 11.11. bis 15.11.2002 in Aachen stattfand und gleichzeitig den Auftakt für das Europäische Jahr für Menschen mit

Behinderung 2003 bildete. Die Aufgabe der Konferenz, an der Institutionen aus Belgien, Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg mitwirkten, war die Förderung des internationalen Austauschs über die europäische Behindertenpolitik. Eines ihrer wichtigsten Ergebnisse „war die einstimmige Verabschiedung einer Resolution an die EU-Kommission zum Erlass einer Antidiskriminierungsrichtlinie.“<sup>33</sup> Für die FDST bedeutete die Beteiligung an der Tagung nicht nur den sichtbaren Schritt auf ein internationales Parkett. Vor allem führte sie zu Kontakten, die wiederum neue internationale Projekte anstießen.

Im Jahr 2003 organisierte sie beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation, dem Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen, Karl Finke und der Albert Schweizer Stiftung die deutsche Übersetzung der in Schweden erarbeiteten Agenda 22. Diese zielt auf die Verbesserung der Barrierefreiheit auf lokaler sowie kommunaler Ebene und sollte durch die Übersetzung auch der deutschen Diskussion zugänglich gemacht werden. Die Agenda 22 erschien im Jahr 2004 in einer ersten Auflage von 3.000 Exemplaren, die bereits nach kurzer Zeit vergriffen war.<sup>34</sup> Den Druck besorgte die Nordbahn gGmbH, eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung, an der die Fürst Donnersmarck-Stiftung selbst zu 50 % beteiligt ist. Die FDST finanzierte die Übersetzung und den Druck; zusätzlich fungierte Thomas



Golka als Projektkoordinator und trug so zu dessen Gelingen bei.<sup>35</sup> Dem schlossen sich weitere Übersetzungsvorhaben an: 2005 erschien die mit Unterstützung der FDST und unter Koordination von Thomas Golka erarbeitete Übersetzung des „European Concept for Accessibility“ (ECA)<sup>36</sup>; 2008 erfolgte die Veröffentlichung der Nachfolgepublikation „ECA für Verwaltungen“.<sup>37</sup> 2013 wurde schließlich in selber personeller Konstellation die Broschüre „Design für Alle erfolgreich umsetzen – von der Theorie zur Praxis“ publiziert.<sup>38</sup> Das Ziel von ECA ist es, Anstöße für eine „Verbesserung der Zugänglichkeit der gebauten Umwelt“ zu geben, die eine „wesentliche Voraussetzung für die Herstellung von Chancengleichheit und vollständiger Partizipation für alle europäische Bürger“ darstellt.<sup>39</sup> Darüber hinaus unterstützte die Fürst Donnersmarck-Stiftung

2006 die Veröffentlichung der Broschüre „Einfach Europa?! Einführung in die europäische und internationale Behindertenpolitik“.<sup>40</sup> Alle diese Publikationen wurden von der Druckerei der Nordbahn gGmbH hergestellt.

Neben diesem Engagement für die Übersetzung englischsprachiger Veröffentlichungen ins Deutsche trat die FDST weiterhin auf internationalen Konferenzen auf. 2004 nahm Golka als Repräsentant der Stiftung am World Congress von Rehabilitation International teil, der vom 21.06. bis zum 24.06.2004 in Oslo stattfand. Er suchte dort den Austausch mit den Organisationen, die sich wie die FDST der Agenda 22 verpflichtet fühlten.<sup>41</sup> Dies führte zu seiner Teilnahme an der Generalversammlung von Rehabilitation International auf Djerba am 22. und 23. Oktober 2007. Golka und Martin Schmollinger, der Geschäftsführer der

DVfR, vertraten als offizielle Delegierte die deutschen Interessen und waren damit an einer wichtigen Neufassung des Beitrittsrechts und der Stimmrechtsordnung beteiligt. Mit diesen Veränderungen wurde der Einfluss wirtschaftlich schwächerer Länder auf die Organisation gestärkt und die Stimmendominanz der größten Beitragszahler beendet.<sup>42</sup> Ebenfalls 2007 nahm die FDST an der Tagung „Europa für alle – Konferenz aller am barrierefreien Tourismus beteiligten“ teil. Dort sprach die Hoteldirektorin des HausRheinsberg, Corinna Fritz, „über Veränderungen in der Region seit dem Bau des Hotels, z. B. barrierefreier Zugang zum Schloss Rheinsberg oder die Schaffung von neuen Dienstleistungen wie Fahrten mit der rollstuhlgerechten Kutsche.“<sup>43</sup> Ein Jahr später besuchte wiederum Thomas Golka gemeinsam mit Gudrun Doll-Teppe den RI World Congress in Quebec. Für diesen Kongress, der vom 25.08. bis 28.08.2008 dauerte, reichten die beiden einen Vortragsvorschlag über das Projekt „Sport and Physical Activity in Post-Disaster Intervention“ ein, das ebenfalls von der FDST finanziell und logistisch unterstützt worden war.<sup>44</sup> Der Vortrag wurde für den Block 53 „Risk Situations“ angenommen.<sup>45</sup> Er behandelte „das vor einigen Jahren initiierte Gemeinschaftsprojekt der Fürst Donnersmarck-Stiftung und des Weltrates für Sportwissenschaft und Körper-/Leibeserziehung [...], das der weiteren Verbesserung der Hilfe in Krisengebieten dient und direkt nach

der ersten Phase humanitärer Einsätze eingesetzt wird.“<sup>46</sup> Thomas Golka beteiligte sich darüber hinaus an der Sitzung der RI Commission on Leisure, Recreation and Physical Activities (LRPA) am 23.08.2008.<sup>47</sup> Am 09. bis 10. November 2010 fand die 9th European Conference on Rehabilitation statt, die Nachfolgerin der Konferenz in Aachen von 2002. Hier präsentierten Kirsten Bielefeld,



**Durch den Besuch von internationalen Tagungen und Konferenzen weitete die FDST einerseits ihr institutionelles Netzwerk aus und erhielt andererseits fachlichen Input von international anerkannten Experten auf unterschiedlichen Gebieten der Rehabilitation.**



Sean Bussenius und Thomas Golka das Stiftungskonzept für das Wohnen mit Intensivbetreuung (WmI) für Menschen mit schwerer Körperbehinderung. Golka beteiligte sich dort auch erneut bei der LRPA-Kommissionssitzung. Durch den Besuch von internationalen Tagungen und Konferenzen weitete die FDST somit einerseits ihr institutionelles Netzwerk strategisch aus und erhielt fachlichen Input von international anerkannten Experten auf unterschiedlichen Gebieten der Rehabilitation. Andererseits machte sie ihre eigenen Projekte über die



Grenzen Deutschlands hinaus bekannt. Die Stiftung erhielt damit endgültig eine internationale Dimension.

Seit ungefähr 2008 pflegt die FDST zudem eine länderübergreifende Partnerschaft mit dem Górnośląskie Centrum Rehabilitacji Repty, einem oberschlesischen Rehabilitationszentrum im ehemaligen Repten. Seit November 2009 sind beide Einrichtungen durch einen Kooperationsvertrag miteinander verbunden.<sup>48</sup> Ausgangspunkt dieser Zusammenarbeit war die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an den Kuratoriumsvorsitzenden der Stiftung, Guidotto Fürst von Donnersmarck im Jahr 2007. Bei dieser Verleihung traf er auf Prof. Andrzej Kwolek, den ehemaligen Chefarzt des Rehabilitationszentrums, das auf dem einstigen Gelände des Schlosses der Familie von Donnersmarck errichtet worden war. Daraufhin regte er die Stiftung an, Kontakt mit der polnischen Einrichtung aufzunehmen. 2008 und 2009 folgten gegenseitige Besuche, im November 2009 schließlich die Unterzeichnung des Kooperationsvertrags. Seitdem stehen beide Institutionen in regelmäßigem Kontakt; sie statten sich



Gruppenbild mit den Partnern aus Repty

gegenseitige Besuche ab, organisieren die Hospitation ihrer Mitarbeiter bei den jeweiligen Partnern und bemühen sich um einen inhaltlichen Austausch.<sup>49</sup> Auch eine weitere Intensivierung der Kontakte ist geplant. Ungefähr 100 Jahre nach der Gründung der FDST mit Hilfe oberschlesischen Geldes ist der Kontakt der Stiftung zu dieser Region im heutigen Polen wieder erwacht. Die Fürst Donnersmarck-Stiftung bleibt damit eine Berliner Organisation – doch sie steht immer noch in einem internationalen Kontext.

1 Vgl. Uscha: Besuch aus England, in: WIR. Zeitschrift der Versichertengruppen der „Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut zu Berlin“ in den Berliner Nachbarschaftsheimen (1969) 4, o. S.

2 Vgl. IH: Waliser zu Besuch in Zehlendorf, in: Volksblatt Berlin vom 02.10.1986. ELAB 55.5/0658, unpaginiert.

3 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 09.11.1989, S. 10. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-117, unpaginiert.



- 4 Vgl. Jahresbericht FDH 1984, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-1.
- 5 Vgl. zu diesen Aktivitäten die Akte in Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FRO-1, unpaginiert.
- 6 Zur Entwicklung des deutschen Tourismus nach 1945 vgl. Kopper, Christopher: Die Reise als Ware. Die Bedeutung der Pauschalreise für den westdeutschen Massentourismus nach 1945, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History. Online-Ausgabe 4 (2007) 1/2. Online unter: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1+2-2007/id=4562>. [Letzter Zugriff am 23.03.2016]
- 7 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 11.11.1963, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-169, unpaginiert.
- 8 Vgl. Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-251, unpaginiert.
- 9 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 03.11.1964, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-226, unpaginiert.
- 10 Einen Einblick in die Vielfalt und den Charakter der Reisen zwischen 1987 und 2002 gibt der Nachlass Dora Benzelrats im Archiv der FDST. Vgl. Nachlass Dora Benzelrat. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-85, unpaginiert.
- 11 Vgl. Jahresbericht Schädestraße 1982, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-3.
- 12 Vgl. Kummer, Bernd: Theater als Lebenshilfe, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1985) 4, S. 4-5.
- 13 Vgl. Ullrich, Ulli: Na, geht doch!, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1988) 1, S. 6-7.
- 14 Golka, Thomas: Nicht behindertengerecht, aber behindertenfreundlich, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1988) 1, S. 19-20, hier S. 20.
- 15 Kruska, Liese-Lotte: Flug Berlin-Bangkok... Bangkok – Berlin oder PA 653 + SQ 26... SQ 26 + PA 634, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1988) 1, S. 9-11, hier S. 10.
- 16 Vgl. Ebd., S. 9-11, hier S. 11; Schmiemann, Brigitte: Neun Rollstuhlfahrer machten eine Traumreise, in: Berliner Morgenpost vom 12.11.1987, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-128, unpaginiert; Kanwerayotin, Supapohn: Travelling the world in a wheelchair, in: Outlook. A daily magazine for the family vom 02.11.1987, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-128, unpaginiert.
- 17 Vgl. o. V.: Wieder Arbeitslager auf unserem Gelände!, in: WIR. Die Donnersmärcker. Nachbarschaftsgruppen der Schwerversehrten (1958) 5, o. S.; RIW: Freizeit-Gelände Frohnau. Ein Werk der Gemeinschaft, in: WIR. Die Donnersmärcker. Nachbarschaftsgruppen der Schwerversehrten (1957) 9, o. S.
- 18 Für eine öffentliche Reaktion auf den Besuch vgl. Bi: Wie Behinderte in Leningrad mit dem Rollstuhl zurechtkommen, in: Der Tagesspiegel vom 12.09.1989. ELAB 55.5/0658, unpaginiert.
- 19 Vgl. dazu Neukirchen-Diem, Gisela: „Wir haben viel gesehen, viel erlebt und hatten das schönste Wetter“, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1988) 4, S. 9.
- 20 Vgl. aus Sicht der russischen Delegation den Bericht über die Gruppenreise von Behinderten und Rehabilitationsfachleuten nach Westberlin vom 11.9. bis 18.9.1989. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-43, unpaginiert.
- 21 Vgl. Golka, Thomas: Interview mit Leningrader Gästen, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1989) 4, S. 3-9.
- 22 Vgl. Teilnehmerliste für die Leningrad-Reise vom 18.6. bis 24.6.1990. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-43, unpaginiert.
- 23 Jahresbericht Schädestraße 1990, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-4.
- 24 Vgl. Ebd., S. 5-6.
- 25 Vgl. Mory, Friedhild: Bericht über eine Flüchtlingsgruppe aus Bosnien vom 19.01.1993. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-186, unpaginiert; Jahresbericht Schädestraße 1993, S. 27-30. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-5.
- 26 Drei Personen blieben aufgrund ihres Alters oder ihres körperlichen Zustandes in Deutschland und wurden von der FDST weiterhin in regelmäßigen Abständen betreut. Vgl. für diese Vorgänge Jahresbericht Schädestraße 1994, S. 32. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-5 sowie den Schriftwechsel in der Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-186, unpaginiert.
- 27 Vgl. Mory, Friedhild: Ein Bus für Behinderte in Kroatien, in: WIR. Informationen von und für Behinderte in der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1994) 3, S. 9.
- 28 Vgl. o. V.: Ein Bus für behinderte Menschen in Kroatien, in: Der Tagesspiegel vom 31.08.1994. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-484, unpaginiert; Golka, Thomas: Spenden kommen doch nie an. Ein behindertengerechter Bus fährt nach Slavonski Brod, in: WIR. Informationen von und für Behinderte in der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1995) 1, S. 19-20.
- 29 Vgl. nur als ein Beispiel unter vielen Protokoll Marketingkreis vom 05.04.2003. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin RH-16, unpaginiert.
- 30 Vgl. dazu u. a. Seith, Anne: Schwere Zusammenstöße gehören zum Spiel, in: Der Tagesspiegel vom

- 28.02.2004. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-500, unpaginiert; MACS: Die besten Teams des Kontinents, in: Ruppiner Anzeiger vom 07.04.2010. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-750, unpaginiert.
- 31 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 16.11.2007, S. 8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-538, unpaginiert; Rammelt, Jürgen: Lernen, mit der Not umzugehen, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 07.11.2007. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-538, unpaginiert.
- 32 Vgl. Jahresbericht FDH 1992, S. 27. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-2.
- 33 8. Europäische Regional Conference von Rehabilitation International 11.-15. November 2002 in Aachen mit Auftaktveranstaltung für das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderung 2003, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-58, unpaginiert.
- 34 Vgl. E-Mail Golka an Maryanne Rönnersten vom 04.03.2004. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-53, unpaginiert.
- 35 Vgl. Agenda 22. Umsetzung der UN-Standardregeln auf lokaler und regionaler Ebene. Behindertenpolitische Planungsrichtlinien für kommunale und regionale Behörden. Überarbeitete Version, Berlin [2004], S. 4. Online unter: [http://www.fdst.de/w/files/pdf/agenda\\_22\\_deutsch.pdf](http://www.fdst.de/w/files/pdf/agenda_22_deutsch.pdf). [Letzter Zugriff am 23.03.2016]
- 36 Vgl. ECA. Europäisches Konzept für Zugänglichkeit. Handbuch, Berlin [2005]. Online unter: [http://www.fdst.de/w/files/pdf/eca\\_deutsch\\_internet.pdf](http://www.fdst.de/w/files/pdf/eca_deutsch_internet.pdf). [Letzter Zugriff am 23.03.2016]
- 37 Vgl. ECA. European Concept for Accessibility. ECA für Verwaltungen, [Berlin] 2008. Online unter: [https://www.fdst.de/w/files/pdf/eca\\_administration\\_verwaltung.pdf](https://www.fdst.de/w/files/pdf/eca_administration_verwaltung.pdf). [Letzter Zugriff am 23.03.2016]
- 38 Vgl. ECA. European Concept for Accessibility. Design für Alle erfolgreich umsetzen – von der Theorie zur Praxis ECA 2013, Berlin 2013. Online unter: [http://www.fdst.de/w/files/pdf/eca\\_2013\\_design\\_forall\\_deutsch\\_web.pdf](http://www.fdst.de/w/files/pdf/eca_2013_design_forall_deutsch_web.pdf). [Letzter Zugriff am 23.03.2016]
- 39 ECA. European Concept for Accessibility. ECA für Verwaltungen, S. 5.
- 40 Vgl. Netzwerk Artikel 3 (Hrsg.): Einfach Europa?! Einführung in die europäische und internationale Behindertenpolitik, Berlin 2006. Online unter: [http://www.fdst.de/w/files/aktuellpresse/einfach\\_europa\\_standard.pdf](http://www.fdst.de/w/files/aktuellpresse/einfach_europa_standard.pdf). [Letzter Zugriff am 23.03.2016]
- 41 Vgl. Golka: Warum nach Oslo? vom 31.03.2004 Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-60, unpaginiert.
- 42 Vgl. Schmollinger, Martin; Golka, Thomas: Bericht über die Generalversammlung 2007 von Rehabilitation International auf Djerba, in: Rehabilitation 47 (2008) 3, S. 196-197.
- 43 Golka, Thomas: HausRheinsberg zu Besuch bei Karl dem Großen, in: Der Donnerstag Nr. 30 vom 19.04.2007, S. 2.
- 44 Für den Inhalt des Vortrags vgl. Doll-Tepper; Golka: Group Session Proposal. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-60, unpaginiert.
- 45 Vgl. Program 21st World Congress RI August 25-28, 2008. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-60, unpaginiert.
- 46 Schian, Marcus; Schmollinger, Martin: „Ensuring a Society for All“ – 21. Weltkongress von Rehabilitation International im August in Quebec, Kanada, in: Rehabilitation 48 (2009) 2, S. 115-117, hier S. 117. Für eine deutsche Version des Vortrags vgl. Doll-Tepper; Golka: Sport und Bewegung im Katastrophenmanagement. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-60, unpaginiert.
- 47 Vgl. Rehabilitation International LRPA Commission. Commission on Leisure, Recreation and Physical Activities (LRPA) vom 23.08.2008. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-60, unpaginiert.
- 48 Vgl. Golka, Thomas: Europa ganz konkret, in: WIR. Magazin der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (2010) 1, S. 7.
- 49 Vgl. Golka, Thomas: Über Ehrenbürgerschaft und Ehrengäste, in: Der Donnerstag Nr. 56 vom 19.09.2013, S. 1.

### III.

## WACHSTUM IM „JAHRZEHT DER REHABILITATION“ UND SYSTEMATISCHE WEITERENTWICKLUNG DER STIFTUNGSANGEBOTE.

1971–1989

Die 1970er Jahre in Deutschland gelten in der Historiographie allgemein als ein Zeitraum, in der die Ausweitung des Sozialstaates seinen Zenit erreichte, um schließlich nach dem Ölpreisschock 1973 und der anschließenden Wirtschaftsrezession in eine Phase der Stagnation und des Rückbaus der sozialen Sicherungssysteme überzugehen. In den nachfolgenden Jahren war die deutsche Sozialpolitik im Wesentlichen von den erfolglosen Versuchen geprägt, durch unterschiedliche Sparmaßnahmen den Anteil der Sozialausgaben am Gesamthaushalt zu reduzieren. Aufgrund des demographischen Wandels blieben diese Bemühungen, trotz zum Teil massiver Einschnitte in das Sozialsystem, jedoch ohne Erfolg und liefen eher auf eine Dämpfung der Kostensteigerungen im Sozial- wie Gesundheitssystem hinaus.<sup>1</sup> Gleichzeitig waren die 1970er Jahre eine Zeit des gesellschaftlichen Aufbruchs, ein „sozialdemokratisches“ Jahrzehnt, das von den neuen sozialen Bewegungen ebenso geprägt wurde wie durch die Kanzlerschaften der beiden SPD-Politiker Willy Brandt und Helmut Schmidt.<sup>2</sup> Gerade die bundesdeutsche Behindertenpolitik intensivierte sich in dieser Phase, die nahezu als „Dekade der Rehabilitation“ verstanden werden kann und deren größte Errungenschaft zweifellos der Wechsel vom kausalen zum finalen Prinzip der Rehabilitation war.<sup>3</sup> Hierzu trug auch die Behindertenbewegung bei, deren radikaler politischer Flügel sich provokativ als „Krüppelbewegung“ bezeichnete. Sie erlangte Ende der 1970er Jahre und vor allem an ihrem Kulminationspunkt 1981/1982 eine zuvor nie dagewesene öffentliche Aufmerksamkeit. Damit setzte sie die Situation von Menschen mit Behinderung nachdrücklich auf die politische Agenda.<sup>4</sup> In der Folgezeit veränderte sich – nicht nur, aber durchaus auch aufgrund des Engagements der „Krüppelbewegung“ – der gesamtgesellschaftliche Umgang mit Menschen mit Behinderung. Dies hatte nicht zuletzt Auswirkungen auf Organisationen, die sich wie die Fürst Donnersmarck-Stiftung der Unterstützung dieses Personenkreises

verschrieben hatten. In den 1970ern und stärker noch 1980ern setzte sich zunehmend der Umschwung von der Betreuung zur Partnerschaft durch, den die FDST etwa mit ihren gruppenpädagogischen Angeboten schon seit einigen Jahren zumindest partiell eingeschlagen hatte. War der Zeitraum von 1945 bis 1971 die Phase, in denen grundlegende Entscheidungen über die inhaltliche Ausrichtung der Stiftung getroffen wurden, bedeuteten die Jahre zwischen 1971 und 1989 einen Abschnitt in der Geschichte der FDST, in der sich diese Anlagen vollständig entfalteten und die inhaltliche Ausgestaltung der Stiftungsangebote sehr konsequent vorangetrieben wurde. Die Stiftung war dabei einerseits von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen beeinflusst, setzte aber andererseits auch klar erkennbare eigene Schwerpunkte. Die Grundlage dieser Entwicklung bildete allerdings wie schon in den 1950ern und 1960ern das Stiftungsvermögen, das durch die Umwandlung des Frohnauer Grundbesitzes in rentablere Anlageformen außerordentlich zugenommen hatte. Der größte Verkauf von Waldgelände stand ihr Anfang 1971 aber noch bevor: Die Veräußerung von ca. 1,4 Millionen qm Stiftungsgelände an das Land Berlin im Jahr 1973.



Zwischen 1945 und 1971 traf das Kuratorium grundlegende Entscheidungen über die inhaltliche Ausrichtung der Stiftung.

Zwischen 1971 und 1989 entfalteten sich diese Anlagen vollständig und wurde die inhaltliche Ausgestaltung der Stiftungsangebote konsequent vorangetrieben.



### III.1 DER GROSSE WALDVERKAUF VON 1973/74

#### Die Vorgeschichte des Waldverkaufs

Diesem Verkauf gingen langwierige Verhandlungen mit den zuständigen Senatsstellen voraus; er bildete den Schlusspunkt eines Prozesses der Vermögensumwandlung, der sich seit der ersten Grundstücksveräußerung aus dem Jahr 1955 erstreckte. Zwischen 1955 und 1972 hatte das Kuratorium insgesamt 26 große Grundstücke verkauft. Diese Geschäfte waren einerseits das Ergebnis der rationalen Suche nach der bestmöglichen Anlageform für das Stiftungsvermögen. Andererseits stand das Kuratorium auch unter dem zunehmenden Druck, die finanzielle Grundlage der Stiftung zu erhöhen. Denn mit der Intensivierung des operativen Geschäfts in den 1960er Jahren wuchs der Finanzbedarf der einzelnen Einrichtungen, der zu keinem Zeitpunkt vollständig durch die Gelder der öffentlichen Hand gedeckt wurde. Es war allen Kuratoriumsmitgliedern deswegen bewusst, dass viele, wenn

nicht sogar alle Einrichtungen der FDST dauerhaft auf Zuschüsse angewiesen bleiben würden.<sup>5</sup> Die Zuschüsse durften verfassungsgemäß nicht dem Stiftungsvermögen entnommen, sondern mussten zuvor aus diesem erwirtschaftet werden. Dennoch wurden Investitionen wie der Bau des Gästehauses in Bad Bevensen, aber auch Verluste der einzelnen Einrichtungen mit den Einnahmen aus dem Waldverkauf gedeckt.<sup>6</sup> Blieben diese Verkaufserlöse aus, gefährdete das nicht nur die Umsetzung des jeweiligen Projekts.<sup>7</sup> Die ganze Stiftung konnte in diesen Fällen in Liquiditätsschwierigkeiten geraten und musste sich gerade in den späten 1960er Jahren durch die Aufnahme kurzfristiger Zwischenkredite behelfen.<sup>8</sup> Deswegen trieben die Kuratoriumsmitglieder die Umwandlung des Waldbesitzes in rentableren Immobilienbesitz spätestens seit Mitte der 1960er Jahre systematisch voran. Ungefähr zur gleichen Zeit zeichneten sich jedoch zunehmende Schwierigkeiten ab. Probleme bereiteten vor allem zwei Angelegenheiten, die beide auf eine Reduzierung des verkäuflichen Stiftungsgeländes hinausliefen.

*Erstens* sah der in den 1930er Jahren aufgestellte Bebauungsplan vor, eine Autobahntrasse mit Abfahrt zur Oranienburger Chaussee direkt durch den Frohnauer Wald zu führen. Diese Planung war zwar eigentlich in den 1960er Jahren gegenstandslos geworden, weil die Verantwortlichen in der DDR die Vollendung des nördlichen Berliner Rings im Zuge des Autobahnbaus nach Rostock weiter nach Norden außerhalb der Stadtgrenzen verlegt hatten.<sup>9</sup> Doch noch 1971 weigerte sich der Senator für Bau- und Wohnungswesen, diesen Teil des Bebauungsplanes für Frohnau aufzuheben.<sup>10</sup> *Zweitens* waren große Teile des Stiftungsgebiets mit der „Verordnung zum Schutze des Waldgeländes Frohnau“ vom 09.06.1959 zum Landschaftsschutzgebiet erklärt worden.<sup>11</sup> Dies machte die Bebauung und ökonomische Verwertung des überwiegenden Teils des Stiftungsgeländes praktisch unmöglich. Das Kuratorium hatte seit Mitte der 1960er Jahre mehrere Versuche unternommen, das Gebiet von dem Landschaftsschutz ausnehmen oder wenigstens das etwa 100 Hektar umfassende Landschaftsschutzgebiet weiter nach Norden bis zum Hubertusweg verschieben zu lassen.<sup>12</sup> Die FDST berief sich einerseits auf den niemals aufgehobenen Bebauungsplan aus dem Kaiserreich, in dem das Gebiet als Baugelände ausgewiesen wurde. Besonders deutlich wurde dieser ursprüngliche Verwendungszweck an dem bereits angelegten Straßennetz, das den Frohnauer Stiftungswald durchzog. Andererseits verwiesen die Kuratoriumsmitglieder auf das Vorhaben des Landes Berlin, das inmitten des Landschaftsschutzgebietes befindliche Gelände des ehemaligen Luftwaffenlazaretts wieder zu bebauen. Dies konterkarierte letztlich die eigenen Landschaftsschutzbestimmungen. Die Anstrengungen der Stiftung blieben jedoch erfolglos. Auf lange Sicht lief die FDST damit Gefahr, trotz beträchtlichem Grundbesitz kein Gelände mehr verkaufen zu können. Deswegen entschied der

Verwaltungsausschuss 1971, die noch verkäuflichen Grundstücke für die Fälle aufzubewahren, in denen „die Stiftung für besondere Aufgaben bzw. für besonders günstige Hausangebote dringend Geld benötigt.“<sup>13</sup>

In dieser Situation trat Ende der 1960er Jahre die „Neue Heimat“ (NH) mit dem Angebot an die FDST heran, trotz des bestehenden Landschaftsschutzes einen Großteil des Frohnauer Waldgebiets zu erwerben.<sup>14</sup> Die Neue Heimat war ein gemeinnütziger Wohnungs- und Städtebaukonzern im Besitz des Deutschen Gewerkschaftsbundes. War die NH bis in die 1960er Jahre vor allem im Wohnungswiederaufbau aktiv, suchte sie seitdem vermehrt nach neuen Einkommensmöglichkeiten. Dabei profilierte sie sich vor allem als Expertin für Infrastrukturmaßnahmen im Kommunal- und Städtebau sowie der Sanierung von Altbauten. 1969 gründete die NH schließlich den Konzern Neue Heimat Städtebau, der durch die Beteiligung am Aufbau hochverdichteter Siedlungen wie dem Stadtteil Emmertsgrund in Heidelberg deutschlandweite Bekanntheit errang. Allerdings verpasste die NH den Umbruch auf dem Wohnungsmarkt nach dem der Bedarf an billigem Wohnraum in der Bundesrepublik weitgehend gedeckt war und geriet daraufhin in eine tiefe Krise. Am 19.09.1986 wurde der zu diesem Zeitpunkt größte gemeinnützige Wohnungs- und Städtebaukonzern der westlichen Welt für den symbolischen Preis von einer Mark verkauft.<sup>15</sup>

Als die FDST aber Anfang der 1970er Jahre in ernsthafte Verhandlungen eintrat, war die NH eine einflussreiche Organisation mit großen finanziellen Möglichkeiten. Diese unterbreitete dem Kuratorium im Juni 1972 ein Angebot über 450.000 qm Gelände für einen Kaufpreis von 65,00 DM pro Quadratmeter.<sup>16</sup> Die Neue Heimat war über die mit dem Grundstück verbundenen Schwierigkeiten unterrichtet; sie erwarb das Gebiet nicht zur sofortigen Bebauung, sondern als Grundstücksreserve für eine spätere Verwendung. Am 14.07.1972 wurde das Geschäft, dem das Kuratorium zuvor schriftlich zugestimmt hatte, notariell beglaubigt.<sup>17</sup> Dadurch hätte die Stiftung auf einen Schlag 29,25 Mio. DM erhalten. Doch kurz nach der Notariatsverhandlung legten sowohl das Bezirksamt Reinickendorf als auch der Senator für Wirtschaft ihr Veto gegen den Verkauf ein. Das Bezirksamt verweigerte die Teilungs- und Auflassungsgenehmigung für das Gelände, der Senator für Wirtschaft versagte seine nach dem Grundstücksverkehrsgesetz notwendige Verkaufsgenehmigung, da das Gebiet unter Landschaftsschutz stand.<sup>18</sup>

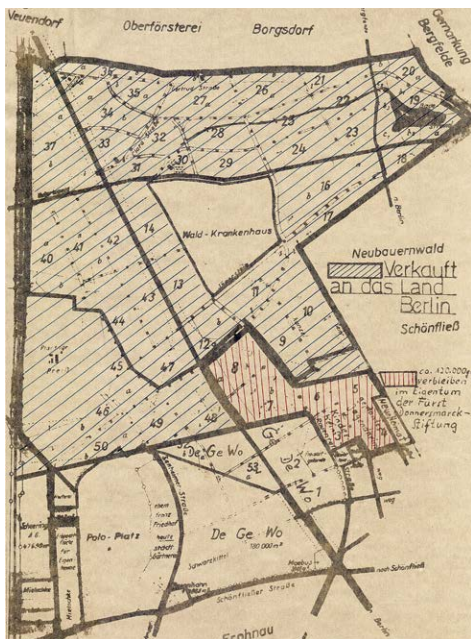
## Von der gerichtlichen Auseinandersetzung bis zum Waldverkauf 1973/74

Das Kuratorium reagierte darauf mit einem Widerspruch gegen den Versagungsbescheid des Bezirksamtes, den jedoch der Senator für Bau- und Wohnungswesen am

17.01.1973 abschlägig beschied. Daraufhin entschied es sich dazu, beim Verwaltungsgericht Berlin Klage gegen den Beschluss des Senators zu erheben.<sup>19</sup> Parallel zu der Auseinandersetzung zwischen FDST und dem Land Berlin trat die Neue Heimat ein weiteres Mal an die Stiftung heran und unterbreitete ihr ein neues Angebot. Unter Verzicht auf den geschlossenen Kaufvertrag erklärte sie sich bereit, das gesamte Frohnauer Waldgelände im Besitz der Stiftung für einen Kaufpreis von 65,00 DM/qm zu erwerben. Von dem fälligen Kaufpreis in Höhe von ca. 100 Millionen DM sollten 30 Millionen DM sofort und die restlichen 70 Millionen DM in Jahresraten über zehn Jahre hinweg gezahlt werden.<sup>20</sup> Der Vorschlag der Wohnungsbaugesellschaft hatte für die FDST zwei Vorteile. Erstens hätte die Stiftung damit auf einen Schlag ihren „uns in der Öffentlichkeit nur Scherereien machenden Besitz“ in „bares Vermögen“ umgewandelt.<sup>21</sup> Zweitens konnte mit einem Verkauf des gesamten Restgeländes sowohl die Teilungsgenehmigung des Bezirksamtes Reinickendorf als auch die Zustimmung des Senators für Wirtschaft umgangen werden.<sup>22</sup> Doch obwohl das Kuratorium per Umlaufverfahren einen entsprechenden Verkaufsbeschluss traf, kam es dazu ebenfalls nicht.<sup>23</sup> Denn das Land hatte gegenüber der Stiftung unmissverständlich deutlich gemacht, auch in Zukunft mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen den Verkauf des Frohnauer Geländes vorgehen zu wollen. Gleichzeitig hatte der Senator für Bau- und Wohnungswesen in der ersten Hälfte des Jahres 1973 signalisiert, dass „das Land Berlin selbst zu einer Übernahme des gesamten Frohnauer Wald- und Gärtneriegeländes zu einem angemessenen Kaufpreis bereit war.“<sup>24</sup> Die Zukunft des Landschaftsschutzgebietes war zu diesem Zeitpunkt schon lange zu einem Politikum geworden. Die Insellage des Westteils der Stadt, die die Erhaltung von Naherholungsgebieten innerhalb der Stadtgrenze nötig erscheinen ließ, und die in den 1970er Jahren aufkommende Beschäftigung mit dem Umweltschutz machten das Waldgebiet an der deutsch-deutschen Grenze zu einem emotionalen Thema.<sup>25</sup> Dadurch standen die FDST sowie das Land Berlin unter dem zunehmenden öffentlichen Druck, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Am 14.06.1973 zog die Stiftung ihre Klage vor dem Verwaltungsgericht zurück, ohne gleichzeitig ihre Rechtsansicht aufzugeben. Am 13.07.1973 wurde das Verfahren offiziell eingestellt.<sup>26</sup> Das Alleinverkaufsrecht hatte das Kuratorium dem Immobilienbüro Zachger eingeräumt. Es unterbreitete dem Senator für Bau- und Wohnungswesen Klaus Riebschläger am 21.06.1973 ein erstes Kaufangebot.<sup>27</sup>

Die Neue Heimat wiederum hatte etwa zur gleichen Zeit ihr Interesse an dem Frohnauer Gelände verloren. Durch die Rücknahme der Klage vor dem Verwaltungsgericht war der geschlossene Vertrag zwischen FDST und NH vom 14.07.1972 zudem wirkungslos geworden.<sup>28</sup> Am 28.11.1973 wurde die Auflassungsvormerkung für die NH aus dem Grundbuch gelöscht.<sup>29</sup> Stattdessen folgten intensive Verhandlungen





Übersicht über das an Berlin verkaufte Waldgelände von 1973/74

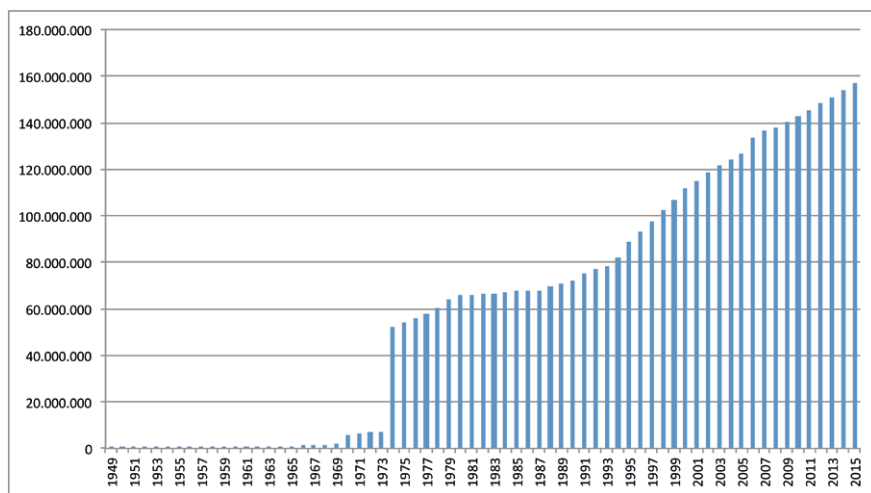
mit dem Land Berlin. An deren Ende verkaufte die Fürst Donnersmarck-Stiftung am 20.11.1973 etwa 1,4 Mio. qm Waldgelände für einen Quadratmeterpreis von 60,00 DM und erzielte einen Gesamterlös von 84.021.480 DM. Ungefähr 30 Millionen DM wurden binnen eines Monats nach Rechtswirksamkeit des Vertrages fällig; die restlichen 54 Millionen DM sollten über zehn Jahresraten getilgt werden.<sup>30</sup> Etwa 1,1 % der Kaufsumme erhielt das zuständige Immobilienbüro als Provision für sein großes Engagement bei den Verhandlungen.<sup>31</sup> Offiziell wirksam wurde der Vertrag am 14.02.1974, nachdem er durch das Abgeordnetenhaus Berlin und den Senator für Finanzen genehmigt worden war.<sup>32</sup> Danach blieben von dem ehemals 250 Hektar großen Gelände nur noch etwa 120.000–130.000 qm im Besitz der Stiftung.<sup>33</sup> Auch andere Grundstücke, die von der FDST bereits früher veräußert worden waren, wurden durch das

Land auf ähnliche Weise zurückgekauft. Dies geschah beispielsweise bei dem noch unbebauten Gelände der DeGeWo.<sup>34</sup>

Über den Grundstücksverkauf hinaus erreichten Reichel und Vogel durch Nachverhandlungen mit dem Senator für Finanzen, den Berliner Steuerbehörden und der Stiftungsaufsicht, dass die FDST sowohl von der Besteuerung der Einkünfte aus der Grundstücksveräußerung als auch für fünf Jahre von der Grunderwerbssteuer befreit wurde.<sup>35</sup> Dadurch konnte die Stiftung ihr sprunghaft gewachsenes Vermögen ohne große Verluste in wertbeständige sowie rentable Immobilien reinvestieren. Vor allem Reichel setzte sich in Verwaltungsausschuss wie Kuratorium nachdrücklich für den Erwerb von „Mietschaubesitz mit hohen zinsgünstigen Belastungen“ ein. Denn dieser ermögliche es, „durch hohe Abschreibungen stille Reserven zu

„ Nach dem großen Waldverkauf an das Land Berlin von 1973/74 blieben von dem ehemals 250 Hektar großen Gelände nur noch etwa 120.000–130.000 qm im Besitz der Stiftung. “

bilden“ und eröffne „einen größeren Ermessensspielraum in der Wahl des Mitteleinsatzes für satzungsgemäße Zwecke oder aber für Vermögensanlagen.“<sup>36</sup> Zwischen 1974 und 1978 erwarb die FDST 31 Objekte in Berlin, Hamburg und München mit einem Gesamtwert von 72.383.614,64 DM, für die aufgrund der Hypothekenbelastungen einzelner Immobilien jedoch nur 46.240.020,80 DM aufgebracht werden mussten.<sup>37</sup> Die Anlagestrategie der FDST erwies sich als außerordentlich erfolgreich. Zwischen 1971 und 1982 verzehnfachte sich das Stiftungsvermögen; vor allem die Wertsteigerung der Berliner Mietshäuser war immens.<sup>38</sup> Für die bis 1974 erworbenen Objekte lag sie beispielsweise zwischen 10.000 DM und 526.000 DM pro Immobilie.<sup>39</sup> Erst Ende der 1970er Jahre kam diese Anlagestrategie zu einem gewissen Stillstand, da es immer weniger attraktive Angebote auf dem Immobilien- und Grundstücksmarkt gab.<sup>40</sup> 1979 war das erste Jahr nach dem großen Waldverkauf, in dem die FDST keine Mietobjekte erwarb.<sup>41</sup> Zu diesem Zeitpunkt waren die Grundlagen für ein kontinuierliches Vermögenswachstum jedoch schon lange gelegt. Mit einem Gesamtvermögen von 134.184.438 DM<sup>42</sup> gehörte die FDST 1989 zu den 3,5 % der deutschen Stiftungen, die über mehr als 100 Millionen Mark Stiftungskapital verfügten.<sup>43</sup> Im Jahr 2015 betrug das bilanzierte Eigenkapital 157 Mio. Euro zuzüglich erheblicher stiller Reserven. Damit zählt sie heute zu dem 1 % der reichsten Stiftungen Deutschlands.<sup>44</sup> Dieses Vermögen gab der Fürst Donnersmarck-Stiftung die nötige wirtschaftliche Stabilität, um ihre Aktivitäten zu finanzieren – und im Laufe der 1970er und 1980er Jahre konsequent auszubauen.



Entwicklung des Eigenkapitals der Fürst Donnersmarck-Stiftung in Euro von 1949 bis 2015

### III.2 DAS FÜRST DONNERSMARCK-HAUS IN FROHNAU UND DIE ENTWICKLUNG DES ARBEITSBEREICHS REHABILITATION

Die Geschichte des Arbeitsbereichs Rehabilitation geht bis zum Ende der 1950er Jahre zurück. Im Unterschied zur Entstehung der sozialpädagogischen Gruppenarbeit in den Nachbarschaftsheimen ging die Idee für diesen Bereich nicht von dem Kuratorium oder Mitarbeitern der Stiftung aus, sondern wurde vom „Verein zur Förderung evangelischer Heime für körperbehinderte Kinder“ angestoßen. Dieser hatte sich auf Initiative Marianne Schlegelmilchs am 10.02.1958 gegründet.<sup>45</sup> Unterstützt wurde sie von weiteren Vereinsmitgliedern, zu denen die mit einer Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät der Universität Rostock ausgezeichnete Magdalena von Tiling sowie die späteren Mitglieder des Kuratoriums der FDST Herbert Stope, Leiter der orthopädischen Abteilung des evangelischen Waldkrankenhauses Spandau, Alfred Jacobs, Erich Mach und seit 1959 Walter Schian gehörten.<sup>46</sup> Schlegelmilch betrieb in den 1950er Jahren ein sogenanntes Kinderneest für körperbehinderte Kinder aus dem Spandauer Waldkrankenhaus und war in diesem Zusammenhang der großen Zahl von an Poliomyelitis erkrankten Kindern begegnet.<sup>47</sup> Diese Krankheit erreichte in Deutschland zwar niemals derartig erschreckende Ausmaße wie in den USA oder Skandinavien, trat aber bis zur Einführung der Schluckimpfung im Jahr 1961 vor allem in den beiden Großstädten Berlin und Hamburg immer wieder in epidemischer Häufung auf.<sup>48</sup> Der Verein hatte sich deswegen zum Ziel gesetzt, ein Heim für Kinder mit Körperbehinderung zu errichten, in dem vor allem Jungen und Mädchen mit Kinderlähmung optimal versorgt werden konnten. Dies war in Berlin (West) ein wichtiges Unterfangen, waren doch die infrastrukturellen Voraussetzungen in der geteilten Stadt besonders schlecht. Zu Beginn der ersten Polioepidemien stand dort beispielsweise keine einzige Eiserne Lunge zur Beatmung zur Verfügung.<sup>49</sup> Darüber hinaus waren spezielle Heimplätze für Kinder mit Behinderung in den 1960ern noch selten; die meisten von ihnen waren fehlplatziert und mussten permanent in Altenheimen oder Krankenhäusern leben.<sup>50</sup>

Zum ersten belegbaren Kontakt zwischen der Stiftung und dem Verein kam es am 08.03.1958. An diesem Tag sprachen von Tiling und Schlegelmilch bei Schian vor und baten darum, in der Nähe des damaligen „Rüstheims“ in Frohnau ein Gelände von ungefähr 10.000 qm in Erbpacht erwerben zu können.<sup>51</sup> Nach längerer Diskussion entschieden sich die Kuratoriumsmitglieder der FDST schließlich im Sommer 1958 dazu, das Anliegen Schlegelmilchs zu unterstützen.<sup>52</sup> Am 05.11.1958 wurden ungefähr 10.000 qm Waldfläche außerhalb des Landschaftsschutzgebiets für einen Jahreszins von 0,16 DM/qm dem Verein zur Förderung evangelischer Heime für körperbehinderte Kinder überlassen.<sup>53</sup> Drei Jahre später erwarb der Verein das

Gelände für einen Kaufpreis von 65.320 DM, der ihm allerdings direkt für mehrere Jahre von der FDST gestundet wurde.<sup>54</sup> Da der Verein selbst nicht über die Mittel verfügte, die zur Errichtung des Kinderheims notwendig gewesen wären, war er auf die Unterstützung Dritter angewiesen. Nur mit den Beiträgen der Deutschen Klassenlotterie Berlin, des Senators für Wirtschaft, des Berliner Aufbauplans und eines Kredits aus ERP-Sondervermögen konnten die 1,2 Millionen DM aufgetrieben werden, die der Verein für den Bau des Kinderheims benötigte.<sup>55</sup> Die Grundsteinlegung fand am 16.03.1962 statt; die offizielle Inbetriebnahme des Hauses mit 48 Betten erfolgte am 15.06.1963.<sup>56</sup>

Die Gründung des Kinderheims fiel in eine Phase der bundesrepublikanischen Behindertenpolitik, in der vor allem im Gefolge des Contergan-Skandals die Angebote für Kinder mit Behinderung verstärkt ausgebaut wurden. Dies schlug sich nicht zuletzt in einem sprunghaften Anstieg von Sonderschulen für Kinder mit unterschiedlichsten Behinderungsarten nieder.<sup>57</sup> Der Trägerverein des Rehabilitationszentrums hatte trotz der gestiegenen Sensibilität für die Bedürfnisse von behinderten Kindern von Beginn an finanzielle Schwierigkeiten. Seine wirtschaftliche Grundlage reichte nicht aus, um das Haus dauerhaft zu betreiben. Zwar war es Anfang der 1960er Jahre noch möglich, kostendeckende Pflegesätze für Rehabilitationseinrichtungen zu erhalten. Doch dafür mussten die Träger zunächst für einen – mehr oder weniger langen – Zeitraum in Vorleistung gehen. Ihre Ausgaben erhielten sie erst im Nachhinein aus öffentlichen Geldern zurückerstattet. Da die Vermögensbasis des Vereins jedoch außerordentlich schmal war, geriet er immer wieder in Liquiditätsengpässe. Darüber hinaus dauerte es länger als erhofft, das Heim zu belegen – erst im Oktober 1964 war die geplante Normalbelegung erreicht.<sup>58</sup> Eine Vollbelegung erreichte das Kinderheim erstmalig erst 1965.<sup>59</sup> Nicht zuletzt hatten die Verantwortlichen im Vorfeld aber auch den finanziellen Aufwand für die Aufrechterhaltung des Heimbetriebs unterschätzt. In der Rentabilitätsberechnung des Kinderheims vom Juli 1959 ging man beispielsweise davon aus, dass ein Pflegesatz von 11,00 DM kostendeckend sein würde.<sup>60</sup> Dies alles führte dazu, dass die „Starthilfe“ des Vereins in Höhe von 46.200 DM nach kurzer Zeit aufgebraucht war.<sup>61</sup> Schon Weihnachten 1963 stand der Verein vor der



Zahlungsunfähigkeit und konnte nur durch ein Darlehen der FDST über 10.000 DM sowie einen Zuschuss des Rats der Evangelischen Kirche von 15.000 DM vor der Insolvenz bewahrt werden.<sup>62</sup> Ende 1963 war damit offensichtlich geworden, dass der „Verein eine zu schmale Basis für ein Heim darstellt, das in absehbarer Zeit nicht rentabel zu bewirtschaften ist [...]“. „<sup>63</sup> Schlegelmilch sowie von Tiling wandten sich deswegen an mehrere Organisationen, wie den Gesamtverband der Inneren Mission sowie an die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg; lediglich die FDST zeigte sich gegenüber einer Übernahme des Kinderheims in ihre Trägerschaft offen.“<sup>64</sup>

## Die Übernahme des Kinderheims in Frohnau durch die FDST

Innerhalb der Stiftung, die das Projekt mit dem kurzfristigen Darlehen sowie der Stundung des ohnehin relativ günstigen Kaufpreises für das Frohnauer Grundstück bereits unterstützte, hatte nämlich Kirchenrat Schian intensiv für das Anliegen des Vereins geworben. Er sah darin „die Möglichkeit, die Arbeit der Stiftung im Sinne ihres Stiftungszwecks auf die Arbeit an körperbehinderten Kindern zu erstrecken.“<sup>65</sup> Ab Januar 1964 begannen die Beratungen zwischen dem Verein und dem Kuratorium über die Gestaltung des Übergangs der Trägerschaft<sup>66</sup>; zur formellen Übergabe kam es durch den Notariatsvertrag vom 24.03.1964. In diesem übertrug der Verein zur Förderung evangelischer Heime für körperbehinderte Kinder zum 01.04.1964 das Kinderheim in Frohnau mit allen Lasten und Pflichten an die Fürst Donnersmarck-Stiftung. Diese verpflichtete sich im Gegenzug, den Heimbetrieb unter der „bisherigen Zielsetzung – Eingliederung körperbehinderter Kinder in die menschliche Gesellschaft auf evangelischer Grundlage – und unter Beibehaltung des Anschlusses an den Gesamtverband der Berliner Inneren Mission fortzuführen.“<sup>67</sup> Für das Heim wurde ein Beirat mit sechs Mitgliedern gebildet, der paritätisch von der FDST sowie dem Verein besetzt wurde. Den Vorsitz des Beirats übernahm immer ein Vertreter der Stiftung. Für den Verein bedeutete dies das Ende seiner operativen Tätigkeit; er unterstützte das Kinderheim durch finanzielle Zuwendungen sowie eine inhaltliche Begleitung aber weiterhin. Erst als dem Verein im Juni 1976 der Verlust der Gemeinnützigkeit drohte, da er selbst nicht mehr unmittelbar tätig war, entschieden sich seine Mitglieder auf der Jahreshauptversammlung vom 22.07.1976 zu seiner Auflösung.<sup>68</sup> In Zukunft engagierten sich alle Interessierten im Freundeskreis des Rehabilitationszentrums. Für die FDST wiederum bedeutete die Übernahme des Kinderheims, dass sie mit einer Einrichtung Mitglied im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg wurde. Am 25.04.1968 entschied sich das Kuratorium schließlich dazu, einen Antrag auf Aufnahme der Gesamtstiftung zu stellen.<sup>69</sup> Zum 17.03.1969 wurde schließlich die Gesamtstiftung in



das Diakonische Werk aufgenommen und gehörte seit diesem Zeitpunkt dauerhaft einem Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege an.<sup>70</sup>

Doch auch die Fürst Donnersmarck-Stiftung sah sich kurz nach der Übernahme der Trägerschaft des Kinderheims zunächst mit einigen Problemen konfrontiert. Der von Alfred Jacobs konzipierte Bau des Rehabilitationszentrums erwies sich trotz einer positiven Erstevaluation des Gebäudes durch den Reinickendorfer Amtsarzt<sup>71</sup> in der Praxis als nicht so barrierefrei wie gedacht. So wurde beispielsweise der Raumbedarf von Rollstuhlfahrern unterschätzt oder notwendige Abstellflächen vergessen. Hinzu kamen diverse Baumängel wie ein undichtes Dach, die über mehrere Jahre hinweg regelmäßige Umbau- oder Renovierungsarbeiten nach sich zogen.<sup>72</sup> Darüber hinaus war es in den 1960er sowie Anfang der 1970er Jahren noch schwierig, qualifiziertes Personal für das Kinderheim zu finden. Erschwerend kam hinzu, dass die Mitarbeiterfluktuation bis zum Ende der 1970er Jahre sehr hoch war, sodass man nahezu permanent nach Erziehern suchte.<sup>73</sup> Allein 1964 mussten in Frohnau 16 der insgesamt 40 Arbeitskräfte ersetzt werden.<sup>74</sup>

Neben der eher unattraktiven Lage des Heims direkt an der Berliner Mauer hing diese Fluktuation auch damit zusammen, dass es in der Anfangszeit zu Konflikten zwischen den Mitarbeitern und der ersten Leiterin des Hauses, der Diakonin Heti Günther, kam.<sup>75</sup> Die Erzieher, die überwiegend aus Westdeutschland nach Frohnau gekommen waren, gehörten einer neuen, selbstbewussten Generation an, die von der Professionalisierung und Akademisierung der Ausbildungen in den sozialen Berufen Anfang der 1960er Jahre profitiert hatten.<sup>76</sup> Diese waren nicht mehr länger bereit, die traditionell von den Kirchen geprägte Arbeitsweise in den Heimen für Menschen mit Behinderung unhinterfragt zu akzeptieren. Für die Bewohner führten die innerhalb der Mitarbeiter-schaft ausbrechenden Konflikte zwischen den unterschiedlichen Generationen nicht selten zu Verbesserungen ihres Alltagslebens und ihrer Selbstbestimmungsmöglichkeiten.<sup>77</sup> Dieser Generationenkonflikt legte sich mit der neuen Heimleiterin, der Diakonieschwester Käthe Schmidt, die am 01.05.1966 die leitende Stelle übernahm.<sup>78</sup> Schwester Käthe hatte Heti Günther bereits zuvor zeitweise vertreten und war im



Ansicht des Kinderheims vor dem Bau des Jugend- und Erwachsenenheims



Schwester Käthe gratuliert Kraft Graf von Donnersmarck zum Geburtstag

Haus anerkannt. Zwar brachen auch unter ihrer Leitung die Konfliktlinien zwischen den eher konfessionell gebundenen und den an neuen Ideen orientierten Mitarbeitern, die eine eher antiautoritäre Erziehung favorisierten, sowie zwischen den ungelernten und ausgebildeten Erziehern immer mal wieder auf. Doch aufs Ganze gesehen gelang es ihr besser, den Betriebsfrieden zu sichern und den Übergang zu einer zukunftsorientierten Betreuungsarbeit zu moderieren. Dazu trug sicherlich auch die Tatsache bei, dass Manfred Richter, der seit dem 01.05.1963 im Kinderheim angestellt war und der „progressiven“ Seite zugerechnet wurde, sukzessive mehr Verantwortung übertragen bekam und ab den 1970er Jahren wichtige

Leitungsfunktionen übernahm.<sup>79</sup> Von 1979 bis 2001 verantwortete er als Verwaltungsleiter die Geschicke des Hauses. Schwester Käthe hielt der FDST bis zu ihrer Pensionierung zum 31.12.1981 die Treue.

## Konzept und erste Jahre des Kinderheims

Das Kinderheim war von Beginn an als ein reines Rehabilitationszentrum konzipiert worden, dessen Bewohner nur zeitweise bis zum Abschluss ihrer individuellen Förderung in Frohnau leben sollten. Ein Angebot zum Dauerwohnen war ausdrücklich nicht vorgesehen; Kinder, die nicht rehabilitiert werden konnten, sollten nicht in das Heim aufgenommen werden. Vielmehr wurde die Arbeit im Kinderheim zunächst als eine „Fortsetzung der klinischen Behandlung“ aufgefasst.<sup>80</sup> Das Ziel war es, die Bewohner so weit zu fördern, dass sie in ihre Familien zurückkehren oder aber später in eine eigenständige Wohnform überwechseln konnten, von denen allerdings zum Zeitpunkt der Gründung des Hauses noch kaum Angebote existierten. Das Kernanliegen der Mitarbeiter war deswegen eine Befähigung jedes einzelnen Bewohners zu einem möglichst selbstständigen Leben. Aus diesem Grund, aber auch aufgrund einer Auflage des Senators für Jugend und Sport, war die Aufnahme in die Einrichtung ausschließlich Kindern mit einer Körperbehinderung vorbehalten.<sup>81</sup> Die aufgenommenen Kinder wurden unter einem hohen Personaleinsatz gefördert. Das Verhältnis von Mitarbeitern zu Bewohnern lag unter Einbeziehung der Wirtschafts- und sonstigen Hilfskräfte fast bei 1:1<sup>82</sup> – ein Personalschlüssel, der bei Heimen für



Menschen mit Behinderung auch im Laufe der 1960er und 1970er Jahre nur selten erreicht wurde.<sup>83</sup> Dies hatte aber zur Folge, dass es der FDST zunehmend schwerer fiel, ihre hohen Pflegesätze zu rechtfertigen. Denn die Frohnauer Einrichtung wurde aufgrund des Namens immer mit Heimen für Kinder ohne Behinderung verglichen, die nie einen derartigen Personalschlüssel hatten. Des-



Ein „Bild der Generationen“. v.l.n.r. Dr. Lutz Schneider, Wolfgang Schrödter, Guidotto Fürst von Donnersmarck, Ekkehard Reichel, Manfred Richter. Vorne: Schwester Käthe

wegen wurden seit Mitte der 1960er Jahre im Kuratorium wie in Frohnau Stimmen laut, die eine Umbenennung der Einrichtung vorschlugen. Im April 1967 entschied sich das Kuratorium nach einigen Vorüberlegungen schließlich für den Namen „Fürst Donnersmarck-Haus, evangelisches Rehabilitationszentrum für Körperbehinderte Berlin-Frohnau“ (FDH), unter dem die Einrichtung mit all ihren Erweiterungen künftig firmierte.<sup>84</sup> Im gleichen Jahr wurde auch der Bau des Personalwohnhauses direkt neben dem Kinderheim fertiggestellt.<sup>85</sup> Das war eine wichtige Maßnahme, um die Personalfluktuaton unter den Mitarbeitern zu reduzieren.

Das ehrgeizige Konzept für das FDH ließ sich allerdings nicht lange durchhalten, da sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen rasant veränderten und die FDST zu permanenten Anpassungsleistungen zwangen. Dies begann damit, dass die

“

**Im April 1967 entschied sich das Kuratorium, das Kinderheim offiziell in „Fürst Donnersmarck-Haus, evangelisches Rehabilitationszentrum für Körperbehinderte Berlin-Frohnau“ umzubenennen.**

“

Zahl der eigentlichen Zielgruppe des Hauses – an Poliomyelitis erkrankte Kinder – durch die Einführung der Schluckimpfung binnen kurzer Zeit gegen null tendierte. Stattdessen nahmen aber Fälle von infantiler Zerebralaparese, eine oft mit einer mehr oder weniger stark ausgeprägten Spastik einhergehende frühkindliche Hirnschädigung, dramatisch zu. 1966 gehörte beispielsweise über die Hälfte der Bewohner im Kinderheim zur Gruppe der Spastiker.<sup>86</sup> 1971 befanden sich unter den 48

Kindern im FDH 36 mit infantiler Zerebralparese.<sup>87</sup> Ab 1969 nahm zusätzlich die Zahl der Kinder mit Spina bifida, einer vorgeburtlichen Schädigung des Rückenmarks, sowie mit Querschnittslähmungen zu.<sup>88</sup> Dadurch veränderten sich die Anforderungen an die Innenarchitektur des Gebäudes, da ein Großteil der Bewohner – anders als ursprünglich erwartet – ständig auf einen Rollstuhl zur Fortbewegung angewiesen war.<sup>89</sup> Vor allem stellte sich jedoch heraus, dass das optimistische Ziel, die Kinder nach kurzer Rehabilitationszeit wieder aus dem FDH zu entlassen, bei vielen Behinderungsarten nicht realisierbar war. Stattdessen benötigten diese Kinder über einen längeren Zeitraum als vorgesehen Unterstützung oder waren sogar dauerhaft auf Betreuung und Pflege angewiesen.<sup>90</sup> Auch die Therapieangebote mussten an die veränderten Bedürfnisse der Kinder angepasst werden. Das Frohnauer Rehabilitationszentrum war am Ende der 1960er Jahre von seiner Zeit überholt worden; dem eigenen Anspruch, eine führende Institution auf dem Gebiet der Betreuung von Menschen mit Körperbehinderung zu sein, wurde es zu diesem Zeitpunkt nicht gerecht. Als Reaktion auf diese Veränderungen trieb die Stiftung die konzeptionelle Weiterentwicklung des Hauses in gleich zwei Richtungen voran: Sie modernisierte das bestehende Kinderheim und entwickelte das FDH konzeptionell weiter.<sup>91</sup>

Dafür entschied sich das Kuratorium am 31.08.1970 zunächst dazu, das Kinderheim baulich zu erweitern und den neuen Gegebenheiten anzupassen.<sup>92</sup> Durch den Umbau sollte das FDH „wieder den verlorengegangenen Anschluß an modellhafte Einrichtungen gleicher Art in Deutschland und Europa finden.“<sup>93</sup> Mit ihm einher ging auch eine pädagogische Neuausrichtung des Hauses. Denn durch die räumliche Vergrößerung des Gebäudes konnten die Gruppenstärken deutlich reduziert werden: Gab es bis dahin nur drei Gruppen mit jeweils 16 Bewohnern, die zudem – mit Ausnahme der Kleinkindergruppe – nach Geschlechtern getrennt waren, wurden nun sechs geschlechts- und altersgemischte Gruppen mit acht oder neun Bewohnern geschaffen. Dadurch sollte eine „familienähnliche Situation“ entstehen.<sup>94</sup> Nach einer ungefähr einjährigen Bauzeit konnten die neu angelegten Gruppenräume am 01.08.1972 bezogen werden.<sup>95</sup> Die mit ihnen einhergehende Einführung koedukativer Gruppen war für das FDH ein wichtiger Schritt; er entsprach allerdings den damaligen Standards und war seitens des Berliner Abgeordnetenhauses von den Heimen eingefordert worden.<sup>96</sup> Zusätzlich wurden eine Gymnastikhalle und ein Lehrschwimmbecken errichtet sowie der Therapiebereich deutlich vergrößert. Zudem umfasste der Umbau die Einrichtung zweier Schulräume. Dort wurden die Kinder unterrichtet, die aufgrund ihrer Körperbehinderung keine Schule außerhalb des Heims besuchen konnten. Im FDH hatten schon seit 1964 eigens dafür abgestellte Lehrer Heimunterricht gegeben. Die beiden neuen Schulräume ermöglichten bis mindestens Ende 1994, als sich die Finanzierung der Maßnahme aufgrund einer

Intervention des Berliner Rechnungshofes änderte, einen auch vom Umfang her angemessenen Unterricht durch mehrere Lehrkräfte.<sup>97</sup> Die Einweihung des gesamten Komplexes fand am 31.05.1974 statt<sup>98</sup>; finanziert wurden die Gesamtkosten von etwa 2,5 Mio. DM mit 500.000 DM aus Eigenmitteln, 300.000 DM der „Aktion Sorgenkind“<sup>99</sup>, 1 Mio. DM der Deutschen Klassenlotterie Berlin sowie einem Darlehen über 700.000 DM des Berliner Stadtsynodalverbandes.<sup>100</sup>

## Der Bau des Jugend- und Erwachsenenwohnheims

Der Bau eines Jugend- und Erwachsenenwohnheims wurde bereits Ende der 1960er Jahre von Erich Mach angestoßen.<sup>101</sup> Als nach dem Waldverkauf 1973/1974 die nötigen finanziellen Reserven für ein solches Vorhaben zur Verfügung standen, intensivierten sich ab Mitte der 1970er Jahre die Vorbereitungen für den großen Erweiterungsbau. Inhaltlich trieb ihn vor allem Manfred Richter als neuer Planungsbeauftragter des FDHs voran. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die Beobachtung, dass in Berlin vor allem für Jugendliche mit schwereren Behinderungen nach ihrer Zeit im FDH keine Anschlusswohnmöglichkeiten mehr bestanden. Die Jugendlichen mussten deswegen oftmals nach Westdeutschland umziehen oder in ein Pflegeheim verlegt werden, wo ihre in Frohnau erlangten Fähigkeiten aufgrund mangelnder Förderung bald wieder verloren gingen. Richter erachtete es aber als eine zentrale Aufgabe der Stiftung, Menschen mit Behinderung „Hilfestellungen zu bieten und ein kontinuierliches Angebot an Lebensmöglichkeiten zu machen, die der Lebensweise des Nichtbehinderten weitgehend entsprechen.“<sup>102</sup> Deswegen empfahl er die systematische Erweiterung des FDHs um ein Jugendheim, ein Erwachsenenwohnheim und einen Gästebereich. Im Jugendheim sollten die Bewohner unterkommen, die für das Kinderheim zu alt waren, aber während ihrer restlichen Schul- oder Ausbildungszeit noch weitere Förderung benötigten. Das Erwachsenenwohnheim setzte sich aus einem „Trainingsbereich“, in dem die Bewohner konsequent auf ihren Auszug in eine selbständigere Wohnform vorbereitet wurden, und einem kleinräumigen Dauerwohnbereich für Menschen mit Schwerstmehrfachbehinderungen zusammen. Der Gästebereich war schließlich eine Antwort auf die aufgekommene Kritik an der Abgeschlossenheit des Zentrums am Rande Frohnaus und gleichzeitig eine Reaktion auf den gestiegenen Bedarf an barrierefreien Unterkünften für Berlinbesucher.<sup>103</sup> Hier konnten sich externe Gruppen für einen befristeten Zeitraum einmieten. Auf diese Weise wurde die Begegnung der Bewohner des FDHs mit anderen Menschen gefördert. Über das Gästehaus hinausgehend hatten die Mitarbeiter grundsätzlich den Anspruch, das FDH in den Frohnauer „Sozialraum“ hinein zu öffnen: Das Gelände der FDST war

für die Öffentlichkeit zugänglich; regelmäßige Veranstaltungen wie das Sommerfest luden zum Austausch ein und Schwester Käthe bemühte sich intensiv darum, ins Gespräch mit der Frohnauer Bevölkerung zu kommen.<sup>104</sup> 1982 wurde beispielsweise der Verein „Kindergruppe im Fürst Donnersmarck-Haus“ gegründet, der jahrelang eine integrative Kindertagesstätte im FDH betrieb.<sup>105</sup>

Die Stiftung hatte nicht den Anspruch, das Wohnproblem aller Berliner Menschen mit Behinderung zu lösen. Vielmehr verstand sich das FDH als Modellinstitution, in „der alle Phasen der Rehabilitation, bis auf die spezifische berufliche Ausbildung, nahtlos ineinander übergehen“ und die als Vorbild für andere Einrichtungen in und außerhalb der Stadt dienen konnte.<sup>106</sup> Richters Vorschläge fanden mit nur wenigen Veränderungen die Unterstützung des Kuratoriums. Selbst der Senator für Familie, Jugend und Sport erklärte, die geplante Erweiterung werde von ihm trotz der mit ihr „auf das Land zukommenden Folgekosten [...]“ dringend befürwortet.<sup>107</sup> Am 09.12.1976 begann die Erweiterung mit den notwendigen Rodungsarbeiten.<sup>108</sup> Beim Bau orientierte sich die Stiftung einerseits an den in den 1960er und 1970er Jahren entstandenen DIN-Normen über barrierefreies Bauen und andererseits explizit an westdeutschen Vorbildern wie den Einrichtungen der Stiftung Pfennigparade in München.<sup>109</sup> Diese war 1952 als Bürgerinitiative für Polioerkrankte entstanden und fiel frühzeitig durch innovative Angebote für Menschen mit Behinderung auf. Am 26.05.1978 feierte die FDST Richtfest. Zur gleichen Zeit begann sie mit der Suche nach Mitarbeitern für die neuen Wohnheime in Frohnau. Von ihnen kamen schließlich mehr als 60 % nicht aus Berlin.<sup>110</sup> Sie wurden vom 01. bis 03.08.1979 in einem gemeinsamen Seminar auf die neue Aufgabe vorbereitet.<sup>111</sup> Am 01.08.1979 war der Erweiterungsbau fertiggestellt und die ersten Bewohner konnten vier Tage später ihr neues Zuhause beziehen.<sup>112</sup> Die Einweihung des Neubaus fand jedoch erst nach der Vollendung zusätzlicher Funktionsbauten am 25.04.1980 statt. Die Gesamtkosten des Projektes betrugen 24,2 Millionen DM, die mit 6 Millionen DM von der Deutschen Klassenlotterie Berlin, mit 1,2 Millionen DM von der „Aktion Sorgenkind“ sowie einer weiteren Million von der Stiftung Hilfswerk für behinderte Kinder bezuschusst wurden.<sup>113</sup> Das FDH umfasste nun 124 Plätze zuzüglich des Gästebereichs. Das Kinderheim bot 48 Bewohnern Raum, das Jugendheim hatte 32 Plätze und das Erwachsenenheim setzte sich aus 22 Plätzen für das Einzelwohnen im Trainingsbereich sowie 22 Plätzen für Menschen mit schwerer Behinderung zusammen.<sup>114</sup>

### Fortgesetzte Umstrukturierungen

Der FDST standen in Frohnau nun inklusive des Gästebereichs fünf unterschiedliche Wohnbereiche zur Verfügung, die zwar gemeinsam verwaltet wurden,



Links: Richtfest des Jugend- und Erwachsenenheims,  
rechts: Luftaufnahme des Fürst Donnersmarck-Hauses aus den 1970er Jahren

inhaltlich aber selbstständig agieren konnten. Kinder- und Jugendheim waren als Vollversorgungssysteme gedacht, bei denen jedoch die aktive Mithilfe jedes Bewohners bewusst gefördert wurde. Im Jugendheim war zudem eine Verselbstständigung der Bewohner möglich. Der Trainingsbereich war als ein Selbstversorgungsbereich konzipiert, in dem die Bewohner – bei einem weiterhin vorhandenen institutionellen Unterstützungssystem – ihre Selbstständigkeit erproben konnten. Das Wohnheim für Menschen mit schwerer Behinderung funktionierte wieder als Vollversorgungssystem, ermöglichte aber die Selbstversorgung unter Hinzuziehung individueller Dienstleistungen.<sup>115</sup> Die Lebensrealitäten von Menschen mit Körperbehinderung hatten sich jedoch seit Beginn der Planungsphase Anfang der 1970er Jahre stark verändert. Dies hing in besonderem Maße mit der Mitte der 1970er Jahre erstarkenden Behindertenbewegung zusammen. Eine Gruppe von Menschen mit Behinderung um wichtige Protagonisten wie Gusti Steiner oder Franz Christoph forderten selbstbewusst ihr Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft ein. Spektakuläre Aktionen wie das „Krüppeltribunal“ von 1981, in dem nach dem Vorbild des Russell-Tribunals von Amnesty International „Menschenrechtsverletzungen an behinderten Menschen“ angeklagt wurden, machten eindrücklich auf die gesellschaftliche Situation von Menschen mit Behinderung aufmerksam. Das Engagement der Behindertenbewegung, aber auch ein gewandeltes Bewusstsein in der deutschen Gesellschaft führten zu einer zunehmenden Dezentralisierung stationärer Wohnangebote und einem Ausbau ambulanter Unterstützungssysteme.<sup>116</sup> Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf das Frohnauer Haus.

Kurz nach der Eröffnung des Jugend- und Erwachsenenheims und dem damit verbundenen Umzug älterer Bewohner des Kinderheims innerhalb des FDHs stellte sich heraus, dass die nun frei gewordenen Plätze nicht mehr ohne Weiteres neu besetzt werden konnten. Das Kinderheim, das seit der Überwindung der Anlaufschwierigkeiten Mitte der 1960er Jahre eine konstant über 90 % liegende Auslastung aufwies, war deswegen Ende des Jahres 1980 nur noch zu 70 % belegt.<sup>117</sup> Die Unterbelegung des Kinderheims, die sich durch das Engagement der Stiftung für eine Ambulantisierung der Wohnangebote nur noch verstärkte<sup>118</sup>, entwickelte sich zu einem Grundproblem der FDST. Der Grund dafür war eine Kombination aus demografischem Wandel in dessen Folge grundsätzlich weniger Kinder geboren wurden, medizinischem Fortschritt sowie eine Ausweitung der ambulanten Hilfen. Letzteres war der Hauptgrund für die Belegungsschwierigkeiten des FDHs. Denn viele Maßnahmen wie etwa eine systematische Ergo- und Physiotherapie wurden nun auch ambulant angeboten. Sie waren deswegen kein Grund mehr dafür, das eigene Kind in ein Heim zu schicken. Eine Folge dieser – gesellschaftlich betrachtet sehr positiven – Entwicklung war, dass vor allem Kinder und Jugendliche mit einer schweren Körper- oder Mehrfachbehinderung und hohem Pflegeaufwand um Aufnahme in das Frohnauer Rehabilitationszentrum baten.<sup>119</sup> Einen ganz ähnlichen Trend konstatierten Richter und Schwester Käthe 1979 ebenfalls für das Jugend- und Erwachsenenheim.<sup>120</sup>

Auf diese Veränderungen mussten die Mitarbeiter im FDH reagieren. Die eingeleiteten Umstrukturierungsmaßnahmen liefen im Kern darauf hinaus, die Bettenzahlen im Kinderheim schrittweise zu reduzieren. Frei werdende Kapazitäten in allen drei Heimbereichen öffnete man für Menschen mit Schwerstmehrfachbehinderung und versuchte auf diese Weise, die Unterbelegung perspektivisch in einem verträglichen Rahmen zu halten.<sup>121</sup> Bis September 1981 zogen deswegen Bewohner mit Schwerstmehrfachbehinderung in zwei freie Gruppen im FDH. Erst dadurch konnte die Belegungsquote des Hauses wieder auf über 90 % angehoben werden.<sup>122</sup> 1985 wurde eine Gruppe im Kinderheim zunächst temporär, ab 1986 endgültig geschlossen. Die Verlegung älterer Gruppenmitglieder in das Erwachsenenheim und die zeitweilige oder permanente Schließung der Gruppen im Kinderheim wurde notwendig, weil sich die Altersstruktur der Bewohner derart verschoben hatte, dass das Kinder- und Jugendheim aus der Verantwortung des Senators für Familie, Jugend und Sport in die des Senators für Gesundheit und Soziales überzugehen drohte.<sup>123</sup> In einer Phase, in der die deutsche Sozialpolitik größeren Wert als zuvor auf wirtschaftliche Konsolidierung legte und viele Unterstützungsangebote unter Kostenvorbehalt stellte, hätte dies unter Umständen negative Auswirkungen auf die Finanzierung des Hauses gehabt.<sup>124</sup>



Zwar hielt das Kuratorium weiterhin am „Rehabilitationsgedanke[n]“ des FDHs fest<sup>125</sup> und forderte vom Kinderheim, trotz der damit verbundenen finanziellen Verluste immer mindestens eine Gruppe für diejenigen Interessenten offen zu halten, die noch im traditionellen Sinn rehabilitiert werden konnten.<sup>126</sup> Doch war mit den beschriebenen strukturellen Änderungen „nach anfänglichem Zögern“ die Ausweitung des Bewohnerkreises auf Menschen mit Schwerstmehrfachbehinderung im Arbeitsbereich Rehabilitation faktisch vollzogen worden.<sup>127</sup> Im Dezember 1980 kündigte Manfred Richter dem Senator für Familie, Jugend und Sport offiziell an, von jetzt an auch Bewohner mit geistiger- oder Schwerstmehrfachbehinderung aufzunehmen.<sup>128</sup> Die Aufnahmekriterien des FDHs von 1989 sahen ebenfalls die Aufnahme von Menschen mit geistiger Behinderung vor, so lange diese in Kombination mit einer Körperbehinderung auftraten und die Betroffenen gruppenfähig waren sowie in ihrer Selbstständigkeit gefördert werden konnten. Denn weiterhin hielt die Stiftung an dem Ziel fest, den Bewohnern „die Teilnahme am öffentlichen Leben“ zu ermöglichen.<sup>129</sup> Dieser Umbruch blieb für die Zusammensetzung der Bewohner nicht ohne Folgen. Im Januar 1990 hatten fünf von sechs Gruppen des Kinderheims Mitglieder mit einer geistigen, psychischen oder Schwerstmehrfachbehinderung.<sup>130</sup> Die veränderten Realitäten kennzeichneten eine konzeptionelle Neuorientierung der FDST, die sie gleichwohl schon seit den späten 1970er Jahren angangenen war: Die Ambulantisierung der Wohnangebote.

### III.3 BEGINNENDE AMBULANTISIERUNG DES FÜRST DONNERSMARCK-HAUSES

Spezielle Heime wie das FDH boten für viele Menschen mit Behinderung gerade in den 1950ern sowie 1960ern die einzige Chance auf kontinuierliche Förderung, pflegerische Unterstützung und einen Wohnraum, der ihren Ansprüchen auf Barrierefreiheit entsprach. Für sie wurden die Einrichtungen aufgrund der langen Zeit, die sie dort verbrachten, zu einem permanenten Wohnort, zu einem Zuhause. Und dennoch war und ist das Leben im Heim immer nur die zweitbeste Lösung. Alle Bemühungen um eine möglichst familienähnliche Atmosphäre oder eine weitgehende Selbstbestimmung können im Heimalltag immer nur annäherungsweise realisiert werden. Dessen war sich auch die FDST bewusst. Deswegen legte sie 1974 als eines der Aufnahmekriterien für das FDH fest, dass *„ausgeschlossen sein [musste], daß dem Kind mit einer anderen Maßnahme besser zu helfen ist.“*<sup>131</sup> Trotz aller Anstrengungen blieb das Leben der Bewohner in Frohnau reglementiert. Die Hausordnung für erwachsene Bewohner des FDHs sah beispielsweise vor, dass man sich drei Tage im Voraus abmelden musste, falls man außer Haus übernachten wollte.<sup>132</sup>



Die jüngste Forschung zur Geschichte von Menschen mit Behinderung in der Nachkriegszeit hat eindrücklich auf erschreckende Zustände in den bundesdeutschen Heimen für diese Gruppe hingewiesen.<sup>133</sup> Derartige Fehlentwicklungen gab es im FDH nicht – selbst wenn Mitte der 1960er Jahre eine Nachtwache über mehrere Monate hinweg ihre Aufsichtspflicht vernachlässigte, bis sie schließlich aus dem Dienst entlassen wurde.<sup>134</sup> Dies blieben aber seltene Einzelfälle. Das Kinderheim wurde 1964 eröffnet – ein Zeitpunkt, in der sich der Wandel im Umgang mit Menschen mit Behinderung schon andeutete und die autoritäre Phase der bundesdeutschen Heimgeschichte überwunden war. Mit seinen 48 Plätzen blieb es überschaubar – selbst zum Zeitpunkt seiner größten Ausdehnung hatte das Frohnauer Haus nicht mehr als 124 Plätze zuzüglich des Gästebereichs. Dadurch war es mit den großen Komplexeinrichtungen mit teilweise über 1.000 Bewohnern nicht zu vergleichen.

„Die ständige Bereitschaft dazu, die eigene Arbeit zu reflektieren und zu hinterfragen, bleibt eine Kernaufgabe für alle, die sich für die Betreuung von Menschen mit Behinderung einsetzen.“

Trotzdem kam es auch in Frohnau gelegentlich zu Problemen. Die reformpädagogischen Ansätze der 1970er Jahre, die auf eine größere Nähe zwischen Pflegenden und Klienten zielte und damit einerseits unbestreitbaren Anteil an der Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung hatten, bargen andererseits die Gefahr einer Aufhebung der professionellen Distanz zwischen beiden Personengruppen. Dies ist gerade aufgrund der komplexen und für alle Beteiligten herausfordernden



Alltag im Fürst Donnersmarck-Haus

psychodynamischen Prozesse innerhalb einer Pflegesituation problematisch und äußerte sich etwa in sexuellen Kontakten zwischen Mitarbeitern und Bewohnern des FDHs.<sup>135</sup> In den 1970er Jahren führte außerdem die Verabreichung von Antikontrazeptiva an Bewohnerinnen des Hauses für Aufsehen.<sup>136</sup> Die Stiftung ging diesen Verstößen immer nach und versuchte, derartige Vorkommnisse möglichst zu verhindern. Auch war das Verhalten der weitaus überwiegenden Mehrheit der Mitarbeiter gegenüber den Bewohnern des FDHs einwandfrei. Die spezifische Struktur stationärer Dauerwohneinrichtungen, die zu einer „institutionellen Umwandlung von Menschen in Sachen“ (Klaus Dörner) neigen, stellt jedoch eine ständige Herausforderung dar, die notwendige Psychohygiene sicherzustellen.<sup>137</sup> Die ständige Bereitschaft dazu, die eigene Arbeit zu reflektieren und zu hinterfragen, bleibt deswegen eine Kernaufgabe für alle, die sich für die Betreuung von Menschen mit Behinderung einsetzen.

### Die zeitgenössische Heimkritik

An den hier skizzierten strukturellen Schwierigkeiten der Heime entzündete sich die Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre – zunächst im Kontext der Psychiatrie-Enquete – aufkommende Anstaltskritik.<sup>138</sup> Das „Heim“ oder die „Anstalt“ avancierte in deren Folge zu einer Chiffre für alles, was die Behindertenbewegung an der deutschen Behindertenpolitik kritisierte – die weiterhin bestehende gesellschaftliche Ausgrenzung und die große Abhängigkeit der Betroffenen von ihren Betreuern: „Kurzum, das Prinzip ‚Anstalt‘ als Hilfetyp und Lebensform büßte seine selbstverständliche Legitimation ein.“<sup>139</sup> Die Heimkritik löste einen allmählichen Bewusstseinswandel aufseiten von Politik und Trägern aus, die sich in zunehmendem Maße am skandinavischen Normalisierungsprinzip orientierten. Dieses setzte sich die weitgehende Angleichung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen an die ihrer nichtbehinderten Gleichaltrigen zum Ziel. Für die Wohnangebote für Menschen mit Behinderung bedeutete dies den sukzessiven Aufbau ambulanter Unterstützungssysteme, die Öffnung sowie Dezentralisierung der großen Komplexeinrichtungen und einen schrittweisen Abbau der Platzzahlen in den Heimen. Ab den 1980er Jahren stieg die Zahl der Modellprojekte, die alternative Wohn- und Betreuungsangebote für Menschen mit Behinderung erprobten, selbst wenn in dieser Phase die Heimunterbringung weiterhin dominierte.<sup>140</sup> Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte die Behindertenbewegung selbst, die Ende der 1970er Jahre erste Projekte nach dem Vorbild der amerikanischen Independent Living Bewegung ins Leben rief. 1978 wurde in München einer der ersten ambulanten Dienste Deutschlands gegründet<sup>141</sup>; mit dem Haushaltsbegleitgesetz

von 1984 wurde erstmals der Vorrang ambulanter vor stationären Hilfen gesetzlich verankert. Auch wenn der Prozess der Ambulantisierung und Dezentralisierung bis heute nicht abgeschlossen ist und immer noch auf Hindernisse stößt, hat sich seit den 1980er Jahren der Charakter von Heimen für Menschen mit Behinderung deutlich verändert. Die Annäherung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung an die Standards ihrer nichtbehinderten Mitbürger mit der Zielsetzung der Inklusion bleibt der Maßstab an dem alle Bemühungen der organisierten Behindertenhilfe gemessen werden.

## Gründung von Wohngemeinschaften

Die skizzierte Entwicklung hin zu einer Dezentralisierung und Ambulantisierung der Wohnangebote durchlief die Stiftung mit ihrem Fürst Donnersmarck-Haus ebenfalls. Seit Bestehen des Heims war es das erklärte Ziel des FDHs, seine Bewohner „weitgehend unabhängig von fremder Hilfe“ zu machen.<sup>142</sup> Die Frage danach, wie man sie am besten auf ein Leben außerhalb des Heims vorbereiten konnte, wurde deswegen schon früh unter den Mitarbeitern des Rehabilitationszentrums diskutiert. Seit dem 01.05.1977 gab es im FDH eine – vom normalen Heimbetrieb abgegrenzte – Jugendgruppe, in der zunächst drei, später zehn Jugendliche den Alltag in einer eigenständigen Wohnform trainierten.<sup>143</sup> Es handelte sich dabei um eine Heimaußengruppe, die vom Senator für Familie, Jugend und Sport mit den gleichen Pflegesätzen wie das FDH finanziert wurde. Die Gruppe wurde aber aus dem Versorgungssystem des Hauses herausgelöst und basierte überwiegend auf Selbstversorgung.<sup>144</sup> Da die fünf Appartements der Gruppe im ersten Stock lagen und nicht durch einen Aufzug zu erreichen waren, konnten aber zunächst nur einigermaßen mobile Interessenten aufgenommen werden.<sup>145</sup> Ende 1980 entschloss sich die FDST deswegen dazu, die Trainingswohngruppe ganz aus dem FDH herauszulösen und in eine vollständig barrierefreie Wohnung in der Berliner Straße 18 zu verlegen.<sup>146</sup> Nach den notwendigen Vorbereitungs- und Umbauarbeiten konnten die ersten Bewohner der Gruppe am 29.09.1981 in ihr neues Zuhause umziehen.<sup>147</sup> Fast zwei Jahre früher, nämlich zum 01.12.1979 zogen drei Bewohner aus dem FDH in die erste echte WG der Stiftung in der Blissestr. 12.<sup>148</sup> Sie hatten zuvor 2,5 Jahre in der Trainingswohngruppe gelebt und waren bereit für den nächsten Schritt. Allen drei Bewohnern gelang es nach einiger Zeit, in eigene Wohnungen umzuziehen.<sup>149</sup> Beide Angebote der Stiftung zielten zu diesem Zeitpunkt noch darauf, die Bewohner auf ein späteres Leben in einer eigenen Wohnung vorzubereiten und waren seinerzeit überwiegend Menschen mit leichteren Behinderungen vorbehalten.<sup>150</sup> Später wurde diese Einschränkung aufgegeben. WGs wurden dann Angebote für

„ein auf Langfristigkeit oder gar auf Dauer angelegtes Wohnen“ außerhalb des Heimkomplexes.<sup>151</sup>

Auf der Grundlage der bis dahin gemachten Erfahrungen entstanden in kurzer Abfolge über die Stadt verteilt weitere ambulante Wohneinheiten, die überwiegend in den stiftungseigenen Wohnhäusern eingerichtet wurden. So folgten seit 1984 die Gründung zahlreicher neuer Wohngemeinschaften, Außenwohngruppen, eines Kleinstheims und Probewohnungen beispielsweise in der Rauentaler Straße 38, dem Kaiserkorso 5 oder der Gervinusstraße 17.<sup>152</sup> Manche dieser WGs waren als Trainingseinrichtungen vorgesehen. Andere wiederum, wie die WG in der Gervinusstraße, dienten als permanente Wohnmöglichkeiten für pflegebedürftige Menschen mit schwerer Behinderung, denen aber dennoch ein Leben außerhalb des Heims ermöglicht werden sollte. Sogar eine Gruppe aus dem Kinderheim zog im Jahr 1980 vom FDH in die Wohnanlage in der Zeltinger Straße 22/26.<sup>153</sup> Das Konzept für diese Ausgliederung erarbeiteten die pädagogischen Mitarbeiter der Gruppe selbst und verbanden den Umzug mit der Hoffnung, die Bewohner in einer eigenständigen Wohneinheit noch besser in den Alltag einbeziehen zu können als in dem Vollversorgungssystem des Kinderheims.<sup>154</sup> Erst 1997 löste die FDST diese anthroposophisch orientierte Gruppe, die nach den Anfangsbuchstaben der Vornamen ihrer ersten Bewohner „Ladit“ genannt wurde, wieder auf, da alle Gruppenmitglieder in andere Wohnformen umgezogen waren.<sup>155</sup> Ekkehard Reichel als Geschäftsführer der FDST sowie Manfred Richter als Verwaltungsleiter des FDHs zeigten sich gegenüber derartigen Vorschlägen immer wieder offen. Und so wuchs die Unterhaltung von Wohngemeinschaften schrittweise zu einer weiteren Hauptaufgabe des Arbeitsbereichs Rehabilitation heran. 1991 betrieb die Stiftung insgesamt elf ambulante Wohnangebote in ganz Berlin (West).

### Die Wohnanlage in der Zeltinger Straße 22/26

Als ein ganz anderes Projekt hatte sich nahezu zeitgleich unter zum Teil widrigen Umständen die Wohnanlage in der Zeltinger Straße entwickelt, in der schließlich Menschen mit und ohne Behinderung inklusiv zusammenleben sollten. Ausgangspunkt dieser Anlage waren die Schwierigkeiten der FDST, den neuen Mitarbeitern des Jugend- und Erwachsenenheims angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Der Immobilienmarkt in Berlin (West) war in den 1970er Jahren außerordentlich angespannt. Um genügend Fachkräfte zu motivieren, von Westdeutschland nach Berlin zu ziehen, wollte das Kuratorium deswegen ein weiteres Personalwohnhaus auf dem Stiftungsgelände errichten. Dieser Plan ließ sich allerdings nicht verwirklichen. Denn das Bezirksamt Reinickendorf erlaubte der FDST zwar den Bau

von Jugend- und Erwachsenenheim auf dem Gelände nördlich des Kinderheims. Doch die Genehmigung eines Personalwohnheims auf demselben Gelände versagte ihr der Baustadtrat Hans-Joachim Gardain.<sup>156</sup> Und auch die – ebenfalls angedachte – Bebauung des 1972 an die Neue Heimat veräußerten Geländes am Geierpfad direkt an der Mauergrenze schloss er aus.<sup>157</sup> Stattdessen machte er während eines Ortstermins am 06.02.1976 den Vorschlag, ein der Stadt gehörendes Grundstück in der Zeltlinger Straße 22/26 gegen den restlichen Waldbesitz der Stiftung zu tauschen.<sup>158</sup> Die Wertedifferenz zwischen den beiden Grundstücken sollten anschließend ausgeglichen werden. Damit wollten der Berliner Senat sowie das Bezirksamt „eine endgültige Klärung der Grundstücksfragen in Frohnau erreichen“ und die Bebauung des Waldgebietes dauerhaft verhindern.<sup>159</sup> Das Kuratorium stand dem Angebot positiv gegenüber. Erst während der Verhandlungen über den Kaufpreis der beiden Grundstücke kam es zum Zerwürfnis.

Denn das Land Berlin weigerte sich, der FDST mit einem angemessenen Grundstückspreis entgegenzukommen und verhinderte gleichzeitig durch die versagte Baugenehmigung das immer dringlicher werdende Personalwohnheim.<sup>160</sup> Das Kuratorium sah sich nun mit dem Konflikt konfrontiert, einerseits das restliche Gelände der FDST nicht unter Wert veräußern zu wollen. Andererseits wussten die Kuratoriumsmitglieder, dass sie „verkaufen [mussten], um bauen zu können.“<sup>161</sup> Erst 1978 fand sich ein Kompromiss: Die Stiftung erklärte sich bereit, ca. 60.000 qm Gelände für den relativ niedrigen Preis von 60,00 DM/qm zu veräußern. Für das 7.648 qm große Gelände des Landes an der Zeltlinger Straße wurde dagegen ein Quadratmeterpreis von 225,00 DM fällig.<sup>162</sup> Per Umlaufverfahren stimmte das Kuratorium am 18.07.1978 dem Grundstückstausch zu.<sup>163</sup> Nur wenige Tage später, am 27.07.1978, wurde der zweite große Vertrag zwischen dem Land und der Fürst Donnersmarck-Stiftung notariell beglaubigt.<sup>164</sup> Er erlangte nach der Zustimmung von Abgeordnetenhaus und des Senators für Finanzen zum 01.12.1978 Rechtswirksamkeit.<sup>165</sup> Die FDST erzielte aus dem Verkauf einen Erlös von 3.549.000 DM, dem die Kosten für das Grundstück an der Zeltlinger Straße von 1.720.000 DM gegenüberstanden.<sup>166</sup> Hinzu kam eine Grunderwerbssteuerbefreiung „zur Wiederanlage des Kaufpreises“ für das Waldgelände.<sup>167</sup> Der einst so stolze Frohnauer Grundbesitz der Stiftung war nun fast vollständig verschwunden. Dafür war sie nun endlich in der Lage, das seit langem ersehnte Personalwohnhaus zu errichten.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die FDST aber schon einige Zeit verloren – das Richtfest für den Erweiterungsbau von Jugend- und Erwachsenenheim, für das man die Personalwohnungen ursprünglich benötigte, war schon vor zwei Monaten gefeiert worden. Und auch in der Folgezeit verzögerten Auseinandersetzungen mit den Nachbarn, verschiedene Umweltschutzauflagen sowie die dadurch notwendigen



Umplanungen des ursprünglichen Architektenentwurfs die Fertigstellung des Gebäudes.<sup>168</sup> Das Richtfest in der Zeltinger Straße fand erst am 27.11.1980 statt – über ein Jahr nach dem Einzug der ersten Bewohner in das FDH.<sup>169</sup> Ein Großteil der neuen Mitarbeiter hatte bereits bei der Fertigstellung der Wohnanlage eine eigene Wohnung gefunden. So war schon während der Bauarbeiten eine konzeptionelle Neu-

ausrichtung des Bauvorhabens erforderlich geworden. Die Notwendigkeit einer inhaltlichen Neuorientierung traf sich mit dem Interesse der Stiftung, das FDH zu dezentralisieren. Schon 1977 wies Richter im Zusammenhang mit den Verhandlungen über das Grundstück in der Zeltinger Straße daraufhin, dass es in der Stadt einen akuten Bedarf an Gemeinschaftswohnungen für Menschen mit Mehrfachbehinderung gab. Ähnliche Angebote wurden in der Bundesrepublik bereits vorgehalten, seien aber in Berlin trotz bestehender Fördermöglichkeiten noch nicht umgesetzt worden.<sup>170</sup> Die Stiftung trat in diese Lücke und schuf auf ihrem Grundstück eine aus drei Baukörpern bestehende Wohnanlage mit insgesamt 33 Wohnungen. 18 Wohnungen sowie drei Einheiten für betreute Wohngemeinschaften waren vollständig barrierefrei, 12 weitere zumindest behindertenfreundlich eingerichtet. Zum 01.08.1981 konnten die ersten Bewohner die Anlage beziehen.<sup>171</sup> Bis zu 74 Menschen wohnten in der Zeltinger Straße 22/26; von ihnen hatten jeweils ungefähr 50 % eine Behinderung. Die offizielle Einweihung des 12 Millionen DM teuren und im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus aus öffentlichen Mitteln geförderten Projektes fand am 30.04.1982 statt.<sup>172</sup> Die behindertenfreundlichen Wohnungen wurden zunächst an die Mitarbeiter der FDST, später auch an andere Interessenten vermietet. Um die barrierefreien Wohnungen konnten sich Menschen mit Behinderung bewerben; die Gemeinschaftswohnungen wurden mit drei WGs für Menschen mit Behinderung – eine davon die Wohngruppe „Ladit“ aus dem FDH – belegt, die dort trotz erhöhtem Pflegebedarf ein weitgehend selbstständiges Leben führen konnten.

Rosemarie Berger, eine von der Stiftung finanzierte Sozialarbeiterin, unterstützte von der Eröffnung der Anlage bis zu ihrer Pensionierung zum 31.01.1999 alle Bewohner bei größeren oder kleineren Schwierigkeiten.<sup>173</sup> Alle Mieter konnten darüber



hinaus bei Bedarf die Hilfe von externen Pflegediensten oder der Stiftung selbst in Anspruch nehmen. Finanziert wurde diese Hauspflege auf der Grundlage des BSHG.<sup>174</sup> Zusätzlich geschaffene Gemeinschaftsanlagen wie eine Kegelbahn, eine Sauna oder ein Mehrzweckbereich öffneten Möglichkeiten der Begegnung. Und obwohl es auch in dieser Wohnanlage wie überall, wo zahlreiche Menschen miteinander leben, bisweilen zu Konflikten kam, betonte Rosemarie Berger regelmäßige die „Selbstverständlichkeit [...], mit der hier Behinderte und Nichtbehinderte zusammen unter einem Dach leben.“<sup>175</sup> Aus einer Notsituation heraus hatte die FDST ein neues Angebot und ein frühes Modell inklusiven Wohnens für Menschen mit und ohne Behinderung geschaffen.

### Das Fürst Donnersmarck-Haus – eine Einrichtung in Bewegung

Das Fürst Donnersmarck-Haus war für viele Bewohner gerade des Kinderheims „ein schönes Zuhause, eine Familie, ein Lebenswegweiser“ gewesen.<sup>176</sup> Es war und ist die größte Einrichtung der Fürst Donnersmarck-Stiftung.<sup>177</sup> Wie jedes Angebot der FDST war das FDH vor allem aber ständigen Veränderungen unterworfen; es befand sich mithin streckenweise in einem andauernden Prozess der Neu- und Umstrukturierung. Dabei trafen gesamtgesellschaftliche Umbrüche, wie etwa der Trend zur Ambulantisierung, auf die interne Bereitschaft sowie die finanziellen Ressourcen, sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen und Antworten auf die neu aufgetauchten Fragen zur Zukunft der Betreuung von Menschen mit Behinderung zu geben.<sup>178</sup> War das Kinderheim zu Beginn als Einrichtung für an Poliomyelitis erkrankte Kinder gedacht, mussten sich die Mitarbeiter kurz nach der Übernahme der Trägerschaft durch die FDST auf eine vollkommen andere Klientel einstellen. Schon nach wenigen Jahren hatte sich jedoch die Zusammensetzung der Bewohner im Frohnauer Haus wieder verändert; aufgrund verbesserter ambulanter Hilfen sowie der medizinischen Versorgung fragten immer weniger Eltern von Kindern mit leichter Behinderung nach einem Heimplatz. Dafür stiegen in allen Wohnbereichen die Anfragen für Jugendliche und junge Erwachsene mit Behinderung sowie von Interessenten mit Schwerstmehrfachbehinderung an. Die Stiftung reagierte darauf mit einer Erweiterung des FDHs um das Jugend- und Erwachsenenwohnheim. Zeitgleich begann sie damit, die Ambulantisierung und Dezentralisierung des eigenen Rehabilitationszentrums voranzutreiben. Dadurch wurden freigewordene Plätze oftmals von Bewohnern mit einem schwereren Behinderungsbild besetzt.<sup>179</sup>

Die Stiftung hielt trotz dieser Entwicklung an ihrem im Laufe der 1970er Jahren gefassten Anspruch fest, Menschen mit Behinderung die Möglichkeit eines



weitestgehend selbstständigen Lebens außerhalb des Heims zu eröffnen. Schon 1979 erklärte Richter, das FDH werde sich auch „in Zukunft verstärkt nach außen orientieren“ und die begonnene Dezentralisierung selbst unter der Voraussetzung vorantreiben, dass „von uns angebotene Heimplätze dadurch frei werden.“<sup>180</sup> Auch wenn im Laufe der Zeit immer mehr Bewohner mit Schwerstmehrfachbehinderung in das FDH aufgenommen wurden, hielt die Stiftung an dieser Zielsetzung fest. Die Mitarbeiter verstanden diese Veränderung als Aufgabe, „neue Formen des gemeinschaftlichen Wohnens“ selbst bei einem bestehenden Bedarf nach lebenslanger



**In der Geschichte des Frohnauer Rehabilitationszentrums spiegelt sich die Geschichte von Menschen mit Behinderung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts paradigmatisch wider.**



Betreuung zu entwickeln.<sup>181</sup> Obwohl das Kuratorium an der ursprünglichen Ausrichtung des FDHs als reinem Rehabilitationszentrum festhielt und deswegen beispielsweise eine Aufnahme von Menschen mit einer überwiegend geistigen Behinderung mit Verweis auf den Stiftungszweck weiterhin ablehnte, trug es letztlich die Veränderung des Arbeitsbereichs mit. In der Geschichte des Frohnauer Rehabilitationszentrums spiegelt sich der Umschwung von der

Fürsorge hin zur verstärkten gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung paradigmatisch wider.<sup>182</sup> Im Fürst Donnersmarck-Haus selbst schlug sich dies auch im alltäglichen Umgang mit den Bewohnern nieder. Dies zeigt etwa im Umgang mit Partnerschaft und Sexualität von Menschen mit Behinderung. 1980 vertrat beispielsweise der Verwaltungsausschuss die Ansicht, dass ein unverheiratetes Paar gemeinsam in einem Appartement des Erwachsenenheims leben sollte, wenn es das möchte. Denn die Mitglieder sahen „die Möglichkeit des Zusammenlebens in unserem Hause als Vorstadium für ein späteres gemeinsames Leben außerhalb der geschlossenen Einrichtung“ an, das „zum Rehabilitationsangebot unserer Stiftung gehören müsse.“<sup>183</sup> Auch im Hinblick auf die Sexualität von Menschen mit Behinderung lässt sich ein Umschwung beobachten, wie etwa 1989 die Schwangerschaft in der WG Blissestraße zeigt. Hatte in den 1970er Jahren die Vergabe von Antikontrazeptiva im FDH noch für einiges Aufsehen gesorgt, vertraten die Mitarbeiter nun die Überzeugung, dass die werdende Mutter „einen Anspruch darauf hat, in einem ihr vertrauten Umfeld sich als Mutter ihres Kindes zu erleben.“<sup>184</sup> Das Fürst Donnersmarck-Haus hatte sich im „Jahrzehnt der Rehabilitation“ permanent verändert – und mit ihm die gesamte Fürst Donnersmarck-Stiftung.

### III.4 WEITERENTWICKLUNG DER SOZIALPÄDAGOGISCHEN ANGEBOTE

Anfang der 1970er Jahre – parallel zu den intensiven konzeptionellen Arbeiten im FDH – geriet die sozialpädagogische Gruppenarbeit der FDST in eine Krise. Denn als die ersten turbulenten Jahre nach der Eröffnung der Villa Donnersmarck überstanden waren, kehrte in diesem Arbeitsbereich alsbald der Alltag ein. Weiterhin betreute die Stiftung unterschiedliche Gruppen, die von Neigungsgruppen wie dem Chor oder der Theatergruppe bis hin zu Angeboten ohne feste inhaltliche Vorgaben reichten. Weiterhin bot die FDST in der Villa Donnersmarck regelmäßig Erholungsaufenthalte an oder öffnete ihren Gästebereich für Besucher aus dem In- und Ausland. Es lassen sich gerade im Bereich der Neigungsgruppen einzelne Erfolge oder zumindest neuartige Ansätze feststellen. So ergänzten seit 1976 ein integratives theologisches Seminar in Kooperation mit der Kirchlichen Hochschule Berlin sowie ein sozialrechtliches Seminar das Veranstaltungsprogramm.<sup>185</sup> Auch die Theatergruppe unter der Leitung Bernd Kummers feierte in dieser Zeit einige erfolgreiche Aufführungen ihrer Inszenierung von Heinrich von Kleists „Der zerbrochene Krug“, mit der sie sogar zu einer Gastspielreise nach Großbritannien eingeladen wurde.<sup>186</sup> Nicht zuletzt stieg die Anzahl der Gruppenmitglieder an und überschritt Ende der 1970er Jahre erstmals die Marke von 300 Personen. Parallel dazu versandeten die Beziehungen zu den Nachbarschaftsheimen endgültig, weil die wenigen Gruppen, die sich bislang noch nicht in der Schädestraße trafen, nach und nach in die Villa Donnersmarck übersiedelten.<sup>187</sup> Ende 1983 zog mit der Schöneberger Gruppe, die sich noch alle 14 Tage im Pestalozzi-Fröbel-Haus getroffen hatte, die letzte Gruppe komplett in die Schädestraße um.<sup>188</sup> Den Ausschlag dafür gaben oftmals die baulichen Bedingungen. Die Nachbarschaftsheime waren nicht derart barrierefrei wie die Villa Donnersmarck und mit zunehmendem Alter fiel es den Gruppenmitgliedern schwer, sich mit den damit einhergehenden Einschränkungen zu arrangieren.<sup>189</sup>

Doch zu einer grundlegenden inhaltlichen Weiterentwicklung kam es in der Schädestraße nicht. Die Pädagogik des Hauses Schwalbach blieb für Gisela Neukirchen, in zweiter Ehe Neukirchen-Diem, die Referenz für ihr Handeln; die Gruppe blieb das Mittel, um „dem Einzelnen sein Verhalten in Beziehung zur Gemeinschaft bewußt zu machen und gegebenenfalls neue Verhaltensweisen zu üben.“<sup>190</sup> Damit hatte sie aber keine Antwort auf die Ende der 1970er Jahre – trotz der guten Auslastung der Villa Donnersmarck – offenkundigen strukturellen Schwierigkeiten des Hauses. Denn das hohe Durchschnittsalter der Mitglieder stellte nachdrücklich die Frage nach einem tragfähigen Zukunftskonzept für die sozialpädagogische Gruppenarbeit der Stiftung.<sup>191</sup> Die starke Gruppenbezogenheit hatte zudem den Nachteil, dass die

Betreuten oft nicht offen für Impulse von außen oder neue Mitglieder waren.<sup>192</sup> Das hatte zur Folge, dass die Anzahl der Gruppenmitglieder in den 1980er Jahren von über 300 Personen wieder auf deutlich unter 250 Personen fiel. Die FDST reagierte darauf einerseits mit der Zusammenlegung mehrerer Gruppen.<sup>193</sup> Andererseits erweiterte sie 1978/1979 die Küche und den Speisesaal der Villa in Zehlendorf, um den Gästen mehr Komfort bieten zu können.<sup>194</sup>

Ein weiteres Problem betraf die Beförderung der Besucher von Zuhause nach Zehlendorf und wieder zurück. Denn viele Gruppenmitglieder waren teils aufgrund der Schwere ihrer Behinderung, teils aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters nicht in der Lage, die Schädestraße mit den nicht-barrierefreien öffentlichen Verkehrsmitteln aufzusuchen. Stattdessen waren sie auf individuelle Transporte angewiesen, die eigens für die Beförderung von Menschen mit Behinderung ausgestattet waren. Ein derartiges Angebot gab es aber noch nicht. Die FDST versuchte dieses Problem mit dem Betrieb eines eigenen Fahrdienstes zu beheben. Sie konnte die Schwierigkeiten letztlich jedoch nur eindämmen, nicht aber grundsätzlich Abhilfe schaffen. Erst die Inbetriebnahme des Telebussystems – ein kostenfreies Beförderungsangebot mit Hilfe von Kleinbussen für Menschen mit Behinderung – schaffte hier 1979 Abhilfe. Die zeitweilige Kürzung der individuellen Ansprüche auf Telebusfahrten im Zuge der sozialpolitischen Konsolidierungsanstrengungen in den 1980er Jahren, von denen auch das Gästehaus Bad Bevensen betroffen war, sorgten hier nochmals für Probleme. Sie konnten aber durch die erfolgreichen öffentlichen Proteste der betroffenen Menschen mit Behinderung zumindest einigermaßen begrenzt werden.<sup>195</sup> Langfristig konnte und kann aber nur eine barrierefreie Gestaltung des allgemeinen öffentlichen Nahverkehrs dieses Problem dauerhaft lösen.

### Die Gründung des Sozialtherapeutischen Zentrums und des Café „blisse 14“

Ende der 1970er Jahre führten insbesondere die konzeptionellen Herausforderungen der sozialpädagogischen Stiftungsarbeit zu Spannungen innerhalb der Mitarbeiterschaft der Villa Donnersmarck; Gisela Neukirchen-Diems eher konservativer Führungsstil hatte zudem schwelende Konflikte gerade mit jüngeren Mitarbeitern zur Folge, die erst seit kurzer Zeit für die FDST tätig waren.<sup>196</sup> Die sozialpädagogische Gruppenarbeit, die einst der „Ursprung und das Zentrum“ der operativen Stiftungsarbeit war, drohte gerade im Vergleich zu den dynamischen Entwicklungen im FDH an Bedeutung zu verlieren.<sup>197</sup>

In dieser Situation trat der Psychologe Thomas Grzanna mit der Idee an die FDST heran, das Stiftungsprofil um eine neuartige sozialtherapeutische Einrichtung zu



Monika Markowitz (2. von links) erhält 2003 den Schlüssel für die modernisierte „blisse 14“

ergänzen. Schon vor seinem Engagement für die Stiftung hatte er im Rahmen von VHS-Kursen mit Menschen mit Behinderung zusammengearbeitet, unter denen sich auch einige „Donnersmärcker“ befanden.<sup>198</sup> Die von ihm angeregte Einrichtung sollte möglichst zentral in der Stadt gelegen sein und den Austausch von Menschen mit sowie ohne Behinderung fördern. Der Vorschlag stieß auf das Interesse des Kuratoriums. Grzanna wurde zum 01.07.1978 als Honorarkraft an der Villa Donnersmarck beschäftigt, um die Umsetzung seines Vorschlags vorzubereiten.<sup>199</sup> Ebenfalls im Juli 1978 wurde dem Verwaltungsausschuss bekannt, dass Ende des Jahres ein Großraumladen in einem Mietshaus der Stiftung in der Wilmersdorfer Blissestraße 14 frei werden würde. Diesen erachteten seine Mitglieder aufgrund der



Einblick in das Kursangebot des Sozialtherapeutischen Zentrums

guten Lage und dem ebenerdigen Zugang als „gut geeignet“ für das neue Experiment der Stiftung.<sup>200</sup> Am 20.10.1978 votierte das Kuratorium für die Umsetzung der neuen Einrichtung als eine „Außenstelle Schädestraße“<sup>201</sup>; Grzanna wurde zum 01.06.1979 fest eingestellt.<sup>202</sup> Er leitete die Einrichtung bis zu seinem freiwilligen Ausscheiden aus der Stiftung am 30.06.1985. Die Leitung der Einrichtung übernahm anschließend Monika Markowitz.<sup>203</sup>

Im Mittelpunkt seines Konzepts stand die Verbindung aus dem vollständig barrierefrei gestalteten Café „blisse 14“ und

dem Sozialtherapeutischen Zentrum (STZ). Die „blisse 14“ stand allen Personengruppen offen. Sie war von Anfang an als öffentlicher Raum gedacht, sollte „kein Zentrum für Körperbehinderte sein, sondern das selbstverständliche Miteinander von behinderten und nichtbehinderten Gästen ermöglichen.“<sup>204</sup> Das STZ wiederum machte ein stetig wachsendes Kursangebot, das sowohl sozialtherapeutische als auch künstlerische, eher an Volkshochschulen erinnernde Kurse umfasste und darüber hinaus sozialpsychologische oder sozialrechtliche Einzelfallhilfen für Menschen mit und ohne Behinderung einschloss. Alle Angebote waren für jeden Interessierten offen; es war geradezu das Ziel der Einrichtung, dass das Verhältnis von Gästen mit Behinderung zu unbehinderten Gästen in etwa dem bundesweiten Durchschnitt entsprach. Dadurch sollten beide Einrichtungen – die „blisse 14“ als Kommunikationsplattform und das STZ als Angebot für gemeinsame Lern- oder Therapieerfahrungen – der Begegnung von Menschen mit und ohne Behinderung dienen. Stärker noch als die gruppenpädagogische Arbeit der Villa Donnersmarck legten „blisse 14“ und STZ damit ihren Fokus auf die „Initiierung von Integration und Emanzipation.“<sup>205</sup> Diese konsequente Öffnung der Einrichtung nach außen führte allerdings immer wieder zu Befürchtungen innerhalb des Kuratoriums, die „blisse 14“ und das STZ würden damit dem Stiftungszweck – die Unterstützung von Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung – nicht entsprechen.<sup>206</sup> Dennoch wurde das Projekt umgesetzt und über mehrere Jahre hinweg erfolgreich betrieben.

Die Umbauarbeiten in dem Großraumladen begannen 1979. Um möglichst schnell die neue Einrichtung in Betrieb nehmen zu können, entschied sich das Kuratorium dazu, die 1,5 Millionen DM Investitionskosten aus Eigenmitteln bereitzustellen.<sup>207</sup> Aufgrund verschiedener Schwierigkeiten zogen sich die Bautätigkeiten dennoch bis Sommer 1980 hin.<sup>208</sup> Am 15.08.1980 eröffneten schließlich das Café „blisse 14“ und das Sozialtherapeutische Zentrum. Schnell stieg der Bekanntheitsgrad der neuen Einrichtung in der Stadt. Insbesondere die „blisse 14“, das erste vollständig barrierefreie Café Berlins, erfreute sich bald großer Beliebtheit sowohl unter Menschen mit als auch ohne Behinderung. Die „blisse 14“ wurde in den folgenden Jahren zu einem öffentlichen Aushängeschild der FDST; das STZ betrieb neben dem Kursangebot, das bald regelmäßig zwischen 400 und 500 Teilnehmer anzog, gerade in den 1980er Jahren die



Ansicht des Café „blisse 14“  
in den 1980er Jahren

wirkungsvollste Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung.<sup>209</sup> Die Qualität der Arbeit im STZ zeigte sich auch daran, dass sie 1985 als Praxisstelle für Studenten der Sozialarbeit und Sozialpädagogik sowie Sozialarbeiter im Berufspraktikum anerkannt wurde.<sup>210</sup>

### Der Betrieb von STZ und „blisse 14“

Trotz der insgesamt sehr positiven Eröffnungsphase musste Grzannas Konzept schon während des ersten Jahres überarbeitet und an die tatsächlichen Rahmenbedingungen angepasst werden. Schnell stellte sich beispielsweise heraus, dass der gemeinsame Betrieb von Café und STZ unter einer Leitung zu Abstimmungsschwierigkeiten führte, da die beiden Bereiche völlig unterschiedlichen Funktionslogiken gehorchten. Das sozialtherapeutische sowie kulturelle Kursangebot konnte – dies war allen Beteiligten von Beginn an klar – nicht kostendeckend betrieben werden. Zwar erhob das STZ Kursgebühren und war als sozialtherapeutische Beratungsstelle durch die Bezirksämter anerkannt, sodass sie auf Grundlage des BSHG Einzelfallhilfen abrechnen konnte.<sup>211</sup> Darüber hinaus wurden die psychologischen Therapien teilweise durch Selbstzahler, teilweise über die Krankenkassen und die Sozialhilfe finanziert.<sup>212</sup> Doch reichten diese Einnahmen – wie auch in der Villa Donnersmarck – nicht dafür aus, die hohen Personalkosten der FDST zu decken. Das Café war dagegen konzeptionell als wirtschaftlicher Betrieb vorgesehen und sollte auch nach ökonomischen Maßstäben geführt werden. Als sich abzeichnete, dass auch die „blisse 14“ nicht kostendeckend arbeitete, versuchte die Stiftung, durch verschiedene Maßnahmen eine Umsatzsteigerung zu generieren. Zunächst verlängerte sie Anfang 1981 die Öffnungszeiten des Cafés bis 23.00 Uhr.<sup>213</sup> Schließlich entschied sie sich dazu, den Therapie- und Gastronomiebereich institutionell zu trennen und mit Peter Pardemann einen eigenständigen Leiter der „blisse 14“ einzusetzen.<sup>214</sup> Diesem gelang es, nahezu alle betriebswirtschaftlichen Kennzahlen des Gastronomiebereichs zu verbessern; ein kostendeckendes Ergebnis konnte er jedoch ebenfalls nicht erzielen. Zu sehr achtete die FDST auf niedrige Preise für Speisen und Getränke, um einkommensschwache Bevölkerungsteile, zu denen regelmäßig Menschen mit Behinderung zählen, einen Besuch des Cafés zu ermöglichen. Zu gering war der Pro-Kopf-Umsatz der Gäste – obwohl oder gerade weil die „blisse 14“ eine hohe Auslastung hatte. Denn viele Gäste hielten sich trotz niedrigem Konsum lange im Café auf und verringerten so seinen Pro-Kopf-Umsatz. Dennoch hielt das Kuratorium am einstigen Experiment Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ fest und vergrößerte die Einrichtung fünf Jahre nach der Eröffnung sogar nochmals. So erweiterte die Stiftung 1985 das Café sowie das STZ durch die Zusammenlegung mit einem frei gewordenen Ladengeschäft in der Blissestraße 12/Ecke Wilhelmsaue,



da der Raum für das gewachsene Kursangebot nicht mehr ausreichte. Bei dieser Gelegenheit wurde das Kontaktbüro in die Blissestraße verlegt.<sup>215</sup> Die Baumaßnahmen begannen nach dem Auszug des Vormieters am 01.08.1986.<sup>216</sup> Die Einweihung der neuen Räumlichkeiten fand am 12.02.1987 statt.<sup>217</sup> Da damit jedoch der Platzbedarf des Sozialtherapeutischen Zentrums immer noch nicht gedeckt war, bezog das STZ im November 1989 neue Büroräume im ersten Obergeschoss des Gebäudes.<sup>218</sup>

Vergleicht man das Sozialtherapeutische Zentrum „blisse 14“ mit der Villa Donnersmarck, fällt auf, dass sich die neue Einrichtung konsequenter als früher an eine breite Öffentlichkeit richtete. Wandte sich die sozialpädagogische Arbeit der Schädelsstraße in erster Linie noch exklusiv an die Gruppe der Menschen mit Behinderung, setzten sich STZ und „blisse 14“ explizit den Austausch zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zum Ziel.<sup>219</sup> Sozialtherapeutisches Zentrum und „blisse 14“ waren aber nicht nur eine inhaltliche Neuerung. Sie hatten darüber hinaus institutionelle Umstrukturierungen zur Folge. Denn neben die Villa Donnersmarck und das Gästehaus in Bad Bevensen trat nun eine dritte Einrichtung, die sich nicht im klassischen Sinn auf medizinische oder nachklinische Rehabilitation, sondern auf die Förderung von Teilhabe am öffentlichen Leben konzentrierte. Vor allem bedeutete die Eröffnung eines Cafés mit Gewinnabsicht, dass die Stiftung ihre interne Organisation verändern musste: Die Gründung der FDS Gewerbebetriebsgesellschaft mbH steht deswegen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der „blisse 14“.

Die Gründung der FDS Gewerbebetriebsgesellschaft mbH steht deswegen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der „blisse 14“.

### III.5 DIE ENTSTEHUNG DER FDS GEWERBEBETRIEBSGESELLSCHAFT MBH

Anlass für die Gründung der FDS Gewerbebetriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung (FDS GmbH) war die Eröffnung des Cafés „blisse 14“. Denn die Stiftung selbst konnte das Café aus steuerrechtlichen Gründen und weil bei einem öffentlichen Cafébetrieb die satzungsgemäße Mittelverwendung nicht sicherzustellen war, nicht selbst führen. Andernfalls hätte die Stiftung unter Umständen ihren Status als gemeinnützige Organisation gefährdet. Um dennoch das gastronomische Angebot selbst verantworten zu können, gründete sie am 30.06.1980 die FDS GmbH, deren alleinige Gesellschafterin sie ist und deren einzige Aufgabe zunächst darin bestand, die „blisse 14“ zu verwalten. Da das Café aber nicht kostendeckend betrieben werden konnte, war – allen Versuchen einer ökonomischeren Betriebsführung zum Trotz



– die Geldeinlage der Stiftung in Höhe von 100.000 DM bereits Ende 1981 aufgebraucht und musste um weitere 100.000 DM auf nun 200.000 DM Stammkapital erhöht werden.<sup>220</sup> Wiederum aus steuerrechtlichen Gründen war es aber auch nicht möglich, das Defizit der „blisse 14“ dauerhaft aus Stiftungsmitteln auszugleichen. Kuratorium und Geschäftsführung standen deswegen vor der Aufgabe, der FDS GmbH eigene Erwerbsquellen zu erschließen, mit denen sie die zu erwartenden Verluste des gastronomischen Betriebs auffangen konnte.

## Übernahme der Hausverwaltung

Im Sommer 1981 kam im Verwaltungsausschuss die Idee auf, der Gewerbebetriebsgesellschaft die Verwaltung eines kleinen Teils des Immobilienbesitzes der Stiftung zu übertragen.<sup>221</sup> Die Hausverwaltung wurde zu diesem Zeitpunkt nahezu vollständig von der Maklerfirma Zachger übernommen. Aus deren Zuständigkeit löste das Kuratorium nun zwei große Mietshäuser in der Birkbusch- und der Albrechtstraße sowie die Verwaltung der Wohnanlage in der Zeltinger Straße heraus und übertrug sie zum 01.04.1982 an die FDS GmbH. Die an die Firma Zachger gezahlten Verwaltungshonorare von insgesamt 103.000 DM flossen nun an die Gewerbebetriebsgesellschaft, die daraus ihre Verluste mit der „blisse 14“ ausgleichen konnte. Von einer, ebenfalls angedachten, vollständigen Übernahme der gesamten Hausverwaltung für alle Immobilien der Stiftung nahmen die Kuratoriumsmitglieder zunächst noch Abstand. Denn sie glaubten, dass aus „der Eigenverwaltung aller Mietshäuser kein Überschuß“ zu erwirtschaften war.<sup>222</sup> Doch schnell zeigten sich die Vorteile dieser Lösung, sodass im Kuratorium schon Mitte 1982 erneut darüber nachgedacht wurde, der FDS GmbH die komplette Hausverwaltung zu übertragen. In der über Jahrzehnte hinweg produktiven Zusammenarbeit zwischen der Stiftung und Zachger hatten sich in der jüngeren Vergangenheit immer wieder Reibungspunkte ergeben<sup>223</sup>; insbesondere hatte die Maklerfirma angekündigt, ihre Verwaltergebühren zum 01.01.1984 deutlich zu erhöhen. Daraufhin berechnete Reichel die finanziellen Auswirkungen einer Selbstverwaltung durch die FDS GmbH neu. Er kam zu dem Ergebnis, dass dies einen jährlichen Gewinn von ca. 250.000 DM bedeuten würde und schlug daraufhin dem Kuratorium die Übernahme der gesamten Hausverwaltung nachdrücklich vor.<sup>224</sup> Dessen Mitglieder machten sich die Entscheidung nicht leicht, war die Firma Zachger doch schon seit 1956 für die Stiftung tätig und die Gründung einer eigenen Hausverwaltung nicht ohne Risiko.

Letztlich entschieden sie sich aber auf der Sitzung vom 25.10.1982 für diese Variante und damit für den Aufbau einer Hausverwaltung unter dem Dach der bestehenden FDS Gewerbebetriebsgesellschaft mbH.<sup>225</sup> Diese Aufgabe übernahm der

gelernte Versicherungskaufmann und studierte Betriebswirt Jürgen Kintzel. Er war seit Mai 1982 in der Stiftung und wurde auf Beschluss der Gesellschafterversammlung der FDS GmbH vom 23.01.1984 zum Prokuristen ernannt.<sup>226</sup> Auf Wunsch der Firma Zachger und um in die bevorstehende Aufgabe langsam hineinwachsen zu können, vereinbarte die FDST eine schrittweise Übernahme der Immobilien im



**Aus der FDS Gewerbebetriebsgesellschaft mbH war eine komplette Hausverwaltung geworden, die bis heute den Immobilienbestand der FDST betreut.**

Laufe des Jahres 1983.<sup>227</sup> Am 01.01.1984 war die Übergabe aller 59 Häuser in Berlin und Westdeutschland an die FDS GmbH abgeschlossen.<sup>228</sup>

Parallel wuchs die Anzahl ihrer Mitarbeiter, so dass sie zum 01.12.1987 vom Maxdorfer Steig 7 in Wilmersdorf in ein Haus der FDST in der Steglitzer Albrechtstraße 60b umzog.<sup>229</sup> Seit April 1990 übernahm die FDS GmbH sogar in begrenztem Umfang die Fremdverwaltung für andere, vornehmlich soziale Einrichtungen.<sup>230</sup> Aus der FDS



Gewerbebetriebsgesellschaft mbH war eine komplette Hausverwaltung geworden, die bis heute

den Immobilienbestand der FDST betreut. Gleichzeitig blieb die FDS GmbH für die „blisse 14“ zuständig und engagierte sich darüber hinaus bei der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung.

## Das Reparaturmobil

Die Entstehungsgeschichte des Reparaturmobils zeigt besonders anschaulich die Verschränkung der einzelnen Arbeitsbereiche in der Fürst Donnersmarck-Stiftung. Denn hierbei handelt es sich um ein Projekt, das ursprünglich im FDH angestoßen wurde, dann aber bis in die Gegenwart in der FDS GmbH weitergeführt wird. Das Reparaturmobil entwickelte sich aus früheren Bemühungen im Frohnauer Rehabilitationszentrum, den Bewohnern Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen. Hier verstärkten sich gegen Ende der 1970er Jahre die Anstrengungen, die Kinder und Jugendlichen auf ein späteres Berufsleben vorzubereiten.<sup>231</sup> Doch es wurde sehr schnell deutlich, dass es für Menschen mit bestimmten Behinderungsarten keine adäquaten Arbeits- oder Beschäftigungsmöglichkeiten gab.<sup>232</sup> Das FDH reagierte auf diese Situation, indem es den Bewohnern selbst Beschäftigungsangebote schuf. Einerseits hatten diese die Chance, in der hauseigenen Druckerei, die vor allem Aufträge für die FDST ausführte, tätig zu werden. Beispielsweise übernahm das FDH den Druck der monatlichen Broschüre für die „blisse 14“. Andererseits bot das FDH seinen Bewohnern ein Arbeitstraining in einzelnen Diensten innerhalb

des Hauses an.<sup>233</sup> In der Telefonzentrale, bei der Reparatur von Rollstühlen, allgemeinen Hausmeistertätigkeiten oder im Büro bekamen die Bewohner die Möglichkeit, Arbeitserfahrung in einem realistischen Umfeld zu sammeln.<sup>234</sup> Allerdings handelte es sich dabei, abgesehen von den Aufgaben in der Telefonzentrale, nicht um sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten, mit denen man auf Dauer seinen Lebensunterhalt bestreiten konnte. Solche Arbeitsplätze schuf die FDST stattdessen mit dem Reparaturmobil.

Der Anstoß für dieses neue Stiftungsprojekt ging von dem damaligen technischen Leiter des FDHs aus. Er engagierte sich seit 1980/81 für das Arbeitstraining in der Frohnauer Einrichtung und schlug vor, für die Absolventen dieser Trainingsphase eine dauerhafte Berufsperspektive zu schaffen. Da das FDH nicht die Mittel hatte, mehrere Menschen mit Behinderung bei sich zu beschäftigen, schlug er die Gründung einer „eigenständige[n] Arbeitstruppe“ vor. Diese sollte exklusiv für die FDST arbeiten und die „ständig“ notwendigen Reparaturen an dem großen Immobilienbesitz der Stiftung durchführen.<sup>235</sup> Der Vorschlag setzte sich mit einigen Modifikationen durch und am 01.03.1982 stimmte der Verwaltungsausschuss der Umsetzung des Projektes zu.<sup>236</sup> In dem neu zu schaffenden Betrieb, der schlicht „Reparaturmobil“ genannt wurde, arbeiten immer Fachhandwerker mit gut ausgebildeten Helfern zusammen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Sie werden dafür sozialversicherungspflichtig angestellt und erhalten einen Lohn, der sie unabhängig von Transferleistungen macht.<sup>237</sup> Die Stellenanzeige für den Leiter des Reparaturmobils erschien am 07.03.1982; am 18.08.1982 nahmen die ersten drei Mitarbeiter mit Behinderung ihre Tätigkeit auf – manche von ihnen sind immer noch Angestellte der Fürst Donnersmarck-Stiftung.<sup>238</sup> Hinzu kamen ein Tischlermeister als Leiter des Betriebs, ein Klempner sowie ein Malergeselle. Eine finanzielle Unterstützung erhielt die FDST von der Hauptfürsorgestelle Berlin, die etwa 88.000 DM der Anlaufkosten übernahm.<sup>239</sup>

Da der wichtigste Auftraggeber des Reparaturmobils die Hausverwaltung war, wurde es der FDS GmbH zugeordnet. Für diese übernahm es alle kleineren Reparaturen im Immobilienbestand. Kurz nach seiner Gründung hatte der Betrieb seinen Standort noch in Frohnau, doch Anfang 1984 konnte er in die Albrechtstraße und damit näher an die FDS GmbH heran ziehen.<sup>240</sup> Mit dem Umzug der Hausverwaltung 1987 ebenfalls in die Albrechtstraße befanden sich zwei der drei großen Arbeitsbereiche der Gewerbebetriebsgesellschaft in einem Gebäude. Trotz einiger Startschwierigkeiten erwies sich das Konzept des Reparaturmobils als tragfähig. 1988 gelang es dem Betrieb erstmals, mit einer positiven Bilanz abzuschließen.<sup>241</sup> Und seit 1990 war das in den Vorjahren immer wieder formulierte Ziel „Kosten-deckung“ kein echtes Ziel mehr, sondern „selbstverständlich“.<sup>242</sup> Bis heute ist das

Reparaturmobil ein Arbeitsbereich der FDS Gewerbebetriebsgesellschaft mbH. Als Hausverwaltung, Arbeitgeber für Handwerker mit und ohne Behinderung sowie Betreiberin des Cafés „blisse 14“ war die FDS GmbH immer mehr als ein „nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführtes Unternehmen“, sondern ein integraler Bestandteil der gesamten Stiftung, der ihre „soziale Aufgabe“ ebenfalls unterstützte.<sup>243</sup> Dafür waren alle Beteiligten auch dazu bereit, die finanziellen Verluste der „blisse 14“ oder die nicht immer optimale Rendite des Reparaturmobils in Kauf zu nehmen.

### III.6 DIE JAHRE VON 1971 BIS 1989. EINE STIFTUNG ENTWICKELT SICH

Während die Phase von 1945 bis 1971 in erster Linie von der allmählichen Aufnahme des operativen Stiftungsgeschäfts, der strukturellen Ausdifferenzierung der Organisation und dem langsamen Anwachsen des Stiftungskapitals geprägt war, trat die FDST mit der Übernahme der Geschäftsführung durch Ekkehard Reichel in eine Zeit dynamischer Beschleunigung ein. Insbesondere der Verkauf des Frohnauer Waldgeländes an das Land Berlin von 1973/1974 veränderte die wirtschaftliche Grundlage der Stiftung komplett. Das sprunghaft angestiegene Stiftungsvermögen machte eine intensivere Auseinandersetzung mit der eigenen Anlagestrategie nötig, die mit der Gründung der Hausverwaltung zu einer Daueraufgabe der FDST geworden ist. Gleichzeitig bildete die solide wirtschaftliche Grundlage die Voraussetzung für die systematische Weiterentwicklung des historisch gewachsenen Stiftungsprofils. Besonders deutlich wird dies an den andauernden Fort-, Weiter- und Neukonzeptionen im Fürst Donnersmarck-Haus. Aber auch die Gründung des Sozialtherapeutischen Zentrums „blisse 14“ wäre ohne das angewachsene Stiftungsvermögen kaum denkbar gewesen. Das FDH zeigte sich seit seiner Übernahme in die Trägerschaft der FDST als erstaunlich wandlungsfähig; die Konzentration auf Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung bedeutet allerdings gleichzeitig, dass Menschen mit anderen Behinderungsarten diese Weiterentwicklungen vorenthalten blieben. Das Experiment „blisse 14“ war dagegen von vorneherein offen gedacht. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zeigte sich die FDST zudem erstaunlich widerstandsfähig gegen die Einsparungen im Sozialsystem seit den 1980er Jahren – selbst wenn sie beispielsweise in Bad Bevensen direkt davon betroffen war. Den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, die sich etwa in der Belegungssituation des FDHs äußerten, konnte sich freilich auch die Stiftung nicht entziehen. Neben den internen Entscheidungen und institutionellen Pfadabhängigkeiten waren diese fraglos der Hauptgrund für die permanente Weiterentwicklung des Stiftungsangebots.

Über diese großen Arbeitsfelder hinaus unterstützte die FDST weiterhin auch kleinere Projekte, die von externen Akteuren an sie herangetragen wurden. 1981 beschloss der Verwaltungsausschuss, sich mit 10.000 DM an der Integra Gemeinnützige Kur- und Erholungsgesellschaft zu beteiligen, die ein integratives Appartementshaus für Menschen mit und ohne Behinderung in Spanien plante.<sup>244</sup> Dieses Projekt scheiterte allerdings schon nach kurzer Zeit, sodass die Integra Touristik GmbH 1984 Konkurs anmelden musste. Die Integra selbst existierte aber mit einem veränderten Profil als Werkstatt für Menschen mit Behinderung weiter.<sup>245</sup> Auch dieses Vorhaben unterstützte die FDST. 1985 erhöhte sie ihren Anteil auf 15.000 DM, 1987 gar auf 20.000 DM.<sup>246</sup> Die Integra entwickelte im Laufe der Zeit drei Arbeitsbereiche: Einen Geschirrverleih für Partys oder andere Großereignisse, einen Reinigungsservice und in Kooperation mit einigen Berliner Museen einen Sicherheitsservice. Lokale Bekanntheit erlangte sie, als sie Anfang der 1990er Jahre das Geschirr des Palastes der Republik für ihren Geschirrverleih erwarb.<sup>247</sup> Dennoch erfüllten sich die Erwartungen des Kuratoriums an die Integra nicht. Deshalb entschied es gemeinsam mit mehreren weiteren Gesellschaftern im Oktober 1996, dem VdK Berlin-Brandenburg als letztem dann verbleibendem Gesellschafter ihre Anteile an der Organisation zum Kauf anzubieten.<sup>248</sup> Die Stiftung veräußerte daraufhin ihre gesamten Anteile an den VdK Berlin-Brandenburg.<sup>249</sup> Am 15.11.1996 wurde der Notariatsvertrag unterzeichnet<sup>250</sup>; noch heute ist die Integra GmbH aktiv und stellt 30 ihrer 60 Arbeitsplätze Menschen mit Behinderung zur Verfügung.<sup>251</sup>

Die Zeit von 1971 bis 1989 bedeutete jedoch nicht nur für die Arbeitsbereiche der FDST einige Änderungen. Auch das Kuratorium, das lange von Kraft von Donnersmarck, Gotthart Vogel und Walter Schian geprägt war, stand in den 1970er Jahren vor einem Umbruch. Vogel verstarb überraschend am 05.08.1976; Schian schied zum 30.06.1978 nach 27-jähriger Tätigkeit aus dem Kuratorium aus. Er wurde anschließend zum Ehrenmitglied ernannt und übernahm nach seinem Umzug nach Groß Schneen bei Göttingen die Vertretung der Stiftung in der Bundesrepublik.<sup>252</sup> Mit Persönlichkeiten wie dem Richter am Berliner Kammergericht, Stephan Weichbrodt, der Professorin für Sonder- und Heilpädagogik Eva Preuß, dem promovierten Juristen und ehemaligen Präsidenten des Landesverfassungsgerichts Sachsen-Anhalt Gerd-Heinrich Kemper sowie vor allem Pastor Eckhard Kutzer, der auch Schians Nachfolger im „Verein zur Errichtung evangelischer Krankenhäuser“ wurde, ergänzte sich das Kuratorium jedoch in den 1970ern und 1980ern mit engagierten Mitgliedern, die den weiteren Verlauf der Stiftungsgeschichte ebenso maßgeblich mitbestimmten wie ihre Vorgänger. Kraft von Donnersmarck wiederum entschied sich im Februar 1976 dazu, sein Amt als Kuratoriumsvorsitzender zugunsten von Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarck niederzulegen.<sup>253</sup> Bis zu seinem Tod am 01.09.1977 war



Dr. jur. Guidotto Graf Henckel Fürst von Donnersmarck im Fürst Donnersmarck-Haus

er Ehrenmitglied des Kuratoriums. Guido von Donnersmarck war schon am 04.04.1960 ins Kuratorium hinzugewählt worden und kannte daher die Stiftungsarbeit sehr gut.<sup>254</sup> Völlig überraschend verstarb er jedoch kurze Zeit nach der Übernahme des Kuratoriumsvorsitzes am 20.09.1976.<sup>255</sup> Da sein satzungsgemäßer Nachfolger Karl Erdmann Graf Henckel von Donnersmarck aus gesundheitlichen Gründen auf sein Amt verzichtete<sup>256</sup>, wurde der promovierte Jurist Guidotto Graf Henckel Fürst von Donnersmarck auf der Sitzung vom 05.11.1976 offiziell neuer Vorsitzender des Kuratoriums der

Fürst Donnersmarck-Stiftung.<sup>257</sup> Die Funktion übt er gegenwärtig im 40. Jahr aus. Auf Initiative des Vorsitzenden kooptierte das Kuratorium am 04.11.1977 zudem den promovierten Mediziner und Sohn Karl Erdmanns, Guido Graf Henckel von Donnersmarck.<sup>258</sup>

Zudem brachte das Kuratorium in dieser Phase zwei wichtige strukturelle Änderungen auf den Weg. Erstens überarbeitete es die Verfassung der Fürst Donnersmarck-Stiftung ein weiteres Mal grundlegend.<sup>259</sup> Die Arbeit daran hatten die Mitglieder bereits 1972 begonnen und eine erste Version der neuen Verfassung am 30.04.1973 verabschiedet.<sup>260</sup> Aufgrund lang anhaltender Diskussionen mit der Stiftungsaufsicht konnte die neue Verfassung erst 1978 endgültig in Kraft treten. Am 28.04.1978 beschlossen die Mitglieder die Neufassung, deren wichtigste Änderung die Einbeziehung von Menschen mit Mehrfachbehinderung in die Stiftungsarbeit war.<sup>261</sup>



Pastor Eckhard Kutzer, Landrat Christian Gilde, Ekkehard Reichel und der Rheinsberger Bürgermeister Manfred Richter beim Spatenstich für das HausRheinsberg





Die ehemaligen Kuratoriumsmitglieder Stephan Weichbrodt, Dr. Gerd-Heinrich Kemper sowie Pastor Eckhard Kutzer im Gespräch in Rheinsberg

Die Genehmigung durch den Senator für Justiz erfolgte am 13.10.1978.<sup>262</sup> Zweitens stimmte das Kuratorium dem Umzug der Verwaltung in ein neues Gebäude zu. Seit dem Wechsel von Binder zu Reichel und der damit einhergehenden Verlagerung der Geschäftsführung in die Hagenstraße 23 war die Verwaltung wie die gesamte Organisation stetig gewachsen. Der Platz in der Zehlendorfer Villa reichte nicht mehr und das Gebäude war nicht barrierefrei.<sup>263</sup> Die Entscheidung fiel zugunsten eines großen Mietshauskomplexes an der Birkbuschstraße/Telramundweg/Dalandweg in Steglitz, den die FDST zum 01.08.1976 für 5,8 Mio. DM erworben hatte.<sup>264</sup> Beschlossen wurde das Bauvorhaben in der Kuratoriumssitzung vom historischen 09.11.1989.<sup>265</sup> Dieses große Projekt sowie das 75-jährige Stiftungsjubiläum vor Augen, ging die Fürst Donnersmarck-Stiftung in ein neues Jahrzehnt in einer neuen – ungeteilten – Stadt.

- 
- 1 Vgl. u. a. Hockerts, Hans Günter: Vom Problemlöser zum Problemerzeuger? Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert, in: Boll, Friedhelm; Kruke, Anja (Hrsg.): Der Sozialstaat in der Krise. Deutschland im internationalen Vergleich, Bonn 2008, S. 3-29; Lindner, Ulrike: Die Krise des Wohlfahrtsstaates im Gesundheitssektor. Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Schweden, in: Boll; Kruke (Hrsg.): Der Sozialstaat in der Krise, S. 297-324.
  - 2 Vgl. Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008.
  - 3 Vgl. Rudloff, Wilfried: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, in: Hockerts, Hans Günter (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 5. 1966-1974. Bundesrepublik Deutschland. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, Baden-Baden 2006, S. 557-590, hier v. a. S. 572-573.
  - 4 Zur Geschichte der deutschen Behindertenbewegung vgl. Köbsell, Swantje: Wegweiser Behindertenbewegung. Neues (Selbst-)Verständnis von Behinderung, Neu-Ulm 2012; Poore: Disability in Twentieth-Century German Culture, S. 273-299.
  - 5 Vgl. u. a. Geschäftsbericht FDST 1965, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-124, unpaginiert; Schreiben Mielke an die FDST vom 19.12.1969. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TÖU-1, unpaginiert.
  - 6 Vgl. bspw. Jahresbericht FDST 1970, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-116.
  - 7 Vgl. bspw. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 15.04.1969, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-169, unpaginiert; Geschäftsbericht FDST 1969, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-124, unpaginiert.
  - 8 So bat die FDST das Evangelische Konsistorium Berlin-Brandenburg 1967 erstmals um einen Zwischenkredit



- in Höhe von 400.000 DM, den sie bis August 1969 prolongierte und dann nach dem Verkauf von 45.978 qm Gelände für 2.528.790 DM an die De-GeWo wieder vollständig zurückzahlte. Vgl. Akten ELAB 1.1/911, unpaginiert sowie ELAB 1.1.913, unpaginiert. An diesen Kreditgeschäften wird zudem die enge Verbindung von FDST und dem Evangelischen Konsistorium sichtbar.
- 9 Vgl. Schreiben Vogel an den Senator für Bau- und Wohnungswesen vom 25.05.1961. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-99, unpaginiert.
  - 10 Vgl. Durchschlag Schreiben Vogel an den Senator für Bau- und Wohnungswesen, z. Hd. Senatsdirektor Dr. Schröder vom 02.09.1971. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-61, unpaginiert; Schreiben Senator für Bau- und Wohnungswesen vom 19.09.1971. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-61, unpaginiert.
  - 11 Vgl. Verordnung zum Schutze des Waldgeländes Frohnau im Bezirk von Reinickendorf von Berlin vom 09.06.1959. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-33, unpaginiert.
  - 12 Vgl. Abschrift Schreiben Vogel an den Senator für Bau- und Wohnungswesen vom 09.04.1968. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-31, unpaginiert; Schreiben FDST an den Senator für Bau- und Wohnungswesen vom 03.04.1968. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-31, unpaginiert.
  - 13 Protokoll VWA vom 07.05.1971, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-81, unpaginiert.
  - 14 Vgl. Protokoll VWA vom 16.08.1968, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-88, unpaginiert.
  - 15 Vgl. Krämper, Peter: Das Unternehmen als politisches Projekt: Die NEUE HEIMAT 1950-1982, in: Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen (2010) 44, S. 89-102.
  - 16 Vgl. Protokoll VWA vom 13.06.1972, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-206, unpaginiert.
  - 17 Vgl. Protokoll der Notariatsverhandlung vom 14.07.1972. Dritte Ausfertigung. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-28, unpaginiert.
  - 18 Vgl. Kopie Schreiben Bezirksamt Reinickendorf an die FDST vom 13.09.1972. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-28, unpaginiert; Kopie Schreiben des Senators für Wirtschaft, Abteilung Ernährung und Landwirtschaft an die FDST vom 14.09.1972. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-28, unpaginiert.
  - 19 Vgl. Protokoll VWA vom 26.01.1973, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-206, unpaginiert; Protokoll VWA vom 09.02.1973, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-206, unpaginiert; Abschrift Klageschrift der FDST gegen das Land Berlin, Bezirksamt Reinickendorf vor dem Verwaltungsgericht Berlin vom 16.02.1973. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-28, unpaginiert.
  - 20 Vgl. Schreiben Schian, Reichel, Vogel an das Kuratorium der FDST vom 06.11.1972. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-28, unpaginiert.
  - 21 Abschrift Schreiben Schian an Kraft von Donnersmarck vom 08.11.1972. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-28, unpaginiert.
  - 22 Vgl. Protokoll VWA vom 16.10.1972, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-206, unpaginiert.
  - 23 Vgl. Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-168, unpaginiert.
  - 24 Jahresbericht FDST 1973, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-137.
  - 25 Vgl. u. a. o. V.: Frohnauer Wald wird verkauft, in: Der Nord-Berliner vom 15.09.1972, S. 1. Weitere Zeitungsartikel finden sich in der Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-70, unpaginiert.
  - 26 Vgl. Ausfertigung des Beschlusses des Verwaltungsgerichts Berlin vom 13.07.1973. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-28, unpaginiert. Mit dem Rückzug der Klage wollte das Kuratorium zudem verhindern, dass der mit der NH vereinbarte Kaufpreis von 65,00 DM/qm festfriert und die Stiftung später nicht mehr von den gestiegenen Grundstückspreisen in Berlin profitieren konnte.
  - 27 Vgl. Schreiben Zachger an Klaus Riebschläger vom 21.06.1973. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-28, unpaginiert.
  - 28 Vgl. Abschrift Schreiben Vogel an Direktor Lippik von der Neuen Heimat vom 14.06.1973. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-28, unpaginiert.
  - 29 Vgl. Schreiben Grundbuchamt Reinickendorf vom 28.11.1973. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-28, unpaginiert.
  - 30 Vgl. Abschrift der Notariatsverhandlung vom 20.11.1973. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-28, unpaginiert.
  - 31 Vgl. Schreiben Reichel an das Kuratorium der FDST vom 21.05.1974. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-28, unpaginiert.
  - 32 Vgl. Schreiben Bezirksamt Reinickendorf an die FDST vom 21.02.1974. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-28, unpaginiert.
  - 33 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 25.04.1974. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-170, unpaginiert.
  - 34 Vgl. Protokoll VWA vom 23.08.1977, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
  - 35 Vgl. Interview mit Ekkehard Reichel vom 14.09.2010, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-94, unpaginiert; Schreiben Senator für Finanzen an die FDST vom 02.04.1977. Archiv der Fürst

- Donnersmarck-Stiftung FDS-31, unpaginiert. Zur Frage der Steuerfreiheit vgl. auch Dr. Mohren: Exposé zu körperschaftsteuerlichen Fragen der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin im Zusammenhang mit verschiedenen Grundstücksverkäufen. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-47, unpaginiert.
- 36 Protokoll VVA vom 13.10.1977. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 37 Vgl. Schreiben FDST an das Finanzamt für Erbschaftsteuer vom 07.11.1978. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-31, unpaginiert.
- 38 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 11.11.1983, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-172, unpaginiert.
- 39 Vgl. Reichel: Wertsteigerung der Mietshäuser vom 02.05.1974. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-168, unpaginiert.
- 40 Vgl. Jahresbericht FDST 1978, S. 16. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-149.
- 41 Vgl. Jahresbericht FDST 1979, S. 27. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-150.
- 42 Vgl. Jahresbericht FDST 1989, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-1.
- 43 Für die Vermögensangaben der Stiftungen in Deutschland vgl. Stiftungszentrum im Stifterverband für Deutsche Wissenschaft (Hrsg.): Stiftungshandbuch, Baden-Baden 1989, S. 26.
- 44 Vgl. Stiftungen und Vermögen in Klassen. Online unter: [http://www.stiftungen.org/fileadmin/bvds/de/Presse/Grafiken\\_\\_Zahlen\\_\\_Daten/2013/Stiftungen\\_und\\_Vermoeegen\\_2013.pdf](http://www.stiftungen.org/fileadmin/bvds/de/Presse/Grafiken__Zahlen__Daten/2013/Stiftungen_und_Vermoeegen_2013.pdf). [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- 45 Vgl. Tätigkeitsbericht über die Arbeit des Vereines zur Förderung evangelischer Heime für körperbehinderte Kinder vom 10.02. bis 10.12.1958. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-100, unpaginiert.
- 46 Schian hatte am 10.12.1959 das erste Mal an einer Vorstandssitzung des Vereins teilgenommen. Am 29.03.1960 wurde er auf der Mitgliederversammlung offiziell zum Vorstandsmitglied gewählt. Vgl. Niederschrift über die Mitgliederversammlung des Vereines zur Förderung evangelischer Heime für körperbehinderte Kinder vom 29.03.1960. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-100, unpaginiert.
- 47 Vgl. Ärztlicher Bericht des Evangelischen Waldkrankenhauses über das Pflegenest von Marianne Schlegelmilch vom 27.01.1955. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-23, unpaginiert.
- 48 Vgl. dazu Lindner, Ulrike: Gesundheitspolitik in der Nachkriegszeit. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, München 2004, S. 221-282.
- 49 Vgl. Ebd., S. 236. Die Eiserne Lunge war das erste medizinische Gerät, mit dessen Hilfe man Menschen durch die Erzeugung eines Unterdrucks maschinell beatmen konnte. Das war notwendig, weil manche Polio-Erkrankte aufgrund ihrer Lähmungserscheinungen zeitweise oder kontinuierlich beatmet werden mussten.
- 50 Vgl. Fandrey: Krüppel, Idioten, Irre. Zur Sozialgeschichte behinderter Menschen in Deutschland, S. 241.
- 51 Vgl. Aktennotiz Schian vom 17.03.1958. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-23, unpaginiert.
- 52 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 25.04.1958, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert; Abschrift Schreiben Schian an Magdalena von Tiling vom 22.07.1958. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-23, unpaginiert.
- 53 Vgl. Jahresbericht FDST 1958, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-21.
- 54 Vgl. Grundstückskaufvertrag vom 18.11.1961. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-208, unpaginiert; Schreiben Binder an den Verein zur Förderung evangelischer Heime für körperbehinderte Kinder vom 03.07.1963. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-23, unpaginiert.
- 55 Vgl. Stope, Herbert: Die Entstehung und Entwicklung des Fürst Donnersmarck-Hauses, ein evangelisches Zentrum für die Rehabilitation körperbehinderter Kinder in Berlin-Frohnau, Berlin [1968], S. 3.
- 56 Zur Gründungsphase des Kinderheims vgl. auch Tiling, Magdalena von: Ein evangelisches Heim für körperbehinderte Kinder in Berlin, in: Die Rehabilitation 2 (1963) 1, S. 30-32.
- 57 Vgl. Rudloff, Wilfried: Überlegungen zur Geschichte der bundesdeutschen Behindertenpolitik, in: Zeitschrift für Sozialreform 49 (2003) 6, S. 863-886, v. a. S. 870-873.
- 58 Vgl. Jahresbericht FDST 1964, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-82.
- 59 Vgl. Jahresbericht FDH 1965, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-124.
- 60 Vgl. Abschrift des Prüfungsberichts über die Verwendung der über den Gesamtverband der Berliner Inneren Mission gewährten Zuwendung zum Bau eines Heimes für körperbehinderte Kinder vom 07.01.1966. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-228, unpaginiert. Die FDST benötigte Anfang der 1960er Jahre einen mehr als doppelt so hohen Satz für die Deckung ihrer Kosten.
- 61 Vgl. Übersicht über die uns gewährte Starthilfe. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-117, unpaginiert.
- 62 Vgl. Protokoll über die Mitgliederversammlung des Vereines zur Förderung evangelischer Heime für

- körperbehinderte Kinder vom 24.03.1964, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-117, unpaginiert.
- 63 Jahresbericht des Vereins zur Förderung evangelischer Heime für körperbehinderte Kinder 1963, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-119.
- 64 Vgl. Protokoll über die Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung evangelischer Heime für körperbehinderte Kinder vom 24.03.1964, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-117, unpaginiert.
- 65 Schreiben Schian an das Kuratorium der FDST vom 01.02.1964, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-228, unpaginiert.
- 66 Vgl. Jahresbericht FDST 1964, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-82.
- 67 Vertrag zwischen dem Verein zur Förderung evangelischer Heime für körperbehinderte Kinder und der FDST vom 24.03.1964. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-23, unpaginiert.
- 68 Vgl. Schreiben Margarete Stirn an den Vorstand des Vereins zur Förderung evangelischer Heime für körperbehinderte Kinder vom 23.06.1977. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-23, unpaginiert.
- 69 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 25.04.1968, S. 5-6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-228, unpaginiert; Rundschreiben an die Vorstandsmitglieder des Gesamtverbandes der Berliner Inneren Mission vom 18.02.1969. ELAB 1.1/911, unpaginiert.
- 70 Vgl. Schreiben Gesamtverband der Berliner Inneren Mission an die FDST vom 31.03.1969. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-202, unpaginiert.
- 71 Vgl. Besichtigungsbericht vom 06.08.1963. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-81, unpaginiert.
- 72 Vgl. Jahresbericht FDH 1965, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-124.
- 73 Vgl. u. a. Jahresbericht erstattet für die Mitgliederversammlung am 24.03.1964, S. 2-3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-117.
- 74 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung des Vereins zur Förderung evangelischer Heime für körperbehinderte Kinder vom 15.02.1965, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-117, unpaginiert.
- 75 Vgl. u. a. Protokoll Heimbeirat FDH vom 10.05.1965. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-119, unpaginiert.
- 76 Vgl. Behnken, Imbke; Zinnecker, Jürgen: „Hi ha ho, die Bonzen komm'n ins Klo!“ Sozialpädagogische Studentenbewegung und Modernisierung Sozialer Arbeit in Deutschland, in: Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 257-282.
- 77 Vgl. Schmuhl: Lebensbedingungen und Lebenslagen von Menschen mit geistiger Behinderung in den v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel seit 1945, S. 133-160.
- 78 Vgl. Schreiben Schian an Mach vom 08.03.1966. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-119, unpaginiert; Protokoll der Vorstandssitzung des Vereins zur Förderung evangelischer Heime für körperbehinderte Kinder vom 25.03.1966. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-117, unpaginiert.
- 79 Vgl. Entwurf Arbeitsvertrag mit Manfred Richter. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-228, unpaginiert. Richter wurde im Zuge der Professionalisierungstendenzen des Kinderheims im Januar 1973 zum pädagogischen Leiter des Hauses befördert, während sich Schwester Käthe auf die Funktion als Verwaltungsleiterin beschränkte. Vgl. Protokoll der Sitzung des Beirats der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin und des Vereins zur Förderung evangelischer Heime für körperbehinderte Kinder vom 23.01.1973. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-80, unpaginiert.
- 80 Stope: Die Entstehung und Entwicklung des Fürst Donnersmarck-Hauses, ein evangelisches Zentrum für die Rehabilitation körperbehinderter Kinder in Berlin-Frohnau, S. 6.
- 81 Vgl. Fürst Donnersmarck-Haus: WIR. Ein Weg zum Leben, Berlin [um 1973/1974], S. 10-11. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PUB-39, unpaginiert.
- 82 Vgl. Mach: Bericht über die Personalsituation im FDH vom 03.02.1967. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-119, unpaginiert.
- 83 1987 kamen in der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise 0,77 Mitarbeiter auf einen Bewohner. Vgl. Fandrey: Krüppel, Idioten, Irre. Zur Sozialgeschichte behinderter Menschen in Deutschland, S. 239.
- 84 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 14.04.1967, S. 2-3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-169, unpaginiert.
- 85 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 23.11.1967, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-100, unpaginiert.
- 86 Vgl. Schreiben Käthe Schmidt an Binder vom 08.10.1966. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-119, unpaginiert.
- 87 Vgl. Jahresbericht FDH 1971, S. 11. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-137.
- 88 Vgl. Schmidt, Käthe: 25 Jahre Fürst Donnersmarck-Haus. Ev. Rehabilitationszentrum für Körperbehinderte Berlin-Frohnau, Berlin 1988, S. 39.
- 89 Vgl. u. a. Aktenvermerk über die Unterredung am 10.10.1966 zwischen Frau Oberkamp (Senator für Jugend und Sport), Herrn Landesarzt Dr. Sasse und Käthe Schmidt. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-228, unpaginiert.

- 90 Vgl. Schmidt: 25 Jahre Fürst Donnersmarck-Haus, S. 23.
- 91 Vgl. Protokoll der Beiratssitzung des FDH vom 27.01.1970. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-119, unpaginiert.
- 92 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 31.08.1970, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-90, unpaginiert.
- 93 So Erich Mach auf der Kuratoriumssitzung vom 14.12.1970. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 14.12.1970, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-81, unpaginiert.
- 94 Schmidt: 25 Jahre Fürst Donnersmarck-Haus, S. 46.
- 95 Vgl. Ebd., S. 47.
- 96 Vgl. Bericht über die pädagogische und personelle Situation in den geschlossenen Einrichtungen der Jugendhilfe. Drucksachen des Abgeordnetenhauses von Berlin. V. Wahlperiode, Nr. 1274 vom 18.09.1970, S. 13.
- 97 Für den Filialunterricht im FDH vgl. die Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-130, unpaginiert.
- 98 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 09.10.1974, S. 9. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-170, unpaginiert.
- 99 Die spätere „Aktion Mensch“ hatte das erste Mal 1966 einen Zuschuss in Höhe von 29.035,16 DM für Reparaturmaßnahmen am FDH gewährt. Vgl. Antrag auf Gewährung eines Zuschusses aus der „Aktion Sorgenkind“ vom 25.08.1966. Archiv der Aktion Mensch AF-131, unpaginiert. Zur Geschichte der „Aktion Mensch“ vgl. Lingelbach, Gabriele: Konstruktionen von „Behinderung“ in der Öffentlichkeitsarbeit und Spendenwerbung der Aktion Sorgenkind seit 1964, in: Bösl u. a. (Hrsg.): Disability History, S. 127-150.
- 100 Vgl. Schreiben Berliner Stadtsynodalverband an das Evangelische Konsistorium vom Januar 1972. ELAB 36/3588, Bl. 3.
- 101 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 25.04.1968, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-228, unpaginiert.
- 102 Richter: Gedanken zur Aufgabenerweiterung des Fürst Donnersmarck-Hauses und Bauplanüberarbeitung des Projektes „Jugendheim“ 1974, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FRO-7, unpaginiert.
- 103 Vgl. bspw. Reategul, Petra: „... Die Politiker sehen uns nicht...“, in: Der Tagesspiegel vom 08.08.1976, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-36, unpaginiert.
- 104 Vgl. Hofinger, Helga: „Schwester Käthe ist unser Vater“, in: WIR. Magazin der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (2003) 2, S. 13-16, v. a. S. 14. Zur Öffnung des FDH nach außen vgl. auch Golka; Wieder: Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung 1916-1991, S. 121-122.
- 105 Vgl. Jahresbericht FDH 1983, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-1.
- 106 Rückblick auf die bisherige Arbeit und Überlegungen zur Erweiterung der Aufgaben im FÜRST DONNERSMARCK-HAUS [1974], S. 5. ELAB 55.5/0658, unpaginiert.
- 107 Senator für Familie, Jugend und Sport: Gutachterliche Stellungnahme zu Anträgen Dritter auf Erhalt einer Zuwendung aus den Überschüssen der Deutschen Klassenlotterie Berlin vom 24.08.1976, S. 3. Archiv der Aktion Mensch AF-493, unpaginiert.
- 108 Vgl. Jahresbericht FDH 1976, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-1.
- 109 Vgl. zu der Bedeutung dieser DIN-Normen Bösl, Elsbeth: Behinderung, Technik und gebaute Umwelt. Zur Geschichte des Barriereabbaus in der Bundesrepublik Deutschland seit dem Ende der 1960er Jahre, in: Tervooren, Anja; Weber, Jürgen (Hrsg.): Wege zur Kultur. Barrieren und Barrierefreiheit in Kultur- und Bildungseinrichtungen, Köln u. a. 2012, S. 29-51, v. a. S. 33-40.
- 110 Vgl. Jahresbericht FDH 1979, S. 2-3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-1.
- 111 Vgl. Ebd., S. 13.
- 112 Vgl. Schmidt: 25 Jahre Fürst Donnersmarck-Haus, S. 75-81.
- 113 Vgl. Gabrysch, Wendelin: Behinderte feiern mit Basar und Beat ihren Donnersmarck-Neubau, in: Berliner Morgenpost vom 26.04.1980, S. 11.
- 114 Vgl. Pressemitteilung: Richtfest für das ev. Rehabilitationszentrum für Körperbehinderte Jugendliche vom 21.04.1977, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-104, unpaginiert.
- 115 Vgl. Konzept: Aufgabenstellung des Fürst Donnersmarck-Haus vom 25.07.1978. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-99, unpaginiert.
- 116 Vgl. dazu u. a. Köbsell: Wegweiser Behindertenbewegung; Dies.: Eine Frage des Bewusstseins – zur Geschichte der Behindertenbewegung in Deutschland, in: Erzmänn, Tobias; Feuser, Georg (Hrsg.): „Ich fühle mich wie ein Vogel, der aus seinem Nest fliegt.“ Menschen mit Behinderung in der Erwachsenenbildung, Frankfurt am Main u. a. 2011, S. 43-83; Münner, Christian; Sierck, Udo: Krüppelzeitung. Brisanz der Behindertenbewegung, Neu-Ulm 2009.
- 117 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 14.11.1980, S. 11. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-171, unpaginiert.
- 118 Vgl. dazu das folgende Unterkapitel III.3.

- 119 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 22.11.1985, S. 7-8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-173, unpaginiert.
- 120 Vgl. Jahresbericht FDH 1979, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-1.
- 121 Vgl. u. a. Protokoll VWA vom 10.07.1980, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 122 Vgl. Jahresbericht FDH 1981, S. 9-10. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-1.
- 123 Vgl. Jahresbericht FDH 1984, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-1.
- 124 Zu den Kürzungen der Mittel für Rehabilitationsmaßnahmen vgl. Schliehe, Ferdinand: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 8. 1982-1989. Bundesrepublik Deutschland. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform, Baden-Baden 2005, S. 459-478, v. a. S. 468-476. Grundsätzlich zur Krise des Sozialstaates in den 1980er Jahren vgl. Süß, Winfried: Umbau am „Modell Deutschland“. Sozialer Wandel, ökonomische Krise und wohlfahrtsstaatliche Reformpolitik in der Bundesrepublik „nach dem Boom“, in: Journal of Modern European History 9 (2011) 2, S. 215-240, v. a. S. 229-230.
- 125 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 20.11.1981, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-171, unpaginiert.
- 126 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 23.11.1984, S. 8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-117, unpaginiert.
- 127 Schreiben Reichel; Richter zur Anhörung zum Thema „Wohn- und Arbeitsbereiche von Behinderten“ vor dem Ausschuß für Gesundheit, Soziales und Familie des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 05.12.1983, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-424, unpaginiert.
- 128 Vgl. Schreiben Richter an den Senator für Familie, Jugend und Sport vom 08.12.1980. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-99, unpaginiert.
- 129 Fürst Donnersmarck-Haus: Fürst Donnersmarck-Haus. Evangelisches Rehabilitationszentrum für Körperbehinderte Berlin-Frohnau, Berlin 1989, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PUB-33, unpaginiert.
- 130 Vgl. Derzeitige Situation und mögliche Perspektiven des Kinderheims. Januar 1990, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-77, unpaginiert.
- 131 Informationen für Besucher des Fürst Donnersmarck-Hauses. ELAB 55.5/0658, unpaginiert. Hervorhebung im Original.
- 132 Vgl. Hausordnung für volljährige Bewohner des Fürst Donnersmarck-Hauses. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-18, unpaginiert. Allerdings hatten auch die Mitarbeiter, die im angeschlossenen Personalwohnheim lebten, eine in vielen Dingen gleiche Hausordnung zu beachten. Vgl. An alle Mitarbeiter in unserem Hause (an Stelle einer Hausordnung). Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-18, unpaginiert.
- 133 Vgl. grundlegend hierzu Schmulh, Hans-Walter; Winkler, Ulrike: Gewalt in der Körperbehindertenhilfe. Das Johanna-Helenen-Heim in Volmarstein von 1947 bis 1967, Bielefeld 2010.
- 134 Vgl. Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-162, unpaginiert.
- 135 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 22.11.1985, S. 10. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-173, unpaginiert; Protokoll VWA vom 09.04.1984, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-80, unpaginiert.
- 136 Vgl. Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-16, unpaginiert.
- 137 Dörner, Klaus: Die institutionelle Umwandlung von Menschen in Sachen. Behinderte und Behinderung in der Moderne, in: Emmrich, Michael (Hrsg.): Im Zeitalter der Bio-Macht. 25 Jahre Gentechnik – eine kritische Bilanz, Frankfurt am Main 1999, S. 15-44.
- 138 Vgl. dazu etwa Lingelbach, Gabriele; Stoll, Jan: Die 1970er Jahre als Umbruchphase der bundesdeutschen Disability History? Eine Mikrostudie zu Selbstadvokation und Anstaltskritik Jugendlicher mit Behinderung, in: Moving the Social (2013) 50, S. 25-51. Der Locus classicus dieser Kritik ist bis heute Goffman, Erving: Asyl. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, Frankfurt am Main 1973.
- 139 Rudloff, Wilfried: Das Ende der Anstalt? Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung in der Geschichte der bundesdeutschen Behindertenpolitik, in: Bösl u. a. (Hrsg.): Disability History, S. 169-190, hier S. 178.
- 140 Vgl. Rudloff: Das Ende der Anstalt?, S. 169-190, hier S. 182; Ders.: Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung in der bundesdeutschen Behindertenpolitik (1945-1990), in: Schmulh; Winkler (Hrsg.): Welt in der Welt, S. 109-131.
- 141 Vgl. Köbsell: Eine Frage des Bewusstseins – zur Geschichte der Behindertenbewegung in Deutschland, S. 43-83, hier S. 51.
- 142 Rückblick auf die bisherige Arbeit und Überlegungen zur Erweiterung der Aufgaben im FÜRST DONNERSMARCK-HAUS [1974], S. 2. ELAB 55.5/0658, unpaginiert.
- 143 Vgl. Jahresbericht FDH 1977, S. 16. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-1.
- 144 Vgl. Richter: Betr. Jugendwohngruppe vom 07.11.1977. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-84, unpaginiert.

- 145 Vgl. Informationen über eine Wohngruppe für körperbehinderte Jugendliche im Fürst Donnersmarck-Haus von 1977. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-99, unpaginiert.
- 146 Vgl. Schreiben Richter an den Senator für Familie, Jugend und Sport vom 08.12.1980. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-99, unpaginiert.
- 147 Vgl. Jahresbericht FDH 1981, S. 16-17. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-1.
- 148 Vgl. Dißelkötter, Ute; Hesselbach, Heinz: Außenwohngruppe des Fürst Donnersmarck-Hauses Blissestr. 12, 1000 Berlin 31, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1981) Juli-Ausgabe, S. 16-17. Zur öffentlichen Wahrnehmung der WG vgl. auch Ari.: Vor der Selbstständigkeit steht das Wohnen zur Probe, in: Der Tagesspiegel vom 4./5.12.1984. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-36, unpaginiert.
- 149 Vgl. Konzeptionsänderung der Außenwohngruppe des Fürst Donnersmarck-Hauses Blissestr. 12, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-99, unpaginiert.
- 150 Vgl. dazu Wenske, Chr.; Ramuno, C.; Surowy, R.: Trainingswohngruppe – Aussenwohngruppe, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1981) Juli-Ausgabe, S. 14-16.
- 151 Richter: Aufgabenverteilung und Zusammenarbeit zwischen Leitung und Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der betreuten Wohngemeinschaften für Behinderte (WG) und Betreuungsgemeinschaften für Behinderte (BG) des Fürst Donnersmarck-Hauses. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-105, unpaginiert.
- 152 Der Unterschied zwischen WGs, Kleinstheim oder Außenwohngruppen bestand vor allem in ihren unterschiedlichen Finanzierungsmöglichkeiten. Außenwohngruppen und Kleinstheime gehörten organisatorisch zum FDH und wurden dementsprechend mit den üblichen Pflegesätzen finanziert. Wohngemeinschaften waren dagegen eigenständige Einrichtungen und wurden mit einer niedrigeren Fallpauschale finanziert.
- 153 Vgl. Jahresbericht FDH 1980, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-1.
- 154 Vgl. Konzept für den Aufbau einer Aussenwohngruppe – Kleinstheim. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-99, unpaginiert.
- 155 Vgl. Jahresbericht Zeltlinger Straße 1997, S. 2-3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-184.
- 156 Vgl. Reichel: Vermerk Betr.: Grundstückstausch – Waldgelände der Fürst Donnersmarck-Stiftung gegen das Grundstück des Bezirkes Reinickendorf in der Zeltlinger Straße in Berlin Frohnau vom 22.05.1978, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-29, unpaginiert.
- 157 Vgl. Vermerk über eine Besprechung bei Herrn Bezirksstadtrat Gardain am 23. Januar 1976. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-29, unpaginiert.
- 158 Vgl. Reichel: Vermerk Betr.: Grundstückstausch – Waldgelände der Fürst Donnersmarck-Stiftung gegen das Grundstück des Bezirkes Reinickendorf in der Zeltlinger Straße in Berlin Frohnau vom 22.05.1978, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-29, unpaginiert.
- 159 Protokoll VWA vom 20.05.1977, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 160 Vgl. Reichel: Vermerk Betr.: Grundstückstausch – Waldgelände der Fürst Donnersmarck-Stiftung gegen das Grundstück des Bezirkes Reinickendorf in der Zeltlinger Straße in Berlin Frohnau vom 22.05.1978, S. 2-4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-29, unpaginiert.
- 161 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 27.02.1976, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-170, unpaginiert.
- 162 Vgl. Protokoll VWA vom 17.07.1978, S. 3-6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 163 Vgl. Schreiben Schian an das Kuratorium der FDST vom 18.07.1978. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-168, unpaginiert.
- 164 Vgl. Kopie Notariatsvertrag vom 27.07.1978. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-29, unpaginiert.
- 165 Vgl. Protokoll VWA vom 04.12.1978, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 166 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 11.05.1979, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-171, unpaginiert.
- 167 Schreiben Senator für Finanzen an die FDST vom 12.12.1979. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-31, unpaginiert.
- 168 Vgl. dazu Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-35, unpaginiert.
- 169 Vgl. Pressemitteilung vom 24.11.1980. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FRO-7, unpaginiert.
- 170 Vgl. Richter: Grundstück Zeltlinger Str./Markgrafenstr. Wohnhaus für Behinderte – Zugleich Personalwohnhaus und Begegnungszentrum vom 16.03.1977, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-32, unpaginiert.
- 171 Vgl. Jahresbericht Zeltlinger Straße 1981, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FRO-36.
- 172 Vgl. Pressemitteilung vom 30.04.1982. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FRO-7, unpaginiert.
- 173 Vgl. Jahresbericht Zeltlinger Straße 1998, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-184.
- 174 Vgl. Jahresbericht FDST 1983, S. 26. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-154.
- 175 Jahresbericht FDST 1984, S. 25. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-155.

- 176 Stolzenburg, Frank: 25 Jahre Fürst Donnersmarck-Haus Frohnau (Rede eines Bewohnervertreters), in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1988) 4, S. 7-8, hier S. 7. Zur Kindheit im FDH vgl. auch das Interview mit Michael Born vom 17.09.2013. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-97, unpaginiert.
- 177 Dies schlug sich unter anderem darin nieder, dass das Haus 1969 als Praxisstelle für Sozialarbeiter anerkannt wurde. Vgl. Schreiben Senator für Familie, Jugend und Sport an das FDH vom 29.07.1969. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-81, unpaginiert.
- 178 Vgl. dazu auch das Interview mit Manfred Richter vom 16.11.2012, S. 17. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-94, unpaginiert.
- 179 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 06.05.1983, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-172, unpaginiert.
- 180 Jahresbericht FDH 1979, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-1.
- 181 Belegungssituation und Strukturveränderungen im Fürst Donnersmarck-Haus und deren Auswirkungen auf das Jahr 1985, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-173, unpaginiert.
- 182 Vgl. dazu Rudloff: Im Schatten des Wirtschaftswunders, S. 347-467, v. a. S. 464-466.
- 183 Protokoll VWA vom 18.02.1980, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 184 Schreiben der Mitarbeiter der Außenwohngruppe Blissestraße an Jutta Moltrecht vom 21.06.1989. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-105, unpaginiert.
- 185 Das theologische Seminar wurde bis 1977, das sozialrechtliche Seminar bis mindestens 1981 durchgeführt. Vgl. Jahresbericht Schädestraße 1976, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-3; Jahresbericht Schädestraße 1977, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-3; Jahresbericht Schädestraße 1981, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-3.
- 186 Vgl. die Zeitungsausschnitte in Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-128, unpaginiert.
- 187 Vgl. Jahresbericht Schädestraße 1974, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-79, unpaginiert.
- 188 Vgl. Martin, Erich: Ja, ja so war es – so hat es angefangen, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1982) 1, S. 20-22.
- 189 Heute kooperiert die Villa Donnersmarck wieder häufiger mit einigen Nachbarschaftsheimen und führt in Zusammenarbeit mit ihnen einige Veranstaltungen durch.
- 190 Jahresbericht Schädestraße 1973, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-79, unpaginiert.
- 191 Schon 1979 war die Mehrheit der Mitglieder über 60 Jahre alt. Vgl. Konzeption der Gruppenarbeit mit Behinderten im Versehrtenheim der Fürst Donnersmarck-Stiftung [April 1979.] Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-168, unpaginiert.
- 192 Dies zeigt etwa eine Auseinandersetzung der Gruppe in Neukölln mit der ehrenamtlichen Mitarbeiterin des Nachbarschaftsheim Erna Pahl. Vgl. Schreiben Pahl an Neukirchen vom 06.04.1956 sowie Schreiben Neukirchen an Pahl vom 08.04.1956. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-63, unpaginiert.
- 193 Vgl. u. a. Wistuba, Manfred: Eine neue Gruppe stellt sich heute vor, in: WIR. Zeitschrift der Versehrtengruppen der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1973) Juli-Ausgabe, o. S.
- 194 Vgl. Jahresbericht Schädestraße 1979, S. 1-2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-3.
- 195 Vgl. u. a. DPA: Wird der Telebus-Betrieb schrittweise lahmgelegt?, in: Volksblatt Berlin vom 22.04.1983, S. 10; o. V.: Für Telebus-Benutzung werden jetzt 120 DM verlangt, in: Die Wahrheit vom 17.04.1984. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung STZ-4, unpaginiert; BD: Geballter Protest gegen ‚Stubenarrest‘, in: Der Tagesspiegel vom 30.01.1987. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung STZ-5, unpaginiert.
- 196 Vgl. u. a. Protokoll VWA vom 24.03.1980, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert; Protokoll Kuratoriumssitzung vom 24.04.1980, S. 9. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-171, unpaginiert.
- 197 Adam, Eva: Echo, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1980) 1, S. 6.
- 198 Vgl. Golka; Wieder: Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung 1916-1991, S. 129. Grundsätzlich waren Volkshochschulkurse – insbesondere Ernst Klees und Gusti Steiners Frankfurter Kurs „Bewältigung der Umwelt“ von 1973 – eine der Keimzellen der emanzipatorischen Behindertenbewegung in Deutschland. Vgl. u. a. Poore: Disability in Twentieth-Century German Culture, S. 274-275.
- 199 Vgl. Protokoll VWA vom 12.06.1978, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 200 Protokoll VWA vom 17.07.1978, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 201 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 20.10.1978, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-170, unpaginiert.
- 202 Vgl. Protokoll VWA vom 19.06.1979, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 203 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 14.06.1985, S. 8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-173, unpaginiert.



- 204 Jahresbericht FDST 1980, S. 25. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-151.
- 205 Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1980, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-128.
- 206 Vgl. u. a. Protokoll VWA vom 05.01.1981, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert; Protokoll Kuratoriumssitzung vom 06.05.1983, S. 12-13. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-172, unpaginiert; Schreiben Jürgen Kintzel an Markowitz vom 30.05.1996. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung BLI-8, unpaginiert.
- 207 Von Bentheim, Ursula: Fürst Donnersmarck-Stiftung eröffnet heute ihr Sozialtherapeutisches Zentrum, in: Berliner Morgenpost vom 14.11.1980. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung STZ-4, unpaginiert.
- 208 Vgl. dazu die Korrespondenz in Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung BLI-10, unpaginiert.
- 209 Für die Öffentlichkeitsarbeit des STZ vgl. etwa die Anhänge der Jahresberichte in Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-127. Für einen Einblick in die Sozialstruktur der Kursteilnehmer vgl. Kühnen, Annemarie: Kursteilnehmerbefragung in der „Blisse 14“, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1989) 2, S. 16-18.
- 210 Vgl. Schreiben Senator für Gesundheit und Soziales vom 30.04.1985. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung STZ-1, unpaginiert.
- 211 Vgl. Aktennotiz Kintzel vom 06.10.1981. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung BLI-8, unpaginiert.
- 212 Vgl. Schreiben Thomas Grzanna und Brigitte Wolf-fellenberg (Blisse) an den Präsidenten des Berufsverbandes Deutscher Psychologen vom 01.12.1983. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung STZ-1, unpaginiert.
- 213 Vgl. Schreiben Kintzel an Grzanna vom 05.02.1981. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung BLI-8, unpaginiert.
- 214 Vgl. Protokoll VWA vom 01.03.1982, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 215 Vgl. Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1986, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-48.
- 216 Vgl. Protokoll VWA vom 10.07.1986, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-80, unpaginiert.
- 217 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 29.05.1987, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-117, unpaginiert.
- 218 Vgl. Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „Blisse 14“ 1989, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung BLI-2.
- 219 Noch heute bezeichnen etwa Ekkehard Reichel und Jürgen Kintzel die „blisse 14“ als ihr Lieblingsprojekt der FDST. Vgl. Interview mit Ekkehard Reichel vom 14.09.2010, S. 34. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-94, unpaginiert; Interview mit Jürgen Kintzel vom 23.05.2013. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-95, unpaginiert.
- 220 Vgl. Protokoll VWA vom 14.12.1981, S.1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 221 Vgl. Protokoll VWA vom 06.07.1981, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 222 Protokoll VWA vom 16.09.1981, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert. Vgl. außerdem Reichel: Sanierungsmöglichkeiten für die FDS-GmbH vom 14.08.1981. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 223 Vgl. die Korrespondenz in Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-32, unpaginiert.
- 224 Vgl. Protokoll VWA vom 27.07.1982, S. 1-4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert; Aktenvermerk Reichel vom 12.08.1982. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 225 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 25.10.1982, S. 10-11. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-172, unpaginiert.
- 226 Vgl. Protokoll Gesellschafterversammlung FDS-GmbH vom 23.01.1984. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-80, unpaginiert.
- 227 Für den zeitlichen Ablauf dieser Übernahme vgl. Aktennotiz: Firma Zachger – Übernahme 1983. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-14, unpaginiert.
- 228 Vgl. Protokoll VWA vom 23.01.1984, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-80, unpaginiert.
- 229 Vgl. Lagebericht 1987, S. 35. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-5.
- 230 Zum 01.04.1990 gingen 249 Mieteinheiten des Evangelischen Johannestiftes in die Verwaltung der FDS GmbH über. Vgl. Lagebericht 1989, S. 44. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-5.
- 231 Vgl. Jahresbericht FDH 1978, S. 14. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-1.
- 232 Vgl. Jahresbericht FDH 1981, S. 14. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-1.
- 233 Vgl. Diskussionsvorlage für kleine Mittwochrunde. Betr.: Überlegungen zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten im Hause. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-100, unpaginiert.
- 234 Vgl. bspw. Jahresbericht FDST 1986, S. 15. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-38.
- 235 Aktenvermerk W. Sauer vom 21.02.1981. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-16, unpaginiert.
- 236 Vgl. Protokoll VWA vom 01.03.1982, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 237 Vgl. Richter: „Reparaturmobil“. Begründung für die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für Behinderte, die keine Ausbildung durchlaufen können. Mai 1982.

- Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-16, unpaginiert; Richter: „Reparaturmobil“. Konkurrenzfähigkeit und Sicherung der Auftragslage. Mai 1982. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-16, unpaginiert.
- 238 Vgl. Jahresbericht FDH 1982, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-1.
- 239 Vgl. Schreiben der Hauptfürsorgestelle Berlin an die FDST vom 20.09.1982. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-16, unpaginiert.
- 240 Vgl. Lagebericht 1984, S. 20. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-5.
- 241 Vgl. Lagebericht 1988, S. 30. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-5.
- 242 Lagebericht 1990, S. 60. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-6. Hervorhebung im Original.
- 243 Lagebericht 1988, S. 40. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-5. Hervorhebung im Original.
- 244 Vgl. Protokoll VWA vom 16.09.1981, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 245 Vgl. Schreiben Erich Nieswandt an Reichel vom 24.10.1984. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-12, unpaginiert.
- 246 Vgl. Protokoll VWA vom 11.06.1985, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-80, unpaginiert; Protokoll Kuratoriumssitzung vom 20.11.1987, S. 9. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-117, unpaginiert.
- 247 Vgl. dazu Frankenstein, Mathias: „Schlangestehen sind wir dem Palast einfach schuldig“, in: Berliner Zeitung vom 12.12.1994. Zur generellen Entwicklung der Integra vgl. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-11, unpaginiert.
- 248 Vgl. Protokoll Gesellschafterversammlung vom 08.10.1996. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-12, unpaginiert.
- 249 Vgl. Schreiben Reichel an den VdK Berlin-Brandenburg vom 17.10.1996. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-12, unpaginiert.
- 250 Notariatsvertrag vom 15.11.1996. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-12, unpaginiert.
- 251 Zum heutigen Angebot der Integra vgl. <http://www.integra-berlin.de>.
- 252 Vgl. Jahresbericht FDST 1976, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-147; Protokoll Kuratoriumssitzung vom 28.04.1978, S. 3-4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-170, unpaginiert.
- 253 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 27.02.1976, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-170, unpaginiert; Protokoll Kuratoriumssitzung vom 26.04.1976, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-170, unpaginiert.
- 254 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 04.04.1960, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-208, unpaginiert.
- 255 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 05.11.1976, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-170, unpaginiert.
- 256 Vgl. Kopie Schreiben Karl Erdmann Graf Henckel von Donnersmarck an den Senator für Justiz vom 19.10.1976. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-76, unpaginiert.
- 257 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 05.11.1976, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-170, unpaginiert.
- 258 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 04.11.1977, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-170, unpaginiert.
- 259 Vgl. dazu auch Exkurs I.
- 260 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 30.04.1973, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-170, unpaginiert.
- 261 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 28.04.1978, S. 10. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-170, unpaginiert.
- 262 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 20.10.1978, S. 8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-170, unpaginiert.
- 263 Vgl. Protokoll VWA vom 20.10.1989, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-80, unpaginiert.
- 264 Vgl. Protokoll VWA vom 10.06.1976, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-47, unpaginiert.
- 265 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 09.11.1989, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-117, unpaginiert.

## EXKURS III:

### FORSCHUNG UND DIE FÜRST DONNERSMARCK-STIFTUNG

Die FDST wurde 1916 unter dem Namen Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut gegründet. Ihre Aufgabe bestand laut Verfassung darin, eine „Forschungsstätte zu schaffen für die wissenschaftliche Verarbeitung und therapeutische Verwertung der in dem gegenwärtigen Kriege gesammelten ärztlichen Erfahrungen.“<sup>1</sup> Aus mehreren Gründen konnte sie dieser Aufgabe allerdings nicht gerecht werden.<sup>2</sup> Sie hatte weder das wissenschaftliche Personal sowie eine wissenschaftliche Infrastruktur, noch verfügte sie inflationsbedingt über die Mittel, die zum Bau einer eigenen Forschungsanstalt nötig gewesen wären. Auch die ursprünglich vom Fürsten Guido von Donnersmarck angestrebte Zusammenarbeit mit der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Dahlem oder der Kaiser-Wilhelm-Akademie für das militärärztliche Bildungswesen kam aus diesem Grund nicht zustande.<sup>3</sup> Eine eigenständige Forschungstätigkeit, wie in der Gründungsverfassung vorgesehen, konnte die FDST daher lange nicht durchführen. Ihre wissenschaftlichen Aktivitäten beschränkten sich in den ersten Jahren ihres Bestehens

auf wenige Maßnahmen mit vorwiegend unterstützendem Charakter. Der Chefarzt des fürstlichen Lazaretts in Frohnau und das spätere Kuratoriumsmitglied, Max Berg, veröffentlichte mehrere Fachartikel, die auf seinen Erfahrungen in Frohnau beruhten.<sup>4</sup> Diese befassten sich allerdings vor allem mit organisatorischen Fragen und waren keine im engeren Sinne wissenschaftlichen Leistungen. Zudem präsentierte sich das Lazarett auf der Ausstellung für Verwundeten- und Krankenfürsorge im Kriege, die vom 14.12.1914 bis 31.01.1915 im Berliner Reichstag zu sehen war.<sup>5</sup> Der wichtigste Forschungsbeitrag der FDST war jedoch ihre finanzielle Beteiligung am „Handbuch der ärztlichen Erfahrungen im Weltkriege“. Es umfasste neun Bände und wurde bis zu seinem Tod von Otto von Schjerning, dem ersten Kuratoriumsvorsitzenden der Stiftung, mitherausgegeben. Ziel des Handbuches war es, „alles was Neues im Kriege in Praxis und Wissenschaft durch die Ärzte geschaffen ist, in richtiger und würdiger Weise zu schildern.“<sup>6</sup> Es bildete für lange Zeit ein wichtiges medizinisches Nachschlagewerk.<sup>7</sup> Aufgrund der sich

zunehmend verschlechternden Lage der FDST und der Auseinandersetzung mit dem Berliner Stadtpräsidenten um die Auflösung der Organisation, war die finanzielle Unterstützung des Handbuchs der einzige größere Forschungsbeitrag der Fürst Donnersmarck-Stiftung vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Diese Situation änderte sich auch nach 1945 zunächst nicht. Zuerst hatte die FDST nicht die ökonomischen Möglichkeiten, um eigene Forschungen zu



**Die Unterstützung des Handbuchs der ärztlichen Erfahrungen im Weltkriege war der einzige größere Forschungsbeitrag der Fürst Donnersmarck-Stiftung vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs.**



finanzieren. Später, als durch die Veräußerung des Frohnauer Stiftungsgeländes an das Land Berlin die Mittel für eigene Projekte verfügbar gewesen wären, hatte sich die FDST in eine andere Richtung entwickelt; die Entstehung der Arbeitsbereiche Rehabilitation, Touristik sowie Freizeit, Bildung, Beratung, aber auch die möglichst ertragreiche Reinvestition der Einkünfte aus dem Waldverkauf banden die Kräfte von Reichel und den Kuratoriumsmitgliedern. Die Förderung von Forschungsaktivitäten geriet dadurch aus dem Blick. Forschung wurde allenfalls in

einem kleinen Rahmen und mit einer begrenzten Zielsetzung unternommen. Ein frühes Beispiel dafür ist die Tätigkeit Paul Neukirchens, der die sozialpädagogische Gruppenarbeit der Stiftung in den Berliner Nachbarschaftsheimen betreute. Sein Ziel war es, die Wirksamkeit der gruppenpädagogischen Methode des „Haus Schwalbach“ bei der Arbeit mit Menschen mit Behinderung nachzuweisen. Dafür sammelte er statistisches Material über die Gruppenmitglieder für eine spätere Auswertung, legte ein Archiv über seine Arbeit an<sup>8</sup> und publizierte in unterschiedlichen Zeitschriften seine vorläufigen Arbeitsergebnisse.<sup>9</sup> Sogar eine monographische Darstellung der sozialpädagogischen Gruppenarbeit der FDST hatte er ins Auge gefasst.<sup>10</sup> Unterstützung erhielt er vor allem vom Kuratoriumsmitglied Erich Wohlfahrt, der von Neukirchen ein „möglichst intensiv durchgeführtes und methodisch einwandfreies ‚Pilot-Project‘“ erwartete, mit dem er nachwies, dass „unter idealen Arbeitsbedingungen gruppentherapeutisch das und das geleistet werden kann; und damit sollten wir allen an der sozialpädagogisch orientierten Versehrtenarbeit beteiligten Stellen nachweisen, wie so etwas aufgezogen werden muss, wenn es therapeutischen Wert haben soll.“<sup>11</sup> Neukirchen und Wohlfahrt hatten damit einerseits ebenfalls die Verbindung von theoretischer Forschung und praktischer Umsetzung im Blick. Andererseits bezog sich ihr Projekt gerade nicht auf eine medizinisch fundierte Rehabilitation

von Menschen mit Behinderung, sondern hatte eine sozialwissenschaftliche Stoßrichtung. Zu endgültigen Ergebnissen oder einer wissenschaftlichen Standards entsprechenden Darstellung seiner praktischen Arbeit kam Paul Neukirchen allerdings nicht. Seine Erkrankung und das dadurch bedingte Ausscheiden aus der FDST machten eine Fortführung dieser Forschungstätigkeit unmöglich.

Ein anderes Vorhaben, das ebenfalls ein sozialwissenschaftliches Erkenntnisinteresse hatte, wurde von Thomas Golka, Dr. Karl Bald und René Wenk mit dem Forschungsprojekt „Internet im Paket“ angestoßen. Es sah eine explorative Studie über die „Erwartungshaltungen von körperbehinderten Erwachsenen mit Mobilitätsbeeinträchtigung zum Internet und Möglichkeiten einer Nutzung“ vor, die in Kooperation mit dem Institut für Rehabilitationswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführt werden sollte.<sup>12</sup> Einen entsprechenden Förderantrag bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) reichten sie Ende März 1999 ein.<sup>13</sup> Dieser wurde aber im Juli 1999 von der DFG abgelehnt. Zu der geplanten explorativen Studie kam es deshalb nicht. Dennoch zog Bald im Jahresbericht des STZ ein positives Fazit zu dem Projekt; hatte es doch die stiftungsinterne Diskussion über die Hilfe zur Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung weitergebracht.<sup>14</sup> Ein Jahr später erschien die Studie „(Un)Behindert im Netz. Angebots-screening zum Thema ‚Behinderung‘

Webrecherche von 50 Internetauftritten“, die aus dem Projekt „Internet im Paket“ hervorgegangen war.<sup>15</sup>

Neben diese eher zaghaften sozialwissenschaftlichen Forschungsbemühungen trat Ende der 1980er Jahre noch ein weiterer Ansatz: Die Unterstützung von Forschungen auf dem Gebiet der Neurorehabilitation. Zuerst nur langsam, dann mit größerer Dynamik nahmen hier die Anstrengungen der FDST zu. Sie standen in enger Verbindung mit den intensivierten Bemühungen um die Rehabilitation von Menschen mit Schädel-Hirn-Traumata (SHT). In diesem Kontext initiierte die Stiftung in Zusammenarbeit mit der IT-Firma Nixdorf ein computergestütztes Therapieverfahren für SHT-Patienten.<sup>16</sup> Für dieses Projekt stellte die Firma eine Doktorandin ein, die in Frohnau die Wirksamkeit des neuen Therapieverfahrens evaluierte.<sup>17</sup> Auch wenn das Projekt weitgehend folgenlos blieb, war es dennoch das erste Forschungsprojekt der FDST auf dem Gebiet der kognitiven Neurorehabilitation mit einem Fokus auf Outcome-Forschung. Diesen Faden nahm Wolfgang Schröder nach der Jahrtausendwende wieder auf und begann, die Stiftung verstärkt an die neurorehabilitative Forschung heranzuführen. Diese Entwicklung, die zugleich an die Entstehungsgeschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung anknüpfte, vollzog sich vor dem Hintergrund der zunehmenden Hinwendung zur Rehabilitation von Menschen mit



Prof. Dr. Dr. Paul Walter Schönle hält die Laudatio auf den Träger des Forschungspreises der Fürst Donnersmarck-Stiftung 2015, Prof. James F. Malec

erworbenen Hirnschädigungen. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg hin zu eigenständigen Forschungsaktivitäten war 2003 die Berufung von Prof. Dr. med. Dr. phil. Paul Walter Schönle in das Kuratorium der FDST. Schönle ist ein international renommierter Neurologe und war zu diesem Zeitpunkt der ärztliche Direktor des Neurologischen Rehabilitationszentrums der Universitätsklinik Magdeburg. Er wurde gleichzeitig mit dem promovierten Juristen Leo-Ferdinand Graf Henckel von Donnersmarck sowie der Professorin für Integrationspädagogik an der Freien Universität Berlin und exponierten Vertreterin des Behindertensports, Prof. Dr. Dr. Gudrun Doll-Teppler, berufen.<sup>18</sup> Mit Schönle hatten das Kuratorium und die Stiftung die wissenschaftliche Expertise, um sich künftig stärker in der Forschung zu engagieren. Er trieb die

Verwissenschaftlichung der FDST aus dem Kuratorium heraus voran und war auch an der Auslobung des Forschungspreises beteiligt.

Die Idee dafür war allerdings bereits 2002 in der Villa Donnersmarck formuliert worden. Dort entwickelten die Mitarbeiter mehrere „Visionen“ für die zukünftigen Arbeitsfelder des Bereichs Freizeit, Bildung, Beratung im Speziellen sowie der Stiftung im Allgemeinen. Darin regten sie die „Vergabe eines Forschungspreises zu wissenschaftlichen Arbeiten aus dem Themenkomplex der Fürst Donnersmarck-Stiftung“ im Abstand von drei Jahren an.<sup>19</sup> Lutz Schneider, seit 1998 leitender Arzt im Fürst Donnersmarck-Haus, und Wolfgang Schrödter nahmen diese Anregung auf und gründeten in enger Abstimmung mit Paul Walter Schönle eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Forschungspreises. Schönle wiederum war es, der schließlich diese Idee auf der Sitzung vom 19.11.2004 in das Kuratorium einbrachte.<sup>20</sup> Er schlug vor, zur „Profilierung der Stiftung einen Wissenschaftspreis für wissenschaftliche Arbeiten im Bereich der neurologischen Rehabilitation in Berlin auszuloben.“<sup>21</sup> Dies traf auf die Zustimmung der übrigen Kuratoriumsmitglieder. Deshalb beauftragten sie die Geschäftsführung damit, konzeptionelle Vorüberlegungen etwa im Hinblick auf die thematische Ausrichtung und die angemessene Dotierung des Preises anzustellen. Hierbei kristallisierte sich bald heraus, dass sich

ein Forschungspreis mit einem Schwerpunkt auf neurologischer Rehabilitation „deutlich“ von den bestehenden „Stiftungsangeboten abheben“ würde und „die Aufmerksamkeit auf dieses Forschungsgebiet und damit auch auf die Stiftung lenken“ könnte.<sup>22</sup> Die Höhe des Preisgeldes wurde auf 30.000 Euro festgesetzt, um mit dem Preis auch etablierte Wissenschaftler anzusprechen.<sup>23</sup> Er war damit zu diesem Zeitpunkt der höchstdotierte internationale Wissenschaftspreis für dieses Forschungsgebiet. Auf der Sitzung vom 18.11.2005 entschied sich das Kuratorium schließlich einstimmig für die Ausschreibung des Forschungspreises auf der Grundlage dieses Konzepts. Dies sollte erstmals im Jahr 2006 anlässlich des 90-jährigen Jubiläums der Stiftung geschehen.<sup>24</sup> Ebenfalls genehmigte es den Ausschreibungstext und damit die Jury des Preises, die sich aus renommierten Fachwissenschaftlern zusammensetzte. Mit Paul Walter Schönle sowie Dr. med. Guido Graf Henckel von Donnersmarck und dem späteren Mitglied, Prof. Dr. Karl Wegscheider, war das Kuratorium ebenfalls prominent in der Jury vertreten.<sup>25</sup> Schönle fungierte bei allen Preisverleihungen auch als Vorsitzender der Jury.

Die erste Hälfte des Jahres 2006 stand ganz im Zeichen der Werbung für den Forschungspreis. Die FDST schaltete Anzeigen in Fach- und Publikumstiteln, versandte die Ausschreibung an Universitäten, Forschungsinstitute, Verbände sowie Vereinigungen im In- und

Ausland. Darüber hinaus nutzte sie alle sich ihr bietenden Möglichkeiten, um den Preis persönlich zu präsentieren. Und das mit Erfolg: Als am 30.06.2006 die Einreichungsfrist für den Forschungspreis endete, waren 33 Arbeiten aus vier Ländern bei der Stiftung eingetroffen.<sup>26</sup> Die Arbeiten gaben damit – so Paul Walter Schönle – den „besten Überblick über den derzeitigen Forschungsstand der Neurorehabilitation weltweit.“<sup>27</sup> Die Verleihung des Preises fand am 24.11.2006 im Konzerthaus am Gendarmenmarkt in Berlin statt.<sup>28</sup> Die ersten Träger des Forschungspreises der Fürst Donnersmarck-Stiftung wurden der Greifswalder Professor für funktionelle Bildgebung, Martin Lotze, und die promovierte Magdeburger Neuropsychologin, Claudia Weiland. Lotze erhielt den Preis für seine Arbeit über Veränderungen der Gehirntätigkeit bei motorischem Lernen nach dem Ausfall von bestimmten Gehirnarealen; Weiland verglich in ihrer prämierten Arbeit die Wirksamkeit unterschiedlicher neuropsychologischer Therapieverfahren. Weiterhin erhielt Bruce H. Dobkin, Professor für Neurologie an der University of California Los Angeles, einen mit 10.000 Euro dotierten Sonderpreis für sein Lebenswerk.<sup>29</sup> Darüber hinaus wurden 2006 wie auch bei den folgenden Preisverleihungen mehrere weitere Einreichungen belobigt.

Die Verleihung des Forschungspreises erwies sich als gelungene Veranstaltung, die Aufmerksamkeit in der Fachwelt





sowie der allgemeinen Öffentlichkeit erregte.<sup>30</sup> Aus diesem Grund entschied sich das Kuratorium am 28.06.2008 dazu, den Forschungspreis im Jahr 2009 ein zweites Mal auszuschreiben.<sup>31</sup> Dieses Mal wurden insgesamt 23 Arbeiten aus vier Ländern eingereicht. Den Preis, der am 06.11.2009 in der Alten Kommandantur in der Straße Unter den Linden 1 verliehen wurde, teilten sich der Kölner Professor für Neurologie, Gereon Fink und die Tübinger

Professorin für Augenheilkunde, Susanne Trauzettel-Klosinski. Während Fink die Behandlung schlaganfallbedingter Funktionsausfälle durch transkranielle Magnet- oder Gleichstromstimulation erforschte, setzte sich Trauzettel-Klosinski mit der Post-Akuten Rehabilitation von Menschen mit Halbseitenblindheit durch erworbene Hirnschädigungen auseinander.<sup>32</sup> Mit der – trotz der etwas niedrigeren Zahl der Einreichungen – erfolgreichen Verleihung hatte sich der



Gruppenaufnahmen von den Verleihungen des Forschungspreises der Fürst Donnersmarck-Stiftung 2006–2015

Forschungspreis einerseits als Mittel „der Weiterentwicklung und Stärkung der Forschung zur Neurorehabilitation durch Hervorhebung der exzellenten gewürdigten Leistungen“ etabliert. Andererseits „positioniert er die Stiftung und ihr eigenes Angebot zur Neurorehabilitation erfolgreich in einem wissenschaftlichen Umfeld.“<sup>33</sup> Folgerichtig wurde 2012 der Forschungspreis ein drittes Mal ausgeschrieben. Mit insgesamt 37 eingereichten Arbeiten – darunter eine Einreichung aus Bangkok – erzielte die Ausschreibung die bis zu diesem Zeitpunkt größte Resonanz ihrer Geschichte.<sup>34</sup> Als hierfür am 16.11.2012 die festliche Preisverleihung in der Alten Kommandantur stattfand, konnte sich PD Dr. Stefanie Abel über den erstmals ungeteilten Forschungspreis freuen. In ihrer prämierten Habilitationsschrift beschäftigte sie sich mit Wortverarbeitungsstörungen nach erworbenen Hirnschädigungen. Die interdisziplinäre Arbeit zeigt die Wirksamkeit logopädischer Behandlungen und damit die Effektivität von Sprachtherapie selbst nach schweren Verletzungen, die durch eine Reorganisation des Gehirns ermöglicht wird. Einen mit 15.000 Euro dotierten Sonderpreis erhielt Niels Birbaumer von der Universität Tübingen, wo er eine Professur für medizinische Psychologie und Verhaltensneurobiologie innehat. Er wurde für sein Lebenswerk, insbesondere für sein Engagement für internationale und interdisziplinäre Kooperationen, ausgezeichnet.<sup>35</sup>

Zuletzt wurde der Forschungspreis im Jahr 2015 verliehen. Eine Neuerung im Vergleich zu den früheren Ausschreibungen bestand darin, dass die Jury zusätzlich zu dem mit 30.000 Euro dotierten Forschungspreis fünf Belobigungen aussprechen konnte, die jeweils mit 3.000 Euro ausgestattet waren.<sup>36</sup> 59 wissenschaftliche Einreichungen aus 13 Ländern und vier Kontinenten sind nicht nur ein eindruckliches Zeichen für eine professionalisierte Öffentlichkeitsarbeit. Sie unterstreichen vor allem, dass der Forschungspreis inzwischen in der internationalen Forschungsgemeinschaft akzeptiert und geschätzt wird.<sup>37</sup> Die Preisverleihung fand am 20.11.2015 erstmalig im neuen Therapiegebäude des P.A.N. Zentrums in Berlin-Frohnau statt. Dort begrüßte der Juryvorsitzende Paul Walter Schönle die Preisträger Prof. Dr. med. Stefan Knecht von der St. Mauritius Therapiekl. in Meerbusch sowie der Universität Düsseldorf und Prof. James F. Malec von der Indiana University School of Medicine, die sich den Preis teilten. Knechts Forschungen wiesen die Potentiale neurologischer Rehabilitationsmaßnahmen bei älteren Menschen mit erworbenen Hirnschädigungen nach. Malec konnte gemeinsam mit seinem Partner Jacob Kean dagegen auf einer breiten statistischen Grundlage die Langzeiteffekte post-akuter Neurorehabilitation darstellen. Die fünf Belobigungen erhielten Prof. Dr. Georg Kerkhoff, Dr. Christian Schlenstedt, Heidrun Pickenbrock, Dr.

med. Wolfgang Deppe und Dr. Donatella Mattia für ihre Einreichungen.<sup>38</sup> Die auszuzeichnenden Arbeiten sollten sich bei allen Preisverleihungen zwar auf nach-klinische Langzeitrehabilitation fokussieren; das Interesse der FDST und der Jury liegt aber vor allem an interdisziplinären Untersuchungen sowie an „wissenschaftlichen Wirksamkeits- und Effizienznachweisen (Outcome-Forschung), wie sie in der Praxis, insbesondere von Rehabilitationsanbietern, Kostenträgern und politischen Institutionen, benötigt werden (sozialökonomische Effekte).“<sup>39</sup> Dadurch stammen die eingereichten Arbeiten aus sehr unterschiedlichen disziplinären Kontexten und bilden verschiedene wissenschaftliche Zugänge zum Thema Neurorehabilitation ab. Gerade diese Multiperspektivität des Forschungspreises ist einer seiner großen Vorzüge. Die Entscheidung für seine Auslobung erwies sich damit als richtig. Durch ihn konnte sich die FDST nicht nur deutlicher als bisher im Bereich der neurorehabilitativen Forschung positionieren, sondern auch wichtige Kontakte zu ausgewiesenen Experten der neurologischen Rehabilitationswissenschaft knüpfen.

Diese waren gerade für das zweite forschungsrelevante Projekt der Stiftung von Bedeutung – dem Forschungssymposium. Die Idee entstand im Kontext der zweiten Forschungspreisverleihung 2009. Aufgrund des hohen Niveaus der eingereichten Arbeiten hielt es die Jury

für wünschenswert, einen intensiveren Austausch zwischen ihr und den Preisträgern zu organisieren. Dieser sollte zeitlich und inhaltlich über das Maß hinausgehen, das im Rahmen einer festlichen Preisverleihung möglich war. Die FDST nahm diese Anregung gerne auf und veranstaltete am 15. und 16. September 2011 das erste Forschungssymposium der Stiftung.<sup>40</sup> Hier hatten alle Preisträger, die Belobigten und die Jury die Möglichkeit, sich „über ihre aktuellen Forschungsprojekte zur neurologischen Rehabilitation“ auszutauschen.<sup>41</sup> Ein Großteil der Forschenden folgte der Einladung Wolfgang Schrödters; insbesondere ihr interdisziplinärer und multiprofessioneller Hintergrund sorgte dafür, dass das Forschungssymposium von der Mehrheit der Teilnehmer als bereichernd empfunden wurde. Deswegen entschied sich die Stiftung nach der Forschungspreisverleihung 2012 dazu, ein zweites Symposium durchzuführen. Es fand am 04. und 05.09.2014 statt; im Gegensatz zur vorherigen Veranstaltung gelang es der FDST jedoch, weitere Gastredner für das Symposium zu gewinnen. So eröffnete Prof. Theo Mulder, wissenschaftlicher Direktor der Königlichen Niederländischen Akademie der Wissenschaften, das Symposium mit einem Vortrag über aktuelle Forschungstendenzen in der Neurorehabilitation. Außerdem sensibilisierte Swantje Köbsell, Professorin für Disability Studies an der Alice Salomon Hochschule Berlin, die Teilnehmer für

die Bedeutung der Disability Studies in der Neurorehabilitation.<sup>42</sup> Sowohl 2011 als auch 2014 widmeten sich die Teilnehmer des Forschungssymposiums intensiv der Zukunft der Begleitforschung im P.A.N. Zentrum der Fürst Donnersmarck-Stiftung und gaben damit Impulse für die konkrete Arbeit der Stiftung.<sup>43</sup> Darüber hinaus dienten die Symposien immer auch als Vorbereitungstreffen für die Ausschreibung des kommenden Forschungspreises.

Für die operative Tätigkeit der FDST spielt gerade die Frage der Outcome- und Begleitforschung eine herausgehobene Rolle. Dies zeigt sich insbesondere in der Begleitforschung zum Stiftungsprojekt „Wohnen mit Intensivbetreuung“ (WmI) für Menschen mit erheblichem

Pflegebedarf.<sup>44</sup> Dabei handelte es sich um ein groß angelegtes Forschungsprojekt, das die Stiftung in Kooperation mit Karin Wolf-Ostermann, Professorin an der Alice Salomon Hochschule, durchführte. Der Anlass war der Umzug von 34 erheblich pflegebedürftigen Menschen aus dem stationären Wohnbereich im FDH in eigene Wohnappartements mit Intensivbetreuung in Pankow und Tempelhof. Dieser Umzug, der einen wesentlichen „Schritt in Richtung Normalisierung und Partizipation im gesellschaftlichen Kontext“ darstellte, wurde von Wolf-Ostermann und ihrer Forschergruppe wissenschaftlich begleitet.<sup>45</sup> Im Zentrum des Forschungsprojektes, das im Wesentlichen auf mehreren qualitativ wie quantitativ ausgewerteten



Die wissenschaftliche Begleitung der Rehabilitationsarbeit der Stiftung gewinnt zunehmend an Bedeutung und wird in Zukunft eine wichtige Zielrichtung für die Weiterentwicklung der Stiftungsarbeit sein.

Interviews beruhte und von einem neu gegründeten Forschungsbeirat begleitet wurde, stand die Frage nach den positiven oder negativen „Veränderungen bei den betreffenden Bewohnern im Hinblick auf gesundheitliche und (psycho-)soziale Faktoren durch die neuen Wohn- und Lebensbedingungen [...]“. <sup>46</sup> Aufgrund der Anlage der Studie und der erhobenen Daten konnte zwar die „grundsätzliche Überlegenheit des WmI gegenüber anderen Versorgungsformen“ nicht wissenschaftlich valide nachgewiesen werden – auch weil der Untersuchungszeitraum für eine Aussage über die Langzeitwirksamkeit des Wohnortwechsels nicht ausreicht. <sup>47</sup> Im Hinblick auf bestimmte Teilkriterien wie etwa der Qualität und Quantität der Alltagsaktivitäten der Befragten konnte die Studie allerdings signifikante Verbesserungen nachweisen. <sup>48</sup> Die Ergebnisse der Untersuchungen wurden sowohl in einem Supplement der Zeitschrift „Die Rehabilitation“ als auch in einem Artikel in der Zeitschrift Neurologie & Rehabilitation veröffentlicht und damit der Fachwelt zur Verfügung gestellt. <sup>49</sup>

Der in ihrer Verfassung angelegte Forschungsauftrag, so lässt sich resümieren, erhält ungefähr seit der Jahrtausendwende eine gestiegene Aufmerksamkeit seitens der FDST. Konnte Forschung nach der Gründung der Fürst Donnersmarck-Stiftung zunächst nur sporadisch und mit einer sehr begrenzten Reichweite betrieben werden, wird sie nun auf mehreren Ebenen gefördert. Mit der Auslobung des Forschungspreises und dem Forschungssymposium wirkt die Stiftung in aktuelle neurowissenschaftliche Debatten hinein und lenkt mit ihren Aktivitäten die öffentliche Aufmerksamkeit auf ein wenig beachtetes Forschungsfeld; mit der Forschung im WmI lässt sie ihre eigene operative Tätigkeit wissenschaftlich begleiten und evaluieren. Künftig wird sich die FDST noch stärker für Forschung und Wissenschaft engagieren – immer mit einem Schwerpunkt auf der Verbindung von Forschung und Praxis: „Die wissenschaftliche Begleitung der Rehabilitationsarbeit der Stiftung gewinnt zunehmend an Bedeutung und wird in Zukunft eine wichtige Zielrichtung für die Weiterentwicklung der Stiftungsarbeit sein.“ <sup>50</sup> Eine herausgehobene Rolle darin wird auch das P.A.N. Zentrum spielen, deren Methoden und Therapien nicht nur permanent wissenschaftlich evaluiert werden sollen. Es wird darüber hinaus auch Räume für Kooperationen mit universitären wie außeruniversitären Forschungseinrichtungen beinhalten. <sup>51</sup> Einzelne Kooperationsprojekte mit der Charité in Berlin,

der Universität Potsdam und der Alice Salomon Hochschule Berlin wurden bereits durchgeführt. Hier bietet sich

in Zukunft noch viel Raum für weitere Entwicklungen.

- 1 Verfassung der Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut vom 08.05.1916. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN Nr. 5, unpaginiert.
- 2 Vgl. dazu Kapitel I.
- 3 Zu diesen Kooperationsüberlegungen vgl. auch Aktenvermerk von Adolf von Harnack vom 09.05.1916. Archiv der Max-Planck-Gesellschaft I. Abt., Rep. 1A Nr. 2988-5, Bl. 37-42.
- 4 Vgl. u. a. Berg: Bemerkungen zur sozialen Entwicklung unseres weiblichen Krankenpflegewesens, S. 506-509; Ders.: Bemerkungen zur sozialen Entwicklung unseres weiblichen Krankenpflegewesens, S. 539-543; Ders.: Lebens- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Krankenschwestern, S. 569-575; Ders.: Vorschläge zur Regelung der Schwesternarbeit, S. 297-299.
- 5 Vgl. o. V.: Vereinslazarett Frouhau, S. 48-50.
- 6 Schjerner, Otto von: Einleitung, in: Payr, Erwin; Franz, Carl (Hrsg.): Handbuch der ärztlichen Erfahrungen im Weltkriege 1914/1918. Bd. 1 Chirurgie, Leipzig 1922, S. V-XX, hier S. XV.
- 7 Vgl. Joppich: Otto von Schjerner, S. 115.
- 8 Vgl. Archiv des Donnersmarck-Institut: Vertrauen gegen Vertrauen!, in: WIR. Die Donnersmärcker. Nachbarschaftsgruppen der Schwerversehrten (1955) 8, o. S.
- 9 Vgl. u. a. Neukirchen, Paul: Nachbarschaftsgruppen für Schwerbeschädigte, in: Der Schwerbeschädigte. Rundbrief der Arbeitsgemeinschaft „Lebensschau der Schwerbeschädigten“ 2 (1955) 7, S. 27; Ders.: Gruppenarbeit mit Schwerversehrten. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung Schä-173, unpaginiert; Ders.: Die Nachbarschaftsgruppen der Schwerversehrten. Vortrag von Paul Neukirchen in der Berliner Arbeitsgemeinschaft am 24.02.1955, in: Verband Deutscher Nachbarschaftsheim e. V. Berliner Arbeitsgemeinschaft Rundbrief Nr. 5 vom 01.11.1955, S. 5-6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-83, unpaginiert.
- 10 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 27.01.1955, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
- 11 Schreiben Wohlfahrt an Neukirchen vom 17.08.1955. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-208, unpaginiert.
- 12 Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1998, S. 48-49. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung Bli-4.
- 13 Das eingereichte Exposé ist abgedruckt in: Bald, Karl; Golka, Thomas; Wenk, René: Internet und Handicap – Empowerment im Netz. 2. Auflage, Berlin 1998, S. 29-32. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-304, unpaginiert.
- 14 Vgl. Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1999, S. 9-10. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung Bli-4.
- 15 Vgl. Bald, Karl; Golka, Thomas; Walter, Hiltrud: (Un) Behindert im Netz. Angebotsscreening zum Thema „Behinderung“. Webrecherche von 50 Internetauftritten, Berlin 2000.
- 16 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 28.04.1988, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-117, unpaginiert.
- 17 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 15.09.1988, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-117, unpaginiert.
- 18 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 20.06.2003, S. 3-4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-520, unpaginiert.
- 19 Schreiben Kühnen-Hurlin an Schrödter vom 13.06.2002, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-495, unpaginiert.
- 20 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 19.11.2004, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-522, unpaginiert.
- 21 Ebd., S. 7.
- 22 Schreiben Marilen Macher an Schrödter vom 07.10.2005. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-527, unpaginiert.
- 23 Vgl. Protokoll VWA vom 21.10.2005, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-527, unpaginiert.
- 24 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 18.11.2005, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-527, unpaginiert.
- 25 Karl Wegscheider wurde am 25.10.2010 gemeinsam mit Dagmar Ziegler und Dr. Friedrich-Wilhelm Günther von Hesler ins Kuratorium der FDST gewählt. Er hatte aber schon früher bei unterschiedlichen Projekten



- intensiv mit ihr zusammengearbeitet. Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 25.10.2010, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-630, unpaginiert.
- 26 Vgl. Müller, Maren: Das Gesetz der 14 Tage. Zwischenstand Forschungspreis, in: Der DonnersTag Nr. 28 vom 07.09.2006, S. 2.
- 27 Schönle, Paul Walter: Einführung, in: Fürst Donnersmarck-Stiftung (Hrsg.): Dokumentation. Forschungspreis der Fürst Donnersmarck-Stiftung. Neues Denken – Leben stärken, Berlin [2007], S. 20-21, hier S. 20.
- 28 Vgl. Bussenius, Sean: 1. Forschungspreis übergeben. Festveranstaltung im Konzerthaus Berlin, in: Der DonnersTag Nr. 29 vom 21.12.2006, S. 1.
- 29 Vgl. dazu Fürst Donnersmarck-Stiftung (Hrsg.): Dokumentation. Forschungspreis der Fürst Donnersmarck-Stiftung. Neues Denken – Leben stärken.
- 30 Vgl. bspw. o. V.: Wegweisende Projekte in der Rehabilitation, in: Die Zeit vom 14.12.2006. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-504, unpaginiert; PM: Neurologische Rehabilitation mit Praxisbezug, in: Sozialrecht + Praxis. Fachzeitschrift für Sozialpolitiker und Schwerbehindertenvertreter 17 (2007) 1, S. 28.
- 31 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 28.06.2008, S. 8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-540, unpaginiert.
- 32 Vgl. Golka, Thomas: Wissenschaft und Praxis verknüpfen. Forschungspreis 2009 der Fürst Donnersmarck-Stiftung verliehen, in: Der DonnersTag Nr. 41 vom 17.12.2009, S. 1.
- 33 Jahresbericht FDST 2009, S. 14. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-426.
- 34 Vgl. Jahresbericht FDST 2012, S. 16. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-736.
- 35 Vgl. Rebenstorf, Ursula: Das Gehirn als Grundlage der Therapieplanung. Forschungspreis 2012 an Aacheener Wissenschaftlerin verliehen, in: Der DonnersTag Nr. 53 vom 13.12.2012, S. 1.
- 36 Vgl. Ausschreibung für den Forschungspreis der Fürst Donnersmarck-Stiftung 2015. Online unter: [http://www.fdst.de/w/files/tp-2015/forschungspreis\\_2015\\_fdst\\_ausschreibung.pdf](http://www.fdst.de/w/files/tp-2015/forschungspreis_2015_fdst_ausschreibung.pdf). [Letzter Zugriff am 23.03.2016]
- 37 Vgl. Golka, Thomas: Einreichungen aus vier Kontinenten, in: Der DonnersTag Nr. 64 vom 01.10.2015, S. 1.
- 38 Vgl. Pressemitteilung Forschungspreis 2015 vergeben. Online unter: <http://www.fdst.de/aktuellesundpresse/aktuell/2015/forschungspreis-2015-vergeben>. [Letzter Zugriff am 23.03.2016]
- 39 Ausschreibung für den Forschungspreis der Fürst Donnersmarck-Stiftung 2015. Online unter: [http://www.fdst.de/w/files/tp-2015/forschungspreis\\_2015\\_fdst\\_ausschreibung.pdf](http://www.fdst.de/w/files/tp-2015/forschungspreis_2015_fdst_ausschreibung.pdf). [Letzter Zugriff am 23.03.2016]
- 40 Vgl. Schreiben Schrödtter an die Teilnehmer des Forschungssymposiums vom 16.03.2011. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-735, unpaginiert.
- 41 Jahresbericht FDST 2011, S. 16. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-426.
- 42 Vgl. zum Forschungssymposium 2014 Golka, Thomas: Die Stiftung, die Forschung und die Neuro-Reha, in: Der DonnersTag Nr. 60 vom 09.10.2014, S. 1.
- 43 Vgl. Jahresbericht FDH 2014, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-141.
- 44 Zum P.A.N. Zentrum und dem Wml vgl. Kapitel V.
- 45 Wolf-Ostermann, Karin u. a.: Modellprojekt „Wohnen mit Intensivbetreuung (Wml)“: Die wissenschaftliche Evaluation, in: Die Rehabilitation. Zeitschrift für Praxis und Forschung in der Rehabilitation 53 (2014) S1, S. 4-43, hier S. 7.
- 46 Ebd., S. 7.
- 47 Ebd., S. 41.
- 48 Vgl. Ebd., S. 42.
- 49 Vgl. dazu Die Rehabilitation. Zeitschrift für Praxis und Forschung in der Rehabilitation 53 (2014) S1; Wolf-Ostermann, Karin u. a.: Vom stationären Dauernwohnen zum Wohnen mit ambulanter Intensivbetreuung – Erste Ergebnisse eines Pilotprojektes der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin für Menschen mit schweren Behinderungen, in: Neurologie & Rehabilitation (2013) 3, S. 183-192.
- 50 Jahresbericht FDST 2013, S. 30. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-736. Vgl. dazu auch Golka, Thomas: Mit großen Projekten in das neue Jahr. Interview mit Geschäftsführer Wolfgang Schrödtter, in: Der DonnersTag Nr. 57 vom 12.12.2013, S. 3.
- 51 Vgl. u. a. RE: Mit dem Blick in die Zukunft, in: Der Nordberliner vom 04.09.2014, S. 4.



## IV.

### ZEITEN DER WEICHENSTELLUNG. 1989–1997

Zu ihrem 75-jährigen Jubiläum im Jahr 1991 beging die Fürst Donnersmarck-Stiftung ein großes Fest. Seit 1989 bereitete sich die Organisation auf dieses Datum vor. Ein neues Logo wurde entworfen, Giesela Neukirchen-Diem und Monika Markowitz erarbeiteten ein Konzept für das Jubiläumsjahr und das Kuratorium entschied sich, eine bereits früher erschienene Selbstdarstellung der Stiftung neu aufzulegen.<sup>1</sup> Darüber hinaus verfassten die beiden Historiker Thomas Golka und Horst Wieder die erste umfassende Darstellung der Geschichte der FDST, womit sie den Grundstein für das heutige Stiftungsarchiv legten.<sup>2</sup> Im Zentrum des Jubiläumsjahrs stand eine Großveranstaltung im Berliner ICC am 02.10.1991. Dort fand zunächst ein Festakt mit wissenschaftlichem Fachsymposium statt, dem sich im Palais am Funkturm ein Ball für Mitarbeiter, Klienten und Freunde der Stiftung anschloss.<sup>3</sup> Das Symposium versammelte unter dem Titel „Schlechte Wegstrecke. Behinderung als Alltag“ insgesamt 19 Workshops und Vorträge zu zahlreichen Themen.<sup>4</sup> Zudem gab die dort gezeigte Ausstellung „Jeder ist ein Teil des Ganzen“ einen Einblick in die Geschichte und Arbeit der Stiftung.<sup>5</sup>

Die FDST blickte in diesem Jahr allerdings nicht nur zurück. Sie nutzte den Anlass ebenso für einen Blick nach vorne. Am 15.10.1991 zog die Verwaltung von der Hagenstraße 23 in den Dalandweg 19, wo sie künftig ein barrierefrei gestaltetes Dachgeschoss für sich beanspruchen konnte.<sup>6</sup> Schon im August desselben Jahres fand in der Schädestraße auf Einladung der Geschäftsführung eine Zukunftswerkstatt zum Thema „Stiftung 2000“ statt.<sup>7</sup> An dieser nahmen Mitarbeiter aus

allen Bereichen sowie Vertreter der Berliner Behindertenbewegung teil, um gemeinsam Visionen für eine „zeitgemäße, bedarfsorientierte und qualifizierte Behindertenarbeit“ zu entwickeln.<sup>8</sup> Aus der Rückschau wird deutlich, dass auf diesem Workshop



zahlreiche Zukunftsaufgaben der Stiftung aufgegriffen und zum Teil erstmals in einem größeren Rahmen diskutiert wurden. Egal ob es sich um die fortgesetzte Ambulantisierung des FDHs, die Einrichtung einer zentralen Öffentlichkeitsarbeit für die Gesamtstiftung, die Initiierung eines Organisationsentwicklungsprozesses oder die Gründung eines weiteren Hotels handelte – alle diese Themen finden sich bereits im Protokoll der Zukunftswerkstatt wieder.<sup>9</sup>

In vielfacher Hinsicht sind die Jahre von 1989 bis 1997 in der Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung eine Phase des Übergangs und der Weichenstellung. Ekkehard Reichel, der 1971 die Geschäftsführung der Stiftung übernommen hatte, war es gelungen, ihr wirtschaftliches Fundament zu festigen und dadurch auszubauen. Gleichzeitig differenzierte sich die Organisation inhaltlich aus. Es entstanden in dieser Zeit die drei Bereiche Rehabilitation, Touristik sowie Freizeit, Bildung, Beratung mit ihren vielfältigen Angeboten, die bis heute das Gesicht der Stiftung prägen. Damit einher ging ein beträchtliches Wachstum der Organisation, die 1995 erstmals über 500 Mitarbeiter zählte.<sup>10</sup> Nachdem Reichel im Oktober 1997 in den Ruhestand gegangen war, übernahm ab dem 01.10.1997 Wolfgang Schrödter die Leitung der Fürst Donnersmarck-Stiftung und führte diese ins neue Jahrtausend. Mit ihm als Geschäftsführer wurden lang anhaltende Entwicklungen konsequent vorangetrieben und innerhalb der Organisation in eine institutionelle Form gebracht. Die 1990er Jahre waren eine Phase, in der teilweise weit zurückreichende Tendenzen aufgenommen und in neue Aufgabenbereiche der FDST umgesetzt wurden.

Die 1990er Jahre waren eine Phase, in der teilweise weit zurückreichende Tendenzen aufgenommen und in neue Aufgabenbereiche der FDST umgesetzt wurden.

Gleichzeitig stand in der Stiftung durch Reichels Ausscheiden nach über 25 Jahren Kontinuität ein Generationenwechsel nicht nur in der Geschäftsführung, sondern ebenfalls auf zahlreichen weiteren Leitungspositionen an. Giesela Neukirchen-Diem hatte bereits 1991 altersbedingt ihre Tätigkeit für die Stiftung beendet und war von der Sozialpädagogin Friedhild Mory beerbt worden. Ende der 1990er Jahre und Anfang des neuen Jahrtausends folgten ihr und Reichel noch weitere leitende Mitarbeiter wie Jürgen Kintzel, Manfred Richter oder der Leiter der Personalabteilung, Hans-Joachim Hoffmann. Der Festakt anlässlich des 75-jährigen Bestehens der FDST war deswegen in gewisser Hinsicht das vorgezogene Abschiedsfest einer Mitarbeitergeneration, die im Laufe von zwei Jahrzehnten gemeinsam mit der Stiftung gewachsen war. Dies hatte zur Folge, dass die Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen innerhalb der Stiftung neu geordnet werden mussten – mit



Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der FDS GmbH Guidotto Fürst von Donnersmarck (Mitte) und alle Geschäftsführer in der Geschichte der FDS GmbH (v.l.n.r.) Ekkehard Reichel, Nadine Schleheuser, Jürgen Kintzel und Wolfgang Schrödter

entsprechenden Auswirkungen auf die Organisation und das Verhältnis zwischen der Leitungsebene und der Mitarbeiterschaft.

Erschwert wurde dieser Umstrukturierungsprozess durch die grundlegenden Veränderungen in der deutschen Sozialpolitik. Nach dem Fall der Mauer stand die Politik vor der Aufgabe, zwei unterschiedliche Sozialsysteme miteinander zu harmonisieren. Dies bedeutete in einem ersten Schritt die Einführung des bundesrepublikanischen gegliederten Sozialsystems in den neuen Bundesländern. Anschließend mussten die stationären Rehabilitationseinrichtungen, die in der DDR nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatten, saniert und modernisiert werden. Das ambulante Nachsorgesystem der DDR galt dagegen als erhaltungswürdig, zumal die BRD auf diesem Gebiet selbst offensichtliche Defizite hatte.<sup>11</sup> Aufgrund dieser aufwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen „war die Politik der finanziellen Konsolidierung der vorangegangenen Politikphase in der Bundesrepublik vorübergehend in den Hintergrund getreten, wenngleich Fragen der Finanzierung durchgängig Thema blieben.“<sup>12</sup> Die Ausgaben für medizinische und berufliche Rehabilitationsmaßnahmen erreichten nach harten Einschnitten Mitte der 1980er

Jahre 1991 wieder das Niveau von 1981.<sup>13</sup> Doch schon kurz nach der politischen Wiedervereinigung kamen die strukturellen Probleme des deutschen Sozialstaates erneut auf die Agenda. Anfang der 1990er Jahre zeigte sich, dass diese Probleme im Vergleich zur Situation Mitte der 1970er Jahre eher schwerwiegender geworden waren. Denn in der Zwischenzeit waren die Flexibilisierung der Lebens- und Familienverhältnisse und der sie begleitende demographische Wandel sowie die Veränderung des Arbeitsmarktes, auf dem Normalarbeitsverhältnisse in immer stärkerem Maße durch periodische, diskontinuierliche Arbeitsverhältnisse wie Projektanstellungen oder Zeitarbeit abgelöst wurden, noch weiter vorangeschritten. Dadurch griffen die auf Normalerwerbsbiographien und eine traditionelle Familienstruktur ausgerichteten sozialstaatlichen Versicherungsstrukturen nicht mehr. Der Sozialstaat kam an die Grenzen seiner Finanzierbarkeit. Das traf ebenfalls für das Gesundheitssystem zu, welches durch die Preissteigerungen für medizinische Leistungen, die Alterung der deutschen Bevölkerung, aber auch dem sukzessiven Verschwinden der „Hausfrau“ als kostenneutrale Erbringerin von Pflegeleistungen zu einem gewichtigen Kostenfaktor im Bundeshaushalt geworden war.<sup>14</sup> So machten 1986 die Ausgaben für Gesundheitsleistungen bei steigender Tendenz bereits 33,1 % des gesamten Sozialbudgets des Bundes aus.<sup>15</sup>

Das führte zu verstärkten Kostendämpfungsmaßnahmen seitens der Sozialpolitik, von denen die Träger der Rehabilitations- und Behindertenpolitik nicht verschont blieben. Insbesondere das Gesundheitsstrukturgesetz von 1992 und die Einführung der Pflegeversicherung als fünfte Säule der Sozialversicherung im Jahr 1994, markierten hier einen Wendepunkt.<sup>16</sup> Sie bedeuteten den „Übergang vom Bedarfs- zum Budgetprinzip“ und damit den Paradigmenwechsel zu einer gedeckelten Ausgabenpolitik.<sup>17</sup> Die deutsche Rehabilitations- und Behindertenpolitik geriet mit dieser Neuausrichtung in eine seit spätestens Mitte der 1980er Jahre beobachtbare Asymmetrie: Wurden auf der einen Seite die Rechte von Menschen mit Behinderung auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben fortwährend gestärkt und schließlich 1994 ein Benachteiligungsverbot aufgrund von Behinderung in den Artikel 3 des Grundgesetzes aufgenommen, wirkten sich auf der anderen Seite gerade die zunehmend restriktiven Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand nachteilig auf die Umsetzung dieses Anspruchs aus.<sup>18</sup> Die Träger sozialer Dienstleistungen wie die FDST sahen sich zunehmend in einem Spannungsverhältnis zwischen dem Primat der Wirtschaftlichkeit und dem eigenen sozialen Anspruch.<sup>19</sup> In der Fürst Donnersmarck-Stiftung traf dies vor allem auf das FDH zu, da sich das Gästehaus Bad Bevensen schon seit 1982 durch die Aufnahme von Selbstzahlern finanzieren musste. In Frohnau machten sich daher die Veränderungen der deutschen Sozialpolitik am stärksten bemerkbar.

## IV.1 DIE ENTWICKLUNG DES FÜRST DONNERSMARCK-HAUSES IN DEN 1990ER JAHREN

Als stationäre Rehabilitationseinrichtung war das FDH in besonderem Maße von den Sparanstrengungen der öffentlichen Hand betroffen. Zwar stiegen die Pflegesätze für die Einrichtung seit der Übernahme des Hauses kontinuierlich an, doch waren sie schon seit Anfang der 1970er Jahre nicht mehr kostendeckend.<sup>20</sup> Davon unabhängig sah sich die Geschäftsführung mit einem weiteren Problem konfrontiert. Bis zur Einführung der Pflegeversicherung beruhte die Finanzierung der Frohnauer Einrichtung auf dem System der kostendeckenden Pflegesätze. In Berlin gründete sich dieses System auf der 1975 zwischen dem Land und der Liga der freien Wohlfahrtspflege abgeschlossenen Heimpflegevereinbarung. Sie sah vor, dass sich die Pflegesätze mit Hilfe eines zwischen dem jeweiligen Träger und der zuständigen Senatsverwaltung abgestimmten Betreuungs- und Rehabilitationskonzepts sowie einem sich daraus ergebenden Rahmenstellenplan errechnete, aus dem die personelle Ausstattung der Einrichtung hervorging. Da die Personalkosten immer den weitaus größten Anteil der Ausgaben einer Einrichtung ausmachten, war der Rahmenstellenplan das wichtigste Instrument zur Kostenkontrolle. Auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der Pflegesätze aus dem Vorjahr erhielt das FDH für die Finanzierung seiner Arbeit einen Vorschuss vom Land Berlin. Durch die Preissteigerungen reichte dieser Vorschuss aber meistens nicht aus, um die tatsächlichen Kosten des Rehabilitationszentrums zu decken. Deswegen war am Ende jedes Rechnungsjahres ein Gewinn- und Verlustausgleich vorgesehen, durch den die Verluste des Trägers nachgezahlt oder eventuelle Überzahlungen an das Land Berlin zurückgeführt wurden. Dieser Gewinn- und Verlustausgleich, das heißt die Festlegung endgültiger kostendeckender Pflegesätze, wurde aber seit dem Ende der 1970er Jahre nicht mehr durchgeführt. 1981 war das letzte Mal – trotz permanent steigender Kosten – ein endgültiger Pflegesatz für die Jahre 1974 bis 1978 festgesetzt worden.<sup>21</sup> Seit 1979 blieb der Gewinn- und Verlustausgleich zwischen dem Land und der FDST sowie anderen Trägern aus. Auch die Rahmenstellenpläne des FDH wurden bis in die Mitte der 1990er Jahre nicht mehr anerkannt. Das FDH schrieb dadurch dauerhaft Verluste, die die FDST ausglich. Erst im Sommer 1989 kam es – nachdem die Stiftung sowie andere Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege wiederholt auf diese Problematik hingewiesen hatten – zu ernsthaften Verhandlungen über die nachträgliche Festsetzung endgültiger Pflegesätze.<sup>22</sup> Es dauerte allerdings noch sechs Jahre, bis diese Verhandlungen zum Abschluss kamen. Bis dahin hatten sich die Nachforderungen der Stiftung für den Zeitraum von 1979 bis 1991 auf 6.711.702 DM ohne Zinsen summiert.<sup>23</sup> Die offizielle Anerkennungen und

Festlegungen der endgültigen Pflegesätze für das Kinderheim, das Jugend- und Erwachsenenheim sowie die beiden WGs in der Blissestraße und der Berliner Straße erreichten die Stiftung im August 1995.<sup>24</sup> Damit war eine „endlose Geschichte“ doch noch zu einem Abschluss gekommen.<sup>25</sup>

Dies bedeutete aber keine dauerhafte Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Frohnauer Einrichtung. Die Verhandlungen über die „Altlastenproblematik“ waren von den Auswirkungen der zunehmenden Sparanstrengungen Berlins überschattet, das im Zuge der Wiedervereinigung seine vormalige wirtschaftliche Sonderstellung verloren hatte. Diese hatte ihm zuvor eine relativ großzügige Ausstattung seiner sozialen Einrichtungen gestattet, musste nun aber sukzessive an das Niveau der Bundesrepublik angepasst werden. In diesem Kontext kündigte das Land im Frühjahr 1991 die seit dem 26.07.1975 bestehende Heimpflegevereinbarung mit Wirkung zum 31.12.1991 und stellte damit das über mehrere Jahrzehnte praktizierte System der kostendeckenden Pflegesätze zur Disposition.<sup>26</sup> Die Verhandlungen über die neue Heimpflegevereinbarung, deren positive Nebenwirkung zumindest die zügige Festsetzung endgültiger Pflegesätze für die Jahre seit 1992 war, überschritten sich mit den bundespolitischen Schritten zur Einführung der Pflegeversicherung und wurden von ihr schließlich überholt. In deren Folge wurde das bisherige „Selbstkostendeckungsprinzip“ von prospektiven (d. h. im Voraus entrichteten) Entgelten auf der Basis des § 93 BSHG abgelöst und gleichzeitig auf einen nachträglichen Gewinn- und Verlustausgleich verzichtet.<sup>27</sup> Die neue Pflegeversicherung richtete sich nach festen Pflegesätzen, mit denen die Leistungserbringer selbstständig wirtschaften mussten. Die Einrichtungen sollten damit zu einer ökonomischeren Betriebsführung angehalten werden. Gleichzeitig entstand dadurch ein Markt für Gesundheits- und Pflegeleistungen, auf dem Einrichtungen mit einem vergleichbaren Angebotsprofil miteinander um die Aufnahme neuer Bewohner konkurrierten. Darüber hinaus wurden mit der Einführung der Pflegeversicherung die prospektiven Pflegesätze nicht mehr grundsätzlich fortgeschrieben, sondern mehrfach gekürzt.<sup>28</sup> Zudem sahen sich die Einrichtungen künftig mehreren Leistungsträgern gegenüber, da in die neu mit dem Land Berlin zu vereinbarenden Entgelte keine Leistungen aufgenommen werden durften, zu deren Übernahme andere Leistungsträger wie etwa Krankenkassen verpflichtet waren.<sup>29</sup> Deswegen konnten seit 1994 medizinische Leistungen, die im FDH erbracht wurden, nicht mehr wie früher über die Eingliederungshilfe finanziert werden, sondern mussten direkt mit den Krankenkassen abgerechnet werden.<sup>30</sup> Erhielt das FDH in den 1970er und 1980er Jahren von der Senatsverwaltung für Jugend und Familie pauschal einen kostendeckenden Pflegesatz, mit dem alle Leistungen abgegolten wurden, musste sich die Stiftung nun „auf die unterschiedlichsten Finanzierungsmodelle, die uns durch die Pflegeversicherung

oder das Bundessozialhilfegesetz vorgegeben werden, einstellen [...]“<sup>31</sup> Dies hatte letztlich eine tendenzielle Modularisierung der einzelnen Leistungen im FDH zur Folge. Erschwert wurde die Situation der Stiftung dadurch, dass das Jugend- und Erwachsenenwohnheim im Juli 1993 aufgrund des hohen Altersdurchschnitts der Bewohner von der Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Jugend und Familie in die der Senatsverwaltung für Soziales übergingen.<sup>32</sup> Diese hatte aber eine wesentlich restriktivere Bewilligungspraxis und war nicht im gleichen Maße bereit, die umfangreichen Leistungen des Hauses mit einem erhöhten finanziellen Zuschuss zu unterstützen.

### Interne Umstrukturierung als Reaktion auf die veränderten Finanzierungsmöglichkeiten

Alles in allem hatten sich damit in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die Finanzierungswege in der deutschen Behinderten- und Rehabilitationspolitik nachhaltig gewandelt – mit bedeutenden Folgen für das Fürst Donnersmarck-Haus. Die Einrichtung musste sich mit einer stark veränderten finanziellen Ausstattung arrangieren. Immer häufiger verweigerte Berlin die Kostenübernahme für einzelne Leistungen, immer häufiger drängten die Kostenträger auf einen schnelleren Abschluss der Rehabilitationsmaßnahmen. Dadurch mussten sich Richter und seine Mitarbeiter nach neuen Finanzierungsquellen umsehen oder im schlimmsten Fall das Angebot einstellen. So wurde 1995 für die Wohngruppe „Hilde Wulf“ im Kinderheim die weitere Kostenübernahme verweigert, da das Durchschnittsalter der Bewohner inzwischen 29 Jahre betrug. Die Stiftung musste für sie daraufhin alternative Wohnangebote außerhalb des FDHs finden.<sup>33</sup>

Hinzu trat eine veränderte Anspruchshaltung der Betreuten. Früher verbrachten die meisten Bewohner einen Zeitraum von mehreren Jahren im FDH; sie wohnten zuerst im Kinderheim, ehe sie in das Jugend- oder Erwachsenenheim umzogen und am Ende vielleicht in einer der betreuten Wohnformen ein dauerhaftes Zuhause fanden.<sup>34</sup> Gerade diese Gruppe von Menschen war Anfang der 1990er Jahre beinahe vollständig verschwunden. Sie wurde einerseits durch Bewohner ersetzt, die dauerhaft auf professionelle Pflege angewiesen blieben. Andererseits traten Anfang der 1990er Jahre vermehrt Bewohner auf, für die das FDH nur eine Durchgangsstation bedeutete und die „vom ersten Tag an zielgerichtete Rehabilitation einfordern, die eine möglichst baldige Entlassung anstreben und unsere Leistungen nicht nur auf dem Hintergrund des eigenen Wohlbefindens hinterfragen, sondern die das ‚Preis-Leistungs-Verhältnis‘ immer unter individuellen Förderungsgesichtspunkten sehen.“<sup>35</sup> Der Arbeitsbereich Rehabilitation in der Stiftung stand nun vor



der Aufgabe, sowohl eine möglichst lückenlose Versorgungskette für Menschen mit dauerhaftem Unterstützungsbedarf als auch hochspezialisierte und kurzzeitige Rehabilitationsmaßnahmen für Betroffene, die anschließend den Kreis der Stiftung wieder verließen, gleichermaßen anzubieten – mit allen daraus resultierenden personellen, logistischen sowie finanziellen Herausforderungen und vor dem Hintergrund des zunehmenden Kostendrucks von Seiten der öffentlichen Hand. Diese enormen Herausforderungen führten zu individuellen sowie strukturellen Belastungen und waren wohl einer der Hauptgründe dafür, dass es vor allem im Arbeitsbereich Rehabilitation zu Spannungen zwischen den Mitarbeitern und der Leitungsebene kam.<sup>36</sup>

Die Fürst Donnersmarck-Stiftung reagierte darauf mit zwei unterschiedlichen Maßnahmen. Erstens bemühte sie sich darum, die einzelnen Bereiche im FDH, deren Finanzierung zuvor auf einer Mischkalkulation beruhte, schärfer zu differenzieren. Die Plätze im Kinderheim wurden 1998 zugunsten des Jugendheims von 38 auf 14 reduziert und blieben künftig ausschließlich Minderjährigen vorbehalten.<sup>37</sup> Das Jugendheim wurde dagegen von 34 auf 58 Plätze erweitert und in ein Rehabilitationsheim für befristetes Wohnen mit einer Aufenthaltsdauer zwischen einem und drei Jahren umgewidmet.<sup>38</sup> Durch die Umwidmung des Jugendheims versuchte die Leitung des FDHs, den „rehabilitativen Ansatz [des Angebots] zu stärken und in Zusammenarbeit mit den einweisenden Kliniken unseren Anspruch als Nachfolgeeinrichtung für Menschen, die aus den Akutbereichen entlassen werden“ zu festigen.<sup>39</sup> Das ehemalige Erwachsenen-

heim mit insgesamt 52 Plätzen wurde dagegen in einen Bereich für längerfristiges Wohnen mit rehabilitativer Unterstützung transformiert.<sup>40</sup> Das Gästehaus wurde 2003 im Rahmen der Umstrukturierungen geschlossen. Die Aufnahme in alle drei Heime der Frohnauer Einrichtung blieb weiterhin an das Kriterium der Körperbehinderung gebunden. Durch diese konzeptionelle Neuausrichtung konnten die unterschiedlichen Leistungen in den drei

Heimen klarer einzelnen Kostenträgern zugeordnet und die verfügbaren Mittel gezielter abgerufen werden. Das FDH blieb eine vollstationäre Einrichtung, die Leistungen auf der Grundlage der Eingliederungshilfe nach dem BSHG sowie der Pflegeversicherung nach dem SGB IX § 43a abrechnete. Für die Betreuung von

Die FDST trieb eine Entwicklung des FDHs voran, die sich schon seit den 1980er Jahren abgezeichnet hatte, dem Haus nun aber neue Perspektiven gab: Die Hinwendung zur nachklinischen Rehabilitation von Menschen mit erworbenen Hirnschädigungen.



Kindern- und Jugendlichen blieb weiter das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) maßgeblich.<sup>41</sup> Therapeutische Leistungen wurden dagegen in immer stärkerem Maße von den Krankenkassen finanziert. Auch aus diesem Grund wurde zum 01.10.1998 der Facharzt für Neurologie, Rehabilitationswesen, Sozialmedizin und physikalische Therapie, Lutz Schneider, als neuer leitender Arzt des FDHs eingestellt. Er sorgte für eine Professionalisierung der medizinischen Angebote in Frohnau. Ab dem 01.01.1999 leitete er gemeinsam mit Richter die Einrichtung.<sup>42</sup> Zweitens trieb das FDH einen Prozess voran, der sich schon seit den 1980er Jahren abgezeichnet hatte, nun aber perspektivisch zu einer völlig neuen Ausrichtung des gesamten Hauses führen sollte: Der Hinwendung zur nachklinischen Rehabilitation von Menschen mit erworbenen Hirnschädigungen.

### Die bewusste Hinwendung zur Neurorehabilitation und die Aufnahme von Menschen mit Schädel-Hirn-Traumata

Der Beginn der 1990er Jahre war für das Fürst Donnersmarck-Haus nicht nur aufgrund der veränderten Finanzierungswege, sondern auch im Hinblick auf die inhaltliche Ausrichtung der Einrichtung eine Umbruchszeit, deren Ursprünge aber bis in die 1980er Jahre zurückreichen. Denn es war der Stiftung nicht gelungen, die seit diesem Zeitpunkt anhaltende Überalterung der Gruppen im FDH aufzuhalten oder gar umzukehren. Schon 1990 trat deswegen offen zu Tage, dass die Bewohnerstruktur „die Bezeichnung ‚Kinderheim‘ kaum noch rechtfertigt.“<sup>43</sup> Dieser Situation sah sich nicht nur die FDST gegenüber. Die „Überalterung in Kinder- und Jugendeinrichtungen“ war ein grundsätzliches Problem der Wohnangebote für Menschen mit Behinderung in Berlin.<sup>44</sup> Bei der Fürst Donnersmarck-Stiftung wurde dieser Effekt jedoch noch durch die Ambulantisierung des FDHs verstärkt. Denn die Plätze für Kinder und Jugendliche, die in ambulante Wohnformen umzogen, konnten oftmals nur schwer oder gar nicht mehr mit gleichaltrigen Menschen mit Körperbehinderung besetzt werden, sondern mussten unbelegt bleiben oder an ältere Interessenten vergeben werden. So stand das Jugendheim schon 1989 vor der Situation „sich in der Altersstruktur nach oben“<sup>45</sup> öffnen zu müssen, so dass es „dem Charakter eines Jugendheims nicht mehr gerecht“ wurde.<sup>46</sup> Eine Folge dieser Entwicklung war, dass die Senatsverwaltung das FDH immer wieder anregte, Kinder mit Schwerstmehrfachbehinderung oder geistiger Behinderung aufzunehmen. Das war aber mit dem Stiftungszweck nicht vereinbar und widersprach aus Sicht der Leitungsebene zudem dem Rehabilitationskonzept des Hauses.<sup>47</sup> Die Stiftung musste sich deshalb Anfang der 1990er verstärkt darüber Gedanken machen, welche Klientel sie mit ihrer Einrichtung in Frohnau künftig erreichen wollte und konnte.

Vor diesem Hintergrund war es die lang-jährige Heimärztin Dagmar Böllhoff, die Mitte der 1980er Jahre die Behandlung von Menschen mit Schädel-Hirn-Traumata (SHT) für das FDH in den Blick nahm. Dies hing einerseits mit den begrenzten Rehabilitationsmöglichkeiten für diesen Personenkreis in Berlin zusammen. Andererseits hatte das FDH durch die Konzentration auf Menschen mit Zerebralparese

langjährige Erfahrung bei der Behandlung von Hirnschädigungen gesammelt und konnte daher schon Ende der 1980er Jahre auf seine „beachtlichen Therapieerfolge“ bei der Behandlung von SHT verweisen.<sup>48</sup> Bald war die Expertise der Frohnauer Einrichtung auf dem Gebiet der neurorehabilitativen Versorgung auch in der Öffentlichkeit bekannt.<sup>49</sup> Hier eröffnete sich ein neues Arbeitsfeld für das Haus. Denn nachklinische Neurorehabilitation galt in den 1980er Jahren als Zukunftsbereich<sup>50</sup>; das Bundesministerium für Arbeit und Soziales begann kurz nach der Wende sogar damit, den Aufbau derartiger Einrichtungen gezielt zu fördern.<sup>51</sup> Die Stiftung sah darin eine Versorgungslücke und Zukunftsaufgabe nicht nur in Berlin, in deren Bewältigung sie organisch hineinwachsen konnte. Im April 1990 entschied sich das Kuratorium, den „Weg des Fürst Donnersmarck-Hauses hin zur nachklinischen Betreuung von Schädel-Hirn-Traumatikern vorsichtig“ voranzutreiben, die Einrichtung aber „gerade unter dem Einfluss der gravierenden politischen Veränderungen [...] für andere Behinderungsarten offen“ zu halten.<sup>52</sup> In den folgenden Jahren erhöhte sich der Anteil der SHT-Patienten kontinuierlich. Denn in Berlin gab es außer dem FDH keine Einrichtung, die sich auf eine nachklinische Behandlung von Menschen mit einem Schädel-Hirn-Trauma spezialisiert hatte. Die Stiftung füllte damit die Lücke zwischen der akuten Therapie in Kliniken und der möglicherweise notwendigen anschließenden Betreuung im Rahmen der Pflegeversicherung. In dieser post-akuten Zwischenphase bot sie den Betroffenen intensive Förderung, durch die noch unerschlossene individuelle Ressourcen und Verselbstständigungspotentiale aktiviert werden konnten. Die Stiftung baut damit für ihre Bewohner eine Brücke zwischen der medizinischen Akutversorgung und einem möglichst selbstbestimmten Wiedereinstieg in den Alltag.<sup>53</sup> Der Ansatz erwies sich als tragfähig und erhielt im Laufe der Jahre viel Zuspruch.<sup>54</sup> Langfristig führte das Engagement der FDST für SHT-Patienten zur Entstehung des P.A.N. Zentrums, mit dem nicht nur bei der praktischen Umsetzung der postakuten Neurorehabilitation, sondern auch im Hinblick auf die Finanzierungsmöglichkeiten neue Wege gegangen werden.<sup>55</sup>

Die Stiftung baut damit für ihre Bewohner eine Brücke zwischen der medizinischen Akutversorgung und einem möglichst selbstbestimmten Wiedereinstieg in den Alltag.

## Zunehmende Dezentralisierung

Der Prozess der Ambulantisierung beschäftigte die FDST bereits seit der Gründung der Außenwohngruppen in der Blissestraße 12 und der Berliner Straße 18. Diesen Gründungen folgten weitere Wohngemeinschaften unter anderem in der Gervinusstraße, der Zeltinger Straße, dem Kaiserkorso, der Weichselstraße oder dem Dalandweg.<sup>56</sup> Die Stiftung trieb diese Entwicklung systematisch und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse ihrer Bewohner voran. Immer wenn ein oder mehrere Bewohner einen Grad der Selbstständigkeit erreicht hatten, der den Umzug in eine WG nahelegte, erhielt er einen Platz in einer bestehenden WG oder es wurde – genügend Interessenten an einem Platz vorausgesetzt – eine neue WG geschaffen. Die WGs galten Richter als „Nachfolgeeinrichtungen der Heime des Fürst Donnersmarck-Hauses“ und stellten ein „auf Langfristigkeit oder gar auf Dauer angelegtes“ Wohnangebot dar.<sup>57</sup> Allerdings waren auch die Neugründungen der Wohngemeinschaften von den Sparmaßnahmen des Landes Berlin betroffen. Anders als die Außen- oder Trainingswohngruppen wie die „Ladit“ fielen die Wohngemeinschaften in die Zuständigkeit des Senators für Gesundheit und Soziales. Dieser erkannte die Plätze in den WGs nicht als Heimplätze an, sodass die Finanzierung hier nicht auf derselben Grundlage wie im FDH erfolgte. Eine Folge dieser Sparmaßnahmen war, dass die Stiftung nicht alle Wohngemeinschaften realisieren konnte, für die es eine Nachfrage gab. So stieg sie aus den Planungen



Alltag in der immer noch existierenden Wohngemeinschaft im Kaiserkorso

für eine Wohngemeinschaft am Tempelhofer Ufer 4 aus, da der bewilligte Pflege-satz nicht kostendeckend gewesen wäre und zu einem jährlichen Fehlbetrag von 30.000 DM geführt hätte.<sup>58</sup> In Abstimmung mit den anderen Berliner Trägern ambulanter Wohnangebote entschied sich die Geschäftsführung dazu, die geplante WG nicht zu eröffnen und „zu dokumentieren, daß weitere Wohngemeinschaften nur eröffnet werden, wenn sich das Land Berlin bereitfindet, ausreichende Pflegesätze zu bezahlen.“<sup>59</sup> Obwohl die Ambulantisierung des Rehabilitations- und Betreuungs-wesens in den USA und anderen europäischen Staaten schon lange vorangetrieben wurde, blieb die Situation im Deutschland der 1980er Jahre somit unbefriedigend.<sup>60</sup>

Dessen ungeachtet hielt das Kuratorium an dem Entschluss fest, die existierenden Wohnangebote der Stiftung um weitere ambulante Wohnformen zu ergänzen. Denn nach wie vor sahen sie ihre Hauptaufgabe darin, die „Verselbstständigung des einzelnen Behinderten“ zu fördern.<sup>61</sup> Am 01.09.1990 zogen beispielsweise sieben Bewohner in das ehemalige Personalwohnhaus des FDHs in der Rauentaler Straße<sup>62</sup>, das aufgrund eines Kuratoriumsbeschlusses vom 21.04.1989 im Erdgeschoss barrierefrei umgestaltet worden war.<sup>63</sup> Ungefähr zur gleichen Zeit – am 06.01.1989 – erwarb die FDST das Grundstück Am Querschlag 7/8 für einen Kaufpreis von 1,4 Mio. DM.<sup>64</sup> Auf diesem Grundstück befand sich ein Einfamilienhaus, das abgerissen und durch zwei barrierefreie Baukörper ersetzt werden sollte.<sup>65</sup> Während das erste Gebäude als Dauerwohnbereich für Menschen mit schwerer Behinderung vorgesehen war, bot das zweite Gebäude Wohnmöglichkeiten für weitgehend selbstständige Personen ohne intensiven Betreuungsbedarf.<sup>66</sup> Aufgrund vielfältiger Abstimmungsschwierigkeiten mit den Berliner Baubehörden und zahlreicher weiterer Verzögerungen dauerte es jedoch bis zum 18.04.1994 bis die Baumaßnahmen begannen.<sup>67</sup> Danach ging alles schnell. Am 18.11.1994 feierte die Stiftung Richtfest<sup>68</sup>; am 01.12.1995 bezogen die ersten Mieter ihre Wohnungen<sup>69</sup> und am 01.01.1996 wurde auch das Kleinstheim für Dauerbewohner in Betrieb genommen.<sup>70</sup> Die Stiftung bot nun für 20 Personen, darunter 13 Rollstuhlfahrern, den Platz für ein neues Zuhause.<sup>71</sup>

## Die Entstehung des Ambulant Betreuten Wohnens

Die Dezentralisierung der Wohnangebote für Menschen mit Behinderung blieb eine wichtige Aufgabe der organisierten Behindertenhilfe, die im Laufe der 1990er Jahre zunehmend mediale Aufmerksamkeit erregte. Immer häufiger rückte dabei ihr Anspruch auf ein selbstständiges Leben in einer eigenen Wohnung in den Mittelpunkt. Gleichzeitig wurde in der Öffentlichkeit die Entscheidung der Bundesregierung, den ursprünglich im BSHG vorgesehenen Vorrang ambulanter vor stationären Hilfen unter Kostenvorbehalt zu stellen, direkt oder indirekt kritisiert.<sup>72</sup>

So erschienen immer häufiger Zeitungsartikel, die eine permanente Unterbringung von Menschen mit Behinderung in stationären Wohneinrichtungen kritisierten und den Ausbau gemeindenaher Wohnangebote einforderten.<sup>73</sup> Trotz der oftmals hohen Hürden für einzelne Menschen mit Behinderung war seit den 1990er Jahren ihr Anspruch auf ein selbstbestimmtes Wohnen nicht mehr aufzuhalten. Insbesondere die Menschen mit Behinderung selbst traten nach dem Vorbild der US-amerikanischen Independent Living Bewegung selbstbewusst für die Auflösung der stationären Großeinrichtungen ein.<sup>74</sup> Immer mehr Träger reagierten darauf und reformierten – wenn auch nur langsam – ihre Einrichtungen zu einem Netz aus dezentralisierten und kleinräumigen Wohneinheiten.<sup>75</sup> Die Fürst Donnersmarck-Stiftung hielt an den historisch gewachsenen Organisationsstrukturen fest und ergänzte diese um neue Arbeitsbereiche. Diese Gleichzeitigkeit von Tradition und institutioneller Neuausrichtung, die beispielsweise bereits bei der Gründung der Sozialtherapeutischen Zentrums zu beobachten war, charakterisierte den Führungsstil von Ekkehard Reichel in besonderem Maße. Im Verlauf der 1990er Jahre führte dies zur Gründung des Arbeitsbereichs Ambulant Betreutes Wohnen. In ihm bündelten sich alle Maßnahmen der Stiftung zur dezentralen Betreuung von Menschen mit Behinderung sowohl in eigenen Wohneinheiten als auch in Wohngemeinschaften oder Kleinstheimen.

Dafür erweiterte die Stiftung seit Beginn der 1990er Jahre ihr ambulantes Wohnangebot systematisch. Neben die bereits bestehenden Wohngemeinschaften und die Wohnanlage in der Zeltinger Straße traten weitere individuelle Wohnangebote für Menschen mit Behinderung. 1989 begann die Stiftung beispielsweise mit der Planung einer Betreuungsgemeinschaft für sechs Personen, die zwar einen eigenen Haushalt führen konnten, darüber hinaus aber auf „Gemeinschaft mit anderen Behin-

deten nicht verzichten“ wollten.<sup>76</sup> Sie wurde am 01.02.1992 am Nordufer 8 eröffnet und umfasste zunächst fünf, später sechs in sich abgeschlossene Wohnungen sowie eine Gemeinschafts- oder Stützpunktwohnung, die „als Kommunikationspunkt für die Bewohner“ vorgesehen war.<sup>77</sup> Sie diente gleichzeitig als Arbeitszimmer für die Mitarbeiter des FDHs, die von dort aus die Bewohner sozialpädagogisch betreuten. 1990 wurde darüber hinaus das Betreute Einzelwohnen gegründet. Es bot zunächst nur einer Klientin sozialpädagogische Unterstützung in ihrer eigenen



Jutta Moltrecht in ihrem Büro



Wohnung.<sup>78</sup> Schnell wuchsen jedoch seine Aufgaben an, da es die sozialpädagogische Betreuung aller dezentralen Wohnangebote der FDST übernahm. Institutionellen Niederschlag fand diese Bedeutungszunahme darin, dass die Verwaltung des Betreuten Einzelwohnens am 02.07.1992 ein eigenes Büro in der Livländischen Straße 28 bezog und fortan unter dem Namen „Betreutes Wohnen für Körperbehinderte“ firmierte. Formal blieb es aber weiterhin dem Fürst Donnersmarck-Haus zugeordnet.<sup>79</sup> Insgesamt wurde 1992 aus der Livländischen Straße die Betreuung von 45 Menschen mit Behinderung organisiert – darunter allein vier Personen im Betreuten Einzelwohnen.<sup>80</sup> Das neue Angebot der FDST wuchs kontinuierlich, sodass seine Leiterin, Jutta Moltrecht, schon 1992 prognostizierte, das Betreute Wohnen werde künftig eine der wichtigsten Aufgaben der Stiftung sein.<sup>81</sup> Sie sollte damit Recht behalten. 1997 war die Anzahl der Bewohner im Betreuten Einzelwohnen bereits auf 26 gestiegen.<sup>82</sup> Das Betreute Wohnen war damit zwar ein dynamisch wachsender Bestandteil des Stiftungsangebots, wies aber eine – aus Sicht der Bewohner schmerzliche – Lücke auf. Denn die Mitarbeiter des Betreuten Wohnens, das im Rahmen der Eingliederungshilfe finanziert wird, erbringen ausschließlich sonderpädagogische Unterstützungsmaßnahmen. Pflegerische oder hauswirtschaftliche Aufgaben können sie nicht übernehmen.<sup>83</sup> Die Pflege der Bewohner der Betreuungsgemeinschaft Nordufer wurde deswegen am Anfang von der Diakoniestation Wedding übernommen, falls dies erforderlich war.<sup>84</sup> Derartige Leistungen konnten nicht durch die Eingliederungshilfe finanziert werden. Deswegen wurde Ende der 1990er Jahre das Betreute Wohnen zu einem eigenständigen Bereich aufgewertet und gleichzeitig ein ambulanter Pflegedienst gegründet. Damit war es künftig möglich, sozialpädagogische und pflegerische Dienstleistungen gleichermaßen anzubieten.<sup>85</sup>

» Durch die Gründung des Ambulanten Dienstes war es möglich, sozialpädagogische und pflegerische Dienstleistungen gleichermaßen anzubieten. «

Auslöser für diese Überlegungen war einmal mehr der konkrete Bedarf. Denn aufgrund der Einführung der Pflegeversicherung konnte die Stiftung die Wohnanlage in der Zeltlinger Straße nicht mehr länger nach dem bisherigen Konzept betreiben. Denn dieses sah gerade die Verbindung pflegerischer, hauswirtschaftlicher und sozialpädagogischer Unterstützung vor, was durch die Gesetzesänderung nicht mehr länger möglich war. Zwar erhielt die FDST für die damals in der Anlage lebenden Menschen Bestandsschutz; wollte sie aber ihre Leistung langfristig am Leben erhalten, musste sie die einzelnen Leistungsbausteine – Pflege, sozialpädagogische Unterstützung und die Vermietung von Wohnungen – voneinander trennen und ein





eigenes ambulantcs Betreuungsangebot im Sinne der Pflegeversicherung entwickeln.<sup>86</sup> Dieses musste sich im Gegensatz zum Betreuten Wohnen auf der Grundlage von Leistungsmodulen nach dem SGB XI finanzieren, in dem im Zuge der Neukodifikation der gesamten Sozialgesetzgebung die Pflegeversicherung geregelt worden war. Die Stiftung wollte sich mit dem neuen Dienst

explizit auf jüngerer Menschen mit Körperbehinderung spezialisieren. Denn bei deren Betreuung verfügten die meisten Pflegedienste, die sich tendenziell eher um ältere Menschen kümmerten, nur über wenig Erfahrung. Dadurch konnte, wie das Kuratorium auf seiner Sitzung am 14.11.1997 festhielt, die FDST „eine Lücke im bisherigen Leistungsangebot der Sozialstationen“ schließen und gleichzeitig durch die Verbindung mit dem Bereich Betreutes Wohnen ein „natürliches Aufgabenfeld für unsere Stiftung [erschließen], insbesondere auch um eine durchgängige Reha-Kette bis zur weitgehenden Autonomie einzelner rehabilitierter Personen sicherzustellen.“<sup>87</sup> Am 01.10.1998 wurde das Betreute Einzelwohnen schließlich zum selbstständigen Arbeitsbereich Ambulant Betreutes Wohnen (ABW) unter Moltrechts Leitung aufgewertet, der zukünftig für alle dezentralisierten Wohnangebote der FDST verantwortlich zeichnete.<sup>88</sup> Im gleichen Jahr wurde ein Versorgungsvertrag mit den Pflegekassen auf den Weg gebracht, so dass ab dem ersten Quartal 1999 „das jüngste Projekt der Stiftung, die ‚Ambulanten Dienste‘ seine Arbeit aufnehmen“ konnte.<sup>89</sup> Am 26.10.1999 wurde der Ambulante Dienst der Fürst Donnersmarck-Stiftung (AD) offiziell eröffnet.<sup>90</sup> Sozialpädagogische Leistungen werden künftig vom ABW auf der Basis der Eingliederungshilfe, pflegerische und hauswirtschaftliche Aufgaben vom Ambulanten Dienst auf der Grundlage der Pflegeversicherung übernommen. Die Miete wiederum wird entweder von den Bewohnern selbst oder durch die Sozialhilfe getragen. Damit hat die FDST eine flexible Struktur geschaffen, mit der sie die Unterstützung von Menschen mit Behinderung in unterschiedlichen Lebenslagen gewährleisten kann. Der ABW blieb in der Folgezeit ein dynamischer Teil der Stiftung. Im August 2004 betreute er 10 Wohngemeinschaften mit 42 Bewohnern, 56



**Die Entwicklung des Arbeitsbereichs Rehabilitation folgte dem allgemeinen Trend hin zu einer spezialisierten und zeitlich begrenzten Rehabilitation und der Dezentralisierung stationärer Wohnangebote.**



Personen im Betreuten Einzelwohnen sowie 31 Klienten in eigenen Wohnungen und 18 Klienten in den Wohngemeinschaften.<sup>91</sup> Aus der Wohnanlage in der Zeltinger Straße als erstem ambulantem Angebot der FDST ist eine Organisationsform mit vielen Gesichtern entstanden.

### Kontinuität im Wandel – das Fürst Donnersmarck-Haus in Frohnau

Wäre Marianne Schlegelmilch an der Jahrtausendwende nach Frohnau zu „ihrem“ alten Kinderheim gekommen, hätte sie die Einrichtung wohl nicht mehr wieder-erkannt. Zwar war das Gebäude des historischen Kinderheims immer noch erhalten, doch wurde es nun mit einem anderen Geist erfüllt. Dazu trugen auch die jungen Zivildienstleistenden bei, auf die das FDH erst nach der Wende zurückgreifen konnte.<sup>92</sup> Insgesamt 17 junge Menschen nahmen am 01.04.1992 in Frohnau ihre Arbeit auf und brachten eine neue Facette in den Heimalltag.<sup>93</sup> In der Schädestraße begann der erste Zivildienstleistende am 01.04.1993 und unterstützte die Leitung vor allem beim Fahrdienst.<sup>94</sup> Die konzeptionelle Ausrichtung der Einrichtung blieb „gekennzeichnet durch eine über dreißigjährige Entwicklung, Anpassungsprozesse, Erneuerungen und Wandlungen.“<sup>95</sup> Seit seiner Gründung Anfang der 1960er Jahre hatte sich das FDH zu einem hochspezialisierten Haus entwickelt, das in seinen verschiedenen Bereichen sehr unterschiedliche Aufgaben erfüllte. Das FDH folgte dabei einem allgemeinen Trend hin zu einer spezialisierten und zeitlich begrenzten Rehabilitation und der Dezentralisierung stationärer Wohnangebote. Das Dauerwohnen in einer stationären Einrichtung wurde auf einen möglichst kleinen Kreis von Menschen mit Behinderung beschränkt, für die man (noch) keine gemeindenahe Alternative entwickelt hatte. Die Stiftung ging allerdings noch einen Schritt weiter und fragte sich grundsätzlich, ob „stationäre Unterbringungen im großen Umfang noch notwendig sind und welche Voraussetzungen für weitere ambulante Betreuungsformen geschaffen werden müssen.“<sup>96</sup> Ungeachtet aller Schwierigkeiten, die im Hinblick auf die Ambulantisierung der Wohnangebote für Menschen mit Behinderung bis heute bestehen<sup>97</sup> wird die Umsetzung des Rechts auf inklusives Wohnen eine Zukunftsaufgabe der deutschen Sozialpolitik – und damit auch der FDST – bleiben.

## **IV.2 ARBEITSMÖGLICHKEITEN FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG: DIE NORDBAHN GGBH**

Neben den permanenten internen Umstrukturierungsprozessen und den veränderten Finanzierungswegen standen Richter und sein Team seit Mitte der 1980er Jahre noch vor einer weiteren Herausforderung. Da in zunehmendem Maße Menschen



Das Haus 2 der Nordbahn gGmbH

mit schwererer Behinderung über einen längeren Zeitraum in die Frohnauer Einrichtung aufgenommen wurden, war es nicht mehr so einfach, angemessene tagesstrukturierende Maßnahmen für diese Klientel zu finden.<sup>98</sup> Denn es handelte sich um eine Gruppe von Menschen, für die es in Berlin keine adäquaten Beschäftigungsmöglichkeiten gab. Für den Schulbesuch

waren sie in der Regel zu alt; Berufsbildungswerke, auf denen sie eine anerkannte Ausbildung hätten absolvieren können, stellten aber zu hohe körperliche Anforderungen an sie und von dem allgemeinen Arbeitsmarkt waren sie ebenso ausgeschlossen. Die bestehenden Werkstätten für Menschen mit Behinderung wiederum waren ebenfalls nicht für die Bewohner geeignet, da diese entweder von den dortigen Aufgaben unterfordert waren oder nicht über die körperlichen Voraussetzungen für eine reguläre Tätigkeiten in einer der Werkstätten verfügten. Darüber hinaus waren die in Frage kommenden Werkstätten verhältnismäßig weit vom FDH entfernt, sodass eine Tätigkeit bei ihnen mit langen Fahrtzeiten verbunden war. Die Bewohner befanden sich in einer „Grauzone“, in der es kein passendes Angebot für sie gab.<sup>99</sup> Die Stiftung versuchte zunächst, interne Lösungen für dieses Problem zu finden. Dafür richtete sie beispielsweise eine eigene Druckerei im FDH ein. Dort waren fünf Bewohner mit 25 Wochenstunden sowie zwischen drei und fünf Aushilfen mit zehn Wochenstunden beschäftigt. Unterstützt wurden sie durch eine ausgebildete Druckerin als ABM-Kraft mit einer vollen Stelle sowie zwei Therapeuten mit jeweils 20 Wochenstunden.<sup>100</sup> Die Druckerei produzierte für den internen Bedarf der Stiftung; externe Einnahmequellen konnte sie nicht erschließen.<sup>101</sup>

Als zum 01.12.1989 die Förderung der ABM-Stelle nicht mehr verlängert wurde, musste die bisherige Konzeption der Druckerei überdacht werden. Denn wenn die Druckerin kostenneutral weiterbeschäftigt werden sollte, musste künftig ein jährlicher Überschuss von 50.000 DM erwirtschaftet werden.<sup>102</sup> Christoph Brun, ehemaliger Leiter des Kinderheims und seit 1988 Referent für Arbeit und Beschäftigung nutzte die Gelegenheit, um sich grundlegende Gedanken über die Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit schwerer Behinderung zu machen.<sup>103</sup> Dazu reiste er in die Bundesrepublik, um dort mögliche Vorbildeinrichtungen zu besichtigen<sup>104</sup>,

und analysierte die Arbeits- und Beschäftigungssituation dieser Klientel in Berlin. Dabei stellte er fest, dass es in Berlin keine geeigneten Beschäftigungsmöglichkeiten für die Frohnauer Bewohner gab. Deswegen entschied sich die FDST dazu, neue „Beschäftigungsmöglichkeiten in einer Form der *„nicht anerkannten Werkstatt für Behinderte“* zu schaffen“, deren Ausgangsbasis die Druckerei sein sollte.<sup>105</sup> Dieses Vorgehen wurde auch vom Kuratorium unterstützt, das sich schon im April des Jahres grundlegend mit der Gründung einer weiteren gGmbH zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung beschäftigt hatte.<sup>106</sup>

Genau zu diesem Zeitpunkt fiel die Berliner Mauer. Die Stiftung nutzte diese historische Chance und suchte die Kooperation mit einem ostdeutschen sowie einem Westberliner Partner bei der Gründung einer neuen Werkstatt für Menschen mit Behinderung.<sup>107</sup> Diese waren in der DDR außerordentlich selten, da die meisten Menschen mit Behinderung aufgrund des verfassungsgemäßen Rechts auf Arbeit direkt in die Betriebe integriert worden waren. Da viele unter ihnen nach der Wiedervereinigung ihren Arbeitsplatz verloren, wurden nach 1990 auch in den neuen Bundesländern Werkstätten im großen Stil errichtet.<sup>108</sup> Für die FDST ergab sich nun die Gelegenheit, gemeinsam mit ihren Partnern in Glienicke – ganz in der Nähe des Fürst Donnersmarck-Hauses – ein Pilotvorhaben zu realisieren, in dem die Beschäftigungsmöglichkeiten für Schwermehrfachbehinderte ausgelotet werden sollten. Die Stiftung beteiligte sich zunächst durch die Freistellung Bruns als Leiter des Projektes sowie die Bereitstellung der Druckerei an dem Vorhaben. Sie wollte aber nicht als Träger der Werkstatt auftreten.<sup>109</sup> Das Projekt zeitigte bald Erfolge und das Kuratorium entschied sich auf seiner Sitzung vom 08.05.1992, gemeinsam mit dem Ortsverein Oranienburg der Lebenshilfe, später Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Oberhavel Süd, und dem Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerk die Nordbahn gGmbH zu gründen.<sup>110</sup> Am 01.07.1992 trat sie offiziell den Gesellschaftern bei.<sup>111</sup> Sie brachte ihre Druckerei ein und übernahm 25 % der Anteile an der Gesellschaft, deren Leiter Christoph Brun wurde.<sup>112</sup> Seit dem ist die Nordbahn gGmbH eine wichtige Partnerin der FDST, weil dort die Bewohner aus dem FDH adäquate Arbeit finden können. Ihr Angebot richtet sich explizit sowohl an Menschen, die „wegen der Schwere ihrer Behinderung in den bisherigen Werkstätten für Behinderte keine Aufnahme fanden“ als auch an diejenigen, die „aufgrund ihrer intellektuellen Fähigkeiten in einer normalen WfB unterfordert“ sind.<sup>113</sup> Aufgrund des hohen Stellenwertes der Werkstatt für das FDH beschloss das Kuratorium am 14.11.1997, für 112.500 DM den Anteil des Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerks zu übernehmen und die Gesellschaft gemeinsam mit der Lebenshilfe zu betreiben.<sup>114</sup> Diese Situation ist bis heute stabil und hat sich – wie die gute Lage der Nordbahn gGmbH zeigt – bewährt.

### IV.3 PÄDAGOGISCHE ANGEBOTE – DIE ARBEITSBEREICHE FREIZEIT, BILDUNG, BERATUNG SOWIE TOURISTIK

Die 1990er Jahre bedeuteten nicht nur für das Fürst Donnersmarck-Haus eine Phase des Wandels. In den anderen Arbeitsbereichen zeichneten sich ebenfalls Veränderungen ab, die sowohl interne als auch externe Gründe hatten. Intern führte vor allem der generationelle Umbruch auf der Leitungsebene zu Veränderungen. So ging Gisela Neukirchen-Diem nach über 30 Jahren Tätigkeit für die FDST in den Ruhestand. Sie hatte über all die Jahre die sozialpädagogische Gruppenarbeit der Stiftung wesentlich geprägt. Mitte der 1990er Jahre verließ auch Hermann Voges das Gästehaus in Bad Bevensen und wurde durch Volker Golly ersetzt. Diese per-

sonellen Umbrüche stimulierten inhaltliche Veränderungen. Neue Gesichter brachten neue Ideen und setzten andere Schwerpunkte. Extern wirkten sich vor allem die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Inhalte der Stiftung aus. Nach dem Fall der Mauer verlor Berlin (West) seine exponierte Stellung als Frontstadt des Kalten Krieges. Reisen wurde nun für Menschen mit Behinderung einfacher, sodass nicht mehr alle ehemaligen Besucher des Gästehauses in Bad Bevensen weiter in die Lüneburger Heide fuhren. Immer mehr Einrichtungen öffneten sich für Menschen mit Behinderung – seit Mitte der 1990er Jahre wurde die Barrierefreiheit von



Friedhild Mory beim Zeitzeugeninterview  
in der Villa Donnersmarck

Tourismus-, Freizeit- und Kulturangeboten zu einem Thema mit wachsender Bedeutung.<sup>115</sup> Für die FDST hatte dies zur Folge, dass einige ihrer Angebote wie das barrierefreie Café „blisse 14“ oder die Schädestraße mit den Erholungsdurchgängen für Berliner ihre Alleinstellungsmerkmale verloren. Um weiterhin attraktiv zu bleiben oder neue Besuchergruppen zu erschließen, mussten sowohl die pädagogischen Einrichtungen als auch das Gästehaus ihr Angebotsprofil erweitern.

#### Die Schädestraße unter Friedhild Mory – auf dem Weg zur „Villa Donnersmarck“

In der Schädestraße war die Situation besonders dringlich: Das Durchschnittsalter der Gruppenmitglieder war schon seit dem Ende der 1970er Jahre sehr hoch und konnte in den Folgejahren kaum gesenkt werden. Darüber hinaus ging die

Belegung des Gästebereichs infolge der ausbleibenden Erholungsaufenthalte für Berliner mit Behinderung allmählich zurück. Dies betraf vor allem die Nachfrage von Reisegruppen, während das Interesse von Individualreisenden an den Übernachtungsmöglichkeiten in der Schädestraße eher noch zunahm.<sup>116</sup> Der Arbeitsbereich musste sich inhaltlich neu aufstellen.<sup>117</sup> Beschleunigt wurde diese Neuorientierung durch den Leitungswechsel von Neukirchen-Diem zu Mory am 15.01.1991.<sup>118</sup> Bereits drei Monate später legten sie und ihre Mitarbeiter ein Konzept für die Umstrukturierung der Freizeit- und Bildungsarbeit in der Schädestraße vor. Es sah vor, die Gruppenarbeit weiterzuführen, allerdings einige Gruppen aus personellen Gründen zusammenzulegen. Darüber hinaus sollte die Organisation von Reisen weiterhin Teil des Programms bleiben. Um Menschen mit einer schweren Behinderung die Teilnahme an Reisen zu ermöglichen, sollten neben die umfangreichen und aufwendigen Reisen – vor allem ins Ausland – mehrere Tagesfahrten in die nähere Umgebung treten. An der WIR-Zeitung als „Forum für alle Personen [...], die mittelbar und unmittelbar mit der Stiftung zu tun haben“ hielt Mory fest.<sup>119</sup> Neue Akzente sah das Konzept in zweierlei Hinsicht vor. Erstens beinhaltete es Ideen für eine inhaltliche Schärfung des Zehlendorfer Angebots. Neu aufgesetzte Gruppenangebote betonten die „Förderung von Bildungsinteresse, Eigenständigkeit, Anregung zu selbstständiger und kritischer Auseinandersetzung mit Behinderung als Alltag“ und wurden als ein Beitrag zum lebenslangen Lernen verstanden.<sup>120</sup> Insgesamt sollte dadurch vor allem „die Freizeitstätte in und um Berlin auch für jüngere körperbehinderte Menschen bekannter und nutzbarer“ werden.<sup>121</sup> Zweitens sollte die Öffentlichkeitsarbeit des Arbeitsbereichs intensiviert werden. Vorgesehen war beispielsweise die Veröffentlichung eines Veranstaltungskalenders pro Halbjahr. Zudem sollte die Kooperation mit externen Partnern sowie dem STZ verstärkt werden.

Eine besondere Form dieser intensivierten Zusammenarbeit mit dem STZ war das Projekt „Internet im Paket“ von 1997 und 1998. Dieses ging aus den ersten Schritten der Fürst Donnersmarck-Stiftung im Internet hervor. Nachdem sie sich schon 1996 in FIDO-NET, einem dezentralen Vorgänger des heutigen World Wide Web, vorgestellt und die digitale Öffentlichkeitsarbeit als eines ihrer Zukunftsthemen erkannt hatte<sup>122</sup>, begann 1997 die Vorbereitung für eine eigene Homepage.<sup>123</sup> Im Zuge der Erstellung dieser ersten Homepage entschied sich der Arbeitsbereich, gleichzeitig Menschen mit Behinderung mit dem neuen Medium Internet vertraut zu machen.<sup>124</sup> Dazu veranstaltete die FDST mehrere Computerkurse in der Schädestraße. Zeitgleich eröffnete sie mit dem Launch der Website ein Internetterminal im Café „blisse 14“, um allen Gästen den Zugang zu dieser Zukunftstechnologie zu eröffnen.<sup>125</sup> Parallel dazu beschäftigte sich der am 09.08.1997 gegründete Arbeitskreis Wissenschaft (AKI-WISS),<sup>126</sup> bestehend aus Thomas Golka, dem Psychologen

Dr. Karl Bald und René Wenk, mit dem Potential des Internets für Menschen mit Behinderung im Hinblick auf die Förderung ihrer Unabhängigkeit, Beweglichkeit, Freizeit, sozialen Integration und ihren Berufsaussichten.<sup>127</sup> Das Resultat dieser Überlegungen war das Handbuch „Internet und Handicap – Empowerment im Netz“, mit dem die drei Autoren einen ersten Wegweiser durch das Internet für Menschen mit Behinderung vorlegten.<sup>128</sup> Zusätzlich erarbeiteten sie in Kooperation mit dem Institut für Rehabilitationswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin einen Drittmittelantrag bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft für eine explorative Studie über die „Erwartungshaltungen von körperbehinderten Erwachsenen mit Mobilitätsbeeinträchtigung zum Internet und Möglichkeiten einer Nutzung.“<sup>129</sup>

Das Haus öffnete sich auf diese Weise immer stärker nach außen. Gleichzeitig blieb es aber für die über Jahrzehnte gewachsene Gruppenkultur attraktiv. Langsam entwickelte sich die Schädestraße zu einem Ort für interne wie externe Tagungen oder Weiterbildungsveranstaltungen. Die sozialpolitischen Themen der Fürst Donnersmarck-Stiftung wurden durch Veranstaltungen wie Jour Fixes oder Podiumsdiskussionen in die Öffentlichkeit getragen. Die behutsame Umstrukturierung hatte gerade in der Anfangszeit großen Erfolg. Die Zahl der festen Gruppenmitglieder wuchs von 211 im Jahr 1990 auf 302 Personen im Jahr 1997 an.<sup>130</sup> Selbst die Nachfrage im Gästebereich stieg zwischen 1992 und 1996 von etwa 400 auf 850 Übernachtungen.<sup>131</sup> Mory hatte damit den notwendigen Paradigmenwechsel eingeleitet. Voll zur Geltung sollte dieser allerdings erst Ende der 1990er Jahre kommen.

### Sozialtherapeutisches Zentrum und Café „blisse 14“ – am Scheideweg

Auch das STZ und das Café „blisse 14“ standen Anfang der 1990er Jahre an einem Scheideweg. Beide Angebote waren seit ihrer Gründung 1980 beträchtlich gewachsen; allein die verfügbare Fläche der beiden Einrichtungen war durch verschiedene Erweiterungsmaßnahmen von 280 qm auf 530 qm gestiegen. Die Anzahl der Gäste erhöhte sich zwischen 1980 und 1991 von durchschnittlich 100 auf 400 Personen pro Tag, die der Kursteilnehmer stieg im gleichen Zeitraum von 250 auf 572 Personen.<sup>132</sup> Unter den Gästen befanden sich die Mitglieder von bis zu acht Selbsthilfegruppen, die sich regelmäßig in der „blisse 14“ trafen.<sup>133</sup> Während die „blisse 14“ damit ihre Kapazitätsgrenze erreicht hatte und sich die Gästezahl langfristig auf 250 bis 300 Personen pro Tag einpendelte<sup>134</sup>, nahm die Zahl der Kursteilnehmer am STZ in den folgenden Jahren weiter zu. 1993 zählte das STZ 764 Teilnehmer und 1995 wurde ein Höchststand von 1135 Personen verzeichnet.<sup>135</sup> Das ursprüngliche Ziel der Stiftung, mit der „blisse 14“ und dem STZ eine *„Begegnungsstätte zwischen Behinderten und Nichtbehinderten“* zu schaffen, war damit fraglos erreicht.<sup>136</sup> Allerdings nahm





Die Gäste im Café „blisse 14“ verbringen gemeinsame Zeit

tendenziell das Interesse an einmaligen Sonderveranstaltungen zuungunsten regelmäßiger Kurse zu, sodass ab Mitte der 1990er Jahre eine gewisse Eventisierung des Angebots der STZ einsetzte.<sup>137</sup> Das grundsätzliche Problem des Bereichs blieben jedoch die nach wie vor hohen Verluste von Cafébetrieb und sozialthe-

rapeutischem Angebot. Durch mehrere Maßnahmen versuchte die Stiftung, hier eine Trendwende herbeizuführen. Das STZ stellte 1997 ihre bisherige Trimesterstruktur in eine Semesterstruktur um.<sup>138</sup> In der „blisse 14“ begann man ab August 1993 damit, die Mitarbeiter neben ihrem Festgehalt prozentual am Umsatz zu beteiligen.<sup>139</sup> Und 1997 blieb das Café erstmalig seit seiner Eröffnung über den Sommer hinweg geöffnet und verzichtete auf eine vierwöchige Betriebsruhe.<sup>140</sup> Trotzdem konnten die finanziellen Verluste insbesondere der „blisse 14“ nicht spürbar verringert werden. 1996 hätte das Café bei gleichbleibenden Fixkosten seinen Umsatz nahezu verdoppeln müssen, um zumindest kostendeckend zu arbeiten. Dies stellte „bei allen Anstrengungen ein kaum erreichbares Ziel“ dar.<sup>141</sup> Erschwerend kam hinzu, dass es der FDS GmbH immer schwerer fiel, die durch den Cafébetrieb auflaufenden Kosten auszugleichen.

Denn für die Hausverwaltung hatten die politischen Veränderungen in Berlin ebenfalls einschneidende Auswirkungen – selbst wenn sich diese erst mit einiger Verzögerung einstellten. Zwar konnte sie nach 1990 die Fremdverwaltung mehrerer Mietobjekte übernehmen und damit eine zusätzliche Erwerbsquelle erschließen.<sup>142</sup> Mit dem Trend zu einer größeren Mieterfluktuation zeichneten sich neue Herausforderungen auf dem Mietmarkt ab. Ab 1996 lag die Zahl der jährlichen Neuvermietungen konstant bei über 10 % der Wohnungen; zwischen 1992 und 1997 mussten 45 % des gesamten Wohnungsbestandes der Hausverwaltung neu vermietet werden.<sup>143</sup> Dies führte an sich schon zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand für die FDS GmbH. Schwerwiegender war noch die Tatsache, dass Neuvermietungen nicht mehr automatisch zu Mieterhöhungen führten; gerade Mietobjekte in „*ungünstigen Lagen*“ konnten oftmals nur noch nach einer Minderung der Monatsmiete weitervermietet

werden.<sup>144</sup> Dies bedeutete Mindereinnahmen, die mittelfristig dazu führten, dass die FDS GmbH Ende der 1990er Jahre nicht mehr in der Lage war, die Verluste des Cafés „blisse 14“ aufzufangen. 1997 erzielte die Hausverwaltung aufgrund außerplanmäßig aufgelaufener EDV-Kosten erstmals seit ihrer Gründung ein negatives Ergebnis, das nur durch ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 300.000 DM ausgeglichen werden konnte.<sup>145</sup> Inzwischen hat die Hausverwaltung, die seit 2008 von Nadine Schleheuser geleitet wird, diese Schwierigkeiten überwunden und ist immer noch ein wesentlicher Faktor bei der Vermögensverwaltung der FDST.

Sozialtherapeutisches Zentrum und „blisse 14“ hatten ihren „Grundgedanken über die Jahre“ hinweg bewahrt. Die therapeutischen Maßnahmen im STZ waren „darauf gerichtet, emanzipatorische und integrative Prozesse einzuleiten und zu fördern“ und damit „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu geben.<sup>146</sup> Die „blisse 14“ war dagegen zu einem Treffpunkt für Menschen mit und ohne Behinderung geworden. Allerdings hatte sie, räumte Kintzel im Geschäftsbericht der FDS GmbH von 1998 ein, in der Zwischenzeit ihr Alleinstellungsmerkmal als einziges barrierefreies Café der Stadt verloren: „Das neu entstehende Berlin bietet behinderten Mitbürgern zunehmend neue rollstuhlgerechte Angebote an.“<sup>147</sup> Vor diesem Hintergrund stellte sich Ende der 1990er Jahre die Frage nach der Zukunft der „blisse 14“ erneut. Der Wechsel in der Geschäftsführung von Reichel auf Schrödter, insbesondere aber die Ankündigung Peter Pardemanns, aus gesundheitlichen Gründen die Leitung des Cafés zum Sommer 2000 aufzugeben, beschleunigte den stiftungsinternen Beschluss über die Zukunft der „blisse 14“.<sup>148</sup> Sie verpachtete die Immobilie zum 09.10.2000 an die Umweltberatungsstelle Berlin e. V. (UBS).<sup>149</sup> Das Sozialtherapeutische Zentrum hingegen wurde mit der Freizeit- und Beratungsstätte in der Schädestraße zu einem Arbeitsbereich vereint. Die UBS führte die „blisse 14“ „im Sinne der Aufgaben und Ziele der Fürst Donnersmarck-Stiftung“ weiter.<sup>150</sup> Im Gegenzug dafür erhielt sie finanzielle Unterstützung bei notwendigen Investitionen und musste lediglich eine symbolische Pacht zuzüglich der Betriebskosten entrichten. Doch auch der UBS gelang es nicht, die „blisse 14“ kostendeckend zu betreiben. Da ihr außerdem die für die Finanzierung ihrer Tätigkeit notwendigen Fördermittel des Landes Berlin gekürzt wurden, musste sie nach etwas mehr als fünf Jahren den Pachtvertrag zum 31.03.2006 auslaufen lassen.<sup>151</sup> Nach einer grundlegenden Sanierung betrieb die Koop gGmbH die Einrichtung von 2009 bis 2013 als Restaurant weiter.<sup>152</sup> 2013 musste sie allerdings Konkurs anmelden und den Gastronomiebetrieb einstellen, da sich die Leitung des Cafés mit den Gesellschaftern überworfen hatte.<sup>153</sup> Seit 2014 wird das Projekt von der FDS Lwerk Berlin Brandenburg gGmbH unter dem Namen „Kunstwerk blisse“ als Café und Kunstwerkstatt weitergeführt – ihm ist eine positive Zukunft zu wünschen.

## Zunehmende Kundenorientierung in Bad Bevensen und Gründung des Reisebüros

Das Gästehaus Bad Bevensen hatte seine wesentliche Transformationsphase bereits 1983 durchlebt, als die Berliner Bezirksämter entschlossen hatten, die Reisekosten für Berliner mit Behinderung nicht mehr zu übernehmen. Dadurch hatte sich das Haus auf die Wünsche und Vorstellungen von Individualkunden einzulassen. Diese Entwicklung wurde in den Folgejahren weiter verstärkt. Waren 1980 noch 771 Gäste auf Kosten der Bezirksämter nach Bad Bevensen gereist, waren es 1988 lediglich noch 38 Personen.<sup>154</sup> Doch durch die Ausrichtung des Angebots auf Individualreisende konnte das Gästehaus diesen Rückgang abfangen; anders als ursprünglich befürchtet stieg die Zahl der Übernachtungsgäste im Laufe der 1980er Jahre sogar derart an, dass die FDST im Dezember 1989 mit dem Bau von 16 zusätzlichen Einzelzimmern begann und den Speisesaal erweiterte.<sup>155</sup> Der Großteil der Besucher kam weiterhin aus Berlin (West).<sup>156</sup>

Allerdings machten sich in den Folgejahren auch in Bad Bevensen erste Umbrucherscheinungen bemerkbar. Eine einschneidende Neuerung war sicherlich das überraschende Ausscheiden von Herrmann Voges zum 31.03.1995. Da die Stiftung den ehemaligen Leiter nicht unmittelbar ersetzen konnte, wurde das Gästehaus für etwa ein halbes Jahr von Berlin aus geleitet. Michael Schmidt, Planungsbeauftragter für den Bau des HausRheinsberg, pendelte zu diesem Zweck regelmäßig in die Lüneburger Heide. Erst zum 15.10.1995 wurde mit Volker Golly ein neuer Leiter gefunden, der die Einrichtung bis zum 01.04.2002 führen sollte.<sup>157</sup> Auch strukturelle Änderungen zeichneten sich ab. Die Zahl der Übernachtungen blieb zwar nach wie vor auf einem hohen Niveau, doch stellten zwei Tendenzen die Verantwortlichen vor neue Herausforderungen. Einerseits machte sich das zunehmende Alter der Gäste bemerkbar. Die Mehrheit unter ihnen hielt Bad Bevensen schon seit Jahren die Treue und sorgte für die konstante Auslastung des Hauses. Ende der 1990er Jahre trat aber die Situation ein, dass viele dieser Gäste aufgrund ihres Alters nicht mehr länger verreisen konnten und die Belegung in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum merklich zurückging.<sup>158</sup> Andererseits hatten sich die Ansprüche der Gäste an den Komfort im Gästehaus spürbar erhöht. Inzwischen waren Menschen mit Behinderung und vor allem Rentner auch von kommerziellen Reiseveranstaltern als potentielle Kunden entdeckt worden, sodass sich mehr und mehr Hotels auf ihre Bedürfnisse einstellten.<sup>159</sup> Die Stiftung musste auf diese gestiegenen Anforderungen reagieren und baute das ehemalige „Versehrten- und Altenheim“ zu einem Gästehaus mit „hotelähnlichem Charakter“ aus.<sup>160</sup> 1996 verringerte sie die Anzahl der Doppelzimmer zugunsten mehrerer Einzelzimmer<sup>161</sup> und 1999 stellte sie einen

Küchenmeister ein, der das gastronomische Niveau im Haus deutlich anheb.<sup>162</sup> Doch weiterhin hielt Golly am System der festen Erholungsdurchgänge mit einer gemeinsamen An- und Abreise fest. Dies sorgte zwar für eine im Voraus relativ gut planbare Auslastung, stand aber im Widerspruch zur zunehmenden Flexibilisierung und Individualisierung des Reisemarktes und verhinderte auf lange Sicht die Erschließung neuer Kundengruppen.<sup>163</sup> Es war deswegen nur eine Frage der Zeit, bis die starre Struktur der Erholungsdurchgänge durchbrochen wurde. Zunächst nur zögerlich, dann unter der Leitung Michael Klopps<sup>164</sup> immer häufiger nahmen die Buchungen von Gruppen- oder Individualreisen außerhalb der regulären Erholungsdurchgänge zu. Die durchschnittliche Verweildauer der Gäste sank, die Anzahl der übernachtenden Personen stieg dagegen an. Gleichzeitig nahm die Anzahl der Gäste, die von außerhalb Berlins kamen zu, ohne jedoch die Dominanz der Berliner Gäste ganz umzukehren. 2004 wurde der 3-Wochen-Zyklus grundsätzlich aufgehoben.<sup>165</sup> Aus dem „Versehrten- und Altenheim“ war ein modernes Gästehaus geworden, das sich den üblichen Herausforderungen der Tourismusbranche stellen muss. Dies bedeutete für die FDST einerseits einen erhöhten Aufwand, um das Hotel zu betreiben. Andererseits ist es ein Beispiel dafür, dass sich die gesellschaftliche Situation von Menschen mit Behinderung in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verändert hat und ihre Teilhabe am Alltagsleben ein Stück näher gekommen ist.

Um diesen Herausforderungen weiterhin gerecht werden und den Gästen in Bad Bevensen ein modernes Haus bieten zu können, entschied sich die Stiftung Mitte der 2000er Jahre dazu, erneut großzügig in das Gästehaus zu investieren.<sup>166</sup> Dafür veranstaltete die FDST in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Hildesheim eigens einen Architekturwettbewerb, um kreative, zukunftsweisende Entwürfe für



Das Gästehaus Bad Bevensen nach dem Umbau

den anvisierten Neubau zu erhalten.<sup>167</sup> Das Ergebnis war ein Entwurf, der vor allem ein gestärktes Angebot für die Kurbesucher Bad Bevensens berücksichtigte: „Um die Stammgäste an das Haus zu binden und neue Gästekreise zu erschließen, ist insbesondere ein gut gemachtes zielgruppengerechtes Vital-Zentrum von Bedeutung.“<sup>168</sup> Den Beschluss für diesen größten Umbau in der Geschichte des Gästehauses traf das Kuratorium in seiner Sitzung vom 07.07.2006. 3,6 Mio. Euro sah es für die gesamten Baumaßnahmen vor.<sup>169</sup> Um das Projekt möglichst zügig vorantreiben zu können, wurde das Gästehaus mit Baubeginn am 17.09.2007 geschlossen.<sup>170</sup> Lediglich zu Weihnachten öffnete das Haus temporär, um es langjährigen Stammgästen zu ermöglichen, ihre Feiertage in Bad Bevensen zu verbringen. Als alle Bauarbeiten endlich abgeschlossen waren, fanden sich zur Einweihung des Neubaus am 30.10.2008 in Bad Bevensen zahlreiche Ehrengäste ein – neben dem Kuratorium waren die niedersächsische Ministerin für Frauen, Familie und Gesundheit, Mechthild Ross-Luttmann, der Behindertenbeauftragte des Landes Niedersachsen, Karl Finke, der Direktor des Diakonischen Werks der Landeskirche Hannover, Manfred Schwetje, und der Landessuperintendent, Hans-Hermann Jantzen, anwesend.<sup>171</sup> Nach dem Umbau erstrahlte das Gästehaus in neuem Glanze: Es hatte nun ein einladendes Foyer inklusive Rezeption, neue Gruppen- und Seminarräume, fünf zusätzliche Zimmer, eine modernisierte Bibliothek und vor allem das neue Vital-Zentrum mit Bio-Sauna, Gymnastik- und Entspannungsraum sowie einem vielfältigen Kursangebot.<sup>172</sup> Damit konnten die „beiden Hauptziele des Neubaus“ – die „Stärkung des Gesundheitsbereichs sowie die Schaffung von Räumen für Gruppen“ – vollständig erreicht werden.<sup>173</sup> Beide Bereiche trugen in den folgenden Jahren wesentlich zur Auslastung des Gästehauses bei.<sup>174</sup> Weiterhin nahm auch die Zahl der Buchungen aus dem Ausland zu.<sup>175</sup> Das Haus wird sich gleichwohl auch in Zukunft unterschiedlichen Herausforderungen gegenübersehen: Die immer kürzeren Aufenthaltszeiten erhöhen für alle Mitarbeiter den Arbeitsaufwand; der Rückgang von Stammkunden aufgrund des flexibilisierten Reiseverhaltens von Menschen mit Behinderung führen zu einem aufwendigeren Marketing und die gestiegenen Anforderungen der Gäste machen es nötig, das eigene Angebot andauernd zu hinterfragen. Doch der Neubau und eine motivierte Mannschaft bilden die beste Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche Zukunft des Gästehauses Bad Bevensen.

### Das Reisebüro der Fürst Donnersmarck-Stiftung

Die Veränderungen in Bad Bevensen Ende der 1990er Jahre machten darüber hinaus verstärkte Marketinganstrengungen notwendig, ohne die eine ausreichende Belegung des Gästehauses nicht mehr zu gewährleisten war. Das Berliner Kontaktbüro,

das schon in den 1980er Jahren einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hatte, die Auswirkungen des Berliner Sparbeschlusses abzufedern, war diesbezüglich eine wichtige Einrichtung.<sup>176</sup> Mitte der 1990er Jahre baute die FDST das Kontaktbüro systematisch aus und verknüpfte es mit dem Angebot in der Schädestraße. Dort organisierte seit dem 01.01.1994 Ines Voll Tagesfahrten für Men-

schen mit Behinderung<sup>177</sup>; im Sommer 2000 verließ sie die Schädestraße, um gemeinsam mit Elke Heuchert das aus dem Kontaktbüro hervorgegangene „Reisebüro“ als einen neuen Bereich der Stiftung zu eröffnen.<sup>178</sup> Nach einer kurzen Phase in der Livländischen Straße befindet sich das Reisebüro seit 2001 in der Blissestraße 12. Ziel dieses neuen Stiftungsangebotes war es, ein „Reisebüro zu werden, das dem behinderten Reiseinteressierten ein vielseitiges Angebot unterbreiten, notwendige Begleitung vermitteln und ihn ermutigen kann, das Abenteuer Reise und Erholung in einer fremden Umgebung zu wagen.“<sup>179</sup> Dafür organisiert der Bereich, der seit dem 01.01.2003 von Michael Schmidt geleitet wird, Fern- und Kurzreisen für Menschen mit Behinderung.<sup>180</sup> Gleichzeitig wirkt das Reisebüro als „Anlaufstelle für soziale Kontakte von Stammgästen besonders in Krisensituationen wie schwerer Erkrankung oder Tod des Lebenspartners.“<sup>181</sup> Nicht zuletzt sind die beiden Mitarbeiterinnen des Reisebüros im Rahmen der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung aktiv und beispielsweise auf zahlreichen Messen präsent.

Um diesen vielfältigen Aufgaben gerecht werden zu können, wurden die Geschäftsräume des Reisebüros ab Mai 2002 einer gründlichen Renovierung unterzogen.<sup>182</sup> Am 23.05.2003 wurden die nun großzügig gestalteten Räumlichkeiten mit einer einladenden Fensterfront am Straßenbereich und einem komplett barrierefreien Zugang feierlich eingeweiht.<sup>183</sup> Schnell entwickelte sich die Einrichtung zu einem „Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für Reisen behinderter Menschen.“ Als eine in ihrer Art „konkurrenzlose Einrichtung in Berlin“ weitete sie gleichzeitig ihr Reiseangebot aus.<sup>184</sup> Führt sie beispielsweise 2003 neben den pädagogischen Reisen für die „Donnersmärcker“ insgesamt lediglich fünf Reisen mit 33 Teilnehmern



Heutige Außenansicht des Reisebüros in der Blissestraße 12



durch, waren es im Jahr 2010 insgesamt 32 Tagesfahrten mit 540 Teilnehmern und sechs Kurzreisen mit 55 Teilnehmern.<sup>185</sup> Darüber hinaus wurde das Reisebüro in immer stärkerem Maße zum Ansprechpartner für generelle Anfragen zur Fürst Donnersmarck-Stiftung und damit zu einem Fenster der Organisation in die Stadt hinein.<sup>186</sup> Nachdem jedoch die Buchungen von Berlinern im Gästehaus Bad Bevensen zurückgingen, konzentrierten die Mitarbeiterinnen des Reisebüros ihre Ressourcen wieder stärker auf die Kundenakquisition für Bad Bevensen.<sup>187</sup> Die Anzahl externer Tagesfahrten und Kurzreisen ging dagegen etwas zurück, sodass 2014 nur noch 16 Tagesfahrten mit 291 Teilnehmern und 5 Kurzreisen mit 62 Teilnehmern durchgeführt wurden.<sup>188</sup> Gleichwohl bleibt das Reisebüro weiterhin ein „lebendiger und kommunikativer Ort rund um das Thema Menschen mit Behinderung“, dessen Engagement weit über „den eigentlichen Schwerpunkt des barrierefreien Reisens“ hinausgeht.<sup>189</sup>

Ähnlich wie das Fürst Donnersmarck-Haus durchliefen die Arbeitsbereiche Freizeit, Bildung, Beratung sowie Tourismus in den 1990er Jahren eine Transformationsphase, die nicht durch den Wechsel der Finanzierungsgrundlage, sondern durch den veränderten Gesellschaftskontext geprägt war. Insbesondere die Freizeit- und Bildungsstätte in der Schädestraße und das Gästehaus Bad Bevensen waren mit der Situation konfrontiert, dass ihre Klientel überalterte und sie nur wenige junge Menschen erreichten. Sie mussten sich deswegen stärker als bisher nach außen öffnen und ihr Angebot modernisieren. Das Sozialtherapeutische Zentrum und die „blisse 14“ standen dagegen vor der Schwierigkeit, ihre Finanzierbarkeit auf Dauer sicherzustellen. Während das STZ schließlich mit der Freizeit- und Bildungsstätte verschmolz, wurde die „blisse 14“ kurz nach der Jahrtausendwende an externe Pächter vermietet, die das Café im Sinne der FDST weiter führen.

#### IV.4 DIE JAHRE 1989–1997. ZUSAMMENFASSUNG

Als Ekkehard Reichel nach über 25 Jahren als Geschäftsführer der Fürst Donnersmarck-Stiftung in den Ruhestand ging, hatte sich das Gesicht der Stiftung im Vergleich zu 1971 deutlich verändert. Aus einer kleinen Stiftung war unter seiner Leitung eine vielgestaltige, dynamische und vor allem wirtschaftlich potente Organisation geworden. Die Grundlage dieser Veränderungen bildete der Verkauf des Frohnauer Stiftungsgeländes an das Land Berlin und die anschließende kluge Anlagepolitik Reichels sowie der Kuratoriumsmitglieder. Dadurch schufen sie die ökonomischen Voraussetzungen für die nachfolgende Entwicklung der FDST. Die Stiftung investierte ihr Vermögen in geeignete Immobilienobjekte zur Bestandserhaltung überwiegend in Berlin und Hamburg und nutzte die Mieteinkünfte, um ihre Arbeitsbereiche sukzessive weiterzuentwickeln.



Der Arbeitsbereich Freizeit, Bildung, Beratung, der zunächst lediglich aus der Villa Donnersmarck bestand, wurde um das Sozialtherapeutische Zentrum erweitert. Gleichzeitig öffnete sich vor allem Anfang der 1990er Jahre die Villa Donnersmarck nach außen und sprach in zunehmendem Maße eine breite Öffentlichkeit an. Das Gästehaus Bad Bevensen musste dagegen schon 1983 sein Geschäftsmodell auf Individualreisende umstellen. Den Verantwortlichen gelang es jedoch, diesen Umbruch schnell und erfolgreich zu moderieren, sodass das Gästehaus bereits nach kurzer Zeit seine Belegungszahlen stabilisieren und sogar steigern konnte. Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage wurde die Bettenzahl in Bad Bevensen sukzessive erhöht. Mitte der 1990er Jahre musste das Gästehaus deutlich modernisiert werden, um den gewandelten Ansprüchen seiner Gäste weiterhin zu entsprechen. Darüber hinaus erweiterte die FDST ihr Reiseangebot für Menschen mit Behinderung durch die Gründung des Reisebüros sowie – perspektivisch – das noch im Entstehen begriffene „HausRheinsberg Hotel am See“. Den größten Umbruch erlebte allerdings der Arbeitsbereich Rehabilitation. Dieser war durch zwei unterschiedliche Tendenzen geprägt. Erstens trieb die Stiftung schon früh die Ambulantisierung ihrer Wohnangebote voran. Diese Entwicklung kulminierte in der Gründung des ABW sowie des AD. Auf diese Weise bekam das FDH niemals den Charakter einer stationären Großeinrichtung, sondern blieb trotz aller Veränderungen überschaubar. Auf der anderen Seite ging die FDST mit der Errichtung des Jugend- und Erwachsenenheims dazu über, eine geschlossene Rehabilitationskette aufzubauen, durch die Menschen mit Behinderung über ihr gesamtes Leben hinweg versorgt werden konnten. Allerdings wurde spätestens Ende der 1980er Jahre offensichtlich, dass diese Konzeption von der Realität überholt worden war, da viele Menschen mit Behinderung, die früher in das FDH gezogen wären, nun ambulant betreut wurden. Dadurch entstand jedoch der Druck, die Ausrichtung des Arbeitsbereichs grundlegend zu überdenken. Dies führte letztlich zur Konzentration auf Menschen mit erworbenen Hirnschädigungen – das FDH spaltete sich in ein Angebot für eine hochspezialisierte, nachklinische Rehabilitation und ein weitgehend dezentrales Wohnangebot.

Am 01.10.1997 ging Ekkehard Reichel offiziell in den Ruhestand und wurde von dem Industriekaufmann Wolfgang Schrödter abgelöst.<sup>190</sup> Dieser hatte nach seiner Lehre zunächst mehrere Jahre in unterschiedlichen Führungspositionen für die Siemens AG in Deutschland und dem Ausland gearbeitet und war später für etwas mehr als vier Jahre als Kaufmännischer Leiter für die v. Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel tätig gewesen.<sup>191</sup> Um den Wechsel in der Geschäftsführung nach dieser langen Zeit möglichst reibungslos zu gestalten, trat Schrödter seine Stelle bereits am 01.04.1997 an und arbeitete ein halbes Jahr lang mit Reichel zusammen.<sup>192</sup>

Veränderungen blieben dennoch nicht aus. So wurde Jürgen Kintzel zum Geschäftsführer der FDS GmbH befördert und künftig durch einen Aufsichtsrat bestehend aus Schrödter und drei Kuratoriumsmitgliedern überwacht.<sup>193</sup> Die erste Aufsichtsrats-sitzung überhaupt fand am 09.01.1998 statt.<sup>194</sup> Auch auf der mittleren Leitungsebene sorgte der Wechsel in der Geschäftsführung für Bewegung. Schrödter ging kurz nach der Übernahme seiner neuen Position daran, den Organisationsentwicklungsprozess voranzutreiben, der zu einer Neustrukturierung der drei Arbeitsbereiche führte. In diesem Kontext eröffneten sich für verschiedene Mitarbeiter neue Betätigungsfelder, die diese für sich nutzen konnten. Gleichzeitig zeigte sich Schrödter offen für konzeptionelle Weiterentwicklungen der Einrichtungen wie etwa der Villa Donnersmarck, die unter seiner Verantwortung noch konsequenter auf die breite Öffentlichkeit ausgerichtet wurde als bisher. Mit dem Wechsel in der Geschäftsführung veränderte sich der Charakter der FDST damit ein weiteres Mal – jedoch sollten die wesentlichen Änderungen erst nach der Jahrtausendwende wirksam werden.<sup>195</sup>

Gleichzeitig hielt er an den erfolgreichen Traditionen der Stiftung fest. Dies galt etwa für zukunftsweisende Projekte wie der Gründung des „HausRheinsberg“, die noch auf die Zukunftswerkstatt anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der Stiftung zurückgeht. Denn schon im Rahmen der Zukunftswerkstatt „Stiftung 2000“ wurde der Wunsch nach einem weiteren touristischen Angebot der FDST geäußert. Zu diesem Zeitpunkt regten die Teilnehmer des Workshops die Gründung einer barrierefreien, internationalen Tagungsstätte außerhalb Berlins an.<sup>196</sup> Es sollte allerdings bis 1994 dauern, ehe dieser Vorschlag aufgegriffen und Maßnahmen zur Gründung eines weiteren Stiftungshotels angegangen wurden. Zum 01.02.1995 wurde Michael Schmidt als Planungsbeauftragter für das neue Projekt angestellt.<sup>197</sup> Gemeinsam mit Friedhild Mory stellte er am 02.06.1995 vier denkbare Szenarien für das zukünftige Haus der Stiftung vor: Die Gründung eines Gästehauses mit Kurangebot nach dem Vorbild von Bad Bevensen, einer Hotelanlage mit Freizeit- und Seminar-möglichkeiten, eines Seminar- und Tagungshauses mit internen sowie externen Bildungsangeboten oder einer reinen Freizeitanlage. Als mögliche Standorte kamen ein Grundstück in Rheinsberg nahe des Grienericksees oder ein Teil der Beelitzer Heilstätten in Betracht – der grundsätzliche Beschluss, die kommende Einrichtung in den neuen Bundesländern zu errichten, war zu diesem Zeitpunkt bereits gefallen.

Auf der Kuratoriumssitzung vom Juni 1995 fiel darüber hinaus eine weitere Richtungsentscheidung. Denn hier sprachen sich die Kuratoriumsmitglieder einhellig gegen die Gründung einer internationalen Tagungsstätte wie ursprünglich angedacht aus. Stattdessen votierten sie für den Bau einer Hotelanlage mit gehobenem Niveau, die mit Seminarräumen versehen werden sollte.<sup>198</sup> In der darauf folgenden Kuratoriumssitzung vom 03.11.1995 schloss sich das Kuratorium der Meinung

Guidotto Fürst von Donnersmarcks an, der dafür plädierte, die „Stiftungsmittel in ein weiteres Neubauprojekt gemäß den Satzungszwecken anzulegen [...]“. <sup>199</sup> Die Kuratoriumsmitglieder entschieden sich weiterhin für den Standort Rheinsberg, der ein schöner gelegenes Grundstück und ein größeres Zukunftspotential versprach. 4 Millionen DM sollte das 13.000 qm große Grundstück kosten, dessen Kaufvertrag ein Rücktrittsrecht bis zum 31.05.1996 beinhaltete. <sup>200</sup> Der notarielle Vertrag mit der veräußernden Erbengemeinschaft wurde am 04.03.1996 geschlossen. <sup>201</sup> Am 23.09.1996 erfolgte die grundbuchamtliche Vormerkung des Grundstücks; am 16.10.1996 überwies die Stiftung den gesamten Kaufpreis. <sup>202</sup> Die offizielle Grundstücksübernahme fand am 16.01.1997 statt. <sup>203</sup> Zu einem späteren Zeitpunkt erwarb die FDST zur Arrondierung ihres Grundstückes von der Treuhandanstalt das nahegelegene ZEKIWA-Gelände von 1.350 qm. <sup>204</sup> Damit war nach ungefähr fünf Jahren die „Vision einer Arbeitsgruppe des Workshops ‚Stiftung 2000‘ [...] in modifizierter Form Realität“ geworden. <sup>205</sup> Unter der Geschäftsführung Ekkehard Reichels hatte sich die Fürst Donnersmarck-Stiftung von bescheidenen Anfängen zu einer Großstiftung entwickelt. Unter Wolfgang Schrödter kam es nun darauf an, diesen Prozess weiterzuführen und die verschiedenen Arbeitsbereiche der Stiftung im Hinblick auf die gesellschaftlichen Veränderungen weiterzuentwickeln. Das Projekt HausRheinsberg, die Neukonzeption des Arbeitsbereiches Freizeit, Bildung, Beratung sowie die permanente Umgestaltung des Fürst Donnersmarck-Hauses und seiner ambulanten Wohnangebote waren Zukunftsthemen, denen sich die Stiftung in den kommenden Jahren widmete.

- 
- 1 Vgl. Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (Hrsg.): Das Donnersmarck-Magazin. Reportagen, Berichte und Interviews aus der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin, Berlin [1991]. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PUB-39, unpaginiert.
  - 2 Zur Festschrift vgl. Golka; Wieder: Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung 1916-1991. Zum Archiv der FDST vgl. Golka; Weinert: Aus dem Blick in die Vergangenheit Perspektiven in die Zukunft entwickeln.
  - 3 Vgl. Dokumentation zum Festakt und Symposium „Schlechte Wegstrecke. Behinderung als Alltag“ anlässlich der 75-Jahrfeier der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin am 02.10.1991. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-63, unpaginiert.
  - 4 Vgl. Programm „Schlechte Wegstrecke. Behinderung als Alltag.“ Ein Symposium der Fürst

Donnersmarck-Stiftung zu Berlin am 2. Oktober 1991. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-435, unpaginiert.

- 5 Vgl. Jeder ist ein Teil des Ganzen. Eine Ausstellung der Fürst Donnersmarck-Stiftung über die Arbeit mit Körper- und Schwer mehrfachbehinderten. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-435, unpaginiert.
- 6 Vgl. Jahresbericht FDST 1991, S. 28. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-4.
- 7 Zur Methode der Zukunftswerkstatt vgl. Jungk, Robert; Müllert, Norbert R.: Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation, München 1981.
- 8 Einladung der Geschäftsführung zur Zukunftswerkstatt vom 25.06.1991. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung STZ-11, unpaginiert.

- 9 Vgl. Zukunftswerkstatt. Stiftung 2000 – Zu einer zeitgemäßen, bedarfsorientierten und qualifizierten Behindertenarbeit. Protokoll. 23.-24.08.1991. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung STZ-11, unpaginiert.
- 10 Vgl. Jahresbericht FDST 1996, S. 19. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-5.
- 11 Vgl. zu dem gesamten Vereinigungsprozess Schliehe, Ferdinand; Zollmann, Pia: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 11. 1989-1994. Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2007, S. 742-763; Hendrich: Die Rolle der DVfR in der Entwicklung der Rehabilitation, S. 31-108, hier S. 85-87.
- 12 Schliehe; Zollmann: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, S. 742-763, hier S. 748.
- 13 Vgl. Schliehe: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, S. 459-478, hier S. 471.
- 14 Dies war der Grund dafür, dass die Sozialleistungsquote weltweit in allen wirtschaftlich entwickelten Demokratien außer den Niederlanden zwischen 1980 und 1995 trotz zum Teil radikaler Sparmaßnahmen weiter anstieg. Vgl. Hockerts: Vom Problemlöser zum Problemerzeuger?, S. 3-29, hier S. 18-24.
- 15 Vgl. Ritter: Der Sozialstaat, S. 215-216.
- 16 Vgl. aus einer rechtshistorischen Perspektive Stolleis, Michael: Geschichte des Sozialrechts in Deutschland. Ein Grundriss, Stuttgart 2003, S. 302-304.
- 17 Hockerts: Vom Problemlöser zum Problemerzeuger?, S. 3-29, hier S. 28.
- 18 Vgl. Schliehe: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, S. 459-478, hier S. 477-478.
- 19 Vgl. Kloczek: Soziale Stiftungen und Vereine zwischen moderner Daseinsfürsorge und vorsorgendem Sozialstaat, S. 363-372, hier v. a. S. 368.
- 20 1970 erhielt die FDST beispielsweise einen Pflegesatz von 56,10 DM pro Monat und Bewohner. Um wirklich kostendeckend arbeiten zu können, benötigte sie jedoch einen Pflegesatz von 75,86 DM. Vgl. Ergebnis der Jahresrechnung 1970 des FDH. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-116, unpaginiert.
- 21 Vgl. Protokoll VWA vom 19.06.1981, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-79, unpaginiert.
- 22 Vgl. Protokoll VWA vom 06.07.1989, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-80, unpaginiert.
- 23 Vgl. Schreiben Richter an die Senatsverwaltung für Jugend und Familie vom 02.02.1994. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-135, unpaginiert.
- 24 Vgl. die Schreiben Senatsverwaltung für Jugend und Familie an die FDST vom 15. und 16.08.1995. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-137, unpaginiert.
- 25 Golka; Wieder: Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung 1916-1991, S. 118.
- 26 Vgl. Schreiben Senatsverwaltung für Jugend und Familie an das Diakonische Werk Berlin vom 20.04.1991. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-71, unpaginiert.
- 27 Jahresbericht FDST 1993, S. 24. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-4.
- 28 Beispielsweise wurden für die Jahre 1996 bis 1998 die Pflegesätze aller Berliner Einrichtungen für Menschen mit Behinderung pauschal um jeweils 2 % gekürzt. Vgl. Jahresbericht FDH 1996, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-3; Protokoll VWA vom 31.01.1997, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-581, unpaginiert.
- 29 Vgl. Berliner Rahmenvereinbarung für leistungsgerechte Entgelte im Bereich Soziales – ERV, S. 14. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-73, unpaginiert.
- 30 Vgl. Richter: Wiederbesetzung freierwerdender Stellen; hier medizinischer Bereich – Stellen in der Krankengymnastik und Beschäftigungstherapie. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-68, unpaginiert.
- 31 Jahresbericht FDST 1995, S. 40. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-5.
- 32 Vgl. Schreiben Senatsverwaltung für Jugend und Familie an die Senatsverwaltung für Soziales vom 13.07.1993. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-72, unpaginiert; Schreiben Richter an die Senatsverwaltung für Jugend und Familie – Heimaufsicht vom 19.08.1993. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-72, unpaginiert.
- 33 Vgl. Jahresbericht FDH 1995, S. 10. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-3.
- 34 Vgl. Verbleibstudie der ehemaligen Bewohner des Fürst Donnersmarck-Hauses. Untersuchung der derzeitigen Lebenssituation der ehemaligen Bewohner des Fürst Donnersmarck-Hauses. Mai 1995. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-128, unpaginiert.
- 35 Jahresbericht FDH 1995, S. 13. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-3.
- 36 Vgl. dazu Protokoll Kuratoriumssitzung vom 19.11.1993, S. 8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-636, unpaginiert sowie den Schriftwechsel in der Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-89, unpaginiert.
- 37 Schon 1997 waren die Plätze im Kinderheim von 46 auf 38 reduziert worden. Das Jugendheim wurde gleichzeitig um zwei Plätze von 32 auf 34 aufgestockt, während das Erwachsenenheim von 46 auf 52 Plätze wuchs. Vgl. Jahresbericht FDST 1997, S. 28. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-5.
- 38 Vgl. Jahresbericht FDH 1996, S. 12-13. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-3.

- 39 Konzeptionelle Ausrichtung des Fürst Donnersmarck-Hauses, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-578, unpaginiert.
- 40 Vgl. Ebd., S. 2.
- 41 Vgl. Fürst Donnersmarck-Stiftung: Das Fürst Donnersmarck-Haus. Therapie, Wohnen, nachsorgende Reha, Pädagogik, Berlin 2000, S. 7.
- 42 Vgl. Jahresbericht FDH 1998, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-3.
- 43 Derzeitige Situation und mögliche Perspektiven des Kinderheims 1990, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-119, unpaginiert.
- 44 Bericht über die Wohnversorgung erwachsener geistig und/oder körperlich behinderter Menschen in Berlin – Wohnbericht 1994, S. 19. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-71, unpaginiert. Hervorhebung im Original.
- 45 Jahresbericht FDH 1989, S. 12. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-2.
- 46 Ebd., S. 18.
- 47 Vgl. Jahresbericht FDH 1993, S. 22. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-2.
- 48 Jahresbericht FDST 1988, S. 14. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-40.
- 49 Vgl. bspw. Zyrus, Marion: Evangelisches Rehabilitationszentrum Berlin-Frohnau. Wohnen und Leben im Fürst Donnersmarck-Haus, in: Tribüne vom 04.09.1991. ELAB 55.5/0658, unpaginiert.
- 50 Vgl. Rudloff; Schliehe: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, S. 583-604, hier S. 593.
- 51 Vgl. Schliehe; Zollmann: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, S. 742-763, hier S. 754.
- 52 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 27.04.1990, S. 8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-117, unpaginiert.
- 53 Vgl. Galka, Thomas: Interview mit Psychologen im Fürst Donnersmarck-Haus, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1990) 1, S. 11-19.
- 54 Am 04.02.1998 wurde das FDH beispielsweise von Hannelore Kohl besucht. In ihrer Funktion als Präsidentin des Kuratoriums des ZNS für Unfallverletzte mit Schäden des Zentralen Nervensystems e. V. spendete sie der Stiftung 40.000 DM, die für die Ausstattung von 5 EDV-Therapieplätzen bestimmt waren. Vgl. Pressemeldung vom 20.01.1998. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-619, unpaginiert.
- 55 Vgl. dazu Kapitel V.
- 56 Vgl. dazu Fürst Donnersmarck-Stiftung: 25 Jahre Ambulant Betreutes Wohnen, [Berlin 2004], o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PUB-32, unpaginiert.
- 57 Manfred Richter: Aufgabenverteilung und Zusammenarbeit zwischen Leitung und Mitarbeitern/ Mitarbeiterinnen der betreuten Wohngemeinschaften für Behinderte (WG) und Betreuungsgemeinschaften für Behinderte (BG) des Fürst Donnersmarck-Hauses. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-105, unpaginiert.
- 58 Vgl. Kopie Schreiben Richter an die HK Consulting Baugesellschaft mbH vom 28.12.1988. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-615, unpaginiert.
- 59 Protokoll VWA vom 09.02.1989, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-80, unpaginiert. Diese Entscheidung führte zu einer kleinen Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus über die Finanzierung der ambulanten Wohnangebote.
- 60 Vgl. Fandrey: Krüppel, Idioten, Irre, S. 241-244.
- 61 o. V.: Eine große Aufgabe, in: Not (1998) 2, S. 34-35, hier S. 34.
- 62 Vgl. Jahresbericht FDH 1990, S. 8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-2.
- 63 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 21.04.1989, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-117, unpaginiert.
- 64 Vgl. Protokoll VWA vom 09.02.1989, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-80, unpaginiert.
- 65 Vgl. Kopie Schreiben Reichel an das Bezirksamt Reinickendorf vom 10.06.1993. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-5, unpaginiert.
- 66 Vgl. Konzeption für das Neubauprojekt Am Querschlag 7-9 [Juni 1992]. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-5, unpaginiert.
- 67 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 03.06.1994, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-636, unpaginiert.
- 68 Vgl. Jahresbericht FDST 1994, S. 38. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-5.
- 69 Vgl. Geschäftsbericht GmbH 1995, S. 32. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-7.
- 70 Vgl. Jahresbericht FDST 1995, S. 26. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-5. Insgesamt musste die FDST für das Bauvorhaben, das durch die IBB gefördert wurde, 7,5 Mio. DM aufbringen.
- 71 Vgl. Jahresbericht FDH 1995, S. 4-5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-3.
- 72 Die Auseinandersetzung über den Kostenvorbehalt prägte auch die politische Diskussion über die Reform des Sozialgesetzbuches. Vgl. Otto, Annett: Regierung will Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik, in: Berliner Zeitung vom 03.12.1999, S. 9.
- 73 Vgl. Mai, Marina: Traum vom selbstbestimmten Leben, in: Die Tageszeitung vom 24.06.1997, S. 23; DIPU: „Wenn ich sterbe, dann ist auch einer da, den ich mag“, in: Der Nord-Berliner vom 29.05.1997. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FRO-95, unpaginiert; Drewes, Sabine: Das Recht auf Selbstständigkeit, in:

- Zitty (1997) 11, S. 21-23. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FRO-95, unpaginiert.
- 74 Vgl. Poore: Disability in Twentieth-Century German Culture, S. 286-287.
- 75 Vgl. Rudloff: Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung in der bundesdeutschen Behindertenpolitik (1945-1990), S. 109-131, hier S. 128-130; Ders.: Das Ende der Anstalt?, S. 169-190, hier S. 183-185.
- 76 Lünemann, Theo: Jede(r) für sich – und doch gemeinsam, in: WIR. Informationen von und für Behinderte in der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1994) 4, S. 28-29, hier S. 28.
- 77 Jahresbericht FDH 1991, S. 39. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-2.
- 78 Vgl. Jahresbericht FDH 1991, S. 37. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-2.
- 79 Vgl. Jahresbericht FDH 1992, S. 33. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-2.
- 80 Vgl. Jahresbericht FDST 1992, S. 26. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-4.
- 81 Vgl. Golka, Thomas: Interview mit Frau Moltrecht, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1992) 4, S. 3-6, hier S. 5.
- 82 Vgl. Jahresbericht FDST 1997, S. 34. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-5.
- 83 Vgl. Konzeption Betreutes Einzelwohnen für Körperbehinderte. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-119, unpaginiert.
- 84 Vgl. Lünemann: Jede(r) für sich – und doch gemeinsam, S. 28-29, hier S. 29.
- 85 Erste Überlegungen in diese Richtung hatte gleichwohl eine Arbeitsgruppe im Anschluss an den Workshop „Stiftung 2000“ angestellt. Denn während des Workshops wurde die zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Betreuungsangebots der FDST als besonders dringend eingeschätzt. Vgl. Protokoll der 2. Sitzung des Workshops Stiftung 2000 vom 03.04.1992. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung STZ-11, unpaginiert.
- 86 Vgl. Rede von Jutta Moltrecht bei der Eröffnung des AD. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-394, unpaginiert; Bericht der Projektgruppe Ambulanter Dienst der Fürst Donnersmarck-Stiftung. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-114, unpaginiert.
- 87 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 14.11.1997, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-578, unpaginiert.
- 88 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 18.06.1998, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-578, unpaginiert. Das FDH konzentrierte sich künftig hingegen ganz auf seine Aufgabe als stationäre Einrichtung im Sinne der oben beschriebenen inhaltlichen
- Neukonzeption sowie der verstärkten Beschäftigung mit kognitiver Neurorehabilitation.
- 89 Jahresbericht Zeltlager Straße 1998, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-184.
- 90 Vgl. Römermann, Marion: Eröffnung Ambulante Dienste der FDS, in: WIR. Informationen von und für Behinderte in der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1999) 3, S. 8.
- 91 Vgl. Fürst Donnersmarck-Stiftung: 25 Jahre Ambulant Betreutes Wohnen. Eine Bereichsbiografie, Berlin [2004], S. 15.
- 92 Während der deutschen Teilung waren junge Männer in Berlin (West) vom Wehr- oder Zivildienst befreit.
- 93 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 20.11.1992, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-636, unpaginiert. Hans-Walter Schmulh hat darauf hingewiesen, dass Zivildienstleistende einen wesentlichen Beitrag zur Modernisierung der Heime für Menschen mit Behinderung leisteten, weil sie neue Impulse von außen in die Einrichtungen trugen. Vgl. Schmulh: Lebensbedingungen und Lebenslagen von Menschen mit geistiger Behinderung in den v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel seit 1945, S. 133-160, hier S. 135-136.
- 94 Vgl. Jahresbericht Schädestraße 1993, S. 5-6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-5.
- 95 Konzeption des Fürst Donnersmarck-Hauses. Stand 27.02.1998, S. 23. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-119, unpaginiert.
- 96 So Wolfgang Schröder in Fürst Donnersmarck-Stiftung: 25 Jahre Ambulant Betreutes Wohnen, S. 4.
- 97 Vgl. kritisch Rohrmann, Eckhard: Auf dem Weg zu mehr ambulanten Hilfen?, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 151 (2004) 4, S. 137-139.
- 98 Vgl. Jahresbericht FDST 1984, S. 14. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-155.
- 99 Dißelkötter, Ute; Hesselbach, Heinz: Außenwohngruppe des Fürst Donnersmarck-Hauses Blissestr. 12, 1000 Berlin 31, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1981) Juli-Ausgabe, S. 16-17, hier S. 17.
- 100 Vgl. Memorandum: Arbeit und Beschäftigung für Behinderte. Druckerei vom 06.03.1989. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-85, unpaginiert.
- 101 Der einzig nennenswerte Versuch in diese Richtung war ein Gesuch der CDU-Fraktion in der Reinickendorfer Bezirksverordnetenversammlung. Diese regte an, das FDH künftig „bei der Vergabe von Druckaufträgen [des Bezirksamtes] zu berücksichtigen.“ Der Vorschlag scheiterte, da die angebotenen Leistungen der Druckerei nicht den Anforderungen des Bezirksamtes entsprachen. Vgl. Ersuchen von Hartmut Kalleja und den Mitgliedern der CDU-Fraktion vom 16.06.1987. LA

- Berlin B Rep. 220-BVV Nr. 9467, unpaginiert; Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung vom 10.05.1988. LA Berlin B Rep. 220 BVV Nr. 9470, unpaginiert.
- 102 Vgl. Protokoll. Tagesordnung: Druckerei vom 15.11.1989. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-85, unpaginiert.
- 103 Vgl. Jahresbericht FDH 1988, S. 17. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-2.
- 104 Vgl. Christoph Brun: Besichtigung unterschiedlicher Beschäftigungsmöglichkeiten für Schwermehrfachbehinderte in Westdeutschland. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-85, unpaginiert.
- 105 Protokoll FDH vom 15.11.1989, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-25, unpaginiert. Hervorhebung im Original.
- 106 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 21.04.1989, S. 8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-117, unpaginiert.
- 107 Vgl. dazu das Interview mit Manfred Richter vom 16.11.2012, S. 34-35. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-94, unpaginiert.
- 108 Vgl. Schliehe; Zollmann: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, S. 742-763, hier S. 754-757.
- 109 Vgl. Christoph Brun: Betr. Forschungsvorhaben „Arbeitsmöglichkeiten Schwermehrfachbehinderter in Werkstätten für Behinderte“ vom 26.06.1991. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-85, unpaginiert.
- 110 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 08.05.1992. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-636, unpaginiert.
- 111 Vgl. Brun, Christoph: Arbeitsplätze bei der Nordbahn gGmbH, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1992) 4, S. 29-30.
- 112 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 20.11.1992, S. 8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-636, unpaginiert.
- 113 Brun: Arbeitsplätze bei der Nordbahn gGmbH, S. 29-30, hier S. 29.
- 114 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 14.11.1997, S. 9. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-578, unpaginiert.
- 115 Vgl. Bösl: Behinderung, Technik und gebaute Umwelt, S. 29-51, S. 42-48.
- 116 Vgl. Jahresbericht Schädestraße 1992, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-5.
- 117 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 21.05.1993, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-636, unpaginiert.
- 118 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 09.11.1990, S. 9. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-117, unpaginiert.
- 119 Konzept: „Integrative Angebote zur Freizeit- und Bildungsarbeit für Körperbehinderte Menschen.“, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-52, unpaginiert.
- 120 Ebd., S. 4.
- 121 Jahresbericht Schädestraße 1991, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-4.
- 122 Vgl. Jahresbericht Schädestraße 1996, S. 12-13. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-6.
- 123 Vgl. Konzept zum Aufbau einer Internet-Präsenz für die Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-710, unpaginiert.
- 124 Zur Entwicklung des Internetangebots der Stiftung vgl. Golka, Thomas: Die Stiftung zehn Jahre im Internet. Wo gehen wir hin?, in: Der Donnerstag Nr. 34 vom 03.04.2008, S. 1.
- 125 Vgl. zu diesen Maßnahmen Golka, Thomas: Unbehindert ins Netz, in: Selbsthilfe. Zeitschrift der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (1998) 4, S. 18-19.
- 126 Daneben beschäftigte sich der Arbeitskreis Inhalt sowie der Arbeitskreis Design mit der Konzeption der Homepage.
- 127 Vgl. Bald, Karl; Golka, Thomas; Wenk, René: Projekt-Skizze „Internet im Paket“ vom 27.02.1998. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-125, unpaginiert.
- 128 Vgl. Dies.: Internet und Handicap – Empowerment im Netz. 2. Auflage, Berlin 1998. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-304, unpaginiert.
- 129 Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1998, S. 48-49. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung BLI-4. Der Antrag wurde allerdings von der DFG abgelehnt. Vgl. Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1999, S. 9-10. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung BLI-4.
- 130 Vgl. Jahresbericht Schädestraße 1997, S. 20. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-6.
- 131 Vgl. Jahresbericht Schädestraße 1996, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-6.
- 132 Vgl. Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin: Therapie und Apfelstrudel. 2. Auflage, Berlin 1991, S. 25.
- 133 Vgl. Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1991, S. 7-8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung BLI-3.
- 134 Vgl. Pardemann, Peter: 15 Jahre Café-Restaurant „blisse 14“, in: WIR. Informationen von und für Behinderte in der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1996) 1, S. 5-6.
- 135 Vgl. Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1993, S. 44. Archiv der Fürst



- Donnersmarck-Stiftung Bli-3; Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1995, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung Bli-3.
- 136 Lagebericht 1991, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-6. Hervorhebung im Original.
- 137 Vgl. Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1994, S. 48. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung Bli-3.
- 138 Vgl. Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1997, S. 14. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung Bli-4.
- 139 Vgl. Geschäftsbericht GmbH 1993, S. 49. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-6.
- 140 Vgl. Geschäftsbericht GmbH 1997, S. 51. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-7.
- 141 Geschäftsbericht GmbH 1996, S. 88. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-7. Statt den tatsächlich umgesetzten 342.642 DM hätte die „blisse 14“ einen Umsatz von 614.604 DM erwirtschaften müssen.
- 142 Vgl. Geschäftsbericht GmbH 1996, S. 15. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-7.
- 143 Vgl. Geschäftsbericht GmbH 1997, S. 30. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-7.
- 144 Geschäftsbericht GmbH 1995, S. 19. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-7. Hervorhebung im Original.
- 145 Vgl. Geschäftsbericht GmbH 1998, S. 23. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-7. Das Darlehen war nötig, weil die Hausverwaltung ihre Überschüsse immer an die FDST ausgeschüttet und keine Rücklagen gebildet hatte.
- 146 Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1998, S. 17. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung Bli-4. Hervorhebung im Original.
- 147 Geschäftsbericht GmbH 1998, S. 100. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-7.
- 148 Vgl. dazu Protokoll Besprechung Kintzel und Schröder vom 06.01.2000. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-77, unpaginiert.
- 149 Vgl. o. V.: Das „blisse 14“ bleibt, in: Der DonnersTag Nr. 3 vom 07.09.2000, S. 4.
- 150 Protokoll Aufsichtsratssitzung GmbH vom 27.10.2000, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-77, unpaginiert.
- 151 Vgl. Bussenius, Sean: Gesucht: Neues Konzept für Café blisse, in: Der DonnersTag Nr. 27 vom 22.06.2006, S. 4.
- 152 Vgl. Golka, Thomas: Bewährtes im neuen Gewande, in: Der DonnersTag Nr. 36 vom 30.10.2008, S. 1.
- 153 Vgl. Fahrn, Joachim: Blisse 14. Ex-Chef von Sozialprojekt gönnte sich Shopping in New York, in: Berliner Morgenpost vom 12.11.2003. Online unter: <http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article121791502/Ex-Chef-von-Sozialprojekt-goennete-sich-Shopping-in-New-York.html>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- 154 Vgl. Jahresbericht FDST 1988, S. 19. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-40.
- 155 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 1990, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-52.
- 156 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 1992, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-52.
- 157 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 1995, S. 2-3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-52.
- 158 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 1998, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-52.
- 159 Vgl. DPA: Urlaub nach eigenem Plan, in: Berliner Zeitung vom 12.02.2000, S. 21.
- 160 Jahresbericht Bad Bevensen 1999, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-52.
- 161 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 1996, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-52.
- 162 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 1999, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-52.
- 163 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 2003, S. 17-18. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-52.
- 164 Michael Klopp hatte zum 01.04.2002 die Leitung des Gästehauses Bad Bevensen von Volker Golly übernommen.
- 165 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 2004, S. 1-2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-52.
- 166 Vgl. Jahresbericht FDST 2005, S. 71. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-188.
- 167 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 16.06.2005, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-527, unpaginiert.
- 168 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 07.07.2006, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-532, unpaginiert.
- 169 Vgl. Ebd., S. 6.
- 170 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 2007, S. 2-5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-55.
- 171 Vgl. Programm zur Einweihung des Neubaus Gästehaus Bad Bevensen. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-542, unpaginiert.
- 172 Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 2008, S. 5 sowie 16-17. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-55.
- 173 Jahresbericht Bad Bevensen 2009, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-55.
- 174 Die Zahl der Gruppenbuchungen stieg beispielsweise von zehn im Jahr 2002 auf 80 im Jahr 2011 an. Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 2011, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-55.
- 175 2014 stammten etwa 15,5 % der Gäste aus dem Ausland. Vgl. Jahresbericht Bad Bevensen 2014, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-65.

- 176 Vgl. Jahresbericht FDST 1982, S. 22-23. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-153.
- 177 Vgl. Jahresbericht Schädestraße 1994, S. 27. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-5. Zum Konzept der Tagesfahrten vgl. Konzept Tagesfahrten [um 1997]. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-41, unpaginiert.
- 178 Vgl. Teamprotokoll vom 20.03.2000, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-41, unpaginiert.
- 179 Jahresbericht Reisebüro 2001, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-53.
- 180 Vgl. Jahresbericht FDST 2002, S. 53. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-7.
- 181 Jahresbericht Reisebüro 2002, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-53.
- 182 Vgl. Ebd., S. 1.
- 183 Vgl. Jahresbericht Reisebüro 2003, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-53.
- 184 Schmidt, Michael: Die Aufgaben des Reisebüros der Fürst Donnersmarck-Stiftung im Budgetjahr 2006, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-726, unpaginiert.
- 185 Vgl. Jahresbericht Reisebüro 2003, S. 10. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-53; Jahresbericht Reisebüro 2010, S. 14-15. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-54.
- 186 Vgl. Jahresbericht Reisebüro 2007, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-54.
- 187 Vgl. Jahresbericht Reisebüro 2013, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-64.
- 188 Vgl. Jahresbericht Reisebüro 2014, S. 11. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-64. Die Berliner Buchungen für das Gästehaus Bad Bevensen konnten dagegen gesteigert werden.
- 189 Jahresbericht Reisebüro 2012, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung TOU-54.
- 190 Vgl. Jahresbericht FDST 1997, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-5.
- 191 Zur Bestellung Schröders zum Geschäftsführer vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 22.11.1996, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-636, unpaginiert.
- 192 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 22.11.1996, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-578, unpaginiert.
- 193 Vgl. Ebd., S. 6-7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-578, unpaginiert.
- 194 Vgl. Protokoll Aufsichtsratssitzung GmbH vom 09.01.1998. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-77, unpaginiert.
- 195 Vgl. dazu Kapitel V.
- 196 Vgl. Zukunftswerkstatt. Stiftung 2000 – Zu einer zeitgemäßen, bedarfsorientierten und qualifizierten Behindertenarbeit. Protokoll. 23.-24.08.1991, S. 21. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung STZ-11, unpaginiert.
- 197 Michael Schmidt kam erstmals in seiner Funktion als Vorsitzender des Behindertenverbands Königs Wusterhausen mit der Stiftung in Kontakt. Vgl. Schreiben Michael Schmidt an Reichel vom 11.12.1994. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-5, unpaginiert.
- 198 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 02.06.1995, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-636, unpaginiert.
- 199 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 03.11.1995, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-636, unpaginiert.
- 200 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 03.11.1995, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-636, unpaginiert.
- 201 Vgl. Notariatsvertrag vom 04.03.1996. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-355, unpaginiert.
- 202 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 22.11.1996, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-578, unpaginiert.
- 203 Vgl. Protokoll VWA vom 31.01.1997, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-581, unpaginiert.
- 204 ZEKIWA (Zeitzer Kinderwagen Werk) war ein ehemaliges Betriebsferienheim in Rheinsberg.
- 205 Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1997, S. 72. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung BLI-4.

## EXKURS IV:

### DIE STIFTUNG IN DER GESELLSCHAFT. KOOPERATIONEN MIT ANDEREN INSTITUTIONEN

Die FDST ist eine operative Stiftung. Als solche finanziert und realisiert sie ihre Projekte in der Regel selbst und ist nicht unmittelbar auf die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen angewiesen. Dessen ungeachtet war die Stiftung über ihre gesamte Geschichte hinweg für Kooperationen offen. Schon bei ihrer Gründung sah Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarck eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut und dem preußischen Staat vor. Dieser sollte auf dem Frohnauer Stiftungsge­lände die geplante kaiserliche Kur- und Heilanstalt betreiben, von der die FDST ihre Patienten beziehen und organisatorisch geleitet werden sollte. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, als die ursprünglich vorgesehene Stiftungsstruktur bereits nicht mehr umzusetzen war, versuchten die Kuratoriumsmitglieder durch die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Organisationen den Stiftungszweck zumindest ansatzweise umzusetzen. So entstand das erste Projekt der FDST – die finanzielle Unterstützung des „Handbuchs der ärztlichen

Erfahrungen im Weltkriege“ – als ein Gemeinschaftsprojekt, an dem nicht nur die Stiftung, sondern zahlreiche weitere Autoren, Herausgeber und Finanziere beteiligt waren.<sup>1</sup>

Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs strebte die FDST die Kooperation mit externen Organisationen an. Die erste Nachkriegsverfassung vom 07.10.1949 sah in § 1 explizit vor, dass die Stiftung zur Umsetzung ihrer Ziele „eine Zusammenarbeit mit allen in gleicher Richtung tätigen caritativen Einrichtungen“ anstrebte.<sup>2</sup> Ein frühes Beispiel für eine solche Kooperation waren die sozialpädagogischen Gruppen. Diese konnten nur dadurch entstehen, indem sich die Stiftung mit den Berliner Nachbarschaftsheimen zusammentat und beide Organisationen ihre spezifischen Kompetenzen sowie Ressourcen in ein gemeinsames Projekt einbrachten. 1958 wurde mit der Gründung der sozialpädagogischen Arbeitsstelle für Versehrte, an der sich Mitglieder der FDST und der Nachbarschaftsheime beteiligten, die Zusammenarbeit institutionell verfestigt.<sup>3</sup> Mit dem Erwerb der Villa in der

Schädestraße und der Eröffnung des „Versehrtenheims“ als zentralen Ort der sozialpädagogischen Gruppenarbeit in der Stiftung, nahm die Bedeutung dieser Kooperation allerdings Schritt für Schritt ab und wurde schließlich ganz eingestellt. Demgegenüber nahm jedoch seit 1980 die Zusammenarbeit der Organisation mit verschiedenen Berliner Selbsthilfegruppen zu. Diese trafen sich regelmäßig in der „blisse 14“ und wurden von den Mitarbeitern des STZ bei ihren Aktivitäten unterstützt.<sup>4</sup>

Die FDST kann auf eine lange Tradition der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen externen Organisationen und Personen zurückblicken. Gerade in den ersten Jahrzehnten ihrer Geschichte war sie aufgrund fehlender Mittel auch dazu gezwungen, mit anderen Organisationen zusammenzuarbeiten, um tätig werden zu können. Diese Situation änderte sich spätestens mit dem Waldverkauf an das Land Berlin von 1973/74, als der Stiftung auf einen Schlag fast 85 Mio. DM zufließen. Von nun an hätte sie sich ausschließlich auf die Durchführung eigener Projekte beschränken können. Das entsprach und entspricht aber nicht ihrer Arbeitsweise. Stattdessen sucht sie kontinuierlich den Austausch mit anderen Organisationen. Dabei handelt es sich teilweise um eher punktuelle und kurzzeitige Arbeitsbeziehungen – etwa im Zusammenhang mit den Verhandlungen der endgültigen Pflegesätze in den 1990er Jahren, den intensiven inhaltlichen Abstimmungen

im Rahmen unterschiedlicher Verbände und Vereinigungen bis hin zu langfristigen internationalen Kooperationen. Die Stiftung ist unter anderem Mitglied in dem Bundesverband Deutscher Stiftungen, dem Bundesverband Evangelischer Behindertenhilfe (BeB), dem Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO), der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation (DVfR) und dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft. Immer wieder beteiligte sie sich an Kampagnen wie dem „Blauen Kamel“ der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege von 1996, „Berlin bleibt sozial“ anlässlich der Sparbeschlüsse des Senats von 2002 oder engagierte sich in Projekten wie „Du bist mir wichtig, ich möchte Dich erreichen“. Im Rahmen dieser Kooperation mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) verlor die Stiftung neun mobile Klapprampen an Menschen mit Behinderung. Diese Rampen wurden an einen Ort oder eine Institution ihrer Wahl verschenkt, die der entsprechende Mensch mit Behinderung erreichen wollte und vor deren Eingang eine oder zwei Stufen zu überwinden waren.<sup>5</sup> Eine längere Zusammenarbeit ergab sich mit dem Berliner Behindertenverband und dem Verein Movado, der sich für eine Verbesserung der Barrierefreiheit in Berlin einsetzt. Gemeinsam veranstalteten sie beispielsweise eine Berollung Frohnau, um herauszufinden, wie barrierefrei der Bezirk war.<sup>6</sup> Darüber hinaus waren ihre Mitarbeiter bereits

mehrfach als Dozenten an unterschiedlichen Hochschulen im Großraum Berlins tätig, wo sie ihre Praxiserfahrungen an junge Studierende weitergaben. Karl Bald war Lehrbeauftragter an der FH Potsdam und Friedhild Mory Dozentin an der Alice Salomon Hochschule. Prof. Dr. Stephan Bamborschke lehrt an der Charité Berlin Neurologie und hat eine Honorarprofessur an der Universität Potsdam, wo er Neurologische Krankheitsbilder/Neurologische Rehabilitation für Patholinguisten sowie ein Modul im internationalen Studiengang „European Master of Clinical Linguistics“ unterrichtet. Thomas Golka unterrichtete an der Alice Salomon Hochschule Berlin sowie der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Stiftung wiederum ermöglichte vier Studierenden des Studiengangs Public und Nonprofit-Management der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin ein Praxisprojekt.<sup>7</sup> 2012 nahm die Villa Donnersmarck eine Kooperation mit dem Berliner Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft (IMEW) auf. Seitdem findet die Vortragsreihe „Friedrichshainer Kolloquium“ in der Schädelstraße 9–13 statt.<sup>8</sup> Dies sind nur einige von vielen Beispielen für kurz- oder längerfristige Zusammenarbeiten der Stiftung mit externen Institutionen oder Einzelpersonen.

Besonders stabile Kooperationen, die über mehrere Jahrzehnte hielten und für die Stiftung von strategischer Bedeutung waren, bildeten sich mit dem Diakonischen Werk, seinen Teilorganisationen

und der DVfR heraus. Mit dem DWBO war die FDST durch ihre christlich geprägten Kuratoriumsmitglieder Schian, Vogel und Mach schon seit den 1950er Jahren verbunden. Durch die Übernahme des Frohnauer Kinderheims verpflichtete sie sich dazu, mit der Einrichtung Mitglied im Gesamtverband der Berliner Inneren Mission zu bleiben.<sup>9</sup> Zum 17.03.1969 trat die Stiftung schließlich als Gesamtorganisation in das Diakonische Werk ein.<sup>10</sup> Die Organisation engagierte sich in den folgenden Jahren sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene für das Diakonische Werk. Auf Bundesebene trat sie dem Verband Evangelischer Einrichtungen für die Rehabilitation Behinderter (VEERB) bei, wo sie sowohl von Ekkehard Reichel als auch von Schwester Käthe Schmidt repräsentiert wurde.<sup>11</sup> 1978 wurde die FDST außerdem Mitglied im Verband Evangelischer Einrichtungen für geistig und seelisch Behinderte (VEEMB).<sup>12</sup> Für Reichel bedeutete dieses Engagement in erster Linie die Gelegenheit eines fachlichen Austauschs mit seinen Kollegen aus anderen Einrichtungen.<sup>13</sup> Manfred Richter wiederum war in vielerlei Funktionen aktiv.<sup>14</sup> Seit 1966 vertrat er die Stiftung auf Bundesebene im VEERB, gehörte auf der Berliner Landesebene 1990 der Satzungskommission für einen gemeinsamen „Verband Evangelischer Behindertenarbeit“ (VEBA) an und wurde 1996 in die Diakonische Konferenz gewählt, wo er im Fachausschuss Pflegegesetz/BSHG-Novellierung/Leistungsbeschreibung



Die Fürst Donnersmarck-Stiftung auf dem Kirchentag

mitwirkte.<sup>15</sup> Im Landesverband VEBA war auch Mory über mehrere Jahre aktiv. Hier brachte sie sich und die Erfahrungen der Villa Donnersmarck in den Fachausschuss Freizeit und Mobilität ein.<sup>16</sup> Über sein diakonisches Engagement hinaus arbeitete Richter seit 1964 in verschiedenen Ausschüssen der DVfR mit und war über mehrere Jahrzehnte das Bindeglied der Fürst Donnersmarck-Stiftung zum deutschen wie internationalen Behindertensport.<sup>17</sup> Heute vertritt Wolfgang Schrödter die FDST im Kuratorium des Deutschen Behindertensportverbandes.<sup>18</sup>

Darüber hinaus nimmt die Stiftung seit Anfang der 1980er Jahre am Deutschen Evangelischen Kirchentag teil. Das erste Mal nahm sie daran im Jahr 1983 teil.<sup>19</sup> Inzwischen gehört diese im Zweijahresturnus durchgeführte Veranstaltung zum festen Programm der

FDST. Seit 2003 ist außerdem Thomas Golka Mitglied der Projektleitung des Servicezentrums Kirchentag Barrierefrei, das allen Menschen mit und ohne Behinderung das inklusive Erleben des Kirchentags ermöglichen will.<sup>20</sup> Ungefähr zeitgleich mit Golkas verstärktem Einsatz für den Evangelischen Kirchentag intensivierte sich auch die Beziehung der FDST mit dem Diakonischen Werk. Dies zeigte sich an dem intensivierten Engagement Wolfgang Schrödters für den Bundesverband evangelischer Behindertenhilfe (BeB). Der BeB war 1998 aus dem Zusammenschluss des „Verband Evangelischer Einrichtungen für die Rehabilitation Behinderter“ mit dem „Verband Evangelischer Einrichtungen für geistig und seelisch Behinderte“ hervorgegangen war. Schrödter wurde 2002 in den BeB Hauptausschuss „Entwicklung



der Einrichtungen und Dienste“ gewählt und gehörte diesem Gremium bis 2006 an.<sup>21</sup> In der Hauptausschusssitzung vom 10. und 11.04.2003 wurde er Vorsitzender des Ausschusses und vertrat ihn fortan im erweiterten Vorstand des BeB.<sup>22</sup> In dieser Funktion organisierte er 2004, 2005 und 2006 die jährlichen Einrichtungsleitertagungen des BeB, auf denen sich eine Vielzahl der Geschäftsführenden der evangelischen Einrichtungen für Menschen mit Behinderung austauschten. Seit 2002 kooperieren somit BeB und FDST bei unterschiedlichen Gelegenheiten miteinander. Die

wahrscheinlich größte Aufmerksamkeit erregte dabei der Kongress „Einmischen – Mitmischen – Selbst machen“, der vom 24. bis 26.01.2006 im HausRheinsberg stattfand.<sup>23</sup> Hier diskutierten über 200 Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam darüber, wie sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen mit Behinderung zukünftig verbessern ließen. Am Ende der Veranstaltung verabschiedeten sie die „Rheinsberger Erklärung“, in der sie eine verbesserte Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft forderten.<sup>24</sup> Aufgrund des positiven Verlaufs wird der Kongress seit 2006 alle drei Jahre im HausRheinsberg wiederholt.<sup>25</sup>

Die zweite wichtige Kooperationsorganisation der Fürst Donnersmarck-Stiftung ist die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation mit Sitz in Heidelberg. Die DVfR engagiert sich seit ihrer Gründung im Jahr 1909 für die Rehabilitation von Menschen mit Körperbehinderung. War sie zunächst vorwiegend eine Interessenvertretung für Mediziner und Ärzte, versteht sie sich heute als interdisziplinäres Forum, an dem neben wissenschaftlichen Experten auch Fachleute aus Organisationen, Verbänden sowie der Selbsthilfebewegung beteiligt sind.<sup>26</sup> Schon allein aufgrund ihres gemeinsamen Ziels – die Rehabilitation von Menschen mit Körperbehinderung – hatten die FDST und die DVfR über alle Jahre hinweg Kontakt. So waren Ekkehard Reichel und Manfred Richter bereits seit Anfang der 1960er Jahre



#### **Einmischen – Mitmischen – Selbstmachen Rheinsberger Erklärung**

Menschen mit und ohne Behinderung planen und handeln gemeinsam. Dazu fand vom 24. bis 26. Januar 2006 in Rheinsberg die integrative Tagung des Bundesverbandes evangelische Behindertenhilfe e.V. (BeB) statt. Über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten unter dem Tagungsmotto „Einmischen – Mitmischen – Selbstmachen“ darüber, wie sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Menschen mit Behinderung weiter entwickeln sollen.

Die Rheinsberger Erklärung wurde am 26.01.2006 einstimmig verabschiedet. Sie weist die Richtung, in der wir die Sozialpolitik beeinflussen und vorankommen wollen.

**Menschen sind zwar verschieden, aber sie haben gleiche Rechte und verdienen den gleichen Respekt. Alle Menschen können sich als aktive Bürger einbringen, mitreden und ihren Beitrag für das Zusammenleben leisten.**

#### **Einmischen:**

- Wir wollen unsere Freunde und Partner selbst wählen und nach eigenen Wünschen leben.
- Wir wollen am öffentlichen Leben teilhaben: in Politik und Gemeinde, Kirche und Kultur, Bildung und Arbeit, Sport und Freizeit.
- Wir wollen bestimmen, wer uns unterstützt und wie das geschieht.

#### **Mitmischen:**

- Wir wollen uns ohne Barrieren bewegen, begegnen und informieren.
- Wir wollen unsere Interessen überall dort vertreten, wo wir leben und arbeiten.
- Wir wollen auch in Selbsthilfegruppen stärker werden. Dann können wir mit mehr Kraft und Einfluss mit Angehörigen, gesetzlichen Betreuern und (professionellen) Unterstützern zusammenwirken.

#### **Selbstmachen:**

- Jeder von uns hat etwas für das Leben in der Gemeinschaft zu bieten, und es ist gut, das auch zu tun.
- Wir verfolgen unsere Ziele und geben nicht auf.
- Erfolge machen uns Mut und Mut tut gut.

**Unser Platz ist mitten in der Gesellschaft. Dort wollen wir zusammen leben und arbeiten.**

Rheinsberg, 26. Januar 2006

Bundesverband  
evangelische  
Behindertenhilfe **BeB**



in unterschiedlichen Fachausschüssen der DVfR aktiv.<sup>27</sup> Mit der Übernahme der Geschäftsführung durch Wolfgang Schrödter intensivierte sich diese Zusammenarbeit jedoch nochmals spürbar. Am 22.10.2004 wurde er als einer von sieben Vertretern eines Einrichtungsträgers für Menschen mit Behinderung für vier Jahre in den Hauptvorstand der DVfR gewählt.<sup>28</sup> In der Amtsperiode von 2008 bis 2012 war Schrödter stellvertretender Vorsitzender des Geschäftsführenden Vorstandes.<sup>29</sup> Für die Periode von 2012 bis 2016 wurde er erneut in den Hauptvorstand gewählt.<sup>30</sup> In dieser Position setzte er sich intensiv für die Beschäftigung der DVfR mit dem Thema post-akuter Neurorehabilitation ein. Dies führte zur Veröffentlichung eines umfangreichen Positionspapiers der DVfR zur „Phase E der Neuro-Rehabilitation als Brücke zur Inklusion“, in dem explizit auf das WmI der FDST als „*best-practice*-Modell“ für die Betreuung von Menschen mit erworbenen Hirnschädigungen und hohem Betreuungsbedarf verwiesen wird.<sup>31</sup>

Schrödters hohes persönliches Engagement schlug sich darüber hinaus in einer intensivierten Zusammenarbeit und einer Zunahme von Kooperationsveranstaltungen nieder, wie beispielsweise der Vorbereitung für das 100-jährige Jubiläum der DVfR, der Veröffentlichung der „Agenda 22“ oder der Vorträge der FDST auf den Kongressen von Rehabilitation International, die oft in Zusammenarbeit mit der DVfR organisiert

wurden.<sup>32</sup> Auch im Hinblick auf die Begleitforschung zum WmI kam es zu einer Zusammenarbeit mit der Vereinigung. Denn die Zeitschrift „Die Rehabilitation“, in der die Ergebnisse des Forschungsprojektes vorrangig publiziert wurden, wird von der DVfR herausgegeben.<sup>33</sup> Vor allem konkretisierte sich die Kooperation der beiden Institutionen jedoch an ihrem gemeinsamen Interesse an der Teilhabeforschung. Den Auftakt dieser langjährigen Zusammenarbeit zwischen FDST und DVfR bildete der Workshop „Forschen und beforscht werden – Betroffene, Forscher und Praktiker im Bereich Rehabilitation im Austausch“, der am 28. und 29.02.2008 im HausRheinsberg stattfand.<sup>34</sup> Ziel dieser Kooperationsveranstaltung der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation und der Fürst Donnersmarck-Stiftung war es, die „Betroffenenperspektive in alle Bereiche der Rehabilitation einzubringen, so auch in die Rehabilitationsforschung.“<sup>35</sup> Rund 60 Personen nahmen am Workshop teil und bestärkten beide Institutionen für einen weitergehenden Einsatz in diesem Themenfeld. Am 24. und 25.10.2011 wurde ebenfalls im HausRheinsberg die Nachfolgeveranstaltung „Beteiligung von Betroffenen in der Rehabilitations- und Teilhabeforschung“ durchgeführt, zu der neben der DVfR und der FDST auch die Deutsche Gesellschaft für Rehabilitationswissenschaften (DGRW) eingeladen hatte. Der Workshop sollte „inklusive Forschung im deutschsprachigen Raum“ fördern und damit einen Beitrag „zur

Weiterentwicklung der Rehabilitation und Teilhabe“ leisten.<sup>36</sup> Zur Vorbereitung des Workshops hatte sich 2010 ein Fachausschuss der DVfR und der DGRW konstituiert, an dem zunächst Wolfgang Schrödter, anschließend Thomas Golka für die FDST teilnahmen. Der Fachausschuss blieb über die Veranstaltung vom Oktober 2011 hinaus aktiv und setzte in beiden Fachgesellschaften die Auseinandersetzung mit dem Thema Teilhabeforschung fort. Am 12.06.2015 konstituierte sich das bundesweite „Aktionsbündnis Teilhabeforschung“, das künftig „die Forschungsaktivitäten zu den Lebenslagen von Menschen mit Behinderung“ stärken möchte.<sup>37</sup> Die Stiftung ist Teilnehmerin des Aktionsbündnisses. Wie die Zusammenarbeit mit dem BeB wird also auch die Kooperation mit der DVfR in der Zukunft weitergehen.

Einhundert Jahre nach ihrer Gründung zeigt sich die FDST damit als eine vielseitig operativ tätige und weit vernetzte Organisation, die ihre Ressourcen und Expertise im Sinne des Stiftungszwecks gerne mit anderen Institutionen teilt. Die Stiftung hat eine feste Kooperation mit dem Górnosławskie Centrum Rehabilitacji Repty<sup>38</sup>, sie engagiert sich für den BeB sowie die DVfR und ist Mitglied in zahlreichen weiteren Verbänden oder Vereinen. Sie engagiert sich weiterhin sowohl für punktuelle, kurzfristige Projekte als auch im Rahmen langjähriger Kooperationsvereinbarungen.

Für die Stiftung bot dieser Einsatz einerseits eine Möglichkeit, den eigenen

Satzungszweck auf einer überregionalen oder gar nationalen Ebene umzusetzen. Andererseits suchte insbesondere Wolfgang Schrödter gerade zu Beginn seiner Tätigkeit bewusst und mit der Unterstützung des Kuratoriums den Kontakt zu überregionalen Interessenvertretungen, um sich dort die nötige Expertise anzueignen, die er für die strukturelle Neuausrichtung der Fürst Donnersmarck-Stiftung benötigte. In den unterschiedlichen Gremien der DVfR oder des BeB erhielt er wichtiges Orientierungswissen in Bezug auf die Veränderungen der deutschen Sozial- und Behindertenpolitik, konnte selbst die Themensetzung der einzelnen Organisationen mitbestimmen und leistete darüber hinaus einen Beitrag zu den aktuellen sozialpolitischen Diskussionen. Das externe Engagement der Stiftung war deswegen immer beides: Erfüllung des Stiftungszwecks, die Unterstützung fremder Projekte und eine Tätigkeit im Interesse der eigenen Organisation. Ein eindruckliches Beispiel dafür ist der Weg Paul Walter Schönles in das Kuratorium der FDST. Er und Schrödter lernten sich 2002 durch die Vermittlung Thomas Golkas auf der 8th European Regional Conference of Rehabilitation International in Aachen kennen, an der sich die FDST als Mitveranstalterin beteiligte. Schönle war dort als amtierender Vorsitzender der DVfR anwesend. Der Kontakt zwischen ihm und der Stiftung verfestigte sich, sodass er sich kurze Zeit später dazu bereit erklärte,

in das Kuratorium der Organisation einzutreten. Am 20.06.2003 kooptierten ihn die Kuratoriumsmitglieder in das Gremium.<sup>39</sup> In den vergangenen 13 Jahren spielte er eine wesentliche Rolle bei der Entstehung von WmI und P.A.N. Zentrum sowie der Etablierung des

Forschungspreises in der Organisation. Dies und viele andere Kooperationsprojekte sind Teil der Veränderungen Ende der 1990er Jahre, die Gegenstand des folgenden abschließenden Kapitels sind.

- 
- 1 Vgl. dazu Kapitel I.
  - 2 Verfassung der FDST vom 07.10.1949. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-12, unpaginiert.
  - 3 Vgl. Sozialpädagogische Arbeitsstelle für Versehrte (Arbeitsgemeinschaft des Fürst Donnersmarck-Instituts und der Berliner Nachbarschaftsheimen). Konstituierende Sitzung vom 14.04.1958. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung SCHÄ-245, unpaginiert.
  - 4 Vgl. Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1996, S. 47. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-48, unpaginiert.
  - 5 Vgl. Jahresbericht Sozialtherapeutisches Zentrum „blisse 14“ 1996, S. 66. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung Bli-4; Protokoll VWA vom 25.10.2002, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-518, unpaginiert; Jahresbericht FBB 2008, S. 9-10. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-62.
  - 6 Vgl. o. V.: Heizung ja, Rampen nein, in: Der Tagesspiegel vom 28.12.1994. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-484, unpaginiert.
  - 7 Vgl. für dieses Praxisprojekt die Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-587.
  - 8 Vgl. Jahresbericht FBB 2011, S. 9. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-62.
  - 9 Vertrag zwischen dem Verein zur Förderung evangelischer Heime für körperbehinderte Kinder und der FDST vom 24.03.1964. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-23, unpaginiert.
  - 10 Vgl. Schreiben Gesamtverband der Berliner Inneren Mission an die FDST vom 31.03.1969. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung ZEN-202, unpaginiert.
  - 11 Vgl. Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-13, unpaginiert.
  - 12 Schmidt, Käthe: Jahrestagung 1978 des „Verbandes Evangelischer Einrichtungen für geistig und seelisch Behinderte“ in Kassel, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1978) Juli-Ausgabe, S. 25-26.
  - 13 Vgl. Interview mit Ekkehard Reichel vom 14.09.2010, S. 9-10. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-94, unpaginiert.
  - 14 Vgl. Interview mit Manfred Richter vom 16.11.2012, S. 30-31. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-94, unpaginiert.
  - 15 Vgl. Jahresbericht FDH 1990, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-2; Jahresbericht FDH 1996, S. 7-8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-3.
  - 16 Vgl. Jahresbericht Schädestraße 1996, S. 10. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-6.
  - 17 Vgl. Lebenslauf Richter vom 21.08.2001, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-87, unpaginiert; Interview mit Manfred Richter vom 16.11.2012, S. 39-40. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-94, unpaginiert.
  - 18 Vgl. Protokoll VWA vom 25.05.2012, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung Per-96, unpaginiert.
  - 19 Vgl. Ahlemann, Margot: 20. Deutscher Kirchentag in Hannover, in: WIR. Mitteilungsblatt der Behinderten der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1983) 2, S. 12-13.
  - 20 Vgl. zum Beginn dieses Engagements die Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-289, unpaginiert.
  - 21 Vgl. Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-94, unpaginiert.
  - 22 Vgl. Protokoll Sitzung Hauptausschuss vom 10./11.04.2003. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-94, unpaginiert.
  - 23 Vgl. Rudolph, Holger: 220 Behinderte streiten für ihre Rechte, in: Ruppiner Anzeiger vom 17.01.2006. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-484, unpaginiert.

- 24 Vgl. Ders.: Behinderte wollen Sozialpolitik beeinflussen, in: Ruppiner Anzeiger vom 27.01.2006. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-484, unpaginiert. Zum Wortlaut der Rheinsberger Erklärung vgl. [http://www.fdst.de/w/files/aktuellpresse/rheinsberger\\_erklaerung\\_2006.pdf](http://www.fdst.de/w/files/aktuellpresse/rheinsberger_erklaerung_2006.pdf). [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- 25 Zu den bisherigen Ergebnissen des Projektes vgl. <http://www.beb-einmischen.de>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- 26 Zur Geschichte der DVfR vgl. Blumenthal; Schliehe (Hrsg.): Teilhabe als Ziel der Rehabilitation. 100 Jahre Zusammenwirken in der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation.
- 27 Vgl. Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FRO-11, unpaginiert.
- 28 Vgl. E-Mail Golka an Schrödter vom 24.10.2004. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-100, unpaginiert.
- 29 Vgl. Pressemitteilung der DVfR vom 26.11.2008. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-97, unpaginiert.
- 30 Vgl. Namensliste Hauptvorstand. Online unter: [http://www.dvfr.de/fileadmin/download/Vorstand/Namensliste\\_Hauptvorstand\\_2012\\_-\\_2016.pdf](http://www.dvfr.de/fileadmin/download/Vorstand/Namensliste_Hauptvorstand_2012_-_2016.pdf). [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- 31 DVfR: Phase E der Neuro-Rehabilitation als Brücke zur Inklusion Positionen von Experten aus der DVfR zur Postakuten Rehabilitation und Nachsorge für Erwachsene mit erworbenen Hirnschädigungen vom Februar 2014, S. 29. Online unter: [http://www.dvfr.de/fileadmin/download/Stellungnahmen/Positionspapier\\_Neureha\\_Phase\\_E\\_-\\_Ef\\_lang.pdf](http://www.dvfr.de/fileadmin/download/Stellungnahmen/Positionspapier_Neureha_Phase_E_-_Ef_lang.pdf). [Letzter Zugriff am 23.02.2016] An der Erstellung des Papiers hatte Stephan Bamborschke, der ärztliche Leiter des P.A.N. Zentrums, als Autor mitgewirkt.
- 32 Vgl. Exkurs II.
- 33 Vgl. Exkurs III.
- 34 Zum Engagement der FDST im Vorfeld des Workshops vgl. Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-96, unpaginiert. Während des Workshops waren mehrere Mitarbeiter der Stiftung als Moderatoren oder Teilnehmer aktiv.
- 35 Schliehe, Ferdinand: „Forschen und beforscht werden – Betroffene, Forscher und Praktiker im Bereich Rehabilitation im Austausch“ – Bericht über einen Workshop vom 28.-29.2.2008 in Rheinsberg, in: Die Rehabilitation 47 (2008) 4, S. 254-258, hier S. 254.
- 36 Reinsberg, Bärbel u. a.: „Beteiligung von Betroffenen in der Rehabilitations- und Teilhabeforschung“ – Bericht über einen Workshop am 24. und 25. Oktober 2011 in Rheinsberg, in: Die Rehabilitation 51 (2012) S1, S. 39-46, hier S. 39.
- 37 o. V.: Aktionsbündnis Teilhabeforschung gegründet. Online unter: <http://www.dvfr.de/aktuelles/newsdetails/aktionsbuenndnis-teilhabeforschung-gegruendet>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- 38 Vgl. Exkurs II.
- 39 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 20.06.2003, S. 3-4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-520, unpaginiert.

## V.

## EINE ORGANISATION IM WANDEL. 1997-2016

Der sich seit Mitte der 1990er Jahre abzeichnende Trend in der deutschen Sozial- und Gesundheitspolitik hin zu einer Deckelung der Staatsausgaben und einem allgemeinen Abbau der Sozialausgaben setzte sich Ende des Jahrzehnts weiterhin fort. Denn die politische Idee von einem schlanken Sozialstaat, der höchstens noch die grundlegenden Risiken einer flexibilisierten Gesellschaft absicherte, erwies sich trotz der bereits durchgeführten Sparmaßnahmen als eine Fiktion.<sup>1</sup> Sie hatte darüber hinaus für die nachgeordneten Einrichtungen des sozialen Sicherungssystems wie Organisationen für Menschen mit Behinderung zum Teil einschneidende Folgen. Insbesondere die Pflegeversicherung, mit der sich die Sozialpolitik vom Prinzip der Kostendeckung verabschiedete, führte langfristig zu einer schleichenden Entwertung der Leistungen von Einrichtungen der Behindertenhilfe. Denn anders als bei der Gesetzlichen Krankenkasse sieht die Pflegeversicherung keine Regeldynamisierung der Entgelte vor; inflationsbedingte Verluste werden deshalb nicht ausgeglichen.<sup>2</sup> Für die FDST entfaltete sie ab 1996 ihre volle Wirkung, denn zum 01.07.1996 wurde der Versicherungsschutz auf die stationäre Pflege ausgeweitet. Zuvor war nur die ambulante und teilstationäre Pflege davon betroffen.<sup>3</sup> Gleichzeitig zeichnete sich schon bald ab, dass die mit der Einführung der umlagefinanzierten Pflegeversicherung verbundenen Hoffnungen auf eine Entlastung der Sozialhilfe sich nicht vollends erfüllen würden. Denn durch die Deckelung ihrer Entgelte hat die Pflegeversicherung den Charakter einer „Teilkaskoversicherung“.<sup>4</sup> Übersteigen die tatsächlich entstehenden Betreuungskosten die gezahlten Entgelte, müssen die Betroffenen oder deren Angehörige mit ihrem Privatvermögen für die Differenz aufkommen. Sind sie dazu nicht in der Lage, haben die Betroffenen ein Recht auf „Hilfe zur Pflege“ nach dem SGB XII.<sup>5</sup> Die Lücke zwischen Pflegesatz und den entstehenden Betreuungskosten wird in diesen Fällen durch die Sozialhilfe gedeckt. Damit hat die Sozialhilfe als sekundäre Finanzierungsquelle nichts an ihrer Bedeutung für Menschen mit Behinderung verloren.

In Zukunft wird die „Hilfe zur Pflege“ aufgrund des demografischen Wandels eine noch größere Rolle spielen als heute.<sup>6</sup> Für Organisationen wie die FDST führten diese Veränderungen neben den gedeckelten Entgelten zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand, der nicht zu unterschätzende Kosten nach sich zog und eine professionalisierte Buchhaltung mit einem modernen Controlling erforderte.

Darüber hinaus hatte die Pflegereform die Ökonomisierung und Öffnung des Pflegemarktes für private Pflegedienste vorangetrieben.<sup>7</sup> Dies ist nur ein Beispiel für das rasante Wachstum des „Megamarkts“ für soziale sowie medizinische Dienstleistungen, das auch die Fürst Donnersmarck-Stiftung mit ihren Angeboten betraf.<sup>8</sup> Eine Folge dieser Entwicklung war die Professionalisierung sozialer Einrichtungen, in denen sich ein Trend zum „Sozialmanagement“ immer stärker durchsetzte.<sup>9</sup> Soziale Organisationen wie die FDST mussten sich „als Anbieter sozialer Dienstleistungen an die entstehenden Märkte“ anpassen, ein „eindeutiges, unverwechselbares und klares Unternehmensprofil [...] entwickeln“ und durften gleichzeitig ihren sozialen Daseinszweck nicht aus den Augen verlieren.<sup>10</sup> Dieser Herausforderung musste und muss sich die FDST seit der Übernahme der Geschäftsführung durch Wolfgang Schrödter in zunehmendem Maße stellen. Seine Berufung zum Nachfolger Ekkehard Reichels war selbst eine Reaktion auf diese Veränderungen.

### Ein neuer Führungsstil

Mit Wolfgang Schrödter änderte sich die Führungskultur in der Fürst Donnersmarck-Stiftung grundlegend. Als gelernter Industriekaufmann mit langjähriger nationaler wie internationaler Leitungserfahrung für die Siemens AG und geprägt durch seine Zeit als Kaufmännischer Leiter in Eckardtsheim, einem Bereich der v. Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel, hatte er eine andere Perspektive auf die Stiftungsgeschäfte als der Volkswirt Ekkehard Reichel, der fast seine gesamte Karriere im sozialen Sektor gearbeitet hatte. Zunächst nur behutsam, bald jedoch mit einer wachsenden Dynamik implementierte er moderne betriebswirtschaftliche Instrumente in die Leitung der Stiftung und erfüllte damit genau die Erwartungen, die das Kuratorium mit seiner Berufung verbunden hatte.<sup>11</sup> Schrödter führte in den ersten Jahren seiner Amtszeit verbindliche Kommunikations- und Leitungsstrukturen ein, die in der Stiftung bislang eher impliziten sowie informellen Charakter trugen. Er implementierte ein systematisches Controlling mit jährlichen Budgetgesprächen und festen Budgetverantwortlichen in jedem Arbeitsbereich und jeder Einrichtung ein. Dadurch vergrößerte sich die betriebswirtschaftliche Transparenz der Stiftung. Gleichzeitig wurde dadurch für die Leitungskräfte der Wirkungsbereich abgesteckt, in dem sie selbstverantwortlich agieren konnten. Diese umfassende

Organisationsentwicklung (OE), die bereits Ende der 1990er Jahre in Gang gesetzt wurde, war ein lang anhaltender, in letzter Konsequenz nicht abschließbarer Prozess, der die gesamte Stiftung mit all ihren Mitarbeitern vor große Herausforderungen stellte.<sup>12</sup> Der Wechsel auf der Position des Geschäftsführers war damit



**Die umfassende Organisationsentwicklung seit dem Ende der 1990er Jahre war ein jahrelanger, in letzter Konsequenz nicht abschließbarer Prozess, der die gesamte Stiftung betraf.**



mehr als „nur“ der Austausch zweier Leitungskräfte. Ekkehard Reichels historische Leistung – so lässt sich dieser Umbruch prägnant zusammenfassen – bestand darin, die Fürst Donnersmarck-Stiftung aus bescheidenen Anfängen durch ein vorausschauendes Finanzmanagement, eine kluge Anlagestrategie und vor allem den mutigen Ausbau der Arbeitsbereiche der FDST

zu einer imposanten Größe zu führen.<sup>13</sup> Wolfgang Schrödter passte die historisch gewachsenen Strukturen der Stiftung an die Anforderungen der Gegenwart an und bereitete sie damit auf die zukünftigen Herausforderungen vor.<sup>14</sup>

Befördert wurde dieser Prozess durch einen weiteren Generationenwechsel unter den leitenden Mitarbeitern der Stiftung. Um die Jahrtausendwende gingen langjährige Leitungskräfte wie Manfred Richter und Jürgen Kintzel in den Ruhestand oder wechselten wie Volker Golly den Arbeitgeber. Ihnen folgten kurze Zeit darauf Monika Markowitz, Friedhild Mory oder Hans-Joachim Hoffmann.<sup>15</sup> Sie wurden teilweise von externen Kräften und teilweise von Mitarbeitern ersetzt, die schon seit mehreren Jahren für die FDST tätig waren.<sup>16</sup> So arbeitete beispielsweise Elke Stommel bereits seit dem 01.06.1986 zunächst als Assistentin der Geschäftsführung, später als Leiterin der Buchhaltung für die Stiftung<sup>17</sup> und 1997 als Hauptabteilungsleiterin für Finanzen und Personal. 2001 wurde sie schließlich zur Stellvertretenden Geschäftsführerin und leitet seitdem die Geschicke der Organisation mit. Andere Personen wie Michael Schmidt – zunächst Planungsbeauftragter für das HausRheinsberg, später Baumanager der FDST – oder Thomas Golka, der seine Karriere als Referent der Freizeit- und Bildungsstätte in der Schädestraße begann und schließlich 1999 in die Verwaltung wechselte, durchliefen ganz ähnliche Laufbahnen. Innerhalb der Verwaltung waren sie der Rückhalt, den Schrödter für die organisatorischen Weichenstellungen benötigte. Durch ihre jeweilige fachliche Expertise waren sie darüber hinaus seine ersten Ansprechpartner bei strategischen Entscheidungen.<sup>18</sup> Gemeinsam mit den anderen Leitungspersonen aus den drei Arbeitsbereichen der Stiftung bildeten sie die operative Einheit, die den OE-Prozess in ihren jeweiligen Einrichtungen umsetzt.<sup>19</sup> Nur durch diese gemeinsame Anstrengung alter wie neuer Kräfte konnte sich die FDST seit der



Jahrtausendwende derartig wandeln. Der Veränderungsprozess, der meistens mit dem Namen Wolfgang Schrödter verbunden wird, muss deswegen in mindestens ebenso großem Maße mit den Namen der neuen Leitungsriege verbunden werden, die Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre in ihre Positionen gekommen sind.

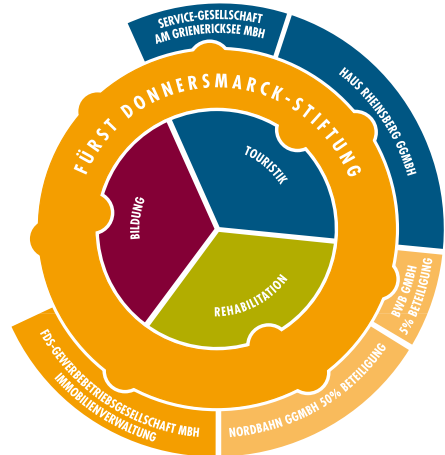
Dies gilt ebenfalls für die Mitglieder des Kuratoriums, unter denen sich zeitgleich ein Umbruch anbahnte. Hier bedeutete das Ausscheiden des ehemaligen Richters am Berliner Kammergericht, Stephan Weichbrodt, und vor allem Pastor Eckhard Kutzers, ehemaliger Geschäftsführer des „Vereins zur Errichtung evangelischer Krankenhäuser“, das Ende einer jahrzehntelangen Kontinuität. Weichbrodt war von 1985 bis 2004 Mitglied im Kuratorium der FDST und hatte sich dort in unterschiedlichen Funktionen – unter anderem als erster Stellvertreter des Kuratoriumsvorsitzenden – engagiert.<sup>20</sup> Kutzer war bereits 1975 als Nachfolger Walter Schians in das Kuratorium kooptiert worden und blieb bis 2002 Mitglied des Gremiums. Er war langjähriger erster Stellvertreter des Kuratoriumsvorsitzenden, mehr als 25 Jahre Mitglied des Verwaltungsausschusses und mehr als 18 Jahre davon der Vorsitzende dieses Gremiums. Er hatte über fast drei Jahrzehnte „die Geschicke der Stiftung [...] ganz wesentlich mitbestimmt und geprägt.“<sup>21</sup> Aufgrund seiner besonderen Verdienste für die FDST wählte man ihn zum Ehrenmitglied des Kuratoriums. Damit wurde er im doppelten Sinn zum Nachfolger Schians, dem diese Ehrung ebenfalls zuteil geworden war.<sup>22</sup> In dieser Position nimmt er immer noch großen Anteil an der Entwicklung der Organisation. Zusammen mit Dr. Gerd-Heinrich Kemper, ehemaliger Präsident des Landesverfassungsgerichts des Landes Sachsen-Anhalt, repräsentierten Weichbrodt und Kutzer eine Generation von Kuratoriumsmitgliedern, die die FDST bereits vor dem Mauerfall kennengelernt und ihre Entwicklung seit dem aktiv begleitet hatten.<sup>23</sup> Mit ihnen endete die Berufung dezidiert christlich geprägter Persönlichkeiten in das Kuratorium.<sup>24</sup> An ihre Stelle traten, wie etwa die Kooptation Paul Walter Schönles oder Karl Wegscheiders zeigt, vor allem Fachwissenschaftler, die bei der zunehmenden Hinwendung der FDST zur Forschung eine maßgebliche Rolle spielen. Die weiter in die 1970er und 1980er Jahre zurückreichende Traditionslinie wurde im Kuratorium künftig noch von den Mitgliedern der Stifterfamilie repräsentiert – dem promovierten Mediziner Guido Graf Henckel von



V.l.n.r. die Stellvertretende Geschäftsführerin, Elke Stommel, der Leiter des Gästehaus Bad Bevensen, Michael Klopp und der leitende Arzt des Fürst Donnersmarck-Hauses, Prof. Dr. Stephan Bamborschke

Donnersmarck und besonders Dr. jur. Guidotto Graf Henckel Fürst von Donnersmarck, der seit 1976 dem Kuratorium vorsitzt und in dieser Position die Geschichte FDST erheblich mitgestaltete. Für sein außergewöhnliches Engagement wurde ihm am 07.09.2008 mit der Johann Hinrich Wichern-Plakette die höchste Auszeichnung des Diakonischen Werks Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz überreicht.<sup>25</sup>

Gemeinsam mit der Geschäftsführung der Stiftung trieb dieses neu aufgestellte Kuratorium die betriebliche Modernisierung der FDST voran. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war erstens die Neuorganisation der Leitungs- und Kommunikationsstrukturen innerhalb der Stiftung. Diese Strukturen wurden im Juni 2001 – knapp vier Jahre nach dem Wechsel in der Geschäftsführung – in der Kuratoriumssitzung vom 27.06.2001 gebilligt.<sup>26</sup> Mit den neuen Strukturen wurde die Einteilung der Organisation in die drei Arbeitsbereiche Rehabilitation, Touristik und Freizeit, Bildung, Beratung festgeschrieben; sie führten ebenfalls die Unterteilung der Führungspositionen in Bereichs- oder Hauptabteilungsleiter, Einrichtungs- oder Abteilungsleiter sowie die Geschäftsführer der Tochtergesellschaften ein.<sup>27</sup> Damit wurden Budgetverantwortungen festgelegt und die Leitungskräfte vor Ort in die Lage versetzt, den ihnen unterstehenden Organisationsteil der Stiftung eigenverantwortlich zu steuern. Zudem wurden mit den Leitungs- und Kommunikationsstrukturen neue Abstimmungsgremien geschaffen, unter denen die Donnersmarck-Konferenz als regelmäßiges Treffen aller Leitungskräfte der FDST die Wichtigste ist.<sup>28</sup> Zweitens war Wolfgang Schrödter, der kurz nach seinem Arbeitsbeginn noch einen etwas distanzierteren Blick auf die Stiftung hatte, eher dazu bereit, grundlegende konzeptionelle Veränderungen in einzelnen Arbeitsbereichen anzugehen. Bei diesen orientierte er sich immer an den historischen Traditionen der FDST, an den historischen Leistungen Reichels und des Kuratoriums sowie am Stifterwillen. Immer versuchte er, die ursprünglichen Ideen der einzelnen Arbeitsbereiche in die neuen gesellschaftlichen Kontexte zu übersetzen. Nach 1997 wurden alle Einrichtungen der Stiftung einer kritischen Überprüfung unterzogen und durchliefen danach tiefgreifende strukturelle Neuorientierungen.



Das Organigramm gibt einen Einblick in die Organisationsstruktur der FDST

Diese Bereitschaft zur Veränderung betraf selbst die Bereiche der Stiftung, deren Umstrukturierung für alle Beteiligten schmerzhaft war. Das zeigte sich etwa an der Schließung und Verpachtung des Cafés „blisse 14“, oder an der Mitte der 2000er Jahre einsetzenden Tarifdiskussion innerhalb der FDST. Schrödter hatte bald erkannt, dass die Fürst Donnersmarck-Stiftung als Dienstleistungsunternehmen in hohem Maße „auf die Qualifikation und Motivation der Mitarbeiter“ angewiesen ist, ihre Personalkosten aber den größten Anteil der Gesamtkosten betragen und dadurch „der entscheidende Produktionsfaktor im Unternehmen sind.“<sup>29</sup> Die seit Ende der 1990er Jahre regelmäßig erfolgenden Entgeltkürzungen für das FDH in Frohnau und die ambulanten Wohnangebote der Stiftung stellten die finanzierbare Betreuungsintensität und damit ihre Qualität bei gleichbleibenden Löhnen in Frage. Die von der öffentlichen Hand durch ihre Leistungskürzungen erzwungenen Rationalisierungsmaßnahmen waren deswegen nur noch durch Gehaltsanpassungen zu erzielen, wenn man die Betreuungsqualität weiterhin auf einem hohen Niveau halten wollte. Als dann im Tarifabschluss von Potsdam vom 09.01.2003 der BAT Bund/Länder, der in der Stiftung über viele Jahre die Grundlage der Vergütung darstellte, überproportional stieg, entschied sich die Geschäftsführung zum Ausstieg aus dem Tarifwerk.<sup>30</sup> Es folgte eine lang andauernde und die Kräfte der gesamten Organisation zehrende Auseinandersetzung über die Tarifgrundlage innerhalb der FDST, die 2007 in den Abschluss einer eigenen Hausvergütungsordnung (HVO) mündete.<sup>31</sup> Die HVO wurde 2011 nochmals verlängert, zum 31.12.2012 jedoch von der Mitarbeitervertretung gekündigt.<sup>32</sup> Die Einführung der HVO verschaffte der Geschäftsführung in Zusammenarbeit mit der Gesamtmitarbeitervertretung der Stiftung die nötige Gestaltungsfreiheit, die die FDST zu der Umgestaltung des Fürst Donnersmarck-Hauses zum P.A.N. Zentrum benötigte.<sup>33</sup> 2015 übernahm die Fürst Donnersmarck-Stiftung mit dem AVR das Tarifregelwerk der Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.<sup>34</sup>

Dies alles zeigt, wie sehr sich die Stiftung nach der Übernahme der Geschäftsführung durch Wolfgang Schrödter verändert hatte. Er führte eine transparentere Kosten- und Leistungskontrolle sowie klare Leitungs- und Kommunikationsstrukturen ein. Er modernisierte die Verwaltung der FDST und scheute selbst vor unpopulären Entscheidungen wie einer kritischen Überprüfung der Personalstruktur in der Stiftung nicht zurück. Nicht zuletzt unterzog Schrödter alle Einrichtungen der Organisation einer grundlegenden konzeptionellen Überprüfung, die oftmals zu markanten strukturellen Veränderungen führte. Diese Maßnahmen waren oftmals einschneidend; sie waren Zumutungen, verlangten Zugeständnisse und Kompromissbereitschaft von allen Beteiligten. Sie waren aber auch notwendig, um die Organisation auf die veränderten Rahmenbedingungen seit Mitte der 1990er Jahre

einzustellen und die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Insgesamt führten seine Maßnahmen zu einer verstärkten Öffnung der Stiftung nach außen, einer weiteren Ambulantisierung ihres Wohnangebotes und einer Fokussierung des Rehabilitationsbereiches.<sup>35</sup> Diese drei Tendenzen stehen im Folgenden im Mittelpunkt des Kapitels.

## V.1 ÖFFNUNGEN NACH AUSSEN

Ein erster Schritt auf dem Weg der FDST zu einer stärkeren öffentlichen Präsenz war die Zentralisierung der Öffentlichkeitsarbeit in einer eigenen Stabsstelle. Diese Maßnahme wurde bereits 1991 auf der Zukunftswerkstatt „Stiftung 2000“ vorgeschlagen, allerdings erst von Wolfgang Schrödter umgesetzt.<sup>36</sup> Aus seiner Sicht war die Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit „[...] zur Erfüllung unserer Aufgaben und zur erfolgreichen Gestaltung der einzelnen Angebote (oder Geschäftsfelder) erforderlich.“<sup>37</sup> Aus diesem Grund wurde Thomas Golka am 01.03.1999 Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung. Zuvor hatte er in der Freizeit- und Bildungsstätte gearbeitet, sich durch sein Engagement etwa für die 75-Jahr-Feier aber bereits schon intensiv für die Gesamtorganisation engagiert.<sup>38</sup> Von da an verlief die Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit in einem rasanten Tempo. Noch im gleichen Jahr begann die Stiftung eine Zusammenarbeit mit der PR-Agentur ABC

Berlin der Euro RSCG Gruppe.<sup>39</sup> Diese legte im November 1999 dem Kuratorium ein neues Kommunikationskonzept vor, das eine einheitliche Außendarstellung der Stiftung und die Modernisierung ihrer Kommunikationsinstrumente vorschlug.<sup>40</sup> Nach und nach folgten weitere Professionalisierungsschritte. Inzwischen ist in jedem Arbeitsbereich mindestens ein Mitarbeiter unter der Gesamtverantwortung von Thomas Golka für die Außenkontakte zuständig. Um trotz dieses Wachstums die PR-Maßnahmen untereinander abzustimmen, mussten neue Gremien wie der Ausschuss Öffentlichkeitsarbeit oder die Marketingkreise gegründet werden.<sup>41</sup>

Dies alles führte dazu, dass die FDST immer häufiger in der Öffentlichkeit wahrzunehmen war. Die Presseberichterstattung über die Stiftung und ihre Tochtergesellschaften nahm zu<sup>42</sup>, Mitarbeiter sowie Leitungskräfte engagierten sich häufiger für externe Institutionen auf nationaler wie internationaler Ebene<sup>43</sup> und sie beteiligte sich immer wieder an öffentlichkeitswirksamen Projekten wie



der Kampagne „Berlin bleibt sozial“, die gegen die Sparbeschlüsse des Senats im Bereich der Sozialausgaben protestierte.<sup>44</sup> Seit dem Jahr 2000 ermöglicht die Mitarbeiterzeitung „Der DonnersTag“ eine kontinuierliche Kommunikation nach innen; seit dem 01.03.2005 ist die Website der FDST, die ursprünglich am 12.03.1998 online gegangen war, vollständig barrierefrei<sup>45</sup> und seit Anfang 2013 erscheint die „WIR“ in einem zeitgemäßen Gewand. Immer wieder gelingt es der Stiftung darüber hinaus, durch kreative Ideen und durchdachte Konzepte Aufmerksamkeit zu wecken und dafür von Menschen mit Behinderung anerkannt zu werden.<sup>46</sup> Für ihre Kampagnen „Blickwechsel“ und „Volles Leben“ aus den Jahren 2004 und 2005, die sich beide den Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung am Alltag widmeten, wurde die FDST 2006 in der Kategorie „Strategische Projekt-PR“ für den Kommunikationspreis des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen nominiert.<sup>47</sup> Die Jury honorierte vor allem den „integrativen, ganzheitlichen und strategischen Ansatz“ der Stiftung.<sup>48</sup>

## Die Weiterentwicklung des Bereichs Freizeit, Bildung, Beratung

Einen ähnlichen Prozess durchlief der Bereich Freizeit, Bildung, Beratung. Dieser hatte in Gestalt des Sozialtherapeutischen Zentrums und des Cafés „blisse 14“ schon immer eine außenwirksame Komponente. Auch die Freizeit- und Bildungsstätte in der Schädestraße hatte sich unter der Leitung Friedhild Morys spürbar für einen größeren Adressatenkreis geöffnet und versuchte, mit ihren Veranstaltungen in den Bezirk Steglitz-Zehlendorf hineinzuwirken. Diese Entwicklung wurde im Zuge des OE-Prozesses noch weiter vorangetrieben, selbst wenn mit dem Café „blisse 14“ eine öffentlichkeitswirksame Einrichtung nicht mehr weitergeführt wurde. Ziel des Organisationsentwicklungsprozesses war es, die beiden getrennten Einrichtungen STZ und die Freizeit- und Bildungsstätte in einem Bereich zu vereinen. Dadurch sollten Synergieeffekte erzielt und Ressourcen gebündelt werden; die gemeinsame Expertise aller Mitarbeiter dieser Einrichtungen sollten zusammengebracht werden, um „in Fortführung der Tradition der Schädestraße, die aus den Freizeitgruppen der Nachbarschaftshome entstanden ist, ein Seminarhaus für behinderte Menschen zu entwickeln.“<sup>49</sup> Der Fokus der neuen Einrichtung sollte sich neben der Freizeitgestaltung von Menschen mit Behinderung „mittel- und langfristig in

”

**In der Villa Donnersmarck verfolgt die FDST einen Ansatz, der auf Teilhabe, auf Hilfe zur Selbsthilfe ausgerichtet ist und die Forderungen der Behindertenbewegung nach Selbstbestimmung ernst nimmt.**

“

allen Bereichen auf den Begriff ‚Bildung‘ konzentrieren.“<sup>50</sup> Dies ist letztlich ein Ansatz, der auf Teilhabe, auf Hilfe zur Selbsthilfe, auf Empowerment ausgerichtet ist und die Forderungen der Behindertenbewegung nach Selbstbestimmung ernst nimmt.

Dass neben den Themen „Freizeit“ und „Bildung“ der Gästebereich im künftigen Konzept keine Rolle mehr spielte, hatte auch einen externen Anlass. Ein Einbruch in die Villa warf 1998 Fragen nach den Sicherheitsstandards in dem Gebäude auf.<sup>51</sup> Bei einer externen Überprüfung des Bauzustandes wurde deutlich, dass gerade der Brandschutz des Hauses nicht mehr den gegenwärtigen Anforderungen entsprach.<sup>52</sup> Gleichzeitig waren für die Fortführung des Gästebetriebs weitreichende Investitionen notwendig. Die Stiftung stand deswegen vor der Entscheidung, das Haus in der Schädestraße komplett auf das Thema „Bildung“ auszurichten oder unter erheblichem Finanzaufwand geeignet für den Gästebetrieb zu machen. Da jedoch der Standort des Hauses ganz im Süden Berlins nach der Wiedervereinigung der Stadt für Touristen an Attraktivität verloren hatte und die Nachfrage nach den vorhandenen Übernachtungsmöglichkeiten rückläufig war, entschieden sich Schrödter und Mory dazu, den Gästebetrieb aus konzeptionellen Gründen zu beenden.<sup>53</sup> Für Gruppen wurde der Bereich zum 01.08.1999 geschlossen, während Einzelgäste bis zum Beginn der notwendigen Umbaumaßnahmen noch ins Haus durften.<sup>54</sup> Damit endete der Gästebetrieb in der Schädestraße. Stattdessen wurde die Schaffung eines Seminarhauses für Menschen mit Behinderung zum zentralen Ziel der Neukonzeption des Bereiches.<sup>55</sup> Die dafür nötigen Umbauplanungen begannen im August 1999, der Baubeginn war im Juli 2000.<sup>56</sup> Gleichzeitig wurden das STZ und die Freizeit- und Bildungsstätte zum 01.07.2000 unter dem Dach „Freizeit, Bildung, Beratung“ zusammengeführt. Die Leitung des neuen Bereichs übernahm Monika Markowitz; Mory engagierte sich stattdessen für das HausRheinsberg, das zu diesem Zeitpunkt jüngste und aufwendigste Projekt der

Stiftung.<sup>57</sup> Ab Mai 2001 konnte das modernisierte Haus wieder genutzt werden.<sup>58</sup> Die feierliche Eröffnung der nun „Villa Donnersmarck“ genannten Freizeit- und Bildungsstätte fand am 10.07.2001 statt.<sup>59</sup> Fortan war die Villa der zentrale Ort für alle Gruppenmitglieder, Freunde und Interessenten der FDST.



Außenansicht der Villa Donnersmarck nach dem Umbau





Eindrücke vom Alltag in der Villa Donnersmarck

Dies wurde noch dadurch gefördert, dass zum September 2004 die Büroräume des Sozialtherapeutischen Zentrums in der Blissestraße gekündigt wurden und alle Mitarbeiter in die Villa Donnersmarck umzogen.<sup>60</sup>

Der auf diese Weise neu geschaffene Bereich versteht sich als „*Dienstleister in der Freizeit unserer Gäste!*“ Sein Anliegen ist es, „Menschen mit Behinderung die Möglichkeit zu bieten, ihre Freizeit nach ihren Wünschen sinnvoll zu gestalten.“<sup>61</sup> Dafür umfasst das Angebot der Villa Donnersmarck immer noch eine Vielzahl von Gruppenaktivitäten, die aber mehr und mehr durch kulturelle Events, Fachveranstaltungen und andere Veranstaltungsformate ergänzt werden und einen breiteren Adressatenkreis haben.<sup>62</sup> Dazu gehören – je nach Veranstaltung – neben Menschen mit Behinderung, die Mitarbeiter der Stiftung, die Fachöffentlichkeit oder die Bevölkerung im Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Schon 2002 nahm die Villa Donnersmarck die Zusammenarbeit mit der PR-Agentur ABC Berlin auf<sup>63</sup>; im gleichen Jahr erregte sie mit einer Podiumsdiskussion zur Barrierefreiheit des Denkmals für die ermordeten Juden Europas große Aufmerksamkeit in der deutschsprachigen Presse.<sup>64</sup> Derartige öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen lassen sich zwar schon in die Zeit zurückverfolgen, in der Mory die Freizeit- und Bildungsstätte geleitet hatte.<sup>65</sup> Doch nahmen sie seit etwa 2005 deutlich zu.<sup>66</sup> Die Villa Donnersmarck avancierte zu einem „Forum für öffentliche Meinungsbildung“, zu einem Ort innerhalb der Stiftung, „an dem Visionen entworfen und Konzepte erarbeitet werden können“ und einem repräsentativen Haus, das mit seinen „kulturellen Events die Möglichkeit der Teilhabe“ schafft.<sup>67</sup> Der Bereich Freizeit, Bildung, Beratung engagiert sich immer mehr „durch die aktive Teilnahme an Straßenfesten, Aktionen u. ä.“ in seinem Stadtteil.<sup>68</sup> Immer besser funktioniert zudem die Vernetzung mit politischen Vertretern oder gleichgesinnten Organisationen im Bezirk.<sup>69</sup>



Bis heute steht die Villa Donnersmarck in der „Spannung zwischen Tradition und Innovation [...]“. <sup>70</sup> Das Haus hat sich zu einem „Stiftungslabor“ entwickelt. <sup>71</sup> Es bietet der FDST „einen ‚Raum‘, in dem Gäste und Öffentlichkeit empfangen werden können und in dem die Stiftung als Unterstützerin von Menschen mit Behinderung unmittelbar auch von Dritten erlebt werden kann.“ <sup>72</sup> In diesem Sinn wird sich die Arbeit des Bereichs künftig noch stärker nach außen öffnen als bisher. <sup>73</sup> Doch zugleich ist die Villa Donnersmarck ein Ort der „Perspektive von Menschen mit Behinderung“, ein Ort der sozialpädagogischen Gruppenarbeit und der Selbsthilfebewegung. <sup>74</sup> Hier bietet die Stiftung Menschen mit Behinderung Platz, um ihre Zeit selbstbestimmt zu gestalten und Freundschaften zu pflegen. Diese beiden Aufgaben werden die Villa Donnersmarck in Zukunft weiterhin prägen – auch über personelle Wechsel auf der Leitungsebene hinweg. Zwischen 2006 und 2012 verantwortete Annemarie Kühnen-Hurlin die Villa Donnersmarck. Ihre Nachfolgerin wurde 2012 Christel Reckert. <sup>75</sup> Sie beide machten und machen das Haus in der Schädestraße auf ihre Weise zu einem offenen Ort innerhalb der Fürst Donnersmarck-Stiftung und der Stadt Berlin.

### Der Bau des HausRheinsberg Hotel am See

Die Entscheidung für das „HausRheinsberg Hotel am See“ war bereits im Jahr 1996 unter der Geschäftsführung Ekkehard Reichels gefallen; die Umsetzung dieses Großprojektes oblag nun jedoch Wolfgang Schrödter. Hier wiederholte sich ein Vorgang, der schon Jahrzehnte früher beim Gästehaus in Bad Bevensen zu beobachten war. Damals waren die grundlegenden Beschlüsse zum Bau des Gästehauses noch mit Dr. Hermann Binder als Geschäftsführer getroffen worden, während Reichel sich nach der Übernahme der Geschäftsführung mit der Durchführung beschäftigte. Das neue Hotel war einerseits ein Ausfluss der lange zurückliegenden konzeptionellen Überlegungen anlässlich des Workshops „Stiftung 2000“ im Jubiläumsjahr 1991. Andererseits war es eine Reaktion der Stiftung auf den veränderten Reisemarkt für Menschen mit Behinderung. <sup>76</sup> Kern dieser Veränderungen war die zunehmende Nachfrage von Menschen mit Behinderung nach barrierefreien Reiseangeboten mit einem gehobenen Standard. Diesen Ansprüchen wollte die Stiftung mit dem neuen Objekt in Rheinsberg gerecht werden. Dort schuf sie in einem hochwertigen Urlaubsambiente die nötigen Rahmenbedingungen für „eine ‚rehabilitative Animation‘ oder eine ‚animative Rehabilitation‘, um Isolierungen zu überwinden, Kontakte zu knüpfen und gezielt gesundheitsfördernde Maßnahmen durchzuführen.“ <sup>77</sup>

Bevor es jedoch soweit war, sah sich Schrödter zunächst mit der Aufgabe konfrontiert, den Beginn der Baumaßnahmen in die Wege zu leiten. Denn nachdem am 16.12.1997 ein erster Bauantrag bei der Stadt Rheinsberg gestellt worden war, traten

unvorhergesehene Probleme bei der Einholung einer Baugenehmigung auf.<sup>78</sup> Der Bauplatz für das geplante Hotel befand sich direkt am Grienericksee etwa 400 Meter vom denkmalgeschützten Rheinsberger Schloss entfernt.<sup>79</sup> Diese Nähe veranlasste die Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten dazu, Einspruch gegen den Vorhaben- und Erschließungsplan der Stiftung zu erheben. Erst nachdem die Sichtbeziehungen zwischen dem projektierten Baukörper und dem Rheinsberger Schloss sowie die Fassaden- und Höhengestaltung des neuen Hauses abgestimmt worden waren, zog sie ihre Bedenken zurück.<sup>80</sup> Am 13.11.1998 reichte die Fürst Donnersmarck-Stiftung einen überarbeiteten Bauantrag ein; bereits am 23.09.1998 hatte sich die Rheinsberger Stadtverordnetenversammlung einstimmig für das Projekt der FDST ausgesprochen.<sup>81</sup> Die Baugenehmigung wurde am 01.04.1999 erteilt und am 13.04.1999 feierlich übergeben<sup>82</sup>; den Spatenstich für das – zu diesem Zeitpunkt – größte Bauprojekt der Stiftung vollzogen am 15.10.1999 der amtierende Landrat vom Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Christian Gilde, Eckhard Kutzer und Ekkehard Reichel für die FDST sowie Manfred Richter als Bürgermeister Rheinsbergs.<sup>83</sup>

Von da an schritt das Projekt schnell voran: Schon im nächsten Jahr präsentierte sich die Stiftung mit ihrem HausRheinsberg auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin. Am 1. Juni des gleichen Jahres übernahm Corinna Fritz den Posten als erste Direktorin des neuen Hotels und begann mit den organisatorischen Vorarbeiten für die große Neueröffnung im Sommer 2001.<sup>84</sup> Parallel dazu verliefen auch die Baumaßnahmen planmäßig. Die Stiftung hatte sich dazu entschieden, auf die



Die erste Direktorin des HausRheinsberg, Corinna Fritz, zusammen mit dem aktuellen Hoteldirektor, Peter Vogt, bei ihrer Verabschiedung



Das HausRheinsberg vor dem malerischen Grienericksee

Beauftragung eines Generalunternehmers für den gesamten Bau zu verzichten. Stattdessen vergab sie die jeweiligen Bauabschnitte einzeln, um „Bauunternehmen der Region die Chance der Teilhabe einzuräumen.“<sup>85</sup> Lediglich ein



Das großzügige Schwimmbad im HausRheinsberg. Im Hintergrund erkennt man das Kunstwerk „Nixen“ von Aiga Müller

Generalplaner wurde mit der Koordination aller Arbeiten und der Sicherstellung eines zügigen Bauverlaufs betraut. Von besonderer Bedeutung war die Einrichtung eines Musterzimmers, um vor der endgültigen Bauausführung „qualitative und ästhetische Veränderungen“ etwa im Hinblick auf die barrierefreie Gestaltung der Innenarchitektur beschließen zu können.<sup>86</sup> Hierbei bat die FDST explizit Menschen mit Behinderung um ihre Mithilfe und ihre Meinungen. Am 01.09.2000 feierte die Stiftung in Rheinsberg ein großes Richtfest<sup>87</sup> und

bereits am 28.06.2001 konnte der Altbischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Martin Kruse, in Anwesenheit des damaligen Brandenburgischen Ministerpräsidenten, Manfred Stolpe, das Haus zur offiziellen Eröffnung einsegnen.<sup>88</sup> Dem vorausgegangen war eine Soft-Opening-Phase mit Gästen aus dem Umfeld der FDST und einer Auslastung von etwa 45 %, um der am 17.04.2001 eingestellten Stammmannschaft die Möglichkeit zu geben, ihre Abläufe untereinander abzustimmen.<sup>89</sup> Das mit 108 Zimmern und 150 Betten, einer wettkampftauglichen Sporthalle sowie einem großzügigen Schwimmbad größte vollständig barrierefreie Hotel Deutschlands – eine europaweit einmalige Einrichtung – war endgültig betriebsbereit.

## Das HausRheinsberg in der Fürst Donnersmarck-Stiftung

Für die Fürst Donnersmarck-Stiftung hatte dies einen bedeutenden Einschnitt in ihre bisherige Organisationsstruktur zur Folge. Nicht nur war das HausRheinsberg mit einer Nettoinvestitionssumme von 28,4 Mio. Euro bei einer Fremdfinanzierung von lediglich 3,9 Mio. Euro aus Infrastrukturmitteln des Landes Brandenburg die größte einmalige Investition der Stiftung.<sup>90</sup> Vor allem trat nun eine weitere gewichtige Einrichtung mit zunächst 40, später bis zu 80 Mitarbeitern inklusive zwölf Auszubildenden und einem erheblichen ökonomischen Einfluss auf die Stiftung neben das FDH in Frohnau, das bis dahin im Vergleich mit dem Gästehaus Bad Bevensen und der Villa Donnersmarck die mit Abstand größte Einrichtung gewesen war.<sup>91</sup> Dies verschob die Gewichte innerhalb der Stiftung und machte die von Schrödter angestoßene Reform der Kommunikations- und Leitungsstrukturen noch dringlicher. Hinzu kam, dass das Hotel von einer neuen gGmbH betrieben wurde. Diese

HausRheinsberg gGmbH wurde am 22.01.1998 als 100%ige Tochter der FDST mit einem Stammkapital von 50.000 Euro sowie dem Grundstück am Grienericksee als Sacheinlage gegründet.<sup>92</sup> Selbst wenn damit das HausRheinsberg letztlich unter dem Dach der Stiftung verblieb und diese auch jedes Jahr die Betriebsverluste des Hauses ausgleicht, entstand mit ihm eine neue Einrichtung innerhalb der Stiftungen, die sich in Bezug auf ihre Größe, ihre Entfernung von Berlin oder ihrer ökonomischen Bedeutung für die FDST von den bisher bestehenden Einrichtungen unterschied – und die Organisation dadurch von innen heraus veränderte.

Nach außen weckte die Eröffnung des Hauses am 28.06.2001 deutschlandweite Aufmerksamkeit und führte zu einer ausgedehnten Berichterstattung über das Hotel in zahlreichen Zeitungen sowie Fachzeitschriften. Kein anderes Projekt der FDST war bisher auf ein derart großes Medieninteresse gestoßen, was auch als das Resultat einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung verstanden werden kann.<sup>93</sup> Die Kommentatoren lobten das Design des Hauses, beschrieben seine konzeptionellen Besonderheiten und beleuchteten darüber hinaus die Hintergründe der Fürst Donnersmarck-Stiftung. Kritik äußerten sie allerdings daran, dass das HausRheinsberg ausschließlich Menschen mit einer Schwerbehinderung und ihren Begleitern vorbehalten blieb. Nichtbehinderte Gäste können dort nur in Ausnahmefällen übernachten.<sup>94</sup> Dies hat jedoch steuerrechtliche Gründe. Denn als gemeinnützige Organisation darf die gGmbH nicht in direkte Konkurrenz mit nichtgemeinnützigen Unternehmen treten.<sup>95</sup> Dies bedeutete, dass „nur Menschen mit Behinderung mit einem Grad der Behinderung über 50 % und deren Begleitpersonen“ Gäste des HausRheinsberg werden können.<sup>96</sup> Andernfalls ist sogar die Gemeinnützigkeit der gesamten Stiftung gefährdet.<sup>97</sup> Steuer- sowie stiftungsrechtliche Bestimmungen beschränkten den Handlungsspielraum der FDST in diesem Fall.

Eine Begegnung zwischen den Hotelgästen in Rheinsberg und der lokalen Bevölkerung ist allerdings dennoch möglich. Denn in der unmittelbar an das Hotel angrenzenden Kurt-Tucholsky-Straße 30A hatte die FDST für 220.000 DM ein Grundstück erworben, um dort ein typisch brandenburgisches Haus zu errichten. Dies war einerseits eine Auflage der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten gewesen, die davon eine Verlängerung der „Häuserreihe der Kurt-Tucholsky-Straße bis an die Seeseite“ erwartete.<sup>98</sup> Andererseits konnte dieses Gebäude nun gut im Sinne der Stiftung eingesetzt werden. Dort entstand das barrierefreie „Café Tucholsky“.<sup>99</sup> Um das Café zu betreiben, gründete die FDST am 06.10.2000 die Servicegesellschaft am Grienericksee mbH, die am 06.03.2001 in das Handelsregister eingetragen wurde.<sup>100</sup> Neben dem Cafébetrieb übernahm die Gesellschaft die Vermietung von zwei Ferienwohnungen, die sich im gleichen Gebäude befinden. Am 25.09.2001 wurde das „Café Tucholsky“ eröffnet. Spätestens 2004 hatte es sich

mit seinen regelmäßigen „kulturellen und musikalischen Veranstaltungen [...] ein festes Stammpublikum“ erschlossen.<sup>101</sup> Dauerhaft gelang es der Stiftung aber nicht, die Einnahmen des Cafés zu stabilisieren und es kostendeckend zu betreiben – das Café hatte eher mit sinkenden Einnahmen und einer sinkenden Auslastung der Ferienwohnungen zu kämpfen. 2006 wurde erstmals eine Winterschließung von Oktober bis März beschlossen.<sup>102</sup> 2010 entschied man sich dazu, das „Café Tucholsky“ ab dem 01.04.2011 an externe Betreiber zu verpachten.<sup>103</sup>

## Herausforderung Markt.

### Die Entwicklung des HausRheinsberg Hotel am See

Die ersten Betriebsjahre des Hotels erwiesen sich als vielversprechend. Die FDST hatte nicht nur auf eine barrierefreie Innenarchitektur geachtet, sondern das Haus darüber hinaus möglichst stilvoll eingerichtet. So stattete die Stiftung das Hotel von Beginn an ausschließlich mit Originalwerken zeitgenössischer, überwiegend deutscher Künstler aus und baute sich auf diese Weise eine ansehnliche Kunstsammlung auf.<sup>104</sup> Die öffentlichen Rückmeldungen zu dem neu eröffneten Haus waren dementsprechend positiv: Den Tag der offenen Tür, der direkt nach der feierlichen Eröffnung am 29.06.2001 stattfand, nutzten über 4.000 Personen, um sich ein Bild von dem Gebäude zu machen.<sup>105</sup> Kurze Zeit später wurde das Hotel von der Dehoga mit vier Sternen ausgezeichnet; 2002 erhielt es den zweiten Tourismus-Preis des Landes Brandenburg für innovative Dienstleistungen und Marketing.<sup>106</sup> Auch das Buchungsverhalten der Gäste gab Anlass für Optimismus. So erzielte das Haus im Jahr 2002 – dem ersten vollen Geschäftsjahr – eine Belegung von ungefähr 60 %.<sup>107</sup> Die Gäste stammten mehrheitlich aus Berlin und Hamburg, doch die Nachfrage aus anderen Bundesländern und dem Ausland nahm in den ersten Betriebsjahren ebenso zu wie Gruppen-, Tagungs- oder Arrangementbuchungen.<sup>108</sup> Schnell machte sich das HausRheinsberg einen Namen als Veranstaltungsort hochkarätiger Behindertensportevents wie dem Europacup im Rollstuhl-Rugby oder den German Classics im Rollstuhltanz. Zahlreiche Veranstaltungen finden Niederschlag in der regionalen wie überregionalen Presse.<sup>109</sup>

Allerdings wiesen die Mitglieder des Kuratoriums nachdrücklich darauf hin, dass das Haus vor dem Hintergrund der erheblichen Investitionen seitens der FDST möglichst bald ein ausgeglichenes Finanzergebnis vor Abschreibungen erreichen sollte.<sup>110</sup> Dazu war allerdings eine Auslastung über das „durchschnittlich erwartbare Maß“ nötig.<sup>111</sup> Andere Gewinnsteigerungspotentiale sah das Kuratorium zunächst nicht, hatte sich doch bereits in dem ersten Betriebsjahr herausgestellt, dass der Personaleinsatz aufgrund behinderungsbedingter Mehrbedarfe „deutlich höher als

in einem herkömmlichen Hotel“ war.<sup>112</sup> Damit war das Spannungsfeld zwischen gemeinnützigem Stiftungszweck und den ökonomischen Bedingungen aller Stiftungsaktivitäten skizziert, das die FDST im Grunde seit ihrer Gründung prägt. Für Fritz bedeutete dies, das HausRheinsberg auf einem wachsenden Reisemarkt für Menschen mit Behinderung zu platzieren und – wie in jedem anderen Hotel – durch ein gutes, sich ständig weiterentwickelndes Angebot und zielgerichtetes Marketing immer wieder um die Gäste zu werben. Diese Aufgabe erfüllte sie aus Sicht des Kuratoriums bis zu ihrem freiwilligen Ausscheiden zum 31.12.2011 mit Bravour.<sup>113</sup> Heute wird das Haus von Elke Stommel als Geschäftsführerin und Peter Vogt als Hoteldirektor geleitet, die immer wieder auf neue Herausforderungen reagieren müssen: So beschloss die Deutschen Bahn, ab 2007 den Fahrplan für Regionalzüge von Berlin nach Rheinsberg auszudünnen und damit die Erreichbarkeit der Stadt für potentielle Hotelgäste spürbar einzuschränken. Darüber hinaus war sie – trotz mehrerer Interventionen der Stiftung – nicht dazu bereit, den Rheinsberger Bahnhof barrierefrei umzugestalten, sodass Gäste im Rollstuhl am nahegelegenen Bahnhof Gransee aussteigen und dort vom Hotel abgeholt werden müssen.<sup>114</sup> Das HausRheinsberg reagierte darauf mit einem eigenen Shuttleservice, von dem sich die Gäste vom Bahnhof Gransee oder aus Berlin abholen lassen können.<sup>115</sup> Eine andere Schwierigkeit ist der anhaltende Trend zu kurzfristigen Buchungen und kürzeren Aufenthaltszeiten, die das Haus vor organisatorische Herausforderungen stellen. Doch immer wieder fanden HausRheinsberg gGmbH und FDST neue Antworten auf diese Veränderungen.

In erster Linie bemüht sich das Haus darum, den unterschiedlichen Bedürfnissen ihrer Gäste so gut wie möglich zu entsprechen. So baute die Stiftung im Jahr 2004 auf dem ehemaligen ZEKIWA-Gelände für ungefähr 2 Mio. Euro ein Appartementhaus mit mehreren Ferienwohnungen.<sup>116</sup> Nach seiner Eröffnung am 17.06.2005 erfüllt es vor allem „die Wünsche von Gruppen und Sportteams“, aber auch von Familien nach einem individuell gestalteten Urlaub.<sup>117</sup> Mit diesen und vielen anderen Maßnahmen gelang es über alle Jahre hinweg, die Belegung des Hauses auf einem Niveau von 55 % bis 65 % zu halten – „ein Wert, der in der Hotellandschaft unserer Region nur noch selten erreicht wird.“<sup>118</sup> Trotz dieser guten Werte scheint inzwischen klar, dass eine vollständige Kostendeckung im HausRheinsberg wohl nicht



**Das HausRheinsberg ist ein Modellprojekt für barrierefreien Tourismus mit überregionaler Ausstrahlung und es ist ein Bekenntnis der Stiftung zur Region Berlin-Brandenburg.**





möglich ist.<sup>119</sup> Dennoch herrscht in Kuratorium und in der Geschäftsführung Einigkeit, dass das Hotel einen wichtigen Beitrag im Sinne des Stiftungszwecks leistet: Es ist immer noch ein Modellprojekt für barrierefreien Tourismus mit überregionaler Ausstrahlung; es ist ein Bekenntnis der Stiftung zur Region Berlin-Brandenburg.<sup>120</sup> Es ist ein wichtiger Austragungsort für den deutschen Behindertensport und war darüber hinaus bereits Schauplatz wichtiger behindertenpolitischer Veranstaltungen wie dem BeB Kongress „Einmischen – Mitmischen – Selbstmachen“, der mit seiner Rheinsberger Erklärung von 2006 einige Aufmerksamkeit erregte.<sup>121</sup> Als öffentlicher Ort war und ist das HausRheinsberg ein wichtiges Projekt der Fürst Donnersmarck-Stiftung – und wie die Zentralisierung der Öffentlichkeitsarbeit oder die Neukonzeption der Villa Donnersmarck ein Teil des stiftungsweiten Öffnungsprozesses nach der Jahrtausendwende.

## V.2 DIE FOKUSSIERUNG DES FÜRST DONNERSMARCK-HAUSES

Die Schwierigkeiten, die seit den 1990er Jahren die Lage der stationären Wohn- und Rehabilitationsangebote der Stiftung prägten, setzten sich zunächst unter der Geschäftsführung Wolfgang Schröders fort. Das Fürst Donnersmarck-Haus litt unter den Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand; strukturelle Einschränkungen verengten den Handlungsspielraum der Stiftung; die – im Vergleich zu der Situation in den 1970ern und 1980ern – immer kürzeren Verweildauern der Klienten in Frohnau beschleunigten die Fluktuation im Haus und sorgten dafür, dass nur noch Menschen mit starken Einschränkungen über einen längeren Zeitraum im FDH blieben.<sup>122</sup> Zusätzlich verstärkt wurde dieser Trend durch die relativ hohe Ambulantisierungsquote der FDST. Deren Nebeneffekt war es, dass weitgehend selbstständige Bewohner schnell den stationären Bereich der Stiftung wieder verließen, um in ein ambulantes Wohnangebot zu wechseln.<sup>123</sup> Während sich – so fasste Schröder die Situation im Oktober 2004 vor dem Verwaltungsausschuss zusammen – die ambulanten Angebote planmäßig entwickelten und von der politisch forcierten Förderung dezentraler Rehabilitations- und Wohnangebote profitierten, „verschärfen sich die Schwierigkeiten der Belegung im stationären Bereich.“<sup>124</sup> Das hatte auf mittelfristige Sicht die Hinwendung des FDHs zur Post-Akuten Neurorehabilitation und damit die Fokussierung des Rehabilitationsangebotes zur Folge.

Eine katalysierende Wirkung in diesem Prozess kam der Reform des § 93 BSHG zu, die am 01.01.1999 in Kraft trat. Diese beendete nämlich die langjährige Praxis nach der zwischen den einzelnen Rehabilitationseinrichtungen und dem jeweiligen Leistungsträger der Eingliederungshilfe Pflegesätze individuell ausgehandelt



wurden. An deren Stelle traten für alle Einrichtungen verbindliche Vergütungsmodi, die sich an einer Einteilung der betreuten Menschen in „Gruppen vergleichbaren Hilfsbedarfs“ orientierten. Statt individueller Kostensätze, die auf einem abgestimmten Betreuungs- und Rehabilitationskonzept beruhten, wurden künftig „Leistungsvereinbarungen, Entgeltvereinbarungen und Qualitätsvereinbarungen abgeschlossen und somit die zu erbringende Leistung auf eine klare vertragliche Grundlage gestellt.“<sup>125</sup> Dies bedeutete eine noch schärfere Differenzierung der Pflegesätze sowie ein in Abhängigkeit von den gerade betreuten Menschen ständig schwankendes Erlösniveau. Bereits 1999 begann die Bewertung und Einteilung der Bewohner in die Hilfsbedarfsgruppen mit Hilfe des sog. Metzler-Verfahrens (HMB-Verfahren).<sup>126</sup> Zum 01.09.2001 war dieser Prozess abgeschlossen. Statt des bisherigen einheitlichen Entgelts pro Platz „wird in Zukunft je nach Tagesstruktur der festgestellten Hilfsbedarfsgruppe eines Bewohners (I–V Stufe) die Vergütung gezahlt.“<sup>127</sup> Die Stiftung musste künftig mit mehreren unterschiedlichen Tagessätzen, die sich wiederum in eine Grundpauschale, eine Maßnahmenpauschale und einen Investitionsbetrag aufteilten, kalkulieren. Verkompliziert wurde diese Situation noch durch zwei Tendenzen: Einerseits sank die Belegung im FDH aufgrund verschiedener externer Einflüsse.<sup>128</sup> Andererseits setzte das Land Berlin nach dem Jahrtausendwechsel seine Sparanstrengungen fort und kürzte 2003 die Entgelte erneut.<sup>129</sup> Die daraus resultierende fehlende Refinanzierung der Personalkosten führte letztlich zum Ausstieg der Stiftung aus dem TVöD-Tarifwerk. Eine weitere Zuspitzung erfuhr diese Situation durch die – auf den Ergebnissen des Metzler-Verfahrens beruhende – Leistungstypisierung der Heime, die das Land Berlin seit etwa 2006 vorantrieb. Damit sollten die Entgelte in den unterschiedlichen Einrichtungen vereinheitlicht werden, was für das FDH im schlimmsten Fall Erlöseinbußen im sechsstelligen Bereich hätte bedeuten können.<sup>130</sup>

## Auf dem Weg zum P.A.N. Zentrum

Mitte der 2000er Jahre stand damit der Arbeitsbereich Rehabilitation vor zwei Herausforderungen: Erstens musste vor dem Hintergrund der abnehmenden Belegung und der Tendenz, Menschen mit Behinderungsarten, die früher im FDH behandelt worden wären, nunmehr ambulant zu versorgen, eine neue Kernzielgruppe für die Arbeit in Frohnau gefunden werden. Erst dadurch war es möglich, eine konzeptionelle Grundlage für die anstehenden Modernisierungsmaßnahmen zu entwickeln. Zweitens mussten die Verantwortlichen in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorgaben die einzelnen Leistungsbausteine des Arbeitsbereichs noch stärker als bisher definieren, differenzieren und voneinander abgrenzen. Dadurch sollte es

möglich werden, für die Finanzierung der Arbeit auf die Entgelte unterschiedlicher Leistungsträger zurückzugreifen. Die Antwort der Fürst Donnersmarck-Stiftung auf diese zwei Fragen war die Weiterentwicklung der post-akuten Neurorehabilitation in Frohnau zum P.A.N. Zentrum.<sup>131</sup>

Ausgangspunkt war neben der sinkenden Nachfrage nach „klassischen“ Rehabilitationsplätzen der wachsende Bedarf an hochspezialisierten Rehabilitationsangeboten, die in die Lücke zwischen medizinischer Akutrehabilitation und dauerhafter, ambulanter Versorgung stießen.<sup>132</sup> Wie eine 2005 durch die Stiftung in Auftrag gegebene Marktuntersuchung ergab, traf dies etwa auf Menschen mit erworbenen Funktions-, Aktivitäts- und Teilhabestörungen nach Schädigungen des peripheren und/oder zentralen Nervensystems zu, mit deren Behandlung die FDST bereits seit Mitte der 1980er Jahre Erfahrungen gesammelt hatte. Hier sollte in Zukunft der Schwerpunkt der Arbeit im Arbeitsbereich Rehabilitation liegen.<sup>133</sup> Ökonomisch sollte das neue Angebot auf einer Mischfinanzierung beruhen, die sich aus „Eingliederungshilfe, Pflegeversicherungs- sowie aus Krankenkassenleistungen“ zusammensetzte.<sup>134</sup>

Mit der Konzentration auf die Rehabilitation von Menschen mit neurologischem Rehabilitationsbedarf, die jedoch eine Abwendung von anderen Behinderungsformen miteinschloss, konnte die Stiftung in Frohnau mittelfristig ein Modellprojekt initiieren, das sowohl inhaltliches Neuland betritt als auch neue Finanzierungswege in der Behindertenhilfe erschließt. Dafür musste die Gleichzeitigkeit von Rehabilitation und Dauerwohnen im FDH aufgelöst werden. Künftig sollte in Frohnau hochspezialisierte, zeitlich befristete Neurorehabilitation betrieben werden. Für die zu diesem Zeitpunkt noch im Dauerwohnbereich lebenden Menschen ohne neurokognitiven Rehabilitationsbedarf wollte die Stiftung ambulante Wohnangebote schaffen. Dadurch sollte die durchgehende Versorgungskette der FDST gestärkt werden, die von der post-akuten Versorgung bis zum selbstbestimmten Leben in der eigenen Wohnung mit oder ohne Unterstützung reichte. Die konzeptionelle Neuausrichtung des Fürst Donnersmarck-Hauses beruhte damit einerseits auf einer Spezialisierung – und aufgrund der Nähe zur klinischen Akutrehabilitation einer medizinisch-therapeutischen Professionalisierung – seines Rehabilitationsangebotes. Andererseits ging es mit einer Aufhebung der strikten Trennung zwischen ambulanten und stationären Angeboten innerhalb der Fürst Donnersmarck-Stiftung einher.<sup>135</sup> P.A.N. Zentrum und Wohnen mit Intensivbetreuung (WmI) waren dadurch zwei unterschiedliche Resultate einer gemeinsamen konzeptionellen Entwicklung. Auf einer Sondersitzung am 07.12.2007 entschied sich das Kuratorium für die Umsetzung dieses Projektes: Der Bereich „Befristetes Wohnen“ im Fürst Donnersmarck-Haus sollte „zu einem Post-Akuten Neurorehabilitationszentrum

ausgebaut werden. Das Dauerwohnen soll, soweit durchführbar, in intensiv betreute, dezentralisierte WG-Plätze überführt werden.“<sup>136</sup>

## Entstehungsphase

Direkt nach diesem Kuratoriumsbeschluss begannen Geschäftsführung wie Mitarbeiterschaft mit der Realisierung des Projektes. Dafür konnten zum 01.09.2008 mit Prof. Dr. Stephan Bamborschke für das P.A.N. Zentrum und der Sozialpädagogin sowie Diakonin Kirsten Bielefeld für das ABW zwei erfahrene Führungskräfte gewonnen werden.<sup>137</sup> Die Leitung des Ambulanten Dienstes hatte schon am 15.10.2007 Andreas Seitz übernommen.<sup>138</sup> Ihre konzeptionelle Aufgabe bestand zunächst darin, die Leistungen der einzelnen Einrichtungen der FDST unabhängig von ihrer Zuordnung zu einem ambulanten oder stationären Angebot in Leistungsbausteine zu differenzieren, die wiederum eine individuell zugeschnittene, bereichsübergreifende Kombination der „Bausteine zu Leistungsmodulen unter Aufhebung der Trennung ambulant-stationär“ ermöglichen.<sup>139</sup> Das ist notwendig, um die Arbeit in Frohnau nicht nur durch die Eingliederungshilfe und die Pflegeversicherung zu finanzieren, sondern darüber hinaus Therapien und Rehabilitationsleistungen auf der Grundlage des SGB V mit Krankenkassen oder Berufsgenossenschaften abzurechnen.<sup>140</sup> Weiterhin übernahmen Bielefeld, Bamborschke und Seitz unter der Federführung der Geschäftsführung die Abstimmung der neuen Einrichtungskonzepte mit dem Berliner Senat und den Bezirksämtern, um eine politische Unterstützung und ausreichende Finanzierung der neuen Angebote sicherzustellen. Eine entsprechende Vergütungsvereinbarung für das P.A.N. Zentrum mit dem Berliner Senat konnte die Stiftung 2012 abschließen.<sup>141</sup>



Das Modell des P.A.N. Zentrums gibt einen Eindruck von der Komplexität des Bauvorhabens

Daneben zogen die Veränderungen im FDH erhebliche Baumaßnahmen nach sich, da die örtlichen Gegebenheiten an die veränderten Anforderungen einer post-akuten Neurorehabilitation angepasst werden mussten. Um dies bei einem laufenden Heimbetrieb zu ermöglichen, wurde das fünf Jahre währende Bauprojekt in vier Bauphasen unterteilt. Bauphase I startete im Jahr 2010 und



Geschäftsführer Wolfgang Schrödter, Kuratoriumsmitglied Dr. med. Guido Graf Henckel von Donnersmarck und Prof. Dr. Stephan Bamborschke beim Richtfest für das P.A.N. Zentrum

Bauphase II. Das war nur möglich, da im Jahr 2010 insgesamt 34 Bewohner in das WmI ausgezogen waren. In den Bauphasen II und III wurden die Gebäudeteile des Befristeten Wohnens sowie des Dauerwohnens grundsaniert und die ehemaligen Bewohnerzimmer in 81 Einzelappartements umgebaut. Zusätzlich errichtete die Stiftung ein Gebäudeteil für tagesstrukturierende Maßnahmen und therapeutisches Arbeitstraining inklusive Trainingsküche.<sup>145</sup> Die Bauphase II wurde planmäßig im Dezember 2012 abgeschlossen und am 18.01.2013 eingeweiht. Bauphase III konnte Ende des gleichen Jahres fertiggestellt werden.<sup>146</sup> Um die Anregungen der betroffenen Menschen mit Behinderung in die Bauplanung einfließen lassen zu können, hatte die FDST wie schon beim Bau des HausRheinsberg ein Musterzimmer erstellen lassen und alle Interessierten zur Mitarbeit aufgefordert.<sup>147</sup> Jedes Einzelzimmer



Nachtaufnahme bei der Eröffnung des P.A.N. Zentrums am 5. November 2015.  
Foto: Florian Henn

betrifft das ehemalige Angestelltenwohnheim in der Rauentaler Straße 38 sowie das ehemalige Kinderheim. Im Angestelltenwohnheim entstanden insgesamt 15 Einzelappartements mit Küchenzeile und eigenem Bad. Hier trainieren die Rehabilitanden das selbstständige Wohnen.<sup>142</sup> Im Kinderheim wiederum, das Ende 2009 aus konzeptionellen Gründen und in Absprache mit der Senatsverwaltung geschlossen worden war, richtete die Stiftung 15 Einzelwohnungen ein.<sup>143</sup> In einer geschützten Umgebung werden dort Rehabilitanden mit neurokognitiver Orientierungsstörung therapiert.<sup>144</sup> Mit dem Abschluss der ersten Bauphase und der Eröffnung des Trainingswohnhauses am 29.07.2011 startete die

des P.A.N. Zentrums wurde mit einem eigenem Bad, jedes Appartement zusätzlich mit einer Küchenzeile ausgestattet. Die vierte und letzte Bauphase betraf den Neubau des Therapiegebäudes sowie den Abriss nicht mehr länger benötigter Gebäudeteile. Am 29.08.2014 feierte die Stiftung das Richtfest für den Neubau.<sup>148</sup> Am 05.11.2015 wurde das P.A.N. Zentrum für Post-Akute Neurorehabilitation im Fürst Donnersmarck-Haus Berlin-Frohnau offiziell eröffnet.<sup>149</sup> Die Baukosten von ungefähr 35 Mio. Euro brachte die Stiftung aus Eigenmitteln auf.<sup>150</sup> Finanziert wird

die Einrichtung zukünftig auf der Grundlage einer Mischkalkulation aus Beiträgen gemäß SGB XI, SGB XII sowie im Falle der Therapieleistungen SGB V. Im Oktober 2015 erhielt die FDST für ihr Konzept des P.A.N. Zentrums die Kurt-Alphons-Jochheim-Medaille der DVfR.<sup>151</sup> Sie würdigte es als ein Leuchtturmprojekt, das die Rehabilitationslandschaft für Menschen mit erworbenen Hirnschädigungen dauerhaft verändern wird.<sup>152</sup>

### Das P.A.N. Zentrum für Post-Akute Neurorehabilitation der Fürst Donnersmarck-Stiftung

Damit war eine etwa zehn Jahre währende Phase der Konzeption und Umsetzung im Arbeitsbereich Rehabilitation, die eine noch längere Vorlaufzeit hatte, endlich abgeschlossen. Bereits 2014 startete das Projekt „Unterstützung bei der Entwöhnung von Beatmung“. Die Klienten werden dabei unterstützt, ihre eigenständige Atmung zu trainieren und dadurch langfristig unabhängig von dem Beatmungsgerät oder der Trachealkanüle zu werden. Es handelt sich dabei also „um ein neues Modell der ambulanten häuslichen Krankenpflege mit rehabilitativer Ausrichtung und eine damit verbundene Zielrichtung und Befristung.“<sup>153</sup> Das Projekt wird als Kooperation zwischen dem P.A.N. Zentrum und dem Ambulanten Dienst der FDST durchgeführt. Die Klienten des UEvB wohnen während der Trainingsphase in Appartements auf dem Gelände des P.A.N. Zentrums, werden aber von Mitarbeitern des Ambulanten Dienstes versorgt.<sup>154</sup> Das Angebot wurde in enger Zusammenarbeit mit der AOK Nordost entwickelt.

Zwischen 2005 und 2015 hatte die Fürst Donnersmarck-Stiftung in Frohnau eine moderne Architektur geschaffen, die durch ihre Raumaufteilung die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Mitarbeiter fördert.<sup>155</sup> Zudem bietet sie den „Rehabilitanden geschützte Bereiche, in denen man konzentriert arbeiten kann, und Transparenz für eine erfolgreiche Rückkehr in ein möglichst selbstständiges Leben.“<sup>156</sup> Ziel aller therapeutischen Maßnahmen in Frohnau ist die möglichst weitgehende Verselbstständigung der Rehabilitanden. Ungefähr 70 % aller Patienten schaffen es nach ungefähr 18 Monaten Rehabilitation, wieder selbstständig wohnen zu können – wenn auch oftmals mit pflegerischer oder pädagogischer Unterstützung.<sup>157</sup> Das heißt, das P.A.N. Zentrum orientiert sich künftig konsequent am Konzept



Die Appartements des UEvB im Bereich „P.A.N. Ambulant“ in Frohnau



**Ziel aller therapeutischen  
Maßnahmen im P.A.N. Zentrum  
ist die möglichst weitgehende  
Verselbstständigung der  
Rehabilitanden.**



der „Lebensweltenrehabilitation. Die Lebenswelt ist die Rehabilitation, sie ist Medium und Ziel der Rehabilitation.“<sup>158</sup> Dies bedeutet, dass die Patienten vor dem Hintergrund ihrer individuellen, sozialen Lebenswelt rehabilitiert werden. Zudem beabsichtigt die FDST, künftig die Wirksamkeit ihrer Rehabilitationsangebote wissenschaftlich zu evaluieren. Sie

möchte damit herausfinden, was „die besten Methoden und Therapien sind, um Reha-Erfolge zu erzielen.“<sup>159</sup> Diese Ergebnisse präsentieren Mitarbeiter der Stiftung der Fachöffentlichkeit und tragen so zu einer Verbesserung der allgemeinen Kenntnisse über die Prozesse der Neurorehabilitation ihren Teil bei.<sup>160</sup> Die Fürst Donnersmarck-Stiftung hat damit einen großen Schritt in Richtung neurologischer Forschung gemacht und das FDH neu aufgestellt. Die Komplementärbewegung zu dieser Entwicklung stellte die fortgesetzte Ambulantisierung des Wohnangebotes der Stiftung dar.

### V.3 FORTSCHREITENDE AMBULANTISIERUNG

Die ambulanten Wohnangebote der FDST sind seit der Gründung der ersten Wohngemeinschaften beständig gewachsen. Ende der 1990er Jahre wurde zuerst das ABW zu einem eigenen Bereich aufgewertet, kurze Zeit später der Ambulante Dienst gegründet. Doch diese beiden Angebote blieben von den sozialpolitischen Entwicklungen und den anhaltenden Sparanstrengungen des Landes Berlin ebenfalls nicht verschont. Auch die Einführung der Pflegeversicherung bedeutete massive Veränderungen für das ABW und den AD.<sup>161</sup> Ab 2002 wurden die Klienten des ABW ebenfalls in Hilfsbedarfsgruppen eingeteilt und die Vergütung dementsprechend angepasst. Dadurch gerieten die Umsätze des ABW in eine Abhängigkeit von der Auslastung seiner Kapazitäten nach Hilfsbedarfsgruppen.<sup>162</sup> Darüber hinaus war er von den allgemeinen Entgeltkürzungen des Landes Berlin im Jahr 2003 betroffen, die auch das FDH vor eine ökonomische Herausforderung stellten.<sup>163</sup> Das ABW muss dafür die eigenen Angebote permanent überdenken und an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen. Dies ist notwendig, um sich in der Situation „einer in den früheren Jahren nicht gekannten Konkurrenz“ zwischen den unterschiedlichen Einrichtungen der Behindertenhilfe, unter die sich vermehrt private Anbieter mischten, mit der „Qualität unserer Angebote [zu] behaupten.“<sup>164</sup> Aufgrund seiner flexiblen Organisationsstruktur und neuer konzeptioneller Ideen wird – dies zeigt



die Entstehungsgeschichte des WmI – das ABW jedoch trotz gestiegenen Kostendrucks weiterhin eine wichtige Rolle im Arbeitsbereich Rehabilitation einnehmen. Denn es ist der explizite sozialpolitische Wille des Gesetzgebers, dass dezentrale, kleinräumige und ambulante Wohnangebote künftig die Regel, eine stationäre Unterbringung demgegenüber die Ausnahme bleiben soll.<sup>165</sup> Dieser „Wille in Politik und Gesellschaft zur Stärkung des Ambulanten“ bedeutet für die FDST, ihre Angebote „auf diesen Trend hin zu schärfen und die Prämissen von Selbstbestimmung und Teilhabe auch innerhalb des Stationären Bereichs umzusetzen.“<sup>166</sup>

### Die Weiterentwicklung der ambulanten Dienste in der Fürst Donnersmarck-Stiftung

Von diesem Prozess profitierte zunächst der Ambulante Dienst. Er durchlief nach seiner Gründung eine erstaunliche Entwicklung und konnte die Zahl seiner Klienten von drei Personen im Oktober 1999 deutlich steigern.<sup>167</sup> Im Gegensatz zu den anderen Rehabilitationsangeboten der FDST wuchs der Ambulante Dienst aufgrund der Sparmaßnahmen des Berliner Senats im Jahr 2003 sogar. Denn der Senat hatte bestimmt, dass die Stiftung in ihren Wohngemeinschaften die sozialpädagogische Unterstützung und die pflegerische Assistenz voneinander trennen musste. Dies war bisher nicht geschehen, da die FDST in ihren WGs wie im FDH ein ganzheitliches Betreuungskonzept vertreten hatte, das gerade die gemeinsame Durchführung von Pflege und sozialpädagogischer Unterstützung vorsah. Aufgrund der Modularisierung der Leistungen in der Behindertenhilfe übernahm der Ambulante Dienst im Sommer 2004 die pflegerischen Leistungen in den WGs.<sup>168</sup> Die Mitarbeiter des Ambulanten Dienstes verstehen sich dabei „als Assistenten zur Unterstützung der selbstbestimmten Lebensführung“ ihrer Klienten, denen sie mit ihrem professionel-

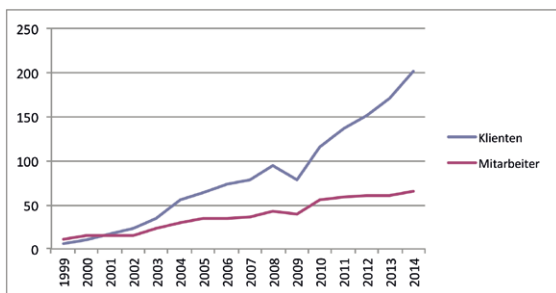
len Dienstleistungsangebot zur Verfügung stehen.<sup>169</sup>

Die Entgelte stammen entweder aus der Pflegeversicherung oder werden als Hilfe zur Pflege auf der Grundlage des SGB XII gezahlt.<sup>170</sup> Darüber hinaus bietet der Ambulante Dienst Behandlungs- und Wundpflege nach dem SGB V an.



Das Team des Ambulanten Dienstes (AD)





Das Diagramm zeigt eindrücklich das Wachstum des Ambulanten Dienstes von seiner Gründung bis heute

nur die Angebote durchsetzen, die Fragen nach der „Selbstbestimmung und der Autonomie“ in der Behindertenhilfe im Sinne ihrer Klienten beantworteten.<sup>171</sup> Dies war vor allem über eine möglichst weitgehende Dezentralisierung der stationären Wohnangebote zu erreichen. Neben die Weiterentwicklung des Befristeten Wohnens im Fürst Donnersmarck-Haus zum P.A.N. Zentrum trat deswegen als Komplementärentwicklung die Ambulantisierung des Frohnauer Dauerwohnbereichs.<sup>172</sup> Die Stiftung, die schon seit mehreren Jahrzehnten ambulante Angebote vorhielt, konzentrierte sich nun darauf, die Wohnangebote für Menschen mit hohem Pflegebedarf zu dezentralisieren.<sup>173</sup> Mit Blick auf die Gesamtentwicklung des Arbeitsbereichs Rehabilitation bedeutete dies, dass das FDH zu einer hochspezialisierten Rehabilitationseinrichtung wurde, deren Leistungen ein klar definierter Patientenkreis für einen begrenzten Zeitraum in Anspruch nahm. Die Konzeption sah deswegen keine stationäre Langzeitversorgung mehr vor. Dem an die Seite trat die Ambulantisierung des Dauerwohnbereichs, das Menschen mit schwerer Behinderung die Möglichkeit bietet, selbst bei großem Unterstützungsbedarf in einer eigenen Wohneinheit zu leben. Damit entstand ein durchlässiges Wohnangebot, dessen unterschiedliche Leistungsbestandteile – Wohnen, Pflege, hauswirtschaftliche Versorgung, pädagogische Unterstützung und gegebenenfalls Therapie – deutlich voneinander abgrenzbar und damit über unterschiedliche Leistungsträger finanzierbar sind.<sup>174</sup> Dieses Angebot bildete den Übergang „von den herkömmlichen pauschalen Tagessätzen hin zu einer auf das Individuum abgestellten Einzelfinanzierung“ und entspricht damit den politisch gewollten Veränderungen in der Finanzierung der Behindertenhilfe.<sup>175</sup> Mit dem ABW sowie dem Ambulanten Dienst verfügt die Stiftung über die notwendigen Ressourcen, um dieses Ziel konsequent zu verfolgen und den Arbeitsbereich Rehabilitation an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Ohne sie wäre die Entstehung des WmI nicht möglich gewesen.

Sein Erfolg zeigte, dass die Zukunft des Arbeitsbereichs Rehabilitation in der Ambulantisierung und Differenzierung der einzelnen Leistungsbau-  
steine der Stiftung lag. Denn auf dem wachsenden „Gesundheitsmarkt“ – so die Überzeugung Wolfgang Schröders – werden sich auf Dauer

Dafür musste sich aber das ABW neu aufstellen. Das ABW veränderte seit 2011 seine Organisationsstruktur vollständig: Die frühere Gliederung nach einzelnen Wohnformen wurde durch eine regionale Gliederungslogik ersetzt. Fortan werden die Mitarbeiter den Regionalverbünden Nord, Süd-West und Süd-Ost zugeordnet.<sup>176</sup> Damit richtet sich das ABW auf den Sozialraum aus, um „die alltägliche Einbindung, die Inklusion von Menschen mit Behinderung“ mit seinen Mitteln voranzutreiben.<sup>177</sup> Die Mitarbeiter des Ambulanten Dienstes mussten sich dagegen darauf einstellen, dass ihre Tätigkeit im WmI anders als bei einer stationären Versorgung nicht mehr mit einem festen Tagessatz abgegolten, sondern nach bestimmten Leistungskomplexen vergütet werden. Dies macht eine besonders enge Absprache mit den Mitarbeitern des ABW im WmI nötig.<sup>178</sup>

### „Alte Mälzerei“ und „Seelbuschring“ – die Entstehung des Wohnens mit Intensivbetreuung

Die grundlegende Entscheidung zur Forcierung des WmI-Projektes und damit zur Dezentralisierung der stationären Wohnangebote in Frohnau traf das Kuratorium in seiner Sondersitzung vom 07.12.2007. Im entsprechenden Kuratoriumsprotokoll heißt es, das „Dauerwohnen soll, soweit durchführbar, in intensiv betreute, dezentralisierte WG-Plätze überführt werden.“<sup>179</sup> Nun begann die Suche nach potentiellen Immobilien, die sich für die Umsetzung des Projektes eigneten. Die Gebäude mussten dafür über eine ausreichende Wohnfläche verfügen, zentral gelegen und baulich auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung ausgerichtet sein. Am 20.10.2008 erwarb die FDST zwei Etagen in der „Alten Mälzerei“, Neue Schönholzer Straße 27–29 im Berliner Bezirk Pankow, die genau diesen Anforderungen



Die Außenansichten des WmI in Tempelhof und in Pankow

entsprach.<sup>180</sup> Dem Kauf der Immobilie für ungefähr 3 Mio. Euro hatte das Kuratorium per Umlaufbeschluss zugestimmt.<sup>181</sup> Das Kaufangebot über ebenfalls ungefähr 3 Mio. Euro für die zweite Immobilie in einer im Jugendstil erbauten ehemaligen Möbelfabrik im Seelbuschring 9–17 in Tempelhof direkt am Teltowkanal wurde von dem Verkäufer am 16.04.2009 rechtswirksam angenommen. Dem folgten seit Sommer 2009 unterschiedlich lang andauernde Baumaßnahmen.<sup>182</sup> Die Immobilien wurden barrierefrei umgestaltet; in der „Alten Mälzerei“ wurden 16 Ein-Zimmer-Appartements sowie eine Wohnung für das Betreute Einzelwohnen eingerichtet. Im Seelbuschring entstanden 18 Ein-Zimmer-Appartements, drei Wohnungen für das Betreute Einzelwohnen und ein Stützpunkt für das Betreute Einzelwohnen im Bezirk. Obwohl diese Appartements in Wohngemeinschaften integriert wurden, sind sie mit „einem barrierefreien Bad, Pantryküche, eigener Klingelanlage mit Türöffner und Briefkästen ausgestattet.“<sup>183</sup> Damit wird der Privatsphäre und Selbstbestimmung der Bewohner Rechnung getragen. Ein Gemeinschaftsraum sowie eine Gemeinschaftsküche geben gleichzeitig die Gelegenheit zu sozialen Kontakten unter den Bewohnern. Für den barrierefreien Ausbau und die Ausstattung der beiden Wohneinheiten im Seelbuschring und der „Alten Mälzerei“ wurden jeweils ungefähr 600.000 Euro aufgewandt.<sup>184</sup> Die offizielle Einweihung des WmI im Seelbuschring und der Umzug der Bewohner fanden am 12. und 14.04.2010 statt.<sup>185</sup> Da die „Alte Mälzerei“ im Gegensatz zur Wohneinheit im Seelbuschring als Rohbau übernommen wurde, waren die Baumaßnahmen entsprechend aufwendiger. Die Eröffnung wurde hier am 30.11.2010 gefeiert.<sup>186</sup> Damit war das Projekt Wohnen mit Intensivbetreuung der Fürst Donnersmarck-Stiftung mit insgesamt 34 Bewohnern endgültig Realität geworden.

## Das Konzept Wohnen mit Intensivbetreuung

Das WmI ist ein Angebot im Rahmen der ambulanten Eingliederungshilfe der FDST. Sein Ziel ist es, „Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderungen, die auf lange Sicht einen hohen Hilfe- und Unterstützungsbedarf über 24 Stunden haben, die Möglichkeit zu geben, selbstbestimmt und gemeindenah in einer ambulanten Wohnform zu leben und am Leben der Gesellschaft teilzuhaben.“<sup>187</sup> Das Angebot richtet sich also primär an eine Gruppe, für die eine ambulante Versorgung bislang immer als zu kostspielig angesehen wurde. Der Anspruch der Stiftung ist es nun, mit dem WmI das Gegenteil zu belegen. Sie greift dafür wie im P.A.N. Zentrum auf unterschiedliche Finanzierungswege zurück:

Die Bewohner des WmI treten zunächst als Mieter eines der barrierefreien Ein-Zimmer-Appartements auf. Sie schließen dafür einen regulären Mietvertrag

mit der FDS GmbH, die für die FDST die Vermietung der Appartements übernimmt.<sup>188</sup> Für die notwendige sozialpädagogische Betreuung vor Ort ist das ABW der Stiftung zuständig. Dessen Personal kann im Rahmen der Eingliederungshilfe finanziert werden. Die Pflege- sowie hauswirtschaftlichen Leistungen wiederum erbringt ein Ambulanter Pflegedienst, den die Bewohner frei wählen können, auf der Grundlage der Pflegeversicherung (SGB XI) sowie der Hilfe zur Pflege (SGB XII). Therapeutische Unterstützung wird von den Krankenkassen nach dem SGB V entgolten.<sup>189</sup> Die Assistenz bei Nacht „wird als Pflegeleistung von einem ambulanten Pflegedienst erbracht und abgerechnet.“<sup>190</sup> Damit werden im WmI die einzelnen Leistungsbausteine klar voneinander differenziert und zu einzelnen ansteuerbaren Leistungsmodulen kondensiert: Wohnen, sozialpädagogische Betreuung, Assistenz, hauswirtschaftliche Unterstützung und medizinische Therapien können von den Bewohnern nach ihren individuellen Bedürfnissen zusammengestellt werden. Dies bedeutet eine Zunahme an Selbstbestimmung für die Menschen mit Behinderung und eine verbesserte Ausfinanzierung des Wohnangebotes für die FDST. Die Bewohner erhalten dadurch Mittel der Eingliederungshilfe, der Pflegeversicherung, der Hilfe zur Pflege, der Krankenkassen sowie die Miete, die ebenfalls von der öffentlichen Hand übernommen werden kann. Dies bedeutet für die FDST zwar einen vergrößerten Verwaltungsaufwand im Vergleich zu stationären Wohnangeboten, erhöht aber die Betreuungskosten insgesamt nur wenig.<sup>191</sup>

## Die Zukunft des WmI

Beim WmI handelt sich um ein Pilotprojekt der Fürst Donnersmarck-Stiftung, in dem sie grundsätzlich erprobt, inwieweit eine ambulante, wohnortnahe Betreuung von Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf zu realisieren ist. Deswegen wurde die Umsetzung des WmI im Rahmen einer Kooperation mit der Alice Salomon Hochschule Berlin von Beginn an wissenschaftlich begleitet. Eine Forschungsgruppe unter der Leitung von Karin Wolf-Ostermann untersuchte die Auswirkungen des Umzugs von einer stationären Einrichtung in ein ambulantes Wohnangebot auf die Betroffenen.<sup>192</sup> Zudem wurde die dauerhafte Finanzierbarkeit des Projektes evaluiert. Bezüglich der Finanzierbarkeit erwies es sich als ausgenommen vorausschauend, dass die Stiftung den Berliner Senat sowie die zuständigen Bezirksämter schon frühzeitig in ihre Planungen einbezogen hatte. Beide Stellen nahmen das Konzept positiv auf und versicherten der FDST ihre Unterstützung bei der Umsetzung.<sup>193</sup> Hinsichtlich der persönlichen Situation der Bewohner sowie im Hinblick auf die Finanzierungsmöglichkeiten des Wohnangebotes fielen die Evaluationsergebnisse positiv aus, sodass die Stiftung auf dem eingeschlagenen Weg weitergehen wird.

Gleichzeitig muss die Umsetzung des WmI als eine zentrale Grundvoraussetzung für die Entstehung des P.A.N. Zentrums verstanden werden. Denn die Stiftung war auf den Umzug der ehemaligen Bewohner des Dauerwohnheims in eine ambulante Wohnmöglichkeit angewiesen, da sie andernfalls das FDH nicht derart grundlegend hätte umgestalten können, wie sie es zwischen 2010 und 2015 tat. Das Angebot des WmI richtete sich daher zunächst an die Bewohner des Dauerwohnbereichs im Fürst Donnersmarck-Haus. Die Plätze in diesem Heimbereich reduzierten sich folgerichtig nach dem Auszug der Bewohner von 58 auf 24 Personen, die augenblicklich noch stationär in Frohnau wohnen.<sup>194</sup> Dem P.A.N. Zentrum wurden die abgebauten Kinderheimplätze zugeschlagen, sodass es nun über 66 Plätze verfügt.<sup>195</sup> Die Entstehung des P.A.N. Zentrums und des Wohnens mit Intensivbetreuung sind deswegen zwei Seiten derselben Medaille. Sie sind miteinander verschränkte Projekte und werden in Zukunft das Gesicht des Arbeitsbereichs Rehabilitation wesentlich prägen.



**Die Entstehung des P.A.N. Zentrums und des Wohnens mit Intensivbetreuung sind zwei Seiten derselben Medaille. Sie sind miteinander verschränkte Projekte und werden in Zukunft das Gesicht des Arbeitsbereichs Rehabilitation wesentlich prägen.**



#### **V.4 1997-2016. EINE ORGANISATION IM WANDEL**

Blickt man auf die knapp zwanzig Jahre Stiftungsgeschichte seit der Übernahme der Geschäftsführung durch Wolfgang Schrödter zurück, sieht man eine Organisation im Spannungsfeld von Kontinuität und Wandel. Der Stiftung gelang es, an ihren Traditionslinien festzuhalten und gleichzeitig neue Akzente zu setzen. Dabei führte Wolfgang Schrödter die historisch gewachsene Angebotsstruktur der Stiftung – ihre Arbeitsbereiche Rehabilitation, Touristik und Freizeit, Bildung, Beratung – konsequent weiter. Durch die umfangreiche Modernisierung der Villa Donnersmarck und die Eröffnung des HausRheinsberg Hotel am See wurde diese Dreiteilung der Stiftungsaktivitäten sogar noch weiter gestärkt. Inhaltlich orientiert er sich an dem Stiftungszweck, das heißt der „Förderung und Rehabilitation von körperbehinderten Menschen“, denen in erster Linie „Hilfe zur Selbsthilfe“ gegeben werden soll.<sup>196</sup> Darüber hinaus setzte Wolfgang Schrödter eigene Schwerpunkte: Unter seiner Verantwortung wuchs das Stiftungsvermögen weiter an, er führte neue Kommunikations- und Leitungsstrukturen ein und sorgte für eine zentralisierte Öffentlichkeitsarbeit.

Sein besonderes Verdienst besteht aber darin, die Stiftung auf die sich wandelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eingestellt zu haben. Mit der Weiterentwicklung des Fürst Donnersmarck-Hauses zum P.A.N. Zentrum und der forcierten Ambulantisierung ihrer Wohnangebote realisierte die FDST in jüngster Zeit zwei innovative Projekte, die für ihre künftige strategische Ausrichtung von großer Bedeutung sind. Zusammen mit den Umbauten der Villa Donnersmarck, des Reisebüros sowie des Gästehauses Bad Bevensen und dem Neubau des Haus-Rheinsberg sind damit seit der Jahrtausendwende alle Einrichtungen der Fürst Donnersmarck-Stiftung modernisiert worden. Darüber hinaus professionalisierte die Stiftung ihre Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse und vernetzte sich mit zahlreichen Akteuren innerhalb der nationalen wie internationalen Behindertenhilfe. Die Öffnung nach außen, die Fokussierung der Arbeit im Fürst Donnersmarck-Haus und die fortgesetzte Ambulantisierung der Wohnangebote sind daher die drei großen Leitlinien, von denen die Stiftung seit 1997 geprägt ist. Diese Phase einer Organisation im Wandel verlief nicht immer ohne Probleme und Herausforderungen. Sie war bestimmt durch externe Veränderungen, unbeeinflussbare Rahmenbedingungen, aber auch von internen Konflikten und gemeinsamen Anstrengungen für die konsequente Weiterentwicklung des eigenen Profils. Heute hat die Fürst Donnersmarck-Stiftung ein gänzlich anderes Gesicht als die 1916 gegründete Stiftung Fürst Donnersmarck-Institut – und dennoch verbindet sie eine gemeinsame Geschichte.

- 
- 1 Vgl. Dahme, Heinz-Jürgen: Krise der öffentlichen Kassen und des Sozialstaats, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2008) 12/13, S. 10-16.
  - 2 Vgl. Naegele, Gerhard: 20 Jahre Verabschiedung der Gesetzlichen Pflegeversicherung. Eine Bewertung aus sozialpolitischer Sicht. Gutachten im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2014, S. 18.
  - 3 Vgl. Ebd., S. 6.
  - 4 Ebd., S. 25.
  - 5 Vgl. Rasch, Edna: Behinderung, Eingliederung und Pflegebedürftigkeit. Forum D der DVfR. Entwicklungen und Reformvorschläge Nr. 17/2005. Online unter: [http://www.reha-recht.de/fileadmin/user\\_upload/Diskussionsforen/Forum\\_D/2015/D17-2015\\_Behinderung\\_Eingliederung\\_und\\_Pflegebeduerftigkeit.pdf](http://www.reha-recht.de/fileadmin/user_upload/Diskussionsforen/Forum_D/2015/D17-2015_Behinderung_Eingliederung_und_Pflegebeduerftigkeit.pdf). [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
  - 6 Vgl. Roppel, Cirsten; Roppel, Ulrich: Zukunft des Sozialstaates: Herausforderungen des demographischen Wandels. IZA Standpunkte Nr. 42, 2011, hier S. 24. Online unter: <http://ftp.iza.org/sp42.pdf>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
  - 7 Vgl. Naegele: 20 Jahre Verabschiedung der Gesetzlichen Pflegeversicherung, S. 33-36.
  - 8 Meyer, Dirk: Das sozialhilferechtliche Verhältnis im Wandel – Von einer korporatistischen hin zu einer wettbewerblichen Prägung, in: *Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen* (2009) 68, S. 17-35, hier S. 17. Hervorhebung im Original.
  - 9 Vgl. Buestrich, Michael; Wohlfahrt, Norbert: Die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2008) 12/13, S. 17-24.
  - 10 Klocek: Soziale Stiftungen und Vereine zwischen moderner Daseinsfürsorge und vorsorgendem Sozialstaat, S. 363-372, hier S. 368.

- 11 Vgl. Interview mit Eckhard Kutzer vom 24.01.2011, S. 19-20. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-94, unpaginiert.
- 12 Vgl. zu einer Reflexion dieses Organisationsentwicklungsprozesses Eine Organisation verändert sich. Über den Nutzen von Beratung. Zeitschrift Supervision (2009) 4.
- 13 Wie groß dieses Wachstum war, zeigt allein die Tatsache, dass die FDST zwischen 1971 und 1997 ungefähr 70.000.000 DM in ihre Einrichtungen investiert hatte. Vgl. Baumaßnahmen Heime und soziale Einrichtungen 1971-1997. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-515, unpaginiert.
- 14 Zu Schröders konkretem Programm nach der Übernahme der Geschäftsführung vgl. Golka, Thomas: Entscheidungen mittels Kontakt zur Basis erden. Interview mit Wolfgang Schröder, Geschäftsführer der Fürst Donnersmarck-Stiftung, in: WIR. Informationen von und für Behinderte in der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (1998) 1, S. 5-10.
- 15 Vgl. Protokoll VWA vom 07.05.2004, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-523, unpaginiert.
- 16 Im Falle der FDS GmbH sollte es allerdings von 2003 bis 2008 dauern und eine längere interimsmäßige Geschäftsführung durch Schröder benötigen, bis mit Nadine Schleuser eine langfristige Nachfolgerin in der Geschäftsführung gefunden werden konnte. Vgl. Lagebericht 2008, S. 23. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-10.
- 17 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 13.06.1985, S. 13. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-117, unpaginiert.
- 18 Vgl. Schröder, Wolfgang; Johnsson, Martin: Organisationsveränderungen entscheiden, umsetzen und begleiten, in: Supervision (2009) 4, S. 25-33, hier S. 28.
- 19 Vgl. Ebd., S. 29-30.
- 20 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 18.06.2004, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-522, unpaginiert.
- 21 Protokoll VWA vom 22.02.2002, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-518, unpaginiert.
- 22 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 16.11.2001, S. 2-3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-519, unpaginiert.
- 23 Kemper war von 1982 bis 2006 Mitglied des Gremiums. Vgl. Protokoll VWA vom 05.05.2006, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-531, unpaginiert.
- 24 Zwar wollte das Kuratorium direkt nach dem Ausscheiden Kutzers einen Theologen als seinen Nachfolger gewinnen. Doch gelang es ihm nicht, einen geeigneten Kandidaten zu finden. Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 21.06.2002, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-519, unpaginiert.
- 25 Vgl. Protokoll VWA vom 10.10.2008, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-540, unpaginiert.
- 26 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 27.06.2001, S. 9. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-516, unpaginiert.
- 27 Vgl. Leitungs- und Kommunikationsstrukturen in der Fürst Donnersmarck-Stiftung [um 2001]. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-619, unpaginiert.
- 28 Vgl. das Protokoll der ersten Donnersmarck-Konferenz überhaupt vom 12./13.07.2001. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-297, unpaginiert.
- 29 Jahresbericht FDST 2002, S. 71. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-7.
- 30 Vgl. Schröder, Wolfgang: Tarifvertragliche Situation der Fürst Donnersmarck-Stiftung, Stand August 2003. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-462, unpaginiert; Ders.: Behindertenhilfe im Umbruch. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-462, unpaginiert; Ders.: Zukunft gewinnen, in: Der DonnersTag Nr. 15 vom 05.06.2003, S. 3.
- 31 Vgl. Jahresbericht FDST 2007, S. 9. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-272; Golka, Thomas: Alle haben sich bewegt. Arbeitsrecht in der Stiftung grundsätzlich neu geordnet, in: Der DonnersTag Nr. 33 vom 20.12.2007, S. 1.
- 32 Vgl. Schröder, Wolfgang: Eine segensreiche Regelung entfaltet Wirkung, in: Der DonnersTag Nr. 49 vom 22.12.2011, S. 3; Ders.: Zwischen den Zeiten, zwischen den Stühlen, in: Der DonnersTag Nr. 56 vom 19.09.2013, S. 3.
- 33 Vgl. Schröder, Wolfgang; Kohl, Andreas: Begleitschreiben zur Regelungsabrede vom 06.12.2007. Ein Exemplar der Regelungsabrede und der HVO befindet sich in den Verwaltungsräumlichkeiten der FDST in Berlin Steglitz.
- 34 Vgl. Schröder, Wolfgang: Im gelobten Land!, in: Der DonnersTag Nr. 64 vom 01.10.2015, S. 3.
- 35 Mit dem Begriff der Fokussierung ist die strategische Entscheidung der FDST gemeint, ihr Rehabilitationsangebot in Frohnau speziell auf die Bedürfnisse von Menschen mit erworbenen Hirnschädigungen auszurichten.
- 36 Vgl. Zukunftswerkstatt. Stiftung 2000 – Zu einer zeitgemäßen, bedarfsorientierten und qualifizierten Behindertenarbeit. Protokoll. 23.-24.08.1991, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung STZ-11, unpaginiert.
- 37 Schröder: Öffentlichkeitsarbeit und Marketing der Fürst Donnersmarck-Stiftung vom 30.10.1998. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-495, unpaginiert.
- 38 Vgl. Protokoll VWA vom 22.01.1999, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-78, unpaginiert.



- 39 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 25.06.1999, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-78, unpaginiert. Heute unterstützen die Agenturen „Neues Handeln“ und „Wehmeyer und Heinrich“ die FDST.
- 40 Vgl. Kommunikationskonzept für die Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin vom 08.11.1999. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-78, unpaginiert.
- 41 Vgl. Protokoll Strukturtreffen des Ausschuss Öffentlichkeitsarbeit vom 02.10.2002. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-495, unpaginiert; Protokoll der ersten Sitzung des Marketingkreis vom 29.11.1999. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-16, unpaginiert.
- 42 Vgl. u. a. die Akten FDS-313; FDS-500; FDS-504; FDS-750.
- 43 Vgl. dazu die Exkurse II und IV.
- 44 Vgl. Protokoll VWA vom 25.10.2002, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-518, unpaginiert.
- 45 Vgl. Golka, Thomas: Ein Wälzer auf dem Weg zum Bestseller, in: Der Donnerstag Nr. 22 vom 12.05.2005, S. 1.
- 46 Vgl. Poore: Disability in Twentieth-Century German Culture, S. 296.
- 47 Vgl. o. V.: Stiftungskommunikation? Ausgezeichnet!, in: Stiftungswelt. Das Magazin des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (2006) 4, S. 32.
- 48 Vgl. Kompass 2006. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-568, unpaginiert.
- 49 Jahresbericht Schädestraße 1998, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-6.
- 50 Mory: Konzept der Freizeit- und Bildungsstätte der Fürst Donnersmarck-Stiftung vom 15.09.1998, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-41, unpaginiert.
- 51 Das Konzept Schädestraße: Seminarhaus mit dem Schwerpunkt Freizeit und Bildung, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-78, unpaginiert.
- 52 Vgl. Besprechungsvermerk vom 20.01.1999. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-330, unpaginiert.
- 53 Vgl. Schreiben Schröder an Mory vom 26.08.1998. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-330, unpaginiert.
- 54 Vgl. Protokoll der Team-Besprechung vom 20.01.1999. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-42, unpaginiert.
- 55 Vgl. Protokoll zum Konzeptionstag vom 14.01.1999, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-41, unpaginiert; Das Konzept Schädestraße: Seminarhaus mit dem Schwerpunkt Freizeit und Bildung, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-78, unpaginiert.
- 56 Vgl. Jahresbericht Schädestraße 1999, S. 12. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-6.
- 57 Vgl. Rundschreiben Schröder: Zusammenführung Sozialtherapeutisches Zentrum und Freizeit- und Bildungsstätte vom 19.06.2000. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-5, unpaginiert.
- 58 Vgl. Hartung, Ursula: Die Villa Donnersmarck ist geöffnet, in: Der Donnerstag Nr. 7 vom 28.06.2001, S. 5.
- 59 Vgl. Protokoll der Freizeit-AG der Fürst Donnersmarck-Stiftung vom 06.04.2001. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-125, unpaginiert. Vgl. zur Eröffnung auch den Bericht Römermann, Marion: Die Eröffnung der Villa Donnersmarck, in: WIR. Magazin der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (2001) 3, S. 3-4.
- 60 Vgl. Jahresbericht FBB 2004, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-62.
- 61 Konzept Abteilung Freizeit [2003], S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-723, unpaginiert. Hervorhebung im Original.
- 62 Vgl. Jahresbericht FBB 2004, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-62.
- 63 Vgl. Jahresbericht FBB 2002, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-7.
- 64 Vgl. Ebd., S. 33-36. Dazu auch Weinert, Sebastian: Kunst und Barrierefreiheit. Zu einer (fast) vergessenen Diskussion über das Berliner „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“, in: Lernen aus der Geschichte. Magazin (2015) 4. Online unter: <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/12385>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- 65 So wurde der erste Jour Fixe, der bis heute ein fester Programmbestandteil der Villa Donnersmarck ist, schon am 19.04.1991 durchgeführt. Er fand damals allerdings schon um 10.00 Uhr statt. Vgl. Fürst Donnersmarck-Stiftung. Jour Fixe in der Freizeitstätte. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-521, unpaginiert.
- 66 Planungsprämissen Budget 2006. Freizeit – Bildung – Beratung, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-726, unpaginiert.
- 67 Jahresbericht FBB 2005, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-62.
- 68 Jahresbericht FBB 2010, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-62.
- 69 Vgl. Jahresbericht FBB 2014, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-66.
- 70 Jahresbericht FBB 2009, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-62.
- 71 Jahresbericht FBB 2011, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-62.
- 72 Schröder: Aktuelle Situation des Bereichs Freizeit, Bildung, Beratung vom 16.05.2012. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung Per-96, unpaginiert.
- 73 Vgl., Ebd., S. 3.

- 74 Jahresbericht FBB 2013, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-66.
- 75 Vgl. Jahresbericht FBB 2006, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FFB-62; Rebenstorf, Ursula: Dank an Annemarie Kühnen-Hurlin, in: Der Donners-Tag Nr. 51 vom 28.06.2012, S. 4.
- 76 Vgl. o. V.: „Wir wollen reisen wie alle anderen auch“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.03.1998. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-711, unpaginiert.
- 77 Schrödter: Überlegungen zur Konzeption und Zielgruppendifinition des Gästehauses Rheinsberg vom 21.08.1997, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-477, unpaginiert.
- 78 Vgl. Protokoll VWA vom 09.01.1998, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-78, unpaginiert.
- 79 Vgl. Vorhabenbeschreibung. Januar 1998. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-477, unpaginiert.
- 80 Vgl. Protokoll VWA vom 08.05.1998, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-581, unpaginiert.
- 81 Vgl. Jahresbericht Rheinsberg 1998, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-2.
- 82 Vgl. Protokoll VWA vom 07.05.1999, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-78, unpaginiert.
- 83 Vgl. Protokoll VWA vom 29.10.1999, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-78, unpaginiert; Pressemitteilung der FDST: Jetzt geht's los – Startschuss für eine 50 Millionen Investition. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-21, unpaginiert.
- 84 Vgl. Schreiben Michael Schmidt an die Messe Berlin GmbH vom 15.12.1999. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-438, unpaginiert; Protokoll VWA vom 19.05.2000, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-743, unpaginiert.
- 85 Jahresbericht Rheinsberg 1999, o. S. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-2.
- 86 Ebd., o. S.
- 87 Vgl. Protokoll VWA vom 15.09.2000, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-511, unpaginiert.
- 88 Vgl. Kröpsch, Wolfgang: Mit Segen, guten Worten und Geschmack, in: WIR. Magazin der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (2001) 2, S. 4.
- 89 Vgl. Protokoll Donnersmarck-Konferenz vom 16.10.2001, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-297, unpaginiert; Protokoll Kuratoriumssitzung vom 21.06.2001, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-619, unpaginiert.
- 90 Vgl. Jahresbericht FDST 2001, S. 67. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-7.
- 91 Vgl. HausRheinsberg Hotel am See. Hintergrundinformationen [2001]. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-21, unpaginiert.
- 92 Vgl. Schmidt: Geschäftsbericht HausRheinsberg 1999, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-511, unpaginiert. Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit der HausRheinsberg gGmbH erfolgte am 15.11.2000. Vgl. Jahresbericht FDST 2001, S. 11. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-7.
- 93 Vgl. u. a. o. V.: Barrierefreier Komfort in Haus und Umgebung, in: Allgemeine Hotel- und Gaststättenzeitung vom 07.07.2001; Thurm, Mathias: Hereingerollt, in: Die Zeit vom 05.07.2001, S. 62; EPD: Größtes Behindertenhotel in Rheinsberg, in: Die Welt vom 28.06.2001, S. 37; Steyer, Claus-Dieter: Telefonblitze und mobile Kleiderstangen, in: Der Tagesspiegel vom 29.06.2001, S. 16; Rost, Susanne: First-Class-Hotel mit Warteliste, in: Berliner Zeitung vom 28.06.2003, S. 24; Wu.: Größtes Behinderten-Hotel Deutschlands eröffnet, in: Berliner Morgenpost vom 29.06.2001, S. 29.
- 94 Vgl. Meffert, Christine: Die Abweichung ist der Maßstab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.08.2001, S. 3; Klatt, Thomas: Mit dem Rollstuhl in die Sauna, in: Die Kirche. Berlin-Brandenburgisches Sonntagsblatt vom 11.03.2001, S. 5.
- 95 Vgl. Schreiben Dörschner & Müller an Schrödter vom 16.10.1998. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-582, unpaginiert.
- 96 Stellungnahme Kanzlei Dörschner & Müller vom 28.06.1999, S. 3-4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-21, unpaginiert.
- 97 Vgl. dazu Schrödter, Wolfgang: Ein wichtiger Beitrag zur Integration, in: Die Kirche. Berlin-Brandenburgisches Sonntagsblatt vom 08.04.2001, S. 7.
- 98 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 18.06.1998, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-578, unpaginiert.
- 99 Vgl. Nutzungskonzept Café Tucholsky in Rheinsberg. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-512, unpaginiert.
- 100 Vgl. Jahresbericht FDST 2000, S. 11. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-7.
- 101 Jahresbericht Café Tucholsky 2004, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-7.
- 102 Vgl. Jahresbericht Café Tucholsky 2006, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-7.
- 103 Vgl. Jahresbericht FDST 2012, S. 21. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-736.
- 104 Einen Überblick über diese Sammlung gibt Volpert, Astrid (Hrsg.): Zeitgenössische Kunst. Sammlung Haus-Rheinsberg. Malerei, Graphik, Skulptur, Fotografie, Berlin 2011.
- 105 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 27.06.2001, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-516, unpaginiert.

- 106 Vgl. Rudolph, Holger: Stiftung erhält Landespreis, in: Ruppiner Anzeiger vom 20.03.2002. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-750, unpaginiert.
- 107 Vgl. Rost, Susanne: First-Class-Hotel mit Warteliste, in: Berliner Zeitung vom 28.06.2003, S. 24. Für einen umfassenden Überblick über das Geschäftsjahr 2002 vgl. Jahresbericht Rheinsberg 2002. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-2.
- 108 Vgl. Jahresbericht Rheinsberg 2003, S. 3-7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-2.
- 109 Vgl. etwa die Pressespiegel in den Akten Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-23; Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-5003; Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-504.
- 110 Vgl. Protokoll VWA vom 22.02.2002, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-518, unpaginiert.
- 111 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 16.11.2001, S. 7. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-519, unpaginiert.
- 112 Protokoll VWA vom 19.10.2001, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-515, unpaginiert.
- 113 Vgl. Jahresbericht Rheinsberg 2011, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-26.
- 114 Vgl. Jahresbericht Rheinsberg 2008, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-26.
- 115 Vgl. Jahresbericht Rheinsberg 2007, S. 29. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-8.
- 116 Vgl. Schmidt: Internes Memorandum. Neubau Donnersmarckweg 3 in Rheinsberg vom 29.04.2005. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-526, unpaginiert.
- 117 Jahresbericht Rheinsberg 2005, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-8.
- 118 Jahresbericht Rheinsberg 2008, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-26.
- 119 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 25.10.2010, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-630, unpaginiert.
- 120 Als engagierter Ausbildungsbetrieb erhielt das Haus Rheinsberg beispielsweise eine Auszeichnung der IHK Brandenburg für „hervorragende Leistungen in der Nachwuchsförderung.“ Vgl. Jahresbericht Rheinsberg 2006, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung RH-8.
- 121 Vgl. dazu die Akte Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung EX-61.
- 122 Vgl. Jahresbericht FDH 2000, S. 8. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-4.
- 123 Dieser Effekt, der sich sozialökonomisch in hohen Fallkosten für die Bewohner stationärer Einrichtung bemerkbar machte, lässt sich nicht nur bei der FDST beobachten, sondern stellt einen grundsätzlichen Trend im deutschen Rehabilitationswesen dar. Vgl. Finke, Bernd: Kennzahlenvergleich der Eingliederungshilfe der überörtlichen Träger der Sozialhilfe 2005/2006, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 88 (2008) 4, S. 141-144, hier S. 141.
- 124 Protokoll VWA vom 22.10.2004, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-523, unpaginiert.
- 125 Schrödter: Konzeptionelle Ausrichtung des Fürst Donnersmarck-Hauses, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-78, unpaginiert.
- 126 Vgl. Jahresbericht FDST 1999, S. 31. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-6. Das Metzler-Verfahren ist ein Bedarfserhebungsverfahren in der Behindertenhilfe, das in acht Bundesländern – darunter auch Berlin – zur Anwendung kommt.
- 127 Jahresbericht FDST 2001, S. 37. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-7.
- 128 Vgl. Schneider, Lutz: Die Situation des Fürst Donnersmarck-Hauses, in: Der Donnerstag Nr. 12 vom 05.09.2002, S. 3.
- 129 Vgl. Jahresbericht FDH 2003, S. 44-45. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-4.
- 130 Vgl. Protokoll VWA vom 05.05.2006, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-531, unpaginiert; Jahresbericht FDST 2007, S. 40-41. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-272.
- 131 Vgl. dazu Kapitel IV sowie die Broschüre Fürst Donnersmarck-Haus: Schritt für Schritt neue Wege in den Alltag, Berlin [2007].
- 132 Hier profitierten die Anbieter der Nachsorgeeinrichtungen von den abnehmenden Liegezeiten in den Krankenhäusern.
- 133 Vgl. Golka, Thomas: PAN – Post-Akutes Neurorehabilitationszentrum, in: Der Donnerstag Nr. 29 vom 21.12.2006, S. 1.
- 134 Ergebnisprotokoll der Arbeitsgruppe des Kuratoriums zur Vorbereitung der Entscheidungsfindung für das Projekt Neuro-Rehabilitation und Wohnformen vom 12.07.2007, S. 2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-492, unpaginiert. Vgl. außerdem Schrödter, Wolfgang: Rehabilitation auf dem Weg – Ambulantisierung, Dezentralisierung, Ausgliederung, in: Der Donnerstag Nr. 29 vom 21.12.2006, S. 3.
- 135 Vgl. Neurologische Post-Akut Rehabilitation im Wettbewerb. Entwicklungslinien für die Rehabilitationsarbeit der Fürst Donnersmarck-Stiftung. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-535, unpaginiert.
- 136 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 07.12.2007, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-541, unpaginiert.
- 137 Vgl. Protokoll VWA vom 10.10.2008, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-540, unpaginiert.

- 138 Vgl. Jahresbericht Ambulanter Dienst 2007, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-96.
- 139 Schneider: Projektskizze Zukunftsentwicklung Wohnen vom 17.02.2005. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-299, unpaginiert.
- 140 Vgl. Schrödter: Überlegungen zur Organisation PAN-Zentrum in Frohnau vom 30.04.2008. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-492, unpaginiert.
- 141 Vgl. Jahresbericht FDST 2012, S. 47. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-736.
- 142 Vgl. Jahresbericht FDST 2011, S. 51. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-426.
- 143 Vgl. Golka, Thomas: Abschied vom Kinderheim, in: Der DonnersTag Nr. 40 vom 08.10.2009, S. 1.
- 144 Vgl. Jahresbericht FDST 2010, S. 87. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-426.
- 145 Vgl. Jahresbericht FDH 2010, S. 5. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-140.
- 146 Vgl. Jahresbericht FDH 2013, S. 2 und 11. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-141.
- 147 Vgl. Müller-Lissner, Adelheid: Alltag statt Pflegeheim, in: Der Tagesspiegel vom 07.11.2011, S. 14.
- 148 Jahresbericht FDH 2014, S. 29.08.2014. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-141.
- 149 Vgl. dazu die Sonderausgabe des DonnersTags Nr. 65 vom 05.11.2015.
- 150 Vgl. o. V.: Das P.A.N. Zentrum ist eröffnet. Online unter: <http://www.fdst.de/aktuellesundpresse/aktuell/2015/das-pan-zentrum-ist-eroeffnet/>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- 151 Vgl. o. V.: Das P.A.N. Zentrum erhielt die Kurt-Alphons-Jochheim-Medaille 2015, in: <https://www.fdst.de/jochheim-medaille>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- 152 Vgl. auch grundsätzlich DVfR: Phase E der Neuro-Rehabilitation als Brücke zur Inklusion Positionen von Experten aus der DVfR zur Postakuten Rehabilitation und Nachsorge für Erwachsene mit erworbenen Hirnschädigungen vom Februar 2014. Online unter: [http://www.dvfr.de/fileadmin/download/Stellungnahmen/Positionspapier\\_Neuroreha\\_Phase\\_E\\_-\\_EF\\_lang.pdf](http://www.dvfr.de/fileadmin/download/Stellungnahmen/Positionspapier_Neuroreha_Phase_E_-_EF_lang.pdf). [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- 153 Jahresbericht Ambulanter Dienst 2013, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-144.
- 154 Vgl. Jahresbericht Ambulanter Dienst 2014, S. 1-6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-144.
- 155 Für die unterschiedlichen Aufgaben der Mitarbeiter im P.A.N. Zentrum vgl. Alscher, Hans-Jürgen: Anforderungen an die Rahmenbedingungen im Wohn- und Arbeitsbereich, in: Seidel, Michael (Hrsg.): Menschen mit erworbenen Hirnschäden – (keine) Randgruppe in der Behindertenhilfe?! Dokumentation der Arbeitstagung der DGSGM am 16.3.2012 in Kassel, Berlin 2013, S. 49-68.
- 156 RE: Mit dem Blick in die Zukunft, in: Der Nordberliner vom 04.09.2014, S. 4.
- 157 Vgl. MH: Lernen, sich neu zu erfinden, in: Berliner Zeitung vom 08.06.2015. Verlagsbeilage, S. 2; Schmid, Eva Dorothee: Zurück ins Leben, in: Berliner Zeitung vom 25.11.2009.
- 158 Paul Walter Schönle: Konzeptionelle Überlegungen zu einer neuen postakuten Neurorehabilitationseinrichtung der Fürst Donnersmarck-Stiftung, S. 1-2. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung PER-92, unpaginiert.
- 159 So Wolfgang Schrödter in RE: Mit dem Blick in die Zukunft, in: Der Nordberliner vom 04.09.2014, S. 4.
- 160 Ein gutes Beispiel dafür ist die umfangreiche Vortrags- und Publikationstätigkeit von Stephan Bamborschke. Vgl. Bamborschke, Stephan u. a.: Postakute Neurorehabilitation – Langfristige Teilhabeförderung bei schwer betroffenen jüngeren Menschen mit erworbenen Hirnschäden ist erfolgreich, in: Neurologie & Rehabilitation (2010) 6, S. 289; Ders.: Postakute Langzeit-Rehabilitation im P.A.N. Zentrum, in: Neurologie & Rehabilitation (2012) 3, S. 171; Ders. u. a.: Postakute Neurorehabilitation in der Nachsorge Erwachsener – erfolgreiche Brücke zwischen Rehaklinik und ambulantem Wohnen, in: Neurologie & Rehabilitation (2012) 6, S. 452; Ders. u. a.: Long term rehabilitation of patients with disorientation and executive disorders due to acquired brain damage is effective, in: Neurorehabilitation and Neural Repair 26 (2012) 4, S. 430; Ders. u. a.: Phase E/Nachsorge – Teilhabeförderung nach Abschluss der stationären medizinischen Rehabilitation, in: Neurologie & Rehabilitation (2013) 6, S. 375.
- 161 Vgl. Jahresbericht FDST 1998, S. 36. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-6.
- 162 Jahresbericht FDST 2002, S. 43. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-7.
- 163 Vgl. Rebenstorf, Ursula: Der Kelch geht diesmal nicht vorüber. Einsparungen in den Betreuten Wohngemeinschaften, in: Der DonnersTag Nr. 14 vom 06.03.2003, S. 3.
- 164 Moltrecht: Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung der Angebote der Fürst Donnersmarck-Stiftung unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Bewohnern/Klienten/Mietern des Ambulant Betreuten Wohnens vom 16.06.2002, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-495, unpaginiert.
- 165 Vgl. bspw. schon Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Vierter Bericht der Bundesregierung über die Lage der Behinderten und Entwicklung der Rehabilitation, Bonn 1998, S. 88-90.
- 166 Golka, Thomas: Ambulantisierung – warum immer wieder dieses Thema, in: Der DonnersTag Nr. 22 vom 12.05.2005, S. 1.

- 167 Vgl. Jahresbericht Ambulanter Dienst 2009, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-107.
- 168 Vgl. Jahresbericht Betreutes Wohnen 2003, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-79; Jahresbericht Betreutes Wohnen 2004, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-95.
- 169 o. V.: Dienst und Leistung, in: Der DonnersTag Nr. 3 vom 07.09.2000, S. 1.
- 170 Vgl. Jahresbericht Betreutes Wohnen 2000, S. 59. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-79.
- 171 Schrödter, Wolfgang: Denken in eine ambulante Zukunft, in: Der DonnersTag Nr. 27 vom 22.06.2006, S. 3.
- 172 Vgl. Jahresbericht FDST 2006, S. 41. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-272.
- 173 Vgl. Zur Entwicklung der neuen Wohngemeinschaften. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-536, unpaginiert.
- 174 Vgl. Grobkonzept für die zukünftige Ausrichtung des Bereichs Stationäre Wohn- und Rehabilitationsangebote (Stand 15.08.2005). Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-299, unpaginiert.
- 175 Ergebnisprotokoll der Arbeitsgruppe des Kuratoriums zur Vorbereitung der Entscheidungsfindung für das Projekt Neuro-Rehabilitation und Wohnformen vom 12.07.2007, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-492, unpaginiert.
- 176 Die Region Nord deckt die Bezirke Reinickendorf, Pankow, Wedding und Mitte, die Region Südwest die Bezirke Spandau, Charlottenburg-Wilmersdorf sowie Steglitz-Zehlendorf und die Region Südost die Bezirke Tempelhof-Schöneberg, Kreuzberg-Friedrichshain und Neukölln ab. Vgl. Bussenius, Sean: Aufbruch in den Kiez. Ambulant Betreutes Wohnen führt Regionalstruktur ein, in: Der DonnersTag Nr. 46 vom 31.03.2011, S. 1.
- 177 Golka, Thomas: Ambulantisierung und Regionalisierung – zwei Schritte in die gleiche Richtung, in: WIR. Magazin der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (2011) 1, S. 4-5, hier S. 5.
- 178 Vgl. Seitz, Andreas: Wml – Auch für den Ambulanten Dienst eine „Neue Herausforderung“, in: Der DonnersTag Nr. 42 vom 25.03.2010, S. 3.
- 179 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 07.12.2007, S. 4. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-541, unpaginiert.
- 180 Vgl. Schreiben Schrödter an Sybille Klotz vom 22.12.2008. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-731, unpaginiert.
- 181 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 30.10.2008, S. 2 Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-542, unpaginiert.
- 182 Vgl. Rebenstorf, Ursula: Wohnen heißt zuhause sein! Baustart der ambulanten Projekte „Wohnen mit Intensivbetreuung“ (Wml) in der Alten Mälzerei und dem Seelbuschring, in: Der DonnersTag Nr. 39 vom 09.07.2009, S. 1.
- 183 Jahresbericht FDST 2010, S. 83. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-426.
- 184 Vgl. Ebd., S. 84-85.
- 185 Vgl. Rebenstorf, Ursula: Seelbuschring – Wir kommen!, in: Der DonnersTag Nr. 42 vom 25.03.2010, S. 1.
- 186 Vgl. Rebenstorf, Ursula: Startschuss für Wohnen mit Intensivbetreuung in der Pankower Mälzerei, in: Der DonnersTag Nr. 45 vom 16.12.2010, S. 2.
- 187 Bielefeld, Kirsten: Wohnen mit Intensivbetreuung. Betriebsbeschreibung für eine ambulante Wohngemeinschaft für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung in der Alten Mälzerei Pankow vom 11.12.2008, S. 1. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-623, unpaginiert.
- 188 Lagebericht 2011, S. 19. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung GMB-12.
- 189 Vgl. Bielefeld: Wohnen mit Intensivbetreuung. Betriebsbeschreibung für eine ambulante Wohngemeinschaft für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderungen im Seelbuschring Tempelhof vom 08.05.2009. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-666, unpaginiert.
- 190 Bielefeld: Konzeption Wohnverbund Seelbuschring 9 12105 Berlin vom 25.11.2009, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-666, unpaginiert.
- 191 Vgl. Wegscheider, Karl; Schliehe, Ferdinand: Modellprojekt „Wohnen mit Intensivbetreuung (Wml)“: Ambulante Langzeitversorgung von Menschen mit schweren Mehrfachbehinderungen, in: Die Rehabilitation. Zeitschrift für Praxis und Forschung in der Rehabilitation 53 (2014) S1, S. 1-3, hier S. 2.
- 192 Vgl. Exkurs III.
- 193 Vgl. Protokoll Kuratoriumssitzung vom 28.06.2008, S. 6. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-540, unpaginiert.
- 194 Vgl. Combüchen, Bärbel: Wohnen mit Intensivbetreuung: Von der Idee zur Wirklichkeit, in: Der DonnersTag Nr. 39 vom 09.07.2009, S. 3.
- 195 Vgl. Jahresbericht FDH 2009, S. 2-3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung WOB-97.
- 196 Protokoll Kuratoriumssitzung vom 19.11.1999, S. 3. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-580, unpaginiert.

## **DIE FÜRST DONNERSMARCK-STIFTUNG 1916–2016.** **EIN FAZIT**

Die Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung von 1916 bis 2016 ist eine Geschichte voller Veränderungen, voller Umbrüche und unvorhergesehener Entwicklungen. Ihre Geschichte ist in dieser Hinsicht ein Beispiel unter vielen für die Entwicklung Deutschlands im „Zeitalter der Extreme“ (Eric J. Hobsbawm). Ihre Gründung durch Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarck mitten im Ersten Weltkrieg geht auf dessen Erfahrungen im Vereinslazarett in Frohnau zurück. Als wissenschaftliches Forschungsinstitut sollte die Stiftung in Kooperation mit einer staatlich getragenen Kur- und Heilanstalt die neuen Kriegsverletzungen erforschen und Vorschläge für deren Heilung erarbeiten. Diese Vorstellungen des Fürsten von Donnersmarck ließen sich allerdings seinerzeit nicht realisieren. Die Lage des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg, die anschließende Hyperinflation, die politisch instabile Lage der Weimarer Republik und schließlich die nationalsozialistische Machtübernahme verhinderten die Umsetzung des ursprünglichen Stiftungszwecks. Stattdessen musste die FDST gegen Ende der 1930er Jahre um ihr institutionelles Fortbestehen bangen, da das Berliner Stadtpräsidium die Organisation aufzulösen versuchte. Eine Kooperation mit dem Reichsluftfahrtministerium, dem ein Gebiet von etwa 13 Hektar überschrieben wurde, die militärisch hochrangige Stellung einiger Kuratoriumsmitglieder und die Polykratie des NS-Systems verhinderten letztlich die Auflösung der Stiftung. In der jungen Bundesrepublik Deutschland stellte sich die FDST neu auf. Mit einer neuen Verfassung und einem weitgehend neu besetzten Kuratorium konnte sie erstmals ihr operatives Geschäft aufnehmen. Aufgrund der schwierigen finanziellen Lage der Organisation war dabei jedoch an eine wissenschaftliche Forschungstätigkeit nicht mehr zu denken. Stattdessen begann die FDST mit der sozialpädagogischen Gruppenarbeit, ihre begrenzten Ressourcen für die konkrete Unterstützung der Berliner Menschen mit Behinderung vor Ort einzusetzen. Dies lenkte ihren Blick auf die Lücken im deutschen Sozialsystem, denen sich die Stiftung seitdem in zunehmendem Maße zuwandte. Dadurch entstand ihr heutiger Anspruch, mit innovativen Modellprojekten auf sozialpolitische

Leerstellen oder Problemlagen aufmerksam zu machen und gleichzeitig mögliche Lösungswege aufzuzeigen.

Die Grundlage hierfür war das seit Mitte der 1950er Jahre stetig und nach dem Verkauf von etwa 1,4 Millionen Quadratmetern Waldgelände an das Land Berlin 1973/1974 rasant wachsende Stiftungsvermögen, deren Eigenkapital heute mehr als 150 Millionen Euro beträgt. Dessen Erträge bilden die Voraussetzung für alle operativen Maßnahmen der FDST. Parallel dazu wuchs auch die Organisation: Sie erwarb 1960 die Villa Donnersmarck in der Schädestraße 9–13, übernahm 1964 das Kinderheim in Frohnau und erweiterte die mittlerweile Fürst Donnersmarck-Haus genannte Einrichtung in den 1970er Jahren um das Jugend- und Erwachsenenheim. Der Einweihung des Gästehauses Bad Bevensen folgten 1980 die Eröffnung von „Sozialtherapeutischem Zentrum“ und Café „blisse 14“ sowie 2001 das „HausRheinsberg Hotel am See“, als größtem barrierefreien Hotel Deutschlands. Begleitet wurde diese Entwicklung durch zahlreiche kleinere Projekte und Ideen: der Gründung von Wohngemeinschaften, der Errichtung der Wohnanlage in der Zeltinger Straße 22/26 oder dem Wohnheim Am Querschlag, dem Aufbau der FDS GmbH zur Hausverwaltung der Stiftung oder der Entstehung des Reparaturmobils. Daneben übernahm die Organisation durch ihre Beteiligungen an der BWB und der Nordbahn gGmbH sowie ihr externes Engagement für nationale wie internationale Gremien und Verbände Verantwortung, die über ihre eigenen institutionellen Interessen hinausgehen. Auf diese Weise differenzierten sich Schritt für Schritt die drei heutigen Arbeitsbereiche der FDST Rehabilitation, Touristik sowie Freizeit, Bildung, Beratung heraus. Heute ist die Fürst Donnersmarck-Stiftung eine finanziell unabhängige Organisation, die mit ihren Einrichtungen eine eigenständige Stiftungs politik betreiben kann. Mit dem WmI in Pankow und Tempelhof, das den in den 1970er Jahren begonnenen Ambulantisierungsprozess innerhalb der FDST auf eine neue Stufe hebt, sowie dem P.A.N. Zentrum in Frohnau betreibt sie zwei zukunftsweisende Projekte, von denen wichtige Impulse auf die deutsche Rehabilitationslandschaft ausgehen. Dies zeigt etwa die Verleihung der Kurt-Alphons-Jochheim-Medaille der DVfR an die FDST im Jahr 2015. Nicht zuletzt hat sie mit der Verleihung des Forschungspreises sowie der wissenschaftsnahen Neuausrichtung des Fürst Donnersmarck-Hauses den Anschluss an die neurowissenschaftliche Forschung hergestellt. Hier wird – wenn auch in einem anderen gesellschaftlichen Kontext – ein Gedanke aufgenommen, der schon bei der Gründung der FDST ausschlaggebend war. Der Gang durch die vergangenen 100 Jahre zeigt, wie sich eine unter ungünstigen Umständen gegründete, aber mit einer guten materiellen Basis ausgestattete Stiftung über die Zeit hinweg entwickelte und welchen Veränderungsprozessen sie dabei unterlag.



Aus Sicht der *Unternehmensgeschichtsschreibung* wird dabei deutlich, auf welche äußeren Rahmenbedingungen die FDST reagieren musste; wie sich die Interdependenz von externen Einflussfaktoren und internen Entscheidungen jeweils auf die konkrete Stiftungspolitik auswirkte. Dabei sind einerseits die Pfadabhängigkeiten der FDST beachtenswert: Einmal getroffene Entscheidungen – etwa für den Bau des Jugend- und Erwachsenenwohnheims im FDH – führen zu einem späteren Zeitpunkt zu einem konkreten Handlungsdruck. Denn durch diese Investitionsentscheidung werden Mittel gebunden und Verpflichtungen eingegangen, die nur unter hohen Opportunitätskosten wieder rückgängig gemacht werden können. Auch deswegen kann die kontinuierliche Fortentwicklung der einzelnen Arbeitsbereiche als eine logische Folge vorangegangener Fortentwicklungen verstanden werden. Zweitens führt der Blick auf die Geschichte der FDST die – allen strukturellen Bedingungen zum Trotz – hohe Bedeutung individueller Persönlichkeiten nachdrücklich vor Augen. Der Einfluss bestimmter Kuratoriumsmitglieder wie Kirchenrat Walter Schian oder aktuell Guidotto von Donnersmarck und Paul Walter Schönle, der Geschäftsführung wie Ekkehard Reichel und Wolfgang Schrödter oder prägender Mitarbeiter wie Elke Stommel, Paul Neukirchen, Thomas Golka und Friedhild Mory auf strategische Entscheidungen, auf die Entstehung ganzer Arbeitsbereiche oder die alltägliche Arbeit sind kaum zu überschätzen. Die Stiftungsgeschichte unterstreicht, dass letztlich auch personelle Netzwerke oder persönliche Einstellungen den Ausschlag für bestimmte Entwicklungen innerhalb der Organisation gaben.

Im Hinblick auf die *Geschichte des Stiftens, Spendens und Schenkens* zeigt die vorliegende Studie, wie sich eine ökonomisch potente Organisation innerhalb des und in Auseinandersetzung mit dem deutschen Sozialsystem bewegen konnte. Sie zeigt, an welchen Punkten die FDST Unterstützung durch die öffentliche Hand erhielt und an welchen Punkten sie in ihrer Entwicklung eher behindert wurde. So mussten sich die touristischen Angebote schon relativ früh von einem sozialstaatlich grundierten Finanzierungsmodell lösen und damit beginnen, ihre Umsätze auf dem freien Urlaubsmarkt selbst zu erwirtschaften. Beide Hotels blieben und bleiben jedoch von Zuschüssen seitens der Stiftung abhängig, die ihren jährlichen Verlust ausgleicht. Anders verhält es sich bei der Arbeit der FDS GmbH, die als gewinnorientierte Hausverwaltung der Vermögensverwaltung der Stiftung dient. Ihr Ziel ist die Erwirtschaftung von Überschüssen. Einrichtungen wie das WmI, der Ambulante Dienst oder das P.A.N. Zentrum bleiben dagegen bis heute auf staatliche Transferzahlungen und Kassenleistungen subsidiär angewiesen und gerade deswegen so anfällig für sozialpolitische Umbrüche, wie der Einführung der Pflegeversicherung. Der Arbeitsbereich Freizeit, Bildung, Beratung wird wiederum seit Anbeginn fast vollständig von der FDST selbst finanziert. Er ist damit relativ

unabhängig von sozialpolitischen und marktwirtschaftlichen Entwicklungen. Die Fürst Donnersmarck-Stiftung betreibt somit – unterstützt durch den steuerlichen Vorteil aufgrund ihrer Gemeinnützigkeit – unterschiedlichste Geschäftsmodelle, die von einer völligen marktwirtschaftlichen Ausrichtung über eine Mischfinanzierung hin zu einem sozialstaatlichen Transfermodell reichen. Diese Vielfalt ist ein Grund dafür, dass die institutionelle Logik der FDST weder in einer ausschließlich marktwirtschaftlichen noch in einer öffentlich-rechtlichen Rationalität aufgeht. Sie lässt sich daher als ein paradigmatisches Beispiel für eine sozialwirtschaftliche Organisationsform begreifen.

Der aktuell so prosperierenden *Disability History* gibt die vorliegende Studie Hinweise darauf, wie sich die Veränderungen der deutschen wie internationalen Behindertenpolitik und der sich wandelnde gesellschaftliche Umgang mit dem Thema Behinderung auf eine operativ tätige Stiftung auswirkten. Deutlich wird beispielsweise, über welch langen Zeitraum sich der Prozess der Ambulantisierung des stationären Wohnens hinzog. Deutlich wird aber auch, wie früh er für Menschen mit überwiegend leichten Körperbehinderungen einsetzte. Historiker können die großen institutionellen Auswirkungen der Pflegeversicherung auf die FDST beobachten und sehen, wie sich die sozialpolitischen Sparmaßnahmen seit Ende der 1970er Jahre auf die Versorgungsstrukturen in der Behindertenhilfe auswirkten. Weiterhin wird deutlich, welche Handlungsspielräume Einrichtungen für Menschen mit Behinderung innerhalb des politisch vorgegebenen Ordnungsrahmens hatten und in welchem Maße sie – ein entsprechendes finanzielles Potential vorausgesetzt – eigene Arbeitsschwerpunkte setzen konnten. Nicht zuletzt zeigt die Geschichte der FDST aber auch Aufgabenfelder wie das Angebot barrierefreier Reisen, die durch die deutsche Sozial- und Behindertenpolitik nicht adressiert wurden und ohne das Engagement sozialer Organisationen Leerstellen geblieben wären.

Das 20. Jahrhundert aus Sicht der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu durchschreiten, bedeutet gleichzeitig, die Geschichte der deutschen Gesellschaft aus dem Blickwinkel einer gemeinnützigen Organisation für Menschen mit Behinderung wahrzunehmen. Man erkennt, wie sehr sich in den vergangenen 100 Jahren die Stellung von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft verbesserte. Diese Entwicklung stimmt positiv; sie ist zugleich aber auch eine Mahnung, am derzeit erreichten Punkt nicht stehenzubleiben, sondern stattdessen konsequent weiter an der rechtlichen wie gesellschaftlichen Gleichstellung von Menschen mit Behinderung zu arbeiten. In dieser Hinsicht ist die Geschichte der FDST keine reine Erfolgsstory. Denn sie beleuchtet auch den steinigen Weg einer Institution, die ursprünglich mit einer guten materiellen Basis gegründet worden war, aber aufgrund gesamtgesellschaftlicher Ereignisse zeitweise kurz vor ihrer Auflösung stand. Sie wirft ein Licht auf die

Schwierigkeiten und Herausforderungen bei der Umsetzung innovativer Projekte für Menschen mit Behinderung. Und sie zeigt, dass Organisationen wie die FDST auch in Zukunft vor großen Herausforderungen stehen werden.

Diese bestehen beispielsweise in dem demografischen Wandel, der zunehmend die Suche nach qualifiziertem Personal, das für ein Dienstleistungsunternehmen wie die Stiftung von besonderer Bedeutung ist, erschwert.<sup>1</sup> Der Wandel vom Arbeitgeber- zu einem Arbeitnehmermarkt macht – insbesondere auf dem Feld der hochqualifizierten Mitarbeiter – das Personalmarketing in allen Wirtschaftsbereichen zu einer zentralen Unternehmensaufgabe der Zukunft. Gerade bei Organisationen wie der FDST ist eine sorgfältige Auswahl des eigenen Personals aber von besonderer Bedeutung, da sich deren Qualifikation direkt auf die Betreuungsqualität für die Menschen mit Behinderung niederschlägt. Ein zweites Beispiel sind die andauernden sozialpolitischen sowie medizinischen und technischen Veränderungsprozesse. Neue Gesetzgebungen, gesellschaftliche Anforderungen oder Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung werden zu neuen Herausforderungen für die FDST führen. Die Leistungsfähigkeit der Stiftung wird auch in Zukunft daran gemessen werden, wie sie auf diese Umbrüche reagiert und ihre Angebote an die veränderten Rahmenbedingungen anpasst. Diese können sich etwa auf die Finanzierungsmodelle im Arbeitsbereich Rehabilitation, auf die Komfortanforderungen in den Hotels oder die inhaltliche Ausgestaltung der Villa Donnersmarck oder des Reisebüros auswirken. Die Stiftung wird sich deswegen auch in Zukunft permanent hinterfragen und verändern müssen, um ihrem Stiftungszweck weiterhin gerecht werden zu können.

Besonders anschaulich zeigt dies der Blick auf die aktuellen behindertenpolitischen Entwicklungen, die derzeit unter dem Begriff der Inklusion verhandelt werden. Mit der Ratifizierung der UN-BRK 2009 wurde die gesellschaftliche und rechtliche Position von Menschen mit Behinderung in der Bundesrepublik Deutschland deutlich gestärkt. Mit dem Begriff Inklusion wird der menschenrechtliche Anspruch bezeichnet, alle Menschen unabhängig von ihrer Behinderung oder anderen Heterogenitätsdimensionen ohne Einschränkungen an der Gesellschaft partizipieren zu lassen. Dies beinhaltet auch die Forderung nach der möglichst weitgehenden Autonomie von Menschen mit Behinderung. Die Fürst Donnersmarck-Stiftung beschäftigt sich seit 2010 mit diesem Thema.<sup>2</sup> In Zukunft wird sie sich in allen Arbeitsbereichen noch stärker für die Umsetzung der UN-BRK engagieren: „Die Stiftung arbeitet als Ganzes mit der Zielsetzung, im Sinne der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung die gesellschaftliche Inklusion und die Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderung in ihrem jeweiligen Sozialraum zu fördern.“<sup>3</sup> Mit ihren unterschiedlichen Modellprojekten vom P.A.N. Zentrum

über das WmI und die Villa Donnersmarck bis hin zum HausRheinsberg oder dem Gästehaus Bad Bevensen verfügt sie schon jetzt über eine gute Grundlage dafür. Doch die Umbrüche, die sich durch die Umsetzung der BRK ergeben, werden auch von ihr neue Anpassungsprozesse erfordern. Und so ist das 100-jährige Jubiläum der Fürst Donnersmarck-Stiftung ein Anlass, um zurückzuschauen und sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Es ist ein Anlass, sich darauf zu besinnen, woher die Stiftung gekommen ist und wohin sie künftig gehen will. Doch es ist kein Moment, um stehen zu bleiben. Die Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung ist im Jahr 2016 nicht zu Ende – sie ist in vollem Gange.

---

1 Vgl. Schröder: Strategische und operative Bedeutung des Personalauswahlverfahrens vom 11.12.2008. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-464, unpaginiert.

2 Vgl. Thomas Golka; Annemarie Kühnen-Hurlin: Welche Bedeutung hat die UN-Konvention für Menschen

mit Behinderung im Zusammenhang mit der FDST? Ein erster Anstoß. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-624, unpaginiert.

3 Jahresbericht FDST 2011, S. 10. Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung FDS-426.

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

### Abbildungen

Portrait Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarck (S. 2);  
Maler: Franz von Lenbach: Familienbesitz Henckel von Donnersmarck  
Portrait Rina, Guidotto und Kraft von Donnersmarck (S. 22):  
Vorlage: Hauptstaatsarchiv Stuttgart P 10 Bü 1515  
Infografik Kuratoriumsmitglieder der FDST (S. 68): Jan Drehmel, Berlin  
Enno Hurlin  
Alle anderen Abbildungen: Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung

### Ungedruckte Quellen

Archiv der Aktion Mensch  
Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin  
Archiv der Max-Planck-Gesellschaft  
Archiv der Otto-von-Bismarck-Stiftung Friedrichsruh  
Ballestremsches Firmen- und Familienarchiv Berlin  
Bundesarchiv Berlin (BArch)  
Evangelisches Landeskirchliches Archiv Berlin (ELAB)  
Evangelisches Zentralarchiv Berlin (EZA)  
Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK)  
Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStA Stuttgart)  
Landesarchiv Berlin (LA Berlin)

### Geführte Interviews

Interview mit Ekkehard Reichel am 14.09.2010  
Interview mit Eckhard Kutzer am 24.01.2011  
Interview mit Manfred Richter am 16.11.2012  
Interview mit Jürgen Kintzel am 23.05.2013  
Interview mit Michael Born am 17.09.2013

### Periodika der Fürst Donnersmarck-Stiftung

Der DonnersTag 2000–2015  
WIR. Magazin der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin 1954–2015

## Internetadressen

<http://www.dvfr.de>  
<http://www.fdst.de>  
<http://www.integra-berlin.de>  
<http://www.stiftungen.org>

## Gedruckte Literatur

Adam, Thomas: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Stiftungen und „totem Kapital“, in: Adam, Thomas u. a. (Hrsg.): Stiftungen seit 1800. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 2009, S. 179-202.

Agenda 22. Umsetzung der UN-Standardregeln auf lokaler und regionaler Ebene. Behindertenpolitische Planungsrichtlinien für kommunale und regionale Behörden. Überarbeitete Version, Berlin [2004]. Online unter: [http://www.fdst.de/w/files/pdf/agenda\\_22\\_deutsch.pdf](http://www.fdst.de/w/files/pdf/agenda_22_deutsch.pdf). [Letzter Zugriff am 23.02.2016]

Ahrens, Ralf: Unternehmensgeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte vom 01.11.2010. Online unter <http://docupedia.de/zg/Unternehmensgeschichte?oldid=97448>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]

Alg.: Keine „großen Sparbrocken“ in der Sozialhilfe, in: Der Tagesspiegel vom 17.05.1982.

Alscher, Hans-Jürgen: Anforderungen an die Rahmenbedingungen im Wohn- und Arbeitsbereich, in: Seidel, Michael (Hrsg.): Menschen mit erworbenen Hirnschäden – (keine) Randgruppe in der Behindertenhilfe?! Dokumentation der Arbeitstagung der DGSG am 16.3.2012 in Kassel, Berlin 2013, S. 49-68.

Amf.: Vorbild: Fürst Donnersmarck-Stiftung, in: Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide vom 06.06.1974, S. 17.

Anger, Susanne: Vom Nebeneinander zum Miteinander, in: Die Wahrheit vom 17./18.03.1984, S. 8.

AZ: Urlaub für noch mehr Behinderte, in: Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide vom 25.01.1984, S. 6.

Bald, Karl; Golka, Thomas; Wenk, René: Internet und Handicap – Empowerment im Netz. 2. Auflage, Berlin 1998.

Bald, Karl; Golka, Thomas; Walter, Hiltrud: (Un)Behindert im Netz. Angebotsscreening zum Thema „Behinderung“. Webrecherche von 50 Internetauftritten, Berlin 2000.

Bamborschke, Stephan u. a.: Postakute Neurorehabilitation – Langfristige Teilhabeförderung bei schwer betroffenen jüngeren Menschen mit erworbenen Hirnschäden ist erfolgreich, in: Neurologie & Rehabilitation (2010) 6, S. 289.

Bamborschke, Stephan: Postakute Langzeit-Rehabilitation im P.A.N. Zentrum, in: Neurologie & Rehabilitation (2012) 3, S. 171.

Bamborschke, Stephan u. a.: Postakute Neurorehabilitation in der Nachsorge Erwachsener – erfolgreiche Brücke zwischen Rehaklinik und ambulantem Wohnen, in: Neurologie & Rehabilitation (2012) 6, S. 452.

Bamborschke, Stephan u. a.: Long term rehabilitation of patients with disorientation and executive disorders due to acquired brain damage is effective, in: *Neurorehabilitation and Neural Repair* 26 (2012) 4, S. 430.

Bamborschke, Stephan u. a.: Phase E/Nachsorge – Teilhabeförderung nach Abschluss der stationären medizinischen Rehabilitation, in: *Neurologie & Rehabilitation* (2013) 6, S. 375.

Behnken, Imbke; Zinnecker, Jürgen: „Hi ha ho, die Bonzen komm’n ins Klo!“ Sozialpädagogische Studentenbewegung und Modernisierung Sozialer Arbeit in Deutschland, in: *Westfälische Forschungen* 48 (1998), S. 257-282.

Beil, Christine: *Der ausgestellte Krieg. Präsentationen des Ersten Weltkriegs 1914-1939*, Tübingen 2004.

Berg, Max: Bemerkungen zur sozialen Entwicklung unseres weiblichen Krankenpflegewesens, in: *Zeitschrift für ärztliche Fortbildung. Organ für praktische Medizin* 12 (1915) 16, S. 506-509.

Berg, Max: Bemerkungen zur sozialen Entwicklung unseres weiblichen Krankenpflegewesens, in: *Zeitschrift für ärztliche Fortbildung. Organ für praktische Medizin* 12 (1915) 17, S. 539-543.

Berg, Max: Lebens- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Krankenschwestern, in: *Zeitschrift für ärztliche Fortbildung. Organ für praktische Medizin* 12 (1915) 18, S. 569-575.

Berg, Max: Vorschläge zur Regelung der Schwesternarbeit, in: *Zeitschrift für ärztliche Fortbildung. Organ für praktische Medizin* 13 (1916) 10, S. 297-299.

Berg, Max: *Allgemeine Grundlagen der Krankenpflege*, Berlin 1918.

Berghoff, Hartmut: Wozu Unternehmensgeschichte? Erkenntnisinteressen, Forschungsansätze und Perspektiven des Faches, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 49 (2004) 2, S. 131-148.

Bericht über die pädagogische und personelle Situation in den geschlossenen Einrichtungen der Jugendhilfe. Drucksachen des Abgeordnetenhauses von Berlin. V. Wahlperiode, Nr. 1274 vom 18.09.1970.

Bernet, Claus: Gruppenpädagogik am Anfang der Bundesrepublik Deutschland. Methodenlehre, Sexualerziehung und pädagogische Arbeit mit Soldaten, in: *Soziale Arbeit* 59 (2010) 9, S. 341-346.

Besier, Gerhard: Heinrich Grüber – Pastor, Ökumeniker, Kirchenpolitiker, in: *Jahrbuch der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte* 89 (1991), S. 363-384.

Bielefeld, Kirsten; Bald, Karl: Modellprojekt „Wohnen mit Intensivbetreuung (Wml)“: Die Sicht von Stiftung und Mitarbeitenden, in: *Die Rehabilitation. Zeitschrift für Praxis und Forschung in der Rehabilitation* 53 (2014) S1, S. 48-52.

Bielefeldt, Heiner: Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention. Essay Nr. 5 des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Berlin 2009.

Bihr, Simon: „Entkrüppelung der Krüppel“. Der Siemens-Schuckert-Arbeitsarm und die Kriegsinvalidenfürsorge in Deutschland während des Ersten Weltkriegs, in: *N.T.M.* 21 (2013) 2, S. 107-141.

Binder, Hermann: Die „Stiftung Fürst-Donnersmarck-Institut zu Berlin“ in Frohnau, in: *Grundbesitzer-Verein Berlin-Frohnau* (Hrsg.): *50 Jahre Gartenstadt Frohnau*, Berlin 1960, S. 22.

Blumenthal, Wolfgang; Schliehe, Ferdinand (Hrsg.): *Teilhabe als Ziel der Rehabilitation. 100 Jahre Zusammenwirken in der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation*, Heidelberg 2009.



- Böhme, Helmut: Guido Graf Henckel von Donnersmarck, Bismarck und der Krieg von 1866, in: Tradition: Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 12 (1967) 2, S. 378-387.
- Bonus, Holger: Unternehmen in institutionenökonomischer Sicht, in: Wischermann, Clemens u. a. (Hrsg.): Unternehmenskommunikation im 19. und 20. Jahrhundert, Dortmund 2000, S. 17-29.
- Borscheid, Peter: Der ökonomische Kern der Unternehmensgeschichte, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 46 (2001) 1, S. 5-10.
- Bösl, Elsbeth: Integration durch Arbeit? Westdeutsche Behindertenpolitik unter dem Primat der Erwerbsarbeit 1949-1974, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte 13 (2006) 3, S. 113-124.
- Bösl, Elsbeth: Dis/ability History: Grundlagen und Forschungsstand, in: H-Soz-Kult, 07.07.2009. Online unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2009-07-001>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- Bösl, Elsbeth: Politiken der Normalisierung. Zur Geschichte der Behindertenpolitik in der Bundesrepublik, Bielefeld 2009.
- Bösl, Elsbeth: Was ist Disability History? Zur Geschichte und Historiografie von Behinderung, in: Dies. u. a. (Hrsg.): Disability History. Konstruktionen von Behinderung in der Geschichte. Eine Einführung, Bielefeld 2010, S. 29-43.
- Bösl, Elsbeth: Behinderung, Technik und gebaute Umwelt. Zur Geschichte des Barriereabbaus in der Bundesrepublik Deutschland seit dem Ende der 1960er Jahre, in: Tervooren, Anja; Weber, Jürgen (Hrsg.): Wege zur Kultur. Barrieren und Barrierefreiheit in Kultur- und Bildungseinrichtungen, Köln u. a. 2012, S. 29-51.
- Bösl, Elsbeth: Was ist und wozu brauchen wir die Dis/ability History, in: Schmuhl, Hans-Walter; Winkler, Ulrike (Hrsg.): Welt in der Welt. Heime für Menschen mit geistiger Behinderung in der Perspektive der Disability History, Stuttgart 2013, S. 21-41.
- Buestrich, Michael; Wohlfahrt, Norbert: Die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2008) 12/13, S. 17-24.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Vierter Bericht der Bundesregierung über die Lage der Behinderten und Entwicklung der Rehabilitation, Bonn 1998.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Teilhabe – Beeinträchtigung – Behinderung, Bonn 2013.
- Bynum, William: Geschichte der Medizin, Stuttgart 2010.
- Czaja, Margarete: Der industrielle Aufstieg der Beuthen-Siemianowitzer und Tarnowitz-Neudecker Linie der Henckel v. Donnersmarck bis zum Weltkrieg, Univ.-Diss. München 1936.
- Dahme, Heinz-Jürgen: Krise der öffentlichen Kassen und des Sozialstaats, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2008) 12/13, S. 10-16.
- Dederich, Markus: Körper, Kultur und Behinderung. Eine Einführung in die Disability Studies, Bielefeld 2007.
- Degener, Theresia: „Behinderung neu denken“ Disability Studies als wissenschaftliche Disziplin in Deutschland, in: Hermes, Gisela; Köbsell, Swantje (Hrsg.): Disability Studies in Deutschland – Behinderung neu denken! Dokumentation der Sommeruni 2003, Kassel 2003, S. 23-26.
- Deutscher Reichs-Anzeiger und Königlich Preußischer Staats-Anzeiger Nr. 15 vom 18.01.1901.

Dörner, Klaus: Die institutionelle Umwandlung von Menschen in Sachen. Behinderte und Behinderung in der Moderne, in: Emmrich, Michael (Hrsg.): Im Zeitalter der Bio-Macht. 25 Jahre Gentechnik – eine kritische Bilanz, Frankfurt am Main 1999, S. 15-44.

DPA: Wird der Telebus-Betrieb schrittweise lahmgelegt?, in: Volksblatt Berlin vom 22.04.1983, S. 10.

DPA: Urlaub nach eigenem Plan, in: Berliner Zeitung vom 12.02.2000, S. 21.

Ebert, Achim u. a. (Hrsg.): Rehabilitation und Nachsorge nach Schädelhirnverletzung. Teilhabe: Wege und Stolpersteine 2009, Bad Honnef 2009.

ECA. Europäisches Konzept für Zugänglichkeit. Handbuch, Berlin [2005]. Online unter: [http://www.fdst.de/w/files/pdf/eca\\_deutsch\\_internet.pdf](http://www.fdst.de/w/files/pdf/eca_deutsch_internet.pdf). [Letzter Zugriff am 23.02.2016]

ECA. European Concept for Accessibility. ECA für Verwaltungen, Berlin [2008]. Online unter: [https://www.fdst.de/w/files/pdf/eca\\_administration\\_verwaltung.pdf](https://www.fdst.de/w/files/pdf/eca_administration_verwaltung.pdf). [Letzter Zugriff am 23.02.2016]

ECA. European Concept for Accessibility. Design für Alle erfolgreich umsetzen – von der Theorie zur Praxis ECA 2013, Berlin [2013]. Online unter: [http://www.fdst.de/w/files/pdf/eca\\_2013\\_design\\_for\\_all\\_deutsch\\_web.pdf](http://www.fdst.de/w/files/pdf/eca_2013_design_for_all_deutsch_web.pdf). [Letzter Zugriff am 23.02.2016]

Eckart, Wolfgang U.: Generaloberstabsarzt Prof. Dr. med. Siegfried Handloser, in: Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): Hitlers militärische Elite. Vom Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende. Band 2, Darmstadt 1998, S. 88-92.

Eckart, Wolfgang U.: Medizin in der NS-Diktatur: Ideologie, Praxis, Folgen, Wien u. a. 2012.

Eckart, Wolfgang U.: Medizin und Gesellschaft. Deutschland 1914-1924, Paderborn 2014.

Eine Organisation verändert sich. Über den Nutzen von Beratung. Supervision (2009) 4.

Elsner (Hrsg.): Donnersmarckhütte 1872-1922. Denkschrift zum 50jährigen Bestehen als Aktiengesellschaft, o. O. 1923.

EPD: Größtes Behindertenhotel in Rheinsberg, in: Die Welt vom 28.06.2001, S. 37.

Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Stiftung „Invalidenhaus Berlin“, in: Reichsgesetzblatt (1937) 48, S. 445.

Fahun, Joachim: Blisse 14. Ex-Chef von Sozialprojekt gönnte sich Shopping in New York, in: Berliner Morgenpost vom 12.11.2003. Online unter: <http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article121791502/Ex-Chef-von-Sozialprojekt-goennte-sich-Shopping-in-New-York.html>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]

Fandrey, Walter: Krüppel, Idioten, Irre. Zur Sozialgeschichte behinderter Menschen in Deutschland, Stuttgart 1990.

Finke, Bernd: Kennzahlenvergleich der Eingliederungshilfe der überörtlichen Träger der Sozialhilfe 2005/2006, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 88 (2008) 4, S. 141-144.

Fle.: Das Leben wieder langsam lernen, in: Der Nordberliner vom 04.08.2011, S. 3.

Föcking, Friederike: Fürsorge im Wirtschaftsboom: Die Entstehung des Bundessozialhilfegesetzes von 1961, München 2007.

- Frankenstein, Mathias: „Schlangestehen sind wir dem Palast einfach schuldig“, in: Berliner Zeitung vom 12.12.1994.
- Friedländer, Henry: Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997.
- Fuchs, Konrad: Die Bismarckhütte in Oberschlesien. Ein Beitrag zur ober-schlesischen Industriegeschichte in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Ders. (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte Oberschlesiens 1871-1945. Aufsätze, Dortmund 1981, S. 55-75.
- Fuchs, Konrad: Guido Georg Friedrich Graf Henckel v. Donnersmarck 1830-1916, in: Hausteiu, Ulrich u. a. (Hrsg.): Ostmitteleuropa. Berichte und Forschungen, Stuttgart 1981, S. 237-251.
- Fuchs, Petra: „Körperbehinderte“ zwischen Selbstaufgabe und Emanzipation. Selbsthilfe – Integration – Aussonderung, Berlin u. a. 2001.
- Fürst Donnersmarck-Haus: WIR. Ein Weg zum Leben, Berlin [1973/1974].
- Fürst Donnersmarck-Haus: Fürst Donnersmarck-Haus. Evangelisches Rehabilitationszentrum für Körperbehinderte Berlin-Frohnau, Berlin 1989.
- Fürst Donnersmarck-Haus: Schritt für Schritt neue Wege in den Alltag, Berlin [2007].
- Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin (Hrsg.): Das Donnersmarck-Magazin. Reportagen, Berichte und Interviews aus der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin, Berlin [1991].
- Fürst Donnersmarck-Stiftung: Therapie und Apfelstrudel, Berlin 1985.
- Fürst Donnersmarck-Stiftung: Therapie und Apfelstrudel. 2. Auflage, Berlin 1991.
- Fürst Donnersmarck-Stiftung: Das Fürst Donnersmarck-Haus. Therapie, Wohnen, nachsorgende Reha, Pädagogik, Berlin 2000.
- Fürst Donnersmarck-Stiftung: 25 Jahre Ambulant Betreutes Wohnen. Eine Bereichsbiografie, Berlin [2004].
- Fürst Donnersmarck-Stiftung (Hrsg.): Dokumentation. Forschungspreis der Fürst Donnersmarck-Stiftung. Neues Denken – Leben stärken, Berlin [2007].
- Gabrysch, Wendelin: Behinderte feiern mit Basar und Beat ihren Donnersmarck-Neubau, in: Berliner Morgenpost vom 26.04.1980, S. 11.
- Gärtner, Friedrich: Rehabilitationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland – ein Überblick, in: Runde, Peter; Heinze, Rolf G. (Hrsg.): Chancengleichheit für Behinderte. Sozialwissenschaftliche Analysen für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1979, S. 65-81.
- Gerber, David A.: Disabled veterans, the state, and the experience of disability in western societies, 1914-1950, in: Journal of Social History 36 (2003) 4, S. 899-916.
- Goffman, Erving: Asyl. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, Frankfurt am Main 1973.
- Golka, Thomas: Unbehindert ins Netz, in: Selbsthilfe. Zeitschrift der Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (1998) 4, S. 18-19.
- Golka, Thomas; Wieder, Horst: Geschichte der Fürst Donnersmarck-Stiftung 1916-1991, Berlin 1991.
- Golka, Thomas; Weinert, Sebastian: Aus dem Blick in die Vergangenheit Perspektiven in die Zukunft entwickeln. Das Archiv der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin, in: Archiv & Wirtschaft

47 (2014) 1, S. 22-29. Online unter: [http://www.wirtschaftsarchiv.de/veroeffentlichungen/zeitschrift/AuW\\_1\\_14\\_2229.pdf](http://www.wirtschaftsarchiv.de/veroeffentlichungen/zeitschrift/AuW_1_14_2229.pdf). [Letzter Zugriff am 23.02.2016]

Gruss, Peter: Hundert Jahre Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Berlin 2011.

Hayward, Edgar: Beitrag zur Klinik der Schädelschüsse nach den Erfahrungen im Heimlazarett, in: Berliner Klinische Wochenschrift 52 (1915) 46, S. 1186-1190.

Hayward, Edgar: Beitrag zur Klinik der Schädelschüsse nach den Erfahrungen im Heimlazarett, in: Berliner Klinische Wochenschrift 52 (1915) 47, S. 1212-1218.

Henckel von Donnersmarck, Leo Ferdinand: Die Familie Henckel von Donnersmarck im doppelten Spannungsfeld zwischen katholischem und evangelischem Glauben sowie zwischen Habsburg und Hohenzollern, in: Fräss-Ehrfeld, Claudia (Hrsg.): Kärnten und Böhmen, Mähren, Schlesien, Klagenfurt 2004, S. 139-149.

Hildebrandt, Bernd u. a.: Gartenstadt Frohnau. Frohnauer Bürger erforschen ihren Ortsteil von der Gründung bis heute, Berlin 1985.

Hockerts, Hans Günter: Vom Problemlöser zum Problemerzeuger? Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert, in: Boll, Friedrich; Kruke, Anja (Hrsg.): Der Sozialstaat in der Krise. Deutschland im internationalen Vergleich, Bonn 2008, S. 3-29.

HV: Erweiterungsbau im Alten Mühlweg am Freitag eingeweiht. Fürst Donnersmarck-Stiftung Bad Bevensen, in: Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide vom 25.01.1984, S. 8-9.

Jantzen, Wolfgang: Zur Geschichte und politischen Ökonomie der Werkstatt für Behinderte (WfB), in: Runde, Peter; Heinze, Rolf G. (Hrsg.): Chancengleichheit für Behinderte. Sozialwissenschaftliche Analysen für die Praxis, Neuwied, Darmstadt 1979, S. 195-207.

Jaraus, Konrad H. (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008.

Jochheim, Kurt-Alphons u. a.: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, in: Wengst, Udo (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 2/1. 1945-1949.

Joppich, Robin: Otto von Schjerning (4.10.1853-28.06.1921). Wissenschaftler, Generalstabsarzt der preußischen Armee und Chef des deutschen Feldsanitätswesens im Ersten Weltkrieg, Univ.-Diss. Heidelberg 1997.

Jungk, Robert; Müllert, Norbert R.: Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation, München 1981.

Kanwerayotin, Supapohn: Travelling the world in a wheelchair, in: Outlook. A daily magazine for the family vom 02.11.1987, S. 1

Kenzia, Michael Jan: Konstituierung eines industriellen Arbeitsmarktes in Oberschlesien, Univ.-Diss. Köln 2009. Online unter: <http://d-nb.info/1009758454/34>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]

Kienitz, Sabine: Beschädigte Helden. Kriegsinvalidität und Körperbilder 1914-1923, Paderborn u. a. 2008.

Klatt, Thomas: Mit dem Rollstuhl in die Sauna, in: Die Kirche. Berlin-Brandenburgisches Sonntagsblatt vom 11.03.2001, S. 5.

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2005.

Kleinschmidt, Christian: „Unproduktive Lasten“: Kriegsinvaliden und Schwerbeschädigte in der Schwerindustrie nach dem Ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1994) 2, S. 155-165.

Klocek, Liane: Soziale Stiftungen und Vereine zwischen moderner Daseinsfürsorge und vorsorgendem Sozialstaat. Eine Annäherung, in: Hübener, Kristina u. a. (Hrsg.): Soziale Stiftungen und Vereine in Brandenburg. Vom Deutschen Kaiserreich bis zur Wiederbegründung des Landes Brandenburg in der Bundesrepublik, S. 363-372.

Knop, Christiane: Die Militärkuranstalt zu Frohnau. Eine Akte aus dem Wilhelminischen Kaiserreich, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins 79 (1983) 2, S. 46-54.

Knop, Christiane: 75 Jahre Gartenstadt Frohnau, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins 81 (1985) 3, S. 304-308.

Knop, Christiane: Rechenschaftsbericht aus einer schweren Zeit: „Das Vereinslazarett Frohnau. 1914-1919“, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins 83 (1987) 3, S. 541-549.

Köbsell, Swantje: Eine Frage des Bewusstseins – zur Geschichte der Behindertenbewegung in Deutschland, in: Erzmann, Tobias; Feuser, Georg (Hrsg.): „Ich fühle mich wie ein Vogel, der aus seinem Nest fliegt.“ Menschen mit Behinderung in der Erwachsenenbildung, Frankfurt am Main u. a. 2011, S. 43-83.

Köbsell: Swantje: Wegweiser Behindertenbewegung. Neues (Selbst-)Verständnis von Behinderung, Neu-Ulm 2012.

Kocka, Jürgen: Vorbemerkungen, in: Geschichte und Gesellschaft 33 (2007) 1, S. 5-9.

Kopper, Christopher: Die Reise als Ware. Die Bedeutung der Pauschalreise für den westdeutschen Massentourismus nach 1945, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History. Online-Ausgabe 4 (2007) 1/2. Online unter: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1+2-2007/id=4562>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]

Kowark, Katrin: Entwicklung der Stiftungslandschaft seit Gründung des Deutschen Kaiserreiches mit Blick auf Berlin-Brandenburg, in: Hübener, Kristina u. a. (Hrsg.): Soziale Stiftungen und Vereine in Brandenburg. Vom Deutschen Kaiserreich bis zur Wiederbegründung des Landes Brandenburg in der Bundesrepublik, Berlin 2012, S. 11-30.

Kramper, Peter: Das Unternehmen als politisches Projekt: Die NEUE HEIMAT 1950-1982, in: Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen (2010) 44, S. 89-102.

Krukowska, Uta: Kriegsversehrte. Allgemeine Lebensbedingungen und medizinische Versorgung deutscher Versehrter nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Britischen Besatzungszone Deutschlands – dargestellt am Beispiel der Hansestadt Hamburg, Hamburg 2006.

Laubner, Jürgen: Guido Henckel v. Donnersmarck – Aristokrat durch Geburt und Geld, in: Ders. (Hrsg.): Adel und Junkertum im 19. und 20. Jahrhundert. Biographische Studien zu ihrer politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung, Halle an der Saale 1989, S. 27-40.

Laubner, Jürgen: Bismarck-Freund und Kanzlervertrauter. Guido Henckel v. Donnersmarck und die Politik, in: Dülffer, Jost (Hrsg.): Otto von Bismarck: Person, Politik, Mythos, Berlin 1993, S. 159-174.

Lindner, Ulrike: Gesundheitspolitik in der Nachkriegszeit. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, München 2004.

Lindner, Ulrike: Die Krise des Wohlfahrtsstaates im Gesundheitssektor. Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Schweden, in: Boll, Friedhelm; Kruke, Anja (Hrsg.): Der Sozialstaat in der Krise. Deutschland im internationalen Vergleich, Bonn 2008, S. 297-324.

Lingelbach, Gabriele: Spenden und Sammeln. Der westdeutsche Spendenmarkt bis in die 1980er Jahre, Göttingen 2009.

Lingelbach, Gabriele: Konstruktionen von „Behinderung“ in der Öffentlichkeitsarbeit und Spendenwerbung der Aktion Sorgenkind seit 1964, in: Bösl, Elsbeth u. a. (Hrsg.): Disability History. Konstruktionen von Behinderung in der Geschichte. Eine Einführung, Bielefeld 2010, S. 127-150.

Lingelbach, Gabriele; Schlund, Sebastian: Disability History. Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte vom 08.07.2014. Online unter: [http://docupedia.de/zg/Disability\\_History?ol-did=92951](http://docupedia.de/zg/Disability_History?ol-did=92951). [Letzter Zugriff am 23.02.2016]

Lingelbach, Gabriele; Stoll, Jan: Die 1970er Jahre als Umbruchphase der bundesdeutschen Disability History? Eine Mikrostudie zu Selbstadvokation und Anstaltskritik Jugendlicher mit Behinderung, in: Moving the Social (2013) 50, S. 25-51.

Lohse, U.: Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarck und seine industriellen Schöpfungen, in: Stahl und Eisen 37 (1917) 7, S. 156-161.

Ludwig, Andreas: Soziale Stiftungen, in: Adam, Thomas u. a. (Hrsg.): Stiftungen seit 1800. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 2009, S. 17-21.

Lundt, Peter V.: Zur Lebenssituation von Körperbehinderten. Eine Erhebung in Berlin, Berlin u. a. 1962.

Lutz, Petra u. a. (Hrsg.): Der (Im-)Perfekte Mensch. Metamorphosen von Normalität und Abweichung, Köln 2003.

M. M.: Kaisertage in Schlesien, in: Schlesische Chronik 4 (1910) 6, S. 146-147.

Mai, Marina: Traum vom selbstbestimmten Leben, in: Die Tageszeitung vom 24.06.1997, S. 23.

Mechow, Max: Frohnau. Die Berliner Gartenstadt, Berlin 1985.

Meffert, Christine: Die Abweichung ist der Maßstab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.08.2001, S. 3.

Meyer, Dirk: Das sozialhilferechtliche Verhältnis im Wandel – Von einer korporatistischen hin zu einer wettbewerblichen Prägung, in: Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen (2009) 68, S. 17-35.

MH: Lernen, sich neu zu erfinden, in: Berliner Zeitung vom 08.06.2015. Verlagsbeilage, S. 2.

Müller, C. Wolfgang: Vom Weiterleben der Methoden der Sozialen Arbeit. Gruppenpädagogik und Haus Schwalbach, in: Soziale Arbeit 55 (2006) 4, S. 122-126.

Müller-Lissner, Adelheid: Alltag statt Pflegeheim, in: Der Tagesspiegel vom 07.11.2011, S. 14.

Mürner, Christian; Sierck, Udo: Krüppelzeitung. Brisanz der Behindertenbewegung, Neu-Ulm 2009.

Musenberg, Oliver: Der Körperbehindertenpädagoge Hans Würtz (1875-1958). Eine kritische Würdigung des psychologischen und pädagogischen Konzepts vor dem Hintergrund seiner Biographie, Hamburg 2002.

Naegele, Gerhard: 20 Jahre Verabschiedung der Gesetzlichen Pflegeversicherung. Eine Bewertung aus sozialpolitischer Sicht. Gutachten im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2014.

Netzwerk Artikel 3 (Hrsg.): Einfach Europa?! Einführung in die europäische und internationale Behindertenpolitik, Berlin 2006. Online unter: [http://www.fdst.de/w/files/aktuellpresse/einfach\\_europa\\_standard.pdf](http://www.fdst.de/w/files/aktuellpresse/einfach_europa_standard.pdf). [Letzter Zugriff am 23.02.2016]

Neukirchen, Paul: Die Nachbarschaftsgruppen der Schwerversehrten. Vortrag von Paul Neukirchen in der Berliner Arbeitsgemeinschaft am 24.02.1955, in: Verband Deutscher Nachbarschaftsheime e. V. Berliner Arbeitsgemeinschaft Rundbrief Nr. 5 vom 01.11.1955, S. 5-6.

Neukirchen, Paul: Nachbarschaftsgruppen für Schwerbeschädigte, in: Der Schwerbeschädigte. Rundbrief der Arbeitsgemeinschaft „Lebensschau der Schwerbeschädigten“ 2 (1955) 7, S. 27.

Niederding, Anne; Wischermann, Clemens: Unternehmensgeschichte im institutionellen Paradigma, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 43 (1998) 1, S. 35-48.

Niefeld, Gundi: Sozial-kulturelle Arbeit im Wandel der Zeit. Die Geschichte des Nachbarschaftsheimes Schöneberg, Berlin 1995.

o. V. (Hrsg.): Ausstellung für Verwundeten- und Krankenfürsorge im Kriege, Dresden 1915, S. 48-50.

o. V.: Die Ausstellung für Verwundeten- und Krankenfürsorge im Kriege, in: Zeitschrift für Krüppelfürsorge 8 (1915) 1, S. 106-114.

o. V.: Eine Millionienstiftung des Fürsten Henckel-Donnersmarck, in: Neues Wiener Journal 24 (1916) 8060 vom 08.04.1916, S. 3.

o. V.: Eine Millionienstiftung, in: Böhmerwald-Volksbote. Sozialdemokratisches Organ für Südböhmen 8 (1916) 24, S. 4-5.

o. V.: Das Fürst Donnersmarck-Institut in Frohnau, in: Vossische Zeitung vom 18.02.1918. Morgen-Ausgabe Nr. 89, S. 5.

o. V.: 50 Jahre Stiftung Fürst-Donnersmarck-Institut zu Berlin, Berlin 1966.

o. V.: Frohnauer Wald wird verkauft, in: Der Nord-Berliner vom 15.09.1972, S. 1.

o. V.: Heizung ja, Rampen nein, in: Der Tagesspiegel vom 28.12.1994.

o. V.: Eine große Aufgabe, in: Not (1998) 2, S. 34-35.

o. V.: Barrierefreier Komfort in Haus und Umgebung, in: Allgemeine Hotel- und Gaststättenzeitung vom 07.07.2001.

o. V.: Stiftungskommunikation? Ausgezeichnet!, in: Stiftungswelt. Das Magazin des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (2006) 4, S. 32.

Office of Military Government for Germany (U. S.) (Hrsg.): Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Amerikanisches Kontrollgebiet. Ausgabe A, [Frankfurt am Main] 1946.

Ortsgruppe Frohnau der NSDAP (Hrsg.): 25 Jahre Frohnau. 1910-1935, Berlin 1935.

Osten, Philip: Die Modellanstalt. Über den Aufbau einer „modernen Krüppelfürsorge“ 1905-1933, Frankfurt am Main 2004.

Otto, Annett: Regierung will Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik, in: Berliner Zeitung vom 03.12.1999, S. 9.



Pierenkemper, Toni: Einleitung. Grundzüge der Wirtschaftsgeschichte Oberschlesiens in der Neuzeit, in: Ders. (Hrsg.): Industriegeschichte Oberschlesiens im 19. Jahrhundert. Rahmenbedingungen – Gestaltende Kräfte, Infrastrukturelle Voraussetzungen, Regionale Diffusion, Wiesbaden 1992, S. 1-27.

Pierenkemper, Toni: Sechs Thesen zum gegenwärtigen Stand der deutschen Unternehmensgeschichte. Eine Entgegnung auf Manfred Pohl, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 45 (2000) 2, S. 158-166.

Pierenkemper, Toni: Was kann eine moderne Unternehmensgeschichtsschreibung leisten? Und was sollte sie tunlichst vermeiden, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 44 (1999) 1, S. 15-31.

Pierenkemper, Toni: „Moderne“ Unternehmensgeschichte auf vertrauten (Irr-)Wegen?, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 57 (2012) 1, S. 70-85.

Plesser, Theo; Thamer, Hans-Ulrich (Hrsg.): Arbeit, Leistung und Ernährung. Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Berlin zum Max-Planck-Institut für Molekulare Physiologie und Leibnitz-Institut für Arbeitsforschung in Dortmund, Stuttgart 2012.

Plumpe, Werner: Die Unwahrscheinlichkeit des Jubiläums – oder: warum Unternehmen nur historisch erklärt werden können, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (2003) 1, S. 143-156.

Plumpe, Werner: Unternehmen, in: Ambrosius, Gerold u. a. (Hrsg.): Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen, München 2006, S. 61-94.

PM: Neurologische Rehabilitation mit Praxisbezug, in: Sozialrecht + Praxis. Fachzeitschrift für Sozialpolitiker und Schwerbehindertenvertreter 17 (2007) 1, S. 28.

Pohl, Manfred: Zwischen Weihrauch und Wissenschaft? Zum Standort der modernen Unternehmensgeschichte. Eine Replik auf Toni Pierenkemper, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 44 (1999) 2, S. 150-163.

Poore, Carol: „The (im)perfect human being“ and the beginning of disability studies in Germany: A report, in: New German critique (2002) 86, S. 179-190.

Poore, Carol: Disability in Twentieth-Century German Culture, Ann Arbor 2007.

Ptak, Marian J.: Zur politischen Bedeutung des schlesischen Adels, in: Harasimowicz, Jan; Weber, Matthias (Hrsg.): Adel in Schlesien. Band 1. Herrschaft – Kultur – Selbstdarstellung, München 2010, S. 321-336.

RA: Zweiter Kongress für Menschen mit Behinderungen, in: Ruppiner Anzeiger vom 07./08.02.2009.

Raabe, Ricarda (Hrsg.): Texte aus der Schreibwerkstatt in Lyrik und Prosa, Berlin 1993.

Rammelt, Jürgen: Lernen, mit der Not umzugehen, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 07.11.2007.

Ramsbrock, Annelie: Korrigierte Körper. Eine Geschichte künstlicher Schönheit in der Moderne, Göttingen 2011.

Rasch, Edna: Behinderung, Eingliederung und Pflegebedürftigkeit. Forum D der DVfR. Entwicklungen und Reformvorschläge Nr. 17/2005. Online unter: [http://www.reha-recht.de/fileadmin/user\\_upload/Diskussionsforen/Forum\\_D/2015/D17-2015\\_Behinderung\\_Eingliederung\\_und\\_Pflegebeduerftigkeit.pdf](http://www.reha-recht.de/fileadmin/user_upload/Diskussionsforen/Forum_D/2015/D17-2015_Behinderung_Eingliederung_und_Pflegebeduerftigkeit.pdf). [Letzter Zugriff am 23.02.2016]

Rasch, Manfred: Guido Henckel von Donnersmarck und Bernhard Grau. Der erste Walzdraht der Niederrheinischen Hütte 1913, in: Stahl und Eisen 133 (2013) 11, S. 256-259.

Rasch, Manfred: Guido Graf Henckel Fürst von Donnersmarck, sein Engagement in der Stahlindustrie des Ruhrgebiets und der Bau des ersten Drahtwalzwerks in Duisburg vor dem Ersten Weltkrieg, in: ArcelorMittal Duisburg (Hrsg.): 100 Jahre Walzdraht aus Duisburg. 100 Jahre Geschichtsausschuss Stahlinstitut VDEh, Essen 2014, S. 61-92.

Rd.: Grünes Licht für Gästehaus, in: Ruppiner Anzeiger vom 24.03.1999, S. 5.

RE: Mit dem Blick in die Zukunft, in: Der Nordberliner vom 04.09.2014, S. 4.

Reinsberg, Bärbel u. a.: „Beteiligung von Betroffenen in der Rehabilitations- und Teilhabeforschung“ – Bericht über einen Workshop am 24. und 25. Oktober 2011 in Rheinsberg, in: Die Rehabilitation 51 (2012) S1, S. 39-46.

Ribbe, Wolfgang: Vom Vier-Mächte-Regime zur Bundeshauptstadt (1945-2000), in: Ders. (Hrsg.): Geschichte Berlins. Zweiter Band. Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, 3. Auflage, Berlin 2002, S. 1027-1208.

Rich, Norman u. a. (Hrsg.): Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins. Band 3. Briefwechsel I, Göttingen u. a. 1961.

Rich, Norman u. a. (Hrsg.): Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins. Band 4. Briefwechsel II, Göttingen u. a. 1963.

Richter, Manfred: „Totes Kapital“ lebt endlich auf. Die Fürst Donnersmarck-Stiftung, Berlin. Eine Selbstdarstellung, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 02.11.1980.

Ritter, Gerhard A.: Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 2010.

Röhl, John C. G.: Philipp Eulenburgs Politische Korrespondenz. Band II. Im Brennpunkt der Regierungskrise 1892-1895, Boppard am Rhein 1979.

Röhl, John C. G.: Wilhelm II. Der Aufbau der Persönlichen Monarchie 1888-1900, München 2001.

Rohrmann, Eckhard: Auf dem Weg zu mehr ambulanten Hilfen?, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 151 (2004) 4, S. 137-139.

Roppel, Cirsten; Roppel, Ulrich: Zukunft des Sozialstaates: Herausforderungen des demographischen Wandels. IZA Standpunkte Nr. 42, 2011. Online unter: <http://ftp.iza.org/sp42.pdf>. [letzter Zugriff am 23.02.2016]

Rost, Susanne: First-Class-Hotel mit Warteliste, in: Berliner Zeitung vom 28.06.2003, S. 24.

Rudloff, Wilfried: Im Schatten des Wirtschaftswunders. Soziale Probleme, Randgruppen und Subkulturen 1949 bis 1973, in: Schlemmer, Thomas; Woller, Hans (Hrsg.): Bayern im Bund. Band 2. Gesellschaft im Wandel 1949-1973, München 2002, S. 347-467.

Rudloff, Wilfried: Im Souterrain des Sozialstaates: Neuere Forschungen zur Geschichte von Fürsorge und Wohlfahrtspflege im 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 42 (2002), S. 474-520.

Rudloff, Wilfried: Überlegungen zur Geschichte der bundesdeutschen Behindertenpolitik, in: Zeitschrift für Sozialreform 49 (2003) 6, S. 863-886.

Rudloff, Wilfried: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, in: Schulz, Günther (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 3. 1949-1957. Bundesrepublik Deutschland.

Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität, Baden-Baden 2005, S. 515-557.

Rudloff, Wilfried: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, in: Hockerts, Hans Günter (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 5. 1966-1974. Bundesrepublik Deutschland. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, Baden-Baden 2006, S. 557-590.

Rudloff, Wilfried: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, in: Ruck, Michael; Boldorf, Marcel (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 4. 1957-1966. Bundesrepublik Deutschland. Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstandes, Baden-Baden 2007, S. 463-501.

Rudloff, Wilfried; Schliehe, Ferdinand: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, in: Geyer, Martin H. (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 6. Bundesrepublik Deutschland 1974-1982. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten, Baden-Baden 2008, S. 583-604.

Rudloff, Wilfried: Das Ende der Anstalt? Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung in der Geschichte der bundesdeutschen Behindertenpolitik, in: Bösl, Elsbeth u. a. (Hrsg.): Disability History. Konstruktionen von Behinderung in der Geschichte. Eine Einführung, Bielefeld 2010, S. 169-190.

Rudloff, Wilfried: Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung in der bundesdeutschen Behindertenpolitik (1945-1990), in: Schmuhl, Hans-Walter; Winkler, Ulrike (Hrsg.): Welt in der Welt. Heime für Menschen mit geistiger Behinderung in der Perspektive der Disability History, Stuttgart 2013, S. 109-131.

Schian, Marcus; Schmollinger, Martin: „Ensuring a Society for All“ – 21. Weltkongress von Rehabilitation International im August in Quebec, Kanada, in: Rehabilitation 48 (2009) 2, S. 115-117.

Schian, Walter: Die Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin. Ein Vorläufer der Bestrebung zur Rehabilitation Schwerbehinderter, in: Rüth, Fritz u. a. (Hrsg.): Stiftungen aus Vergangenheit und Gegenwart, Tübingen 1974, S. 277-298.

Schian, Walter: Die Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin und ihr Kuratorium. Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1979.

Schjerner, Otto von u. a. (Hrsg.): Handbuch der ärztlichen Erfahrungen im Weltkrieg 1914/1918. 9 Bände, Leipzig 1921-1934.

Schlacht, Paul: Fürsorge für die in Groß-Berlin ankommenden verwundeten Soldaten, in: Zeitschrift für ärztliche Fortbildung. Organ für praktische Medizin 13 (1916) 3, S. 65-72.

Schliehe, Ferdinand: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 8. 1982-1989. Bundesrepublik Deutschland. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform, Baden-Baden 2005, S. 459-478.

Schliehe, Ferdinand: „Forschen und beforscht werden – Betroffene, Forscher und Praktiker im Bereich Rehabilitation im Austausch“ – Bericht über einen Workshop vom 28.-29.2.2008 in Rheinsberg, in: Die Rehabilitation 47 (2008) 4, S. 254-258.

Schliehe, Ferdinand; Zollmann, Pia: Rehabilitation und Hilfen für Behinderte, in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band 11. 1989-1994. Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2007, S. 742-763.

Schmid, Eva Dorothee: Zurück ins Leben, in: Berliner Zeitung vom 25.11.2009.

Schmidt, Käthe: 25 Jahre Fürst Donnersmarck-Haus. Ev. Rehabilitationszentrum für Körperbehinderte Berlin-Frohnau, Berlin 1988.

Schmiemann, Brigitte: Neun Rollstuhlfahrer machten eine Traumreise, in: Berliner Morgenpost vom 12.11.1987, S. 6.

Schmollinger, Martin; Golka, Thomas: Bericht über die Generalversammlung 2007 von Rehabilitation International auf Djerba, in: Rehabilitation 47 (2008) 3, S. 196-197.

Schmuhl, Hans-Walter: Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung ‚lebensunwerten Lebens‘ 1890-1945, Göttingen 1987.

Schmuhl, Hans-Walter: Hirnforschung und Krankenmord. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937-1945, Berlin 2000. Online unter: <http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/KWG/Ergebnisse/Ergebnisse1.pdf>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]

Schmuhl, Hans-Walter: Menschen mit Behinderungen im Spannungsfeld von Exklusion und Inklusion. Vorüberlegungen zu einer notwendigen Erweiterung der Sozialgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, in: Cantow, Jan; Grüber, Katrin (Hrsg.): Eine Welt ohne Behinderung – Vision oder Alptraum?, Berlin 2009, S. 24-50.

Schmuhl, Hans-Walter: Exklusion und Inklusion durch Sprache – Zur Geschichte des Begriffs Behinderung, Berlin 2010.

Schmuhl, Hans-Walter: Lebensbedingungen und Lebenslagen von Menschen mit geistiger Behinderung in den v. Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel seit 1945. Theoretische Vorüberlegungen und empirische Streiflichter, in: Ders.; Winkler, Ulrike (Hrsg.): Welt in der Welt. Heime für Menschen mit geistiger Behinderung in der Perspektive der Disability History, Stuttgart 2013, S. 133-160.

Schmuhl, Hans-Walter; Winkler, Ulrike: Gewalt in der Körperbehindertenhilfe. Das Johanna-Helenen-Heim in Volmarstein von 1947 bis 1967, Bielefeld 2010.

Schrödter, Wolfgang: Ein wichtiger Beitrag zur Integration, in: Die Kirche. Berlin-Brandenburgisches Sonntagsblatt vom 08.04.2001, S. 7.

Schrödter, Wolfgang; Johnsson, Martin: Organisationsveränderungen entscheiden, umsetzen und begleiten, in: Supervision (2009) 4, S. 25-33.

Schuster, E.; Gunzert, R.: Die Lage der Stiftungen nach der Währungsunion, in: Franz, Albert K. u. a. (Hrsg.): Deutsches Stiftungswesen 1948-1966, Tübingen 1976, S. 21-57.

Seifart, Werner (Hrsg.): Handbuch des Stiftungsrechts, München 1987.

SIB: „Hier kann man eine Menge lernen“, in: Ruppiner Anzeiger vom 04.05.2010.

Siegfried, Walther: Aus dem Bilderbuch eines Lebens. Dritter Teil, Zürich, Leipzig 1932.

Skibicki, Clemens: Industrie im oberschlesischen Fürstentum Pless im 18. und 19. Jahrhundert, Stuttgart 2002.

Steinmetz, Willibald: Ungewollte Politisierung durch die Medien? Die Contergan-Affäre, in: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Die Politik der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 195-228.

Steyer, Claus-Dieter: Telefonblitze und mobile Kleiderstangen, in: Der Tagesspiegel vom 29.06.2001, S. 16.

Stifterverband für Deutsche Wissenschaft (Hrsg.): Stiftungshandbuch, Baden-Baden 1989.

Stiftung Deutsches Hygiene-Museum (Hrsg.): Ausstellung Der (Im-)perfekte Mensch. Vom Recht auf Unvollkommenheit, Ostfildern-Ruit 2001.

Stoll, Jan: „Behinderung“ als Kategorie sozialer Ungleichheit. Entstehung und Entwicklung der „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind“ in der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er und 1960er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 54 (2014), S. 169-191.

Stolleis, Michael: Geschichte des Sozialrechts in Deutschland. Ein Grundriss, Stuttgart 2003.

Stope, Herbert: Die Entstehung und Entwicklung des Heimes für die Rehabilitation körperbehinderter Kinder in Berlin-Frohnau. Sonderdruck der Zeitschrift Forschung – Praxis – Fortbildung 17 (1966) 14, S. 489-492.

Stope, Herbert: Die Entstehung und Entwicklung des Fürst Donnersmarck-Hauses, ein evangelisches Zentrum für die Rehabilitation körperbehinderter Kinder in Berlin-Frohnau, Berlin [1968].

Strachwitz, Rupert Graf von: Stiftungen nach der Stunde Null. Die Entwicklung des Stiftungswesens in Westdeutschland nach 1945, in: Geschichte und Gesellschaft 33 (2007) 1, S. 99-126.

Süß, Winfried: Umbau am „Modell Deutschland“. Sozialer Wandel, ökonomische Krise und wohlfahrtsstaatliche Reformpolitik in der Bundesrepublik „nach dem Boom“, in: Journal of Modern European History 9 (2011) 2, S. 215-240.

Süß, Winfried: Sozialpolitik nach dem Wirtschaftswunder, in: Miquel, Marc von; Stumpf, Marcus (Hrsg.): Historische Überlieferung der Sozialversicherungsträger. Desiderate der Forschung und archivische Überlieferung. Beiträge zu einem Workshop im LWL-Landeshaus in Münster vom 7.-8. Mai 2012, Münster 2012, S. 32-41.

Thomann, Klaus-Dieter: Das behinderte Kind: „Krüppelfürsorge“ und Orthopädie in Deutschland 1886-1920, Stuttgart u. a. 1995.

Thomann, Klaus-Dieter: Die medizinische und soziale Fürsorge für die Kriegsversehrten in der ersten Phase des Krieges 1914/15, in: Eckart, Wolfgang U.; Gradmann, Christoph (Hrsg.): Die Medizin und der Erste Weltkrieg, Pfaffenweiler 1996, S. 183-196.

Thurm, Mathias: Hereingerollt, in: Die Zeit vom 05.07.2001, S. 62.

Tiling, Magdalena von: Ein evangelisches Heim für körperbehinderte Kinder in Berlin, in: Die Rehabilitation 2 (1963) 1, S. 30-32.

TI: Bevensen soll „rollstuhlreicher“ werden, in: Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide vom 13./14.03.1976, S. 18.

Treue, Wilhelm: Die wirtschaftsgeschichtliche Bedeutung des oberschlesischen Geschlechts der Henckel von Donnersmarck, in: Schlesien 20 (1975) 1, S. 1-11.

Volpert, Astrid (Hrsg.): Zeitgenössische Kunst. Sammlung HausRheinsberg. Malerei, Graphik, Skulptur, Fotografie, Berlin 2011.

Wagenknecht, Wilhelm: Schönes Bevensen. Stadt und Kurort, Bevensen 1974.

Wagenknecht, Wilhelm: Bad Bevensen. Die Geschichte eines Heilbades, Bad Bevensen 1982.

Waldschmidt, Anne: Soziales Problem oder kulturelle Differenz? Zur Geschichte von „Behinderung“ aus der Sicht der „Disability Studies“, in: Traverse. Zeitschrift für Geschichte 13 (2006) 3, S. 31-46.

Walter, Alfred: Dem Andenken eines Industriekönigs. Guido Fürst von Donnersmarck, in: Oberschlesische Volksstimme vom 19.12.1936, S. 3.

- Wedemeyer-Kolwe, Bernd: „Verhinderte Gesunde“? Die Geschichte des niedersächsischen Behindertensports, Hannover 2010.
- Wedemeyer-Kolwe, Bernd: Vom „Versehrtenturnen“ zum Deutschen Behindertensportverband (DBS). Eine Geschichte des deutschen Behindertensports, Hildesheim 2011.
- Wegscheider, Karl; Schliehe, Ferdinand: Modellprojekt „Wohnen mit Intensivbetreuung (Wml)“: Ambulante Langzeitversorgung von Menschen mit schweren Mehrfachbehinderungen, in: Die Rehabilitation. Zeitschrift für Praxis und Forschung in der Rehabilitation 53 (2014) S1, S. 1-3.
- Weichbrodt, Stephan: Die Geschichte der St. Gertraud-Stiftung Berlin von 1911 bis 2011. Eine Festschrift zum 600. Jubiläum der Stiftung am Trinitatissonntag 2011, Berlin 2011.
- Weinert, Sebastian: Die ‚Krüppelfürsorge‘ in der Weimarer Republik. Zwischen eigenem Standpunkt und diskursiver Anschlussfähigkeit an eugenische Argumentationsstrukturen, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 34 (2011) 1, S. 64-76.
- Weinert, Sebastian: Kunst und Barrierefreiheit. Zu einer (fast) vergessenen Diskussion über das Berliner „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“, in: Lernen aus der Geschichte. Magazin (2015) 4. Online unter: <http://www.lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/12385>. [Letzter Zugriff am 23.02.2016]
- Werner, Michael: Stiftungen und Mäzenatentum zwischen Weimarer Republik und Drittem Reich, in: Adam, Thomas u. a. (Hrsg.): Stiftungen seit 1800. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 2009, S. 71-94.
- Westermann, Daniel: Die XXI. Weltspiele der Gelähmten in Heidelberg 1972. Entstehungsgeschichte und Ablauf, Heidelberg 2014.
- Weydemann, H.: Drei Malariafälle im Heimlazarett, in: Zeitschrift für ärztliche Fortbildung. Organ für praktische Medizin 13 (1916) 22, S. 608-609.
- Winters, Peter Jochen: Der Wald, der Fürst und Frohnau, in: Ders. (Hrsg.): 100 Jahre Gartenstadt Frohnau. Ein Berliner Ortsteil eigener Art, Berlin 2010, S. 14-19.
- Wolf-Ostermann, Karin u. a.: Vom stationären Dauerwohnen zum Wohnen mit ambulanter Intensivbetreuung – Erste Ergebnisse eines Pilotprojektes der Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin für Menschen mit schweren Behinderungen, in: Neurologie & Rehabilitation (2013) 3, S. 183-192.
- Wolf-Ostermann, Karin u. a.: Modellprojekt „Wohnen mit Intensivbetreuung (Wml)“: Die wissenschaftliche Evaluation, in: Die Rehabilitation. Zeitschrift für Praxis und Forschung in der Rehabilitation 53 (2014) S1, S. 4-43.
- Woll, Stefan: „Warteschlange völlig abgebaut“, in: Volksblatt Berlin vom 29.05.1985.
- Wu.: Größtes Behinderten-Hotel Deutschlands eröffnet, in: Berliner Morgenpost vom 29.006.2001, S. 29.
- Zluhan, Mark: Markt im Umbruch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.11.1999, S. 11.



#### IMPRESSUM

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Verfasst im Auftrag der Fürst Donnersmarck-Stiftung  
von Sebastian Weinert

#### Kontakt:

Fürst Donnersmarck-Stiftung zu Berlin  
Dalandweg 19, 12167 Berlin  
Tel.: 030/769 700-0  
Fax: 030/769 700-28  
E-Mail: [post.fdst@fdst.de](mailto:post.fdst@fdst.de)  
Internet: [www.fdst.de](http://www.fdst.de)

Satz und Layout: bleifrei Berlin  
Druck: Nordbahn gGmbH WfbM

Berlin 2016

ISBN 978-3-00-52484-4